

RROP 2014 Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie

Zusammenfassung der Anregungen und Bedenken privater Einwender

Themen

A: Allgemein

B: Beschreibende Darstellung

E: Erläuterung

SO: Standort mit Nr. der Detailkarte

U: Umweltbericht

Z: Zeichnerische Darstellung allgemein

V: Verspäteter Eingang nach Fristablauf

SO 01	Appeln	SO 21	Lintig-Meckelstedt
SO 02	Bederkesa-Alfstedt	SO 22	Loxstedt-Nückel
SO 03	Belum	SO 23	Loxstedt-Stotel
SO 04	Bramstedt	SO 24	Midlum
SO 05	Bramstedt-Wittstedt	SO 25	Misselwarden
SO 06	Cuxhaven-Altenbruch	SO 26	Neuenkirchen
SO 07	Dorum-Sachsendingen	SO 27	Nordholz/Cappel-Neufeld
SO 08	Flögeln-Stüh	SO 28	Nordholz/Spieka-Neufeld
SO 09	Geversdorf / Oberndorf	SO 29	Nordleda
SO 10	Heerstedt-Lohe	SO 30	Odisheim / Stinstedt
SO 11	Heerstedt-Lunestedt	SO 31	Osten-Isensee
SO 12	Hemmoor-Bröckelbeck	SO 32	Osterbruch / Kehdingbruch
SO 13	Holßel/Neuenwalde	SO 33	Padingbüttel
SO 14	Kirchwistedt-Ahe	SO 34	Ringstedt
SO 15	Kirchwistedt-Altwistedt	SO 35	Schiffdorf-Sellstedt
SO 16	Köhlen-Brockoh	SO 36	Uthlede
SO 17	Lamstedt-Mittelstenahe	SO 37	Wanna
SO 18	Langen-Debstedt	SO 38	Wremen-Grauwallkanal
SO 19	Langen-Krempel	SO 39	Wremen-Schottwarden
SO 20	Langen-Sievern		

Lfd. Nr.	Spezifikation	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken
P001		P1.1	SO 36	Ich betreibe gemeinsam mit 4 weiteren Personen als GbR seit 1998 eine Windkraftanlage (Mühle 8) im Windpark Uthlede. In den ersten 10 Betriebsjahren haben wir 130.000 € Verluste eingefahren. Seit 2009 erzielen wir zwar durchgehend Gewinne, das eingesetzte Kapital wird sich jedoch wahrscheinlich bis zum Ende der Betriebszeit dieser Anlage nicht verzinsen.
P001		P1.2	SO 36	Das Betriebs-Grundstück habe ich nur im Vertrauen auf das ausgewiesene Vorranggebiet für Windenergie und damit vor dem Hintergrund eines verlässlichen Standortes für den Betrieb einer Windkraftanlage erworben.
P001		P1.3	SO 36	Die bestehende Windkraftanlage mit einer Gesamthöhe von 70 m wird früher oder später ersetzt werden müssen. Ein Ersatz mit einer weiterhin nur 70 m hohen Anlage kommt wegen zu geringer Erträge auf dieser Höhe nicht in Frage. Wenn wir weiterhin an diesem Standort Windstrom erzeugen wollen, müsste eine Anlage mit 100 m Gesamthöhe errichtet werden.
P001		P1.4	SO 36	Dem steht der Entwurf des RROP 2014 des Landkreises Cuxhaven entgegen. Hiernach befindet sich der Standort nicht mehr in einem Vorranggebiet für Windkraft, was ein Repowering unmöglich machen würde. Des Weiteren würde die Vorgabe, dass in einem Windpark maximal 2 verschiedene Anlagenhöhen existieren dürfen, unser Vorhaben verhindern, da neben den gerade in Errichtung befindlichen Anlagen mit 150 m Höhe, ggfls weiterhin Altanlagen mit 70 m Höhe betrieben werden würden. Eine dritte Anlagenhöhe mit 100 m wäre damit evtl. nicht möglich.
P001		P1.5	SO 36	Die beiden zuvor genannten Vorgaben im RROP würden mir somit keine Möglichkeit mehr bieten, an dem erworbenen Standort wirtschaftlich Windstrom zu erzeugen.
P002		P2.01	Z	Nicht aktualisiert wurde der Entwurf bezüglich des geplanten Windparks Armstorf, obwohl auch hier der Kläger wegen der Nichtaufnahme in das ROP 2012 beim OVG Erfolg hatte. Vergessen, oder bewusst nicht ausgewiesen?
P002		P2.02	Z	Im ROP 2014 fehlt im übrigen auch eine Aussage zu dem denkmalgeschützten Gutshof „Haneworth“ in der Gemeinde Lamstedt, obwohl auch hier eine Klage des Gutsbesitzers Gresens beim Gericht in Lüneburg zu einem Teilerfolg geführt hatte.

P002		P2.03	E 01	<p>Abstände zum Wald</p> <p>In der „beschreibenden Darstellung“ zum ROP 2014 wird von einem einzuhaltenden Abstand zum Wald in einer Räche von 100m gesprochen (bei einer Mindestgröße von 1ha). Woher kommt diese Einschränkung auf die Größe von 1ha? Weder im Waldgesetz noch im Naturschutzgesetz findet man eine derartige Einschränkung.</p>
P002		P2.04	E 01	<p>Im Abschnitt 4.2.2 wird zur „wohnlichen Nutzung“ bei einer Einzellage ein Abstand von 420m als ausreichend angesehen. Man stützt sich hierbei auf ein Urteil aus einem anderen Bundesland (s. OVG Nordrhein Westfalen, 8 A 276/09), wo in einem Einzelfall das Zweifache der Gesamthöhe einer Windkraftanlage als ausreichend angesehen wurde.</p> <p>In Niedersachsen hat das VG Oldenburg (4 B 1807/98) hingegen einen Abstand des Siebenfachen zwischen einem Wohnbaus und der Windkraftanlage gefordert! In Bayern wurde im Frühjahr dieses Jahres in der Landesbauordnung sogar das Zehnfache (10H-Regelung) festgeschrieben, und zwar generell zum nächstgelegenen Wohnhaus. Und dann begnügt man sich im Landkreis mit</p>
P002		P2.05	B	<p>Was meint man eigentlich mit einer Einzelanlage? Zur Auslegung dieses unbestimmten Rechtsbegriffs verweist man bewusst oder unbewusst nicht auf die Regelungen im § 35 des</p> <p>Baugesetzbuches zum Bauen im Außenbereich. Das wäre noch eine nachvollziehbare „Klammer“, nein es wird ein Kartenmaterial zugrunde gelegt. Interessant wäre hierbei auch die Frage, wie man die Zulässigkeit eines geplanten Altenteilerhauses eines bereits vorhandenen Boxenlaufstalles an der K28 sieht. Der Standort des Wohnhauses wäre möglicherweise innerhalb der 420-m Pufferzone!</p>
P002		P2.06	B	<p>In der beschreibenden Darstellung wird von einem Mindestabstand zur Ortslage - man meint wohl die geschlossene Bebauung - von 1.000m gesprochen. Warum verweist man nicht auch auf § 34 BauGB, um allen Auslegungsfragen zu begegnen? Dieser Abstand wird im Übrigen in Richtung Westersode beim letzten Haus an der K28 nicht eingehalten.</p>

P002		P2.07	A	<p>Abschließend wird zu den allgemeinen Ausführungen mein Unverständnis dahingehend zum Ausdruck gebracht, weshalb wir im Landkreis Cuxhaven überhaupt noch zusätzliche Windparks benötigen.</p> <p>Nach der Vorgabe des Landes Niedersachsen (s. LROP) sind im Landkreis 300 MW vorzuhalten. Vorhanden sind bereits Anlagen mit 500 MW! Weshalb dieses Überangebot an Windkraft? Nur wegen der Interessen der Landwirte und der Investoren, um sich die Taschen vollzustopfen?! Dabei vergisst man offenbar den Gesetzesauftrag nach dem Baugesetzbuch, dem Raumordnungsgesetz und dem Immissionsschutzgesetz, Gesundheit und Natur vor schädlichen Einflüssen zu schützen!</p>
P002		P2.08	U, SO 12	<p>Windpark Bröckelbeck</p> <p>Zu Ziffer 2.236</p> <p>Es werden die windempfindlichen Vogelarten aufgeführt (z.B. der Uhu, der Kiebitz, der Westenbussart und der Wanderfalke). Nicht erwähnt wurde allerdings der Seeadler, der nachweislich im nordöstlichen Bereich des Balksees einen Horst haben soll (s. diesbezügliche Auskünfte von Landwirten, Jägern und dem Naturschutzbeauftragten des Südkreises, Fritz Bechinger, Wingst). Auch dem Naturschutzamt des Landkreises ist dieser Sachverhalt bekannt. Nach einer Tabelle des DNR zur Abstandsempfehlung beim Vogelschutz in Brandenburg und Sachsen besteht für den Seeadler ein Tabubereich von 3km um den Horststandort herum. Dieser wird zwar wahrscheinlich eingehalten; dennoch sollte nach der vorgenannten Empfehlung ein sogenannter „Restriktionsbereich“ von 3-6 km eingehalten werden. Es scheint mir daher dringend erforderlich zu sein, hier eine Langzeitstudie (Monitoring) anzuordnen, um genauere Erkenntnisse über die Nahrungssuche des Seeadlers zu erhalten. Immerhin befinden sich in unmittelbarer Nähe des Windparks der Kreidesee, der See im Landschaftsschutzgebiet „Hollbecker Berg und Umgebung“ und der Mühlenbach am Baudenkmal, „ehemalige Wassermühle“ an der K28.</p>
P002		P2.09	U, SO 12	<p>Die vorgenannte Wassermühle taucht im Übrigen auch nicht in der Gesamtbetrachtung nahegelegener Baudenkmäler auf.</p>

P002		P2.10	U, SO 12	<p>Zu Ziffer 2.241</p> <p>In der Nähe befindet sich in einigen 100m-Entfernung das Naturschutzgebiet NSG Cux 12 „Westerberg und oberes Hackemühlener Bachtal“. Wurde im Entwurf offenbar nicht erwähnt, weil es in der Gemarkung Lamstedt liegt.</p>
P002		P2.11	U, SO 12	<p>Zu Ziffer 2.51</p> <p>Hier wird von einem Landschaftsbild mit „mittlerer Bedeutung“ gesprochen. Ich wohne in der Nähe der wirklich reizvollen Hügellandschaft am Waldgebiet „Westerberg“ und kann diese Einstufung für die Verhältnisse in Hemmoor nicht nachvollziehen. Das beigefügte Foto mag diesen Eindruck bestätigen. Es gibt im gesamten Stadtbereich keine vergleichbar schönere und anmutig wirkende Gegend mit Wiesen, leichten Hügeln und Wanderwegen. Und da soll ausgerechnet ein Windpark hineingesetzt werden mit Anlagen bis zu 186m Gesamthöhe! Eine derartige Planung lässt sich auch nicht mit den Bestimmungen der § 7 ff des Naturschutzgesetzes vereinbaren! Da helfen auch keine Ersatzzahlungen weiter! Der Eingriff ist einfach unzulässig!</p>
P002		P2.12	U, SO 12	<p>Völlig zu Recht kommt man in der Schlussbetrachtung im Umweltbericht C ja auch zu dem Ergebnis, dass das Wohnen und die windenergieempfindlichen Vogelarten als erheblich eingestuft werden.</p>
P002		P2.13	A	<p>sogenannten Infraschall hinweisen (s. Anlage). Die darin enthaltenen Untersuchungsergebnisse „schreien“ geradezu nach größeren Abstandsregelungen, wie das in Bayern bereits praktiziert wird, und zwar zum Schutz der Menschen und der Vogelwelt, wie vorstehend bereits beschrieben.</p>
P003		P3.1	SO 31	<p>als Grundstückseigentümer, im Planungsgebiet Osten-Isensee, sind wir vom 1. Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramm 2014, Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie — 2014, betroffen. Wir begrüßen, dass der Standort Osten-Isensee (Detailkarte31), als Vorranggebiet für die Windenergiegewinnung aufgenommen wurde und fordern eine Überarbeitung der Detailkarte 31 — Osten-Isensee.</p>

P003		P3.2	SO 31	Begründung für die Überarbeitung Im nördlichen Bereich der Detailkarte 31 (Osten-Isensee) wurde eine Teil-Fläche, die kleiner als 1 ha ist, vom Flurstück 23/2, Flur 11, Gemarkung Isensee, als Wald gepuffert. Diese Teil-Fläche, die mit Fichten sehr lückenhaft und schlecht bestockt ist, erfüllt nicht die vollständigen Kriterien, um als Vorbehaltsgebiet oder Vorranggebiet „Wald“ eingestuft zu werden und eine Pufferung zu rechtfertigen. Wir fordern daher eine Streichung des Puffers. Dies hätte zur Folge, dass das Potentialgebiet Nr. 139 nicht mehr separat zu betrachten ist
P003		P3.3	SO 31	Einige Grundstücke (ca. 32 ha) im süd-östlichen Bereich der Detailkarte 31, die aufgrund der Abstands — und Tabukriterien für die Windenergie genutzt werden könnten (lt. Potentialkarte 009), sind nicht in der Detailkarte 31 - Osten-Isensee als Vorranggebiet für die Windenergiegewinnung dargestellt. Flächen, die lt. Übertragung von der Potentialkarte 009 in die Detailkarte nicht übernommen wurden, müssen auch als Vorranggebiet für die Windenergiegewinnung ausgewiesen werden. Es liegen keine Gründe für die Nichtberücksichtigung vor.
P003		P3.4	SO 31	Ich fordere für das weitere Verfahren, eine Berücksichtigung meiner Stellungnahme, mit Überarbeitung der Detailkarte 31 zum Standort Osten-Isensee.
P004			SO 31	Siehe Stellungnahme P3
P005			SO 31	Siehe Stellungnahme P3
P006			SO 31	Siehe Stellungnahme P3
P007			SO 31	Siehe Stellungnahme P3
P008			SO 31	Siehe Stellungnahme P3
P009			SO 31	Siehe Stellungnahme P3
P010			SO 31	Siehe Stellungnahme P3
P011		P11.01	SO 31	Als betroffener Anwohner lehne ich die erneute Aufnahme des Flächenvorschlags Osten-Isensee für ein Vorranggebiet Windenergienutzung im Entwurf des RROP ab und mache folgende Bedenken geltend:

P011		P11.02	SO 31	<p>die vorgesehenen Mindestabstände von 420 bzw. 500 m sind viel zu gering bemessen und entsprechen nicht den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen. Zahlreiche wissenschaftliche Publikationen konnten zeigen, dass die durch Windkraftanlagen verursachte Belästigung (engl.annoyance) multidimensional ist und durch die anhand des Schalldruckpegels gemessene Lärmemission völlig unzureichend beschrieben wird. Die durch Windkraftanlagen verursachte Belästigung wird maßgeblich von Faktoren wie Hintergrundlärm, Sichtbarkeit der Anlage, Anzahl der Anlagen, finanzielle Vorteile, und vor allem der Distanz zur Anlage beeinflusst. Der deutsche Begriff "Belästigung" suggeriert dabei ein eher harmlose Beeinträchtigung, die aber tatsächlich zu messbaren Schlafstörungen und Einschränkungen in der Lebensqualität führt. Die ersten Bundesländer (Bayern, Sachsen) und Staaten der EU tragen diesen Erkenntnissen Rechnung, indem sie als Mindestabstand zu bewohnten Gebäuden das zehnfache der Anlagenhöhe (gemessen bis zur Rotorenspitze) festlegen (Irland, Wind Turbine Regulation Bill 2014) bzw. für zukünftige Planungen diskutieren (Bayern, Sachsen).</p>
P011		P11.03	SO 31	<p>Neben den Hauptaspekten der Gesundheitsgefährdung sowie der Natur- und Landschaftszerstörung ist auch der Aspekt der Wertminderung von Grundstücken und Gebäuden zu berücksichtigen, da diese vielfach der Alterssicherung ihrer Besitzer dienen und teilweise mit erheblichem Aufwand renoviert wurden, auch gefördert und finanziert durch öffentliche Mittel aus dem Dorferneuerungsprogramm. Gepante oder aufgrund der Beeinträchtigungen erzwungene Veräußerungen im Umfeld von Windenergieanlagen sind erheblich schwieriger. Entschädigungsklagen gegen Betreiber und Planungsträger sind bundesweit bereits erfolgreich verlaufen.</p>
P012			SO 13	Siehe Stellungnahme P3
P013			SO 31	Siehe Stellungnahme P29.1 - P29.9
P014			SO 31	Siehe Stellungnahme P29.1 - P29.9
P015			SO 31	Siehe Stellungnahme P29.1 - P29.9
P016			SO 31	Siehe Stellungnahme P29.1 - P29.9
P017			SO 31	Siehe Stellungnahme P29.1 - P29.9
P018			SO 31	Siehe Stellungnahme P29.1 - P29.9
P019			SO 31	Siehe Stellungnahme P29.1 - P29.9
P020			SO 31	Siehe Stellungnahme P29.1 - P29.9

P021	A	P21/A.01	B 04	<p><u>1. Rückbau der Windenergieanlagen WEA - Textziffer 04</u></p> <p>Der RROP-Entwurf sieht unter Ziffer 04 einen kompletten Rückbau des Fundamentes vor. Die Festlegung ist hinsichtlich der entstehenden Kosten unverhältnismäßig.</p> <p>Für eine solche Regelung fehlt die Rechtsgrundlage, weil für eine solche Festlegung die Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG nicht vorliegen. Auch die Bezugnahme auf die Festlegung im LROP Abschnitt 4.2. Energie Textziffer 01 ist insoweit unzutreffend.</p>
P021	A	P21/A.02	B 04	<p>Das Gesetz sieht nach § 35 Abs. 5 Satz 2 BauGB vor, dass das Vorhaben nach dauerhafter Aufgabe der zulässigen Nutzung zurückzubauen und Bodenversiegelungen zu beseitigen sind. Gemäß § 35 Abs. 5. Satz 3 BauGB soll die Genehmigungsbehörde durch „...nach Landesrecht vorgesehene Baulast oder in anderer Weise die Einhaltung der Verpflichtung nach Satz 2 sicherstellen.“ So wird es üblicherweise auch gehandhabt.</p>
P021	A	P21/A.03	B 04	<p>Somit ist das Fundament grundsätzlich zu entfernen. Es ist jedoch nicht erkennbar weshalb das Fundament, insbesondere bei einer Tiefgründung (Standard in Großteilen des Kreisgebietes) vollständig zu entfernen ist. Um die ursprüngliche Nutzungsfunktion der beanspruchten Flächen (Landwirtschaft) wiederherzustellen, ist es ausreichend das Fundament nur bis zu einer bestimmten Tiefe (1,50m-2m) abzutragen. Darüber hinaus liegt keine schädliche Bodenversiegelung mehr vor. Niederschlagswasser kann eindringen und abfließen. Die landwirtschaftliche Bewirtschaftung der Fläche ist möglich.</p>
P021	A	P21/A.04	B 04	<p>Weiter ist darauf hinzuweisen, dass bei einem vollständigen Rückbau des Fundaments bei Tiefgründungen die „Wiederherstellung der Bodenfunktionen“ nicht gewährleistet wird. Durch einen vollständigen Rückbau wird die um das Fundament bzw. die Stahlbetonpfähle in rund 20 Jahren gewachsene unterirdische Lebensraum- und Bodenstruktur zerstört. Die komplette Herausnahme des Fundaments stellt damit einen erheblich größeren Eingriff in die Natur dar als das Belassen der Pfähle.</p>
P021	A	P21/A.05	B 04	<p>Zusammenfassend ist festzustellen, dass soweit die Windparks im baurechtlichen Außenbereich i.S.v. § 35 BauGB entstehen, keine Veranlassung zu der beabsichtigten Zielfestlegung besteht. Sie wäre zudem mangels Rechtsgrundlage rechtswidrig und abwägungsfehlerhaft.</p>

P021	A	P21/A.06	B 04	<p>Angeichts dessen regt Energiekontor die Streichung dieser Festlegung an, mindestens aber eine Änderung bzw. Ergänzung der Ziffer 4 wie folgt:</p> <p>"Es ist sicherzustellen, dass nach Beendigung des Betriebs eines Windparks die WM vollständig zurückgebaut werden. Dies schließt ausdrücklich auch den Rückbau von Fundamenten <u>bis zu einer Tiefe von 1,50 m-2 m</u>, Kranstellflächen und für die Erschließung der WM erforderlichen Wegflächen mit ein."</p> <p>Dieses betrifft alle oben benannten Windparks.</p>
P021	A	P21/A.07	B 05	<p><u>2. Unterschiedliche Anlagenhöhen - Textziffer 05</u></p> <p>Der RROP-Entwurf sieht vor, dass Windparkflächen mit max. zwei unterschiedlichen Anlagenhöhen realisiert werden können Ziffer 05, Satz 2. Diese Zielfestlegung ist alles andere als sinnvoll und sollte daher, ebenso wie Textziffer 05, Satz 1, nicht als Ziel der Raumordnung mit der Wirkung einer verbindlichen Vorgabe für die Bauleitplanung formuliert werden sondern</p>
P021	A	P21/A.08	B 05	<p>Alle Erfahrungswerte besagen, dass Höhenunterschiede von bis zu 20 m, in vielen Fällen sogar von 35 m und mehr, mit dem bloßen Auge des Betrachters vom Boden aus gar nicht wahrgenommen werden. Allein aufgrund der unterschiedlichen Topographie innerhalb einer Windparkfläche kann es selbst bei nur einem WEA Typ bereits zu unterschiedlichen Höhen kommen, die nicht wahrgenommen werden.</p>
P021	A	P21/A.09	B 05	<p>Insbesondere für Bestandsflächen, in denen bereits zwei WEA Anlagenhöhen existieren, führt diese Regelung zu Einschränkungen für ein Repowering, die eine optimale Ausnutzung der Fläche und des Windangebotes verhindern.</p>
P021	A	P21/A.10	B 05	<p>in Flächen mit mehreren Betreibern zu unnötigen Restriktionen, die zu einer Blockade und damit Verhinderung eines Repowerings führen können. Der LK Stade hat beispielsweise im Entwurf des RROP festgelegt dass in Einzelfällen von dem Ziel, dass die WEA eine einheitliche Größe haben sollen, durch eine raumordnerische Vereinbarung abgewichen werden kann.</p>

P021	A	P21/A.11	B 05	Der LK Cuxhaven hat bei seiner Abwägung zwischen dem Belang „Landschaftsbild“ gegen den Belang der maximalen Ausschöpfung des Windangebotes nicht berücksichtigt, dass ein „möglichst einheitliches Erscheinungsbild“ der WEA auch durch das Vorhandensein von WEA mit drei oder mehr unterschiedlichen Gesamthöhen gewahrt sein kann. Insbesondere lässt die Festlegung auf maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen offen, wie der Unterschied der Anlagenhöhen in Bezug auf eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes zu definieren ist. Entscheidend ist, ob zwei oder mehr unterschiedliche Anlagenhöhen als „unterschiedlich“ wahrnehmbar sind oder ob sie noch als einheitlich zu beurteilen sind.
P021	A	P21/A.12	B 05	einer Beeinträchtigung des Landschaftsbildes führen, lässt sich somit nur im Einzelfall feststellen. Die Festlegung, dass auch drei oder mehr unterschiedliche Anlagenhöhen zulässig sind, führt daher nicht zwangsläufig zu einer wesentlichen Verschlechterung des Landschaftsbildes.
P021	A	P21/A.13	B 05	Aus diesem Grund ist uns kein Landkreis in Niedersachsen bekannt, der in seinem RROP eine vergleichbare Zielfestlegung vorgenommen hat. Auf sie sollte unbedingt zur Vermeidung von Einschränkungen der gemeindlichen Planungshoheit bzw. streng genommen zur Herstellung der gemeindlichen Planungshoheit verzichtet werden!
P021	A	P21/A.14	B 05	Mindestens sollte eine Änderung der Ziffer 05 erfolgen: "Innerhalb eines Vorranggebietes Windenergienutzung sind maximal drei unterschiedliche Anlagenhöhen zulässig. <u>Von diesem Ziel kann in Einzelfällen abgewichen werden, wenn die unterschiedlichen Anlagenhöhen geringfügig voneinander abweichen und das Landschaftsbild nicht wesentlich verschlechtert wird.</u> "
P021	A	P21/A.15	B 05	In der Begründung sollte der LK Cuxhaven klarstellen, dass eine Abweichung von 15 % als geringfügig anzusehen ist, weil eine solche Abweichung der Anlagenhöhen nicht zu einer wesentlichen Verschlechterung des Landschaftsbildes führt:
P021	A	P21/A.16	B 05	Dieses betrifft alle oben benannten Windparks, insbesondere folgendes Projekt von Energiekontor: WP Nordleda, dessen Bestands-WEA eine Gesamthöhe von 68 m bzw. 77 m aufweisen und in der mehrere Betreiber vertreten sind.

P021	A	P21/A.17	E 01	<p><u>3. 19 ha Mindestgröße - Begründung Ziffer 1, Arbeitsschritt 3, Seite 15 der Begründung</u></p> <p>Es wird ausgeführt, dass die Gesamtfläche eines Vorranggebietes die Errichtung von mind. 3 WEA mit 150 m Gesamthöhe ermöglichen müsse. Dafür sei in der Regel eine Fläche von 19 ha erforderlich.</p> <p>Die Festlegung dieser Mindestgröße entbehrt einer fundierten Grundlage! Die WEA-Anzahl in einer Fläche hängt entscheidend vom Zuschnitt der Fläche ab. Bei bestimmten Flächenzuschnitten ist auch bei kleineren Flächen eine ausreichende Größe für mind. 3 WEA gegeben.</p>
P021	A	P21/A.18	E 01	<p>In den Bereichen, in denen drei oder mehr WEA geplant und errichtet werden können, sollte und müsste zur Vermeidung von Widersprüchlichkeiten auf das „19 ha-Kriterium“ verzichtet werden.</p>
P021	A	P21/A.19	E 01	<p>Die geplante Windparkfläche Sievern beispielsweise verdeutlicht das: die Windparkfläche Sievern ist im RROP-Entwurf aufgrund ihrer Größe nur noch als „bauleitplanerisch gesichert“ dargestellt obwohl Teilbereiche aufgrund des Abstandes von > 1.000 m zu Ortslagen und Berücksichtigung weiterer Kriterien mit Windenergieanlagen mit > 100 m beplanbar sind.</p> <p>Energiekontor hat bereits Planungen vorgelegt, die in Sievern 3 WEA mit > 100m Gesamthöhe vorsehen, damit sind diese Teilbereiche als Vorranggebiete einzustufen.</p>
P021	A	P21/A.20	E 01	<p>Dass eine Mindestgröße von 10 ha oder weniger für die Errichtung von mindestens drei WEA ausreichend ist, ist auch in den RROPs anderer Landkreise dargestellt. Der LK Osterholz beispielsweise hat in seinem RROP 2011 bei der Ausweisung von Flächen als Vorranggebiet für Windenergienutzung festgelegt, dass die Vorranggebiete mindestens die Errichtung von drei WEA ermöglichen müssen. Nach Auffassung des Landkreis Osterholz ist die Errichtung von drei WEA möglich, wenn eine zusammenhängende Fläche eine Mindestgröße von 10 ha erreicht oder sich mehrere Flächen auch unterhalb einer Größe von 10 ha im engen räumlichen Zusammenhang zueinander befinden und sich zu einem Standort ergänzen, der die Errichtung von mind. drei WEA ermöglicht (siehe Begründung RROP Landkreis Osterholz 2011, Seite 177).</p>

P021	A	P21/A.21	E 01	<p>Der Landkreis Cuxhaven stellt selber dar, dass „in der Regel“ eine Fläche von 19 ha erforderlich ist. Darzustellen ist daher in der Begründung weiter, dass auch kleinere Potentialflächen einzubeziehen sind, wenn diese nachweislich die Errichtung von mind. drei WEA zulassen und somit als Windparkfläche geeignet sind.</p> <p>Dieses betrifft insbesondere die Projekte Debstedt, Sievern und Wremen.</p>
P021	A	P21/A.22	E 01	<p><u>4. Definition von Vorsorgeabständen bezogen auf WEA Rotorspitzen - Ziffer 01, Arbeitsschritt 2, Seite 9 und 20</u></p> <p>Die Vorsorgeabstände, die der Landkreis mit 1.000 m zu Ortslagen und 500 m zur Wohnbebauung im Außenbereich gewählt hat liegen im Vergleich zu anderen Landkreisen angesichts des 1.000 m Abstandes zu Ortslagen im obersten Rahmen. Ungewöhnlich und aus unserer Sicht fachlich nicht nachvollziehbar ist der Bezug des Abstandes auf die Rotorspitzen der WEA. Charakteristisch für ein RROP ist, dass potenziell geeignete Flächen in einem Maßstab von 1:50.000 ermittelt werden. In diesem Maßstab entspricht 1 mm auf der Karte 50 m in der Realität so dass eine parzellenscharfe Betrachtung durch die Ausweisung im RROP weder möglich noch sinnvoll ist. Zusätzlich ist der sich mit der Windrichtung drehende Rotor kein sinnvoller Bezugspunkt für die Definition von Vorsorgeabständen.</p>

P021	A	P21/A.23	E 01	<p>Errichtung und Betrieb einer WEA bedeuten für Mensch und/oder Natur in unmittelbarer Nähe immer eine gewisse Beeinträchtigung die über die TA—Lärm, die Rechtsprechung zum maximal zulässigen Schaftenschlag und Regelungen zur „optisch bedrängenden Wirkung“ begrenzt werden. Wird eine Vorrangfläche im Außenbereich für Windenergie ausgewiesen, sollte diese auch möglichst wirtschaftlich zur Erzeugung erneuerbarer Energie genutzt werden. Ecken bzw. Spitzen des Vorranggebietes wären mit modernen WEA (Rotordurchmesser 100-120 m) kaum noch nutzbar.</p> <p>Die Rechtsprechung hat aktuell hierzu keine Stellung bezogen. Das BVerwG (21.10.2004 - 4 C 3.04 - NVwZ 2005, 208) bezog sich in einem Urteil von 2004 lediglich auf einen Bebauungsplan, der natürlich parzellenscharf gefasst ist. Ein Urteil des VG Hannover sieht die Möglichkeit der Übertragung des BVerfG-Urteils auf ein Vorranggebiet. Dieses Urteil ist jedoch nicht rechtskräftig. Insofern kann hier von Seiten des Landkreises definitiv nicht von einer gefestigten Rechtsprechung gesprochen werden.</p>
P021	A	P21/A.24	E 01	<p>Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Festlegung zu einem vermeidbaren Verlust an zu beplanender Fläche führt. Diese Fragestellung ist somit im Zuge der Bauleitplanung zu klären. Dieses betrifft alle oben benannten Windparks.</p>
P021	A	P21/A.25	Z	<p><u>5. Abgrenzung / Wegfall von Vorranggebieten aus sonstigen Gründen - Ziffer 1</u></p> <p>Im Entwurf des sachlichen Teilabschnitts Windenergie ist der Wegfall einzelner Gebiete sowie der Flächenzuschnitt von Vorranggebieten nicht nachvollziehbar dargestellt.</p> <p>Anhand der harten und weichen Tabukriterien und den Informationen aus dem Umweltbericht lassen sich die Abgrenzungen der Flächen nicht ausreichend nachvollziehen. Hinzu kommt, dass der Landkreis bis zum 12.08.2014 keine Informationen veröffentlicht oder bereitgestellt hat, die genauere Hinweise auf diese Abgrenzungen geben.</p>

P021	A	P21/A.26	A	Die öffentlichen Unterlagen erscheinen insofern unzureichend, um als direkt Betroffener eine fachlich fundierte Stellungnahme abgeben zu können. Ohne Kartendarstellung im Maßstab 1:5.000, aus der die Abgrenzungskriterien der Vorranggebiete zweifelsfrei hervorgehen, ist eine Nachvollziehbarkeit nicht gewährleistet und damit die Mindestanforderungen an eine öffentliche Beteiligung nicht erfüllt.
P021	A	P21/A.27	Z	Teilweise werden Vorranggebiete - bestehende und neue - verkleinert. Wir haben beim Landkreis Cuxhaven die Daten am 17.07.2014 angefragt, die für die Flächenabgrenzungen relevant sind. Die bis dato bereitgestellten Informationen beziehen sich lediglich auf Teile der naturschutzfachlichen Grundlagen. Wir behalten uns daher vor, hier weitere Einwände geltend zu machen.
P021	A	P21/A.28	Z	Es ist offensichtlich, dass bei der Flächenabgrenzung alte naturschutzfachliche Daten aus den Jahren von vor 2010 berücksichtigt werden. Für alle neuen Windparkflächen und teilweise für Bestandsflächen liegen dem Landkreis umfangreiche und sehr kostspielige aktuelle Untersuchungen vor, die von renommierten Umweltbüros erstellt wurden und bis ins Jahr 2014 reichen. Diese aktuellen Daten müssen beim RROP 2014 Berücksichtigung finden. Daten die älter als 5 Jahre sind, sind üblicherweise als wertlos zu betrachten. Dieses betrifft alle oben benannten Windparks, insbesondere die WP Debstedt und Krempel:
P021	A	P21/A.29	Z	Die Flächenabgrenzung des Windparks Debstedt ist im Entwurf des RROP fehlerhaft dargestellt. Wir bitten Sie, die Flächenabgrenzung zu korrigieren. Eine Pufferung des Gewerbegebietes Debstedt hat mit 500 m anstatt mit 1.000 m zu erfolgen, vergleiche beiliegenden Schriftverkehr (Anlage 1).
P021	A	P21/A.30	Z	Das Vorranggebiet des Windparks Krempel ist nach Westen auszudehnen, vergl. Potenzialkarte. Die westliche Abgrenzung der Vorrangfläche gem. RROP-Entwurf ist unbegründet und zu korrigieren

P021	A	P21/A.31	Z	<p>Dem Landkreis liegen folgende Unterlagen vor, die nach unserer Auffassung keine ausreichende Berücksichtigung gefunden haben:</p> <p>WP Debstedt: vergleiche Unterlagen</p> <ul style="list-style-type: none"> - des Genehmigungsantrages nach BImSchG, Az. 63 ImG 18/2013 <p>WP Krempel: vergleiche Unterlagen</p> <ul style="list-style-type: none"> — des Genehmigungsantrages nach BImSchG, Az.63 ImG 17/2013 <p>WP Misselwarden: vergleiche Unterlagen</p> <ul style="list-style-type: none"> - des Genehmigungsantrages nach BImSchG, Az. 63 ImG 8/2013 und - 4. Flächennutzungsplanänderung Land Wursten <p>WP Spieka-Neufeld: vergleiche Unterlagen</p> <ul style="list-style-type: none"> - 2. Flächennutzungsplanänderung Nordholz - 77. Flächennutzungsplanänderung Stadt Cuxhaven <p>WP Holßel: vergleiche Unterlagen</p> <ul style="list-style-type: none"> - BImSchG-Genehmigung Az. 63 ImG 11/2010 vom 16.09.2011 <p>Diese Untersuchungen sind zu berücksichtigen. Sie können gerne auf Wunsch gesondert zur Verfügung gestellt werden.</p>
P021	A	P21/A.32	B 01	<p>6a. Widerspruch zwischen grundsätzlicher Unterscheidung von Vorrangflächen und bauleitplanerisch gesicherten Flächen</p> <p>Der derzeitige Entwurf des RROP 2014 unterscheidet zwischen „Vorranggebieten“ und „bauleitplanerisch gesicherten Gebieten“ für Windenergienutzung mit schwerwiegenden Folgen.</p> <p>Die meisten der Bestands-Windparkflächen sind keine Vorranggebiete mehr, in denen langfristig Windenergienutzung gewünscht wird, sondern nur noch eingeschränkt geduldet.</p> <p>Viele Gemeinden/SG/Stadt haben die Absicht, die bestehenden Flächen für ein Repowering mit höheren Gesamthöhen als bislang zu öffnen. Die entsprechende FNP-Änderung ist teilweise abgeschlossen, vielfach auf den</p>

P021	A	P21/A.33	B 10	<p>Gemäß dem RROP-Entwurf ist für ein Repowering der Bestandswindparks die Anlage 1 mit der Ziffer 10 entscheidend, dort heißt es:</p> <p>"Außerhalb der festgelegten Vorranggebiete Windenergienutzung ist die Errichtung von Windenergieanlagen in bauleitplanerisch bereits rechtsgültig gewordenen Sonderbauflächen und Sondergebieten für Windenergienutzung möglich, wenn das Orts- und Landschaftsbild nicht wesentlich verschlechtert wird und im übrigen alle weiteren im Einzelfall noch zu prüfenden rechtlichen Vorschriften eingehalten werden. 2Die bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sind in der zeichnerischen Darstellung festgelegt. 3Die Höhe der Windenergieanlagen ist an diesen Standorten auf die in der rechtsgültigen Bauleitplanung festgelegte Gesamthöhe beschränkt; sofern in der Bauleitplanung keine Höhe festgelegt ist richtet sich die zulässige Gesamthöhe nach der Höhe der genehmigten Bestandsanlagen. Sofern bei der Errichtung von Windenergieanlagen Gesamthöhen von 100 m überschritten werden, ist ein Mindestabstand von 1.000 m zu Ortslagen und 500 m zu Einzelhäusern einzuhalten."</p>
P021	A	P21/A.34	B 10	<p>Gemäß dem vorliegenden Entwurf würden die Zahl und Größe der bestehenden Vorranggebiete enorm und unnötig verkleinert werden und ein sinnvolles Repowering im Landkreisgebiet nahezu ausgeschlossen werden.</p> <p>Das gilt insbesondere dann, wenn gemäß den vom Landkreis Cuxhaven gegebenen mündlichen Erläuterungen die im Entwurf jetzt vorliegenden Zielfestlegungen (Textziffern 01, 06 und 10) so zu verstehen sein sollten, dass den Städten und Gemeinden nach Inkrafttreten des geänderten RROP eine Bauleitplanung gemäß der Zielfestlegung in Textziffer 10 Sätze 1 - 4 untersagt sein sollte, Textziffer 10 Satz 3 also entgegen seinem Wortlaut nicht „auf die in der rechtsgültigen Bauleitplanung festgelegte Gesamthöhe“ bezogen ist, sondern „auf die in der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Zielfestsetzung rechtsgültigen Bauleitplanung festgelegte Gesamthöhe“ bezogen sein soll.</p>

P021	A	P21/A.35	B 10	So - im letztgenannten Sinne - hat der Landkreis Cuxhaven - Abteilung Regionalplanung - die entworfenen Zielfestlegungen erläutert Aus dem Wortlaut der genannten Zielfestlegungen selbst unter Berücksichtigung der überflüssigen Zielfestlegung in Textziffer 06 und den Begründungen zu Ziffern 01, 06 und 10 ergibt sich ein solches Verständnis der genannten Zielfestlegungen zwar nicht. Denn sogar die Begründung zu Ziffer 06 letzter Satz verweist auf die Regelungen zum Repowering von Windparkstandorten ohne Vorranggebietsfestlegung gemäß Ziffer 10. Auch die Begründung zu Ziffer 10 (Seite 22 des Entwurfs) entspricht nicht der mündlich durch den Landkreis Cuxhaven mitgeteilten Interpretation der Zielfestlegungen.
P021	A	P21/A.36	B 10	Sollten sie so gemeint sein, würde nicht nur jegliches Repowering im Landkreis Cuxhaven entgegen den Zielen des LROP unmöglich gemacht werden. Die Zielfestlegungen wären dann auch abwägungsfehlerhaft und unwirksam!
P021	A	P21/A.37	B 10	Die Städte und Gemeinden dürften nämlich ihre Bauleitpläne (Flächennutzungsplan und Bebauungspläne, vgl. § 1 Abs. 2 BauGB) nicht mehr dem in Ziffer 10 Satz 1 festgelegten Ziel der Raumordnung gem. § 1 Abs. 4 BauGB anpassen, obwohl § 1 Abs. 4 BauGB dies ja gerade verlangt
P021	A	P21/A.38	B 10	Die Städte und Gemeinden wären überhaupt ab dem Inkrafttreten des geänderten RROP dann anschließend an einer städtebaulich sinnvollen Repowering Planung durch Flächennutzungsplanänderung und Bebauungsplanaufstellung gehindert.
P021	A	P21/A.39	B 10	Weshalb aber sollte das in Ziffer 10 Satz 1 festgelegte Ziel durch Bauleitplanung bis zum Inkrafttreten des RROP noch verfolgbar sein, anschließend aber nicht mehr? Weshalb sollte der Zufall, ob Repowering-Bauleitplanungen noch vor dem Inkrafttreten des RROP in Kraft gesetzt werden oder nicht darüber entscheiden, wo Bauleitplanungen im Sinne der Textziffer 10 Sätze 1 bis 4 des RROP-Entwurfs noch erfolgen und wo nicht?

P021	A	P21/A.40	B 10	<p>Wenn die Regelung als Stichtagsregelung gemeint wäre, hätten die Gemeinden noch eine begrenzte Zeit, von ihnen für städtebaulich erforderlich im Sinne des §1 Abs. 3 Satz 1 BauGB gehaltene Höhenfestlegungen und damit auch Anhebungen der zulässigen Gesamthöhe zum Zwecke des Repowerings in Kraft zu setzen. Ab dem zufälligen Stichtag des Inkrafttretens der Änderung des RROP 2014 nach dessen Genehmigung durch das zuständige Innenministerium des Landes wäre eine solche Bauleitplanung, auch wenn die jeweilige Gemeinde das städtebauliche Erfordernis im Sinne des § 1 Abs. 3 Satz 1 BauGB unverändert bejaht, nicht mehr zulässig.</p>
P021	A	P21/A.41	B 10	<p>Es kann vom Plangeber des RROP 2014 aber nicht gewollt sein, dass einerseits bisher und bis zum Inkrafttreten des RROP 2014 Planungsfreiheit für die Gemeinden im Rahmen der übrigen Zielfestlegungen (Textziffer 10 Satz 4:1.000 m zu Ortslagen und 500 m Abstand zu Einzelhäusern bei Gesamthöhen von mehr als 100 m besteht bei Einhaltung der gleichen Vorgaben die gleiche Bauleitplanung im Sinne der Textziffer 10 nach deren Inkrafttreten jedoch unzulässig sein soll.</p> <p>Das wäre willkürlich und abwägungsfehlerhaft!</p> <p>Das Inkrafttreten des RROP würde damit nicht nur sinnvolle Bauleitplanungen im Sinne der Textziffer 10 Sätze 1 bis 4 des Entwurfs des RROP - offenbar doch entgegen seiner Intention - unzulässig machen, es würde auch ein willkürliches Ergebnis zementieren.</p>
P021	A	P21/A.42	B 010	<p>Nach dem Wortlaut der genannten Zielfestlegungen und der dazu jeweils formulierten Begründung des Planentwurfs (zu Textziffern 01, 06 - dort letzter Satz der Begründung - und 10 - vgl. die dortige Begründung insgesamt -) kann die Regelung aber auch nicht in dem vorgenannten Sinne (einer Stichtagsregelung) verstanden werden.</p> <p>Es fragt sich dann aber, weshalb sie mündlich von der Abteilung Regionalplanung im Sitzungstermin am 18.06.14 ausdrücklich so interpretiert worden ist bis hin zu der Aussage, dass Stichtag für die Genehmigung von Flächennutzungsplanänderungen der Städte und Gemeinden mit entsprechenden Höhendarstellungen durch den Landkreis Cuxhaven der Tag des Inkrafttretens der Änderung des RROP sein werde.</p>

P021	A	P21/A.43	B 01, 06,10	<p>6b. Übertragung der Abstandskriterien auf Bestandsflächen</p> <p>Überhaupt ist die nunmehr gewählte Vorgehensweise - Festlegung von Vorranggebieten auf der Grundlage neuer Abstandskriterien einerseits und Festlegung von nur noch bauleitplanerisch gesicherten Bereichen („bauleitplanerisch bereits rechtsgültig gewordenen Sonderbauflächen und Sondergebieten für Windenergienutzung“) mit erheblichen Einschränkungen der Repowering-Möglichkeiten andererseits - weder sinnvoll, noch geboten. Auf diese Vorgehensweise sollte zu Gunsten der Übernahme aller bestehenden Vorranggebiete, bei denen es sich nicht um einen städtebaulichen Missstand handelt, auch in das RROP 2014 verzichtet werden.</p>
P021	A	P21/A.44	B 01, 06,10	<p>angesichts von §1 Abs. 4 BauGB überflüssige Zielfestlegung in Textziffer 06 und die Zielfestlegungen in Textziffer 10 Sätze 1 bis 4 so gemeint sein sollten, wie es ihrem Wortlaut und der im Entwurf vorliegenden Begründung entspricht, die Gemeinden und Städte also auch noch nach dem Inkrafttreten des RROP 2014 Bauleitplanungen in den lediglich „bauleitplanerisch bereits rechtsgültig gewordenen Sonderbauflächen und Sondergebieten für Windenergienutzung“ im Sinne der Textziffer 10 Sätze 1, 3 und 4 des RROP-Entwurfs vornehmen dürfen und damit das Repowering in diesen Bereichen im Sinne der Textziffer</p>
P021	A	P21/A.45	B 01, 06,10	<p>Es besteht nämlich keine Veranlassung dazu, die lediglich bauleitplanerisch gesicherten Bereiche, die die neuen Abstandskriterien nicht einhalten, nicht als Vorranggebiete darzustellen und nicht die Steuerung der Ausnutzung dann aller Vorranggebiete — der alten und der neuen - der jeweiligen gemeindlichen Bauleitplanung zu überlassen.</p>

P021	A	P21/A.46	B 01, 06,10	<p>Mit einer solchen Vorgehensweise wird nicht angemessen berücksichtigt, dass im Rahmen der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie 2014 zur Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms fast nichts abwägungsrelevanter als die vorhandenen bauleitgeplanten Windparks in den bisher bereits bestehenden (alten) Konzentrationsflächen sind. Dort haben sich die konkurrierenden Nutzungen (Windenergie, Wohnen und Natur) seit vielen Jahren aufeinander eingerichtet. Die Detailplanung ist regelmäßig durch Bauleitpläne, häufig sogar in Form von Bebauungsplänen erfolgt. Deshalb darf gegenüber den dort konkurrierenden Nutzungen (Wohnen, Natur etc.) auch der alte Abstand der Vorranggebiete zu den schutzwürdigen Nutzungen und auch der Abstand zwischen den Vorranggebieten erhalten bleiben, auch wenn die Ermittlung neuer zusätzlicher Konzentrationsflächen nach neuen Kriterien erfolgt und dabei mit Mindestabständen zu Einzelwohngebäuden im Außenbereich und zu Wohngebieten (von nunmehr 500 m und 1.000 m) geplant wird, die zu den Grenzen bisheriger bereits ausgenutzter Konzentrationsgebiete für Windenergieanlagen nicht eingehalten werden.</p>
P021	A	P21/A.47	B 01, 06,10	<p>Ein Planungsträger kann also bei der Planung und Festlegung/Darstellung der neu hinzukommenden Konzentrationsflächen andere Abstände anlegen, als seinerzeit bei der Erstplanung und muss nicht Einschnitte in den Altenflächenbestand vornehmen, die sich bei Anlegung gleicher Abstandskriterien für bestehende und neu hinzukommende Konzentrationsflächen in diesen Altflächenbestand hinein ergehen würden. Dies haben die Rechtsprechung des Nds. Oberverwaltungsgerichts bereits im Jahr 2005 und das Bundesverwaltungsgericht mit zwei Entscheidungen im Jahr 2008 bereits klargestellt:</p>

P021	A	P21/A.48	B 01, 06,10	<p>"So hat es [das Berufungsgericht] ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Abwägung auch von dem planerischen Willen geleitet sein kann, bereits vorhandenen Windparks einen gewissen Vorrang dergestalt einzuräumen, dass die entsprechenden Flächen nach Möglichkeit erneut als Konzentrationsflächen ausgewiesen werden und sich unter Berücksichtigung von Mindestabständen im Zweifel auch gegenüber sonstigen in Betracht kommenden Ausweisungsflächen durchsetzen sollten (UA 5. 12). Das Berufungsgericht hat darüber hin aus klargestellt dass es durchaus für die Ausweisung einer Räche als Eignungsgebiet oder sonstige Konzentrationsfläche sprechen mag, wenn diese Räche bereits in der Vorgängerplanung als Eignungsgebiet festgesetzt war und dementsprechend bereits mit Windkraftanlagen bebaut ist oder demnächst werden soll (UA 5. 13f.)</p> <p>(BVerwG, Beschluss vom 23.07.2008 — 4 8 20108 - zum Regionalen Entwicklungsplan Altmark, REP Altmark).</p>
P021	A	P21/A.49	B 01, 06,10	<p>"Zu Recht beanstandet das Oberverwaltungsgericht vor diesem Hintergrund das schematische Beibehalten eines Abstandes von 1.000 m zu vorhandenen Siedlungsflächen ohne die gebotene Beachtung der jeweiligen örtlichen Besonderheiten. Ein solches Vorgehen ist insbesondere in den Fällen nicht gerechtfertigt, in denen - wie auch das Oberverwaltungsgericht feststellt beispielsweise bereits eine Sonderbaufläche für die Windenergienutzung festgesetzt worden ist oder schon eine Anzahl von Windenergieanlagen konzentriert genehmigt worden ist. Denn in diesen Fällen ist eine detaillierte Untersuchung der Auswirkungen der Windenergieanlagen auf die Besiedlung erfolgt und eine schematische Handhabung des Schutzabstandes nicht sachgerecht"</p> <p>(BVerwG, Urteil vom 24.01.2008—4 CN 2.07-, BauR 2008, 951, 953).</p>

P021	A	P21/A.50	B 01, 06,10	<p>Vgl. auch Nds. OVG, Urteil vom 08.11.2005 — 1 LB 133104 -: "Der Umstand, dass die Beigeladene die Schutzabstände zu den Wohngebieten/-bereichen bei den Vorranggebieten 9.2, 9.4 und 9.5 verringert hat führt nicht zur Rechtswidrigkeit der Konzentrationsplanung. Dies rechtfertigt sich vielmehr daraus, dass hier bereits Windenergieanlagen zugelassen worden waren, die Umgebung mit anderen Worten durch Anlagen dieser Art schon im gewissen Umfang vorgeprägt war und sich die Darstellung von Vorranggebieten an diesem Ort daher anbot" (vgl. Nds. OW, Urteil vom 08.11.2005 — 1 LB 133104 -).</p>
P021	A	P21/A.51	B 01, 06,10	<p>Als Zwischenergebnis ist also festzuhalten, dass ein Planungsträger, der eine Konzentrationsplanung für Windenergieanlagen mit Ausschlusswirkung an anderer Stelle im Sinne des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB vornimmt, den Altflächenbestand unangetastet lassen kann und neue Konzentrationsflächen für Windenergieanlagen mit anderen Abstandskriterien ermitteln und darstellen kann, als diese der Ursprungsplanung zugrunde liegen. Lediglich Altflächenbestand, der einen städtebaulichen und/oder raumordnerischen Missstand darstellt, wäre nicht zu übernehmen. In nahezu allen Fällen, in denen bestehende Vorranggebiete und die in den Flächennutzungsplänen der Städte und Gemeinden dargestellten Konzentrationsflächen für Windenergieanlagen jetzt nur noch zu bauleitplanerisch gesicherten Bereichen ("bauleitplanerisch bereits rechtsgültig gewordenen Sonderhaufflächen und Sondergebieten für Windenergienutzung") herabgestuft werden, liegt aber ein solcher Missstand gerade nicht vor, weshalb eine Übernahme der Gebiete mit den bestehenden Geltungsbereichen als Vorranggebiet in das RROP 2014 ohne Weiteres möglich wäre und erfolgen sollte und lediglich die neu hinzukommenden Gebiete und Teilbereiche mit den neuen Abstandskriterien abgegrenzt werden müssten und sollten.</p>

P021	A	P21/A.52	B 01, 06,10	Wenn bei dem Landkreis Cuxhaven also die Annahme bestehen sollte, dass gewählte größere Abstände zu konkurrierenden Nutzungen für hinzukommende Vorranggebiete und Erweiterungsflächen auch zur Anwendung dieser Kriterien auf den Altflächenbestand führen müssen und deshalb in den Altflächenbestand hinein Einschnitte zur Vermeidung einer Widersprüchlichkeit der Planung vorzunehmen sind (vgl. z.B. Begründung Seite 17 unten: „Dadurch können nicht alle vier Standorte als Vorranggebiete festgelegt werden, obwohl)‘ so wäre diese Ausgangsannahme falsch.
P021	A	P21/A.53	B 01, 06,10	Es ist also nicht notwendig, in den Altflächenbestand einzuschneiden, wenn die Planung neuer hinzukommender Gebiete mit einem neuen gegenüber der Vorgängerplanung veränderten Abstandskriterienkatalog erfolgt Die neu hinzukommenden Gebiete und die Erweiterungen bestehender Gebiete können mit anderen Abständen zu schutzwürdigen Nutzungen geplant werden, als diese der Ursprungsplanung zugrunde liegen, und die bereits vorhandenen und mit Windenergieanlagen bereits bebauten Vorrangstandorte können gleichzeitig unverändert bleiben.
P021	A	P21/A.54	A	6c. Verletzung des LROP und Einschränkung der kommunalen Selbstbestimmung Die vom Landkreis Cuxhaven jetzt gewählte Vorgehensweise ist mit den übergeordneten Zielfestlegungen im LROP 2012 nicht vereinbar: Im Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen (LROP 2012, Abschnitt 4.2 Energie) sind insoweit folgende Festlegungen getroffen worden, die vom Landkreis Cuxhaven zu beachten wären, mit der gewählten Vorgehensweise aber nicht beachtet werden: Abschnitt 4.2 Energie Textziffer 01 Satz 4 (Zielfestlegung): „Vorhandene Standorte, ..., die bereits für die Energiegewinnung und ... genutzt werden, sind vorrangig zu sichern und bedarfsgerecht auszubauen“ (vgl. LROP a.a.O.) Mit dieser übergeordneten Zielfestlegung ist der Entwurf der Fortschreibung 2014 des RROP Cuxhaven aus den vorgenannten Gründen nicht vereinbar.

P021	A	P21/A.55	B 01, 06,10	Textziffer 04 Satz 1 (Zielfestlegung): „Für die Nutzung von Windenergie geeignete raumbedeutsame Standorte sind zu sichern und unter Berücksichtigung der Repowering-Möglichkeiten in den Regionalen Raumordnungsprogrammen als Vorranggebiete oder Eignungsgebiete Windenergienutzung festzulegen“. Nach den Kriterien des vorliegenden Entwurfs der Änderung 2014 des RROP zur Raumbedeutsamkeit (vgl. Begründung zu Ziffer 02: „eine Einzelanlage eine Gesamthöhe von 75 m über Grund überschreitet bzw. wenn mehr als zwei Anlagen errichtet werden sollen“, Seite 20) dürfte es sich bei allen nach dem Entwurf lediglich bauleitplanerisch gesicherten Bereichen um bereits vorhandene raumbedeutsame Windparkstandorte handeln. Diese sind, wie der Status Quo zeigt auch „für die Nutzung von Windenergie geeignete“ Standorte. Repowering Möglichkeiten bestehen jeweils. Auch mit dieser Zielfestlegung ist der Entwurf der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie 2014 des RROP nicht vereinbar.
P021	A	P21/A.56	B 06	Zu Textziffer 06: Die Zielfestlegung „Durch gemeindliche Bauleitpläne sind Flächen für raumbedeutsame Windparks nur auf den vom Landkreis ausgewiesenen Vorranggebieten Windenergienutzung zu planen“ ist angesichts der Zielfestlegung in Textziffer 01 („Die Vorranggebiete Windenergienutzung sind in der zeichnerischen Darstellung abschließend festgelegt. Die Errichtung raumbedeutsamer Windenergieanlagen ist außerhalb der in der zeichnerischen Darstellung gekennzeichneten Vorranggebiete Windenergienutzung nicht zulässig (Ausschluss wirkung)“ und der Regelung in § 1 Abs. 4 BauGB, wonach die gemeindlichen Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen sind, gänzlich überflüssig.
P021	A	P21/A.57	B 06	Da es in der Begründung hierzu auf Seite 21 des Entwurfs in Satz 3 zudem heißt: „Auf die Regelungen zum Repowering von Windparkstandorten ohne Vorranggebietsfestlegung gem. Ziffer 10 wird hingewiesen“ steht die in Ziffer 06 vorgesehene Zielfestlegung auch nicht im Widerspruch zu der Zielfestlegung in Ziffer 10. Zur Klarstellung sollte allerdings ein Satz 2 mit ungefähr folgendem Wortlaut aufgenommen werden: „Für Zwecke des Repowerings dürfen zum Zwecke der Verfolgung der in Ziffer 10 festgelegten Ziele gemeindliche Bauleitpläne geändert und Bebauungspläne aufgestellt werden“.

P021	A	P21/A.58	B 01, 06,10	<u>Ergebnis Ziffer 01, 06, 10, Gebietsfestlegung, Repowering:</u> Die gewählte Vorgehensweise ist weder geboten, noch sinnvoll, wegen Verstoßes gegen die übergeordneten Zielfestlegungen des LHOP 2012 sogar rechtswidrig und schränkt die gemeindliche Planungshoheit, der die Feinsteuerung des Repowerings überlassen werden kann, unnötig ein.
P021	A	P21/A.59	B 01, 06,10	Die Unterscheidung zwischen den lediglich bauleitplanerisch gesicherten Bereichen und den Vorranggebieten Windenergienutzung sollte aufgegeben werden.
P021	A	P21/A.60	B 01, 06,10	Wenn es bei oben genannten Differenzierungen zwischen den lediglich bauleitplanerisch gesicherten Bereichen und den Vorranggebieten bleiben würde, sind zwei Optionen denkbar um den Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie auf eine solide Basis zu stellen.
P021	A	P21/A.61	B 01, 06,10	Option 1.) Eine Klarstellung der Zielfestlegung in Ziffer 10 des Entwurfs erfolgt durch folgende Anfügung eines Satzes 2 in Ziffer 06, dessen erster Satz lautet: „Durch gemeindliche Bauleitpläne sind Flächen für raumbedeutsame Windparks nur auf den vom Landkreis ausgewiesenen Vorranggebieten Windenergienutzung zu planen“ Satz 2: <u>„Für Zwecke des Repowerings dürfen zum Zwecke der Verfolgung der in Ziffer 10 festgelegten Ziele gemeindliche Bauleitpläne geändert und Bebauungspläne aufgestellt werden“</u>

P021	A	P21/A.62	B 01, 06,10	<p>Option 2.)</p> <p>Alternativ ist eine Klarstellung auch in der Ziffer 10 möglich:</p> <p>¹Außerhalb der festgelegten Vorranggebiete Windenergienutzung ist die Errichtung von Windenergieanlagen in bauleitplanerisch bereits rechtsgültig gewordenen gesicherten Sonderbauflächen und Sondergebieten für Windenergienutzung möglich, wenn das Orts- und Landschaftsbild nicht wesentlich verschlechtert wird und im übrigen alle weiteren im Einzelfall noch zu prüfenden rechtlichen Vorschriften eingehalten werden. ²Die bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sind in der zeichnerischen Darstellung festgelegt. ³Die Höhe der Windenergieanlagen ist an diesen Standorten auf die in der rechtsgültigen Bauleitplanung festgelegte Gesamthöhe beschränkt; sofern in der Bauleitplanung keine Höhe festgelegt ist richtet sich die zulässige Gesamthöhe nach der Höhe der genehmigten Bestandsanlagen erfolgt die Höhenfestlegung <u>im Genehmigungsverfahren anhand einer raumordnerischen Beurteilung.</u></p> <p>⁵Sofern bei der Errichtung von Windenergieanlagen Gesamthöhen von 700 m überschritten werden, ist ein Mindestabstand von 1.000 m zu Ortslagen und 500 m zu Einzelhäusern einzuhalten.</p>
P021	A	P21/A.63	A	<p>Aus unserer Sicht muss der Entwurf des sachlichen Teilabschnitts Windenergie dringend geändert werden um den weiteren Ausbau der Windenergienutzung zu ermöglichen.</p>
P021	B	P21/B.01	Z	<p><u>Fehlende Nachvollziehbarkeit der Flächenabgrenzung</u></p> <p>Der Entwurf des sachlichen Teilabschnitts Windenergie weist für einige Vorranggebiete Änderungen in der Darstellung der Vorrangzone im Vergleich zum RROP 2012 auf. Anhand der harten und weichen Tabukriterien und den Informationen aus dem Umweltbericht lassen sich nicht in jedem Fall die Abgrenzungen der Flächen ausreichend nachvollziehen.</p>
P021	B	P21/B.02	Z	<p>Hinzu kommt dass der Landkreis bis zum 05.08.2014 keine Informationen veröffentlicht oder bereitstellt, die genauere Hinweise auf diese Änderungen geben.</p> <p>In Gesprächen mit Kreisrat Jochimsen und Amtsleiter Eickmann in der ersten Jahreshälfte 2014 wurde auch mehrfach betont, dass die Vorrangflächen RROP 2014 den Abgrenzungen aus dem RROP 2012 entsprechen sollen.</p>

P021	B	P21/B.03	A	Energiekontor bemängelt die fehlende Transparenz und damit Nachvollziehbarkeit der vorgelegten Planung, da dadurch ein fachlicher Austausch eingeschränkt wird. Die öffentlichen Unterlagen erscheinen insofern unzureichend, um als direkt Betroffener eine fachlich fundierte Stellungnahme abgeben zu können. Ohne Kartendarstellung im Maßstab 1:5.000, aus der die Abgrenzungskriterien der Vorranggebiete zweifelsfrei hervorgehen, ist eine Nachvollziehbarkeit nicht gewährleistet und damit die Mindestanforderungen an eine öffentliche Beteiligung nicht erfüllt.
P021	B	P21/B.04	Z	<u>Fehlende Aktualität der verwendeten naturschutzfachlichen Daten</u> Im Rahmen der Genehmigungsverfahren und Bauleitplanverfahren für die Projekte: <ul style="list-style-type: none"> • Windpark Appeln • Windpark Bramstedt • Windpark Lunestedt • Windpark Uthlede • Windpark Odisheim liegen der Genehmigungsbehörde des Landkreises umfangreiche und aktuelle naturschutzfachliche Gutachten aus den entsprechenden Genehmigungsverfahren und Bauleitplanverfahren vor. In allen Fällen wurden mit der UNB des LK abgestimmte umfangreiche (teilw. über mehrere Jahre dauernde) Fachgutachten zu Brutvögel, Rastvögeln und Fledermäusen erstellt. In Einzelfällen wurden auch Raumnutzungsanalysen zu problematischen Fragestellungen erarbeitet und eingereicht
P021	B	P21/B.05	Z	Es ist anhand der zur Verfügung gestellten Informationen zu Brut- und Gasvögeln zweifelsfrei erkennbar, dass die aktuellen naturschutzfachlichen Erkenntnisse bei den Flächenabgrenzungen im Entwurf nicht berücksichtigt wurden. Bei den Quellenangaben in den Datenblättern fehlen die in den letzten Jahren von uns vorgelegten Fachgutachten zu Vorkommen von Brut- und Gastvögeln.
P021	B	P21/B.06	Z	Lediglich beim Vorranggebiet Odisheim scheinen diese Daten verwendet worden zu sein (Quelle Bios 201 le). Zweifelsfrei lässt sich das aber nicht feststellen. Unklar bleibt auch, weshalb bei Odisheim diese Daten Verwendung gefunden haben, bei den anderen Standorten nicht. Die Vorgehensweise ist vollkommen intransparent und lässt Zweifel an der Rechtskonformität der Vorgehensweise aufkommen.

P021	B	P21/B.07	A	Weiter verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 17.01.2014 im Zuge der ersten Beteiligung zur RROP Teilfortschreibung.
P021	B	P21/B.08	A	Energiekontor bittet um Verwendung der aktuellen Gutachten und den daraus hervorgehenden Erkenntnissen. Durch die Verwendung nicht aktueller und teilweise widerlegter Untersuchungen steht die Rechtssicherheit des sachlichen Teilabschnitts Windenergie in Frage.
P021	B	P21/B.09	SO 01	<u>Zum Vorranggebiet Appeln</u> Das Vorranggebiet Appeln ist in der Entwurfsdarstellung geringfügig nach Westen erweitert und im östlichen Bereich verkleinert worden. Die westliche Erweiterung ist offenbar dem geschuldet, dass der Sportplatz am Rand der Ortschaft Appeln nicht mehr als Siedlungsfläche definiert wird. Dies hat Energiekontor dem Landkreis bereits im Rahmen der Aufstellung des RROP 2012 mitgeteilt, ohne aber Berücksichtigung zu finden. Diese jetzige Änderung wird begrüßt.
P021	B	P21/B.10	SO 01	Die östliche Verkleinerung ist nicht nachvollziehbar, vermutlich ist hier der Horstplatz eines Schwarzstorchbrutpaars im Waldbereich Malse ausschlaggebend. Das Vorkommen ist aber bereits seit Langem bekannt, so dass unklar ist ob nun von einem größeren Schutzabstand oder von einem anderen Brutplatz ausgegangen wird. Trotz mehrfacher Nachfragen sind vom Landkreis Cuxhaven dazu bisher nur Informationen vorgelegt worden, die keinen neuen Sachstand im Vergleich zum RROP 2012 erkennen lassen. Es ist in keiner Weise nachvollziehbar, was zu einer veränderten Abgrenzung führen könnte.
P021	B	P21/B.11	SO 01	Energiekontor hat aufgrund des bekannten Schwarzstorchbrutpaars umfassende Raumnutzungsanalysen durchführen lassen, mit dem Ergebnis, dass der Schwarzstorch den Raum östlich der Malse, in Richtung Windpark, nicht nutzt. Obwohl damit fachlich belegt werden konnte, dass der Windpark nicht im artenschutzrechtlichen Konflikt mit dem Schwarzstorch steht, hat der Landkreis eine Verkleinerung im Osten des Vorranggebiets vorgesehen.
P021	B	P21/B.12	SO 01	Energiekontor ist weiterhin der Auffassung, dass nicht eine Verkleinerung, sondern eine Erweiterung in östliche Richtung die fachlich angemessene Entscheidung ist. Zumindest ist aber die Abgrenzung aus dem RROP 2012 im östlichen Teilbereich zu erhalten, da bereits bei dieser Festlegung der Schutzabstand zu dem Schwarzstorchvorkommen berücksichtigt wurde.

P021	B	P21/B.13	SO 01	Durch die vorgesehenen Änderungen befände sich ein geplanter Windenergieanlagenstandort außerhalb des Vorranggebiets und wäre lediglich über den Flächennutzungsplan der Gemeinde Beverstedt planungsrechtlich gesichert
P021	B	P21/B.14	SO 01	Bezüglich der Bewertung der Brutvogellebensräume als Nahrungsgebiet für den Schwarzstorch ist anzumerken, dass entsprechend der Bewertungsmethodik des NLWKN nur dem Brutplatz nah gelegene Bereiche, die regelmäßig zur Nahrungssuche genutzt werden, in die Bewertung einzubeziehen sind, Regelmäßig genutzte Nahrungshabitate des Schwarzstorches sind naturnahe Wasserläufe und wasserlauftegleitendes Grünland. Dementsprechend erscheint eine kleinteiligere Abgrenzung der Flächen mit entsprechender Bedeutung als Nahrungshabitat für den Schwarzstorch geboten.
P021	B	P21/B.15	SO 04	<u>Zum Vorranggebiet Bramstedt</u> Das Vorranggebiet Bramstedt-Lohe ist in der Entwurfsdarstellung massiv verkleinert worden. Im östlichen Bereich ist ca. ein Drittel des Vorranggebietes nicht mehr dargestellt. Dies ist wahrscheinlich im Rahmen der Kartierung eines Wespenbussardes und eines Rauhfußkauzes zum Atlas deutscher Brutvögel (ADEBAR) in den Jahren 2007-2009 geschuldet. Energiekontor hat im Rahmen der Erfassungen von Brut- und Rastvögeln und Raumnutzungsuntersuchungen zum Verhalten des Schwarzstorches als Nahrungsgast, aus den Jahren 2009/10/11, keinerlei Hinweise auf das Vorkommen eines Wespenbussards gefunden. Im Jahr 2014 sind aufgrund des Hinweises aus der UNB erneut umfangreiche und ergebnislose Untersuchungen zum Wespenbussard vorgenommen worden. Dabei hat sich gezeigt, dass es hier keinen Wespenbussard gibt (s. dazu Anlage 1/ Mau pgg an Herrn Haude, Naturschutzbehörde Landkreis Cuxhaven vom 21.07.2014).
P021	B	P21/B.16	SO 04	In allen Randbereichen verspringt die neue Außengrenze im Vergleich zum RROP 2012 und dem genehmigten FNP um ca. 50 m nach außen und innen. Dies ist nur anhand nicht nachvollziehbarer Neuinterpretation der Grundlagendaten zu erklären.
P021	B	P21/B.17	SO 04	Durch die vorgesehenen Änderungen befänden sich zwei geplante Windenergieanlagenstandorte außerhalb des neuen Vorranggebiets und wären lediglich über den Flächennutzungsplan der Gemeinde Hagen im Bremischen planungsrechtlich gesichert

P021	B	P21/B.18	SO 04	Siehe Stellungnahme P21/B2.14
P021	B	P21/B.19	SO 11	<p>Das Vorranggebiet Lunestedt-Heerstedt wurde in mehreren Teilbereichen verändert und dadurch insgesamt deutlich verkleinert. Während die Herausnahme der geplanten A20-Trasse und Puffer zur Bahnlinie, Freileitungen, Rohrfernleitungen noch grundsätzlich nachvollziehbar sind, lehnen wir jegliche weiteren Änderungen ab.</p> <p>Durch die vorgesehenen Änderungen befänden sich fünf geplante Windenergieanlagenstandorte außerhalb des neuen Vorranggebiets und wären lediglich über den genehmigten Flächennutzungsplan der Gemeinde Beverstedt</p>
P021	B	P21/B.20	SO 11	Die WEA 6 liegt allerdings im Gemeindegebiet Loxstedt und ist nicht über einen F-Plan abgesichert. In der Anlage 2 sind die Bereiche ersichtlich, die aus unserer Sicht nochmals überprüft werden sollten.
P021	B	P21/B.21	SO 11	Auch kleinere Potentialflächen in denen die WEA 4,5,6 und 14 liegen sollten für WEA Standorte nutzbar sein.
P021	B	P21/B.22	SO 11	Für den Teilbereich der WEA 14 hat in der Zwischenzeit eine mit dem LK abgestimmte Waldumnutzung stattgefunden, die scheinbar vom LK nicht berücksichtigt wurde. Vor allem vor dem langjährigen Abstimmungs— und Planungsprozess mit der Gemeinde Beverstedt (F Plan) und dem seit zwei Jahren dauernden Genehmigungsprozess beim LK, der kurz vor dem Abschluss steht ist es nicht nachvollziehbar, warum sich die RROP Vorrangfläche so gravierend ändern soll, dass mehrere WEA Standorte entfallen würden.
P021	B	P21/B.23	SO 36	<p>Das Vorranggebiet Uthlede wurde in mehreren Teilbereichen verändert und dadurch insgesamt deutlich verkleinert. Im Bereich des Bestandsparks ist das Vorranggebiet bis auf den Bereich, der dem 1000 m Abstandskriterium zur Ortschaft entspricht, gestrichen worden. Im Bereich der im RROP 2012 ausgewiesenen Flächenerweiterung sind nahezu alle Außengrenzen nach innen verlegt worden. Im nördlichen Bereich zwischen den beiden Hochspannungsleitungen, östlich und westlich des Kuhfleetes, ist ein kompletter Teilbereich entfallen. Ebenfalls sind Streifen um die Hochspannungsleitungen aus der Vorrangzone gestrichen worden, dies allerdings auch nicht stringent. Allerdings hat das Gebiet eine südliche Erweiterung in Richtung Landkreis Osterholz, über die L134 hinweg, erfahren. Keine dieser Änderungen ist anhand</p>

P021	B	P21/B.24	SO 36	Durch die vorgesehenen Änderungen befänden sich fünf im Bau befindliche Windenergieanlagenstandorte außerhalb des neuen Vorranggebiets und wären lediglich über den Flächennutzungsplan (FNP) der Gemeinde Hagen im Bremischen planungsrechtlich gesichert.
P021	B	P21/B.25	SO 36	Der FNP ist soweit das anhand der veröffentlichten Karten nachzuvollziehen ist, zumindest im östlichen Teil zu klein dargestellt.
P021	B	P21/B.26	SO 36	Dieses Vorgehen ist aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar, da alle Anlagen erst 2013 eine Genehmigung erhalten haben. Durch den neuen Flächenzuschnitt würden durch notwendige Abstände zu Freileitungen große Teilbereiche nicht mehr für WEA nutzbar und ein späteres Repowering unmöglich.
P021	B	P21/B.27	SO 30	<p><u>Zum Vorranggebiet Odisheim</u></p> <p>Im Rahmen des laufenden Genehmigungsverfahrens wurde von der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) des Landkreises eine Raumnutzungsanalyse zum Seeadler gefordert da sich ein seit 2013 bekanntes Vorkommen knapp außerhalb des 6 km Schutzradius um den Windpark befindet. Die Raumnutzungsanalyse wurde vom Gutachterbüro BIOS in Zusammenarbeit mit dem Büro OKOLOGIS durchgeführt. Mitte Juni 2014 wurden die Untersuchungen aufgrund des Brutabbruchs eingestellt. Der Abschlussbericht liegt der Genehmigungsbehörde vor.</p> <p>Da das Seeadler-Vorkommen dem Landkreis seit 2013 bekannt ist ist es verwunderlich, warum dies keine Erwähnung im Umweltbericht findet und das Vorkommen bei der Erarbeitung des Entwurfs folglich nicht berücksichtigt wurde. Bei den Kartierungen wurde unmissverständlich festgestellt dass der Seeadler den Planungsbereich nicht tangiert.</p> <p>Energiekontor bittet darum, die aktuellen Erkenntnisse zum Seeadler und alle weiteren bereits bestehenden Gutachten bei der Abwägung mit zu berücksichtigen, um zu gewährleisten, dass die Teilfrtschreibung rechtlich nicht angreifbar wird.</p>

P021	B	P21/B.28	Z	<u>Aufnahme des Vorranggebietes Flögel II</u> Energiekontor bittet um die Aufnahme des Vorranggebietes Flögel II in der Samtgemeinde Bederkesa (siehe Lageplan Anlage 3). Das Vorranggebiet entspricht den erforderlichen harten und weichen Abstandskriterien, besitzt ausreichenden Abstand zu den bestehenden Vorranggebieten und ist naturschutzfachlich unbedenklich (Naturschutzfachliche Unterlagen stehen dem Landkreis bereits seit 2010 zur Verfügung).
P021	B	P21/B.29	A	<u>Allgemeine Punkte</u> Aktuell beabsichtigt die rot-grüne Landesregierung einen massiven Ausbau der Windenergie in Niedersachsen. Dazu soll der Windenergieerlass verbindliche Flächenvorgaben für alle Landkreis vorgeben. Ziel ist dabei der Ausbau der Windenergienutzung auf 20 Gigawatt im Jahr 2050. Der Entwurf des RROP 2014, sachlicher Teilabschnitt Windenergie, des Landkreises Cuxhaven enthält jedoch einige Hindernisse für den weiteren Ausbau der Windenergie im Landkreis. Die Regelungen zu den Themen Anlagenrückbau und Abstände im Bezug auf Rotorspitzen stellen u.a. Hindernisse dar.
P021	B	P21/B.30	B 04	<u>Rückbau der Windenergieanlagen</u> Im Abschnitt 4.2.2 Textziffer 4 des Entwurfs wird der vollständige Rückbau des Fundaments gefordert. Energiekontor erachtet einen vollständigen Rückbau des Fundaments als unverhältnismäßig. Zudem fehlt für eine solche Regelung eine Rechtsgrundlage, da für eine solche Festlegung die Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG (verbindliche Vorgaben zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums) nicht vorliegen.
P021	B	P21/B.31	B 04	Es ist nicht erkennbar, weshalb das Fundament, insbesondere bei einer Tiefengründung (im Landkreis Cuxhaven Standard) vollständig zu entfernen ist. Um die ursprüngliche Nutzungsfunktion der beanspruchten Flächen (Landwirtschaft) wiederherzustellen, ist es ausreichend das Fundament nur bis zu einer bestimmten Tiefe (1,50-2m) abzutragen. Wenn ein Fundament einer Windenergieanlage bis 2m unterhalb der Erdoberfläche beseitigt worden ist, was die übliche Anforderung i.S.d. § 35 Abs. 5 Satz 2 BauGB darstellt, liegt keine schädliche Bodenversiegelung mehr vor.

P021	B	P21/B.32	B 04	Fundaments bei Tiefengründungen die „Wiederherstellung der Bodenfunktionen“ nicht gewährleistet wird. Durch einen vollständigen Rückbau wird die um das Fundament bzw. die Stahlbetonpfähle in rund 20 Jahren gewachsene unterirdische Lebensraum- und Bodenstruktur zerstört. Die komplette Herausnahme des Fundaments stellt damit eine erheblich größere Beeinträchtigung der zu schützenden Bodenfunktionen dar als das Belassen
P021	B	P21/B.33	B 04	4 wie folgt an: "Es ist sicherzustellen, dass nach Beendigung des Betriebs eines Windparks die WEA vollständig zurückgebaut werden. Dies schließt ausdrücklich auch den Rückbau von Fundamenten <u>bis zu einer Tiefe von 1,50-2m</u> , Kranstellflächen und für die Erschließung der WM erforderlichen Wegflächen mit ein."
P021	B	P21/B.34	E 01	<u>Definition von Vorsorgeabständen bezogen auf WEA-Rotorspitzen</u> Energiekontor bewertet den Bezug des Abstandes zu Ortslagen und Wohnbebauung im Außenbereich auf die Rotorspitzen als unverhältnismäßig für einen Regionalplan. Die zeichnerische Darstellung des Regionalplans liegt im Maßstab 1:50.000 vor. Eine parzellenscharfe Betrachtung bei der Ausweisung von Potentialflächen ist bei diesem Maßstab weder möglich noch sinnvoll. Diese genaue Betrachtung ist auf Ebene der Bauleitplanung angesiedelt.
P021	B	P21/B.35	E 01	Zudem würde die vorgesehene Rotorspitzen-Regelung die Nutzung der Ecken bzw. Spitzen der Vorrangzonen für moderne Anlagen mit einem Rotordurchmesser von 100-120m verhindern und dadurch einer optimalen Raumnutzung im Wege stehen.
P021	B	P21/B.43	E 01	<u>Harte Tabukriterien — Puffer von 420 zu Ortslagen und sonstigen wohnbaulichen Nutzungen</u> Im Entwurf werden Ortslagen und sonstige wohnbauliche Nutzungen mit einem Puffer von 420m als harte Tabuzonen festgesetzt. Unter harten Tabukriterien sollen Bereiche erfasst werden, die aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht mit Windenergieanlagen bebaut werden dürfen. Es ist daher fachlich nicht nachzuvollziehen weshalb ein Puffer, der ein weiches Tabukriterium ist, als hartes Kriterium behandelt wird. Optimal wäre daher die Ortslagen und sonstige wohnbauliche Nutzungen als harte und entsprechend große Abstände zu diesen als weiche Tabuzonen zu betrachten.

P021	B	P21/B.44	B 05	<u>Unterschiedliche Anlagenhöhen</u> Innerhalb eines Windvorranggebietes Windenergienutzung sind laut Entwurf maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen zulässig. Hier steht die Frage im Raum, wie denn mit Erweiterungen von Windvorranggebieten umgegangen werden soll, in dem schon zwei unterschiedliche Anlagenhöhen vorhanden sind, aber in einer Erweiterung nur der Bau von modernen und größeren WEA wirtschaftlich und energetisch Sinn macht.
P021	C	P21/C.01		Energiekontor plant in der Gemeinde Beverstedt den Windpark Lunestedt-Heerstedt sowie den Windpark Appeln. Der Baubeginn des Windpark Lunestedt-Heerstedt ist in Abhängigkeit der Genehmigungserteilung für den Spätsommer 2014 vorgesehen. Der Windpark Appeln soll bis zum Ende des Jahres ebenfalls genehmigt werden. Im Rahmen der Überarbeitung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie des RROP sind die bisher ausgewiesenen Vorranggebiete in der Gemeinde Beverstedt in Teilbereichen verändert dargestellt. Die Änderungen an den Vorranggebieten sind für Energiekontor zurzeit nicht nachvollziehbar, da der Landkreis keine Informationen veröffentlicht oder bereitstellt, die genauere Hinweise auf diese Änderungen geben. Die konkreten und detaillierten Informationen, die durch die laufenden Genehmigungsverfahren und Bauleitplanverfahren dem Landkreis bekannt sein müssen, sind offensichtlich ebenso wenig berücksichtigt worden wie die Hinweise, die Energiekontor bereits im Januar 2014 im Rahmen der ersten Beteiligung zur RROP Teilfortschreibung an den Landkreis gegeben hat.
P021	C	P21/C.02-6	SO 11	Siehe Stellungnahme P21/B.09-13
P021	C	P21/C.07	SO 11	<u>Zum Vorranggebiet Lunestedt-Heerstedt:</u> Das Vorranggebiet Lunestedt-Heerstedt wurde in mehreren Teilbereichen verändert und dadurch insgesamt deutlich verkleinert. Während die Herausnahme der geplanten A20-Trasse noch grundsätzlich nachvollziehbar ist, sind jegliche weitere Änderungen unverständlich. Wie bereits dargelegt ist der Landkreis Cuxhaven nicht willens oder in der Lage zur Aufklärung der veränderten Vorranggebietsgrenzen beizutragen. Durch die vorgesehenen Änderungen befänden sich vier geplante Windenergieanlagenstandorte außerhalb des Vorranggebiets und wären lediglich über den Flächennutzungsplan der Gemeinde Beverstedt planungsrechtlich gesichert.

P021	C	P21/C.08	SO 11	<p>Im Rahmen des sogenannten Gegenstromprinzips ist bei der Überarbeitung des RROP der Planungswille der Gemeinden zu berücksichtigen. Wir möchten Sie daher bitten, sich in Ihrer Stellungnahme für den Erhalt des Vorranggebiets Lunestedt-Heerstedt in den Grenzen des zurzeit noch gültigen RROP 2012 auszusprechen. Desweiteren bitten wir Sie sich für die Erweiterung des Vorranggebiets Appeln in östliche Richtung auszusprechen.</p> <p>Die im Laufe der Aufstellung des RROP 2012 vorgenommenen Veränderungen und Verkleinerung der Gebiete sind unserer Auffassung weitestgehend nicht sachgerecht und sollten in dieser Form nicht in den Regionalplan dargestellt werden.</p>
P021	C	P21/C.09	SO 11	<p>Unserer Auffassung nach können die nicht nachvollziehbaren Änderungen von Grenzverläufen der Vorranggebiete nicht im Sinne der Gemeinde Beverstedt sein. Möglicherweise entsteht durch diese Veränderungen eine Anpassungspflicht am gemeindlichen Flächennutzungsplan, da der §1(4) BauGB diese Verpflichtung für Ziele der Raumordnung vorsieht. Die Flächennutzungsplanänderungen zu den genannten Windparkvorhaben sind erst in den vergangenen zwei Jahren mit erheblichem Ressourceneinsatz durchgeführt und auch erst in diesem Jahr vom Landkreis Cuxhaven genehmigt worden. Eine erneute Anpassung des FNP wäre mit einem erheblichen finanziellen und zeitlichen Einsatz verbunden, der keinem Ertrag gegenübersteht.</p>

P021	D	P21/D.01	A	<p>Bestandsschutz für Vorranggebiete</p> <p>Nach der Veröffentlichung des RROP 2012 hat Energiekontor - wie auch dessen Mitbewerber - erhebliche finanzielle Mittel in die Entwicklung der Windenergieprojekte investiert, die auf ausgewiesenen Vorrangflächen zur Realisierung vorgesehen sind. Die im RROP 2012 ausgewiesenen Flächen sind daher ausnahmslos im Rahmen der Teilfortschreibung auszuweisen. Dies gilt auch für die Vorranggebiete „Appeln“ und „Bramstedt“, die zurzeit im Konflikt mit dem Standort eines Drehfunkfeuers der Deutschen Flugsicherung stehen. Da bereits intensiv an der Lösung dieser Problematik gearbeitet wird, ist kein von vorneherein unüberwindliches Hindernis für die weitere Windparkentwicklung gegeben.</p> <p>Der geforderte Bestandsschutz begründet sich mit einem gebotenen Vertrauensschutz für die Investoren, die bereits mit vielen anderen Unwägbarkeiten im Rahmen der Projektentwicklung konfrontiert sind. Ein Regionalplan ist im Regelfall auf eine Gültigkeitsdauer von zehn Jahren ausgelegt, zudem ist die Bearbeitungsdauer der Genehmigungsverfahren seitens des Landkreises Cuxhaven unverhältnismäßig lang. Als Beispiel sei auf den Windpark Lunestedt-Heerstedt verwiesen: Bereits kurz nach der öffentlichen Bekanntmachung des RROP 2012 hat Energiekontor einen Genehmigungsantrag eingereicht, dennoch ist eine abschließende Bescheidung zurzeit nicht absehbar. Abschließend wird darauf hingewiesen, dass bei der Erarbeitung des RROP 2012 die Standorte aus dem vorher gültigen RROP in vergleichbarer Weise übernommen worden sind. Insofern ist auch bei ggf. Anpassungen einzelner Kriterien in jedem Fall die vollumfängliche Übernahme der bisherigen Vorranggebiete in den neuen Plan sicherzustellen.</p>
------	---	----------	---	---

P021	D	P21/D.02	A	<p>Windparks in Planung</p> <p>Für folgende Windparks hat Energiekontor Anträge auf Genehmigung beim Landkreis Cuxhaven gestellt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Misselwarden (Repowering), SG Land Wursten - Debstedt (Repowering), Stadt Langen - Krempel (Repowering), Stadt Langen - Lunestedt-Heerstedt, Gemeinde Beverstedt - Odisheim, SG Börde Lamstedt und SG Land Hadeln - Appeln, Gemeinde Beverstedt - Bramstedt, Gemeinde Hagen im Bremischen <p>Für das Repowering des Windparks Spieka-Neufeld (Gemeinde Nordholz) wird zudem in Kürze ein Genehmigungsantrag beim Landkreis Cuxhaven eingereicht.</p> <p>Die laufenden und kurzfristig beginnenden Genehmigungsverfahren für diese Projekte dürfen durch die Teilfortschreibung des RROP 2012 in keinsten Weise, bspw. durch die Verkleinerung der Vorranggebiete, eingeschränkt werden.</p>
P021	D	P21/D.03	A	<p>Windparks in Realisierung</p> <p>Folgende Windparks realisiert Energiekontor zurzeit im Landkreis Cuxhaven</p> <ul style="list-style-type: none"> - Uthiede, Gemeinde Hagen im Bremischen - Flögeln-Stüh, SG Bederkesa - Debstedt (Rotorblattverlängerung), Stadt Langen <p>Die Realisierung der Windparks darf durch die Teilfortschreibung des RROP 2012 in keinsten Weise eingeschränkt werden.</p>

P021	D	P21/D.04	A	<p>Windparks in Betrieb</p> <p>Darüber hinaus betreibt Energiekontor folgende Windparks im Landkreis Cuxhaven</p> <ul style="list-style-type: none"> - Stotel, Gemeinde Loxstedt - Wremen-Grauwallkanal, SG Land Wursten - Misselwarden, SG Land Wursten - Sievern, Stadt Langen - Holßel, Stadt Langen - Debstedt, Stadt Langen - Krempel, Stadt Langen - Spieka-Neufeld, Gemeinde Nordholz - Nordieda, Land Hadeln - Osterbruch, Land Hadeln - Wittgeeste, SG Bederkesa <p>Der Weiterbetrieb der Windparks darf durch die Teilfortschreibung des RROP 2012 der Windparks in keinster Weise eingeschränkt werden.</p>
P021	D	P21/D.05	Z	<p>Energiekontor fordert im Rahmen der Teilfortschreibung des RROP 2012 die räumliche Ergänzung folgender bestehender Vorranggebiete:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wittgeeste, SG Bederkesa - Appeln, Gemeinde Beverstedt - Holßel, Stadt Langen
P021	D	P21/D.06	Z	<p>Desweiteren fordert Energiekontor die Aufnahme folgender neuer Vorranggebiete:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Flögeln II, SG Bederkesa - Testfeld an der A27, Stadt Langen <p>Die genannten Flächen sind in diesem Schreiben beiliegenden Karten dargestellt.</p>

P021	D	P21/D.07	A	<p>Berücksichtigung kommunaler Planungen</p> <p>Die auf Basis des RROP 2012 aufgestellten oder in Aufstellung befindlichen Flächennutzungspläne sind seitens des Landkreises zu genehmigen. Der Landkreis kann die zur Prüfung vorliegenden Flächennutzungspläne nur dann versagen, wenn diese nicht ordnungsgemäß zustande gekommen sind oder inhaltlich nicht rechtmäßig sind (vgl. § 6 (2) BauGB). Es hat demgemäß eine Prüfung hinsichtlich der Rechtmäßigkeit und nicht hinsichtlich der Zweckmäßigkeit zu erfolgen, eine eigene Abwägungsentscheidung kann der Landkreis nicht treffen. Insofern ist seitens des Landkreises zu prüfen, ob der Abwägungsvorgang fehlerhaft ist oder der FNP inhaltlich unrechtmäßig ist. Maßgeblich ist dabei der Zeitpunkt der Abwägungsentscheidung und somit die zu diesem Zeitpunkt gültigen Rechtsgrundlagen.</p> <p>Darüber hinaus ist der Landkreis im Sinne des Gegenstromprinzips verpflichtet, die gemeindlichen Belange und Planungen bei eigenen Planungen zu berücksichtigen.</p>
P021	D	P21/D.08	B 10	<p>Repowering Höhenbegrenzung</p> <p>Das gültige RROP regelt unter Punkt 4.2.2 Ziffer 08, dass beim Repowering von Windparks bei der Überschreitung von 100m Gesamthöhe mindestens 500m zu Einzelhäusern und 1.000m zu Ortslagen einzuhalten sind. Energiekontor fordert die Abschaffung dieser Regelung, um auf Bestandsflächen das ökologisch wie ökonomisch sinnvolle Repowering zu ermöglichen. Die Festlegung von im Einzelfall ggf. sinnvollen Höhenbeschränkungen sollte der gemeindlichen Bauleitplanung überlassen sein, da der RROP generell nicht zur Festlegung von maximalen Gesamthöhen geeignet ist.</p>

P021	D	P21/D.09	E 01	<p>Mindestgröße der Windparkflächen</p> <p>Im RROP 2012 ist festgelegt, dass Vorranggebiete mindestens die Errichtung von fünf Windenergieanlagen mit einer Gesamtbauwerkshöhe von 100m ermöglichen müssen. Dieses Kriterium erscheint aufgrund der technischen Weiterentwicklung zu größeren Anlagentypen nicht als zielführend. Energiekontor fordert daher die Mindestgröße auf 15 ha festzusetzen, was eine Realisierung von Windparks mit zwei bis drei Turbinen der heutigen Größenklassen ermöglicht. Energiekontor hat umfangreiche Erfahrungen mit kleineren Windparkprojekten und schätzt im windreichen Landkreis Cuxhaven auch die ökonomische Umsetzbarkeit als hoch ein. Desweiteren vereinfachen kleinere Windparkprojekte die Beteiligung der ortsansässigen Bürger in Bürgerwindprojekten und führen in der Regel nur zu geringwertigen Eingriffen in die Natur und Landschaft.</p>
P021	D	P21/D.10	E 01	<p>Zu berücksichtigender Abstand zwischen den Windparks</p> <p>Energiekontor fordert im Rahmen der Teilfortschreibung die Streichung eines Mindestabstands von Windparks untereinander. Das derzeit gültige RROP sieht hier eine mehrstufige Regelung vor. Die Nichtberücksichtigung des Abstandskriteriums bietet die Möglichkeit die tatsächlich am besten geeigneten Flächen als Vorranggebiete auszuweisen.</p>
P021	D	P21/D.11	A	<p>Kartographische Grundlagen</p> <p>Bei der Erarbeitung des RROP 2012 hat sich der Landkreis Cuxhaven als Planungsgrundlage auf ArcGIS Daten gestützt. Tatsächlich ist jedoch im Einzelfall die Nutzungszuordnung nicht kongruent mit der realen Bebauung bzw. Nutzung der Flächen. Dem entsprechend sind teilweise die definierten Abstandskriterien nicht korrekt angewendet worden, was etwa zur nicht sachgerechten Verkleinerung von Vorranggebieten geführt hat. Energiekontor fordert vor diesem Hintergrund eine genauere Prüfung der Planungsgrundlagen und ggf. erforderliche Überprüfungen vor Ort vorzunehmen.</p>

P022		P22.01	Z	Grundsätzlich begrüße ich die „Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven - Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie - 2014“. Da jedoch die Potentialfläche Steinau im aktuellen Entwurf nicht enthalten ist, beantrage ich hiermit eine Berücksichtigung der Potentialfläche Steinau als „Vorranggebiet Windenergiegewinnung“ und rege eine Überarbeitung des Entwurfs der „Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven - Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie - 2014“. an.
P022		P22.02	Z	Ich fordere die Darstellung der Potentialfläche Steinau als Vorranggebiet Windenergiegewinnung“ (Anlage A), wie sie bereits im 1. Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogrammes (RROP) 2012 enthalten war. Die Fläche, liegt in der Gemeinde Steinau (Samtgemeinde Land Hadeln) und befindet sich süd-westlich von Steinau sowie nördlich der Köppeler Straße. Das Gebiet erfüllt die Kriterien für die Ausweisung als Vorranggebiet Windenergiegewinnung (lt. Landkreis Cuxhaven RROP 2014).
P022		P22.03	Z	Die Nutzung des oben genannten Gebietes durch die Windenergie, entspricht dem Wunsch der Flächeneigentümer. Diesem Willen hat der überwiegende Teil der Eigentümer mit seiner Unterschrift der Nutzungsverträge, zur Umsetzung des Windparks durch das Windparkplanungs- und Windparkbetreiberunternehmen wpd, bereits Ausdruck verliehen.
P022		P22.04	Z	Sollte vom Plangeber eine ausreichende Begründung für eine Verkleinerung des Gebietes hervorgebracht werden, jedoch die Mindestgröße von 19 ha weiterhin erreicht werden, wäre ich auch mit einem angepassten Flächenzuschnitt für das Potentialgebietes Steinau einverstanden. Folglich wäre das verkleinerte Gebiet in seiner Version als Vorranggebiet für die Windenergiegewinnung“ vom Plangeber darzustellen bzw. auszuweisen.
P022		P22.05	Z	Die Eigentümer sowie das Windparkplanungs- und Windparkbetreiberunternehmen wpd möchten gemeinsam mit den Anwohnern des Windparks Steinau sowie der Gemeinde Steinau einen Windpark realisieren. Hierbei sollten die von dem Landkreis Cuxhaven vorgegebenen Abstandsparameter für Wohn- und Einzelbebauung zugunsten der Anwohner erweitert werden. Ich fordere für das weitere Verfahren eine Berücksichtigung meiner Stellungnahme sowie eine Überarbeitung des Entwurfs.

P023			Z	Siehe Stellungnahme P22
P024			Z	Siehe Stellungnahme P22
P025			Z	Siehe Stellungnahme P22
P026			Z	Siehe Stellungnahme P22
P027			Z	Siehe Stellungnahme P22
P028			Z	Siehe Stellungnahme P22
P029		P29.01	SO 31	Die Fläche liegt mitten in einem Siedlungsgebiet. Die umliegenden Ostener Ortsteile können nicht einfach zu "sonstigen, wohnbaulichen Nutzungen" bzw. zu Einzelgebäuden definiert werden, sondern bilden zusammenhängende Straßendörfer oder Streusiedlungen, sodass größere Mindestabstände als im Entwurf vorgesehen anzuwenden sind.
P029		P29.02	SO 31	Die vorgesehenen Mindestabstände von 420 bzw. 500 m sind ohnehin viel zu gering bemessen, da sie erhebliche, gesundheitliche Gefährdungen der Anwohner durch Schlagschatteneffekte, Betriebsgeräusche, Ledseleuchtung und Infraschallemissionen der Windanlagen auslösen. In anderen Landkreisen werden teilweise deutlich höhere Mindestabstände zugrunde gelegt, die auch hier anzuwenden sind.
P029		P29.03	SO 31	Ein Windpark an der vorgeschlagenen Stelle in Osten-Isensee zerstört das typisches Landschaftsbild entlang der Oste. Der wesentlich von landwirtschaftlicher Nutzung geprägte Charakter der Gegend sollte erhalten bleiben und u.a. auch im Interesse des von Landkreis und Gemeinde geförderten Tourismus besonders geschützt werden.
P029		P29.04	SO 31	Mehrere seltene und geschützte Vogelarten sowie Fledennäuse sind im Plangebiet und dessen Umfeld regelmäßig zu beobachten. Dieser schützenswerte Bestand ist nicht mit Windenergienutzung vereinbar. Die genauen Arten, Zahlen und Standorte sind noch vor Beschlussfassung des BROP sehr viel gründlicher zu untersuchen, als die dem RROP-Entwurf beigefügten, sehr oberflächlichen Anmerkungen zu den einzelnen Vorranggebieten Windenergie es (oftmals auch falsch) leisten.
P029		P29.05	SO 31	Die Fläche für Windenergie Osten-Isensee überschneidet sich am Nordrand immer noch mit einem ausgewiesenen "Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft". Diese Nutzungen sind nicht miteinander vereinbar, sodass das Vorranggebiet Windenergie ohnehin weiter zu verkleinern wäre.

P029		P29.06	SO 31	Neben den Hauptaspekten der Gesundheitsgefährdung sowie der Natur- und Landschaftszerstörung ist auch der Aspekt der Wertminderung von Grundstücken und Gebäuden zu berücksichtigen. Geplante oder aufgrund der Beeinträchtigungen erzwungene Veräußerungen im Umfeld von Windenergieanlagen sind erheblich schwieriger. Entschädigungsklagen gegen Betreiber und Planungsträger sind bundesweit bereits erfolgreich verlaufen.
P029		P29.07	SO 31	Ein in Osten mit 81,3 % gegen den Windpark ausgegangener Bürgerentscheid sowie das beantragte Weltkulturerbe Schwebefähre wurden zwar vom OVG Lüneburg erstaunlicherweise nicht als Planungskriterium anerkannt, müssen aber für den Landkreis weiterhin als bindend und verpflichtend gelten.
P029		P29.08	SO 31	Da der Landkreis Cuxhaven seine Verpflichtung zum Ausweisen zusätzlicher Flächen für die Windenergienutzung ohnehin bereits erfüllt bzw. übererfüllt hat, besteht - auch nach dem Urteil des OVG Lüneburg — keine Verpflichtung und keine Notwendigkeit, die Fläche Osten-Isensee als Vorranggebiet Windenergienutzung in das RROP aufzunehmen.
P029		P29.09	SO 31	Unter anderen weisen wir darauf hin, dass unsere Häuser direkt an der Zubringer Straße des Windpark liegen würden. Durch den vermehrten Schwerlastverkehr und den weichen Untergrund, den wir hier haben, würden unsere Häuser diese Belastung nicht aushalten . Wenn es zu Schäden kommen sollte werden wir den Landkreis Cuxhaven in den Regress nehmen. Ich bitte um Berücksichtigung meiner Bedenken und Einwände und behalte mir anderenfalls rechtliche Schritte vor.
P030			SO 31	Siehe Stellungnahme P29
P031			SO 31	Siehe Stellungnahme P29
P032		P32.01	SO 09	Der geplante Windpark würde unsere Region nicht nur für den Tourismus unattraktiv machen, sondern auch meinen Lebensraum unzumutbar und inakzeptabel beeinträchtigen. Als Anlieger an dem geplanten Vorranggebiet fürchte ich um unzumutbare Immissionen hinsichtlich Lärm und Schattenschlag, wie auch gesundheitsgefährdenden Infraschall mit negativen Folgen für meine Gesundheit und die meiner Familie.

P032		P32.02	SO 09	Auch wehre ich mich gegen die Zerstörung der Landschaft und Natur. Die geplante Errichtung der gigantischen WKA stellt einen massiven Eingriff in die bislang intakte Landschaft dar und wird Schäden mit immensen Folgen für Flora und Fauna verursachen. Ich nehme damit Bezug auf diverse - auch dem LK Cuxhaven - vorliegende Stellungnahmen von Fachbehörden (Untere Naturschutzbehörde des LK Stade und des LK Cuxhaven) und Gutachten (Schreiber Umweltplanung, 2013 sowie Bosch & Partner, März 2014).
P032		P32.03	SO 09	Da hier mit dem Landkreis Stade ein gemeinsames Vorranggebiet ausgewiesen werden soll, ist - auf 214 ha mit 27 Anlagen á 186 m - einer der größten Windparks im Elbe-Weser-Gebiet geplant. Die Kenntnisse der Ergebnisse des Schalltechnischen- und des Schattenwurfgutachtens im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zur Errichtung des geplanten Windparks Oberndorf/Geversdorf werden ebenso ignoriert wie die dichte Wohnbebauung der Ortslagen Neuenschleuse, Portshemm und Oberndorf-Bentwisch.
P032		P32.04	SO 09	Da dem Landkreis Cuxhaven die negativen Auswirkungen auf Mensch und Natur nachweislich bereits bekannt sind, wehre ich mich gegen die Ausweisung des Vorranggebietes für Windenergiegewinnung Geversdorf/Oberndorf im Entwurf des RROP 2014 des LK Cuxhaven und den Hinweisen auf anschließende vertiefende Untersuchungen in nachgelagerten Planungsebenen. In der schriftlichen Urteilsbekundung des Urteils des OVG Lüneburg 12. Senat, Urteil vom 7.14.05.2014, 12 KN 29113, in dem das RROP 2012 für den LK Cuxhaven für unwirksam erklärt wurde, wurde der LK Cuxhaven darauf hingewiesen, dass der Planungsträger in einer noch offenen und nicht abschließend geklärten Lage zur Vermeidung von Risiken auf die Ausweisung bestimmter Flächen als Vorranggebiete verzichten kann, sofern der Windkraftnutzung im Übrigen hinreichend Raum gegeben wird. Die dem Planungsträger zu diesem Zeitpunkt bekannten Gutachten zum Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf haften einen solchen Schritt mehr als gerechtfertigt. Auch aus diesem Grund ersuche ich Sie, auf die Ausweisung zu verzichten.

P032		P32.05	U, SO 09	Zusätzlich möchten wir zu den Aussagen des Umweltberichtes Teil C auf S. 12 , Zitat: „Bei den Windenergiebereichen sind betriebsbedingte Beeinträchtigungen durch Schadstoffemissionen ausgeschlossen“ folgenden Einwand erheben. Neueste Untersuchungen (Berichterstattung im 3.Programm des NDR vom 9.8. 2014) haben ergeben, dass im Falle eines Brandes, der aus Kohlefasern konstruierten Rotorblätter, großflächig krebserregende Kohlefasern freigesetzt werden. Die gesundheitliche Gefährdung für den Menschen ist vergleichbar mit der Gefährdung durch Asbestfasern. In diesem Zusammenhang scheint der Abstand zur Wohnbebauung von 500 m sehr fragwürdig.
P032		P32.06	U, SO 09	Außerdem gelangen durch die Rotation der Rotorblätter permanent kleinste Partikel von Getriebeöl in die Umwelt und stellen somit, besonders in Hinblick auf die große Anzahl der Windkraftanlagen eine gesundheitliche Bedrohung für den Menschen dar.
P032		P32.07	U, SO 09	Des Weiteren möchten wir darauf hinweisen, dass in der Tabelle 2 des Umweltberichtes Teil C unter 2.169 auf S. 49 behauptet wird, dass sich im Umfeld des Plangebietes keine Wohnbebauung befindet und dadurch auch keine Betroffenheit vorhanden ist. Hier möchten wir folgendes einwenden: Unser Haus Laack 32 befindet sich in der Ortschaft Geversdorf- Laack in einem Abstand von ca. 800m zum Plangebiet. Außerdem befinden sich die Ortschaften Bentwisch, Portshemm und Wetterdeich im Umfeld des Plangebietes mit einer Wohnbebauung z.T. unter 500m.
P033		P33.01-04	SO 09	Siehe Stellungnahme P32.01-04
P033		P33.05	SO 09	<p>Insbesondere die Forschungsergebniss bezüglich der Kanzerogenität der Carbonfasern im Falle eines Brandes - sie wird mit der Kanzerogenität der Asbestfasern verglichen - fordert geradezu den Verzicht auf die Ausweisung des geplanten Windparks in Geversdorf / Oberndorf in großer Nähe zu Häusern und Höfen links und rechts der Oste.</p>

P034			SO 09	Siehe Stellungnahme P32
P035			SO 09	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04
P036			SO 09	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04
P037			SO 09	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04
P038			SO 09	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04
P039			SO 09	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04
P040			SO 09	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04
P041			SO 09	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04
P042			SO 09	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04
P043			SO 09	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04

P044		P44.01	SO 09	<p>Im Rahmen der Änderung des sachlichen Teilabschnittes Windenergie des RROP haben wir bereits im Vorlauf mit Vorschlägen und Anregungen Stellung genommen; so im September 2013 zu „Genehmigungen und Genehmigungsverfahren für den Windpark Geversdorf/Oberndorf sowie auf dem Gebiet der Gemeinde Baije“ und im Januar 2014 zu „Änderung des sachlichen Teilabschnittes Windenergie des RROP für den Landkreis Cuxhaven“ Nunmehr geht es wiederum um die Neufestlegung eines der größten Windparks an der Nordseeküste mit 27 Anlagen à 186 m Höhe auf 214 ha (zur Verdeutlichung: der Kölner Dom ist mit 157,38 m 30 m niedriger als eine der Windanlagen; also werden 27 höhere Kölner Dom in die Oste-Niederung gestellt). Die Planungen im LK Stade und somit das Zusammenwirken der auf Cuxhavener Gebiet geplanten Anlagen kann nur in einer Gesamtbetrachtung erfasst werden.</p>
P044		P44.02	SO 09	<p>Nicht berücksichtigt im vorliegenden Entwurf wurden ausnahmslos alle naturschutzfachlichen und landschaftspflegerischen Erkenntnisse:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Stellungnahmen der Unteren Naturschutzbehörden des Landkreises Stade vom 07.08. 2013 und des Landkreises Cuxhaven vom 16.08,2013 zur 7. F-Planänderung der SG Am Dobrock. - Naturschutzfachliche Einwendungen zum geplanten Windpark Geversdorf/Oberndorf-Anmerkungen zum Arten- und Habitatschutz, Schreiber Umweltplanung, Bramsche, 2013 - Begutachtung der Antragsunterlagen zum Windpark Geversdorf / Oberndorf im Landkreis Cuxhaven, Bosch & Partner, Hannover im Auftrag des LK Cuxhaven, Naturschutzamt, März 2014 - Stellungnahme des BUND "Grundsatzpapier RROP 2014 - Neuaufstellung Teilbereich Windkraft" Juli 2014 <p>Die oben genannten Stellungnahmen und Gutachten bestätigen und untermauern die Besonderheit und Sensibilität des ausgewiesenen Gebietes.</p>

P044		P44.03	SO 09	An dieser Stelle möchten wir unsere Enttäuschung und Frustration nicht verhehlen, da bei den sogenannten "Abwägungen" bei der Überarbeitung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie durch die Verwaltung die berechtigten Einwendungen und Vorschläge seitens der Anwohner nicht ansatzweise, berücksichtigt wurden. Die besondere Lage des Vorranggebietes Geversdorf/Oberndorf findet keinen Niederschlag im vorliegenden Entwurf.
P044		P44.04	SO 09	Der Landkreis Cuxhaven hat der Windenergie bereits substanziell Raum verschafft. Die Festlegung im übergeordneten Landesraumordnungsprogramm, 300 MW Windkraftleistung vorzuhalten ist mit Stand vom Februar 2014 mit 540 MW über erfüllt; wobei die 300 MW auch durch andere regenerative Energiearten erzeugt werden können. Werden bei der Gesamtleistung Photovoltaik und Biogasanlagen hinzugezählt, stellt der Landkreis bereits jetzt — ohne Repowering — 642 MW zur Verfügung.
P044		P44.05	SO 09	Für die Neu-Ausweisung des Vorranggebietes Geversdorf / Oberndorf in einem, aus naturschutzfachlicher Sicht, hochsensiblen Bereich der Osteniederung besteht demnach keine Notwendigkeit. Vielmehr drängt sich die Überlegung auf, ob nicht rein materielle Erwägungen, wie Pachteinahmen für die Bauern, auf deren Flächen die Windanlagen stehen, oder auch Gewerbesteuererinnahmen die Entscheidung für die „Neufestlegung“ maßgeblich beeinflusst haben.
P044		P44.06	SO 09	Bei der Überarbeitung des Themas „Harte und Weiche Tabuzonen“ bleiben die Empfehlungen des Niedersächsischen Landkreistages gänzlich unberücksichtigt in Bezug auf Lage des Gebietes innerhalb mehrerer Naturschutzgebiete und den daraus resultierenden erforderlichen Abständen zu FF11- und Naturschutzgebieten, zu Gewässern und Gewässerkomplexen. Hier fragt sich der mündige Bürger und Wähler, weshalb gewählte Vertreter sich auf Kreistagen treffen, Vorlagen ausarbeiten und diese dann nicht umgesetzt werden.

P044		P44.07	SO 09	In unseren Einwendungen im Januar 2014 haben wir unsere eigenen avifaunistischen Beobachtungen aufgelistet, an den Landkreis weitergereicht und darauf hingewiesen, dass mit Schussanlagen im Herbst 2013 eine gezielte Verbrämung der rastenden Wintergäste, vor allem Nonnengänse, vorgenommen wurden. Ebenso wurde durch eine zu frühe Heumahd das erste Gelege der Weihe zerstört. Es liegt hier leider nahe, von einer gezielten "Abarbeitung" der für die Errichtung von WKA im Wege stehenden Probleme zu sprechen.
P044		P44.08	SO 09	Weitere Vogelbestandsaufnahmen mit genauer Orts- und Zeitangabe werden wir aus Schutzgründen der beobachteten Vögel nicht mehr weitergeben. In diesem Jahr haben im vorgesehenen Windpark Waldohreulen, Schleiereulen, Turmfalken, Sperber und Bussard erfolgreich gebrütet; Wachteln und Kiebitze sind ebenso Bewohner wie Weißstorch und Brachvögel als Nahrungsgäste gelistet werden können.
P044		P44.09	SO 09	Bei der Bearbeitung des Entwurfes zum RROP 2014 wurden die von Experten geforderten Mindestabstände mit einem 10-fachen der Anlagenhöhe zur vorhandenen Wohnbebauung ignoriert und eigene willkürlich festgelegt, obwohl von gesundheitlicher Schädigung durch Schall, Infraschall, Schattenwurf und Dauergeräusche des Schlages der Rotorblätter auszugehen ist.
P044		P44.10	SO 09	Die bereits vorliegenden Untersuchungen zum Thema „Lärm“ zeigen auf, dass die in der TA-Lärm festgelegten Werte (siehe Genehmigungsverfahren) nicht eingehalten werden können, da es sich um eine geschlossene Ortslage handelt und die Werte für die Allgemeinen Wohngebiete und Kleinsiedlungsgebiete angewandt werden müssen, hier allerdings die Richtwerte für Kern-, Dorf- und Mischgebiete Verwendung finden.
P044		P44.11	SO 09	Völlig außer Acht gelassen sind die Emissionen der Windräder mit Schmier- und Betriebsstoffen. "Bei den regelmäßigen Wartungen müssen meist erhebliche Mengen nachgefüllt werden. Der "Schwund" hat sich in der Zwischenzeit als giftiger Niederschlag auf die Umgebung des Windrads gelegt", führt der BUND aus.

P044		P44.12	SO 09	Ein derart großer Windpark an Land und in unmittelbarer Nähe zu Wohnbebauung existiert bisher nicht (das wurde selbst von den zukünftigen Betreibern attestiert); daher fehlen bisher aussagefähige Statistiken für das Gesundheitsrisiko der Anwohner. In der Begründung zum Entwurf des RROP wird angeführt "... dass auf Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms noch keine Details hinsichtlich Anzahl und Größe der Windenergieanlagen bekannt sind". Dem Landkreis Cuxhaven und seinen planenden Behörden liegen die Daten der geplanten Höhe und die Anzahl der WKA im Bereich Geversdorf/Oberndorf vor und müssten in den Entwurf entsprechend berücksichtigt werden; Verweise auf eine Verantwortung der unteren
P044		P44.13	SO 09	Bei allem Respekt gegenüber der Überarbeitung des RROPs, erweckt die Vorlage den Eindruck, dass nicht legale Zustände im Nachhinein für die Windparkbetreiber legalisiert werden sollen oder noch klarer ausgedrückt, möglicher Weise wurden den Großinvestoren bei deren Planungen Zugeständnisse gemacht, denen man heute im RROP versucht gerecht zu werden.
P044		P44.14	SO 09	Abschließend möchten wir Sie noch einmal auffordern, das überarbeitete Windparkgebiet Geversdorf/ Oberndorf als harte Tabuzone auszuweisen.
P045		P45.01	SO 31	Als betroffener Grundeigentümer und Bewirtschafter eines landwirtschaftlichen Betriebes in Osten-Isensee begrüße ich die erneute Ausweisung des Gebietes Osten-Isensee als Vorranggebiet für die Windenergiegewinnung — ein zeitnahes positives Ergebnis wäre aus meiner Sicht sehr zu begrüßen, da insgesamt schon sehr viel Zeit verstrichen ist.
P045		P45.02	SO 31	Ein Windpark in der eher strukturschwachen Region Osten und Hemmoor würde den zahlreichen Eigentümern zusätzliches Einkommen ermöglichen und ggf. damit auch die Weiterbewirtschaftung dieser landwirtschaftlichen Betriebe sichern. Auch die Gemeinde Osten würde ihre Haushaltsituation über zusätzliche Steuereinnahmen aus dem Windpark zukünftig spürbar verbessern können. Die Finanzlage der Gemeinde Osten und Samtgemeinde Hemmoor ist Ihnen bekannt. Auf die allgemeinen Aspekte der ressourcenschonenden Energiegewinnung möchte ich hier nicht weiter eingehen.

P045		P45.03	SO 31	Die überwiegende Mehrheit der Landeigentümer hat sich im Rahmen der Beratungen mit wpd onshore GmbH & Co. KG darauf verständigt, dass sie aus ihren Erträgen Mittel zur Verfügung stellen wollen, die gemeinnützigen Einrichtungen, örtlichen Vereinen und Institutionen zu Gute kommen sollen, da sie sich als begünstigte Landeigentümer ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung bewusst sind.
P045		P45.04	SO 31	Eine Berücksichtigung der naturschutzfachlichen Belange - so wpd - ist gewährleistet.
P045		P45.05	SO 31	Auch die Ostener Schwebefähre ist aufgrund des Abstandes zum geplanten Wndpark m. E. nicht gefährdet, so auch die Denkmalschutzbehörde im ersten Anlauf zum RROP.
P045		P45.06	SO 31	Vielmehr könnten steigende Steuereinnahmen der Gemeinde und Samtgemeinde gemeinsam mit Ihnen, sehr geehrter Herr Bielefeld, den Spielraum verschaffen, den Erhalt der Schwebefähre und ihre touristische Förderung zu sichern.
P045		P45.07	SO 31	Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die weiteren Planungen zum Windpark Osten-Isensee positiv begleiten und die Beratungen im Kreistag zügig zur Verabschiedung des Vorranggebietes für die Windenergiegewinnung in Osten-Isensee führen würden. Gleichzeitig bitte ich Sie, mich über den weiteren Verlauf des Verfahrens zu informieren.
P046			SO 31	Siehe Stellungnahme P45

P047		P47.01	A	<p>Die erneute Absicht, in dem neu aufgetegten Entwurf des RROP für den Landkreis Cuxhaven Vorrangflächen für Windenergie, auf den Gemeindegebiet Osten-Isensee einen Windenergiepark zu errichten, erfüllt uns mit großer Sorge.</p> <p>Das betroffene so genannte Ostetal mit seiner unübersehbaren hohen Naturqualität hat uns im Jahr 2008 veranlasst hier ein Haus zu erwerben. Dieses wurde und wird durch uns aufwendig saniert und modernisiert. Zur Zeit nutzen wir das Haus als Wochenenddomizil und beabsichtigen es für die Zukunft so herzurichten dass wir es als vollwertigen ersten Wohnsitz und später als Alterswohnsitz zu nutzen. Somit haben wir, davon ausgehend dass die Vorrangfläche Windenergie aus dem RROP 2012 herausgenommen wurde, unser Reetdach mit den Zuschüssen des Dorferneuerungsprogramm, aufwendig neu eindecken lassen.</p>
P047		P47.02	U, SO 31	<p>Nach umfänglicher Recherche und Konsultation von Anwälten und Naturschutzrechtlern stellen sich nachfolgende Bedenken für das geplante Vorranggebiet auf dem Gemeindegebiet Osten-Isensee dar:</p> <p><u>1. Naturschutz</u></p> <p>In dem ergänzenden Naturschutzbericht zum RROP 2014 wird darauf verwiesen, dass die Teilbereiche A und B des Umweltberichtes zum RROP 2012 weiterhin gültig sind. Im Teilbereich C wird das Kapitel C Ziffer 4.2.2 Windenergie durch den Umweltbericht 2014 ersetzt und des Weiteren wurden Änderungen in den Kapiteln 4 bis 7 notwendig.</p> <p>Trotz diesen benannten Änderungen, sind weiterhin in dem RROP 2012 Naturschutz- bzw. Umweltbericht, als auch in dem neuen ergänzenden Umweltbericht 2014 folgende grundlegende Fehler bzw. falsche Bewertungen vorgenommen worden:</p>
P047		P47.03	SO 31	<p>1.1 Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft</p> <p>Im nördlichen Bereich des Vorrangsgebiets für Windenergie befindet sich, wie auch aus dem im Entwurf des RROP 2010 zu entnehmen ist, ein "Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft". Dieses überschneidet sich nach wie vor, mit dem im neuen Entwurf erfassten, leicht verkleinerten Vorranggebiet Windenergienutzung. Diese Qualitätsausweisung steht konträr zu dem Erscheinungsbild und den Auswirkungen von Windindustheanlagen, was somit entgegen der Begründung für ein solches Gebiet steht bzw. ein Widerspruch ist.</p>

P047		P47.04	SO 31	Die Fläche des Vorbehaltsgebiets Natur und Landschaft war bereits im letzten RROP von 1990 als „Gebiet mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft“ ausgewiesen. Die Grundlagen hierfür haben sich in diesem Gebiet mit überwiegend undrainiertem, ursprünglichem Weidecharakter, vielfältiger Vogelwelt (siehe auch Punkt 1.2), neu ausgewiesenen Fahrradrouten u.a. eher verfestigt und verstärkt, sodass dieses Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft mindestens in der vorgeschlagenen Ausdehnung beizubehalten ist.
P047		P47.05	SO 31	Es wird vielmehr vorgeschlagen, das Vorbehaltsgebiet aufgrund des sich fortsetzenden, prägenden Charakters der Landschaft nach Südosten und Südwesten zu erweitern, bzw. es - wie bereits an einer kleinen Fläche innerhalb des Vorbehaltsgebiets entlang des Kleinen Wegs erfolgt zu einem Vorranggebiet Natur und Landschaft aufzuwerten.
P047		P47.06	U, SO 09	1.2 Vogelschutz Die Ausweisung ist fachlich nicht nachvollziehbar begründet. Als Ausschlussgebiete werden Brut- und Rastvogelgebiete nationaler bzw. internationaler Bedeutung genannt. Die Beurteilung der Brut- und Rastvogelgebiete im Hinblick auf ihre Bedeutung erfordert jedoch eine systematische, fachlich saubere Bestandserfassung und Bestandsdaten nicht älter als 5 bzw. 3 Jahre (Wilms, Behm-Berkelmann, Heckenroth 1997, BURDORF, K.; HECKENROTH, H.; SUDBECK, P. 1997).
P047		P47.07	U, SO 09	Auch wenn jetzt bei dem neuen Entwurf eines RROPs für Vorrangflächen für Windenergie eine weiterführende Untersuchung durch das Büro Bosch & Partner GmbH erfolgt ist, kann aus den vorgelegten Ergebnissen entnommen werden, dass in keiner Weise eine systematisch Abdeckung das gesamte Gebiet erfolgt ist. Die Ausweisung der Vorrangflächen ist in dieser Hinsicht zufällig und willkürlich und widerspricht dem Gleichbehandlungsgrundsatz.
P047		P47.08	U, SO 09	Darüber hinaus gibt es begründete Hinweise auf eine große avifaunistische Bedeutung des Gebietes in der Gemeinde Osten: Beobachtungen relativ großer Brutvogelbestände von Kiebitz, Bekassine und Rohrweihe durch ausgewiesene Fachleute (s. Pkt 1.2.1).

P047		P47.09	U, SO 09	Die für Windkraftanlagen angesetzten Pufferbereiche zu ökologisch höherwertigen Flächen (Brut- und Rastvogelgebieten: 200 bzw. 500 m) stellen den unteren Wert, der in der Fachliteratur empfohlenen Mindestabstände dar. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die in wissenschaftlichen Untersuchungen begutachteten Windkraftanlagen und Parks bisher aus weit kleinere Anlagen aufgebaut waren (Gesamthöhen deutlich unter 100m) als heute für das Gebiet bereits projektiert (Gesamthöhen über 180 m!). Es ist also von einer weit größeren Scheuchwirkung der Windkraftanlagen auf Brut- und Gastvögel auszugehen. Von der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten (LAG-VSW 2007) wird beispielsweise das 10fache der Anlagenhöhe also 1500 bis 2000 m als Mindestabstand empfohlen.
P047		P47.10	U, SO 09	Bei der Ausweisung der Flächen wurden also bewusst Risiken im Bezug auf die Schädigung naturschutzfachlich bedeutender europarechtlich geschützter Artenbestände, also das Risiko eines Biodiversitätsschadens nach EU-Recht eingegangen.
P047		P47.11	U, SO 09	1.2.1 Ergänzung Vogel- und Fledermausschutz In dem ergänzenden Umweltbericht 2014 für Windenergie, wird nach wie vor eine unvollständige Auswertung des Vorranggebietes Osten-Isensee zugrunde gelegt. Nach Auswertung einer aktuellen ornithologischen Untersuchung ergibt sich folgender Sachverhalt: Entgegen der Einschätzung der vorliegenden Voruntersuchung (Quelle 1), wurde eine Mehrzahl an schützenswerten Vogelarten in dem Bereich der geplanten Windkraftanlage in (Osten/Isensee) festgestellt (siehe Tabelle 1). Zu diesen schützenswerten Arten gehören eine Reihe von Rote Liste Arten, die in Niedersachsen als besonders oder streng geschützt gelten (siehe Quelle 2). Die in der Liste aufgeführten Arten wurden während der Brutsaison festgestellt, was auf eine wahrscheinliche Brut schließen lässt.
P047		P47.12	U, SO 09	Umkreis des Bauvorhabens) Allein auf Grund dieser hier aufgelisteten Arten, ist die Errichtung eines Windparks in Bezug auf den Naturschutz fragwürdig und erlaubt den Rückschluss, dass die grundsätzlich erforderliche Umweltverträglichkeitsprüfung das Vorranggebiete Osten-Isensee als nicht geeignet einstuft. Zu den zuvor genannten vogelkundlichen Feststellungen werden derzeit

P047		P47.13	U, SO 09	Zudem ist zwingend das Vorkommen von Fledermäusen - regelmäßig von Anwohnern beobachtet - zu überprüfen, da auch diese Tiergruppe durch Windkraftträder besonders gefährdet sind (siehe Quelle 3).
P047		P47.14	U, SO 09	1.3. Biotopverbund (Biotopvernetzung) Der Verweis im Entwurf des RROP auf „Natura 2000“ ist nicht ausreichend und die Anforderungen des BNatSchG 5 21 werden nicht umfänglich berücksichtigt.
P047		P47.15	U, SO 09	Die geforderten Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselemente sind nicht durch eine Erklärung von zu schützenden Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Absatz 2 des BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, in Form von langfristigen vertraglichen Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen rechtlich gesichert, um so den Biotopverbund dauerhaft zu gewährleisten.
P047		P47.16	U, SO 09	Es wird nicht beschrieben wie Unbeschadet des § 30 des BNatSchG die oberirdischen Gewässer einschließlich ihrer Randstreifen, Uferzonen und Auen als Lebensstätten und Biotope für natürlich vorkommende Tier- und Pflanzenarten erhalten werden.
P047		P47.17	U, SO 09	Die erforderliche Weiterentwicklung von großräumigen Vernetzungsfunktion, die auf Dauer zu erfüllen sind, sind aus dem Entwurf des RROP nicht eindeutig zu entnehmen.
P047		P47.18	U, SO 09	Des Weiteren wird die auf regionaler Ebene geforderte Erhaltung bzw. Schaffung von Biotopen, in den von der Landwirtschaft geprägten Landschaften, mit den erforderlichen Vernetzung linearen und punktförmigen Elementen, insbesondere Hecken und Feldraine sowie Trittsteinbiotope, nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt.

P047		P47.19	SO 09	<p><u>2. Mindestabstände von Siedlungen</u></p> <p>Die vorgeschlagene Fläche liegt unzulässig inmitten von Siedlungsgebiet. Der Ostener Stadtteil Isensee zeichnet sich durch eine zwar dünne, jedoch entlang von Straßen angeordnete, gestreute Siedlungsstruktur sowie weitere Siedlungssplitter aus. Der "Windpark" Osten-Isensee ist für eine Lage zwischen den Straßen Niederkögt und Zehntwege/Großes Wegfährels vorgeschlagen. Der Straßenzug Niederkögt bildet den Südrand des zusammenhängenden Siedlungsgebiets des Ortsteils Isensee. Der Straßenzug Zehntwege (inkl. der Häuser Großes Wegfährels 10, 12, 15 und 17) bildet eine dazu gehörende Streu- / Splittersiedlung auf halbem Wege zwischen Isensee und den Ortssteilen Osten-Achthöfen und Oberndorf-Niederstrich. Das Zugrundelagen von 500 m - Mindestabständen zu vermeintlichen Einzelhaus- bzw. Einzelhoflagen ist angesichts dieses Siedlungscharakters nicht statthaft, sondern es sind die planungsüblichen 1000 m (z.T. 1200 oder 1500 m) Mindestabstand zu Siedlungen einzuhalten. Damit ist eine Windindustriefläche an dem vorgeschlagenen Standort nicht möglich.</p>
P047		P47.20	SO 09	<p>Der bisher geplante Mindestabstand von 500 Metern zu unserem Wohnhaus sowie zu den Nachbarhäusern der Streusiedlungen in den Straßenzügen Zehntwege/Großes Wegfährels und Niederkögt/Kleines Wegfährels ist bau- und planungsrechtlich nicht haltbar und dürfte einer rechtlichen Überprüfung nicht standhalten. Er entstammt lediglich einer politischen Beschlussfassung über einen sog. Kriterienkatalog für das RROP und ist nicht rechtsverbindlich.</p>

P047		P47.21	SO 09	Selbst bei Wohngebäuden in Einzellage ist nach einschlägiger Rechtsprechung ein Abstand von mindestens der dreifachen oder 3,5-fachen Gesamthöhe der Anlagen (inkl. Rotorblättern) einzuhalten. Dieser übersteigt bei Windkraftanlagen der heutigen, höheren Bautypen die 500 m erheblich und dürfte eher bei 750 m liegen. Bei Siedlungen, auch Streusiedlungen und Siedlungssplittern, sind mindestens 1000 m Abstand einzuhalten. Als solche Siedlungen gelten, wie oben dargestellt, auch die Straßenzüge Niederkögt und Zehntwege, sodass hier dieser Abstand zugrunde zu legen ist. (Im Landkreis Emsland, in dem Windenergie wirtschaftlich ebenfalls eine starke Rolle spielt, besteht eine Vorgabe von 800 m Mindestabstand auch zu Einzelhäusern, um die Rechtsposition des Kreises im Falle eventueller Widersprüche und Klagen von vornherein zu stärken)
P047		P47.22	SO 09	Für den Fall der Beibehaltung des nicht vertretbaren 500 m Mindestabstands im RROP kündigen wir hiermit bereits Nachbarklagen und die Sammelklage unserer Straßengemeinschaft an. Diese dürfte nach Einschätzung namhafter Planungsrechtler sehr erfolgversprechend sein.
P047		P47.22	SO 09	<u>3. Gesundheitliche Auswirkungen</u> Die erheblichen Schallauswirkungen, die Infraschalleinflüsse und die täglich langen Schlagschattendauern durch die Windenergieanlagen auf unser Haus bei so geringen Entfernungen, wie im Entwurf vorgeschlagen, sind nicht zumutbar und nicht hinzunehmen. Sie werden infolge bestehender Schutzvorschriften und angesichts bisheriger Rechtsprechung zu diesem Aspekt umfangreiche, tageszeitliche Abschaltungen der Anlagen zur Folge haben müssen (siehe z.B. Entscheidungen des OVG Oldenburg aus jüngerer Zeit).
P047		P47.23	U, SO 09	Die gesundheitlichen Auswirkungen durch Schall und Schlagschatten auch in den ggf. zulässigen, tageszeitlich stark eingeschränkten Laufzeiten der Windkraftanlagen sind im Rahmen der Umweltprüfung zum RROP oder anderweitig weitergehend zu untersuchen (vgl. medizinische Studien der Universität Kiel, u.a.) und dürften zu zusätzlichen Restriktionen für die Anlagen, Schutzmaßnahmen für betroffene Wohnbevölkerung, Entschädigungen bei nachgewiesenen Gesundheitsschädigungen u.a. führen.

P047		P47.24	SO 09	<p><u>4. Wertminderung</u></p> <p>Durch die Windenergieanlagen wird eine starke Beeinflussung unseres Grundstückes erzeugt, so dass die heutige Qualität unseres Eigentum grundlegend negativ verändert wird. Was zur Folge hat das eine Veräußerung unseres Eigentums nur erheblich unter Wert möglich wäre, daher würden wir die entsprechende Wertminderung bei den Verursachern der eingetretenen Entwicklung (Kreis, Betreiber, Landwirte) einklagen. Urteile in vergleichbaren Fällen aus anderen Regionen Deutschlands lassen entsprechende Klagen, die auch aus unserer Nachbarschaft in größerer Zahl zu erwarten sind, als durchaus erfolgversprechend erscheinen.</p>
P047		P47.25	SO 09	<p>Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Osten haben bereits im Sommer/Herbst 2009 eigenständig eine Einwohnerbefragung der Ostener Bevölkerung durchgeführt. Hierbei sind über 800 Unterschriften gegen die Ansiedlung eines Windparks auf dem Gebiet Osten / Isensee geleistet worden. Im Verhältnis zur Gesamtzahl aller Wahlberechtigten entspricht dies einem Votum von mehr als 50 %.</p> <p>Die Unterschriften wurden der Gemeindevertretung sowie dem Landrat/dem Kreistag überreicht und sind weiterhin als Votum zu respektieren.</p>
P047		P47.26	SO 09	<p>Die vom 5. - 8. August 2010 nun von der Gemeinde Osten gemäß Niedersächsischer Gemeindeordnung durchgeführte Bürgerbefragung aller Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde hatte ein deutliches Votum von 81,8 % gegen die Ausweisung einer Fläche für Windenergieanlagen im Gebiet von Osten-Isensee ergeben. Diese klare demokratische Entscheidung der Bürger der Gemeinde Osten gegen Windkraftenergieanlagen auf dem Gemeindegebiet, kann kreisseitig und kommunalpolitisch nicht übergangen werden.</p>
P047		P47.27	SO 09	<p>Zusammenfassend ergibt sich der Eindruck, dass der Entwurf des RROPs Vorrangflächen für Windenergie 2014, in seiner Aufstellung und Ausweisung von Vorrangflächen für die Windenergie nicht nach einheitlichen und nachvollziehbaren Kriterien aufgestellt wurde. Diese müssen allgemeine Gültigkeit besitzen. Ausnahmen von der Allgemeingültigkeit im RROP-Entwurf festzuschreiben wird mit hoher Wahrscheinlichkeit später vor Gericht keinen Bestand haben, da es in dieser Richtung bereits eine Vielzahl von eindeutigen Urteilen gibt.</p> <p>Dieser Sachverhalt wurde bereits dem Grundsatzpapier des BUND RROP 2014 "Neuaufstellung Teilbereich Windkraft" aus Juli 2014 dargelegt.</p>

P047		P47.28	SO 09	In diesem Papier, welches dem Kreis Cuxhaven vorliegt, wurde auf diverse weitere Fehler bei der Aufstellung des RROPs Vorrangflächen für Windenergie 2014 hingewiesen. Diese sind in Teilen so erheblich, dass durch den BUND darauf verwiesen wird, dass die jetzige Auslegung des Entwurfs mit schweren Abwägungsfehlern behaftet ist und der Entwurf zurückgenommen und überarbeitet werden sollte. Es wird darauf verwiesen, dass eine erforderliche Abwägung zur Ausweisung von Vorrangflächen für Windenergie offensichtlich nicht stattgefunden hat, was bundesweit von Gerichten nicht akzeptiert wird.
P047		P47.29	SO 09	Dieser Umstand ist ein Beleg dafür, dass die in dieser Stellungnahme dargestellten Einwände bei der Auswahl des Vorranggebietes Osten-Isensee als Windenergieflächen nicht ausreichend berücksichtigt bzw. beachtet wurden.
P047		P47.30	SO 09	Endgültig ergibt sich die Situation, welche aus rechtlichen und fachlichen Gründen (sog. Harte Faktoren) und reinen menschlichen, demokratischen Beweggründen (sog. weiche Faktoren), nur dazu führen kann, dass die Vorrangfläche für Windenergie Osten - Isensee nicht im Entwurf bzw. dem endgültigen Regionale Raumordnungsprogramm verbleiben kann, sondern aus diesem zu streichen ist. Sollte widererwartend doch eine Aufnahme des Vorranggebietes erfolgen, sehen wir es als unausweichlich an gegen diese Entscheidung rechtliche Schritte einzuleiten. Welche wir als Sammelklage mit allen Betroffenen anstreben werden.
P048		P48	SO 14	In dem Entwurf vom Juni 2014 des RROP ist angrenzend an die bereits im RROP 2012 ausgewiesene Windvorrangzone Kirchwistedt, in der Gemarkung Ahe (Gemeinde Beverstedt), eine Fläche für Windkraftanlagen vorgesehen. Wir sind Eigentümer in dieser Fläche und möchten Ihnen mitteilen, dass wir die Absicht dieses Gebiet als Vorranggebiet für Windenergie auszuweisen sehr begrüßen. Wir bitten daher die im Entwurf dargestellten Flächen in der Gemarkung Ahe in der im Entwurf vorgesehenen Form als Vorranggebiet auszuweisen.
P049		P49	SO 9	Siehe Stellungnahme P32.01-04
P050		P50.01	SO 31	Hiermit spreche ich mich ausdrücklich gegen die Ausweisung des Gebietes Osten-Isensee als Vorranggebiet für Windenergie aus.

P050		P50.02	SO 31	In der Gemeindeabstimmung haben sich 81,3% der Ostener gegen die Ansiedlung von Windrädern ausgesprochen. Ich bitte dies zu berücksichtigen.
P050		P50.03	SO 31	In der erneuten Ausweitung hat sich nichts zum positiven verändert. Jetzt soll der Mindestabstand nur noch lediglich 500m betragen. Ich halte dies für unverantwortlich den Bewohnern der Siedlung gegenüber, die übrigens nicht aus "Einzelhäuser" besteht.
P050		P50.04	SO 31	Ich halte es ebenso für unverantwortlich für die Region, in der Nähe der Ostener Schwebefähre Windräder zu errichten, zumal auch der Gemeinderat Ostens dieser Ansicht ist. Ist es möglich, dass der Kreis sich über die Gemeinde hinwegsetzen kann? Dies widerspricht meinem demokratischen Verständnis.
P050		P50.05	SO 31	Als an Flora und Fauna interessierte Bürger halte ich gerade dieses ausgewiesene Gebiet für ungeeignet, da durch meine eigene Beobachtung vielerlei schützenswerte Tierarten und Pflanzen dort existieren. Unter anderem nistet ein Rohrweihenpaar dort. Die letzten Kibitze, soweit sie nicht schon durch die Monokultur der Landwirtschaft vernichtet worden sind, haben hier ihre Heimat.
P050		P50.06	SO 31	Ist das Planungssoll für die Ausweitung von Vorranggebieten nicht schon bereits erfüllt? Muss es wirklich noch ein weiteres, von der dortigen Bevölkerung nicht gewünschtes, Gebiet sein?
P050		P50.07	SO 31	Ich bitte nachdrücklich darum, den Willen der Bevölkerung politisch umzusetzen!
P051		P51	SO 11	In dem Entwurf von Juni 2014 des RROP ist angrenzend an den Windpark Heerstedt-Lohe, in der Gemarkung Wollingst (Gemeinde Severstedt), eine Fläche für Windkraftanlagen vorgesehen. Wir sind Eigentümer in dieser Fläche und möchten Ihnen mitteilen, dass wir die Absicht dieses Gebiet als Vorranggebiet für Windenergie auszuweisen sehr begrüßen. Wir bitten Sie daher die im Entwurf dargestellte Fläche in der Gemarkung Wollingst in der im Entwurf vorgesehenen Form als Vorranggebiet auszuweisen.
P052		P52.001	SO 9	Im Rahmen der Änderung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie riefen Sie in der amtlichen Bekanntmachung vom 12.12.2013 dazu auf, mit Vorschlägen und Anregungen am Aufstellungsverfahren mitzuwirken und u. a. zu bereits eingeleiteten Planungen zu informieren. Hierzu haben wir mit Schreiben vom 16.01.2014 Stellung genommen.

P052		P52.002	SO 9	Der nun vorgelegte Entwurf des RROP 2014 für den LK Cuxhaven weist das Vorranggebiet für Windenergie Geversdorf/Oberndorf mit einer Fläche von 110,29 ha (im Umweltbericht 115,3 ha) aus. Es handelt sich dabei um die Neufestlegung eines der 4 größten Vorranggebiete im Landkreis Cuxhaven. In diesem Zusammenhang wird im vorliegenden Entwurf nicht ausreichend deutlich, dass hier gemeinsam mit dem Landkreis Stade einer der größten Windparks an der Küste mit 27 Anlagen á 186m auf 214 ha errichtet werden soll (s. RROP 2013 LK Stade). Kumulative Wirkungen bleiben gänzlich unberücksichtigt.
P052		P52.003	SO 9	Das im Entwurf des RROP 2014 ausgewiesene Vorranggebiet für Windenergiegewinnung Geversdorf/Oberndorf befindet sich: • in einem Abstand von 500 m von unserem Grundstück/Wohngebäude. Die Ortslage Oberndorf-Bentwisch wurde bei der Ausweisung verkannt
P052		P52.004	SO 9	• in einem ökologisch sensiblen Bereich der Ostemarsch mit u. a. einem angrenzenden FFH-Gebiet (Oste), dem Naturschutzgebiet (Schnook), der Oste als Vogelzugleitlinie.
P052		P52.005	SO 9	Im Projektgebiet sind Vogelbrutgebiete mit lokaler und landesweiter Bedeutung, es ist Gastvogellebensraum mit landesweiter Bedeutung. Die Ostemündung ist als bedeutende Zugvogel-Drehscheibe bekannt. Das Gebiet ist sowohl Seeadler- als auch u.a. Weißstorchhabitat mit hoher Landschaftsästhetik. Mit diesen Merkmalen bildet es außerdem einen bedeutenden Konidor zu den Elbemarschen mit dem EU-Vogelschutzgebiet Unterelbe.
P052		P52.006	SO 9	Das Vorkommen streng geschützter Fledermausarten ist hier bedeutend.
P052		P52.007	SO 9	Zu erwähnen sind u. a. die angrenzenden Vorrang- und Vorbehaltsflächen für Grünlandbewirtschaftung, -pflege und -entwicklung.
P052		P52.008	SO 9	Aus diesen Gründen wurde der geplante Standort bisher aus naturschutzfachlicher und landschaftspflegerischer Sicht abgelehnt (s. Stellungnahmen der Unteren und Oberen Genehmigungsbehörden bei früheren RROP Verfahren zur geplanten Ausweisung der Vorrangfläche).

P052		P52.009	SO 9	Es ist nicht nachzuvollziehen, dass die abschlägigen Entscheidungen der Unteren und Oberen Naturschutzbehörden früherer Verfahren bei der Planung keine Berücksichtigung fanden und finden, obwohl die zu berücksichtigenden naturschutzfachlichen Belange nachweislich mehr und deutlicher geworden sind (s. auch Entwicklung der bestehenden Ausgleichsfläche am Moorstrich für die noch-bestehenden 6 Windräder am Wetterdeich).
P052		P52.010	SO 9	Die beigegefügte Grafik (s. Anlage) skizziert den naturschutzfachlichen Sachverhalt: Das ausgewiesene Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf ist von mehreren Schutzgebieten direkt umgeben. Der Schutzzweck jedes einzelnen Gebietes, aber insbesondere Ihre Vernetzung ist hierbei zu berücksichtigen.
P052		P52.011	SO 9	Die ausgewiesene Vorrangfläche in der Osteniederung ist Brut- und Gastvogellebensraum, Nahrungshabitat, Überfliegsraum etc. Aus artenschutzrechtlichen Gründen (u. a. Seeadler, Weißstorch, Rohrweihe, Mäusebussard, Klebt, Turmfalke, Wachtel, Waldohreule, Feldlerche, Graugans, Fledermäuse) ist das Gebiet von Windenergie freizuhalten.
P052		P52.012	SO 9	Der Entwurf des RROP 2014 setzt die Oste mit einem Abstand von 750m als westliche Grenze des Betrachtungsraumes fest. Im Gegensatz dazu ist dieser Fluss mit seinem gesamten Einzugsgebiet allerdings als zentraler Dreh- und Angelpunkt der Vernetzung und Verdichtung benachbarter Naturräume anzusehen und damit deutlich stärker zu gewichten. Eine sektorale Betrachtung derartiger Kriterien ist dem heutigen Stand der Kenntnis nicht angemessen.
P052		P52.013	SO 9	Die obige kurzgefasste Charakterisierung des relevanten Gebietes ist dem Landkreis Cuxhaven aufgrund diverser vorliegender Gutachten hinlänglich bekannt. Die Ausweisung als neues Vorranggebiet für Windenergiegewinnung im Entwurf des RROP 2014 ist nicht nachzuvollziehen und u. E. vollzugsunfähig.

P052		P52.014	SO 9	<p><u>Änderung aufgrund der aktuellen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts - Der Windenergie wird substantiell Raum verschafft</u></p> <p>Das Ziel der Änderung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie ist, das RROP 2012 der aktuellen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts anzupassen. Der transparente Abwägungsprozess bei der Festlegung der „harten und weichen Tabuzonen“ hat dabei eine besondere Bedeutung, ebenso der Nachweis, der Windenergienutzung "substantiell Raum zu verschaffen". Nach § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB können privilegierte Vorhaben (Windparks) an bestimmten Stellen im Planungsraum ausgeschlossen werden, wenn ihnen an anderer Stelle „substantiell Raum verschafft“ wird. Nach obergerichtlicher Rechtsprechung gelten 0,5 bis 1,2 % der Fläche für Windenergieanlagen an der Gesamtfläche des Planungsraums als ausreichender Anteil (Anforderungen an die Ermittlung harter Tabuzonen und an "der Windenergie in substantieller Weise Raum verschaffen". (Wilhelm Söfker, UAN., Hannover).</p>
P052		P52.015	SO 9	<p>Das Landesraumordnungsprogramm hatte gefordert, im LK Cuxhaven 300 MW vorzuhalten. Vor Inkrafttreten des RROP 2012 waren bereits 450 MW installiert. Das RROP 2014 zeigt auf, dass alleine durch das geplante Repowering an den vorhandenen Standorten (1,1 %), ohne die Ausweisung neuer Vorranggebiete, der Windenergie im LK Cuxhaven in einem mehr als ausreichenden Maß substantiell Raum verschafft wird. Von einer 'Verhinderungsplanung' kann nicht die Rede sein.</p>
P052		P52.016	SO 9	<p>Der Begründung / Erläuterung des RROP 2014 auf Seite 18 ist zu entnehmen: "... Insgesamt ergeben sich 22 Vorranggebiete Windenergienutzung mit einer Gesamtfläche von 1.502,63 ha. Dies sind 0,73 % bezogen auf die gesamte Landkreisfläche. Werden die bauleitplanerisch gesicherten bestehenden Windparks, die nach Ziffer 10 ... einem Repowering zugänglich sind (dies sind 2.350,94 ha), miteinbezogen, beträgt der Anteil 1,87 % der gesamten Landkreisfläche ..."</p> <p>Für die Neu-Ausweisung des Vorranggebietes ‚Geversdorf/Oberndorf‘ im hochsensiblen Bereich der Osteniederung besteht also keine Notwendigkeit.</p>

P052		P52.017	SO 9	<p><u>Harte und weiche Tabuzonen - Ausschlusskriterien nicht entsprechend der NLT Empfehlung angepasst</u></p> <p>Der Kreisausschuss hatte in seiner Sitzung am 26.03.2014 einen Kriterienrahmen bestehend aus sog. harten und weichen Tabuzonen beschlossen, der zuvor im Ausschuss für Regionalplanung und Wirtschaft des LK Cuxhaven am 16.01.2014 vorgestellt und beschlossen wurde. Der Landkreis Cuxhaven hatte sich entschieden, Ausschlusskriterien, die nicht eindeutig als harte oder weiche Tabuzonen eingeschätzt werden können, zur Vermeidung schwerer Abwägungsfehler wie weiche Tabuzonen zu behandeln. Dies trifft besonders auf die Ausschlusskriterien im Bereich Natur und Landschaft zu (RROP 2014 - Entwurf - Begründung/Erläuterung S. 9). Zudem wurde der Kriterienkatalog des RROP 2012 vollständig übernommen.</p>
P052		P52.018	SO 9	<p>Die so beschlossenen Puffer liegen sämtlich wesentlich unter den der aktuell vom Niedersächsischen Landkreistag in Abstimmung mit der Nds. Landesregierung empfohlenen Abstände (NLT 2014: Regionalplanung und Windenergie).</p>
P052		P52.019	U, SO 09	<p>Als Anlage sind ausgewählte Kriterien gegenübergestellt. Der Umweltbericht - Teil C vom 05.06.2014 basiert somit auf den "veralteten" Kriterien, daher ist die Bewertung der Umweltauswirkungen in Zweifel zu ziehen. Dies gilt insbesondere, wenn zudem die Prognosen ohne Berücksichtigung der aktualisierten Untersuchungsergebnisse und der kumulierenden Wirkung von Schutzgebieten getroffen werden.</p>
P052		P52.020	U, SO 9	<p>Bzgl. des Vorranggebietes "Geversdorf/Oberndorf" ist daher die FFH-Gebietsvorprüfung für das FFH-Gebiet "Untereibe" DE-2018-331 zweifelhaft.</p>
P052		P52.021	SO 9	<p>Der geforderte Abstand zu Gewässern und Gewässerkomplexen > 10 ha von 1.200 m (NLT 2014) wird bei der Planung nicht berücksichtigt.</p>
P052		P52.022	SO 9	<p>Der Abstand zum FFH-Gebiet Oste bzw. der Oste beträgt für die Vorranggebiets-Teilfläche Geversdorf/Oberndorf unter 700 m und für die Vorranggebiets-Teilfläche Oederquart-Wetterdeich unter 1.000 m.</p>
P052		P52.023	U, SO 09	<p>Die Oste ist unbestritten ein Leitkorridor des Vogelzugs. Diese Tatsache sowie der Verlauf des FFH-Gebietes Untereibe an der Oste und die Entfernung des Windenergiebereichs von nur 720m zu dieser Grenze des FFH-Gebiets neben 3 unmittelbar benachbarten Naturschutzgebieten etc, findet im Umweltbericht bzw. der FFH-Vorprüfung nicht die gebotene Beachtung.</p>

P052		P52.024	U, SO 09	<p>Dem bekannten NLT-Papier 2014 — Entwurf — Stand 21.01.2014 ist hierzu zu entnehmen:</p> <p>"Leitkorridore des Vogelzuges</p> <p>Hinweise auf Leitkorridore des Vogelzuges können sich aus der Lage bedeutender Gastvogellebensräume und aus den Informationen über großräumige Bewegungen zwischen Schlafplätzen von nordischen Gastvogelarten und Kranichen und deren Hauptnahrungsgebieten ergeben. Darüber hinaus können die Leitkorridore des Vogelzuges zumeist nicht mit einem angemessenen Aufwand ermittelt werden. In diesem Fall sollten die aufgrund der naturräumlichen und topografischen Verhältnisse zu vermutenden Leitkorridore berücksichtigt werden. Als Leitkorridore des Vogelzuges sind insbesondere die in Nord-Süd-Richtung verlaufenden großen Flüsse und ihre Auen anzusehen. Die Kumulationswirkungen geplanter, bestehender, zugelassener und beantragter Anlagen auf die Leitkorridore des Vogelzuges sollten schon auf der vorgelagerten Planungsebene berücksichtigt werden."</p>
P052		P52.025	U, SO 09	<p><u>Belange des Artenschutzes hinreichend bekannt (keine artenschutzrechtlichen Ausnahmen)</u></p> <p>Zur Betrachtung der Belange des Artenschutzes hat die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Cuxhaven - gem. der Vorgaben des NLT 2014 - "verfahrenskritische Vorkommen planungsrelevanter Arten im Bereich des Regionalplans des Landkreises Cuxhaven" benannt (Umweltbericht —Teil C, 5. 166).</p> <p>Sofern ein Vorkommen dieser Vogelarten mit ihrem artspezifischen Mindestabstand innerhalb der Planfestlegung bekannt ist, ist daher i.d.R. von einer erheblichen Beeinträchtigung auszugehen.</p>
P052		P52.026	U, SO 09	<p>Das Vorranggebiet „Geversdorf/Oberndorf“ ist hiervon vielfältig und umfänglich betroffen. Die zusammenfassende Einschätzung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen lautet daher "Hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung sind voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkung bei einem Kriterium (windenergieempfindliche Vogelarten) zu erwarten, sodass die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt werden."</p>

P052		P52.027	U, SO 09	Das Themenfeld Windenergie wurde Im RROP 2012 mit der gleichen Methodik abgearbeitet wie im RROP 2004 und auch der Entwurf des RROP 2014 wurde ohne durchgängige Anwendung des in Teilen aktualisierten Landschaftsrahmenplans erstellt. Sowohl im Umweltbericht Teil C (s. 5. 6) wie auch im Angang 1 - Methodik (s. 5. 1) des Entwurfs des RROP 2014 wurde bei der Beschreibung des derzeitigen Umweltzustandes die in Teil B des Umweltberichtes RROP 2012 dargestellten Informationsgrundlagen zugrunde gelegt
P052		P52.028	U, SO 09	So wurden Umweltauswirkungen im Umfeld eines NSG auch nur dann prognostiziert, wenn "gem. der Informationen des NLWKN zu vorkommenden Arten im relevanten NSG windenergieempfindliche Arten benannte werden" (Umweltbericht Anhang 1 — Methodik 5. 4).
P052		P52.029	U, SO 09	Eine Betrachtung des Schutzgutbereichs Fledermäuse konnte mangels Daten und Informationen gar nicht erfolgen.
P052		P52.030	U, SO 09	Wie in 2012 soll im RROP 2014 die Berücksichtigung der strikten Regelungen des Menschutzes bewusst auf die Genehmigungsverfahren verlagert werden. Allgemein sollen die "erheblichen Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft in nachgelagerten Planungs- und Zulassungsebenen erfasst werden" (Umweltbericht 5. 2).
P052		P52.031	U, SO 09	So wird auch bei der „Ermittlung des Bestandes und der Umweltauswirkungen des Standortes Geversdorf/Oberndorf im Umweltbericht S. 40ff bzgl. der hier vorhandenen windenergieempfindhchen Vogelarten (Kiebilz, Weißstorch, Waldohreule, Rohrweihe und Seeadler) auf die Prüfung in nachgelagerten Planungs- und Zulassungsebenen verwiesen.
P052		P52.032	U, SO 09	Unerwähnt bleibt an dieser Stelle des Umweltberichts, dass im Rahmen des Genehmigungsverfahrenes bereits diverse Gutachten erstellt wurden.

P052		P52.033	U, SO 09	Im Umweltbericht Anhang 1 — Methodik 5. 5 ist nachzulesen: ... Gemäß Hinweise des Nds. Landkreistages (2013 und 2014) ist es sinnvoll, auf der Ebene der Regionalplanung eine überschlägige Vorabschätzung der Artenschutzbelange vorzunehmen. Bei dieser Vorabschätzung sind insbesondere Interessenkonflikte mit sog. planungsrelevanten Arten mit einem signifikanten erhöhten Kollisionsrisiko zu berücksichtigen. Diese als "verfahrenskritisch" zu bezeichnenden Arten bedeuten in diesem Zusammenhang, dass in den späteren Planungs- und Zulassungsverfahren bei einer Betroffenheit dieser Arten möglicherweise keine artenschutzrechtlichen Ausnahmen nach §45 Abs. 7 BNatSchG erteilt werden darf. ...“
P052		P52.034	SO 9	Um dieser misslichen Situation vorzubeugen ist der NLT-Arbeitshilfe (s. NLT/ML (2013): Regionalplanung und Windenergie. Stand 15.11.2013) hierzu zu entnehmen: "Liegen für einzelne Planungsräume so hinreichend genaue Daten vor, dass diese Kriterien bereits auf der Ebene der harten oder weichen Tabuzonen geprüft werden können, ist dies selbstverständlich zulässig. ...“ Obwohl "hinreichend genaue Daten" vorliegen, hat der LK Cuxhaven, die Vorrangfläche Geversdorf/Oberndorf ausgewiesen.
P052		P52.035	SO 9	In diesem Zusammenhang ist auch das Urteil des OVG Lüneburg 12. Senat, Urteil vom 17.10.2013, 12 KN 277/11 zu berücksichtigen. Im Erläuterungsbericht des Urteils des OVG Lüneburg 12. Senat. Urteil vom 14.05.2014, 12 KN 29113 (112) wurde dem LK Cuxhaven mitgeteilt: ... Der Planungsträger kann in einer noch offenen und nicht abschließend geklärten Lage zur Vermeidung von Risiken auf die Ausweisung bestimmter Flächen als Vorranggebiete verzichten. Er ist nicht verpflichtet, von einer Ausweisung des Gebietes nur dann abzusehen, wenn er bereits auf dieser Planungsstufe erkennt, dass einem Vorhaben dort unüberwindbare Zulassungshindernisse entgegen stehen werden. Er kann sich vielmehr im Rahmen seiner Abwägung auf den Standpunkt stellen, dass eine Zulassung von Vorhaben jedenfalls erhebliche Hemmnisse und Risiken entgegen stehen würden, nicht hinreichend abschätzbar ist, ob und in welcher Weise diese Hindernisse ausgeräumt werden können, und schon diese Umstände zum Anlass nehmen, auf die Ausweisung des Gebiets zu verzichten, sofern er der Windkraftnutzung im übrigen hinreichend Raum gibt ..."

P052		P52.036	SO 9	Die schriftliche Urteilsbekundung liegt dem LK Cuxhaven seit dem 04.06.2014 vor. Aufgrund der o. geschilderten Sachlage hätte der LK Cuxhaven auf die Ausweisung des Vorranggebietes ‚Geversdorf/Oberndorf‘ im ökologisch hochsensiblen Bereich der Osteniederung demnach verzichten können.
P052		P52.037	SO 9	<u>U. a. aus artenschutzrechtlichen Gründen von Windkraft freizuhaltendes Gebiet</u> Trotz der Ablehnung der Vorrangfläche Geversdorf/Oberndorf durch die Genehmigungsbehörden aufgrund naturschutzfachlicher Belange in vorangegangenen Verfahren, wurde die Fläche im RROP 2012 und jetzt im Entwurf des RROP 2014 ausgewiesen. Gemeinsam mit dem Landkreis Stade soll hier einer der größten Windparks an der Küste mit 27 Anlagen á 186 m auf 214 ha enichtet werden.
P052		P52.038	SO 9	Die Stellungnahmen im Genehmigungsverfahren verdeutlichten den Beteiligten bereits im Frühjahr 2013 das Vorliegen eines ökologisch hochsensiblen Bereichs der Osteniederung. Die diesbezüglichen Einwendungen und Stellungnahmen sind: 1. Unsere Einwendung zum Genehmigungsverfahren vom 22.09.2013
P052		P52.039	SO 9	2. Unsere Vorschläge und Anregungen im Rahmen der Änderung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie und Informationen u. a. zu bereits eingeleiteten Planungen mit Schreiben vom 16.01.2014.
P052		P52.040	SO 9	3. Antrag auf Normenkontrolle wegen des RROP LK Cuxhaven beim OVG Lüneburg, Nds. OVG 12 KN 140/13. Mündliche Verhandlung vom 14.05.2014 vertagt
P052		P52.041	SO 9	4. Die Stellungnahmen der Unteren Naturschutzbehörden des Landkreises Stade vom 7.8.2013 und des Landkreises Cuxhaven vom 16.8.2013 zur 7. F-Planändewng der SG Am Dobrock verdeutlichen unmissverständlich die großen naturschutzfachlichen Bedenken, die so auch im Genehmigungsverfahren geäußert werden. Die vorgebrachten Bedenken der Behörden sind dem Landkreis Cuxhaven bekannt und werden in diesem Schreiben nicht wiederholt.

P052		P52.042	SO 9	5. Naturschutzfachliche Einwendungen zum geplanten Windpark Geversdorf/Oberndorf - Anmerkungen zum Arten- und Habitatschutz, Schreiber Umweltplanung, Bramsche, 2013. Dr. Schreiber hat das Gutachten im Auftrag der Bürgerinitiative gegen Windindustrie an der Oste gefertigt. Es liegt der Genehmigungsbehörde des LK Cuxhaven bereits vor.
P052		P52.043	SO 9	6. Begutachtung der Antragsunterlagen zum Vvwindpark Geversdorf 1 Oberndorf im Landkreis Cuxhaven. Bosch & Partner, Hannover im Auftrag des LK Cuxhaven, Naturschutzamt März 2014. Es liegt der Genehmigungsbehörde des LX Cuxhaven bereits vor.
P052		P52.044	SO 9	<u>Die naturschutzfachlichen Besonderheiten des Vorranggebietes für Windenergiegewinnung "Geversdorf/Oberndorf" sind dem LK Cuxhaven bei der Aufstellung des Entwurfs des RROP 2014 hinlänglich bekannt</u> Die o. g. Stellungnahmen und Gutachten bestätigen die Besonderheiten des Gebietes. Insbesondere die "Begutachtung der Antragsunterlagen zum Windpark Geversdorf/Oberndorf im LK Cuxhaven" im Auftrag des Naturschutzamtes des LK Cuxhaven mit Stand März 2014 hätte u.E. die Planungsbehörde zum Anlass nehmen müssen, von einer Ausweisung des Vorranggebietes "Geversdorf/Oberndorf" im Entwurf des RROP 2014 Abstand zu nehmen, denn die Begutachtung ergab u.a. "in vielen Fällen das Eintreten eines artenschutzrechtlichen Verbotstatbestandes"
P052		P52.045	SO 9	<u>Storchennest auf unserem Grundstück wird regelmäßig besucht</u> In der Anlage sind Aufnahmen vom 16.04.2014 beigefügt. U.a. die Untere Naturschutzbehörde erhielt wiederholt Kenntnis von den Besuchen der Störche. Damit wird deutlich, dass die Vorrangfläche mitten im Nahrungs- und Brutgebiet der Störche ausgewiesen wurde.

P052		P52.046	SO 9	<p>Siedlungsflächen / weiche Tabuzonen - Abstand zur Wohnbebauung</p> <p>Der Entwurf des RROP 2014 sieht für die weichen Tabuzonen der Siedlungsflächen folgende Puffer vor</p> <ul style="list-style-type: none"> • Puffer um Ortslagen von insgesamt 1.000 m (md. der 420 m harte Tabuzone) • Puffer um sonstige wohnbauliche Nutzungen, z. B. Einzellagen von insg. 500 m (incl. der 420 m harte Tabuzone). <p>Oberndorf-Bentwisch ist ein im Zusammenhang bebauter Ortsteil von Oberndorf. Dies geht auch eindeutig aus den vorhandenen Ortsschildern hervor. „Ortstafeln in Deutschland sind nach Anlage 3 zu § 42 Abs. 2 stvo die Verkehrszeichen 310 und 311. Sie sind ohne Rücksicht auf Gemeindegrenze und Straßenbaulast dort anzubringen, wo ungeachtet einzelner unbebauter Grundstücke die geschlossene Bebauung auf einer der beiden Seiten der Straße beginnt oder endet, Wikipedia.</p>
P052		P52.047	SO 9	<p>Aus der Zeit um 1775 ist bekannt, dass das Gut Bentwisch zum Kirchspiel Oberndorf gehörte. Die Adelsfamilie Bremer in Cadenberge besaß - neben dem Gut Bentwisch - mehrere Güter auf dem rechten Osteufer, weswegen hier auch eine Fähre u. a. zum Warentransport betrieben wurde. Später befand sich beim Gut auch eine Mühle. Unser Haus stammt aus dem Jahre 1786 und steht in unmittelbarer Nachbarschaft zum Gut Bentwisch.</p>
P052		P52.048	SO 9	<p>Bis in die 70er Jahre hatte Bentwisch eine eigene Infrastruktur (Schule, Gaststätten, Fähre etc.). Heute sind hier das Feuerwehrhaus, der traditionelle Schützenverein Bentwisch, der Brassen Club Bentwisch, Segelverein, Wohnmobilstellplatz, ÖPNV (regelmäßiger Busverkehr) sowie der Spielplatz, was die hier überwiegende wohnbauliche Nutzung unterstreicht. Auf der ca. 3 km langen Strecke am Ostedeich zwischen dem Neuenseer Schleusenfleth und der Oberndorfer Brücke stehen rund 50 Häuser. D.h. ca. alle 60 m ein Haus. Als historisch gewachsene Straßendortsiedlung sind die Häuser hier i.d.R. sehr alt.</p>
P052		P52.049	SO 9	<p>Die Dichte der Bebauung in diesem Bereich verdeutlicht auch die Topographische Karte, Blatt 2220 Cadenberge.</p>
P052		P52.050	SO 9	<p>Oberndorf-Bentwisch weist damit "in größerer Zahl bebaute Grundstücke in einem engen baulichen Zusammenhang" aus. Es ist ein im Zusammenhang bebauter Ortsteil von Oberndorf und somit eine Ortslage. Der in diesem Fall vorzusehende Abstand von 1.000 m zur Wohnbebauung wurde bei der Ausweisung des Vorranggebietes nicht beachtet.</p>

P052		P52.051	SO 9	<p><u>Schall- und Schattenwurfgutachten liegen vor / kumulierende Wirkung des landkreisübergreifenden Windparks bleibt unberücksichtigt</u></p> <p>"Das Vorranggebiet "Geversdorf/Oberndorf" steift eine Erweiterung eines bestehenden Windparks im unmittelbar angrenzenden Landkreis Stade dar", heißt es im Entwurf des RROP 2014 für den LK Cuxhaven. Das Vorranggebiet "Oederquart-Wetterdeich" wurde im RROP 2013 für den LK Stade neu festgelegt. Der Umweltbericht des RROP LK Stade spricht von einer "Verschiebung" des Altstandortes Wetterdeich. Während auf dem Altstandort auf einer Fläche von 16 ha die installierten 6 Anlagen (ca. 70 m Höhe, insgesamt 6,8 MW) Bestandschutz haben, soll das sich in südöstliche Richtung direkt angrenzende neue Vorranggebiet 112 ha mit 14 Anlagen á 186 m und insgesamt 42 MW umfassen. Es grenzt damit unmittelbar an die Vorrangfläche Windenergienutzung Geversdorf/Oberndorf des Landkreises Cuxhaven - wobei eine der 13 hier geplanten Anlage auf dem Gebiet des Landkreises Stade liegt - und bildet somit einen gemeinsamen landkreisübergreifenden Windpark mit 27 Anlagen 186 m auf 214 ha.</p>
P052		P52.052	SO 9	<p>Bei der "abgeschichteten Vorgehensweise in verschiedenen Prüfschritten" wurde bei der Festlegung des Vorranggebietes nicht auf die kumulative Wirkung eingegangen.</p>
P052		P52.053	SO 9	<p>Für das Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf liegen bereits die errechneten Werte aus den Schall- und Schattenwurfgutachten des Genehmigungsverfahrens vor. In einem Umkreis von 500 bis 1.000 m um die Vorrangfläche Geversdorf/Oberndorf - Oederquart-Wetterdeich befinden sich ca. 150 Wohngebäude. Der Grenzwert der TA-Lärm für allgemeine Wohngebiete und Kleinsiedlungsbereiche (nachts 40 dB(A)) wird nahezu an allen Immissionsorten überschritten.</p>
P052		P52.054	SO 9	<p>Ebenso werden an fast allen Immissionsorten die zulässigen Beschattungsdauern pro Jahr (30 Stunden) bzw. pro Tag (30 Minuten) - teilweise um ein Vielfaches - überschritten.</p>

P052		P52.055	SO 9	Die Werte für unser Wohnhaus, Oberndorf, Bentwisch X (Im Zuge der Veröffentlichung anonymisiert) sind in der nachfolgenden Tabelle aufgelistet. Die Immissionsrichtwerte der TA-Lärm sind hier auch bei der Berücksichtigung als Kerngebiet, Dorfgebiet, Mischgebiet (nachts 45 dB(A)) überschritten: (Die Tabelle enthält folgende Werte: Entfernung Grundstück/Wohnhaus zur Vorrangfläche: 500m; (Schall)-Immissionswerte nachts 45.3 db(A); Beschattungsdauer pro Jahr / pro Tag in Stunden: 72:71 / 0:48)
P052		P52.056	SO 9	Es zeigt sich, dass bereits auf der Teilfläche Geversdorf/Oberndorf die Abstände zur Wohnbebauung deutlich zu gering gewählt worden sind und hier - im Falle des Betriebes - hohe Abschaltzeiten - in den Nachtstunden und zusätzlich tagsüber für durchschnittlich 1,5 Stunden - zu berücksichtigen wären. Der Abwägungsvorgang zur Ausweisung muss auch eine Wirtschaftlichkeitsprüfung beinhalten. Für das Vorranggebiet "Geversdorf/Obemdorf" ist aus den o. g. Gründen die Wirtschaftlichkeit zweifelhaft und somit die Vorrangfläche nicht auszuweisen.
P052		P52.057	SO 9	Der gigantische landkreisübergewende Windpark Geversdorf/Oberndorf - Oederquart Wetterdeich befindet sich in einem Abstand von 500 m von unserem Grundstück/Wohnhaus entfernt. Aus vorsorgender gesundheitlicher Sicht bzgl. Lärm (insbesondere tieffrequenter Schall, Infraschall und rhythmisches Rotorblattschlagen), Schattenwurf und die nächtliche Befeuerung ist sowohl der Abstand der Teilfläche Geversdorf/Oberndorf wie auch die Teilfläche Oederquart-Wetterdeich unakzeptabel.
P052		P52.058	SO 9	Aufgrund der gesundheitlichen Schäden, die von den modernen 200 m hohen Anlagen ausgehen, fordern Experten einen Mindestabstand der 10-fachen Höhe zu jeglicher Wohnbebauung (s. Gesundheitsamt der Freien Hansestadt Bremen, 30.4.2013. Außerdem: Länderöffnungsklausel im BauGB — Länderspezifische Mindestabstände für Windenergieanlagen und ihre räumlichen Auswirkungen, BBSR im Bundesamt f. Bauwesen und Raumordnung, Mai 2014)

P052		P52.059	SO 9	<p>Zusammenfassend ist bzgl. der grundlegenden Standorteignung festzuhalten: Bei der Ausweisung der harten und weichen Tabuzonen sind auch die Abstände zur Wohnbebauung von Bedeutung. Die Abstände sind maßgeblich dafür verantwortlich, ob ein Windpark überhaupt wirtschaftlich betrieben werden kann. Bzgl. der Vorrangfläche Oberndorf/Geversdorf hat das Genehmigungsverfahren gezeigt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Vorrangfläche Geversdorf/Oberndorf hat im Entwurf des RROP 2014 einen Abstand von 500 m von der Wohnbebauung.
P052		P52.060	SO 9	<ul style="list-style-type: none"> • Das schalltechnische Gutachten zeigte, dass +1- 5 dB(A) darüber entscheiden, ob dieser Windpark grundsätzlich komplett nachts abgeschaltet werden muss.
P052		P52.061	SO 9	<ul style="list-style-type: none"> • Das Schattenwurfgutachten hat gezeigt, dass die Grenzwerte 3 bis 4-fach überhöht sind und somit alle Windräder tagsüber ca. 1,5 Stunden ausgeschaltet werden müssen.
P052		P52.062	SO 9	<ul style="list-style-type: none"> • In einem Abstand von 500 bis 1.000 m um den geplanten Windpark befinden sich ca. 150 Wohngebäude. Von einer "Einzelbebauung" kann hier nicht gesprochen werden.
P052		P52.063	SO 9	<p>Die Gutachten machen deutlich, dass der Abstand der Vorrangfläche von 500 m zur Wohnbebauung entschieden zu gering ist. Die grundlegende Standorteignung ist somit u.a. bzgl. der Wirtschaftlichkeit nicht gegeben.</p>
P052		P52.064	SO 9	<p>Dies gilt auch für den Mindestabstand der Vorranggebiete für Windenergiegewinnung untereinander von 5 km (s. hierzu NLTIML (2013): Regionalplanung und Windenergie). Auch dies widerspricht einer "grundlegenden Standorteignung".</p>
P052		P52.065	SO 9	<p><u>Kriterien für die Abgrenzung der Vorranggebiete Windenergiegewinnung differieren</u></p> <p>Beim planerischen Vorgehen sind die Kriterien kreisweit einheitlich anzuwenden, um ein schlüssiges Gesamtkonzept zu erreichen, wie im Erlass des Landes Niedersachsen gefordert. Die Ausweisung des gemeinsamen landkreisübergreifenden Windparks Geversdorf/Oberndorf - Oederquart-Wetterdeich erfolgte nicht nach einheitlichen Kriterien - insbesondere bzgl. der Abstände zur Wohnbebauung.</p>

P052		P52.066	SO 9	<p>Auch die Abstände der Vorranggebiete untereinander differieren erheblich. Nachfolgend sind sie tabellarisch gegenübergestellt:</p> <p>(In der Tabelle werden das RROP LK Stade 2013 sowie das RROP LK Cuxhaven Entwurf 2014 bezüglich der Ausschlussgebiete mit Pufferzonen/Weiche Tabuzonen gegenübergestellt. Bezüglich "Siedlungsflächen gem. Bauleitplanung u. tatsächliche Siedlungskörper" weist der LK Stade 800m aus, der LK Cuxhaven macht keine Angaben. Bezüglich Splittersiedlungen / Einzelhäuser im Außenbereich, Gewerbe- und Industrieflächen mit Wohnnutzung" weist der LK Stade 600 m aus, der LK Cuxhaven macht keine Angaben. Bezüglich "Ortslagen" macht der LK Stade keine Angaben, der LK Cuxhaven weist 1000 Meter aus. Bezüglich "Sonstige wohnbauliche Nutzung, z.B. Einzelhäuser" macht der LK Stade keine Angaben, der LK Cuxhaven weist 500 Meter aus. Bezüglich der "Abstände der Vorranggebiete untereinander" weist der LK Stade 4-5 km aus, der LK Cuxhaven weist je nach Umstand verschiedene Entfernungen aus. Bezüglich der "Abstände der Vorranggebiete landesübergreifend" weisen der LK Stade und der LK Cuxhaven jeweils 0 km aus.)</p>
P052		P52.067	SO 9	<p>Die im LK Stade geforderten Abstände der Windparks untereinander von 4 bis 5 km werden nicht eingehalten. Sowohl der Abstand vom Vorranggebiet Oederquart-Wetterdeich zum Vorranggebiet Balje wie auch der Abstand zum Vorranggebiet Oederquart sind unter 4 km.</p>
P052		P52.068	SO 9	<p>Der Entwurf des RROP 2014 des LK Cuxhaven fordert für den Landschaftsraum Ostemarsch einen Abstand von 5 km, der somit ebenfalls zum Vorranggebiet Balje nicht eingehalten wird.</p>
P052		P52.069	SO 9	<p>Im NLT-Papier vom 6.2.2014 wird ein Mindestabstand zwischen Vorranggebieten von 5 km gefordert.</p>

P052		P52.070	SO 9	<u>Zusammenfassung</u> In der schriftlichen Urteilsbekundung des Urteils des OVG Lüneburg 12. Senat, Urteil vom 14.05.2014, 12 KN 29113 (112), in dem das RROP 2012 für den LK Cuxhaven für unwirksam erklärt wurde, wurde der LK Cuxhaven darauf hingewiesen, dass der Planungsträger in einer noch offenen und nicht abschließend geklärten Lage zur Vermeidung von Risiken auf die Ausweisung bestimmter Flächen als Vorranggebiete verzichten kann, sofern der Windkraftnutzung im Übrigen hinreichend Raum gegeben wird. Die dem Planungsträger zu diesem Zeitpunkt bekannten Gutachten zum Vorranggebiet "Geversdorf/Oberndorf" hätten einen solchen Schrift mehr als gerechtfertigt. Aus diesem Grund und da wir nachweislich (u.a. Schall- und Schattenwurfgutachten) in einem hohen Maße persönlich betroffen sind, ersuchen wir Sie, auf die Ausweisung zu verzichten.
P053		P53.01	SO 31	Als betroffene Anwohnerin lehne ich die erneute Aufnahme des Flächenvorschlags Osten-Isensee für ein Vorranggebiet Windenergienutzung im Entwurf des RROP ab und mache folgende Bedenken geltend
P053		P53.02	SO 31	Die Fläche liegt ganz in der Nähe von Achthöfen. Hier stehen mehrere Häuser zusammen, deshalb kann mein Haus nicht als Einzelgebäude erklärt werden. Der Abstand müsste demnach mindestens 1000 m betragen.
P053		P53.03	SO 31	Die geplanten Mindestabstände von 420 bzw 500 m sind viel zu gering, da sie erhebliche, gesundheitliche Gefährdungen der Anwohner durch Schlagschatteneffekte, Betriebsgeräusche und Infraschallemissionen der Windanlagen auslösen.
P053		P53.04	SO 31	Neben der Gesundheitsgefährdung, sowie der Natur- und Landschaftszerstörung ist die Wertminderung von meinem Grundstück und Gebäude zu berücksichtigen.
P053		P53.05	SO 31	Geplante oder aufgrund der Beeinträchtigungen erzwungene Veräußerungen im Umfeld von Windenergieanlagen sind erheblich schwieriger. Entschädigungsklagen gegen Betreiber und Planungsträger sind bundesweit bereits erfolgreich verlaufen.
P054		P54	SO 9	Siehe Stellungnahme P49
P055		P55.01	SO 31	Als Anwohnerin des Ortes Osten-Altendorf/Isensee erfüllt es mich mit großer Sorge, dass unser Gebiet erneut als Vorranggebiet für die Windenergiegewinnung ausgewiesen wurde.

P055		P55.02	SO 31	Ein Mindestabstand der Windräder von 500m von meinem Wohnhaus empfinde ich als echte Bedrohung.
P055		P55.03	SO 31	Auch ist es mir unverständlich, dass unsere Häuser als "Einzelgehöfte" bezeichnet werden. Allein in unserem Abschnitt des Wegtahrels stehen drei Häuser dicht beieinander, im Abschnitt Zehntwege sind es 4 Häuser. Aus meiner Sicht muss man hier von einer „Streusiedlung“ ausgehen.
P055		P55.04	SO 31	Ich bitte dringend dämm, den Bürgerentscheid von 2010 gegen die Aufstellung von Windrädern zu akzeptieren. Das ausgewiesene Gebiet hat sich nicht im wesentlichen geändert und wir als direkte Anwohner sind immer noch dagegen!
P056		P56.01	SO 31	Die erneute Absicht einen Windpark auf dem Gemeindegebiet Osten-Isensee zu errichten haben wir mit Bestürzung und großer Sorge zur Kenntnis genommen. Wir lehnen das Vorhaben ab und haben u.a. folgende Bedenken:
P056		P56.02	SO 31	Unser Demokratieverständnis hat durch die Entscheidung des OVG Lüneburg stark gelitten. (81,3% Gegenstimmen und der Antrag die Ostener Schwebefähre als Kulturerbe, keine Planungskriterien). Wir hoffen der Landkreis Cuxhaven fühlt sich dadurch nicht seiner Verantwortung enthoben demokratisch zu entscheiden.
P056		P56.03	SO 31	Die geplanten Mindestabstände von 420 bzw 500 m sind bei der Größe der Windkraftanlagen viel zu gering. Wir befürchten erhebliche gesundheitliche Gefahren für die betroffenen Anwohner durch Schattenschlag, Betriebsgeräusche, Infraschallemissionen sowie "Discoeffekt". Durch eigene chronisch psychische Erkrankung haben wir vor den Gesundheitsrisiken große Angst.
P056		P56.04	SO 31	Dem Vogelschutz muss bei Entscheidungen ein höheres Gewicht beigemessen werden. Es wird ignoriert, dass geschützte Arten in unmittelbarer Nähe des geplanten Windparks ihre Brutplätze haben. Kiebitz, Bekassine (u. andere Schnepfenarten) , Feldlerche, Rohrweihe, Weißstorch, Waldohreule um nur einige wenige zu nennen.
P056		P56.05	SO 31	Auch Fledermäuse müssen in diesem Zusammenhang erwähnt werden.
P056		P56.06	SO 31	Eine gründliche Untersuchung kompetenter Ornithologen ist unerlässlich.
P056		P56.07	SO 31	Die negativen Auswirkungen des geplanten Windparks auf den Tourismus und das beantragte Weltkulturerbe "Schwebefähre" sind nicht zu leugnen. Bereits getätigte Investitionen, auch durch die öffentliche Hand, wären verloren.

P056		P56.08	SO 31	Die Natur und Landschaftszerstörung würde eine erhebliche und nachhaltige Minderung der Lebensqualität der Anwohner nach sich ziehen.
P056		P56.09	SO 31	Zudem ist eine Wertminderung von Grundstücken und Gebäuden bis zur Unverkäuflichkeit zu befürchten. Anwohner die wegen der Beeinträchtigung oder sogar gesundheitlicher Schäden durch die Windkraftanlagen, ihr Eigentum veräußern müsten, werden in den Ruin getrieben.
P056		P56.10	SO 31	Wir wohnen bewusst und gerne genau hier, genießen die Lebensqualität und würden es sehr bedauern diesen Standort mit rechtlichen Mitteln verteidigen zu müssen. Wir hoffen, dass unsere Einwände zur Kenntnis genommen werden und würden uns sehr freuen wenn die Vorrangfläche flur Wmdenergie Osten-Isensee aus dem RROP gestrichen wird.
P057		P57.01	SO 31	Und wieder einmal lehne ich ganz entschieden die erneute Aufnahme des Flächenvorschlages Osten-Isensee für ein Vorranggebiet Windenergienutzung im Entwurf des RROP ab. Und wieder einmal protestiere ich vehement gegen die Industrialisierung eines uralten, noch intakten, für Mensch+Tier, Bauernlandes - eins der letzten Refugien zur Erholung, Erbauung und Sicherheit zum Rückzug.
P057		P57.02	SO 31	Ganz unsäglich erscheint einem die Zumutung, demnächst von 180 m hohen Monstern, die ausserdem noch Krach machen und Schlagschatten werfen, umgeben zu sein. Zum Vergleich - diese unwirklichen Mahnmale einer masslosen Gesellschaft haben die Höhe des Kölner Doms. Dazu kann einem nur noch der Turmbau von Babel einfallen.
P057		P57.03	SO 31	Wie soll man je wieder die riesigen Betonklötze aus dem Erdreich herausholen, wenn in späteren Jahren dieser Grössenwahn der Gesellschaft bewusst geworden ist. Wie oft schon haben sich Irrtürme, teils irreversibel, herausgestellt, nur weil alles was machbar ist, auch gemacht wurde.
P057		P57.04	SO 31	Wird die Menschheit sich eines Tages besinnen auf ein friedliches Leben untereinander ohne Geldgier. Komischerweise denken auch die Landeigentümer nur an das schnelle Geld, anstatt langfristig an einen intakten Grundboden zu denken,
P057		P57.05	SO 31	Seit 25 Jahren nun bin ich dankbar, in dieser Idylle leben zu dürfen, und es wäre wunderbar, wenn alle anderen, die denken wie ich, es schaffen würden, diesen Zustand zu erhalten.

P058	A	P58/A.01	SO 9	Hiermit erheben wir nachdrücklich erneut Einspruch gegen den Bau des neuen Großwindparks. Seitdem vor unserem Wohnhaus (Wetterdeich X (Im Zuge der Veröffentlichung anonymisiert)) 1997 der Windpark errichtet wurde, leiden wir Tag für Tag unter den Auswirkungen dieser lauten Windmühlen, die viel zu dicht an unseren Lebensbereich gesetzt wurden. Wir haben immer wieder bei der zuständigen Baubehörde Eingaben gemacht.
P058	A	P58/A.02	SO 9	In der Baugenehmigung ist zwar ausdrücklich darauf hingewiesen worden, dass die Mühlen bei viel Wind und auch besonders nachts, abgeschaltet werden müssen. Obwohl wir immer wieder angemahnt haben, ist das aber niemals passiert. Die Mühlen sind oftmals so laut, dass - trotz doppelter Thermopen-Scheiben, die wir für viel Geld vor unseren Fenstern anbringen lassen mussten - wir aus dem Schlaf gerissen werden und nicht wieder einschlafen können. Die ständige Geräuschbelastung und der Schlafmangel wirken sich so störend aus, dass wir immer nervöser werden. Wenn jetzt ein noch größerer Windpark entstehen soll, wissen wir nicht, wie unser Leben weitergehen soll.
P058	A	P58/A.03	SO 9	Unser Haus können wir unter diesen Bedingungen nicht verkaufen! Keiner kauft eine Immobilie mit einem Windpark vor der Tür, bei der gerade auch noch die Sonnenseite beschallt wird.
P058	A	P58/A.04	SO 9	Wir protestieren daher noch einmal mit Nachdruck gegen den neuen Großwindpark, der unsere schöne Osterlandschaft und unsere Lebensqualität noch mehr zerstören wird.
P058	A	P58/A.05	SO 9	Wir leben sehr umweltbewusst, haben selbst mit Solar-Strom auf unserem Segelboot sehr gute Erfahrungen gemacht und sind daher keinesfalls gegen Ökostrom - auch nicht gegen Windkraft. Wir sind aber der Meinung, daß es genügend Flächen gibt, wo keine Wohnhäuser von den Auswirkungen betroffen werden und wo keine einmalige Landschaft, wie unsere Ostelandschaft zerstört wird.
P058	B	P58/B	SO 9	Siehe Stellungnahme P120

P059		P59.01	SO 4	Gegen den geplanten Windpark Bramstedt – Lohe – 053 – Detailkarte 4 oder 1.2.2.4 möchte ich Einwendungen vorbringen: Nach Jahre langem Widerstand gegen diesen sensiblen Windpark - Standort habe ich dem Projekt schließlich vertraglich zugestimmt, nachdem mir die Betreiberfirma Energiekontor Bremen zwei Zugeständnisse gemacht hat: a) Abstand der WEA vom Gehöft min. 1 000 Meter b) Installation von 1 WEA auf einem meiner Grundstücke
P059		P59.02	SO 4	Inzwischen wurden, ohne dass der Windpark Lohe genehmigt war, mindestens 90 Landschaftsprägende Bäume gefällt und Gebüsch und Hecken vernichtet, angeblich, um den Weg frei zu machen für den Transport von WEA - Flügeln; ich habe diesen Umweltfrevel zur Anzeige gebracht.
P059		P59.03	SO 4	Des Weiteren haben sich in der Zwischenzeit wieder Uhus angesiedelt, wovon der Landkreis unterrichtet wurde, bzw. selbst Kenntnis gewonnen hat.
P059		P59.04	SO 4	Im Besonderen möchte ich auf den Landschaftsrahmenplan 2000 hinweisen, der es in seinen Aussagen zum Standort Lohe eigentlich verbietet, Windkraftanlagen zu installieren; hier einige wenige Stichworte:
P059		P59.05	SO 4	- Das gesamte Gebiet wird als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen.
P059		P59.06	SO 4	- Es gibt eine große Anzahl von Biotopen, die zur Ausweisung als Naturschutzgebiet reichen; zu erwarten ist, dass eine naturschutzfachliche Sicherung unmittelbar bevorsteht.
P059		P59.07	SO 4	- Ein großer Bereich wird als Vogelbrutgebiet ausgewiesen.
P059		P59.08	SO 4	- Der LRP 2000 bezeichnet das Gebiet als vordringlich geeignet zur Anlage eines Biotopverbundsystem, bestehend aus Sümpfen und Mooren, sowie Feucht- und Nassgrünland und Heiden und Magerrasen.
P059		P59.09	SO 4	- Das in Frage stehende Gebiet wird als Hauptverbundachse für Gehölzstrukturen, wie Wälder, Gebüsche und Kleingehölze bezeichnet.
P059		P59.10	SO 4	- Die Textkarte 7 -2 des LRP 2000 weist das Gebiet als Schwerpunktraum zur Erhöhung des Waldanteils aus, mit besonderer Bedeutung für Au- und Bruchwälder.
P059		P59.11	U, SO 04	Die hier aufgeführten 6 Punkte finden wenig Berücksichtigung im Umweltbericht, Teil C des RROP, Teilabschnitt Windenergie. Der Umweltbericht ist daher für den Standort 1.2.2.4. Bramstedt – Lohe zu verwerfen und neu anzufertigen.

P059		P59.12	SO 4	Meine ursprünglichen Bedenken gegen diesen Standort, und die Entwicklungen und Ereignisse der letzten Jahre (Vernichtung von Bäumen und Hecken, ohne dass ein Ausgleichskonzept entwickelt/ nachgereicht wurde; die Ansiedlung von Uhus; und die wenig aussagekräftige Arbeit am Umweltbericht), veranlassen mich, dem Landkreis Cuxhaven oben formulierte Einwendung zur Kenntnis zu bringen.
P060		P60.01	SO 02	<p>wir möchten als betroffene Jagdpächter zu der Auslegung des Entwurfes zu einigen Punkten des Umweltberichtes Stellungnahmen abgeben:</p> <p><u>Allgemeine Hinweise</u></p> <p>Der Ort Bad Bederkesa ist touristisch stark frequentiert. Dies ist gewollt und zielt auf die im Regionalen Raumordnungsprogramm ausgewiesenen Funktionen als Tourismus- und Erholungsort, neben Wohnen und Arbeiten ab. Bedingt durch den Tourismus wird die Gemarkung stark von Spaziergängern mit Hunden, Joggern, Fahrradfahrern und anderen Erholungssuchenden frequentiert. Dies akzeptieren wir ausdrücklich!</p> <p>Die Funktion Bad Bederkesas als Bad und Tourismuszentrum wird durch die Ausweisung eines Windparks, neueren Studien zufolge, deutlich geschwächt (NIT 2014).</p>
P060		P60.02	SO 02	<p>Die Jagdpächter von Bederkesa bemühen sich seit vielen Jahrzehnten darum, die nicht so vom Tourismus frequentierten Rückzugsgebiete des Wildes frei von Störungen zu halten und sind auch selbst bemüht, unnötige Störungen in den letzten ruhigen Gemarkungsflächen zu vermeiden. Diese ruhigen Gemarkungsbereiche liegen historisch bedingt oft in den Grenzsäumen zu den Nachbargemarkungen. Zu nennen sind hier insbesondere alte Wallhecken und Moorbereiche (Bruchwälder), die für die Tier- und Pflanzenwelt wichtige zu schützende Biotop bilden.</p> <p>Wir erinnern konsequent an die Umsetzung von nicht erfolgten Ausgleichsmaßnahmen, die für erfolgte Bauprojekte beschlossen wurden. Wir fordern nachdrücklich, dass diese Ausgleichsmaßnahmen auch umgesetzt werden. All dies tun wir, um unsere Gemarkung naturnah zu gestalten und für Erholungssuchende positiv zu beeinflussen.</p>

P060		P60.03	SO 02	Die Vorgehensweise bei der Ausweisung des Vorranggebietes für die Windenergienutzung scheint in der Gemarkung Flecken Bad Bederkesa einzig auf wirtschaftliche Interessen ausgerichtet zu sein und weist aufgrund der reinen Umsetzung von Abstandsregeln zu Wohngebieten und Einzelgehöften gerade jene Bereiche aus, die bis jetzt als ruhige Rückzugsgebiete der Tierwelt dienen.
P060		P60.04	SO 02	Im jetzigen Entwurf „kollidiert“ das ausgewiesene Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft in unmittelbarer Nachbarschaft zum Vorranggebiet für Natur und Landschaft mit dem Vorranggebiet für Windenergienutzung. Wie soll sich die Tierwelt im Pastorenmoor in dieser Insellage, umgeben von schallemittierenden und sich bewegendenden Windkraftanlagen ungestört entfalten können? Wie soll es jemals in das Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft erweitert werden können?
P060		P60.05	SO 02	In der aktuellen Arbeitshilfe Naturschutz und Windenergie des NLT (2014) werden Abstände zu Vorbehaltsgebieten (= Vorsorgegebiete) ausgewiesen. Im jetzigen Entwurf des RROP liegt der westliche Teil bis auf einen winzigen Bereich im Norden komplett auf dem Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft. Hier muss dem bisherigen Vorbehaltsgebiet ein besonderes Gewicht gegenüber konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen beigemessen werden. Dies war bereits vorher so und wird jetzt in der Arbeitshilfe des NLT deutlich hervorgehoben (S. 11). Diesbezügliche Hinweise und Anregungen wurden bisher immer ignoriert und sollen hier abermals angeregt werden!
P060		P60.06	SO 02	Schutzgut Waldflächen >1 ha Die vorgegebenen Mindestabstände werden zwischen dem Pastorenmoor und dem Hohen Moor (= Schulwald) nicht eingehalten. Zwischen beiden Wäldern müssen sich der Mindestabstand von 200 m zum Vorranggebiet Natur und Landschaft und dem Mindestabstand zum Wald von 100 m zu insgesamt 300 m addieren. Dieser Mindestabstand wird jedoch unterschritten und nicht eingehalten.
P060		P60.07	SO 02	In dem Bereich teilt sich zwangsläufig die gewünschte Vorrangfläche für Windenergie in zwei Teilflächen. Die daraus resultierenden negativen Auswirkungen auf die Avifauna werden weiter unten erläutert.

P060		P60.08	SO 02	<p><u>Schutzgut Landschaftsbild</u></p> <p>Niedersachsen hat im Vergleich der Bundesländer wenig Abstandsregelungen empfohlen. Lediglich min. 1.000 m Abstand zur Wohnbebauung und min. 5.000 m zwischen einzelnen Windparks (Bund Länder Initiative Windkraft).</p> <p>Nach wie vor völlig unzureichend begründet bleibt die generelle Abstandsreduzierung zwischen den Windparks von den in der Landesempfehlung genannten 5 km auf 3 km für unseren Bereich. Das Argument „Wald“, von dem ein vorgeschriebener Mindestabstand einzuhalten ist, wurde genau auf den Kopf gestellt und kurioserweise herangezogen, um einen geringeren Abstand zwischen den Windparks zu begründen. Dies ist eine nicht nachvollziehbare und inakzeptable Begründung.</p>
P060		P60.09	SO 02	<p>Richtig wäre hier gewesen, Waldgebiete wie Holzrurg, das Flögelner Holz, Kiefhorst, Schweinesöhle, das Kührstedter Holz und die Falle, neben den kleineren Wald- und Moorbereichen wie „Jungs Tannen“, Fuchsberger Moor, Pastorenmoor, Wehlbecksmoor, und kleineren Niedermoorflächen als schützenswerten Biotopverbundsystem zu erkennen, der nicht durch einen Windpark "zerschnitten" werden sollte.</p>
P060		P60.10	SO 02	<p>Hier regen wir an, eine erhöhte Abstandsfestlegung entsprechend der gebietsspezifischen Empfindlichkeit in Erwägung zu ziehen, wonach Waldränder von störenden Nutzungen und von Bebauung freigehalten werden sollen (LROP 2012, 3.2.1 Ziffer 03).</p>
P060		P60.11	SO 02	<p>Dass der Wald keine wirkliche Sichtbarriere zwischen Windparks von bis zu 200 m Höhe darstellt ist mittlerweile zwischen Ringstedt und Lintig sichtbar und wird auch von Investoren nicht abgestritten.</p>
P060		P60.12	SO 02	<p>Wir weisen auf die seit 2013 vorliegenden Arbeitshilfe zur raumverträglichen Konzentration der Windenergienutzung hin, wonach eine möglichst geringe Beeinträchtigung von Orts- und Landschaftsbild insbesondere ein Mindestabstand zwischen Vorranggebieten Windenergienutzung (5 km) u.a. in der Planung zu berücksichtigen ist (vgl. NLT 2013).</p>
P060		P60.13	SO 02	<p>Der bereits bestehende Windpark Flögeln unterschreitet diesen Abstand zum Planungsgebiet.</p>

P060		P60.14	U, SO 02	<p><u>Schutzgut Avifauna</u></p> <p>Vorliegende Kartierungen haben das bekannte Vorkommen des Seeadlers u. E. immer noch unzureichend untersucht. Es wurde vom NLWKN eine erneute Untersuchung seiner Flugbewegungen während der Brut- und Aufzuchtzeit gefordert. Dies ist nicht erfolgt, weil das Seeadlerpaar die begonnene Brut abgebrochen hat. Die Seeadler vom Löh überfliegen, und das ist durch umfangreiche Beobachtungen auch des Seeadlerbetreuers A. CORDSMEIER (2013) belegt, regelmäßig über die geplante Windparkfläche, um zur Aufzuchtzeit zu seinen Nahrungshabitaten im Norden zu gelangen.</p>
P060		P60.15	U, SO 02	<p>Die im Zwischenbericht von BIOS & ÖKOLOGIS (Juni 2014) dargelegte Voraussetzung einer Aufzuchtzeit war nicht gegeben und kann nicht durch Vorgehensweisen aus anderen Bundesländern mit unterschiedlichen Biotopstrukturen kompensiert werden.</p>
P060		P60.16	SO 02	<p>Die ausgelegte Windparkform stellt hinsichtlich der Gefährdung von Zugvögeln und der Seeadler einen "trügerischen Durchflugskorridor" dar, weshalb von einer erhöhten Beeinträchtigung durch Vogelschlag auszugehen ist. Die Windenergieanlagen sollten möglichst in einer kompakten Parkform angeordnet sein. Die Anordnung der jetzigen Parkform in zwei getrennte Teile mit einer trügerischen "Gasse" werden auch in dem Zwischenbericht von BIOS & ÖKOLOGIS (Juni 2014) als höhere Beeinträchtigung durch Greifvogelschlag angesehen. Die Forderung ist hier sehr deutlich, keine "zerfranzen" sondern kompakte Windparkflächen auszuweisen</p>
P060		P60.17	SO 02	<p>Die Auswirkungen durch Schallemissionen (Infraschall) auf die Tierwelt ist für solch sensible Brutgebiete unzureichend erforscht. Hier müssen zu starke visuelle und akustische Beeinträchtigungen zu besonders geschützten Biotopen bzw. zum Schutz bestimmter Teile von Natur und Landschaft entsprechend §§20-30 BNatSchG ausgeschlossen und nötige Abstandsregeln überprüft und fachlich begründet werden.</p>
P060		P60.18	SO 02	<p>"Der größte Teil der heimischen Flora und Fauna kann nur in bestimmten, artspezifisch festgelegten Biototypen existieren, die nicht durch Zerstückelung und Flächenverkleinerung auf (...) isolierte Inselflächen reduziert sind" (JEDICKE 1994). Wir müssen einer Verinselung naturnaher Lebensräume entgegenwirken.</p>

P061		P61.01	U, SO 02	<p>Wir möchten zu der Auslegung des Entwurfes zu einigen Punkten des Umweltberichtes Stellungnahmen abgeben:</p> <p><u>Allgemeine Hinweise</u></p> <p>Der Ableitung des Kriteriums "Umfeld" kann grundsätzlich nicht gefolgt werden, weil das Umfeld nur die vorgegebenen Mindestabstände der Schutzgüter (Mindestabstand zum Wald = 100 m und Umfeld = 100 m) umfasst und deshalb die Schutzgüter im Umfeld gar nicht vorkommen können.</p>
P061		P61.02	U, SO 02	<p>Hier wird noch nicht einmal als Umfeld der Bereich außerhalb eines Mindestabstands gesehen.</p>
P061		P61.03	U, SO 02	<p><u>Schutzgut Vorranggebiete Natur und Landschaft</u></p> <p>Die Betroffenheit ist falsch dargestellt. Im eigentlichen Plangebiet nicht vorhanden, aber außerhalb des Mindestabstandes vom Plangebiet fast vollständig umschlossen, ist im Umfeld mit "ja" zu beantworten. Die Definition für das "Umfeld" eines Schutzgutes sollte angemessen erfolgen.</p>
P061		P61.04	U, SO 02	<p>Umfeld des Vorranggebietes, das in der Umgebung des Plangebietes liegt</p> <p>Windenergie des NLT für das Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft ein Abstand entsprechend der gebietsspezifischen Empfindlichkeit vorzusehen ist.</p>
P061		P61.05	U, SO 02	<p><u>Schutzgut Waldflächen > 1 ha</u></p> <p>Die Betroffenheit ist falsch dargestellt, aber außerhalb des Mindestabstandes sind größere Waldflächen vorhanden (Kührstedter Holz, Pastorenmoor, Jungs Tannen, Hohes Moor oder Schulholz und Brunstannen) wobei das Pastorenmoor vom Plangebiet fast vollständig umschlossen ist. Auch Wälder < 1 ha können wertvolle Biotope darstellen.</p>
P061		P61.06	U, SO 02	<p><u>Schutzgut geschützte Biotope § 30 BNatSchG bzw. §24 NAGBNatSchG-Biotope</u></p> <p>Die Betroffenheit ist falsch dargestellt. Im näheren Umfeld des Plangebietes gibt es zwei geschützte Biotope, die berücksichtigt werden müssen, weil es sich dabei nicht um Ödland oder sonstige naturnahe Flächen gemäß § 22 Abs. 4 Satz 2 NAGBNatSchG handelt und somit keine Mindestfläche berücksichtigt werden muss.</p>

P061		P61.07	U, SO 02	<u>Schutzgut Seltene Böden</u> Die jetzige Planfläche überstreicht großräumig im südlichen Bereich den dort anstehenden Gley-Podsol. Hier sollte der Bereich in dieser Planungsebene nach Prüfung bereits generell ausgeschlossen werden und nicht wie vorgeschlagen erst in der nächste Planungs- bzw. Zulassungsebene geprüft werden. Investoren werden hier zur Planung veranlasst, obwohl ersichtlich ist, dass der dort vorhande Boden eine Bebauung mit Windenergieanlagen (WEA) ausschließt.
P061		P61.08	U, SO 02	<u>Schutzgut Landschaftsbild</u> Für eine aussagekräftige Beurteilung bezüglich vorhandener Biotopvernetzungen für bestimmte Arten ist eine Biotoptypenkartierung unerlässlich. Für viele Fragestellungen und dazugehörige Stellungnahmen kann auf eine korrekte Darstellung nicht verzichtet werden. Eine Karte verschafft die nötige Übersicht und die möglichen Verflechtungen und Beziehungen der Biotope untereinander. Dies ist für die Bewertung von erheblicher Bedeutung. Die mir bisher bekannte Karte der Biotoptypen (regionalplan & uvp, 13. Sep. 2012) ist in vielen Punkten schlichtweg falsch und sehr unvollständig.
P061		P61.09	U, SO 02	Zum Beispiel sind Wallhecken als gesetzlich geschützte Landschaftselemente nur lückenhaft kartiert, das heißt, dass ganze Wallhecken nicht kartiert wurden und insbesondere im Bereich des Plangebietes Wallhecken deutlich verkürzt und falsch in Lage und Richtung dargestellt wurden.
P061		P61.10	U, SO 02	Ebenso fehlen im unmittelbaren Bereich der Planflächen Einzelbäume und ein eventuell gesetzlich zu schützendes Sumpfgebüsch nach § 30 BNatSchG und § 24 Abs. 2 NAGBNatSchG bzw. eine Baumgruppe links des Weges zwischen Pastorenmoor und Jungs Tannen wurde gar nicht erfasst.
P061		P61.11	U, SO 02	Alle Mängel der Biotoptypenkarte lassen sich in diesem Rahmen nicht beschreiben. Soweit für uns nachprüfbar, legen u. a. falsch ausgewiesene Grünlandflächen den Schluss nahe, dass hier eine völlig veraltete Erhebungsgrundlage verwendet wurde. Hier geben wir den Hinweis, dass diese Karte nicht als Grundlage für eine Bewertung und zur Ausweisung eines Vorranggebietes herangezogen werden sollte.

P061		P61.12	U, SO 02	Sollten diese alten Biotoptypenkartierungen auch zur Einstufung des Landschaftsbildes herangezogen worden sein, ist die Einstufung als "Landschaftsbild mit mittlerer Bedeutung" ohnehin stark anzuzweifeln. Einen Zweifel an der richtigen Einstufung hegen wir auch deshalb, weil die Prägung des Landschaftsbildes im Umfeld des Vorranggebietes durch Wallhecken und kleinere Landschaftselemente vielfältig gegliedert ist und durch seine Eigenart und Schönheit eine sehr hohe Wertstufung hat.
P061		P61.13	U, SO 02	<u>Schutzgut windenergieempfindliche Vogelarten</u> Der dem Jagdrecht unterliegende Seeadler (<i>Haliaeetus albicilla</i>) wird in Niedersachsen auf der „Roten Liste“ geführt und als stark gefährdet eingestuft. Die Bederkesaer Jagdpächter haben bereits im Jahr 2010 in ihrem Einwand im Rahmen des RROP gegen die Ausweisung des Vorranggebietes Windenergienutzung auf die belegbare Existenz des Seeadlers im Plangebiet verwiesen. Auch nach ergänzenden mündlichen und schriftlichen Hinweisen (unsere Stellungnahme vom 20. Juli 2012) über die nachgewiesene Existenz des Flugweges der Seeadler zu ihrem Nahrungshabitat im Bereich Bederkesaer See hat das Gutachten (Planungsbüro Peter Stelzer GmbH) außer Acht gelassen.
P061		P61.14	U, SO 02	Aktuelle Erfassungsdaten hätten bei der Unteren Naturschutzbehörde erfragt werden müssen, damit aus heutiger Sicht auf den Flugweg des Seeadlers zu seinem nördlichen Nahrungshabitat Rücksicht hätte genommen werden können. Diese Thematik wurde ja aufgrund weiterer Hinweise auf Flugrouten nun erneut untersucht, konnte jedoch keine anderen belastbaren Ergebnisse liefern (vgl. hierzu auch die Methodendiskussion im BIOS-Gutachten vom Juni 2014, S.34), weil es einen Brutabbruch gegeben hat und demzufolge keine Aufzuchtzeit stattfand.
P061		P61.15	U, SO 02	Ein früheres Brutvorkommen der Sumpfohreule im Pastorenmoor konnte im vergangenen Jahr nicht bestätigt werden. Grundsätzlich eignet sich der Bereich jedoch für diese geschützte Art.
P061		P61.16	U, SO 02	Zusammenfassend betrachtet, gehen wir davon aus, dass die vollständige Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustandes erhebliche Veränderungen in der Bewertung des Raumes, insbesondere für die Bedeutung der Greifvögel, ergeben wird.

P061		P61.28	U, SO 02	<u>Fledermausvorkommen</u> In Niedersachsen kommen zur Zeit 19 Fledermausarten vor, mindestens 10 davon in dem betroffenen Gebiet der geplanten Windkraftanlagen.
P061		P61.29	U, SO 02	Nach dem Bundesnaturschutzgesetz vom 29. 07. 2009, in Kraft getreten am 01. 03. 2010, sind alle Fledermausarten besonders und streng geschützt. Daher ist es verboten, diese Tiere während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören, so dass sich dadurch der Erhaltungszustand der lokalen Population verschlechtert. Es ist erwiesen, dass auch in Niedersachsen eine erhebliche Anzahl dieser Tiere durch WEA zu Tode kommt.
P061		P61.31	U, SO 02	besonderen Schutz genießen. Diese stark gefährdete Art nutzt hauptsächlich den freien Luftraum als Jagdgebiet und verunglückt daher durch WEA besonders oft.
P061		P61.33	U, SO 02	Aus der Sicht der Jägerschaft sollte der Standort wegen der vorhandenen artenschutzrechtlichen Hemmnisse und der Gefährdung des Schutzgutes Natur und Landschaft nicht ausgewiesen werden.
P062		P62.01	SO 31	als betroffener Anwohner lehne ich die erneute Aufnahme des Flachenvorschlags Osten-Isensee für ein Vorranggebiet Windenergienutzung im Entwurf des RROP ab und mache folgende Bedenken geltend:
P062		P62.02	SO 31	Ein geplanter Windindustriepark wird unser Leben nachhaltig negativ beeinflussen und nach anerkannten, wissenschaftlich belegten Erkenntnissen (und Abhandlungen) mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit krank machen. Ich Sorge mich um die Gesundheit meiner ganzen Familie. Lärm und Infraschall werden uns beeinträchtigen und schädigen.
P062		P62.03	SO 31	Die Fläche liegt mitten in einem Siedlungsgebiet. Die umliegenden Ostener Ortsteile können nicht einfach zu "sonstigen, wohnbaulichen Nutzungen" bzw. zu Einzelgebäuden definiert werden, sondern bilden zusammenhängende Straßendörfer oder Streusiedlungen, sodass größere Mindestabstände als im Entwurf vorgesehen anzuwenden sind.

P062		P62.04	SO 31	Ein Windpark an der vorgeschlagenen Stelle in Osten-Isensee zerstört das typische, einzigartige, schutzenswerte Landschaftsbild entlang der Oste. Der wesentlich von landwirtschaftlicher Nutzung gepragte Charakter der Gegend sollte erhalten bleiben und u.a. auch im Interesse des von Landkreis und Gemeinde geförderten Tourismus besonders geschützt werden.
P062		P62.05	SO 31	Windindustrieflächen gefährden und zerstören diese wertvolle Landschaft und sprengen alle Maßstäbe bezüglich der vorhandenen, gewachsenen Gebäudestruktur.
P062		P62.06	SO 31	Die vorgesehenen Mindestabstände von 420 bzw. 500 m sind ohnehin viel zu gering bemessen, da sie erhebliche, gesundheitliche Gefährdungen der Anwohner durch Schlagschatteneffekte, Betriebsgeräusche und Infraschallemissionen der Windanlagen auslösen.
P062		P62.07	SO 31	In anderen Landkreisen werden teilweise deutlich höhere Mindestabstände zugrunde gelegt, die auch hier anzuwenden sind.
P062		P62.08	SO 31	Ich lebe mit meiner Familie bewusst auf dem Land. Geräusche von umliegenden Bauernhöfen und Erntemaschinen gehören selbstverständlich zum Landleben – aber eben nicht die Dauerbeschallung bei Tag und bei Nacht durch Windindustrieanlagen.
P062		P62.09	SO 31	Mehrere seltene und geschützte Vogelarten sowie Fledermäuse sind im Plangebiet und dessen Umfeld regelmäßig zu beobachten. Dieser schützenswerte Bestand ist nicht mit Windenergienutzung vereinbar.
P062		P62.10	SO 31	Die genauen Arten, Zahlen und Standorte sind noch vor Beschlussfassung des RROP sehr viel gründlicher zu untersuchen, als die dem RROP-Entwurf beigefügten, sehr oberflächlichen Anmerkungen zu den einzelnen Vorranggebieten Windenergie es (oftmals auch falsch) leisten.
P062		P62.11	SO 31	Die Fläche für Windenergie Osten-Isensee überschneidet sich am Nordrand immer noch mit einem ausgewiesenen "Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft". Diese Nutzungen sind nicht miteinander vereinbar, sodass das Vorranggebiet Windenergie ohnehin weiter zu verkleinern wäre.

P062		P62.12	SO 31	Neben den Hauptaspekten der Gesundheitsgefährdung sowie der Natur- und Landschaftszerstörung ist auch der Aspekt der Wertminderung von Grundstücken und Gebäuden zu berücksichtigen. Geplante oder aufgrund der Beeinträchtigungen erzwungene Veräußerungen im Umfeld von Windenergieanlagen sind erheblich schwieriger. Entschädigungsklagen gegen Betreiber und Planungsträger sind bundesweit bereits erfolgreich verlaufen. Wie ich aus persönlichen Gesprächen mit Betroffenen aber von Architekten-Kollegen, u.a. Bausachverständigen aus der Praxis weis, bedingt die Nahe zur Windindustrie im Grunde für alle Häuser eine erheblichen Wertminderung bis hin zur Unverkäuflichkeit bei Umzug. Ich befürchte, dass das Haus meiner Familie, welches auch Teil unserer Alterssicherung ist, im Falle der Errichtung des Windindustrieparks erheblich an Wert verliert. Sollte der Windindustriepark realisiert werden, sind wir gezwungen den Wertverlust auf Basis von (Sachverständigen) dokumentierten Vergleichsfällen einzuklagen.
P062		P62.13	SO 31	Ein bei uns in Osten mit 81,3 % gegen einen Windpark ausgegangener Bürgerscheid sowie das beantragte Weltkulturerbe Schwebefähre wurden zwar vom OVG Lüneburg erstaunlicherweise nicht als Planungskriterium anerkannt, müssen aber für den Landkreis weiterhin als bindend und verpflichtend gelten. Diese bedeutsame Auszeichnung gilt es im Interesse des gesamten Landkreises zu erreichen.
P062		P62.14	SO 31	Als Fördermitglied und als Steuerzahler in Niedersachsen, kann ich nicht verstehen, dass hier bereits bezahlte Fördermittel für die Sanierung der Fähre durch die Errichtung von Windindustrieanlagen zunichte gemacht werden sollen.
P062		P62.15	SO 31	Da der Landkreis Cuxhaven seine Verpflichtung zum Ausweisen zusätzlicher Flächen für die Windenergienutzung ohnehin bereits erfüllt bzw. übererfüllt hat, besteht - auch nach dem Urteil des OVG Lüneburg - keine Verpflichtung und keine Notwendigkeit, die Fläche Osten-Isensee als Vorranggebiet Windenergienutzung in das RROP aufzunehmen.

P063		P63.01	U	<p>Hiermit möchten wir gegen die Änderungen des RROP 2014 (Teilabschnitt Windenergie) für den Landkreis Cuxhaven mit den unten aufgeführten Gründen Einspruch einlegen.</p> <p><u>Allgemein</u></p> <p>Die in vielen Textpassagen vorkommenden Schachtelsätze und Fremdwörter werden auch nach mehrmaligen Lesen nicht richtig verstanden. Für uns betroffenen Bürger ist eine Auseinandersetzung mit dem Windkraft-Thema in dieser umständlichen Sprache schwierig. Einige Betroffene verlieren wohl schon beim Lesen den Mut einen Einspruch einzulegen. Hier ein Beispiel am Anfang Seite 1 Prognose:</p> <p>"Für allgemein, strategische oder räumliche nicht konkrete Festlegungen, die nur eine mittelbare Relevanz hinsichtlich voraussichtlich erheblicher Umweltauswirkungen aufweisen, werden die Umweltauswirkungen im Wesentlichen verbal-argumenativ bewertet. Textlich und kartografisch hinreichend konkreter Planfestlegungen, mit hoher Wahrscheinlichkeit erhebliche - nachteilige - Umweltauswirkungen hervorrufen können, werden entsprechend der Planungsebene spezifisch und raumbezogen bewertet....."</p> <p>Hierzu noch eine Zwischenbemerkung eines Kreistagsabgeordneten aus der Börde Lamstedt bei der Kreissitzung zu diesem Thema: „Gelesen habe ich alles nur verstanden habe ich wenig!“ Wir danken Ihm für die ehrliche Aussage. Wir bitten um eine einfachere und verständlichere Sprache.</p>
P063		P63.02	B 04	<p><u>Fortschreibung Teilabschnitt Windenergie 2014 Umweltbericht - Teil C - Seite 3:</u></p> <p><u>Ziel: vollständiger Rückbau</u></p> <p>Hier wird ein vollständiger Rückbau nach Beendigung des Betriebes festgeschrieben. Zu welchem Zeitpunkt ist das Betriebsende der WKAs und wann ist der vollständige Rückbau zu tätigen und wer bestimmt das und wer kommt dafür auf? Wir bitten um eine feste Zeitraumangabe.</p>
P063		P63.03	B 04	<p>Der vollständige Rückbau ist nach unserer Meinung unrealistisch. Die Kosten in 20 oder 30 Jahren für das Ausheben und Entfernen des bis zu 10 m tiefen Betoneisenfundaments bzw. der bis 20m tiefen Betonpfähle sind nicht einzuschätzen. Nach heutigem Stand der Technik sehr energetisch aufwendig d. h. sehr teuer. Wir bitten um eine realistische Einschätzung des Rückbaus mit einer Tiefenangabe.</p>

P063		P63.04	B 04	<p><u>Weitere Anmerkungen von uns:</u> Warum sollte man gute, von der Bevölkerung akzeptierte Windstandortflächen nach dem Ende der Betriebsgenehmigungen der WKAs zurückbauen. In Zukunft brauchen wir diese Flächen noch dringlicher als heute. In 15-20 Jahren soll der regenerative Stromanteil möglichst über 50 % liegen. Wo soll der Strom herkommen, wenn wir diese Flächen wieder aufgeben. Gute Windstandorte sollte man langfristig sichern - weniger gute Standorte wie z. B. in unmittelbarer Nähe zu Wohnbebauungen sollte man gar nicht erst planen bzw. in Erwägung ziehen.</p>
P063		P63.05	U	<p><u>Fortschreibung Teilabschnitt Windenergie 2014 Umweltbericht - Teil C - Seite 3:</u> <u>Grundsatz: Anlagen gleicher Art - Ziel: maximal zwei unterschiedliche</u> <u>Anlagenhöhen Auswirkungen des Grundsatzes und des Zieles auf die Umwelt.</u> Sie bewerten im Text die gleiche Art der Anlagen hinsichtlich der Anzahl der Flügel, Drehrichtung, Farbgebung und gleicher Höhen für die Beeinträchtigung des Landschaftsbild als positiv. Hier ist das Wort positiv irreführend. Mit dieser Formulierung sind wir nicht einverstanden. Der Eingriff der mit bis zu 200m hohen WEA in das Landschaftsbild ist grundsätzlich negativ. Eine leichte Reduzierung der o. g. Faktoren sind für die Beeinträchtigung des Landschaftsbild kaum relevant. (Erst verschandelt man die Landschaft mit Windkraftträdern und dann freut man sich über den Gleichlauf der Rotoren!)</p>
P063		P63.06	B 10	<p><u>Fortschreibung Teilabschnitt Windenergie 2014 Umweltbericht - Teil C - Seite 3-4:</u> <u>Ziel: Errichtung von Windenergieanlagen in bauleitplanerisch gesicherten Bereichen.</u> Bei diesem Text fehlt eine weitere Erklärung - hier handelt es sich wahrscheinlich um die alten Windstandortflächen. Sind die Gesamthöhen in der rechtsgültigen Bauleitplanung festgelegt?</p>

P063		P63.07	B 10	<p>Der folgende Absatz ist nicht so zu akzeptieren: "Sofern bei der Errichtung von Windenergieanlagen Gesamthöhen von 100 m überschritten werden, ist ein Mindestabstand von 1000m zu Ortslagen und 500m zu Einzelhäusern einzuhalten." Das würde bedeuten das die Abstandsregelung einer WKA von 100m Höhe genau so groß wären wie bei einer 200m oder vielleicht in Zukunft bei 300m Gesamthöhen-Anlagen. Mit der Gesamthöhe ändern sich Schall, Schatten, Reflexionen, Infraschall usw. erheblich. Hier bitten wir um eine genaue Angabe der Abstände zu Wohnbebauungen im Verhältnis zu den Gesamthöhen der WKAs - wie z.B. einer Formel: Gesamthöhe mal Faktor X.</p>
P063		P63.08	U, SO 31	<p><u>Weitere Einsprüche und Unklarheiten zum Standort Osten-Isensee</u> <u>Tabelle ab Seite 129</u> Nummer 2.631: Das bei Ihnen in der Tabelle unter „Schutzgut“: Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit ist entgegen Ihrer Aussage im Umfeld vorhanden und haben voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen.</p>
P063		P63.09	U, SO 31	<p>Nummer 2.635: Es haben sich in diesem Jahr weitere Weißstörche im Umfeld angesiedelt. Der Schwarzstorch wurde in der Nähe des Plangebietes gesichtet und auch fotografiert. Kiebitze, Seeadler und Roter Milan sind hier oft zu sehen werden aber nicht erwähnt.</p>
P063		P63.10	U, SO 31	<p>Nummer 2.639: Ein >1 ha Waldstück ist mitten im Plangebiet vorhanden.</p>
P063		P63.11	U, SO 31	<p>Vogelschutzgebiet Nordkehdingen zu den nächtlichen Rastgebieten Hohes Moor bei Oldendorf und dem großen Tister Bauernmoor geht eine Flugachse genau über das Plangebiet Isensee. Vor allem im Winter sind täglich in beiden Richtungen große Schwärme von Zugvögeln zu sehen.</p>
P063		P63.12	U, SO 31	<p>Nummer 2.648: Das Plangebiet ist ein unzerschnittener verkehrsarmer Raum. Es gehen keine öffentlichen Straße hier durch. Ein Vorangegebiet für drei große WEA würde die Landschaft zerschneiden und dadurch massiv verändern und zerstören.</p>
P063		P63.13	U, SO 31	<p>Nummer 2.651: Kultur- und Baudenkmale im Umfeld vorhanden. Außer der Schwebefähre die im weiteren Umfeld liegt, sind auf auf einer Karte weitere Baudenkmäler markiert.</p>

P063		P63.14	SO 31	<p>Schwebefähre</p> <p>Bei der Realisierung des Windparks Osten-Isensee wäre das technische Baudenkmal Schwebefähre Osten-Hemmoor längerfristig gefährdet. Die mögliche Auszeichnung zum Weltkulturerbe wäre nicht mehr möglich - eine touristische Weiterentwicklung würde gestoppt und die Zukunft der Schwebefähre sehr ungewiss.</p>
P063		P63.15	SO 31	<p>Wertverlust von Haus und Hof</p> <p>Es ist hinlänglich bekannt, dass Häuser, Wohnungen und Resthöfe in der Nähe von Windindustrieflächen an Wert verlieren. Bei einer Realisierung würde der Wert unseres Haus um bis zu 40 % verlieren.(Quelle: RDM) Aus diesen Gründen käme eine Flächennutzungsplanänderung einer Enteignung ohne finanzielle Entschädigung gleich. Eine Enteignung ist nach dem Grundgesetz nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Eine Entschädigungsklage gegen die Betreiber werden wir falls die WKA gebaut werden veranlassen.</p>
P063		P63.16	A	<p>Was wir noch im Entwurf vermissen:</p> <p>Richtfunkstrecken:</p> <p>In einem früheren Planentwurf (1996) zu einer Windvorrangfläche wurden wichtige Richtfunkstrecken die hier vorhanden sind berücksichtigt. Bei Ihrem neuen Entwurf sind sie nicht eingezeichnet. Wir bitten Sie vorrangige Richtfunkstrecken darzulegen und bei dem neu geplanten Vorranggebiet mit den entsprechenden Abständen zu berücksichtigen.</p>
P063		P63.17	A	<p>Zubringerstraßen</p> <p>Die Landstraße L113 ist ziemlich marode und wird immer schlechter. Teilweise sind Geschwindigkeitsbegrenzungs-Verkehrsschilder aufgestellt. Eine Erschließung und Bebauung der großen WEA könnte nur über diese Straße erfolgen. Die Vorstellung von dem Transport der überdimensionierten Bauteile und das Einbringen der großen Fundamente mit geschätzten über 1000 Betonmischer-Lkws gäbe der Landstraße und dessen Brücken den Rest. Wer trägt die Kosten bei der nachweislichen Schädigung durch WKA-Transporte an Straßen bzw. an unseren Häuser.</p>

P064	A	P64/A.01	SO 12	<p>Gegen das Regionale Raumordnungsprogramm werden hinsichtlich der Flächenausweisung des Windparks Hemmoor-Bröckelbeck Bedenken vorgebracht. Das Gebiet entspricht nicht der Verordnung des LROP 2012. Dort heißt es unter:</p> <p>"2.1. Entwicklung der Siedlungsstruktur</p> <p>01 In der Siedlungsstruktur sollen gewachsene, das Orts- und Landschaftsbild, die Lebensweise und Identität der Bevölkerung prägende Strukturen sowie siedlungsnah Freiräume erhalten und unter Berücksichtigung der städtebaulichen Erfordernisse weiterentwickelt werden."</p> <p>Das Landschaftsbild wird durch einen Windpark nachhaltig zerstört.</p>
P064	A	P64/A.02	SO 12	<p>In aktuellem Kartenmaterial z.B. Falk 2014/2015 ist die K29 bei Bröckelbeck als „Landschaftlich schöne Strecke – Touristenstraße“ gekennzeichnet. Ein Windpark ist weithin zu sehen und würde dieses schöne Landschaftsbild auch über die Grenzen von Bröckelbeck zerstören.</p>

P064	A	P64/A.03	SO 12	<p>"3.1.1 Elemente und Funktionen des landesweiten Freiraumverbundes, Bodenschutz</p> <p>01 ¹Die nicht durch Siedlungs- oder Verkehrsflächen in Anspruch genommenen Freiräume sollen zur Erfüllung ihrer vielfältigen Funktionen insbesondere bei der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, dem Erhalt der Kulturlandschaften, der landschaftsgebundenen Erholung sowie der Land- und Forstwirtschaft erhalten werden. ²In den Regionalen Raumordnungsprogrammen sollen klimaökologisch bedeutsame Freiflächen gesichert und entwickelt werden. ³In diesen Gebieten sollen Planungen und Maßnahmen zu einer Verminderung des Ausmaßes der Folgen von Klimaänderungen beitragen. ⁴Die Freiräume sind zu einem landesweiten Freiraumverbund weiterzuentwickeln. ⁵Die Funktionsvielfalt des landesweiten Freiraumverbundes ist zu sichern und zu entwickeln. 02 ¹Die weitere Inanspruchnahme von Freiräumen für die Siedlungsentwicklung, den Ausbau von Verkehrswegen und sonstigen Infrastruktureinrichtungen ist zu minimieren. ²Bei der Planung von raumbedeutsamen Nutzungen im Außenbereich sollen – möglichst große unzerschnittene und von Lärm unbeeinträchtigte Räume erhalten,</p> <ul style="list-style-type: none"> – naturbetonte Bereiche ausgespart und – die Flächenansprüche und die über die direkt beanspruchte Fläche hinausgehenden Auswirkungen der Nutzung minimiert werden." <p>Die Fläche, auf dem ein Windpark Hemmoor-Bröckelbeck entstehen soll, ist Teil eines Freiraumes. Diese Fläche ist umgeben von den Orten Bröckelbeck, Westersode, Westersode-Kegelbahn und Heeßel sowie von dem Waldgebiet Westerberg. Dieses Areal wird von vielen Menschen als Erholungsgebiet genutzt, sei es als Spaziergänger, Jogger, Radfahrer, Reiter oder auch als Hundebesitzer, die dort mit ihren Hunden herumtollen.</p>
------	---	----------	-------	--

P064	A	P64/A.04	SO 12	Auf einer Informationsveranstaltung der Stadt Hemmoor, auf der auch der Investor des Windparks anwesend war, wurde erwähnt, dass nach der Bauphase die Wege mit einem Großkieselstein aufgefüllt werden sollen, damit nicht so viel Staub aufgewirbelt wird, wenn die großen Lkws zur Anlage fahren müssen. Diese Art der Befestigung kann jedoch von Radfahrern, Joggern, Reitern und Hundebesitzern nicht genutzt werden. Eine landschaftsgebundene Erholung kann also nicht mehr gesichert werden, da die Zuwegung zum Windpark quer durch das Erholungsgebiet verläuft.
P064	A	P64/A.05	SO 12	Des Weiteren sollen von Lärm unbeeinträchtigte Räume erhalten bleiben. Außer Landwirtschaft ist in diesem Gebiet keine Industrie angesiedelt. Es ist ein reines Wohngebiet mit Weide- und Ackerflächen sowie Teichen und Waldflächen. Eine Lärmbelästigung ist bisher nicht gegeben. Dieses würde sich durch einen Windpark erheblich ändern.
P064	A	P64/A.06	SO 12	"03 ¹ Siedlungsnah Freiräume sollen erhalten und in ihren ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Funktionen gesichert und entwickelt werden. ² Bei regionalen oder überregionalen Erfordernissen sind siedlungsnah Freiräume in den Regionalen Raumordnungsprogrammen als Vorranggebiete Freiraumfunktionen festzulegen." Die ausgewiesene Fläche für einen evtl. Windpark Hemmoor-Bröckelbeck ist so ein siedlungsnaher Freiraum und sollte in ihrer jetzigen Funktion erhalten bleiben.
P064	A	P64/A.07	SO 12	"3.1.2 Natur und Landschaft 01 Für den Naturhaushalt, die Tier- und Pflanzenwelt und das Landschaftsbild wertvolle Gebiete, Landschaftsbestandteile und Lebensräume sind zu erhalten und zu entwickeln. 02 ¹ Zur nachhaltigen Sicherung von heimischen Tier- und Pflanzenarten und deren Populationen einschließlich ihrer Lebensräume und Lebensgemeinschaften sowie zur Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen ist ein landesweiter Biotopverbund aufzubauen. ² Darin sollen wertvolle, insbesondere akut in ihrem Bestand bedrohte Lebensräume erhalten, geschützt und entwickelt sowie untereinander durch extensiv genutzte Flächen verbunden werden. 03 ¹ Geschädigte und an naturnaher Substanz verarmte Gebiete" Der Naturhaushalt, die Tier- und Pflanzenwelt und das Landschaftsbild werden durch einen Windpark nachhaltig zerstört.

P064	A	P64/A.08	SO 12	Den Anfang des nächsten Satzes „Geschädigte und an naturnaher Substanz verarmte Gebiete“ habe ich bewusst mitkopiert, weil dieses Gebiet das genaue Gegenteil ist. Hier ist eine Tier- und Pflanzenwelt vorhanden, die es zu erhalten gilt.
P064	A	P64/A.09	SO 12	Der Investor dieses Windparks hat selbst Gutachten erstellen lassen und darin aufgezeigt, dass dort u. a. 96 Abendsegler, 235 Breitflügelfledermäuse, 69 Zwergfledermäuse und 32 Rauhhautfledermäuse leben. Es wurden 462 Fledermauskontakte gezählt.
P064	A	P64/A.10	SO 12	In dem vom Investor erstellten Gutachten „Artenschutzrechtliche Prüfung“ wurden 129 Vogelarten festgestellt u.a. die nach der roten Liste Niedersachsen gefährdeten Arten: Rebhuhn, Kiebitz, Flussregenpfeifer, Uhu, Heidelerche, Feldlerche, Rauchschwalbe und Gartenrotschwanz.
P064	A	P64/A.11	SO 12	Der Lebensraum der unzähligen anderen Vogel- und Tierarten die dort leben oder überfliegen (Kranich, Uhu usw.) ist zu erhalten.
P064	A	P64/A.12	SO 12	Der vom Aussterben bedrohte Seeadler ist in Bröckelbeck, sein Horst ist in Ellerbruch. Ich selbst habe ihn in der Nacht vom 03.08. auf den 04.08.2014, als er aus Richtung des geplanten Windparks unser Haus Richtung Balksee überquert hat, gesehen. Entgegen der Annahme im Gutachten nutzt der Seeadler die Teiche und Fischteiche südlich des geplanten Windparks und würde so mit dem Windpark kollidieren. Bilder von im Windpark geköpften Seeadlern und anderen Vögeln sind übrigens im Internet unter „Youtube“ zu sehen (z.B. Vogel vs Windrad).
P064	A	P64/A.13	SO 12	Es sollte alles getan werden, um diesen Lebensraum für die Tiere zu erhalten und evtl. weiterzuentwickeln, anstatt ihn durch einen Windpark zu vernichten. Die Nähe zum Waldgebiet Westerberg macht diese Fläche so besonders.
P064	A	P64/A.14	SO 12	Die in der öffentlichen Auslegung zum Bebauungsplan Nr. H 67 „Windpark Hemmoor-Bröckelbeck“ genannten Ausgleichsflächen liegen fast alle in den Gemarkungen Warstade und Basbeck, ca. 4 / 5 km vom möglichen Windpark entfernt.

P064	A	P64/A.15	SO 12	<p>3.2 Entwicklung der Freiraumnutzungen</p> <p>3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei</p> <p>02 ¹Wald soll wegen seines wirtschaftlichen Nutzens und seiner Bedeutung für die Umwelt und für die Erholung der Bevölkerung erhalten und vermehrt werden. ²Seine ordnungsgemäße Bewirtschaftung soll nachhaltig gesichert werden. ³In waldarmen Teilräumen sollen Waldflächen vergrößert und der Waldanteil erhöht werden. 03 ¹Wald soll durch Verkehrs- und Versorgungstrassen nicht zerschnitten werden. ²Waldränder sollen von störenden Nutzungen und von Bebauung freigehalten werden."</p> <p>Auch hier wird wieder auf die Bedeutung des Waldes für die Umwelt und die Erholung der Bevölkerung hingewiesen. Die ausgewiesene Fläche liegt zwischen dem großen Waldgebiet Westerberg und einer kleineren Waldfläche. Gerade das macht den Reiz der leicht hügeligen Landschaft aus. Die ausgewiesene Fläche liegt an 2 Waldrändern!</p>
------	---	----------	-------	--

P064	A	P64/A.16	SO 12	<p>"3.2.3 Landschaftsgebundene Erholung</p> <p>01 ¹Die Voraussetzungen für Erholung und Tourismus in Natur und Landschaft sollen in allen Teilräumen gesichert und weiterentwickelt werden. ²Gebiete, die sich aufgrund ihrer Struktur, Ungestörtheit und Erreichbarkeit für die landschaftsgebundene Erholung eignen, sollen für diese Nutzung erschlossen werden. ³Soweit mit dem jeweiligen Schutzzweck vereinbar, soll eine Zugänglichkeit auch in den nach Naturschutzrecht geschützten Gebieten gewährleistet werden, damit diese Gebiete für das Naturerleben und die Vermittlung umweltbezogener Informationen an die Öffentlichkeit genutzt werden können. ⁴In Gebieten mit geringer landschaftlicher Strukturvielfalt sollen landschaftspflegerische Maßnahmen dazu beitragen, dass die Voraussetzungen für die Erholungsnutzung verbessert werden. ⁵Durch die Nutzung von Natur und Landschaft für Erholung und Tourismus sollen die ökologischen Funktionen des Naturhaushalts und das Landschaftsbild nicht beeinträchtigt werden."</p> <p>Auch hier wird noch einmal darauf hingewiesen, dass das Landschaftsbild für Erholung und Tourismus nicht beeinträchtigt werden soll. Der Landkreis Cuxhaven bemüht sich darum als Feriengebiet zu gelten. Die Gemeinde Wingst, als staatlich anerkannter Erholungsort, wäre von Windkraftanlagen, die nach dem Willen des Investors 186 m hoch werden sollen, ebenso in ihrem Landschaftsbild beeinträchtigt, wie die Samtgemeinde Lamstedt. Beide Gemeinden grenzen unmittelbar an den geplanten Windpark. Die Gemeinde Lamstedt hat übrigens beschlossen, Windkraftanlagen nur bis zu einer Höhe von 100 m zuzulassen. Auch die Stadt Hemmoor brüstet sich damit Touristengebiet zu sein. Windkraftanlagen mit einer angedachten Höhe von 186 m sind auch von der Stadt Hemmoor aus gut zu sehen und dem Tourismus nicht förderlich.</p>
P064	A	P64/A.17	SO 12	<p>Alles in allem entspricht die ausgewiesene Fläche nicht den Anforderungen der Verordnung LROP 2012 und ist damit unzulässig.</p>

P064	B	P64/B.01	SO 12	<p>Aufgrund des Grundsatzpapiers des BUND zum ROP 2014 des Landkreises Cuxhaven und dem dort aufgezeigten Exkurs „Geld für die Gemeinden“ füge ich noch einmal mein Konzept für einen Rundwander- und Fahrradweg bei. Das Konzept habe ich am 29.10.2010 der Samtgemeinde Hemmoor sowie nachrichtlich dem Landkreis Cuxhaven – Agentur für Wirtschaftsförderung Cuxhaven übersandt.</p> <p>Ich bitte auch diese Alternative zum ROP 2014 – Teilabschnitt Windpark Hemmoor-Bröckelbeck zu prüfen.</p>
P064	B	P64/B.02	SO 12	<p>Konzept für einen Rundwander- und Fahrradweg</p> <p>1.) Bericht zur Landschaft</p> <p>Die Landschaft ist abwechslungsreich, leicht hügelig mit Wald- Geest- und Mooregebieten. Am Rand liegen Dörfer, das Feriengebiet Wingst und die Stadt Hemmoor. Es ist eine leise Schönheit, die sich ihren Charme erhalten hat. Es finden sich weder Industrien, Fabriken noch Windkraftträder in unmittelbarer Nähe.</p>

P064	B	P64/B.03	SO 12	<p>2.) Der Weg</p> <p>Der Weg ab Hemmoor-Westersode führt durch grüne Wiesen und Felder bis hin zum Waldgebiet Westerberg. Von dort bietet sich einem ein phantastischer Blick über die gesamte Region bis hin zur Wingst. Hier könnte sich der Wanderer entscheiden, ob es ein „Spaziergang“ werden soll, in dem er den nächsten Weg zurück nach Westersode wandert. (Hier gabeln sich fast 2 Wege, die noch ca. 70 Meter durch ein neues Stück Weg verbunden werden müssten). Weiter wandert es sich am Wald entlang und wieder bietet sich eine weitere Alternative: durch den Wald Richtung Lamstedt zu wandern. Bleibt man dem Rundwanderweg treu, läuft es sich zwischen Feldern nach Varrel. Nach einem kurzen Stück (ca. 100 m) auf der Landstraße (K29) führen die Wirtschaftswege Richtung Balksee. Hier wäre wünschenswert, wenn es einen direkten Fahrradweg von Varrel über Bröckelbeck zur Wingst geben würde. Besteht hierzu nicht die Möglichkeit, müssten die Wege um den Balksee mit seiner herrlichen Moorlandschaft genutzt werden. In Oppeln kann direkt zum Balksee und seinem Aussichtsturm abgebogen werden. In der Wingst könnte der vorhandene Fahrradweg entlang der Kreisstraße K21 bis Weißenmoor genutzt werden. Von da führt ein Feldweg durch die Wiesen zu den "3-Bergen" bis zurück nach Westersode. Der Weg könnte beim Kreidesee enden. Entlang des Weges sollten kleine Holzhütten, wie sie in der Börde Lamstedt bereits vorhanden sind, gebaut werden, die dem Wanderer Schutz bieten. Auch das Melkhus in der Wingst sollte mit einbezogen werden. Zu überlegen wäre, ob noch ein weiteres in Varrel oder Bröckelbeck entstehen könnte.</p>
------	---	----------	-------	---

P064	B	P64/B.04	SO 12	<p>3) Besonderheiten</p> <p>Als besonderen Service für Wanderer könnte ein Leih-Handy gegen Gebühr (z.B. 20,-- EUR) angeboten werden. Mit diesem Handy erhält man die Option bei Bedarf mit einem PKW von einer der am Weg ausgewiesenen Stationen abgeholt zu werden. Diese Handys (es könnten gebrauchte, ausgediente Handys sein) müssten wie Handys für Kinder programmiert werden, so dass nur bestimmte Nummern angerufen werden können. Dieser Service könnte von den Hotels und Touristenbüro's der Wingst und Hemmoor angeboten werden. Wird der Service nicht genutzt, wird die Leihgebühr (fast) zurückerstattet. Der Weg müsste gut ausgeschildert werden, um bei den vielen Wirtschaftswegen um den Balksee herum den richtigen Weg zu finden. Wünschenswert wären ebenfalls die längst überfälligen Fahrradwege entlang der Kreisstraße (K21) zwischen Lamstedt und der Wingst sowie der Kreisstraße (K 29) zwischen Hemmoor-Westersode und Mittelstenahe.</p> <p>Auf einen evtl. geplanten Windpark in Bröckelbeck sollte schon im Vorfelde verzichtet werden, denn welcher Wanderer wandert schon gerne 3 Kilometer mit einem Pfeifen im Ohr.</p> <p>In Regionen, die mehr zu bieten haben (z.B. Centerparks) mögen Windkrafträder den Tourismus nicht stören, jedoch hat diese Gegend außer der Nähe zu Bremerhaven und Cuxhaven doch kaum Zugkräftiges zu bieten. Bei einer Werbung für den Rundwanderweg, sollte auf unsere Weite der Landschaft, die herrliche Ruhe und die leicht zu bewältigenden Höhenunterschiede hingewiesen werden. Auch für Kinder und nicht so geübte Wanderer oder Radfahrer ist diese Strecke zu empfehlen. Die Idylle und Stille dieser Gegend sollte herausgearbeitet werden. Zudem müsste in einen solchen Rundwander- und Fahrradweg nur geringfügig investiert werden und auch die Einheimische Bevölkerung würde in den Genuss dieses Erholungsweges kommen.</p>
------	---	----------	-------	--

P064	C	P64/C.1	SO 12	<p>Im Nachgang zu meinem Schreiben vom 13.08.2014 bitte ich noch folgendes zu berücksichtigen:</p> <p>Auf der gestrigen Informationsveranstaltung der CDU und des Bürgerforums in Hemmoor bzgl. des Windparks Bröckelbeck teilte der 1. Kreisrats, Herr Jochimsen mit, dass die Abstandsregelung zu einzelnen Häusern 450 m und zur Ortslage 1 km beträgt. Wir bitten diese Abstandsregelung von 1 km zur Ortslage auch bei unserem Ortsteil Bröckelbeck anzuwenden. Bröckelbeck ist ein Ortsteil mit einer langen Geschichte, wir haben unser eigenes Wahrzeichen „die Bröckelbecker Mühle“, wir haben unseren eigenen Friedhof mit Glockenturm und wir haben ein Vereinsleben, unser Schützenverein besteht 110 Jahre. Jedes Jahr beantragen wir beim Landkreis eine Genehmigung für die Durchführung von Festumzügen, die vom Heerweg bis zur Bröckelbecker Straße 2 und zur Varreler Dorfstraße Haus Nr. 39 führt. Mittelpunkt in unserem Ort ist der Heidepark zwischen den Straßen K 29 und K 21. Hier findet jedes Jahr ein Gottesdienst sowie das jährliche Heideblütenfest statt. Spätestens ab Dorfmitte, Bröckelbecker Straße 1 (Heinrich) sollte ein Abstand von mindestens 1 km eingehalten werden. Dieses ist in dem Entwurf zum ROP 2014 m. E. nicht gegeben (vorhandener Abstand ca. 850m). Für das Grundstück zwischen Bröckelbecker Straße 16 und Bröckelbecker Straße 18 soll bereits eine Bauvoranfrage gestellt worden sein.</p>
P065		P65.01	SO 31	<p>wir sind Betroffene des im RROP vorgesehenen Vorranggebiets Windenergienutzung Osten-Isensee und machen gegen diesen Flächenvorschlag folgende Bedenken geltend:</p> <p><u>Vorbemerkung</u></p> <p>Die Wiederaufnahme dieses vom Landkreis Cuxhaven im RROP 2012 nicht berücksichtigten Flächenvorschlag Osten-Isensee überrascht und befremdet. Auch das Urteil des OVG Lüneburg (Normenkontrollklage) musste keineswegs zu einer erneuten Berücksichtigung der Fläche Osten-Isensee im Planentwurf führen.</p>
P065		P65.02	SO 31	<p>Zum einen hat der Landkreis seine Verpflichtung zu zusätzlichen Flächenausweisungen für Windenergie mit dem RROP 2012 bereits (über)erfüllt.</p>
P065		P65.03	SO 31	<p>Zum anderen besteht kein Rechtsanspruch auf die Verwirklichung jeder von der Verwaltung einmal vorgeschlagenen Eignungsfläche.</p>

P065		P65.04	SO 31	Es ist zwar – auch rechtlich – nicht nachvollziehbar, dass das OVG Lüneburg den Ostener Bürgerentscheid und das beantragte Weltkulturerbe Schwebefähre als nicht planungsrelevant bewertet. Der Landkreis ist jedoch nicht verpflichtet, die Fläche daraufhin nun in das RROP aufzunehmen, sondern kann dies auch mit Hilfe einer Reihe „harter Tabu-Kriterien“ (s.unten) weiterhin und konsequenterweise unterlassen.
P065		P65.05	SO 31	<u>Zum Flächenvorschlag Nr. 31 „Osten-Isensee“</u> Wie bereits die Vorlage zum RROP 2010/12, so enthält auch der Entwurf zum RROP 2014, Teilabschnitt Windenergie, erneut Planungsmängel und -fehler, die zum Ausscheiden der Fläche Osten-Isensee führen müssen: 1. Die Fläche wurde zwar am Nordrand u.a. wegen eines bestehenden Waldes richtigerweise verkleinert. Sie überschneidet sich jedoch immer noch mit einer im RROP 2012 ausgewiesenen Fläche „Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft“. Diese beiden Nutzungen sind nicht miteinander vereinbar, sodass das Vorranggebiet Windenergienutzung mindestens bis zur Straße Großes Wegfährels weiter zu verkleinern wäre, wenn nicht die nachfolgenden Gründe ohnehin zu einer Streichung der Fläche führen müssten.
P065		P65.06	SO 31	2. Erhebliche Bedenken bzw. deutlicher Widerspruch wird gegen den unlauteren Versuch im Begründungs-/Erläuterungsteil erhoben, ortslagenähnliche Ortsteile nunmehr nur noch als „sonstige wohnbauliche Nutzungen“ zu definieren und damit einem geringeren Mindestabstand zu Vorrangflächen für Windenergie unterlegen zu können. Hier ist die frühere Unterscheidung zwischen Ortslagen und Einzelgebäuden wiederherzustellen und der in der gegenüber der früheren Fassung gestrichene Satz „Darüber hinaus wurden nach einer Einzelfallbetrachtung die Ortslagen um die Bereiche ergänzt, die in einer größeren Zahl bebaute Grundstücke in einem engen baulichen Zusammenhang aufweisen“ so oder in ähnlichem Sinne wieder aufzunehmen.
P065		P65.07	SO 31	Die in der Region durchaus typischen, entlang Landes-, Kreis- oder Gemeindestraßen angeordneten Ortsteile (gemäß StVO zumeist mit grünen Ortsteilschildern gekennzeichnet) sind von ihrem Charakter und ihrem Status her deutlich mehr als „sonstige, wohnbauliche Nutzungen“ und können nicht einfach der früheren Kategorie Einzelgebäude angegliedert werden und diese damit umfangreich erweitern.

P065		P65.08	SO 31	Das vorgeschlagene Vorranggebiet Windenergienutzung liegt inmitten von Siedlungsgebiet, unmittelbar angrenzend an die Ostener Ortsteile Isensee, Achthöfen, Fünfhausendorf und Kranenweide. Dem Plangebiet nächstgelegene Straßenzüge wie Niederkögt, Zehntwege, Großes Wegfährels und Achthöfen/Kranenweide (entlang der L 113) werden in der Raumplanung und in der Siedlungsgeographie als Straßendörfer, Streusiedlungen oder Siedlungssplitter bezeichnet und definiert.
P065		P65.09	SO 31	Die im RROP-Entwurf erfolgte Einstufung der zahlreichen, dortigen Wohngebäude früher als Einzellagen und jetzt als sonstige, wohnbauliche Nutzungen entspricht nicht der Realität und ist nicht haltbar.
P065		P65.10	SO 31	Auch die Gemeinde Osten hat in ihrer Stellungnahme zum RROP (vgl. Gemeinderatsbeschluss vom 30.7.2014) ausführlich auf den das Plangebiet umgebenden Siedlungscharakter hingewiesen.
P065		P65.11	U, SO 31	Die dem RROP-Entwurf beigefügte Bewertung der Einzelstandorte durch die Fa. Bosch und Partner spricht erstaunlicherweise von „keiner Wohnnutzung im Plangebiet oder im Umfeld“. Diese Aussage ist grob falsch und stellt einen erheblichen Planungsmangel dar. Bereits an der fraglichen 500 m – Abstandslinie befinden sich rund um die Vorrangfläche über 30 Wohngebäude, sowie im nahen Umfeld dazu zahlreiche weitere.
P065		P65.12	SO 31	Das Zugrundelegen von 500 m – Mindestabständen zu vermeintlichen Einzellagen oder „sonstigen, wohnbaulichen Nutzungen“ ist angesichts dieses Siedlungscharakters nicht möglich, sondern es sind mindestens die planungsüblichen 1000 m Mindestabstand zu Ortslagen einzuhalten.
P065		P65.13	SO 31	3. Generell sind die im RROP als Planungskriterium festgelegten Mindestabstände von 420 m („hart“) bzw. 500 m („weich“) zu sonstigen wohnbaulichen Nutzungen als inakzeptabel gering zu bewerten. Der Entwurf bemüht hierfür ein Urteil des OVG Nordrhein-Westfalen, das jedoch falsch interpretiert und daher unzulässig zur Festlegung geringer Abstände benutzt wird. Das OVG NRW hat zwar in einem konkreten Fall die „optisch bedrängende Wirkung“ einer Windenergieanlage in zweifacher Anlagengesamthöhe zu einem Wohnobjekt konstatiert, jedoch nie ausgeführt, dass eine solche Wirkung in größerer Distanz nicht mehr gegeben ist.

P065		P65.14	SO 31	Bundesweit geben zahlreiche andere Abstandserlasse, Verordnungen, Empfehlungen und auch Urteile deutlich höhere Mindestabstände vor (z.B. 3-fache, 3,5-fache Anlagenhöhe und höher). Um kresseitig nicht erneut planungsrechtlich angreifbar zu sein, wird dringend empfohlen, sich z.B. an der bislang schon oft rechtlich maßgebenden „Arbeitshilfe Naturschutz und Windkraft“ des Niedersächsischen Landkreistags (also Ihres Verbandes!) oder an dem aktuell in Vorbereitung befindlichen Windkrafterlass des niedersächsischen Umweltministeriums zu orientieren.
P065		P65.15	SO 31	4. Die erheblichen Betriebsgeräusche, Infraschalleinflüsse und Schlagschattendauern durch Windenergieanlagen auf unser Haus bei so geringen Entfernungen , wie im Entwurf vorgeschlagen, sind nicht zumutbar und nicht hinzunehmen. Sie werden infolge bestehender Schutzvorschriften zu umfangreichen, tages- und nachzeitlichen Abschaltungen der Anlagen führen müssen, was wiederum deren Wirtschaftlichkeit in Frage stellt.
P065		P65.16	SO 31	Hauptbetroffene Anlieger bezüglich des Schattenwurfs wären die Grundstücke Großes Wegfährels 10, 12, 15 und 17 sowie Zehntwege 1-3 im Westen des Plangebiets und der Straßenzug Niederkögt-Süd in dessen Osten. Alle Genannten beabsichtigen, die Einhaltung der maximal hinzunehmenden Betriebszeiten durchzusetzen.
P065		P65.17	SO 31	Die gesundheitlichen Gefährdungen durch die o.g. Einflüsse sind inzwischen weitgehend bekannt und wissenschaftlich belegt. Auch sie machen das Kriterium eines 500 m –Mindestabstands zu sonstigen wohnbaulichen Nutzungen unmöglich und werden im RROP unzureichend gewürdigt.
P065		P65.18	SO 31	5. Mit einer Baugenehmigung des Landkreises Cuxhaven haben wir in den Jahren 2006/07 eine erhebliche Geldsumme in den Neubau des seit 1992 in unserem Eigentum befindlichen Wohnhauses investiert und dieses als in Kürze ersten Wohnsitz hergerichtet. Die vorgeschlagene Windenergiefläche in unzumutbarer Nähe macht einen Verbleib so unattraktiv und gesundheitlich bedenklich, dass wir einen Umzug erwägen würden.

P065		P65.19	SO 31	Da eine Veräußerung des Objekts infolge der stark belastenden Faktoren durch die Windenergieanlagen nur erheblich unter Wert möglich wäre, würden wir die entsprechende Wertminderung bei den Verursachern der eingetretenen Entwicklung (Anlagenbetreiber, Planungsbehörde, Grundeigentümer der Anlagenstandorte) geltend machen. Urteile in vergleichbaren Fällen aus anderen Regionen Deutschlands lassen entsprechende Klagen, die auch aus unserer Nachbarschaft in größerer Zahl zu erwarten sind, als durchaus erfolgversprechend erscheinen.
P065		P65.20	U, SO 31	6. Bezüglich naturschutzrechtlicher, insbesondere vogelkundlicher Belange wird die Bewertung von Bosch und Partner erheblich in Frage gestellt, die sowohl im Plangebiet als auch im Umfeld außer möglicherweise dem Weißstorch keine windenergieempfindlichen Vogelarten feststellt. In der Realität sind sowohl im Plangebiet als auch im Umfeld seltene, bedrohte und geschützte Vogelarten wie Kiebitz, Bekassine, Eisvogel Rohrweihe, u.a. regelmäßig zu beobachten.
P065		P65.21	U, SO 31	Gerade ein wie eine Enklave mitten im Plangebiet liegendes, größeres Waldgebiet (von Bosch und Partner vermutlich wegen des eingehaltenen 100m-Waldabstands nicht erwähnt und „wegdefiniert“) und die umliegenden, verbliebenen Weiden sind Aufenthaltsort, möglicherweise auch Brutstätte solcher und anderer Vogelarten.
P065		P65.22	U, SO 31	Dies ist vor dem Inkrafttreten des RROP und nicht, wie von Bosch und Partner vorgeschlagen, erst „auf der nachgelagerten Planungs- bzw. Zulassungsebene“ näher zu prüfen.
P065		P65.23	U, SO 31	Für weitere Details zu vogelkundlichen Aspekten verweisen wir auf die Ausführungen in der Stellungnahme von P47 und schließen uns dieser an.
P065		P65.35	SO 31	Wir bitten um Berücksichtigung der dargestellten Einwände und folgerichtig um erneute Herausnahme des Flächenvorschlags Osten-Isensee für ein Vorranggebiet Windenergienutzung aus dem Entwurf des RROP. Wir möchten – nicht als „Drohgebärde“, sondern zu Ihrer Information hinsichtlich des erforderlichen Zeitfaktors – darauf hinweisen, dass wir anderenfalls beabsichtigen, rechtliche Schritte gegen die Planungsbehörde einzuleiten und ggf. bis zu höchstgerichtlichen Instanzen zu verfolgen.
P066		P66.01	SO 31	Siehe Stellungnahme P29.01
P066		P66.02	SO 31	Siehe Stellungnahme P29.02

P066		P66.03	SO 31	Die Nähe zur Windindustrie führt für unser Haus zu einer erheblichen Wertminderung bis hin zur Unverkäuflichkeit. Wir befürchten, dass unser Haus, welches auch ein Teil unserer Alterssicherung ist, im Falle der Errichtung des Windparks erheblich an Wert verliert.
P066		P66.04	SO 31	Siehe Stellungnahme P29.08
P066		P66.05	SO 31	Wir fordern die Kreisverwaltung und den Kreistag auf den Bürgerwillen der Gemeinde Osten (siehe 1.800 Unterschriften in 3 Gemeinden im Jahre 2009 und der Bürgerbefragung von 2010) zu übernehmen und die o. g. Vorrangfläche für Windenergie aus dem Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms zu streichen.
P066		P66.06	SO 31	Die Errichtung eines Windparks in Osten-Isensee gefährdet die Auszeichnung der Schwebefähre zum Weltkulturerbe. Diese bedeutsame Auszeichnung gilt es im Interesse des gesamten Landkreises zu erreichen. Darum erheben wir gegen diese Planung, als Bürger Einspruch!
P067	A	P67/A.01	SO 2	Gegen die Ausweisung einer Windparkfläche in der Gemarkung Bederkesa-Alfstedt als Vorranggebiet machen wir Einwände geltend und lehnen die Ausweisung ab. Begründung Dem Anliegen einiger Vereine in Bad Bederkesa den bereits bei der ersten Auslegung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2004 genannte Windpark abzulehnen haben sich rd. 1.300 Personen angeschlossen. Sie alle sind getragen von der festen Überzeugung, dass ein Windpark der geplanten Art in unmittelbarer Nähe des Kurortes Bad Bederkesa nicht aufgestellt werden darf, weil er die Lebensgrundlage der Bevölkerung Bad Bederkesas in hohem Maße gefährdet.
P067	A	P67/A.02	SO 2	Diese Lebensgrundlage ist die Erholungslandschaft für Naherholungssuchende und Urlauber. Diese Landschaft ist ein wesentliches Standbein für das Wohlergehen der heimischen Wirtschaft, sichert viele Arbeitsplätze und ist deshalb in besonderem Maße schützenswert.
P067	A	P67/A.03	SO 2	Nicht von ungefähr ist Bad Bederkesa als Zentraler Ort mit den Funktionen W/A/E/T (Wohnen, Arbeit, Erholung, Tourismus) im Regionalen Raumordnungsprogramm 2012 ausgezeichnet.

P067	A	P67/A.04	SO 2	<p><u>Baurechtliche wirtschaftliche Privilegierung der Windkraftanlagen contra Schutzwürdigkeit der Landschaft</u></p> <p>Windkraftanlagen dürfen im Außenbereich errichtet werden, wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen. Die Nutzung dieser Privilegierung ist vor allem deshalb attraktiv, weil die Subventionierung der Anlagen und das durch das EEG garantierte Recht der Einspeisung zu weit über den Marktpreis liegenden Preisen führt. Die Privilegierung stößt jedoch dann auf Grenzen im geltenden Recht, wenn eine Landschafts- und Naturhaushaltszerstörung durch Nah- und Fernwirkung der Anlagen zu erwarten ist.</p>
P067	A	P67/A.05	SO 2	<p>Es geht also nicht nur um Geräusch und Lichtemissionen im näheren Umfeld allein, sondern auch um die Frage, ob die Privilegierung gem. § 35 Abs. 1 Nr. 6 BauGB, auch die Fernwirkung der Anlagen umfasst. Dies ist nicht der Fall, Rücksicht ist zu nehmen auf Landschaftspläne und auf das Gebot der Vermeidung und des Ausgleichs von Eingriffen in Natur und Landschaft (§ 1 Abs. 6, § 1a BauGB).</p>
P067	A	P67/A.06	SO 2	<p>Wohl auch aus diesem Grund hat das Niedersächsische Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in seinen Empfehlungen an die Träger der Regionalplanung vom 26.01.2004 auf S. 1 aufgeführt „... bestehende oder geplante Nutzungen vor Beeinträchtigungen, die von WKA ausgehen können, zu schützen. Hierzu zählen insbesondere Auswirkungen ... auf Erholungsfunktionen, z. B. durch Beeinträchtigung des Landschaftsbildes“.</p>
P067	A	P67/A.07	SO 2	<p>Die besondere Gewichtung der Windenergienutzung, die der Gesetzgeber durch den Privilegierungstatbestand des § 35 Abs. 3 BauGB geschaffen hat, „... zwingt nicht dazu jede Fläche, die grundsätzlich für die Windenergienutzung geeignet erscheint, als Vorrang- oder Eignungsgebiet festzulegen (Vgl. Empf. S. 2).</p>
P067	A	P67/A.08	SO 2	<p>Im RROP ist Bad Bederkesa Zentraler Ort mit der Vorrangfunktion „Erholung“ und „Tourismus“.</p>
P067	A	P67/A.09	SO 2	<p>Der Verschönerungsverein Bederkesa von 1896 e.V. ist daher entschieden der Auffassung, dass zu den öffentlichen Belangen, neben den im RROP dargestellten, auch „die natürliche, der Erholung dienende, und die nicht verunstaltete Landschaft“ (§35 Abs. 3 BauGB) gehört. Siehe auch LROP (Entwurf 2014)</p>

P067	A	P67/A.10	SO 2	Des Weiteren ist ein Eingriff in die Landschaft unzulässig, wenn die Beeinträchtigungen nicht zu vermeiden oder nicht kompensierbar sind (§ 15 Abs. 5 BNatSchG). Den hier geplanten Vorhaben, die das Landschaftsbild in drastischem Maße beeinträchtigen, stehen also landschafts- und naturschützende Normen entgegen
P067	A	P67/A.11	SO 2	Denn eigentlich ist ein Windpark grundsätzlich mit den Zielen des Naturschutzes nicht vereinbar. Das Bundesnaturschutzgesetz bestimmt diese Ziele in den §§ 1 und 2, das Landesnaturschutzgesetz regelt die behördliche Durchführung in den §§ 1 und 2. Insbesondere wird der Schutz, die Pflege und Entwicklung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, sowie die Erhaltung seiner Vielfalt und Eigenart auch im Hinblick auf die Verantwortung für künftige Generationen gefordert.
P067	A	P67/A.12	SO 2	Der ausgewiesene Windpark „Bederkesa-Alfstedt“ mit seinen Windkraftanlagen mit Höhen von 200m verstößt gegen diese Bestimmungen.
P067	A	P67/A.13	SO 2	Es wäre schon vom Landkreis Cuxhaven bei der 1. Ausweisung als Vorranggebiet zu prüfen gewesen, ob die Folgen des Eingriffs in die Landschaft vermeidbar sind. Ein Eingriff im Sinne des § 14 Abs. 1 BNatSchG ist in diesem Fall anzunehmen, da es sich um ein neues Vorranggebiet handelt und die Landschaft als Erholungslandschaft bisher keine Windkraftanlagen aufweist.
P067	A	P67/A.14	SO 2	Im Hinblick auf die vorhandene Landschaft am Standort, ist die Fernwirkung verheerend. (Seeblick und Seerundweg, Ausblick von der Mühle).
P067	A	P67/A.15	SO 2	Die Beeinträchtigung ist zudem in diesem Fall bei Durchführung der Vorhaben nicht vermeidbar. Die dann geforderten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind ebenfalls als Kompensation nicht möglich, da diese Maßnahmen „ohne Preisgabe wesentlicher Landschaftselemente das optische Beziehungsgefüge in dem betroffenen Landschaftsraum“ nicht fortführen können. (Quambusch, S. 638, Baurecht 2003) Die Kompensation in Geld hilft weder der Landschaft noch den Bürgern.
P067	A	P67/A.16	SO 2	Mithin gilt das Abwägungsgebot, ob die Belange und Interessen, ein solches Gebiet auszuweisen und damit z.B. der PNE Wind AG den Bau eines solchen überdimensionierten Windparks zu ermöglichen, ein größeres Gewicht haben, als das Interesse eines Kurortes an einer intakten Landschaft.

P067	A	P67/A.17	SO 2	Wir fordern insoweit, dass das RROP bei der Ausweisung des Vorranggebietes alle in Betracht kommenden Belange berücksichtigt und bei der Abwägung von rechtlich und vor Ort zu treffenden Annahmen ausgeht.
P067	A	P67/A.18	SO 2	Der Kreis ist u. E. gebunden, der Landschaftspflege aber auch den Funktionen des Zentralen Ortes besonderes Gewicht beizumessen und beabsichtigte Eingriffe zu minimieren. Davon kann nach dem jetzt vorliegenden Entwurf nicht ausgegangen werden.
P067	A	P67/A.19	U, SO 2	Die vom Landkreis selbst festgelegte Funktion „Erholung“ und „Tourismus“ macht es erforderlich, auch in diesem Planungsstadium im Umweltbericht die landespflegerischen Belange und die Raumordnungsfunktionen abzuwägen und nicht erst dann, wenn durch Ausweisung des Vorranggebietes quasi Baurecht geschaffen ist. Der Konflikt ist inzwischen wissenschaftlich bewiesen und muss daher auch bei einer Teilfortschreibung berücksichtigt werden.
P067	A	P67/A.20	SO 2	Die einfache Abgrenzung nach Abstandswerten 500 m oder 1000 m zur Wohnbebauung ist unzureichend. Ebenso die Pufferzonen von nur 100 oder 200 m.
P067	A	P67/A.21	SO 2	Welche Kriterien sind unvoreingenommen abzuwägen? 1.- Windenergie und wirtschaftliche Aspekte 2.- Kriterien der schutzwürdigen Landschaft und Natur 3.- Ungestörte Landschaft als kulturelles und menschliches Anliegen 4.- Art. 20a GG 5.- Prinzip der Verhältnismäßigkeit

P067	A	P67/A.22	SO 2	<p>1. Wird durch die Genehmigung von Windparks eine Erholungslandschaft in einem Maße beeinträchtigt, dass hierin ein Eingriff in den Bestand eingerichteter und ausgeübter Fremdenverkehrsbetriebe zu sehen ist, so ist auch hier der Gesichtspunkt privater Belange berührt. Die SG Bederkesa verfügt über 2246 Betten inkl. Camping- und Bootslichegeplätze und weist rd. 324.000 Übernachtungen auf, davon 72.000 in Bad Bederkesa selbst. Hinzu kommen die gastronomischen Betriebe mit teils überregionaler Bedeutung. Wesentliche Teile des Einzelhandels sind indirekt betroffen. Wir schätzen den Umsatz nur der Gäste auf über 20 Mio. € p.a. Investitionen mit öffentlichen Mitteln in Radwege, Moortherme, innerörtlichen Straßenausbau und Ausbau Seerundweg Bootstege kennzeichnen die wirtschaftliche Abhängigkeit der im übrigen strukturschwachen Region. Auch die Bemühungen den Status „Bad“ zu erhalten durch Investitionen in den Kurpark machen dies deutlich. Diese Belange sind um so schützenswerter, als neuere Untersuchungen die negativen Auswirkungen für den Tourismus belegen. (Kieler Institut für Tourismus und Bäderforschung , NIT)</p>
P067	A	P67/A.23	SO 2	<p>Der pure Beschluss des Kreistages, wegen des hohen Waldanteils könnten sogar die Abstände zwischen den Parks verkürzt werden, ist bei der Überarbeitung in Frage zu stellen, insofern steht bei der 5 km Abstandsempfehlung des Landes Niedersachsen der Standort insgesamt in Frage. Der Beschluss des Kreistages ist nicht rechtssicher. Dies ist auch dem Landkreis bewußt !</p>
P067	A	P67/A.24	SO 2	<p>2. Der Begriff schützenswerte Landschaft ist sicherlich schwer fassbar. Wenn aber, wie im Fall Bederkesa-Alfstedt, Gemeinderäte 2004 noch einstimmig, Vertreter der Vereine, Gastronomie, Fremdenverkehrsvereine sowie bisher über 1.300 Bürger in Bederkesa und Alfstedt die Landschaft vor Ort als schutzwürdig empfinden, und durch solche Eingriffe gefährdet sehen, so ist die Wahrnehmung hinreichend objektiv. An der schützenswerten Landschaft hat sich nichts geändert, ausschließlich an der Interessenslage einzelner.</p>
P067	A	P67/A.25	SO 2	<p>Es sei hier noch einmal auf die Begründung der Ablehnung dieses Standortes 2004 durch den Flecken Bederkesa und die Samtgemeinde hingewiesen.</p>

P067	A	P67/A.26	SO 2	Hinzu kommt, dass bei der vom Flecken Bederkesa durchgeführten Bürgerbefragung zum RROP 2012 73 % und damit die große Mehrheit der Bevölkerung gegen die Ausweisung des Standortes votiert haben. Das Votum der Bürger in dieser Eindeutigkeit sollte auch ein Landkreis nicht einfach ignorieren.
P067	A	P67/A.27	SO 2	3. Die Natur als funktionsfähiger Lebensraum für Tiere und Pflanzen ist ein unwiederbringliches Schutzgut angesichts des überwiegend durch menschliche Einflüsse bedingten Artenrückgangs. Folglich kann es nur um die Frage gehen, inwieweit diese Landschaft um Bad Bederkesa und seinen See und Höhenrücken diese Eingriffe verträgt. Genetisch hat der Mensch eine Präferenz für Landschaften, in denen Baumgruppen und freie Flächen abwechseln. 200 m hohe Türme mit beleuchteten Rotoren entsprechen nicht seinem Wohlempfinden, insbesondere dann nicht, wenn die ungestörte Landschaft, wie in Bederkesa, eine Funktion hat, den Menschen Entlastung und Erholung zu vermitteln. Dies wird auch in der Begründung der Planungsgruppe Grün zum F-Planentwurf eingeräumt. „Die Eingriffe sind gravierend“
P067	A	P67/A.28	SO 2	Die Wirkungen der Industrialisierung, ihre Ballung und die Belastung durch Lärm und Straßenverkehr sollen ja gerade gemildert werden. Folglich muss eine Landschaft zu dieser Erholung beitragen. Nicht von ungefähr wird diese Bedeutung in der Naturschutzgesetzgebung hervorgehoben (§ 59 BNat SchG. Aber auch LRP 2014 Entwurf.)
P067	A	P67/A.29	U, SO 2	Unzureichend ist erneut eine Darstellung der Beeinträchtigung des geplanten Windparks auf den Naturhaushalt der speziell in diesem Gebiet vorkommenden Lebensräume. Die von PNE Wind in Auftrag gegebenen Untersuchungen sind fehlerhaft und daher untauglich. Es fehlen bei der Erfassung von Tier- und Pflanzenarten, insbesondere solche, die nach ‚Roten Listen‘ im Bestand bedroht sind.
P067	A	P67/A.30	U, SO 2	Auf den Seeadler und die Sumpfohreule wurde bereits frühzeitig hingewiesen, ohne dass dies berücksichtigt wurde.
P067	A	P67/A.31	U, SO 2	Die Existenz eines brütenden Seeadlerpaares und seiner Flugrouten zu den Nahrungshabitaten kann nun niemand ernsthaft in Frage stellen. Sie sind daher bei der Fortschreibung zu berücksichtigen.

P067	A	P67/A.32	U, SO 2	Nach unserer Kenntnis grenzen naturnahes Feuchtgrünland, kleinflächig ausgeprägter Moorbirken- Bruchwald und Moorheidereste an den mit Wallhecken durchzogenen, reliefierten Planungsraum an oder ragen dort hinein. Eine Schutzwürdigkeit nach § 30, Ziff. 3 u. 4 BNatG ist hier im Einzelfall gegeben. Einige geschützte Wallhecken sind schlicht nicht aufgeführt.
P067	A	P67/A.33	U, SO 2	Wir kennen unsere Gemarkung und halten die avifaunistischen Ergebnisse für fehlerhaft. Dies ist dem Landkreis bekannt.
P067	A	P67/A.34	U, SO 2	Brutvögel: Seeadler (seit 2006 brütend im Raum Alfstedt-Kührstedt) Weißstorch (mehrere Bruten in umliegenden Dörfern) Graugans (umliegende Seen und Geeste-Niederung) Kranich (mehrere Bruten in umliegenden Mooren und Feuchtgebieten) Waldohreule (Fichtenwald im Planungsgebiet) Sumpfohreule (2010/11 auf Moorheidefläche brütend) Rebhuhn ,mehrere Kiebitzpaare
P067	A	P67/A.35	U, SO 2	Rastvögel: See-, Fischadler, Kranich (NO – SW – Zugroute) Grau-, Bläss-, Saat- und Nonnengans Höcker- Sing- und Zwergschwan (Wintergäste) Rotmilan, Korn- und Wiesenweihe Waldschnepfen, Bekassine
P067	A	P67/A.36	U, SO 2	Singvögel: Feldlerche, Neuntöter, Braunkehlchen, gelegentlich auch Raubwürger und Grauammer
P067	A	P67/A.37	U, SO 2	Alle Fledermausarten stehen unter besonderem Schutz . Viele Arten leben in diesem Bereich (vgl auch regionalplan und uvp) allein 10 der in Niedersachsen vorkommenden Arten.
P067	A	P67/A.38	U, SO 2	Auch die im Kührstedterholz vorhandene Abendseglerkolonie wurde nicht berücksichtigt obwohl dem Landkreis bekannt.
P067	A	P67/A.39	U, SO 2	Nicht nur die heimischen Arten werden aus ihrem Lebensraum vertrieben, sondern auch von und in ihre Winterquartiere in südliche Breiten durchziehende Arten werden durch die WEA besonders gefährdet (aus Gutachten von Meyer und Rahmel GbR-2006).

P067	A	P67/A.40	SO 2	4. Nach Art. 20a GG hat der Staat die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen. Damit gibt die Verfassung eine Wertentscheidung vor, die bei der Anwendung des Rechts zu beachten ist. Es ist unstreitig, dass die Wertentscheidung ein allgemeines Verschlechterungsverbot beinhaltet. Die Verfassung verlangt also, das Landschaftsbild gem. § 35 Abs. 3 Nr. 5 BauGB und §14 Abs. 1 BNatSchG zu schützen, soweit es als Ressource Erholungs- und Ruheraum anerkannt ist.
P067	A	P67/A.41	SO 2	Ohnehin darf ein Eingriff nach § 15 Abs. 5 BNatSchG nicht zugelassen werden, wenn die Beeinträchtigung nicht zuzumuten ist, was hier zutrifft.
P067	A	P67/A.42	SO 2	Der pure Umstand, dass Bederkesa in den letzten Jahren zum BAD und KURORT entwickelt wurde, lässt an dieser Ressource Landschaft als Erholungsraum keinen Zweifel zu. Die Landschaftsbildzerstörung lässt sich im Fall Bederkesa keinesfalls durch eine 3 km Betrachtung bewerten. Hier sind 10 km erforderlich.
P067	A	P67/A.43	SO 2	Es ist ein leichtes dies vor Ort nachzuvollziehen, da vom Standort der denkmalsgeschützten und als beleuchteter Landmarkpoint markanten Mühle bereits jetzt alle 5 Windparks der Samtgemeinde teils wegen ihrer Höhe und Beleuchtung landschaftszerstörend wirksam sind. Ein weiterer Standort nun noch die Mühle überragender Standort ist unzumutbar und wie dargelegt auch nicht im öffentlichen Interesse.
P067	A	P67/A.44	SO 2	5. Das Prinzip der Verhältnismäßigkeit Nun wird methodisch versucht, das Störpotential der Windkraftanlage durch Entfernungsmaßstäbe, die jedoch nur Empfehlungen sind, zu relativieren. Abstände von 100, 500 oder 1000 m schließen nicht aus, dass die Anlagen zum Bestandteil einer Landschaftsverfremdung werden. (Höhenrücken, Mühle, Kirche, See) Insofern sind nach Entfernungsmetern formulierte, standardisierte Abstandsregelungen nicht nachvollziehbar und geeignet. Hinzu kommt, dass in diesem Fall die eigenen Vorgaben nicht eingehalten wurden. (Wald)
P067	A	P67/A.45	U, SO 2	Methodisch fraglich ist auch das visuelle Empfindlichkeitsprüfverfahren, hier ist ein 10km Radius zu bewerten .
P067	A	P67/A.46	U, SO 2	Wie kann eine Planung erneut einbezogen werden, die 2004 aus den hier aufgeführten Gründen abgelehnt wurde? (vgl Stellungnahme des Fleckens und der Samtgemeinde)

P067	A	P67/A.47	U, SO 2	Je mehr der Tourist und Naherholungssuchende unsere hier typische Landschaft sucht, umso stärker werden die Störpotentiale erlebt. Also auch Riesenanlagen in 1 – 3 km Entfernung beeinträchtigen das Erlebnis einer unversehrten Landschaft.
P067	A	P67/A.48	U, SO 2	Hinzu kommt in Bederkesa, dass der südwestliche Höhenrücken (eiszeitliche Stauchmoräne) durch Baugebiete jüngerer Zeit erschlossen ist und noch wird. In der Literatur ist vielfältig ein Wertverlust der Immobilien in der Nähe von sichtbaren Windkraftanlagen nachgewiesen worden; die Gutachterschätzungen liegen bei 30 %. Dies bedeutet, bezogen auf rd. 100 betroffene neue Einfamilienhäuser, einen Wertverlust von 7,5 Mio. Euro,(und betroffen sind weit mehr).
P067	A	P67/A.49	U, SO 2	Auch das Argument, die vorhandene Landschaftsrahmenplanung stünde einer Ausweisung als Vorranggebiet nicht im Wege , ist nur dann gültig, wenn sie die Gegebenheit vor Ort, vor dem Hintergrund des Vorhabens, ausreichend beleuchtet. Dies ist aber dann nicht der Fall, wenn die gravierende Wirkung des Eingriffs in die Landschaft durch die Aufstellung der WEA in seiner Fernwirkung nicht beurteilt wird.
P067	A	P67/A.50	U, SO 2	Mit dem Beispiel Wittgeeste ist dies nun jedoch vor Ort möglich. Diese Windfarm zeigt nun deutlich die Fernwirkung auf Bad Bederkesa und den See, der nun auch von der anderen Seite in kürzerer Entfernung zusätzlich belastet werden soll.
P067	A	P67/A.51	U, SO 2	Nach den uns vorliegenden Informationen hat die Firma PNE Wind AG Cuxhaven für neue oder bereits einmal abgelehnte Vorranggebiete Verträge mit den Landbesitzern geschlossen. Diese Verträge sind in mehrfacher Hinsicht geeignet, weitere zunächst nicht bauplanungsrelevante Fragen aufzuwerfen.
P067	A	P67/A.52	U, SO 2	So ist offensichtlich die Frage des „Transportes“ der erzeugten Energie völlig ungeklärt, zumal die EWE auf einer Sitzung vor Kommunalvertretern im Waldschlösschen Bad Bederkesa erläutert hat, dass die erforderlichen Kapazitäten nicht zur Verfügung stehen. Eine Erdverkabelung sei völlig unwirtschaftlich und koste 20 x soviel wie Hochspannungsleitungen (Nordwestzeitung 25.02.04). Es ist daher vorab zu prüfen, ob und wie der Energietransport von neuen Standorten gewährleistet und zu regeln ist. Neue Hochspannungsleitungen sind nicht ausgewiesen.

P067	A	P67/A.53	U, SO 2	Zwar wird darauf hingewiesen, dass nach Ablauf ein kompletter Rückbau auch der Fundamente zu erfolgen hat, dies ist aber wohl ziemlich unrealistisch (vgl Aussage Leonhard) denn nach wie vor wird in den Verträgen mit den Grundeigentümern unterstellt, dass z.B. die Pfähle im Boden verbleiben können. Ein kompletter Rückbau ist daher durchsetzbar sicherzustellen.
P067	A	P67/A.54	U, SO 2	<u>Zusammenfassend bleibt festzuhalten:</u> 1. Der Ausweisung des Vorranggebietes Windenergie im Raum der Gemarkung Bad Bederkesa und angrenzend stehen die eigenen Ziele des RROP 2012 entgegen.
P067	A	P67/A.55	U, SO 2	2. Auch § 35 BauGB in seiner ausführlich dargelegten Einschränkung einer Privilegierung ist nicht hinreichend geeignet, das Vorranggebiet im RROP auszuweisen und damit Rechtsansprüche der Betreiber und Grundstückseigner abzuleiten.
P067	A	P67/A.56	U, SO 2	3. Bei der geforderten Abwägung haben Landschaft und Natur für einen Kurort Bad Bederkesa Vorrang vor den Interessen der Windenergieerzeugung, da dies auch an anderer Stelle der Gemeinde möglich ist und in der Planausweisung und Realisierung ja auch geschieht. (Köhlen, Wittgeeste, Flögeln, Ringstedt.)
P067	A	P67/A.57	U, SO 2	4. Das Gemeinwohl und die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung sowie die Belange des Tourismus und der Naherholung sind bei der Prüfung der Verhältnismäßigkeit zu berücksichtigen und schließen das Vorhaben in der geplanten Dimension an dem vorgesehenen Standort aus.
P067	A	P67/A.58	U, SO 2	5. Wegen der Sensibilität des Standortes ist schon auf der Ebene der Regionalen Raumordnung abzuwägen, soweit Fakten bekannt sind , die einer Ausweisung entgegenstehen. Landschaftsbild des Höhenrückens und des Sees, Denkmalsschutz der Mühle, streng geschütztes Seeadlerbrutpaar müssen einer Ausweisung entgegenstehen. Wenn weiche Kriterien so eindeutig sind , kann der Standort kein Vorranggebiet sein.
P067	A	P67/A.59	U, SO 2	6. Das Naturschutzamt des Landkreises hat zu den bei der Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms „verschobenen“ Einwänden („erfolgt im Rahmen der Bauleitplanung“) rechtlich nachprüfbar, Stellung zu beziehen, bzw. diese Einwände nunmehr bei der Überarbeitung zu beachten.

P067	A	P67/A.60	U, SO 02	<p>Das Brutpaar der Seeadler ist nun ausreichend dokumentiert und es ist nachweisbar, dass während der Aufzuchtzeit der Jungen die Nahrungsrouten zu den nördlichen Seen durch das Gebiet des Windparks Bederkesa Alfstedt führen. Sowohl der Adlerbeauftragte Herr Göhrke, als auch der Adlerbeauftragte des Landkreises Herr Cordsmeyer haben das beweisenbar dargelegt. Die Ergebnisse der dem Landkreis vorliegenden Beobachtungen während der Aufzucht 2013 sind eindeutig. Diese Ergebnisse wurden von der staatlichen Vogelschutzwarte Hannover als belastbar bezeichnet. Die Qualität dieser Sichtungungen wurde vom VV auch in diesem Jahr wieder belegt, denn im Gegensatz zu Bios sind Brutabbruch und Neuverpaarung von den Mitgliedern des VV im März/April 2014 dokumentiert worden. Die Ergebnisse liegen ebenfalls dem Kreis vor. Die Mutmaßungen in BIOS Zwischenbericht sind schlicht unzulässig und durch Fakten widerlegt.</p>
P067	A	P67/A.61	SO 2	<p>Der VV Bad Bederkesa lehnt den Windenergiestandort Bad Bederkesa-Alfstedt nachdrücklich ab und bittet auf seine Ausweisung aus den dargelegten Gründen zu verzichten.</p>
P067	B	P67/B.01	U, SO 2	<p>Zu der im Umweltbericht(bosch & partner) Teil C aufgeführten Tabelle zum Standort Bederkesa/ Alfstedt machen wir Einwände geltend. Diese Tabelle ist teils interpretationsbedürftig und weist u. E. eine Reihe von Fehlern auf. Sie ist schon deshalb kaum zu interpretieren, da nicht klar ist, wie das Umfeld definiert ist. Offensichtlich gehen die Planer von verschiedenen Umfelddefinitionen aus.</p>
P067	B	P67/B.02	U, SO 2	<p>Zu 1 Allgemeine Informationen 1.4 Der Regionalplan weist das Gebiet bisher unter anderem als Vorranggebiet für Natur und Landschaft aus. Laut 1.5 nun nur noch als Vorranggebiet für Windkraft. Sind damit die anderen Vorrangfunktionen entfallen? Was ist die Begründung dafür? Die bisherigen Funktionen können nicht ohne Abwägung und Änderung des RROP 2012 entfallen.</p>

P067	B	P67/B.03	U, SO 2	<p>Zu 2. Ermittlung und Bewertung der Umweltauswirkungen</p> <p>2.26 windenergieempfindliche Vogelarten</p> <p>Die Existenz windenergieempfindlicher Vogelarten wird bestätigt. Insbesondere das verfahrenskritische Vorkommen des planungsrelevanten Seeadlerrevierpaares ist hinreichend belegt. Sowohl die Untersuchungen dieses Ausschusses des Verschönerungsvereins, der Adlerschutzbeauftragten des Landes und des Landkreises Cuxhaven während der vergangenen Brutperioden belegen die Gefährdung der Nahrungsrouten während der Aufzuchtphase der Jungadler.</p>
P067	B	P67/B.04	U, SO 2	<p>Es ist bereits auf der Ebene des Regionalplans sinnvoll die Artenschutzbelange zu berücksichtigen, wenn... keine artenschutzrechtlichen Ausnahmen nach § 45 Abs.7 BNatSchG erteilt werden kann. (LROP 2014)</p>
P067	B	P67/B.05	U, SO 2	<p>Die immer wieder geforderten neuen Gutachten ändern nichts an der Existenz und Gefährdung des örtlichen Revierpaares. Dies ist der Naturschutzbehörde belegbar bekannt und sollte dazu führen dieses „Eignungsgebiet“ als ungeeignet auszuschließen.</p>
P067	B	P67/B.06	U, SO 2	<p>2.29 Vorranggebiet für Natur und Landschaft weder im Plangebiet noch im Umfeld erhalten.</p> <p>Diese Aussage ist falsch.</p>
P067	B	P67/B.07	U, SO 2	<p>2.30 Waldflächen > 1 ha weder im Plangebiet noch im Umfeld vertreten</p> <p>Diese Aussage ist falsch. Allein das Pastorenmoor als Wald vom Plangebiet umschlossen ist 13 ha groß.</p>
P067	B	P67/B.08	U, SO 2	<p>Hinzu kommen Drangstedter Wald, Kührstedter Holz und Waldstücke in Alfstedt und Jungs Tannen jeweils nur 100m entfernt.</p>
P067	B	P67/B.09	U, SO 2	<p>Die Umweltauswirkungen sind gravierend und schon auf der Regionalplanebene zu berücksichtigen. Mindestens eine Kipphöhe einer Anlage ist als Abstand zum Wald zu berücksichtigen.</p>
P067	B	P67/B.10	U, SO 2	<p>2:31 Geschützte Biotop nicht vorhanden</p> <p>Diese Aussage ist falsch. Im Pastorenmoor befindet sich ein geschütztes Biotop.</p>

P067	B	P67/B.11	U, SO 2	2.41 Landschaftsbild. Hier ist die Betroffenheit für ein Landschaftsbild mit mittlerer Bedeutung konzipiert, aber im Umfeld steht ein -- . Das ist ebenfalls so nicht akzeptabel, da gerade das Umfeld des Standortes Bad Bederkesa ein Landschaftsbild mit höchster Bedeutung aufweist. Naturschutzgebiete der Fleckenschölzer, See und FHH Gebiet Holzrurburgerwald.
P067	B	P67/B.12	U, SO 2	Die Landschaftsbildauswirkungen eines Windparks mit Höhen von 200m sind gerade an diesem Standort sehr gravierend und auf der Regionalplanebene zu berücksichtigen.
P067	B	P67/B.13	U, SO 2	2.42 Kultur und sonstige Sachgüter. Im Umfeld vorhanden ist ,anders als aufgeführt, die auch nachts angestrahlte Windmühle ein Denkmal und dieses Denkmal wird beschädigt durch die räumliche Nähe der 200m hohen WKA.
P067	B	P67/B.14	U, SO 2	Die Mühle ist zudem ein Landmark für den gesamten Seerundweg.
P067	B	P67/B.15	U, SO 2	Zu 3. Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung 3.2 Gründe für die Wahl des geprüften Bereichs, Alternativen Die Methode der Auswahl ist bekannt. Damit ist jedoch nicht sichergestellt, dass konfliktarme Räume ermittelt wurden. Das Beispiel Bederkesa/Alfstedt beweist in eklatanter Weise das Gegenteil. Der Raum ist gerade nicht konfliktarm.
P067	B	P67/B.16	U, SO 2	Die Konflikte bestehen 1. hinsichtlich des Zieles „Erhalt des Erholungswertes der Landschaft“ (LROP Ziele Abs 07) Bad Bederkesa ist als Zentraler Ort für Erholung und Freizeit ausgewiesen.
P067	B	P67/B.17	U, SO 2	2. Denkmalschutz . Denkmalsgeschützte Mühle auf dem Höhenrücken.
P067	B	P67/B.18	U, SO 2	3. Landschaftsbild. Landschaftsbildzerstörung wertvoller Gebiete der landschaftsbezogenen Erholung
P067	B	P67/B.19	U, SO 2	3.4 Umweltprüfung auf nachfolgenden Planungsebenen Die Umweltauswirkungen der Schutzgüter gemäß § 9 Abs.1 ROG müssen dann nicht auf den nachgeordneten Planungsebenen konkretisiert werden, wenn bereits auf der Regionalplanungsebene klar ist, dass der Standort nicht „geeignet“ sondern ungeeignet ist, weil z.B. die Erholungslandschaft zerstört wird oder artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen nach § 45 Abs 7 BNatSchG nicht erteilt werden können.

P067	B	P67/B.20	U, SO 2	Die dem Ort Bad Bederkesa zugewiesenen Funktionen Erholung und Tourismus stehen dem entgegen und das ist bereits bei der Aufstellung des Regionalplanes hinreichend bekannt.
P067	B	P67/B.21	U, SO 2	Eine Berücksichtigung auf dieser Ebene spart erhebliche Kosten bei den potentiellen Developern der Windparks und der öffentlichen Hand. (Vgl auch die Ausführungen des BUND zu dieser Auslegung)
P067	B	P67/B.22	U, SO 2	Der Verschönerungsverein ist daher der Auffassung, dass der Umweltbericht keineswegs geeignet ist, den Standort Bederkesa /Alfstedt als Eignungsgebiet für Windkraft auszuweisen.
P068		P68.01	SO 32	Unsere Häuser befinden sich in X (Adresse im Zuge der Veröffentlichung anonymisiert). Sie sind zu der WEA11 nur 456m entfernt und die Geräusche sind zeitweise sehr laut. Hiermit möchten wir gegen eine neue Genehmigung oder eine Erweiterung des Windparks Osterbruch unsere Einwende erheben:
P068		P68.02	SO 32	- Abstände zum Ort u. Einzelbebauungen werden nicht eingehalten.
P068		P68.03	SO 32	- Bei Repowering des Windparks Osterbruch wollen die Betreiber höhere Windkraftanlagen von ca.190m aufbauen, die das Ortsbild und die Umgebung stark beeinträchtigen.
P068		P68.04	SO 32	- Für diese Höhen sind Blinkfeuer einzurichten, die in der Nacht störend auf die Bewohner einwirken.
P068		P68.05	SO 32	- Laut Betreibern des Windparks sind die Anlagen bei der jetzigen Höhe (100m) nicht mehr rentabel und ein Repowering zu teuer.
P068		P68.06	SO 32	- Ortsteil Osterbruch Nubhusen ist keine Einzelbebauung sondern ein Straßenort und somit sind die Mindestabstände von 500m nicht ausreichend.
P068		P68.07	SO 32	- Zwischen Osterbruch Nubhusen und Bülkau Landmark Nord sind laut Zeichnung „Weiche Tabuzonen“. Dürfen dort Windkraftanlagen gebaut werden?
P068		P68.08	SO 32	Warum werden Menschen in Dörfern bevorzugt und Menschen die in Einzelhäusern wohnen nicht. Nach dem Grundgesetz sind wir doch alle gleich. - Grundgesetz Artikel 1 - 1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt - Grundgesetz Artikel 3 - (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich

P069		P69.01	SO 31	Siehe Stellungnahme P29.01
P069		P69.02	SO 31	Siehe Stellungnahme P29.02
P069		P69.03	SO 31	- Ein Windpark an der vorgeschlagenen Stelle in Osten-Isensee stört das typische Landschaftsbild entlang der Oste. Die Aufstellung industriell anmutender Anlagen in den bisher diskutierten Dimensionen ist ein vermeidbarer grober Einschnitt. Genau das Fehlen sämtlicher industriellen Großanlagen sollte als erhaltenswert für diese Region gelten.
P069		P69.04	SO 31	- Auf meinen Spaziergängen beobachte ich Kiebitze, Weißstörche (für die ich in Zusammenarbeit mit meinen Nachbarn 4 Nistgelegenheiten aufgestellt habe), Graureiher, verschiedene Gänse, Kormorane, Falken, Bussarde, Schwanzmeisen, Eulen und andere Vögel die ich nicht einwandfrei bestimmen kann- sowie des Nachts Fledermäuse. Dieser schützenswerte Bestand ist durch Windenergienutzung unter Umständen gefährdet.
P069		P69.05	SO 31	Trotz der intensiven Landwirtschaft im Umfeld haben sich einige Nischen herausgebildet insbesondere die Vielfalt in den kleinen unberührten und weitestgehend ungenutzten Waldstückchen im Planungsgebiet sehe ich hier als bedroht.
P069		P69.06	SO 31	Siehe Stellungnahme P29.05
P069		P69.07	SO 31	- Da es sich bei den Betreibergesellschaften nicht um Anwohnerinitiativen handelt, sondern hier ein profitables Geschäftsfeld erschlossen werden soll ist mir grundsätzlich schleierhaft warum diejenigen Hausbesitzer/-Bewohner die von den Windanlagen unmittelbar betroffen sind nicht von vornherein für die zu erwartenden Wertminderungen/ Einbußen der Wohnqualität entschädigt werden sollen. Hier scheint der Grundsatz zu gelten: Gewinne privatisieren und Nachteile/ Verluste sozialisieren.
P069		P69.08	SO 31	Ich wohne hier zur Miete und habe mir diese Gegend wegen der anderswo kaum noch zu findenden Ruhe und Einsamkeit gewählt. Sollten die Windanlagen mein subjektives Wohlbefinden stören, was zu erwarten ist, kann ich auch woanders hinziehen- im Gegensatz aber zu den Nachbarn, die z.T. Ihre gesamten Ersparnisse in eine hiesige Immobilie gesteckt haben.

P069		P69.09	SO 31	- Ein in Osten mit 81,3 % gegen den Windpark ausgegangener Bürgerentscheid sowie das beantragte Weltkulturerbe Schwebefähre sollten für den Landkreis weiterhin im eigenen Interesse als bindend und verpflichtend angesehen werden- jedenfalls wenn der Landkreis die Interessen seiner Bewohner/ Mitglieder und demokratische Grundsätze berücksichtigt. Notfalls sollte dies auch juristisch gegen die Anforderungen der Windparkbetreibergesellschaften im Sinne der Bürger durchgefochten werden.
P069		P69.10	SO 31	Auch wenn ich den Kampf mancher Initiativen gegen die Windmühlen zum Teil für egoistisch bis hysterisch halte und ich mich eher als Befürworter und Unterstützer der EEGen- und auch der Windkraft- sehe, mache ich hauptsächlich folgende Einschränkungen geltend: Solange es offensichtlich ist, dass die sogenannte Energiewende von den bisher profitierenden Unternehmen ausgebremst wird, kein schlüssiges Gesamtkonzept kommuniziert wird, die Bürger nur Nachteile und höhere Kosten haben (eeg Umlage, Steuern auf Solarenergienutzung) und solange die zu erwartenden Energieernten weder abgeführt noch gespeichert werden können, sehe ich es vorläufig nicht als nötig an, weitere Anlagenparks in Bürgernähe zu errichten.
P069		P69.11	SO 31	Zudem stehen offenbar haufenweise Altanlagen herum, die erst einmal repowert werden könnten um eine höhere Effizienz zu erzielen.
P069		P69.12	SO 31	Siehe Stellungnahme P29.08
P069		P69.14	SO 31	Ich bitte um Berücksichtigung meiner Bedenken und Einwände und behalte mir anderenfalls eine Abstimmung mit dem Umzugswagen vor.
P070		P70.01	SO 02	Gegen den geplanten Windpark Bederkesa/ Alfstedt mache ich folgende Einwände geltend: <u>1. Aus Naturschutzsicht:</u> Die Seeadlerproblematik ist nach wie vor ungeklärt, weil die kürzlich vorgelegte BIOS Studie (Zwischenbericht) keine neuen Erkenntnisse ergeben hat, damit ihren Auftrag verfehlt und unzulässige Schlüsse gezogen hat.

P070		P70.02	SO 02	<p>Erläuterung:</p> <p>Im Zwischenbericht der Firma BIOS der Raumnutzungsanalyse zum Seeadler im Umfeld des geplanten Windparks Kührstedt/Alfstedt vom Juni 2014, wird auf Seite 34 im Abschnitt Methoden ausgeführt:</p> <p><i>“...wurden weitere spezifische Anforderungen der niedersächsischen Vogelwarte (NLWKN & AG Adlerschutz Niedersachsen 2013, aufgestellt Dezember 2013) berücksichtigt, nach denen der Schwerpunkt der Untersuchungen in der Aufzuchtzeit der Jungvögel liegen muss, weil nur in dieser Phase mit einer entsprechenden Flugfrequenz bei der Nahrungsbeschaffung zu rechnen ist.”</i> Die Vorgaben bzw. Empfehlungen <i>“setzen damit ein erfolgreiches Brutgeschehen voraus, um anhand der während dieser Gesamtzeit gemachten Beobachtungen belastbare Rückschlüsse auf eine mögliche Beeinträchtigung des näher untersuchten Gebiets durch die geplante Windkraftnutzung ziehen zu können.”</i></p> <p>Wie bekannt liegt Brutabbruch vor, so dass die Firma BIOS über die Aufzuchtphase keine eigenen Beobachtungen hat. Für diesen entscheidungsrelevanten Zeitraum verwendet Herr Schikore von der Firma BIOS unter anderem ausgerechnet Ergebnisse der Firma R+UVP aus dem Jahr 2013, die er in seinem unabhängigen Gutachten überprüfen sollte.</p>
P070		P70.03	SO 02	<p>Erschwerend kommt noch hinzu, dass die Firma R+UVP die Beobachtungszeiten für ihr Gutachten falsch gewählt hat, so dass sie keinen Überflug über das geplante Windparkgebiet festgestellt hatte.</p>
P070		P70.04	SO 02	<p>Ferner verwendet BIOS für seine Prognose Ergebnisse einer Studie der Firma Ökologis (12/ 2013 im Auftrag PNE). Diese Studie ist kaum als unabhängig zu bezeichnen. Da sie unveröffentlicht ist, liegen keine Angabe zu Umfang und Untersuchungszeitraum vor.</p>
P070		P70.05	SO 02	<p>Der vorgelegte Zwischenbericht beinhaltet daher keine Erkenntnisse, die nicht schon vor Beginn der Analyse Ende 2013 bekannt waren. Der eigentliche Zweck der Studie ist bisher nicht erfüllt.</p>
P070		P70.06	SO 02	<p>Der Nachweis, der Seeadler fliege nicht über den geplanten Windpark, wurde nicht erbracht. Im Gegenteil. Es liegen ausreichend Erkenntnisse für die Unvereinbarkeit von diesem Windpark und Seeadler vor.</p>

P070		P70.07	SO 02	<p><u>2. Aus Gründen der kommunalen Baukultur:</u> Der deutsche Städte- und Gemeindebund hat in seinen Leitlinien beschlossen: „ ... Auch der massive Ausbau von Windenergieanlagen steht mit der gleichzeitigen qualitativen Baukultur im Spannungsverhältnis. Ziel muss es sein, die mit der Energiewende verbundenen Herausforderungen mit einer guten Gestaltung sowie der Wahrung des Denkmal- und Landschaftsschutzes in Einklang zu bringen“</p> <p>Kritik: Gerade das Landschaftsbild ist durch den geplanten Windpark massiv beeinträchtigt und hat erhebliche Nachteile für Tourismus und Bewohnerinnen und Bewohner der Samtgemeinde Bederkesa.</p>
P070		P70.08	SO 02	<p><u>3. Aus wirtschaftlichen Gründen:</u> Deutschland erwirtschaftet zur Zeit einen Energieüberschuss, der ins Ausland exportiert wird. Es ist daher aus wirtschaftlicher Sicht nicht zu verstehen, dass ausgerechnet so nahe bei einem Moorheilbad ein Windpark dieser Größe entstehen soll, der wirtschaftlich nur den Landbesitzern zugutekommt und für alle übrigen Leute ein massiver Nachteil ist.</p>
P070		P70.09	SO 02	<p>Für die Wertschöpfung Windenergie gibt es außerhalb der Samtgemeinde noch genügend andere Flächen, die nicht so ortsnah sind.</p>
P070		P70.10	SO 02	<p><u>4. Aus Bürgersicht:</u> Der deutsche Städte- und Gemeindebund hat in seinen Leitlinien weiterhin beschlossen, dass Bürgerinnen und Bürger sowie Vereine über den Umgang mit der Landschaft mit einbezogen werden.</p> <p>Kritik: Trotz vieler Gegenstimmen, die bei einer Bürgerbefragung deutlich wurden und trotz Ablehnung durch den Verschönerungsverein wird der Windpark geplant. Dies widerspricht der oben genannten Leitlinie, dass möglichst viele in einen Dialog treten.</p>
P070		P70.11	SO 02	<p>Eine Bewohnerin aus Alfstedt sagte gestern resigniert zu mir: „der Windpark macht meine ganze Wohnqualität zunichte, aber die machen ja doch was sie wollen. Die Natur wird geschützt, wo bleibt der Menschenschutz.“</p>
P070		P70.12	SO 02	<p>Aus diesen Gründen darf der geplante Windpark Bederkesa/ Alfstedt nicht gebaut werden.</p>

P071		P71.01	Z	hiermit lege ich Widerspruch gegen den Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms 2014 ein. Da es von unserer Rot-Grünen Landesregierung vorgesehen ist, die Windenergie an Land weiter massiv auszubauen („Windenergieerlass“), ist es mir unverständlich, dass ein Standort wie Nordleda, der seit vielen Jahren problemlos läuft, gestrichen werden soll.
P071		P71.03	Z	Entgegen aller Berichterstattung in der Tagespresse ist die Akzeptanz in der Bevölkerung gegeben.
P071		P71.04	Z	Für unsere Gemeinde ist der Wegfall der Gewerbesteuer und die finanzielle Unterstützung der Vereine und Verbände in unserem Dorf von Seiten der Windparkgesellschaft von besonderer Tragweite.
P071		P71.05	Z	Ebenso trifft es auch die Landverpächter, denn die Pachteinnahmen tragen zur Erhaltung der Höfe bei und werden wieder investiert. So profitiert auch die heimische Wirtschaft vom Windpark. Wird dieser Investitionskreislauf unterbrochen, sieht es in unserem Dorf im wahrsten Sinne des Wortes „zappenduster“ aus, denn auch die Straßenbeleuchtung wird vom Windpark finanziert.
P072		P72.01	SO 09	mit unserem Schreiben vom 16.1.2014 haben wir Hinweise und Anregungen - insbesondere zur Ausweisung eines Vorrangstandortes „Geversdorf/Oberdorf“ - hinsichtlich der Änderung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven bereits mitgeteilt und begründet. Im vorliegenden Entwurf des RROP 2014 für den Landkreis Cuxhaven wird dieser Standort als Vorranggebiet für Windenergie in der zeichnerischen Darstellung gegenüber der Ausweisung im RROP 2012 nahezu unverändert dargestellt und in der Begründung/Erläuterung (S.18) wird das Vorranggebiet „Geversdorf/Oberndorf“ mit einer Fläche von 110,97 ha ausgewiesen. Diese Entscheidung hat den Entfall von sieben anderen Potentialflächen zur Folge.
P072		P72.02	SO 09	Die anschließende Argumentation, dass, um im Bereich der Osteniederung die negativen Auswirkungen auf das Landschaftsbild möglichst gering zu halten, ein gemeinsamer Standort mit den Landkreis Stade gegenüber der Entwicklung eines einzelnen neuen Standortes auf einer der weggefallenen Potentialflächen bevorzugt wird, ist nicht schlüssig.

P072		P72.03	SO 09	Was hier geplant wird, ist ein Großwindpark, der den Bereich die Osteniederung technisch derart überprägt, dass bei der Realisierung von einer Industriezone gesprochen werden muss.
P072		P72.04	SO 09	Was hier erreicht werden soll, ist also eindeutig nicht die Schonung der Osteniederung sondern das Ermöglichen eines landkreisübergreifenden Windparks.
P072		P72.05	SO 09	Zusätzlich ist der Hinweis, dass es sich bei dem Standort „Geversdorf/Oberndorf“ um eine Erweiterung eines bestehenden Windparks im unmittelbar angrenzenden Landkreis Stade handelt, nicht nachvollziehbar, denn bislang umfasst der bestehende angrenzende Windpark des LK Stade nur ca. 15 ha. Zusätzlich mit den angrenzenden Vorrangflächen auf Stader und Cuxhavener Seite wären es letztendlich ca. 215 ha.
P072		P72.06	SO 09	Dass in diesem Zusammenhang nicht von Erweiterung geredet werden kann, wird am RROP Stade 2013, das z. Zt. noch nicht von der oberen Planungsbehörde genehmigt ist, deutlich, denn dort findet keine genaue Festlegung statt, ob es sich um „Verschiebung, Vergrößerung oder Neufestlegung“ handelt.
P072		P72.07	E 01	Der Landkreis ist angehalten zur raumverträglichen Konzentration der Windenergienutzung mit einer möglichst geringe Beeinträchtigung von Orts- und Landschaftsbild auch folgenden Aspekt zu berücksichtigen: „Bündelung von WEA durch eine Mindest-/Maximalgröße der Vorranggebiete Windenergienutzung“ (s. NLT (2014) Regionalplanung Windenergie). Eine Minimalgröße wird demnach auch auf S. 15 Begründung/Erläuterung angegeben „Die Gesamtfläche eines Vorranggebietes muss die Errichtung von mindestens drei Anlagen mit 150 m Gesamthöhe ermöglichen“. Eine „Maximalgröße“ wird weder in der Erläuterung noch in der Begründung des RROP 2014 festgelegt, wäre jedoch zum Schutz von Gebieten mit hoher Landschaftsbildeinheit sinnvoll. „Windenergieanlagen beeinträchtigen das Landschaftsbild in der Regel erheblich. Die Beeinträchtigungen sind umso schwerer, je höher die Bedeutung des betroffenen Landschaftsbildes ist, je mehr Anlagen errichtet werden und je höher diese sind“ (s. Charakterisierung und Bewertung des Landschaftsbildes, LK Cuxhaven, Naturschutzamt, 4/2013).

P072		P72.08	E 01	Der Hinweis „um im Bereich der Osteniederung (...) die Errichtung von Windenergieanlagen zu ermöglichen ...“ (S.17 Begründung) suggeriert, dass es sich bei der die Ausweisung jeder nur möglichen Potentialfläche um eine unbedingte Notwendigkeit handelt. Dem wäre zu widersprechen. Im Landes-Raumordnungsprogramm (LROP) ist im Abschnitt 4.2. „Energie“ unter Ziffer 04 festgelegt, dass im Landkreis Cuxhaven Vorranggebiete mit mindestens 300 MW installierter Leistung vorzuhalten sind. Im Landkreis Cuxhaven sind z. Zt. Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von etwa 540 MW installiert (energymap.info 2/2014). Der Landkreis Cuxhaven erfüllt demnach die Vorgabe des LROP in fast doppeltem Umfang. Eine Ausweisung neuer Vorranggebiete ist demnach nicht zwingend.
P072		P72.09	E 01	Mit der Förderung des Ausbaus der Windenergie an Land leiste der Landkreis Cuxhaven seinen Beitrag zur Energiewende (S. 5 Begründung /Erläuterung), ist darüber hinaus eine pauschale Aussage, mit der nicht die Notwendigkeit des geplanten enormen Zubaus von Windenergie im Landkreis gerechtfertigt werden kann.
P072		P72.10	E 01	Es ist eher Zurückhaltung geboten, denn ohne die Realisierung des Netzausbaus nimmt die Abschaltung von Windkraftanlagen aufgrund von Netzengpässen drastisch zu. So seien laut einer Studie im Auftrag des Bundesverbandes Windenergie e.V. allein im Jahr 2010 über 150 Gigawattstunden Strom ungenutzt verloren gegangen. In Norddeutschland verzeichneten einige Windparks Ausfälle von nahezu 25 % des Jahresenergieertrags (www.windkraftanlage.de). Man kann davon ausgehen, dass sich dieser Wert durch den starken Zubau von Windkraftkraftanlagen in den darauffolgenden Jahren sogar noch erhöht hat. Die Spitzenposition im Bundesländervergleich hat nach wie vor Niedersachsen inne (Zubau 2012: 356 Megawatt, 152 Windenergieanlagen).
P072		P72.11	E 01	Auch den obergerichtlichen Vorgaben, der Windenergie substanziell Raum zu verschaffen, kann bereits durch das geplante Repowering an vorhandenen Standorten entsprochen werden.
P072		P72.12	SO 09	Eine Ausweisung des Vorrangstandortes Geversdorf/Oberndorf in einem ökologisch sensiblen Bereich der Ostemarsch mit einem angrenzenden FFH-Gebiet (Oste), dem Naturschutzgebiet (Schnook) sowie der Oste als Vogelzuglinie ist weder zu vertreten noch erforderlich.

P072		P72.13	E 01	Hinsichtlich der Ermittlung von harten und weichen Tabuzonen hat sich der Landkreis Cuxhaven mangels klarstellender Rechtsprechungen entschieden, Ausschlusskriterien, die nicht eindeutig als harte oder weiche Tabuzonen eingeschätzt werden können, zur Vermeidung von Abwägungsfehlern wie weiche Tabuzonen zu behandeln. Dies trifft besonders auf die Ausschlusskriterien im Bereich Natur und Landschaft zu (Begründung/Erläuterung S. 9, RROP 2014).
P072		P72.14	E 01	Darüber hinaus wurde der Kriterienkatalog des RROP 2012 grundsätzlich übernommen, mit dem Ergebnis, dass die beschlossenen Puffer deutlich unter denen der aktuellen NLT-Empfehlung liegen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum der Landkreis Cuxhaven die als Arbeitshilfen konzipierten und allgemein akzeptierten Empfehlungen des aktuellen NLT ignoriert. Tatsächlich hat die Arbeitshilfe „Regionalplanung und Windenergie“/Empfehlungen des NLT zu den weichen Tabuzonen (Stand 6.2.2014) bereits vorgelegen, als der Landkreis aufrief, mit Vorschlägen und Anregungen am Aufstellungsverfahren mitzuwirken.
P072		P72.15	U, SO 09	Auch im Umweltbericht (Teil C) werden nicht die aktuellen Kriterien zugrunde gelegt, was dazu führt, dass die Bewertung der Umweltauswirkungen fehlerhaft sind.
P072		P72.16	U, SO 09	Im Umweltbericht – Teil C wird unter 2. „Ermittlung Bestand und Bewertung der Umweltauswirkungen“ den Standort Geversdorf/Oberndorf betreffend davon ausgegangen, dass hinsichtlich „Wohnen“ weder im Plangebiet noch im Umfeld „Betroffenheit“ besteht. Es befindet sich jedoch im Umfeld Bebauung, für die als Ortslage der Puffer von insgesamt 1.000 m vorgesehen ist.
P072		P72.17	U, SO 09	Hinsichtlich des Landschaftsbildes wird „mittlere sowie hohe Bedeutung“ bestätigt, des Weiteren werden windenergieempfindliche Vogelarten verzeichnet. Unter 4. „Zusammenfassende Einschätzung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen“ sind also gegenüber der jetzigen Fassung zwei weitere Kriterien hinzuzählen.

P072		P72.18	E 01	Auf S. 7 der Begründung/Erläuterung wird hinsichtlich der Ermittlung von harten Tabuzonen für Siedlungsflächen das OVG Nordrhein-Westfalen herangezogen: „Eine optische bedrängende Wirkung ist bei einem Abstand von zweifacher Gesamthöhe oder weniger zwischen Windenergieanlagen zweifelsfrei gegeben (OVG Nordrhein-Westfalen 8 A 2764/09)“. Tatsächlich geht es in diesem Fall aber darum, dass der Senat des OVG hierbei davon ausgeht, dass lediglich ein Abstand, der mindestens das Dreifache der Gesamthöhe beträgt, meist unproblematisch ist, was für Abstände, die darunter liegen, nicht zutrifft.
P072		P72.19	E 01	Grundsätzlich halten wir die vom Landkreis vorgesehenen Abstände zur Wohnbebauung für zu gering und weisen vorsorglich darauf hin, dass periodische, unterschwellige und dauerhafte Immissionen durch WEA sich gesundheitsgefährdend auswirken.
P072		P72.20	E 01	Insbesondere bei einer extremen gesundheitlichen Vorbelastung, wie sie in unserem Falle besteht.
P072		P72.21	SO 09	Die bereits vorliegenden Schall- und Schattenwurfgutachten für den Standort Geversdorf/Oberndorf machen deutlich, dass die Abstände eindeutig zu gering sind.
P072		P72.22	SO 09	Die kumulative Wirkung durch den sich anschließenden Windpark auf Stader Seite ist hier noch gar nicht einbezogen, muss jedoch zum Schutz von Anwohnern – die nächstgelegene Windkraftanlage zu unserem Grundstück ist in ca. 800 m Entfernung geplant – unbedingt berücksichtigt werden und in die Einschätzung der Umweltbelastung durch diesen Standort mit einfließen.
P072		P72.23	SO 09	Ergebnisse über tatsächliche Belastungen von Windparks der geplanten Größenordnung sind noch unzureichend vorhanden. Hierzu sei jedoch angemerkt, dass der Schallleistungspegel bei einer Referenzgeschwindigkeit von 10m/s in 10 m Höhe bei einer Anlage Enercon 82 bei 104 dB(A), bei einer „modernen“ Anlage Enercon 101 jedoch bereits bei 106 dB(A) liegt. Die Zunahme der Schallimmissionen hinsichtlich einer steigenden Anzahl von Windkraftanlagen wird deutlich, wenn man von Folgendem ausgeht: Während um eine einzelne Windkraftanlage Typ E 82 in einem Abstand von 780 m 35db(A) erreicht werden, so benötigt man bei drei Windkraftanlagen desselben Typs bereits einen Abstand von 1120 m, um auf 35 dB(A) zu kommen (vergl. Angaben des Herstellers Enercon).

P072		P72.24	E 01	<p>Bezüglich vorsorgender Abstandregelung zur Wohnbebauung verweisen wir auch auf die Stellungnahme zur Errichtung von Windkraftanlagen (Stand: 30.04.2013) Referat Umwelthygiene – Gesundheitsamt Freie und Hansestadt Bremen: „Vor dem Hintergrund verschiedener, nicht zufriedenstellend geklärter Aspekte halten wir es aus vorsorgender gesundheitlicher Sicht für erforderlich, bei Errichtung von modernen Windkraftanlagen (WKA) einen Abstand zur nächstgelegenen Wohnbebauung einzuhalten, der in Metern das Zehnfache der Nabenhöhe der Anlage beträgt. (...) Fazit: Solange keine konkreten wissenschaftlich begründeten Ergebnisse zu den noch offenen Fragen vorliegen, ist aus gesundheitlicher Sicht eine vorsorgende Abstandsregelung erforderlich, die die Größe einer Anlage und den daraus resultierenden Belästigungsgrad berücksichtigt.“</p> <p>(http://www.gesundheitsamt.bremen.de/sixcms/media.php/13/3_Umwelt_Stellungnahme+Windkraftanlagen_gs.pdf) Siehe auch: „Gesundheitsgefährdung durch Infraschall. Wie ist der internationale Stand des Wissens?“ Dr. Med. B. Voigt, Facharzt für Arbeitsmedizin.</p>
P072		P72.25	SO 09	<p>Dem Landkreis Cuxhaven sind die Besonderheiten des Planungsgebietes Oberndorf-Geversdorf, die selbstverständlich auch für das Stader Vorranggebiet Oederquart/Wetterdeich gelten, bekannt. Die Stellungnahmen der Unteren Naturschutzbehörden des Landkreises Stade vom 7.8.2013 und des Landkreises Cuxhaven vom 16.8.2013 zur 7. F-Planänderung der SG Am Dobrock liegen dem Landkreis vor. Sie verdeutlichen, dass ein Windpark „Geversdorf/Oberndorf“ aus naturschutzfachlicher Sicht äußerst bedenklich und letztendlich nicht genehmigungsfähig ist. Diese Einschätzung deckt sich mit den Stellungnahmen der Genehmigungsbehörden, die bereits im Jahr 2004 aus Gründen des Natur- und Landschaftsschutzes diesen Standort abgelehnt haben.</p>
P072		P72.26	SO 09	<p>Ebenso ist dem Landkreis das Gutachten „Naturschutzfachliche Einwendungen zum geplanten Windpark Geversdorf/Oberndorf - Anmerkungen zum Arten- und Habitatschutz“ von Dr. Matthias Schreiber vom 16.12.2013 bekannt.</p>
P072		P72.27	SO 09	<p>Des Weiteren liegt vor: Begutachtung der Antragsunterlagen zum Windpark Geversdorf/Oberndorf im Landkreis Cuxhaven. Bosch&Partner, Hannover im Auftrag des LK Cuxhaven, Naturschutzamt. März 2014.</p>

P072		P72.28	SO 09	In der schriftlichen Urteilsbekundung des Urteils des OVG Lüneburg 12. Senat, Urteil vom 14.05.2014, 12 KN 29/13, in dem das RROP 2012 für den LK Cuxhaven für unwirksam erklärt wurde, wurde der LK Cuxhaven darauf hingewiesen, dass der Planungsträger in einer noch offenen und nicht abschließend geklärten Lage zur Vermeidung von Risiken auf die Ausweisung bestimmter Flächen als Vorranggebiete verzichten kann, sofern der Windkraftnutzung im Übrigen hinreichend Raum gegeben wird. Die dem Planungsträger zu diesem Zeitpunkt bekannten Gutachten zum Vorranggebiet „Geversdorf/Oberndorf“ hätten einen solchen Schritt mehr als gerechtfertigt.
P072		P72.29	SO 09	Die Ausweisung des Vorranggebietes für Windenergiegewinnung „Geversdorf/Oberndorf“ im Entwurf des RROP 2014 des LK Cuxhaven verbunden mit den Hinweisen auf anschließende vertiefende Untersuchungen in nachgelagerten Planungsebenen ist nicht akzeptabel.
P072		P72.30	SO 09	Wir weisen darauf hin, dass unser Haus in Geversdorf, XXX (Adresse im Zuge der Veröffentlichung anonymisiert), das für Kurz- und Langzeiterholung genutzt wird, auch gerade im Hinblick auf die kumulierenden Wirkungen des geplanten kreisübergreifenden Großwindparks für diese Nutzung nicht mehr geeignet wäre.
P072		P72.31	SO 09	Wir können nicht nachvollziehen, dass ein gigantischer Windpark von mind. 27 WEA von 186 m Höhe im Gebiet Geversdorf/Oberndorf ausgewiesen wird, das im RROP 2012, Beschreibende Darstellung, S. 9, gemäß LROP 2.1.04 als Standort mit der besonderen Entwicklungsaufgabe Erholung festgelegt wurde. An diesem Standort sind die natürliche Eignung der umgebenden Landschaft für Erholung und Freizeit, die Umweltqualität, die Ausstattung mit Erholungsinfrastruktur sowie das kulturelle Angebot zu sichern und zu entwickeln.
P072		P72.32	SO 09	Die Interseite von Geversdorf verspricht auch aktuell noch, dass sie sich mit dieser Entwicklungsaufgabe identifizieren. Hervorgehoben werden beschauliche Stille, reine Luft, erholsame Wanderungen, „heile“ Welt, ein Paradies für seltene Pflanzen- und Vogelarten (http://www.geversdorf-oste-touristik.de/).

P072		P72.33	SO 09	Auch hat sich Geversdorf/Oberndorf erfolgreich am niedersächsischen Leader-Wettbewerb beteiligt. (Für den Zeitraum von 2007 bis 2013 hatte dieses Förderprogramms zwei Millionen Euro für die Region Kehdingen-Oste vorgesehen.) Die Ziele der Leader-Förderung und die allgemeinen Bestimmungen dürften bekannt sein. Wir heben hier nur die dauerhafte und nachhaltige Tragbarkeit der Maßnahmen und Projekte sowie Steigerung der Attraktivität der Region und Verbesserung der Lebensqualität hervor. Es dürfte schwierig sein, diese Ziele mit den Planungen für Großwindparks zu vereinbaren.
P072		P72.34	SO 09	Ebenso möchten wir einwenden, dass bereits die Ausweisung dieses Sondergebiets für Windenergie unser Eigentum rechtswidrig verletzt. Ein Forschungsprojekt der Universität Frankfurt am Main, durchgeführt von Prof. Dr. J. Hasse, kommt zu dem Schluss, dass WEA in der Nähe von Wohngebieten die Lebensqualität der Anwohner nachhaltig verschlechtern. Als Folge der Beeinträchtigung der Lebensqualität sinke der Verkehrswert der Immobilien signifikant.
P072		P72.35	SO 09	Immobilienmakler bestätigen im Rahmen der Studie Werteverluste bei Immobilien in Höhe von durchschnittlich 20 bis 30% bei der Errichtung von WEA mit Einfluss auf Wohngebiete. In Einzelfällen drohe sogar die völlige Unverkäuflichkeit. Schließlich bedeutet der Bau eines Windparks die Errichtung einer großflächigen Industrieanlage mit schädlichen Veränderungen der Lebensqualität in bisher nicht abschätzbarem Ausmaß. Maßnahmen mit enteignender Wirkung dieser Art müssten eine Entschädigung enthalten.
P072		P72.36	SO 09	Aus allen genannten Gründen ersuchen wir Sie, auf die Ausweisung des Vorranggebietes für Windenergie „Geversdorf/Oberndorf“ im RROP 2014 des Landkreises Cuxhaven zu verzichten.
P073		P73.01	SO 30	ich bitte dringlichst zu berücksichtigen, dass in dem Planungsgebiet des Windparks Stinstedt-Odisheim nachweislich mehrere Seeadler, Rot Milane, Kraniche und Weihen ihren Lebensraum haben! Bildnachweise sind vorhanden.
P073		P73.02	SO 30	Ferner gebe ich zu bedenken, das das Brut-und Rastgebiet des Kranichs, Ahlener Moor, in unmittelbarer Nähe liegt.

P074		P74.01	Z	bei der Betrachtung der Übersichtskarte (zeichnerische Darstellung S.3) kann man den Eindruck gewinnen, dass der Landkreis Cuxhaven nicht mehr als Wohnraum von den Politikern gewollt wird, was sich auch auf große Flächen im Landkreis Stade übertragen lässt. Weite Gebiete werden für viele Bewohner nahezu unbewohnbar. Große Teile der verbrauchten Landschaft werden zu industrialisierten Gewerbegebieten bestimmt. Naturnahe Grundstücke fallen fort.
P073		P74.02	SO 09	Als Anwohner in der Nähe der Landkreisgrenze zwischen Stade und Cuxhaven erheben wir Einwendungen gegen die Ausweisung des Vorranggebietes für Windenergiegewinnung „Geversdorf/Oberndorf“ im Entwurf des RROP 2014 des LK Cuxhaven. Da keine Sichtbarkeitsanalysen und keine gemeinsame Übersichtskarte von Stade und Cuxhaven vorliegen, befürchten wir eine optische Bedrängung. Schon heute sind im Norden die Krummendeicher und schleswig-holsteinischen WKA, im Nordwesten die von Balje, im Westen die Altbestände vom Wetterdeich und im Osten die Oederquater WKA zu sehen. Die drei neuen blinkenden Oederquater WKA mit einer Höhe um 150 m überragen jetzt schon alle Gebäude und Bäume.
P074		P74.02	SO 31	Als Anwohner in der Nähe der Landkreisgrenze zwischen Stade und Cuxhaven erheben wir Einwendungen gegen die Ausweisung des Vorranggebietes für Windenergiegewinnung Osten-Isensee im Entwurf des RROP 2014 des LK Cuxhaven. Da keine Sichtbarkeitsanalysen und keine gemeinsame Übersichtskarte von Stade und Cuxhaven vorliegen, befürchten wir eine optische Bedrängung. Schon heute sind im Norden die Krummendeicher und schleswig-holsteinischen WKA, im Nordwesten die von Balje, im Westen die Altbestände vom Wetterdeich und im Osten die Oederquater WKA zu sehen. Die drei neuen blinkenden Oederquater WKA mit einer Höhe um 150 m überragen jetzt schon alle Gebäude und Bäume.
P073		P74.03	SO 09	Werden im Südwesten und Süden auch noch WKA gebaut, sind wir auch aufgrund der geringen Abstände der Vorranggebiete für WKA untereinander ohne Ausweichmöglichkeit von alten und neuen WKA umzingelt.
P074		P74.03	SO 31	Werden im Südwesten und Süden auch noch WKA gebaut, sind wir auch aufgrund der geringen Abstände der Vorranggebiete für WKA untereinander ohne Ausweichmöglichkeit von alten und neuen WKA umzingelt.

P074		P74.04	SO 31	Speziell zum Windpark Geversdorf/Oberdorf (und Oederquart Wetterdeich) liegen bereits Umweltdaten vor, die im Zusammenhang mit dem NLT (2011): Naturschutz und Windenergie gegen eine Ausweisung als Vorranggebiet sprechen.
P075		P75.01	SO 31	Als betroffene Anwohner lehnen wir die erneute Aufnahme des Flächenvorschlags Osten-Isensee für ein Vorranggebiet Windenergienutzung im Entwurf des RROP ab. Wir haben uns bewußt vor ca. 20 Jahren ein Haus gekauft. Dieses in den letzten Jahren mühevoll renoviert und restauriert. Ein kleines grünes Biotop rundherum aufgebaut. Also viel Liebe, Geld und Eigenleistung reinvestiert. Für uns ist es unsere Altersabsicherung. Sollten wir unser Haus, aus was auch immer für einen Grund verkaufen müssen, würde das unseren finanziellen Ruin bedeuten. Denn wer kauft schon ein Haus mit im Hintergrund „drehenden Windrädern“. Entschädigungsklagen gegen Betreiber und Planungsträger sind bundesweit bereits erfolgreich verlaufen.
P075		P75.02	SO 31	Nicht außer acht zulassen sind auch die gesundheitlichen Gefährdungen durch Betriebsgeräusche, Schlagschatteneffekte und Infraschallemissionen. Die dafür vorhergesehenen Mindestabstände sind ohnehin viel zugerung bemessen.
P075		P75.03	SO 31	In anderen Vorranggebiete wurde deutliche höhere Mindestabstände zugrunde gelegt als bei uns (420m bzw. 500 m).
P075		P75.04	SO 31	Die umliegenden „Straßenzüge, Streusiedlungen und Splittersiedlungen“ können auch nicht einfach als „sonstige, wohnbauliche Nutzungen bzw Einzelgebäuden“ abgeändert werden, um dadurch die Mindestabstände zu kürzen!
P075		P75.05	SO 31	Ein Windpark an der vorgeschlagenen Stelle in Osten-Isensee zerstört nicht nur das typische Landschaftsbild entlang der Oste, sondern zersört auch viele Lebensräume von seltenen und schützenswerten Vogelarten. Die genauen Arten und Vielfalten müssten noch wesentlich genauer untersucht werden.
P075		P75.06	U, SO 31	Der in den RROP-Entwurf beigefügten Anmerkungen sind oftmals oberflächlich und falsch dargestellt. Z.B. verschiedene Weißstorchnester, auch mit Brutpaaren, wurden nicht berücksichtigt.

P075		P75.07	SO 31	Die Fläche für die Windenergie Osten-Isensee überschneidet sich teilweise immer noch mit einem ausgewiesenen „Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft“. Das Vorranggebiet müsste sowieso noch weiterhin verkleinert werden.
P076		P76.01	A	zum geplanten „regionalen Raumordnungsprogramm für den Landkreis Cuxhaven (Fortschreibung Windkraft)“ habe ich folgende Anmerkungen und Anregungen und erhebe Einsprüche. Auf meine Eingaben zum RROP 2012 habe ich keine Eingangsbestätigung erhalten und wurde auch nicht zur öffentlichen Erörterung eingeladen. Ich bitte sie, mich diesmal rechtzeitig zu informieren, damit ich meine Anregungen mündlich erläutern kann.
P076		P76.02	A	Der Entwurf soll in erster Linie Windparks als Ausschlussstandorte ausweisen. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen, da so für die erneuerbaren Energien ein einheitliches und geordnetes Verfahren vorgesehen wird. Im begleitenden Text, sowie aus der öffentlichen Diskussion erscheint es aber, dass ohne übergeordnete Leitlinien alle Flächen, die nicht durch einschlägige Vorschriften ausgeschlossen sind, jetzt als geeignet gelten. Dies widerspricht dem Gedanken, die Windparks ordnend und den Landschaftlichen Gegebenheiten entsprechend auszurichten. Die vorherigen Raumordnungsprogramme und die daraus folgenden Bestimmungen wurden nicht angepasst sondern wurden übergangen und der Vertrauensschutz für die Einwohner verletzt.
P076		P76.03	A	Das Landesraumordnungsprogramm schreibt vor: Niedersachsen hat als Nordseeanrainer und Flächenland natürliche Standortvorteile zur verstärkten Nutzung der Windenergie im Binnenland und auf dem Meer. Dieses Potenzial soll unter Abwägung mit anderen öffentlichen Belangen wie Schutz der Bevölkerung, Siedlungsentwicklung, Tourismus, Schifffahrt, Fischerei und Naturschutz genutzt werden. Die Raumordnung hat mit ihrem Auftrag gemäß § 1 NROG sicherzustellen, dass bei der Planung, dem Bau und Betrieb von Anlagen zur Windenergienutzung die öffentlichen Belange und die Entwicklungsmöglichkeiten des Landes und seiner Teilräume ausgewogen berücksichtigt und miteinander in Einklang gebracht werden. Nicht hinnehmbare Beeinträchtigungen sind vorsorgend mit planerischen Möglichkeiten zu verhindern. Diese Vorsorge ist im vorgelegten RROP nicht erfüllt. Von den planerischen Möglichkeiten wird kein Gebrauch gemacht.

P076		P76.04	E 01	<p>Das LROP führt weiter aus: Das Potenzial der zur Nutzung der Windenergie geeigneten Flächen ist weitgehend ausgeschöpft. Als geeignet gelten Standorte, an denen ein Referenzertrag von mindestens 60% erzielt werden kann. Künftig wird nicht die Erschließung neuer Flächen im Vordergrund stehen, sondern die effektive Nutzung planerisch abgestimmter Flächen durch Repowering-Maßnahmen.</p> <p>Das vom LK Cuxhaven vorgelegte RROP trägt dem keine Rechnung. Es ist vordringlich auf die Ausweisung von neuen Flächen ausgelegt. Das Vorgehen, den gesamten Landkreis nur nach Ausschlussgründen zu beurteilen, ist keine Planung. Es fehlt offenbar an Abwägung.</p>
P076		P76.05	E 01	<p>Für den Landkreis hat die Landesregierung im Landesraumordnungsprogramm einen Beitrag an Windkraft vorgesehen, der schon jetzt im Landkreis Cuxhaven bei weitem übererfüllt wird. Auch der geplante Windkraft-Erlass der neuen Landesregierung stellt keine Anforderungen, die nicht schon heute erfüllt sind. Das gilt sowohl für die erzeugte Leistung wie auch für den Flächenanteil. Die bestehenden sowie die bauplanungsrechtlich gesicherten Windfarmen reichen dafür voll und ganz aus.</p>
P076		P76.06	E 01	<p>Unter Berücksichtigung von Repowering sowie der Erweiterung bestehender Parks besteht daher kein Anlass, neue Windparks auszuweisen. Wie Windfarmbetreiber aussagen, wird in der Nordsee bald mehr Strom erzeugt, als von allen Atomkraftwerken zusammen.</p>
P076		P76.07	E 01	<p>Das Ziel, an günstigen Standorten Energie zu erzeugen ist erfüllt und für die Allgemeinheit besteht kein weiterer Bedarf. Lediglich Einzelinteressen der Besitzer und Betreiber werden durch zusätzliche Windparks öffentlich gefördert.</p>
P076		P76.08	A	<p>Die Vorstellung Gewerbesteuererinnahmen zu erzielen ist nur in Einzelfällen richtig. Für die meisten Windparks wird durch Bilanzgestaltung und Weiterverkauf nur mäßige bis keine Steuern fällig.</p>
P076		P76.09	A	<p>Während die Gewinne nur wenigen zugute kommen, bleiben der Allgemeinheit und den betroffenen Anwohnern nur die Nachteile. Dies ist bei der Planung zu berücksichtigen.</p>
P076		P76.10	A	<p>Bei dem Bau von Windpark werden neuartige Strukturen in die Landschaft eingebracht. Sie überprägen die Identität des Raums und sind schädlich für den Tourismus, von dem die Region lebt.</p>

P076		P76.11	E 01	Die Ausweisung von neuen Windparks über das Repowering sowie sinnvolle Erweiterung von bestehenden Parks ist abzulehnen. Die vorliegende Planung dient vorrangig dem wirtschaftlichen Privat-Interesse und geht durch die damit verbundenen - nicht ausgleichbaren- Beeinträchtigungen zu Lasten von Natur, Landschaft und Menschen.
P076		P76.12	E 01	Insbesondere die Regelung, zwischen den Windparks generell einen Abstand von 4 km einzuhalten widerspricht den Richtlinien des Landes, die einen Abstand von 5 km vorsehen. Eine Regel, für die es nur Ausnahmen gibt, wird insgesamt verletzt und so nicht als Regel des Landes anerkannt. Dies widerspricht den Vorschriften des Landes.
P076		P76.13	E 01	Speziell die Ausnahme im RROP, dass in einigen „waldreichen“ Gebieten nur 3 km Abstand ausreichen, ist unbegründet und nicht nachvollziehbar. Bäume werden im Landkreis bis zu 35m hoch und können Windräder mit eine Höhe von 150m bis 200m nicht verdecken.
P076		P76.14	E 01	Tatsachen können nicht durch politischen Beschluss geändert werden. Die Sichtbarkeit von WEAs ist nicht abwägbar. Nur der subjektive Eindruck auf den Menschen kann beurteilt werden.
P076		P76.15	B 05	Innerhalb eines Windparks werden neuerdings 2 verschiedene Höhen zugelassen. Dies widerspricht explizit früheren Regeln und Absprachen, in denen innerhalb eines Parks gleichartige Anlagen hinsichtlich Höhe und Ausführung zu verwenden sind.
P076		P76.16	B 05	Ich erkenne hier ein Schlupfloch, das beispielsweise am Windpark Bederkesa Alfstedt der Flecken Bederkesa eine Beschränkung auf 100m festlegt, Alfstedt/Kührstedt jedoch 200m zulässt und so die Entscheidung von Bederkesa ausgehebelt wird. Also wiederholt: Die Höhen müssen Einheitlich pro Windpark gelten und ausschließlich von Kreis festgelegt werden.
P076		P76.17	Z	Im neuen Entwurf des RROP2014 sind viele Flächen aus dem vorangegangenen RROP2012 herausgenommen worden. Sie werden nicht mehr als Vorrangstandorte Windkraft gewertet. Sie werden nur als bauleitplanerisch gesichert bezeichnet. Bedeutet dies, dass diese Gebiete nicht mehr als geeignet betrachtet werden können. Sie sind lediglich als Altlasten einzustufen?
P076		P76.18	B 10	Ist zum Beispiel ein Repowering der Windfarmen in Land Wursten nicht mehr zulässig?

P076		P76.19	B 10	Aus heutiger Sicht – insbesondere bei den extrem gestiegenen Höhen der WEAs- wären diese Windfarmen schon wegen der Nähe zum Nationalpark Wattenmeer nicht genehmigungsfähig.
P076		P76.20	SO 29	Stellt das Gebiet Nord-Leda keinen Windpark mehr dar, sondern nur noch eine Reihe von kleinen Einzelgenehmigungen?
P076		P76.21	SO 21	Ist Lintig-Meckelstedt nicht bauleitplanerisch gesichert? Die hohen WEAs stehen doch schon.
P076		P76.22	U, SO 21	Im Umweltbericht wird der Park als erheblich für windenergieempfindliche Vogelarten bezeichnet. Das gesicherte Vorkommen von Kranich und Seeadler werden nicht erwähnt.
P076		P76.23	SO 08	Wieso wird für Flögeln geplant? Auch hier stehen schon neue Windmühlen. Im Windpark Flögeln/Stüh liegt ein wertvoller Fledermauslebensraum. In Fledermausgebieten sind 200m Abstand zu den Wäldern einzuhalten.
P076		P76.24	U, SO 08	Schwerer wiegt hier die Tatsache, dass die besonders geschützten Seeadler im Bereich Flögeler See – Halemer/ Dahlemer See häufig anzutreffen sind. Nach öffentlichen Aussagen von Experten der Firma BIOS (H. Schikore) liegt hier eine große Gefährdung vor.
P076		P76.25	U, SO 08	Dies widerspricht der Angabe des Umweltberichts, der hier keine Beeinträchtigung erkennen will.
P076		P76.26	U, SO 08	Eine mögliche Bedrohung wird nur für Pflanzen und den Fischotter untersucht. Seeadler und Uhu fehlen in der Abwägung.
P076		P76.27	SO 08	Dieser Windpark hätte nie genehmigt werden dürfen. Zumindest ist das Repowering mit der Erhöhung der Windmühlen falsch gewesen. Daher ist hier die Laufzeit des Parks auf ein Minimum zu begrenzen.
P076		P76.28	SO 08	Auch müssen Schlüsse auf andere noch nicht abgeschlossenen Verfahren gezogen werden. Man darf den Betreibern und den Gemeinden nicht überlassen, welche Gutachten/Gutachter zu welchen Fragen Stellung nehmen. Dies muss von Seiten des LK veranlasst werden.
P076		P76.29	SO 16	Einen Sonderfall stellt hier der Windpark Köhlen Brockoh dar. Es wird als gesichert vorgestellt. Es gibt aber weder ein gültiges RROP, das hier einen Windpark vorsieht, noch eine Baugenehmigung. Sogar der Bau von Zuwegungen ist untersagt. Wie kann man dann von gesichert reden.

P076		P76.30	SO 16	Neben der 3km Anstandsregelung sind auch Naturschutzbelange kritisch zu bewerten. Der gesamte Bereich des RROP2012 wird hier als gesichert betrachtet, obwohl es deutliche Änderungen gegeben hat, bzw. noch von der UNB wegen Vogelschutz zu erwarten sind. Von gesichert kann daher nicht gesprochen werden.
P076		P76.31	SO 08	Der Windpark enthält Waldgebiete größer als ein Hektar (wie auch der Windpark Flögeln Stüh). Er widerspricht damit den Absichten der Landesregierung, die den Wald frei von WEAs halten will. Der Windpark muss insgesamt erneut auf den Prüfstand gestellt werden.
P076		P76.31	SO 16	Der Windpark enthält Waldgebiete größer als ein Hektar (wie auch der Windpark Flögeln Stüh). Er widerspricht damit den Absichten der Landesregierung, die den Wald frei von WEAs halten will. Der Windpark muss insgesamt erneut auf den Prüfstand gestellt werden.
P076		P76.32	SO 02	Bederkesa ist als Grundzentrum für Wohnen, Arbeiten, Tourismus und Erholung vorgesehen. Diese nur wenigen Zentren vorbehaltene Kombination erfordert auch besonderen Schutz im RROP. Diesem Ziel dienen auch die örtlichen Naturschutzgebiete, die Bestimmungen für den Bederkesaer See sowie die Entwicklung der Baugebiete vornehmlich in südlicher Richtung. Der Windparks bei Bederkesa/Alfstedt widerspricht dem. Es ist unverzichtbar, dass der Landkreis hier regelnd mit einer Höhenbegrenzung eingreift.
P076		P76.33	SO 02	Alle Erfahrungen bei bereits existierenden Windfarmen zeigen: Die Bürger haben mit einem Wertverlust der Immobilien zu rechnen. Neue Bauplätze im betroffenen Gebiet sind praktisch unverkäuflich. (z.B. in Alfstedt). Gerade Familien mit jüngeren Kindern siedeln sich nicht an. (siehe Prof. Dr. Quambusch: Öffentliches Baurecht. Die Zerstörung der Landschaft durch Windkraftanlagen, ua.).

P076		P76.34	SO 02	Grundlage beim Umgang mit Windkraftanlagen in der Planung ist die bundesgesetzliche Einstufung selbiger als privilegierte Vorhaben (§ 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB). Dies gibt Windkraftanlagen ein sehr starkes Gewicht im Verhältnis zu anderen Fachbelangen. In § 35 BauGB sind jedoch auch Einschränkungen dargestellt, die der Windkraft keine Garantie auf Umsetzung zugestehen und die bei weiteren Planungen zu beachten sind: So darf z. B. eine Beeinträchtigung von Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege, des Bodenschutzes, des Denkmalschutzes und der natürlichen Eigenart der Landschaft und ihres Erholungswertes sowie eine Verunstaltung von Orts- und Landschaftsbildern nicht vorliegen (§ 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 und S. 3 BauGB).
P076		P76.35	SO 02	Als eins der wichtigsten Argumente gegen den Windpark Bederkesa Alfstedt ist das bisher weitgehend ungestörte Landschaftsbild zu nennen.
P076		P76.36	SO 02	Es sind negative Auswirkungen für den Bereich Wohnen (Ziel des RROP) und Tourismus (Ziel des RROP) zu erwarten. Die Beeinträchtigungen umfassen vor allem die großräumigen Auswirkungen auf die landschaftlichen Gegebenheiten und den im hohen Maße landschaftsabhängigen Erholungswert.
P076		P76.37	SO 02	Das höchste Gut unserer Erholungslandschaften ist die Landschaft selbst, ihre Eigenheit, Unverwechselbarkeit, Artenvielfalt und Natürlichkeit. So sieht z.B. der Deutsche Touristenverband (2013) mit Sorge, dass im dicht besiedelten Deutschland zunehmend auch hochwertige Flächen für die Energiegewinnung umgewidmet werden, die bisher der Erholung und dem naturverträglichen Tourismus vorbehalten waren.
P076		P76.38	SO 02	Verschiedene Studien haben den Einfluss von WEAs auf den Tourismus untersucht. Neue Ergebnisse werden diametral gegenteilig interpretiert. Der überwiegende Teil der Befragten fühlte sich nicht beeinträchtigt. Dabei ist zu beachten, dass Touristen, die sich schon heute entscheidend beeinträchtigt fühlten nicht befragt werden konnten. Nur zwischen etwa 8% (Mecklenburg) und 26% (Mittelgebirge) der Befragten sagten, sie würden Gebiete mit Sicht auf Windkraft aktiv meiden. Einerseits wird dies als Verträglichkeit verstanden. Andererseits stellen diese Zahlen für den Tourismus ein schweres Problem dar. Wenn auch nur 8% der Besucher ausbleiben, verursacht dies einen immensen Verdienstaufschlag in der Tourismusbranche. Entsprechend besorgt zeigen sich deren Dachverbände.

P076		P76.39	SO 02	Bederkesa ist wirtschaftlich fast vollständig auf naturnahen, naturverträglichen Tourismus ausgerichtet. Der Branche geht es heute schon nicht besonders gut. Für viele Betriebe ist der zu erwartende Umsatzrückgang von 8-26% der Unterschied zwischen Wirtschaftlichkeit und Insolvenz.
P076		P76.40	SO 02	Der Blick von der denkmalgeschützten Bederkesaer Windmühle wird schon durch die bestehenden Windfarmen in Flügeln, das Offshore-Testgebiet, die Parks in Meckelstedt und Ringstedt sowie den projektierten Park in Köhlen Brockoh stark eingeschränkt. Das Landesraumordnungsprogramm schreibt für die Küstenregion ausdrücklich vor, das es keine Beeinträchtigung des freien Horizonts geben darf.
P076		P76.41	SO 02	Gerade der Touristenort Bederkesa ist auf eine intakte und unverbaute Naturlandschaft angewiesen. Ein Windpark Bederkesa Alfstedt würde den letzten freien Blick in die Ferne verderben und zunichte machen.
P076		P76.42	SO 02	Für den Windpark Bederkesa/Alfstedt wurde gegen weitere zahlreiche Belange aus Sicht von Naturschutz und Raumprogramm verstoßen. Im Windpark liegt ein engmaschiges Heckensystem, das geschützt werden muss.
P076		P76.43	SO 02	Die Sicherung kulturgeprägter Ökosysteme im engen Bereich und ihre Entwicklung für größere Zonen des Windparks wurde im Landschaftsrahmenplan Cuxhaven für dies Gebiet vorgeschrieben, sie entfällt offenbar, dabei stellt sie ein Kulturelles Sachgut dar.
P076		P76.44	SO 02	Im selben Plan wird die Windparkfläche als Vorsorgegebiet Erholung ausgewiesen. D.h. hier müssen Tourismus und Erholung Vorrang haben.
P076		P76.45	SO 02	Die Fläche wird für eine Kompensationsmaßnahme geeignet eingestuft. Dies sollte bestehen bleiben.
P076		P76.46	SO 02	Teile des Parks liegen im Landschaftschutzgebiet und müssen aus der Planung entfernt werden.
P076		P76.47	SO 02	Weitere Teile werden als mögliches Landschaftschutzgebiet (Stichwort LS231810) im alten Rahmenplan 2000 eingestuft. Dies sollte erfolgen und diese Bereiche ebenfalls aus dem Windpark genommen werden. Selbst im vorliegenden RROP wird dies Gebiet als Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft eingestuft. Dem muss Rechnung getragen werden. Dieser Windpark enthält selbst nach der Umplanung noch streng geschützte Gebiete.

P076		P76.48	SO 02	Im „Löhbush“, früher in der „Falle“, brüten regelmäßig Seeadler. Der Windpark liegt in der Verbindung der Futtergebiete Polder Bramel/Glies und Flögelner See/ Dahlemer See. Seeadler sind besonders geschützt und sind sehr gefährdet in Bezug auf Vogelschlag an Windmühlen. Das Vorkommen des Seeadlers ist unstrittig und wurde in mehreren Studien untersucht. Dem Landkreis liegen ausreichend Informationen des NLWKN, des Landesadlerbeauftragten Görke, des Adlerbetreuers für den Löhbush Cordsmeier, des Verschönerungsvereins Bederkesa, von Betreiberseite vorgelegten Gutachten und mehr sowie aus eigenen Erkenntnissen vor.
P076		P76.49	SO 02	Der Seeadler gehört zu den streng geschützten Arten. Im Wege der nachvollziehbaren Abwägung ist den Belangen des Vogelschutzes der Vorzug zu geben. (siehe z.B. BayVGH 30.6.05). Dies gilt auch für Vogelschutzgebiete, die noch nicht förmlich unter Schutz gestellt wurden (z.B. VG Ansbach, VG Stuttgart). An der Planung des Windparks Bederkesa-Alfstedt kann daher nicht festhalten werden.
P076		P76.50	U, SO 02	Der Umweltbericht, den der LK hierzu vorlegt ist ungeeignet. Er ist weitgehend falsch. Z.B. werden Waldflächen, geschützte Gebiete und international bedeutsame Vogelrastgebiete in der Umgebung negiert. Es entsteht der Eindruck, die vorhergehende Diskussion des RROP 2012 wurde nicht berücksichtigt und kaum faktische Fehler korrigiert.
P076		P76.51	U, SO 02	In der Beantwortung der Einwände gegen das RROP 2012 wurden seitens des LK bezüglich des Seeadlers ausgeführt, „Darüber hinaus erfolgt eine Berücksichtigung im Zuge des Umweltberichts.“ Dies ist offenbar nicht geschehen.
P076		P76.52	U, SO 02	Der Umweltbericht verneint die Existenz von Landschaftsschutzgebieten, geschützter Landschaftsbestandteile, UNZERSCHNITTENER VERKEHRSARMER RÄUME, und erkennt nur ein mittleres Landschaftsbild. Alle diese Angaben sind falsch. Sie können kaum den Standpunkt der Fachleute des LK widerspiegeln.
P076		P76.53	SO 2	Die Gründung der 186m hohen Anlagen geschieht wegen des schlechten Baugrunds durch teilweise 40m lange Pfähle. Bei den WEA, die im Wasserschutzgebiet liegen, kann dadurch das Oberflächenwasser, das stark Nitratbelastet ist, in tiefere Grundwasserschichten eindringen. Spätestens beim geplanten vollständigen Rückbau muss mit dieser Möglichkeit gerechnet werden. Ein hydrogeologische Gutachten ist daher vor Genehmigung vorzulegen.

P076		P76.54	SO 2	Der notwendige Wegebau für schwere Maschinen wird in letzter Zeit zunehmend durch ortsfremdes, wiederaufgearbeitetes Material gesichert. Z.B. Bauschutt ist in der Regel schadstoffbelastet. Eine Beimischung von geringer belastetem Material zur geringfügigen Unterschreitung von Grenzwerten ist problematisch. Gerade im Wasserschutzgebiet muss ein gänzlich unbelastetes Wegebbaumaterial vorgeschrieben werden.
P076		P76.55	SO 2	Infraschall: Es gibt inzwischen zahlreiche Studien, die den Einfluss von Infraschall auf Säugetiere und selbst Vögeln und Fischen belegen. Entsprechende Studien zur möglichen Belastung der Menschen liegen noch nicht im gleichen Maße vor. Eine entsprechende Belastung des Menschen liegt aber nahe, wie Messungen aus Dänemark und den Niederlanden ergeben. Deshalb wird ein Abstand von WEA zur Wohnbebauung im Flachland von 2km empfohlen (siehe z.B. Pereira, Laufer ua.). Eine Standortplanung sollte daher substantiell das Infraschallthema schon im Vorfeld klären.
P077		P77.01	SO 31	<p>Eine erneute Aufnahme des Flächenvorschlag Osten / Isensee lehne ich als Anwohner und Bürger für ein Vorranggebiet zur Nutzung von Windernergie, wie es im Entwurf Juni 2014 des RROP vorgesehen ist ab und mache folgende Einwände gelten.</p> <p><u>Volksentscheid</u></p> <p>Es gab für diesen Raumordnungsplan einen Bürgerentscheid von 81 % gegen die Ansiedlung von Windparks auf dem Gebiet Osten/ Isensee. Bei einer eigenständigen Bürgerbefragung der Gemeinde Osten sind über 800 Unterschriften gegen die Windparks geleistet worden. Im Verhältnis zur Gesamtzahl aller Wahlberechtigten entspricht das ein Votum von mehr als 70 %. Die Unterschriften wurden der Gemeindevertretung sowie dem Landrat und dem Kreistag überreicht.</p> <p>Diese klare demokratische Entscheidung des Bürgers der Gemeinde Osten gegen die Windkraftanlagen auf dem Gemeindegebiet, kann kreisseitig und kommunalpolitisch nicht übergangen werden. Die Entscheidung der Bürger sollte respektiert werden, da sich das Volk, die Bewohner gegen die Windkraftanlagen in diesem Gebiet entschieden haben.</p>

P077		P77.02	SO 31	<u>Tourismus / Urlaub / Erholungsgebiet</u> Der Ausschluss dieses Gebietes für die Errichtung von WKA begründet sich insbesondere mit der Schutzwürdigkeit zur Erhaltung des Tourismus, da dieser einen hohen Stellenwert für die Gemeinde hat. Hinzukommt das Osten auf Grund der Schwebefähre als Weltkulturerbe durch den Tourismus geprägt ist, auch Osten Isensee ist ein Touristen, Erholungs- und Urlaubsgebiet. Entlang der Oste führen Radwanderwege die sehr intensiv genutzt – befahren werden.
P077		P77.03	SO 31	Durch die Windkraftanlagen mit ihren Rotorblättern würden diese Nah und Fernerholungsgebiet sehr beeinträchtigen, allein wegen ihrer Größe und der Parkausdehnung, (Ein WKA steht selten alleine auf dem Feld.) da diese höher werden sollen 400m und mehr, dies bedeutet realistisch, sie sind höher als der Eiffelturm (324m) und höher als der Berliner Fernsehturm incl. der Aussichtsplattform. (368m)
P077		P77.04	SO 31	<u>Gesundheit</u> Ebenfalls sprechen gegen die Windkraftträder die gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch Emissionen. Die Schlagschatten und das nächtliche Blinken in Form von Lichterketten und durch die Zahl der Anlagen, führen zu Konzentrationsschwäche, Leistungsmindern, rasche Ermüdung, Ablenkung der Aufmerksamkeit. Da es als ein Stressor zu beurteilen ist und dies zu depressiven Verstimmungen, Kopfschmerzen, Herz- Kreislaufprobleme, Schlafstörungen, Unruhe, Nervosität, Reizbarkeit, Angstzustände führt.
P077		P77.05	SO 31	Außerdem werden die Geräusche und die angeblich nicht wahrzunehmenden Schallwellen im Gehirn verarbeitet und sie beeinflussen die auditive Verarbeitung und die Funktion des Stammhirns. Abgesehen davon kann man nicht beurteilen wie es sich auf Kinder, Schwangere oder chronisch Kranken auswirkt, das ist ungeklärt. Die Schallemission bei diesen Anlagen sind 102 Dezibel, Lärm am Rande (5m) einer Verkehrsstrasse liegt bei 80db.
P077		P77.06	SO 31	Mit der angestrebten Anlagengröße werden neben der Turmhöhe auch die Rotorradien vergrößert, ein modernes WKA hat die doppelte Spannweite eines Jumbojets erreicht.

P077		P77.07	SO 31	<u>Siedlungsgebiet</u> Ein weiteres Kriterium gegen die Windkraftanlagen ist, sie werden in Siedlungsgebiet gebaut, grenzen somit an Siedlungsgebiete. Die umliegenden Ostener Ortsteile können nicht einfach als sonstige wohnbauliche Nutzung, oder als Mischgebiet, oder als Einzelgebäude definiert werden, sondern sie bilden zusammenhängende Strassendörfer oder sie sind Streusiedlungen.
P077		P77.08	SO 31	Daher sind die Mindestabstände größer einzuhalten und dem Entwurf entsprechend (450m – 500 m) definitiv zugehörig. Bei der geplanten Größe dieser Anlagen gilt es ein Mindestabstand von mindestens 1500m einzuhalten. Um die Schutzwürdigkeit der betroffenen Gebiete / Anwohner zu gewähren sollte ein Mindestabstand von mindestens 1500 m gewährleistet sein, dies ist nicht gegeben. Diese Regelung gilt Bundeseinheitlich, somit auch für Osten/ Isensee.
P077		P77.09	SO 31	Durch die Windenergie wird eine starke Beeinflussung des Immobilienwerts erzeugt, so dass die heutige Qualität des Eigentums grundlegend negativ verändert. Was zur Folge hat das eine Veräußerung des Eigentums nur erheblich unter Wert möglich wäre, daher würden wir die entsprechende Wertminderung bei den Verursachern Betreiber, Landwirt, Kreis einklagen und geltend machen.
P077		P77.10	SO 31	<u>Natur / Landwirtschaft</u> Wir sind ein Touristengebiet und leben mit der Natur im Einklang. Es würden dadurch Wald und Wildtierbestände gefährdet, dies ist eine Störung der Brut und Nistgebiete.
P077		P77.11	SO 31	Hinzukommen diese Flächen sind landwirtschaftliche Nutzflächen. Und es geht hier auch um die Erhaltung der Biosphäre und um nachhaltige Nutzung der Landwirtschaft. Es liegt hier ein Nutzungskonflikt vor.
P077		P77.12	SO 31	Dann muss der Umweltbericht 2014 überarbeitet werden, denn dieser ist fehlerhaft und unvollständig. Die Fläche Osten/ Isensee überschneidet sich am Nordrand immer noch mit einem ausgewiesenen „Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft“

P077		P77.13	SO 31	Es wurden eine Mehrzahl an schützenwerten Arten in dem geplanten Gebiet festgestellt. Zu den schützenwerten Arten gehören eine Reihe von Rote Liste, die in Niedersachsen als besonders oder streng geschützt gelten. Die in der Roten Liste aufgeführten Arten wurden während der Brutsaison festgestellt, was auf eine wahrscheinliche Brut schließen läßt. Es sind hier der Weißstorch zu Hause, ebenso die Waldohreule, Feldlerche, Bekassine, Kiebitz sowie Rohrweihe, Fledermäuse, Milan und viele andere. Daher ist die Errichtung eines Windparks in der Natur und zum Schutz dieser fragwürdig.
P077		P77.14	A	Was auch mal zu bedenken wäre, wäre die Investoren, daz uzubringen, in Leitungen der vorhanden Offshore Anlagen zum Festland zuinvestieren, damit wäre vielen geholfen, so würden die Windkraftträder dann auch einen effektiven Nutzen bringen, statt stehtig neue Parks zubauen.
P078		P78.01	SO 30	wir als SPD-Fraktion im Rat der Samtgemeinde Börde Lamstedt möchten zum Entwurf des RROP folgende Stellungnahme zum Standort Odisheim/Stinstedt abgeben: Die SPD-Fraktion im Rat der Samtgemeinde Börde Lamstedt hat keine Bedenken gegen die Ausweisung eines Windparks am Standort Odisheim/Stinstedt. Wir unterstützen daher den Beschluss des Rates der Gemeinde Stinstedt auf Änderung des Flächennutzungsplanes für die Errichtung eines Windparks Odisheim/Stinstedt mit einer Gesamthöhe der Windenergieanlagen von 186m.
P078		P78.02	SO 30	Grundsätzlich ist aus unserer Sicht eine höchstmögliche, umweltverträgliche Effizienz eines Windparkstandortes im Sinne der Zielsetzung des EEG anzustreben. Naturschutzrechtliche Belange in Bezug auf Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt sind auf der nachgelagerten Planungs- und Zulassungsebene detailliert zu prüfen und zu bewerten.
P079		P79.01	SO 35	mit der Überarbeitung des zur Zeit gültigen RROP unter Berücksichtigung „harter“ und „weicher“ Standortfaktoren ist die Vorrangfläche für Windenergie in Sellstedt aus dem RROP herausgefallen. Die vier errichteten Anlagen haben jedoch Bestandsschutz.

P079		P79.02	SO 35	Es ist Ihnen bekannt, dass der Bürgerverein Gegenwind Sellstedt e.V. nachweisen konnte, dass in dem Landschaftspflegerischen Begleitplan, der ursprünglich zum Bauantrag erstellt worden war, wesentliche avifaunistische Belange falsch dargestellt worden waren. Wir waren von Anfang an davon überzeugt, dass dieser Windpark niemals hätte gebaut werden dürfen.
P079		P79.03	SO 35	Wir verweisen daher nochmals auf unser Schreiben vom 17.10.10, in dem wir folgendes dargestellt hatten: „Inzwischen sind seit Jahren vier WKA in Betrieb und stellen nicht nur für viele Sellstedter Bürger eine erhebliche Beeinträchtigung ihrer Wohn- und Lebensqualität dar, sondern sie bedrohen auch nach wie vor zahlreiche Tiere, die unter Artenschutz stehen, insbesondere Fledermäuse, Greifvögel, Kiebitze, Zwerg- und Singschwäne, Gänsearten und Kraniche. Die FFH- und Naturschutzgebiete rund um den Sellstedter See, Silbersee, Bülter See, Apeler See und die angrenzenden Niederungen entwickeln sich zunehmend zu Refugien für seltenste Vogelarten, die durch keine weiteren Windräder, auch nicht durch das Repowering der vorhandenen Windparks, gefährdet werden dürfen. Seit Monaten sind rund um Sellstedt, vor allem in den Niederungen der Rohr, der Grove und der Geeste große Trupps von Kranichen zu beobachten, deren Zahl stetig zunimmt.“
P079		P79.04	SO 35	An dieser Beschreibung hat sich nichts geändert. Im Gegenteil, die Anzahl der Vögel und Vogelarten erhöht sich stetig. So waren im letzten Spätsommer / Herbst jeden Abend in der Rohrniederung ca. 200 Kraniche auf der einen Seite der Rohr und gleichzeitig 350-400 Kiebitze auf der anderen Seite der Rohr bei der Nahrungssuche zu beobachten.
P079		P79.05	SO 35	An einem der letzten sonnigen Sonntage im Oktober fand in Wehdel ein Tontaubenschießen statt, die Schüsse hatten zur Folge, dass die Kraniche immer wieder aufflogen und verstört in alle Richtungen auseinander flogen, versuchten, wieder eine Formation zu bilden, jedoch jeder Schuss wieder zur panikartigem Flugverhalten führte. Die Vögel bereiteten sich aber bereits auf den Abflug in die Winterquartiere vor und mussten Kräfte sammeln, das Tontaubenschießen hat sie völlig verstört.

P079		P79.06	SO 35	Inzwischen sind außer in starken Frostperioden ganzjährig Kraniche zu sehen und zu hören, wenn auch nicht in so großer Zahl. Es scheint mindestens zwei Brutpaare zu geben, eines ist um die Rohrniederung zu beobachten, das andere um den Polder Glies. Abends fliegen alle Kraniche nach wie vor in Richtung Sellstedter See.
P079		P79.07	SO 35	Um die Weihnachtstage 2013 haben ca. 2.500 – 3.000 Gänse die gesamte Rohrniederung „abgegrast“, einige Fotos hängen wir diesem Schreiben an, das wir Ihnen auch als Mail zukommen lassen werden. Für die Singschwäne war dann in dieser Saison kaum noch Nahrung übrig, sie haben sich nicht so lange aufgehalten wie sonst und sind in Richtung Sellstedter See längere Zeit beobachtet worden.
P079		P79.08	SO 35	Die Kiebitze dürften wiederum kaum Bruterfolge in diesem Jahr gehabt haben durch das Walzen der in Frage kommenden Flächen im frühen Sommer. Aber auch sie sind nach wie vor zahlreich zu beobachten.
P079		P79.09	SO 35	Für die Fledermäuse war die Witterung zur Aufzucht von Nachwuchs wohl positiv. Außer Abendseglern und Breitflügelfledermäusen sind auch vermehrt wieder Zwergfledermäuse unterwegs. Eine Studie der Leibniz-Universität Hannover sagt aus, dass die Windräder jedes Jahr Zehntausende Fledermäuse töten. Wir fordern daher nochmals eine Abschaltung der Windkraftanlagen, wenn die Tiere aktiv sind.
P079		P79.10	SO 35	In unserem Schreiben vom 17.10.10 heißt es weiter: "Die Kraniche sind jeden Morgen und jeden Abend zu hören, oft auch zu sehen und scheinen die Nächte am Sellstedter See zu verbringen. Die Interaktionen zwischen den Seen sind täglich zu beobachten, bei Nebel fliegen die Vögel so niedrig, dass die vier WKA in Sellstedt immer wieder eine Bedrohung darstellen und sicherlich auch schon zu Verlusten geführt haben.
P079		P79.11	SO 35	Die ehemaligen Klärteiche im Vorranggebiet sind nach wie vor Lebens- und Nahrungsraum von unzähligen Fröschen, Fledermäusen, Libellen, Schwalben, seltenen Enten und vielen anderen schützenswerten Tieren und Pflanzen, zum Teil ist die Anlage bereits als Biotop unter Schutz gestellt worden.
P079		P79.12	SO 35	Mit der Fortschreibung des RROP muss unbedingt sichergestellt werden, dass die Feuchtwiesen und die noch verbliebenen Wallhecken in der Rohrniederung erhalten bleiben, damit der Lebensraum für Wiesenbrüter, Störche, Greifvögel, Fledermäuse, Lurche, Insekten bewahrt wird.

P079		P79.13	SO 35	Auf keinen Fall darf es zu einem Repowering des Windparks Sellstedt kommen ! Jeder weitere Eingriff in dieses Gebiet wäre ein Verstoß gegen den Artenschutz !“
P079		P79.14	SO 35	Auch diese Fakten sind immer noch gültig. Angesichts des Verlustes des Landschaftsschutzgebietes auf Bremerhavener Gebiet durch den Bau des IKEA-Komplexes wird die Rohrniederung noch mehr zum Refugium für alle o.g. Tiere werden. Deshalb fordern wir, dass außer dem Bestandsschutz keine weiteren Genehmigungen erteilt werden.
P079		P79.15	SO 35	Wir möchten auch nachdrücklich nochmals auf die erhebliche Schallbelastung ab ca. Windstärke 4 - 5 hinweisen. Je nach Windrichtung sind entweder das „alte Dorf“ in Richtung Krummvordel oder aber die Bahnhofstrasse bis weit in die Siedlung Richtung Mühlenweg betroffen. Wir bezweifeln, dass die zulässigen Schallwerte noch eingehalten werden. Der Abstand der Anlagen zur Wohnbebauung ist viel zu gering. Auch das hatten wir von Anfang an bemängelt, leider ohne Erfolg.
P079		P79.16	SO 35	Da ein Abriss von bestehenden Anlagen auf dem Klageweg nur unter erheblichem zeitlichen Aufwand und unter erheblichen Kosten möglich ist, und selbst bei Erfolg nicht umgesetzt wird, wie in Lamstedt, werden wir wohl mit den vier Anlagen leben müssen. Aber mehr geht nicht!
P080		P80.01	SO 12	hiermit möchte ich mich gegen den für Hemmoor - Bröckelbeck geplanten Windpark aussprechen und dies im folgendem begründen. Ich bin -als gebürtiger Hamburger- vor 15 Jahren aus dem Hamburger Umland nach Hemmoor - Bröckelbeck gezogen und habe hier das gefunden, wovon viele insbesondere in der heutigen Zeit träumen. NATUR, RUHE und eine intakte Nachbarschaft. So kann man in der heutigen hektischen Zeit abschalten, nach Feierabend und hat auch Lust sich noch in der Gemeinschaft einzubringen. Die derzeitigen Pläne des Windparks und besonders die extreme Höhe haben mich aus diesen Träumen gerissen und in der Realität ankommen lassen. Nun stellt sich für mich in erster Linie die Frage: Warum brauchen wir hier diesen Windpark und wem nutzt er ?
P080		P80.02	SO 12	Sicher bin auch ich kein Freund der Atomenergie und unterstütze die Energiewende. So ist ein Ausbau der Offshore-Windenergie und Solarenergie für die Bevölkerung meiner Meinung nach am geringsten belastend.

P080		P80.03	SO 12	Außerdem sind nach meiner Kenntnis im Landkreis Cuxhaven die (bei gleichmässiger, gerechter Verteilung) geforderten 300 MB mit aktuell 500 MB schon fast verdoppelt. Warum muss also in einem Bereich wie Bröckelbeck auf Krampf noch ein Windpark und dann mit diesen Magaausmaßen entstehen?
P080		P80.04	SO 12	Wem nützt dieser Windpark ? In erster Linie wohl doch dem Betreiber, der aber Jahrzehnte Förderungen aus unser aller Steuergeldern einstreichen kann.
P080		P80.05	U, SO 12	Die Gutachten zum Landschaftsbild und auch zur Tier-und Pflanzenwelt halte ich für sehr geschönt im Sinne des Genehmigungsverfahrens. Ein solches Landschaftsbild sucht im Bereich des Landkreises Cuxhaven seines gleichen und würde durch diesen MeGa-Windpark völlig zerrissen.
P080		P80.06	SO 12	Seit ich in Bröckelbeck wohne , habe ich festgestellt, dass sich verschiedenste Tierarten angesiedelt haben und eine hohen Bestand haben. Insbesondere Greifvogelarten überfliegen regelmässig Bröckelbeck und nutzen den Bereich Westerberg-Balksee als Brut-und Jagdrevier.
P080		P80.07	SO 12	Auch der Seeadler wurde nachweislich schon bei uns gesehen und fliegt auch in Richtung des geplanten Windparks.
P080		P80.08	SO 12	Auch hat sich im letzten Jahr ein Storchpaar auf unserem Hof angesiedelt und wurde erst durch die Erneuerung der Hochspannungsleitungen Richtung Wingst vertrieben. Das Nest wurde aber bereits wieder von Einzeltieren besichtigt.
P080		P80.09	SO 12	Das Vogel- und auch Fledermausmonitoring liegt bereits zu weit zurück und ist überholt.
P080		P80.10	SO 12	In Gesprächen mit der Familie, Freunden und Bekannten über das Thema Windpark Bröckelbeck herrscht völliges Unverständnis, wie man einen solchen Bereich überhaupt ins Auge fassen kann. Alle kommen immer gerne hierher um uns zu besuchen und auch die Idylle zu geniessen und das touristische Angebot unserer Region zu nutzen. Jedesmal sind alle begeistert und komme gerne wieder, umso unverständlicher ist für sie nachzuvollziehen, warum hier mit Druck solch ein Mega-Projekt entstehen soll, wo es doch mittlerweile genügend umwelt- und naturschonendere Energiegewinnungsmöglichkeiten gibt, die sogar ausgebremst werden (Offshore), da der Bedarf zur Zeit garnicht gesehen wird.

P080		P80.11	SO 12	Im letzten Jahr wurde u.a. im Bereich Westersode/Bröckelbeck aktiv durch Bürger an der Dorferneuerung mitgearbeitet und Pläne für die Zukunft vorangetrieben, damit unsere Heimat für uns und nachfolgende Generationen attraktiv und lebenswert bleibt. Nun soll dies alles durch einen Mega-Windpark, der sogar weit über die Grenzen Hemmoors zu sehen sein wird, über den Haufen geworfen. Ausgleichsflächen irgendwo im Landkreis nützen hier niemanden etwas.
P080		P80.12	SO 12	Auch die Gesundheitsfolgen sind insbesondere bei immer höher werdenden Anlagen mit Langzeitstudien noch garnicht belegbar und beruhen allenfalls auf Hochrechnungen.
P080		P80.13	SO 12	Ferner ist für viele Einwohner rund um den geplanten Windpark, das selbstbewohnte Eigenheim auch eine Altersvorsorge in der Hoffnung hier möglichst lange wohnen und später nötigenfalls eine Pflege zu finanzieren. Ein Windpark dieses Ausmaßes würde zu einem erheblichen Wertverlust der Immobilien führen. Wer ersetzt diesen Wertverlust?
P080		P80.14	SO 12	Auch unsere Kinder haben schon gesagt, dass sie unter diesen Voraussetzungen, nach Beendigung der Ausbildung/Studium nicht daran denken wieder nach Hemmoor bzw. Bröckelbeck ziehen wollen und ihre Kinder hier großziehen.
P081		P81.01	SO 04	Der geplante Windpark liegt in einem rund zehn Quadratkilometer Gebiet, das bisher nicht durch befestigte Wege erschlossen wurde und relativ ungestört ist. Die Gackauniederung, in der ein Großteil des Windparks entstehen soll und den Raum komplett durch schneiden würde, ist unter L 2618-01 als landschaftsschutzwürdig eingetragen.
P081		P81.02	U, SO 4	Das Gebiet ist aufgrund der nachgewiesenen "planungsrelevanten Arten" nach dem Artenschutz für Windenergieanlagen (WEA) ungeeignet. Begründung: Im Umweltbericht zur Fortschreibung des RROP Teilabschnitt Windenergie Teil II C zu 1.2.2.4 Standort Bramstedt wird auf Seite 23 von einer "erheblichen Umweltauswirkung bei einem Kriterium" ausgegangen. Das Planungsbüro Bosch und Partner führt dazu die auch in 2014 erfolgreiche Brut des Wespenbussards an.
P081		P81.03	SO 04	Keine Erwähnung finden weitere relevante windenergieempfindliche Vogelarten wie Uhu, Kranich, Weiß- und Schwarzstorch, Rohrweihe und Rotmilan, die im Umfeld des Plangebiets brüten und das Gebiet zur Nahrungssuche nutzen.

P081		P81.04	SO 04	Im Sommer des vergangenen Jahres (2013) wurde ein Uhu-Nachweis bei der unteren Naturschutzbehörde eingereicht, der Kadaver eines Jungvogels wurde im Oktober 2013 vom Amt gesichert. Auch in 2014 erfolgte eine Brut des Uhu im Loher Wald, drei Jungtiere sind dem Landkreis gemeldet worden.
P081		P81.05	SO 04	Weiter brütet der Kranich am Harrendorfer Grenzgraben, südöstlich vom geplanten Windpark. In diesem Jahr (2014) mit erfolgreicher Brut und Aufzucht von drei Jungtieren. Zur Zeit halten sich täglich 9 Kraniche in der Gackau-Niederung/Harrendofer Grenzgraben auf.
P081		P81.06	SO 04	Der Weißstorch, der sowohl in Stubben, wie in Bokel in 2014 erfolgreich gebrütet hat, hält sich regelmäßig im Plangebiet auf.
P081		P81.07	SO 04	Der Schwarzstorch nutzt die Gackau-Niederung als Nahrungsgebiet, ebenso der Rotmilan. Beide Arten brüten im Bereich des Giehler Baches bei Lübbberstedt. Es ist für diese Arten kein weiter Weg bis zum Plangebiet.
P081		P81.08	SO 04	Die Rohrweihe nutzt das Plangebiet ebenfalls. Im Atlas der Brutvögel in Niedersachsen und Bremen 2005- 2008 (Herausgeber NWLKN Heft 48, Hannover 2013) wurde die Rohrweihe kartiert, weshalb ihr Vorkommen in der Kartierung des Plangebietes nicht mehr erwähnt wird, kann nicht nachvollzogen werden.
P081		P81.09	SO 04	Zwei Bussardpaare, ebenfalls mit erfolgreicher Brut sowie ein Brutpaar der Wachtel am Harrendorfer Grenzgraben zeigt die Bedeutung der Gackau-Niederung für eine Vielzahl von Vogelarten.

P081		P81.10	SO 4	<p>Weitere Bemerkungen zum Plangebiet:</p> <p>Das WEA-Vorranggebiet in Bramstedt (Lohe) wurde um einen Teilbereich verkleinert. Die Verkleinerung soll auf die im April 2014 (!) genehmigte Flächennutzungsplanänderung (FN) Nr. 57 der Gemeinde Hagen jedoch keine Auswirkung hinsichtlich der Größe haben. Als Grund nennt der Landkreis das "Gegenstromprinzip", das hier jedoch nicht greift. Es war nicht der ausgesprochene Wille der Gemeinde, den FN auf zu stellen, sondern erfolgte auf Antrag und Drängen der Investorfirma, die selbstverständlich dafür die Kosten trug. Dies ist auch daran ersichtlich, dass die Stellungnahme der Gemeinde Hagen (Vorlage-Nr: 149/ 2014 -2016 vom 16.07.2014), zum Plangebiet nur aus einem Obersatz besteht: "Im Rahmen des sogenannten Gegenstromprinzips ist bei der Überarbeitung des RROP der Planungswillen der Gemeinde zu berücksichtigen, sofern dieser den Zielen der Raumordnung nicht entgegensteht." Es fehlt jede weitere Begründung der Gemeinde Hagen, worin ein eigenständiges Interesse der Gemeinde, an der Einhaltung der F-Planung bestehen würde. Ein solches Interesse besteht auch de facto nicht, da es sich ausschließlich um das Interesse der Investorenfirma handelt.</p>
P081		P81.11	SO 4	<p>Weshalb der F-Plan ohne weiteren Einwände im April 2014 durch den Landkreis genehmigt worden ist, obwohl das Uhu- und Wespenbussardvorkommen im Plangebiet bekannt war, kann nicht nachvollzogen werden. Ein "gewisser Vertrauensschutz" ist durch einen F-Plan für die Investorfirma nicht gegeben, denn eine Baugenehmigung kann erst nach Abschluss sämtlicher Behördenprüfungen erteilt, aber auch versagt werden. Während eines laufenden Genehmigungsverfahrens nach Bundesimmissionsschutzgesetz kann grundsätzlich keine Aussage über die abschließende Genehmigungsfähigkeit eines beantragten Vorhabens getroffen werden.</p>

P081		P81.12	SO 4	Vertrauensschutz kann die Investorfirma auch nicht dadurch erlangen, wenn bereits Ausgaben getätigt wurden. Tatsächlich hat die Investorfirma ihre Pachtverträge mit den Eigentümern abgeschlossen, als das RROP 2012 noch nicht einmal zur Diskussion stand. Ebenfalls zahlt sie seit zwei Jahren Abschläge auf die bald zu erwartenden Pachterträge. Der Vertrauensschutz der Fa. Windenergie Kontor AG könnte auch durch die Vorfälle im Winter 2012/13 weggefallen sein. Wie dem Landkreis Cuxhaven bekannt ist, hatte die Gemeinde Bramstedt auf Geheiß der Investorenfirma mehr als 100 Eichen und Buchen gefällt, darunter Teile einer kartierten Wallhecke. Vermutlich wurden mit der Fäll-Aktion die für die Errichtung von Windenergieanlagen störenden und hier ansässigen Fledermäuse vergrämt oder vernichtet. Ebenso rodete der Bauhof der Gemeinde Bramstedt etliche 100 Meter Feldhecken und ein kartiertes Feldgehölz. Der damalige Bürgermeister von Bramstedt hatte in einer öffentlichen Ratssitzung den Auftrag der Rodungsarbeiten durch die Investoren eingeräumt. Der einzige, der von den Rodungsarbeiten profitierte war die Investorenfirma.
P081		P81.13	SO 4	Wer ohne Genehmigung massiv in Natur und Landschaft eingreifen lässt und Brutreviere von Fledermausarten, die ihren Planungen entgegenstehen, rechtswidrig beseitigen lässt, kann keinen "Vertrauensschutz" für sein Vorhaben geltend machen.
P081		P81.14	SO 4	Weiter verweise auf meine umfangreiche Stellungnahme zum RROP 2012 vom 14.09.2010.
P082		P82.01	SO 09	Im Rahmen der Neuaufstellung des RROP bitten wir um die Einstellung des Genehmigungsverfahrens für die Vorrangfläche Geversdorf/Oberndorf im RROP 2014, da die aktuelle Rechtsprechung hierfür von einer Festlegung als "harte Tabuzone" ausgeht. Die Fläche würde somit einer Windenergienutzung nicht zur Verfügung stehen.
P082		P82.02	SO 09	Der geplante Windpark würde unseren Lebensraum unzumutbar und inakzeptabel beeinträchtigen. Unser Haus X (Adresse im Zuge der Veröffentlichung anonymisiert) liegt nur 500 m vom geplanten Vorranggebiet entfernt. Wir befürchten unzumutbaren Lärm und Schattenschlag wie auch gesundheitsgefährdenden Infraschall.
P082		P82.03	SO 09	Sind die Infraschalluntersuchungen von behördlicher Seite z.B Gesundheitsbehörde begleitet worden ? Die Anhaltswerte — zulässige Grenzwerte — sind gegenüber 2011 wieder erhöht worden. Ist das hier berücksichtigt worden?

P082		P82.04	SO 09	In einem Umkreis von 500 bis 1000 um die Vorrangflächen "Gevendorf/Oberndorf und Oederquart/Wetterdeich" befinden sich ca. 150 Wohngebäude. Ohne die kumulative Wirkung der beiden Windparks zu berücksichtigen, wird alleine der Grenzwert, TA- Lärm in nahezu allen Immissionswerten überschritten.
P082		P82.05	SO 09	Ebenso werden die zulässigen Beschattungsdauern teilweise um ein vielfaches überschritten.
P082		P82.06	SO 09	Es zeigt sich, dass die Abstände zur Wohnbebauung deutlich zu gering gewählt worden sind und damit hohe Abschaltzeiten die Wirtschaftlichkeit dieses Windparks in Frage stellen.
P082		P82.07	SO 09	Im Erläuterungsbericht des Urteils des OVG-Lüneburg v. 14.05.2014 steht unter anderem, "das man schon diese Abstände zum Anlass nehmen kann um auf die Ausweisung des Gebietes zu verzichten, sofern er der Windenergienutzung im Übrigen hinreichend Raum gibt". Es ist wohl unstrittig, dass das Soll der Energiegewinnung im Landkreis Cuxhaven durch Windkraftanlagen bei weitem erfüllt ist.
P082		P82.08	SO 09	Aufgrund der gesundheitlichen Schäden, die von den modernen 200m hohen Anlagen ausgehen, fordern Experten einen Mindestabstand der 10fachen Höhe zu jeglicher Wohnbebauung. In einigen Bundesländern ist das schon umgesetzt worden und auch das Land Niedersachsen denkt darüber nach (siehe NEZ v. 13.8.14)
P082		P82.09	SO 09	Wir wehren uns auch gegen die Zerstörung von Landschaft und Natur in diesem sensiblen Gebiet der Ostemarsch mit angrenzenden FFH-Gebieten, dem Naturschutzgebiet Schnook und der Oste als Vogelzugleitlinie. (siehe anhängende Karte). Die Belange des Artenschutzes sind Ihrer Behörde hinlänglich bekannt Siehe Stellungnahmen der Unteren Naturschutzbehörde LK Cuxhaven und Gutachten Dr. Schreiber v. 2013 und Begutachtung Bosch + Partner, sowie das Grundsatzpapier RROP 2014 vom BUND.
P082		P82.10	SO 09	Das Storchennest auf unserem Grundstück XXX (Adresse im Zuge der Veröffentlichung anonymisiert) wurde zuerst 2013 und auch seit dem 23. März 2014 regelmässig besucht (siehe Fotos im Anhang). Die Störche sind den ganzen Sommer über auf Nahrungssuche auf den umliegenden Äckern und Wiesen. Damit wird deutlich, dass die Vorrangfläche mitten in einem Storchengebiet ausgewiesen wurde und damit der vorgeschriebene Abstand nicht eingehalten wird.

P082		P82.11	SO 09	Aus diesen von uns erwähnten Gründen, ersuchen wir Sie auf die Ausweisung des Vorranggebietes "Geversdorf/Oberndorf" zu verzichten.
P083		P83.01	SO 31	als Eigentümerin einer kleinen, aber feinen Immobilie am X (Adresse im Zuge der Veröffentlichung anonymisiert) erhebe ich Einwände gegen die erneute Ausweisung des Flächenplanes Osten-Isensee. Ich habe das kleine Rettdachhäuschen 2006 als Ferienhaus und späteren Aterswohnsitz erworben. In Ihren schönen Landkreis wollte ich wegen der Natur und Ruhe ziehen. Inzwischen habe ich bereits jede Menge Geld an den Landkreis gezahlt, auch teilweise äußerst fragwürdige Dinge. Wie unter anderem für eine 6.500,-€ teure Kläranlage für ein 63 qm großes Ferienhaus. Nebenan güllt der Bauer regelmässig — ungeklärt! Aber ich schweife ab. Daran wird mein „heiliger“ Zorn sichtbar.
P083		P83.02	SO 31	Es geht um der Errichtung von Windkraftträdern in einer Entfernung von 500m zu meinem Häuschen. Damit ist es mit Ruhe und Natur vorbei.
P083		P83.03	SO 31	Ich bin entschieden dagegen: — da wir eine Streusiedlung und keine „Häuser mit Einzellage“ sind, eine Siedlung mit ausgesprochen guter Nachbarschaft, die wieder einmütig gegen die Errichtung von Windrädern so nah an ihren Häusern sich wehren wird. Nötigenfalls auch gerichtlich!
P083		P83.04	SO 31	— Da die gesundheitlichen Folgen des Betriebes der Windräder nicht einschätzbar sind.
P083		P83.05	SO 31	— Da es in dem ausgewiesenen Gebiet viele schützenswerte Tierarten gibt
P083		P83.06	SO 31	— Da ich für eine Belebung unserer schönen Region bin und nicht die letzten Touristen und erholungssuchenden Ferienhausbesitzer vertreiben will.
P083		P83.07	SO 31	— Da ich nach wie vor überzeugt bin, dass wir in einer Demokratie leben und 81,3% der Ostener gegen die Windräder gestimmt haben.
P083		P83.08	SO 31	— Da das Soll für die Ausweisung von Windenergie bereits vom Landkreis erfüllt worden ist.
P083		P83.09	SO 31	— Da das Häuschen Wegfährs meine "Altersabsicherung" ist und es wesentlich an Wert verlieren würde.

P083		P83.10	SO 31	Abschließend möchte ich nochmals generell an den Landkreis Cuxhaven appellieren, den Aspekt der Neubürger/Zugezogenen/Ferienhausbesitzer als Bereicherung zu sehen und nicht nur, wie es ein Mit-Ostener Mitbürger auf einer Versammlung richtig sagte, „wir können die vielen Hamburger und Konsorten doch nicht immer nur melken! Ich als Milchbauer muss das wissen!“ Dem kann ich nur zustimmen, auch wenn ich keine Hamburgerin bin, sondern eine Rheinländerin. Ich denke, in mehrfacher Hinsicht kann man gut voneinander profitieren.
P083		P83.11	SO 31	Der Wert von Lebensqualität ist unmessbar. Diese Region hat viele Voraussetzungen für Lebensqualität. Nur wird diese gerade durch unbesonnene Massnahmen zumindest eingeschränkt aus der Motivation des schnellen Geldes heraus. Vernichten wir doch nicht dieses große Gut, das wir in unserem Landkreis haben.
P083		P83.12	SO 31	Ich bin generell nicht gegen alternative Energiegewinnung, auch nicht gegen Windkraft. Aber es gibt genügend ausgewiesene Flächen im Kreis, deren Anwohner mit der Ansiedlung von Windrädern einverstanden sind und deren Gebiete nicht so nah an touristischen Attraktionen wie die Ostener Schwebelfähre liegt. Ist es nicht möglich das Gut der „Lebensqualität“ zu erhalten und auch dadurch Einnahmen zu erzielen? Ich für meinen Teil rühre kräftig die Werbetrommel für den Landkreis Cuxhaven als Ferien- und Erholungsgebiet.
P084		P84.01	A	wie Ihnen bekannt ist, setzt sich der Landesverband Landschaftsschutz Niedersachsen e.V. seit Jahren für den Schutz von Natur und Landschaft und den Erhalt der Heimat ein. Zur Fortschreibung des RROP des Landkreises Cuxhaven macht der LLS folgende Anregungen und Bedenken geltend: Das derzeit gültige RROP wurde in 2012 nach ausführlicher Beratung verabschiedet und sollte eine unkontrollierte Verspargelung der Landschaft abwenden. Die darin ausgewiesenen Standorte sind bis heute noch nicht alle genehmigt bzw. bebaut. Nach aktueller Rechtsprechung sind sogar einige Standorte hinfällig. Wo schon Windkraftanlagen errichtet wurden, sollen diese Bestandsschutz haben. Die Überarbeitung des RROP unter Berücksichtigung "harter" und "weicher" Standortfaktoren soll nun Rechtssicherheit bringen.

P084		P84.02	A	Der LLS hatte mit Schreiben vom 16.09.2010 auch zum jetzt gültigen RROP Anregungen und Bedenken eingereicht, die an Aktualität letztlich nichts verloren haben.
P084		P84.03	A	Da die Offshore-Projekte ins Stocken geraten sind, übt die Windkraftlobby inzwischen massiven Druck auf die Landesregierung und sicherlich auch auf die Genehmigungsbehörden aus, um weitere Standortflächen an Land zu generieren.
P084		P84.04	A	Die Politik sieht angesichts leerer Kassen in Ländern und Gemeinden in erster Linie nur noch eine Einnahmequelle in der Ausweisung weiterer Flächen, die „ökologisch“ gedachte Energiewende wird zum »ökonomischen« Abschöpfen von Steuergeldern beim Stromverbraucher umfunktioniert.
P084		P84.05	A	Der Stromverbraucher zahlt über das EEG nicht nur an die Stromerzeuger und über die Herstellungskosten etlicher Produkte, die durch das EEG verteuert werden sondern die Politik investiert darüber hinaus Milliarden von Steuergeldern in den Ausbau von Infrastruktur zugunsten der Windparkbetreiber. Es ist also damit zu rechnen, dass man sich mit den im aktuellen Entwurf des RROP ausgewiesenen Flächen nicht zufrieden geben wird.
P084		P84.06	A	Daher ist es dringend geboten, den Ausbau der Windenergie im Landkreis Cuxhaven endlich zu deckeln. Die bereits errichteten Windparks sind mehr als genug, der Landkreis hat sein SOLL schon lange erfüllt.
P084		P84.07	E 01	Es wird höchste Zeit, dass angesichts der enormen Höhe der heutigen Anlagen die Abstandsregelung zu jeglicher Wohnbebauung mindestens auf 2000m bzw. auf das 10fache der Anlagenhöhe festgesetzt wird, damit die Wohn- und Lebensqualität der Bewohner anliegender Häuser nicht völlig zunichte gemacht wird. Bayern hat diesen Beschluß bereits gefasst, Baden Württemberg wird sich voraussichtlich anschließen.
P084		P84.08	A	Die Schallbelastung durch das Wummern der Rotoren, aber auch die optisch erdrückende Wirkung, belasten viele Menschen im Landkreis, gesundheitliche Folgen durch Infraschall bleiben unberücksichtigt, soll es angeblich nicht einmal geben.

P084		P84.09	E 01	Wir fordern, dass der Landkreis bei der Festlegung der Windkraftstandorte die daraus resultierenden international bekannten Gesundheitsgefahren berücksichtigt. Dieses wird aufgrund der immer höher werdenden Anlagen mit entsprechend mächtigeren Rotoren wichtiger als je zuvor. Auch aus diesem Grund sind größere Abstände zu jeder Wohnbebauung unverzichtbar.
P084		P84.10	A	Warum benachteiligt die Politik die Menschen in Norddeutschland? Bürger, die Ruhe suchen, lassen sich hier gar nicht erst nieder, andere ziehen entnervt weg. Die demographischen Probleme werden damit noch verstärkt.
P084		P84.11	A	Das EEG, die Energiewende und die damit verbundenen neuen Bauvorschriften zwingen insbesondere ältere Menschen zum Verkauf ihrer Häuser. Die Nähe zu Windparks mindert den Wert der Immobilien bis hin zur Unverkäuflichkeit, ein weiterer Verlust, den die Bürger hinnehmen müssen.
P084		P84.12	A	Die vielen versprochenen Arbeitsplätze sind bis heute nicht entstanden, die Mehrzahl der Arbeitsverhältnisse war befristet bzw. über Leiharbeit geregelt, Hunderte von Arbeitsplätzen wurden bereits wieder abgebaut, einige Unternehmen sind in die Insolvenz gegangen oder haben geplante Projekte begraben. Investitionen in Infrastruktur waren zum Teil vergeblich, also verschwendete Steuergelder.
P084		P84.13	A	Die Bürger im Landkreis Cuxhaven haben durch die schon bestehenden Windparks hinreichend Opfer gebracht. Die Ruhe in der Landschaft ist verloren gegangen, es gibt kaum noch ein Blickfeld ohne Rotoren. Blickt man vom Wasser auf die Küste, sieht man Windräder wie an einer Perlenschnur aufgereiht, nun soll möglicherweise auch der Blick auf das Meer und den Horizont noch zerstört werden.
P084		P84.14	A	Ein "Arbeitskreis" der Landesregierung unter Umweltminister Wenzel besteht aus vierzehn Windkraftlobbyisten und zwei Naturschützern, keiner vertritt in diesem Kreis die Rechte und Interessen der Bürger. Der Ausverkauf der Landschaft wird eingeläutet. Naturschützer werden mit Geldzuwendungen für die Aufwertung verbliebener Flächen in Kompromisse gelockt (siehe IKEA in Bremerhaven, ein Landschaftsschutzgebiet wurde geopfert...). Die Bürger dürfen "Bedenken" äußern, wenn sie direkt als Anlieger betroffen sind. In den meisten Fällen gilt Pech gehabt. Das Gemeinwohl fällt unter den Tisch.

P084		P84.15	A	Es ist „Sale“, Landschaftsschlussverkauf. Windparkstandorte im Cuxland sind ausverkauft! Schluss mit weiteren Windparks! Und dort, wo Windparks errichtet sind, die nach heutigen Kriterien nicht mehr genehmigungsfähig wären, darf es auch keinen Ausbau mehr geben, ein Bestandsschutz ist schon schlimm genug. Was verboten ist, kann man nicht „ein bisschen“ erlauben!
P084		P84.16	A	Die Windparkplaner hassen Fledermäuse, Seeadler, Rotmilan und anderes unter Artenschutz stehendes Getier, weil deren Rechte höher bewertet werden als die der Menschen. Mit NABU und BUND hat die Natur immerhin eine Lobby, die mitreden darf. Naturschutz und Artenvielfalt gegen die Interessen der Windindustrie — ein Spagat, wenn sie andererseits die Windkraft befürworten, wie die Naturschutzverbände es tun.
P084		P84.17	A	Insbesondere Seeadler und Fledermäuse führen zu Problemen bei der Windparkgenehmigung. Umfangreiche Gutachten führen je nach Auftraggeber zu unterschiedlichen Ergebnissen.
P084		P84.18	A	Bei Fledermäusen könnten neue Forschungsergebnisse dazu führen, dass bestehende Anlagen grundsätzlich pausieren müssen, wenn die Tiere aktiv sind.
P084		P84.19	SO 35	Am Polder Glies brüten Seeadler. Vogelkundler am Polder Glies haben beobachtet, dass in diesem Jahr die begonnene Brut abgebrochen wurde, wie auch in Kührstedt. Als Ursache werden Ultraleichflugzeuge aus Kührstedt als Störfaktoren vermutet. Könnte es vielleicht möglich sein, dass hier auch mutwillig auf andere Weise gestört wurde.
P084		P84.19	SO 2	Bei Kührstedt brüten Seeadler. Vogelkundler am Polder Glies haben beobachtet, dass in diesem Jahr die begonnene Brut abgebrochen wurde, wie auch in Kührstedt. Als Ursache werden Ultraleichflugzeuge aus Kührstedt als Störfaktoren vermutet. Könnte es vielleicht möglich sein, dass hier auch mutwillig auf andere Weise gestört wurde.
P084		P84.25	A	Das Weltnaturerbe Wattenmeer und wunderschöne Natur- und Landschaftsschutzgebiete machen das Cuxland einzigartig für Bewohner und Touristen. Retten Sie diesen Schatz und bewahren Sie das Cuxland vor weiteren Beeinträchtigungen.
P084		P84.26	A	Der LLS fordert: • Keine weiteren Windkraft-Standorte im Cuxland
P084		P84.27	A	• Abstand zu jeglicher Wohnbebauung: mindestens 2000m bzw. die 10fache Anlagenhöhe

P084		P84.28	A	• Landschafts- und Naturschutzgebiete sowie Wälder müssen unangetastet bleiben
P084		P84.29	A	• Abschaltregelungen bei Fledermausvorkommen
P084		P84.30	A	• Verbot von Windkraftanlagen bei Seeadlervorkommen
P085	A	P85/A.01	SO 2	ich bin Eigentümer der Grundstücke X (im Zuge der Veröffentlichung anonymisiert) im folgenden Pastorenmoor. Gegen die Ausweisung des Vorranggebietes Bederkesa /Alfstedt bestehen meine Bedenken im Wesentlichen fort, insofern verweise ich auf meine Stellungnahme vom 15.1.2014 (Anlage als Bestandteil dieser Einwände)
P085	A	P85/A.02	SO 2	Sie wird zusätzlich gestützt durch die Neufassung des Landesraumordnungsprogramms (im Entwurf), das den Erhalt des Erholungswertes der Landschaft ausdrücklich als Ziel der Raumordnung (Ziele 07) hervorhebt.
P085	A	P85/A.03	SO 2	Vorranggebiete mit Freiraumfunktion (Ziff 3 Abs 03) werden gar nicht ausgewiesen. Hier wäre gerade der Bereich Bad Bederkesa mit dem FHH Gebiet Wald und See Höhenrücken und Landschaft zwischen den Wäldern Drangstedt u Kührstedter Holz Gebiete, die nach Zi 312 –Natur u Landschaft - als wertvoll zu erhalten sind, nun aber durch den zusätzlichen Ausweis des Windparks Bederkesa gefährdet werden.
P085	A	P85/A.04	SO 2	Der Blick von der denkmalgeschützten Mühle zeigt bereits heute die gravierende Zerstörung des Landschaftsbildes durch die im 10 km Radius aufragenden Türme der Windparks Wittgeeste , Ringstedt u Flögeln. Deshalb darf das Pastorenmoor nicht auch noch „ zugestellt“ werden, da es sich hier um einen wertvollen Teil der Erholungslandschaft handelt.
P085	A	P85/A.05	SO 2	Die wesentlichen Zielaussagen der Neufassung des Landesraumordnungsprogramms und die Umsetzung in Vermeidung von Landschaftsbildzerstörung wertvoller Gebiete und landschaftsgebundener Erholung werden im ausgelegten RROP nicht berücksichtigt. Dies ist bei der Ausweisung von „ Eignungsgebieten“ aber erforderlich aus der Sicht des LROP. Vgl auch NLT Arbeitshilfe Naturschutz und Windenergie vom 21.01.2014)

P085	A	P85/A.06	SO 2	Auch der Hinweis auf die vollständige Rückbauverpflichtung ist zwar angeführt, wird aber wie schon im Diskussionsbeitrag von Herrn Leonhard anlässlich der Vorstellung der Neufassung des RROP ausgeführt, faktisch nicht möglich sein. Hier hat der Landkreis Vorkehrungen zu treffen, dass durch die Aufgabe der Höhenbegrenzung ein Rückbau auch technisch möglich ist.
P085	A	P85/A.07	SO 2	Hiervon sind meine Grundstücke besonders betroffen. Sie sind im Übrigen auch Überfluggebiet beider Seeadler aus dem Löhbusch mehrfach durch Fotos und Zeugenaussagen dokumentiert.
P085	A	P85/A.08	SO 2	Ebenfalls ist die Brut einer Sumpfohreule in den freien Flächen des Moores in Vorjahren durch Zeugen belegt.
P085	A	P85/A.09	SO 2	Das Gebiet liegt auch im Flugkorridor vieler Gänsearten während der herbstlichen Züge von den nördlich gelegenen Seen nach Süden.
P085	A	P85/A.10	SO 2	Trotz anderslautender Beschlüsse im alten nicht rechtsgültigen RROP 2012 ist auch die Reduktion der Abstände zwischen den Windparks nicht rechtssicher und daher wieder auf 5 km zu erweitern.
P085	A	P85/A.11	SO 2	Die „Abwägung“ waldreiches Gebiet ist, wie auch inzwischen deutlich im Umfeld zu sehen, insbesondere beim Windpark Flögeln/Stüh und seiner Höhen, unzureichend. Die kompletten Rotoren sind in Bederkesa von fast allen Standorten waldüberragend sichtbar.
P085	B	P85/B.01	A	Eine Standortplanung sollte substantiell das Infraschallthema abarbeiten. Ein Verzicht halte ich für fehlerhaft. <u>Begründung:</u> Trotz der immer wieder behaupteten Aussage, der Infraschall habe keinen Einfluss auf die Wohnbevölkerung ist vielfältig in der Literatur die Infraschallproblematik bei Tieren erforscht und belegt. Studien zu Großsäugern, Vögeln, Fischen dürften Ihnen bekannt sein. Die Auswirkungen auf Menschen werden negiert oder als unerforscht bezeichnet. Ich muss aber voraussetzen, dass Ihnen Veröffentlichungen zu diesem Thema vorliegen (Quambusch, Laufer, Alves Pereira, Branco oder Nina Pierport).
P085	B	P85/B.02	A	Die Auswirkungen auf Menschen werden negiert oder als unerforscht bezeichnet. Ich muss aber voraussetzen, dass Ihnen Veröffentlichungen zu diesem Thema vorliegen (Quambusch, Laufer, Alves Pereira, Branco oder Nina Pierport). Sie alle empfehlen 2 km Abstand zu Wohngebäuden.

P085	B	P85/B.03	E 01	Die behördlichen Hinweise auf VDI-DIN-ISO Vorschriften sind untauglich, wie auch die umfangreich vorliegenden Messungen in Dänemark und Holland belegen.
P085	B	P85/B.04	A	Der politisch gesetzte Abstand von 1000 m oder weniger ist weder abgewogen noch belegbar gerechtfertigt. Eine Standortplanung hat aber dies im Vorfeld zu berücksichtigen.
P085	C	P85/C.01	A	<p>1. Nach der Ablehnung der Windparkplanung an gleicher Stelle im Jahre 2004 und der darauf hin erfolgten Nichtausweisung im Regionalen Raumordnungsprogramm habe ich im Vertrauen auf diese Entscheidung die oben genannten Grundstücke in der Grösse von rd. 13 ha erworben. Sie haben einen hohen landschaftlichen und naturräumlichen Wert, der bereits den Vorbesitzer X (im Zuge der Veröffentlichung anonymisiert) veranlasst hat, dieses Gelände von der Kirchengemeinde zu erwerben und damit vor der Kultivierung zu schützen. Dieser Wert war ebenfalls Motiv meines Kaufes im Jahre 2007 nach dem Tod von X (im Zuge der Veröffentlichung anonymisiert). Die nunmehr erneut initiierte Planung umschließt das Pastorenmoor von allen Seiten und mindert damit seinen Wert, sowohl objektiv wie subjektiv, dramatisch. Bei Realisierung der Planung, ist diese Wertminderung auszugleichen und wird von mir ggfls als Schadensersatz geltend gemacht.</p>
P085	C	P85/C.02	SO 02	<p>2. Die der Planung zugrundeliegende naturräumliche Karte ist fehlerhaft und entspricht nicht den örtlichen Gegebenheiten. Es ist davon auszugehen, dass die erforderlichen Korrekturen Einfluss auf die Ausweisung haben. Nur einige Beispiele, hier nicht vollständig. Sie zeigen aber die mangelhafte Arbeit der Planer des Windparkprojektierers als Grundlage der Planung eines so landschaftsprägenden Industrieparks und unterstreichen die im Bauausschuss der Gemeinde Bad Bederkesa erhobene Forderung nach einer UVP, der ich mich ausdrücklich anschließe.</p> <ul style="list-style-type: none"> • An der Gemeindegrenze zu Alfstedt verläuft in ganzer Breite meiner Grundstücke ein geschützter Wall mit alten Eichen und Königsfarnbestand. • Obwohl sonst Wälle ausgewiesen sind, ist dieser nicht dargestellt, dito an der Seite zu Jungs Tannen der Wall parallel zum Pastorenmoor. • Die Flächen zu Jungs Tannen sind als Grünland dargestellt, obwohl seit Jahren Maisacker, die Ausgleichsfläche Baugebiet Hof Eckhoff als Acker etc.

P085	C	P85/C.03	SO 02	3. Die die Vorrangflächen umschließende gestrichelte 60-m Linie im Planentwurf der Gemeinde ist um meine Grundstücke herum nicht zulässig, da damit die Pufferzone reduziert wird. Die Gemeinde begründet das mit dem Hinweis auf den Landkreis, der dies als zulässig und zweckdienlich bezeichnet. Die Pufferzone bezieht sich aber auch und vor allem auf den Luftraum.
P085	C	P85/C.04	SO 02	Das gleiche gilt übrigens für die Pufferzonen um die Waldgebiete
P085	C	P85/C.05	SO 02	Das Vorranggebiet ist neu so auszuweisen, dass die WKA mit allen Komponenten im Gebiet liegen und nicht darüber hinaus ragen.(Vgl dazu die vorliegende Urteile), Dies gilt umso mehr, als mein Land von 3 Seiten durch Rotoren eingeschränkt wäre.
P085	C	P85/C.06	SO 02	Der gleiche Hinweis erfolgte von Frau X (Name im Zuge der Veröffentlichung anonymisiert) für den Bereich Jungs Tannen, die sich ausdrücklich anschließt.
P085	C	P85/C.07	SO 02	4. Der Bereich zwischen Pastorenmoor und Jungs Tannen mit seinen geschützten Wällen, deren Zerstörung z.T. erst ab ca. 2000 geschah (Vgl. seinerzeit Ortstermin mit dem Naturschutzamt Cuxhaven, Frau Norda) ist wichtigstes Bindeglied zwischen den beiden Wäldern für alle Wildtiere, Vögel und vor allem der dort jagenden Fledermäuse. Es ist auch Rastplatz der Kraniche. Aktuelle Fotos können beigebracht werden. Zwischen die Pufferzone A Pastorenmoor und die Pufferzone B Jungs Tannen noch trotz der naturräumlichen Gegebenheiten vor Ort eine Windparkzone auszuweisen, zerstört die Landschaft dort komplett. Dies hat in Teilen offensichtlich auch der Landkreis Cuxhaven so gesehen, siehe die anliegende Karte in der dieser Bereich zu Recht als möglicherweise konfliktträchtig angesehen wurde. Eine Ausweisung als Vorrangfläche hat in diesem Bereich zu unterbleiben.
P085	C	P85/C.08	A	5. Die in den Nutzungsverträgen vom Projektentwickler mit den Grundstückseigentümer vereinbarte Rückbauverpflichtung abgesichert durch eine Bürgschaft über 75 000 € ist völlig unzureichend, da der Rückbau der hier geplanten Anlagen der 3 MW Klasse nach heutigen Werten € 165 000,-beträgt .Als Nachbar gehe ich davon aus, das mit dem Ausweis der Flächen als Vorrangflächen auch die Rückbauverpflichtung eindeutig und kostendeckend geregelt wird ,um meine Grundstücke zu schützen.

P085	C	P85/C.09	SO 02	<p>Wegen der hohen irreversiblen Schäden für meine Flächen, des Naturraumes u. Landschaftsbildes und der Wohn u. Freizeitfunktion Bederkesas , ausgewiesen als Zentraler Ort für eben diese Funktionen, sollte der Windparkausweis aufgegeben werden.</p> <p>Dies dürfte aus öffentlichem Interesse umso leichter sein, als die Samtgemeinde ja 4 weitere Windparks ausgewiesen hat und dieser daher nicht erforderlich und damit auch nicht im öffentlichen Interesse ist.</p>
P086		P86.01	SO 02	Gegen den Entwurf bestehen erhebliche Bedenken. Die Planung bereitet den Weg für die Inanspruchnahme von Natur und Landschaft weit über das bereits erfolgte und erforderliche Maß hinaus.
P086		P86.02	SO 02	Begründet wird diese Inanspruchnahme u.a. mit den Erfordernissen der "Energiewende". Die dafür auf den Landkreis entfallende LROP-Zielvorgabe von mindestens 300 MW installierter Leistung ist mit derzeit ca. 500 MW aber mehr als reichlich erfüllt.
P086		P86.03	SO 02	Die vorliegende Planung dient vorrangig dem wirtschaftlichen Privat-Interesse und geht durch die damit verbundenen - nicht ausgleichbaren - Beeinträchtigungen zu Lasten von Natur, Landschaft und Menschen.
P086		P86.04	SO 02	Besonders gravierend würde sich die Planung auf die (ja wohl zwei!!) Wind-"Parks" Bederkesa Alfstedt auswirken.
P086		P86.05	SO 02	Diese "Parks" (zwischen Parks soll doch ein Mindestabstand eingehalten werden??), so ist die begründete Befürchtung, würden eine Landschaftsbildzerstörung und industriell geprägte Kulisse für den Kur- und Badeort Bad Bederkesa bewirken und seine derzeitige Attraktivität und Wohnqualität nachhaltig empfindlich stören und verringern.
P086		P86.06	SO 02	Falls aus nicht ersichtlichen Gründen an der Planung Bederkesa-Alfstedt festgehalten werden muss, sollte ihre Rechtswirksamkeit mit einem Moratorium versehen werden, dh.h. Karenzzeit von mindestens fünf Jahren, um verlässlich zu klären, ob sich die Planung mit dem Lebensraum des hier ansässigen Seeadlers verträgt. Mit zeitlicher Einschränkung soll ja auch im Falle Mulsum wegen des möglichen Mineralabbaus verfahren werden
P087		P87.01	B	<p>Anregungen zum Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) für den Landkreis Cuxhaven, sachlicher Teilabschnitt Windenergie - Entwurf Juni 2014</p> <p>Anregung 1 und 1a siehe Anregung 11 und 11a</p>

P087		P87.02	B 02	<p>Anregung 2 Einzelfallbeurteilung (zu Beschreibende Darstellung S.5) Die Passage Ziff 02 [neu] "Die Raumbedeutsamkeit von Windenergieanlagen ist im Einzelfall zu beurteilen." ist zu streichen</p> <p>Grund: Genau diese Beurteilung ist eine Aufgabe der Regionalplanung, zumal die Standortdarstellung nMv. BD Ziff 01 (neu) Satz 1 abschließend ist. Ziff. 05 [neu] Satz 3 "Sofern die Gemeinde von ihrem Recht auf Höhenfestlegung im Rahmen der Bauleitplanung keinen Gebrauch macht, erfolgt die Höhenfestlegung im Baugenehmigungsverfahren anhand einer raumordnerischen Beurteilung." reicht völlig aus.</p> <p>Hinweis: Dieses v.g. Recht hat die Gemeinde ohnehin, seine Wahrnehmung darf aber nicht zu einer Verhinderungsplanung führen. Siehe deshalb auch Anregung 07!</p>
P087		P87.03	B 07	<p>Anregung 3 §13 BNatSchG (zu Beschreibende Darstellung S.5) Die Passage 07 "Die Vorranggebiete für Windenergienutzung sind hinsichtlich der Leistungsausbeute optimal zu nutzen. Eine gleichmäßige Verteilung und optimale Aufstellung der Windkonverter auf den zur Verfügung stehenden Flächen innerhalb eines Vorranggebietes Windenergienutzung ist sicherzustellen." ist nicht zu streichen.</p> <p>Grund: Dies stellt sicher, daß §13 BNatSchG Rechnung getragen wird. Zur besonderen Landschaftsbildrelevanz sog. Schwachwindläufer s.a. http://www.igsz.eu/WEK/Athen2006/14_Ewec2006fullpaper_II.pdf</p>

P087		P87.04	B 04	<p>Anregung 4 Rückbau (zu Beschreibende Darstellung S.5) Ergänze hinter 04 [neu] Satz 2 "Dies schließt ausdrücklich auch den Rückbau von Fundamenten, Kranstellflächen und für die Erschließung der Windenergieanlagen erforderlichen Wegflächen mit ein." den Satz "Kabel sind ab dem nächsten vor einem jeweiligen Windenergiekonverter installierten Sammel-/Verteilerpunkt zurückzubauen, soweit die nicht aus vernünftigem Grund für spätere Erschließungen verwendet werden können."</p> <p>Grund: Kabel, vor allem außerhalb von Wegetrassen, die der Erschließung einer Windkraftanlage oder eines Windparks dienen, sind im Einzelfall darauf hin zu prüfen, ob Perspektiven für spätere Erschließungen gegeben sind.</p> <p>Hinweis: Dies wäre im Einzelantragsverfahren vom Antragsteller spätestens bis zum Rückbautermin nachzuweisen, vorher gilt die Rückbaupflicht auch für Kabel.</p>
P087		P87.05	B 05	<p>Anregung 5 Anlagenhöhen (zu Beschreibende Darstellung S.5) Streiche in 05 [neu] den Satz "Innerhalb eines Vorranggebietes Windenergienutzung Windparks sind maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen zulässig."</p> <p>Grund: Es kommt auf die Synthese von Landschaftsrelief und Anlagenhöhen an, wie sich ein Windpark ideal in einer Landschaft einpaßt. Ein "Zwei-Höhen-Limit" ist hier v.a. im Sinne einer landschaftssensiblen kommunalen Bauleitplanung kontraproduktiv.</p>

P087		P87.06	B 06	<p>Anregung 6 Bauleitplanung (zu Beschreibende Darstellung S.6) Ersetze in Ziff. 06 [neu] "Durch gemeindliche Bauleitpläne sind Flächen für raumbedeutsame Windparks nur auf den vom Landkreis ausgewiesenen Vorranggebieten Windenergienutzung zu planen." durch "Im Falle gemeindlicher Bauleitplanung dürfen Flächen für Windparks nur auf den im Regionalen Raumordnungsplan dargestellten ausgewiesenen Vorranggebieten beplant werden."</p> <p>Gründe:</p> <ul style="list-style-type: none"> - "sind zu planen" widerspricht zum einen der Tatsache, daß es keine gemeindliche Planungspflicht zumindest im Bereich der Bebauungspläne gibt und zum anderen plant man keine Fläche, sondern man beplant sie. - Der Landkreis weist keine Flächen aus. Der Regionalen Raumordnungsplan weist de jure Flächen nicht aus, er stellt sie dar. Eine Ausweisung von Flächen hier idR nur durch im Zuge der Planungshoheit aufgestellte Bebauungspläne erreicht.
P087		P87.07	B 10	<p>Anregung 7 Einzelfallprüfung (zu Beschreibende Darstellung S.6) Streiche in Ziff. 10 [neu] ", wenn das Orts und Landschaftsbild nicht wesentlich verschlechtert wird und im übrigen alle weiteren im Einzelfall noch zu prüfenden rechtlichen Vorschriften eingehalten werden."</p> <p>Grund:</p> <p>Dies war bereits in der jeweilig angesprochenen Planung (vgl. §1 Abs.7 BauGB) zu prüfen und durch Festsetzungen im jew. Plan zu sichern.</p>

P087		P87.08	A	<p>Anregung 8 u.a. Nächtlicher Vogelzug (allgemeiner Aspekt zum Verfahren)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Es ist in den Untersuchungsergebnissen eine umfassende Aussage über nächtliche Aktivitäten fliegender Tiere incl. Zugvögel anhand entsprechender Untersuchungen (Monitoring über zwei Zugperioden mittels Radar, z.B. Merlin-System der Fa. Detect) nachzuweisen. - Fehlen für solch eine Aussage einschlägige Untersuchungen, sind diese Untersuchungen vor (!) der Feststellung des RROP nachzuholen. <p>Grund:</p> <p>Die verfügbaren Unterlagen bzw. deren Aussagen (v.a. zu Wechselwirkungen zwischen Windkraftanlagen und Fledermäusen bzw. Vögeln) sind oft lückenhaft und nicht hinreichend ausgearbeitet. Eine dahingehend abschließende Beurteilung ist insoweit nicht möglich. Im Hinblick auf die Vorranggebiete ist aufgrund unzureichender Daten daher nicht möglich. H Vgl auch Mabee, T. J., Cooper, B. A., Plissner, J. H., Young, D. P., Nocturnal Bird Migration Over an Appalachian Ridge at a proposed Power Project, Bull. Wildlife Soc. 34(3), Bethesda 2006; Gauthreaux, S. A. Jr., Suggested Practices for Monitoring Bird Populations, Movements and Mortality in Wind Resource areas, Clemson University, Proc. Nat. Avian-Wind Power Planning Meeting, Denver (Col) 1994; Anderson, R. L., Tom, J., Neumann, N., Noone, J., Maul, D. (alle California Energy Commission), Avian Risk Assessment Methodology, Proc. Nat. Avian-Wind Power Planning Meeting, Denver (Col) 1994.</p>
P087		P87.09	A	<p>Anregung 9 (allgemeiner Aspekt zum Verfahren)</p> <p>Ziff. 6.1 (rot) aus http://www.igsz.eu/ROPS-EE/ROPS-Anregungen-3-TK-g1.pdf ist v.a. hinsichtlich der Flächen bzw. deren Mindeststrahlen (r) um einen jew. Vorrangstandort, aus denen eine Sichtbarkeitsanalyse erforderlich ist, sinngemäß umzusetzen, wobei der Worst Case bei einer Windenergiekonverter-Gesamthöhe von 250m (marktavist VESTAS 200) anzusetzen ist.</p> <p>Grund:</p> <p>Eine ausreichend dimensionierte nachvollziehbare Landschaftsbeeinflussungsanalyse fehlt hier, es muß gelten $r > 15$ km. Siehe auch http://wek.tilmankluge.de/WKZ-1b.pdf</p>

P087		P87.10	A	<p>Anregung 10 Abwägung v.a. iVm Landschaftsbild (allgemeiner Aspekt zum Verfahren)</p> <p>Die Beeinflussung des Landschaftsbildes (vgl. Anregung 9) muß gegen andere abwägungsrelevante Belange pro gepl. Vorrangstandort jeweils substantiell und dahingehend, daß die Anforderungen des §1 Abs.7 BauGB erfüllt sind, nachvollziehbar abgewogen werden.</p> <p>Hinweis: Abschichtungen (serielle Ausschlussverfahren) erfüllen die Ansprüche an solche Abwägungen nicht. Siehe hierzu auch Ausführungen zur Abwägung unter http://www.igsz.eu/ABW/1c_ppt_2k.pdf</p>
P087		P87.11	A	<p>Anregung 11 Impulshaltigkeit, Infraschall (allgemeiner Aspekt zum Verfahren)</p> <p>Die Auswirkungen des Infraschalles und Impulshaltigkeiten, der von WKA zumindest potentiell ausgehen kann, sind zu beschreiben und ihre Auswirkungen sind in die Abwägung der relevanten Belange substantiell einzustellen.</p> <p>Gründe: Die Auswirkungen bzw. Schallausbreitungen sind ihrer physikalischen Natur nach so weiträumig, daß sie auf regionalplanerischer Ebene Berücksichtigung finden müssen.</p> <p>Hinweise: Hierbei ist die individuell bewußte Wahrnehmung der Emissionen v.a. im Bereich des Infraschalles durch jew. Betroffene keine Voraussetzung für eine Schädigung oder Beeinträchtigung. Vgl. auch Saccorotti, G. et al, Seismic Noise by Wind Farms: A Case Study from the VIRGO Gravitational Wave Observatory, Cascina (It.) 2011.</p> <p>Anmerkung: Es ist tatsächlichen Gründen unverständlich, warum dieser Aspekt in der Planung nirgends behandelt wird.</p>

P087		P87.12	A	<p>Anregung 11a dB Zuschlag (allgemeiner Aspekt zum Verfahren)</p> <p>Bei einer immissionskriterienbezogenen Standortabsicherung ist in die hier nach dem Stand der Technik anzusetzenden Worst-Case-Emission ein Zuschlag von drei Dezibel zu dem ansonsten zu erwartenden Wert zu integrieren.</p> <p>Die immissionskriterienbezogene Standortabsicherung ist pauschalisierten Standardmindestentfernungen zu immissionsbetroffenen Objekten und Flächen vorzuziehen.</p> <p>Gründe:</p> <p>Vgl. auch BayVGH v. 15.10. 2012 - 22 CS 12.2110, 22 CS 12.2111. Dieser Zuschlag dient aber selbst dann dem Ziel der Vermeidung einschlägig möglicher Schädigungen oder beeinträchtigungen von Mensch und Tier durch impulshaltigen Schall selbst dann, wenn nicht regelmäßig von einer Impulshaltigkeit von WKA ausgegangen werden kann (vgl. hierzu auch OVG Lüneburg v. 12.07.2013 - 12 LA 174/12). Aus der Rechtsprechung ergibt sich, daß einschlägige Emissionen spezifisch von Anlagenfabrikat und Standorteigenschaften abhängen.</p>
P087		P87.13	A	<p>Es wird zwar anzunehmen, daß beim Vollzug des RegFNP regelmäßig sichergestellt wird, daß ein Grad der Ton-, Impuls oder Infraschallhaltigkeit von WKA erzeugter Geräuschemissionen jeweils nach Maßgabe lokaler Vorrangstandortverhältnisse und bzw. in Interaktion miteinander nach Maßgabe des Anlagenfabrikates immissionsmäßig so weit minimiert ist, daß das Unterbleiben durch die entsprechenden Emissionen bewirkter Schäden an bzw. Beeinträchtigungen von Mensch und Tier zumindest im allgemeinen gesichert ist.</p> <p>Dies muß jedoch schon in der ersten Stufe vorbereitender Planung (Regionalplan, Flächennutzungsplan) in hinreichendem Maße berücksichtigt werden (s.o.)</p>

P087		P87.14	A	Diese Erfordernis ergibt sich vor allem im Sinne der Vorsorge daraus, daß im späteren Vollzug des RROP (Genehmigungsverfahren) nur dann, wenn Zweifel an der Richtigkeit jeweilig dahingehender Nachweise bestehen, daß eine geplante Windkraftanlage typenbedingt keine schädlichen Umwelteinwirkungen hervorruft (....) eine weitere Begutachtung (auch durch konkrete Messungen, die dann dem Genehmigungsverfahren und nicht der Anlagenüberwachung zuzurechnen wären) zu veranlassen wäre (vgl. VG Darmstadt v. 2. Februar 2011 6 K 877/09.DA).
P087		P87.15	A	<p>Hinweise:</p> <p>Unter Impulshaltigkeit versteht man ein amplitudenartiges Geräusch, das schnell ansteigt und wieder rapide abfällt.</p> <p>Literatur u.a.:</p> <p>http://www.rrop-cux.tilmankluge.de/INF/1103.full.pdf</p> <p>http://www.rrop-cux.tilmankluge.de/INF/2003-Mack-Auk.pdf</p> <p>http://www.rrop-cux.tilmankluge.de/INF/2011-06-30_0505300.pdf</p> <p>http://www.rrop-cux.tilmankluge.de/INF/1175856669.pdf</p> <p>http://www.rrop-cux.tilmankluge.de/INF/1216650836.pdf</p> <p>http://www.rrop-cux.tilmankluge.de/INF/AnimalBehavior.pdf</p> <p>http://www.rrop-cux.tilmankluge.de/INF/Freeman_Angela.pdf</p> <p>http://www.rrop-cux.tilmankluge.de/INF/httpwww.animalvoice.comgiraffe.pdf</p> <p>http://www.rrop-cux.tilmankluge.de/INF/Karlsen+-+Sand+1986+Detection+of+Infrasound+by+the+Atlantic+Cod.pdf</p> <p>http://www.rrop-cux.tilmankluge.de/INF/POULAIN_2014_hippo_amphibious.pdf</p> <p>Die Inhalte der v.g. Fundstellen werden Ihnen zur Kenntnis mit der Bitte um Beachtung im Sinne der Anregung 11 und 11a gegeben.</p>

P087		P87.16	A	<p>Volltext zugänglich sind. Folgend eine Auswahl.</p> <ul style="list-style-type: none"> - von Muggenthaler, E. (2000): Infrasonic and low-frequency vocalizations from Siberian and Bengal tigers. The Journal of the Acoustical Society of America 108 (5): 2541-2541 - Lyndaker Lindsey, S., Bennett, C. L., Fried, J. J.; Pritchard, J. K. (1993): Functional analysis of infrasound in the okapi (<i>Okapia johnstoni</i>): mother-infant communication. American Association of Zoologica Parks and Aquariums Annual Conference Proceedings, pp.299-305 - Payne, R. S. (2004): The role of infrasounds in maintaining whale herds. The Journal of the Acoustical Society of America 115 (5): 2554-2554 - Clark, C. W. & Ellison, W. T. (1993): Bioacoustics of baleen whales: From infrasonics to complex songs. The Journal of the Acoustical Society of America 94 (3): 1830-1830. - Clark, C. W. (2004): Baleen whale infrasonic sounds: Natural variability and function. The Journal of the Acoustical Society of America 115 (5): 2554-2554 - Reidenberg, J. S. & Laitman, J. T. (2004): Anatomy of infrasonic communication in baleen whales: Divergent mechanisms of sound generation in mysticetes and odontocetes. The Journal of the Acoustical Society of America 115 (5): 2556-2556 - Kreithen, M. L. & Quine, D. B. (1979): Infrasound detection by the homing pigeon: A behavioral audiogram. Journal of Comparative Physiology 129 (1): 1-4 - Quine, D. B. (1982): Infrasounds: a potential navigational cue for homing pigeons. Avian navigation. Springer Berlin Heidelberg, pp. 373-376 - Moss, R. & Lockie, I. (1979): Infrasonic components in the song of the Capercaillie <i>Tetrao urogallus</i>. Ibis 121 (1): 95-97 - Lieser, M., Berthold, P. & Manley, G. A. (2005): Infrasound in the capercaillie (<i>Tetrao urogallus</i>). Journal of Ornithology 146 (4): 395-398 - Lieser, M., Berthold, P. & Manley, G. A. (2006): Infrasound in the flutter jumps of the capercaillie (<i>Tetrao urogallus</i>): apparently a physical by-product. Journal of Ornithology 147 (3) 507-509 - Freeman, A. R. & Hare, J. F. (2011): Infrasound in the flutter-jump display of
------	--	--------	---	---

P088	A	P88/A.01	E 01	<p>Die Regionalplanung stellt für den Ausbau Windenergie an Land einen der wichtigsten Faktoren dar. Die Ausweisung von Vorrangflächen (Konzentrationszonen) ermöglicht den Trägern der Regionalplanung eine gezielte Steuerung des Zubaus neuer Windenergieanlagen (WEA) im Kreisgebiet und gibt den Planern von Windenergieprojekten Rechts- und Planungssicherheit. Daraus resultiert aber auch eine Verantwortung für einen sinnvollen und zielgerichteten Umgang mit den Werkzeugen der Raumordnung. Einige niedersächsische Landkreise sind in der jüngeren Vergangenheit ihren diesbezüglichen Aufgaben nicht sorgfältig genug nachgekommen, so dass einige RROPs nicht den gesetzlichen Ansprüchen genügten und vom OVG Lüneburg für ungültig erklärt wurden. Dies wurde zumeist damit begründet, dass die Unterscheidung zwischen harten und weichen Tabukriterien (Tabuzonen) bei der Ermittlung von Windvorrangflächen nicht fachgerecht erfolgt ist. Harte Kriterien sind Bereiche, in denen aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen die Errichtung von Windenergieanlagen nicht möglich ist. Hier ist eine Abwägung nicht möglich. Bei den weichen Kriterien handelt es sich um Abstände, die der Abwägung und damit der fachlichen und politischen Diskussion zugänglich sind. Diese Unterscheidung ist von größter Wichtigkeit: Die Kommunalpolitik - insbesondere die Kreistagsabgeordneten - müssen sich klarmachen, dass die Entscheidung über die Anlegung der weichen Tabukriterien allein von ihnen getroffen wird und insoweit stets mehrere Lösungen möglich sind, die der Windenergienutzung entweder mehr oder weniger Raum geben.</p>
P088	A	P88/A.02	A	<p>Der Entwurf des RROP 2014 des Landkreises Cuxhaven enthält überwiegend Hindernisse für den weiteren Ausbau der Windenergie im Landkreis. Diese resultieren z.B. aus Regelungen zu Themen wie Anlagenrückbau, die nunmehr erfolgte Abstellung von Abständen auf die Rotorspitzen der WEA und vor allem den Ausschluss von aus unserer Sicht sinnvollen Repoweringstandorten.</p>

P088	A	P88/A.03	B 04	<p><u>Rückbau der WEA</u></p> <p>Im Entwurf des RROP 2014 wird der vollständige Rückbau der WEA nach Beendigung des Betriebes als Ziel der Raumordnung formuliert (Textziffer 04 Satz 1). Im nachfolgenden Satz wird nach dem vorliegenden Entwurf wiederum als Ziel der Raumordnung festgelegt: "Dies schließt ausdrücklich auch den Rückbau von Fundamenten, Kranstellflächen und für die Erschließung der Windenergieanlagen erforderlichen Wegflächen mit ein "(Entwurf Textziffer 04 Satz 2). Für eine solche Regelung fehlt eine Rechtsgrundlage, weil für eine solche Festlegung die Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG (verbindliche Vorgaben zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums) nicht vorliegen. Auch die erfolgte Bezugnahme auf die Festlegungen im LROP Ziff. 4.2. Textziffer 01 ist insoweit unzutreffend.</p>
P088	A	P88/A.04	B 04	<p>Die Regelung ist auch weder erforderlich, noch sinnvoll. Wenn die als Ziel der Raumordnung geplanten Windenergieanlagen im baurechtlichen Außenbereich gem. § 35 BauGB errichtet werden, enthält § 35 Abs. 5 Satz 2 BauGB als Zulässigkeitsvoraussetzung bereits eine Verpflichtungserklärung, das Vorhaben nach dauerhafter Aufgabe der zulässigen Nutzung zurückzubauen und Bodenversiegelungen zu beseitigen. Gemäß § 35 Abs. 5 Satz 3 BauGB soll die Genehmigungsbehörde Ildurch nach Landesrecht vorgesehene Bau/ast oder in anderer Weise die Einhaltung der Verpflichtung nach Satz 2... sicherstellen" (§ 35 Abs. 5 Satz 3 BauGB). Das geschieht bekanntlich auch. Der Bundesgesetzgeber hat damit den (ausschließlichen) Weg gewiesen, wie im Falle der Errichtung von Windenergieanlagen im baurechtlichen Außenbereich im Sinne des BauGB die Sicherung des Anlagenrückbaus zu erfolgen hat.</p>
P088	A	P88/A.05	B 04	<p>Dazu gehört es eben auch, Bodenversiegelungen zu beseitigen. Nicht jede Kranstellfläche und Wegefläche stellt aber zwingend auch eine Bodenversiegelung dar. Zudem gibt es reihenweise "für die Erschließung der Windenergieanlagen erforderliche Wegeflächen", die bereits vor der Windenergienutzung und auch während der Windenergienutzung die Zuwegungen zu den angrenzenden landwirtschaftlichen Grundstücken darstellten und von dem landwirtschaftlichen Verkehr benutzt werden.</p>

P088	A	P88/A.06	B 04	Soweit das landwirtschaftliche Wegenetz für die Erschließung von Windparks verbessert (ausgebaut und besser befestigt) worden ist, legen die Landwirte zum Teil größten Wert darauf, dass dieser Zustand auch nach der Windenergienutzung erhalten bleibt. Auch solche Wegesflächen wären allerdings von dem Wortlaut der von Ihnen beabsichtigten Festlegung erfasst.
P088	A	P88/A.07	B 04	Der vollständige Rückbau einschließlich des vollständigen Fundamentrückbaus würde zudem über die vom Bundesgesetzgeber in § 35 Abs. 5 Satz 2 BauGB getroffene Regelung hinausgehen. Wenn ein Fundament einer Windenergieanlage bis 2 m unterhalb der Erdoberfläche beseitigt worden ist, was die übliche Anforderung LS.d. § 35 Abs. 5 Satz 2 BauGB darstellt, liegt keine schädliche Bodenversiegelung mehr vor. Niederschlagswasser kann dann eindringen und abfließen.
P088	A	P88/A.08	B 04	Fundamentteile, die tiefer als 2 m unterhalb der Erdoberfläche verbleiben, stellen keine Bodenversiegelung dar, sondern wirken wie Gesteinsbrocken in der jeweiligen Tiefe. Deshalb kann es ja wohl auch keinesfalls gewollt sein, dass die in vielen Fällen gerade in den Marschgebieten gerammten bis zu 30 m langen Betonpfähle, auf denen das eigentliche Fundament der jeweiligen Windenergieanlage ruht, mit einem entsprechenden kaum vorstellbaren technischen Aufwand und entsprechenden Kosten wieder aus dem Boden geborgen werden sollen.
P088	A	P88/A.09	B 04	Das würde vermutlich auch einen deutlich größeren Eingriff in die Natur verursachen, als sich das bloße Belassen der Pfähle dauerhaft auf die Natur auswirken könnte. Soweit die Windparks im baurechtlichen Außenbereich LS.d. § 35 BauGB entstehen, besteht also überhaupt keine Veranlassung zu der beabsichtigten Zielfestlegung. Sie wäre zudem mangels Rechtsgrundlage rechtswidrig und aus den genannten Gründen auch eklatant abwägungsfehlerhaft.

P088	A	P88/A.10	B 04	<p>Soweit in Umsetzung Ihres RROP (gem. § 1 Abs. 4 BauGB) die kreisangehörigen Städten und Gemeinden Bebauungspläne zur Steuerung der Windenergienutzung aufstellen, werden die Vorhaben bekanntlich anschließend in einem Bebauungsplangebiet gem. § 30 BauGB (und nicht im baurechtlichen Außenbereich gem. 9 35 BauGB) errichtet. Solange ein solcher Bebauungsplan nicht aufgehoben wird, ist die erneute Nutzung des jeweiligen Standortes durch Windenergieanlagen gem. § 30 BauGB aber ja auch weiterhin zulässig. Auch die innergebietsliche Erschließung wird in diesen Fällen bekanntlich in der Regel durch den jeweiligen Bebauungsplan durch entsprechende Festsetzungen geregelt. Es ist nicht geboten, für ein Bebauungsplangebiet als Ziel der Raumordnung eine Festlegung zu treffen, die als Wind park zunächst dort errichteten Windenergieanlagen vollständig einschließlich Fundament und Erschließung zurückzubauen, wenn anschließend eine Folgenutzung erfolgen soll. Insoweit können die Städte und Gemeinden bekanntlich in städtebaulichen Verträgen mit den Vorhabenträgern die Beseitigung von Bodenversiegelungen nach Beendigung der Nutzung regeln, dann aber auch flexibel reagieren, wenn die Einrichtungen insgesamt oder teilweise weiter genutzt werden sollen.</p>
P088	A	P88/A.11	B 04	<p>Die von Ihnen unter Textziffer 04 vorgesehene Festlegung findet sich daher auch in keinem anderen Raumordnungsplan bundesweit, also auch in keinem anderen RROP in Niedersachsen. Soweit für eine entsprechende Regelung ein Bedürfnis besteht (innerhalb des baurechtlichen Außenbereichs gem. § 35 BauGB), ist eine sinnvollere und abschließende Regelung in § 35 Abs. 5 BauGB bereits getroffen worden, soweit für die Regelung kein Bedürfnis besteht und die Regelung zu unnötigen und ungewollten Bindungen führen würde (innerhalb von Bebauungsplangebietem gem. § 30 BauGB), wäre die Festlegung abwägungsfehlerhaft. Insgesamt fehlt es auch an einer Rechtsgrundlage. Auf die Festlegung sollte daher ersatzlos verzichtet werden.</p>

P088	A	P88/A.12	E 01	<u>Harte Tabukriterien - Puffer von 420m zu Ortslagen / sonstigen wohnbaulichen Nutzungen</u> Wie bereits erwähnt, stellen harte Tabukriterien (o. "Tabuzonen") ausschließlich Bereiche dar, die aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht mit WEA bebaut werden dürfen. Zum Einen ist nicht nachzuvollziehen, dass im Entwurf des RROP ein Puffer, der per definitionem eigentlich ein sog. "weiches" Tabukriterium ist, zu einem "harten" Kriterium gemacht wird, und zum Anderen, warum zur Festlegung ausgerechnet eine WEA herangezogen wird, die gar nicht mehr hergestellt wird (Hersteller "Fuhrländer" ist seit 2013 insolvent) und die für die Windzonen im Landkreis gar keine Typenprüfung gehabt hätte.
P088	A	P88/A.13	E 01	Für das Bestreben des Landkreises, den größtmöglichen Abstand zu Wohngebieten zu generieren, hätte es genügt, zusätzlich zu den für sich ausgeschlossenen Siedlungsgebieten und Einzelhäusern einen entsprechend großen "weichen" Tabubereich zu definieren.
P088	A	P88/A.14	E 01	Das im RROP-Entwurf gewählte Vorgehen wirkt dagegen willkürlich und gegen den Ausbau der Windenergie gerichtet und widerspricht dem vom Landkreis gewählten Vorsatz " ...Ausschlusskriterien, die nicht eindeutig als harte oder weiche Tabuzonen eingeschätzt werden können, zur Vermeidung schwerer Abwägungsfehler wie weiche Tabuzonen zu behandeln" (s. S. 9, Begründung / Erläuterung).
P088	A	P88/A.15	E 01	Hinzukommt das beim Bezug auf die Ortslagen der Entwurf auf die Datenbestände von ATKIS zurückgreift. Der Begriff "Ortslage" unterscheidet hier nicht, ob es ein reines Wohngebiet, mit hohem Schutzstatus, oder ein 10 ha großes Industriegebiet mit nahezu keinem Schutzanspruch ist. Hierzu ist eine weitere Differenzierung geboten, da die Errichtung von WEA in Industriegebieten durchaus möglich ist.
P088	A	P88/A.16	E 01	<u>Natur und Landschaft</u> Auch weiche Kriterien müssen sich aufgrund ihrer grundrechtsgestaltenden Wirkung sachlich rechtfertigen lassen, sie müssen zudem dem Gleichbehandlungsgrundsatz und dem Verhältnismäßigkeitsgebot gerecht werden. Gesetzlich geschützte Biotop sind, betrachtet man den Katalog der Biotop in § 30 BNatSchG, gegenüber den Auswirkungen von WEA weitgehend unempfindlich.

P088	A	P88/A.17	E 01	Im Gegenteil - es lässt sich durchaus sagen, dass die Verstärkte Nutzung der Windenergie den Biotopen mindestens mittelbar förderlich ist. Daher drängt sich eine Rechtfertigung für den Puffer von 200 m, um ohnehin schon große Biotope von min. 5 ha Fläche nicht auf.
P088	A	P88/A.18	E 01	Die Begriffe "Vogelbrutgebiete nationaler Bedeutung" und "Vogelrastgebiete internationaler und nationaler Bedeutung" stellen unbestimmte Rechtsbegriffe dar. Dass sie von Fall zu Fall und je nach Interessenlage auch manipulativ angewendet werden können, dürfte heute allgemeiner Stand der Erkenntnis sein. Daher ist bedauerlich, dass den Unterlagen nicht explizit zu entnehmen ist, nach welchen Einzelkriterien genau die Gebiete bestimmt worden sind.
P088	A	P88/A.19	E 01	Zu diesem aktuellen Stand der Erkenntnisse zählen auch die positiven Entwicklungen in Bezug auf die Populationen von Vogelarten. Die als kollisionsgefährdet angesehen Arten wie z.B. der Seeadler oder der Weißstorch vermehren sich sehr stark. Gleichzeitig ist bei den Wiesenbrütern, wie der Feldlerche oder dem Kiebitz, die durch den Klimawandel und die Landwirtschaft bedroht werden, festzustellen, dass die vermutete Störungsempfindlichkeit kaum gegeben ist und diese Vögel sich im nahen Umfeld der WEA ansiedeln.
P088	A	P88/A.20	E 01	<u>Definition von Vorsorgeabständen bezogen auf WEA-Rotorspitzen</u> Die Vorsorgeabstände, die der Landkreis mit 1.000 m zu Ortslagen und 500 m zur Wohnbebauung im Außenbereich gewählt hat, liegen im Vergleich zu anderen Landkreisen angesichts des 1000 m Abstandes zu Ortslagen im obersten Rahmen. Ungewöhnlich und aus unserer Sicht fachlich nicht nachvollziehbar ist der Bezug des Abstandes auf die Rotorspitzen der WEA.
P088	A	P88/A.21	E 01	Charakteristisch für ein RROP ist, dass potenziell geeignete Flächen in einem Maßstab von 1:50.000 ermittelt werden. In diesem Maßstab entspricht 1 mm auf der Karte 50 m in der Realität, so dass eine parzellenscharfe Betrachtung durch die Ausweisung im RROP weder möglich noch sinnvoll ist.
P088	A	P88/A.22	E 01	Zusätzlich ist der sich mit der Windrichtung drehende Rotor kein sinnvoller Bezugspunkt für die Definition von Vorsorgeabständen (siehe Anlage). Hiermit geht ein Verlust von nutzbaren Flächen einher, dem kein Gewinn im Immissionsschutz gegenübersteht, jedoch die Frage nach der Schaffung des substantiellen Raumes für die Windenergie aufwirft.

P088	A	P88/A.23	E 01	Errichtung und Betrieb einer WEA bedeuten für Mensch und/oder Natur in unmittelbarer Nähe immer eine gewisse Beeinträchtigung die über die TA-Lärm, die Rechtsprechung zum maximal zulässigen Schattenschlag und zur "optisch bedrängenden Wirkung" zum Schutz vor Belästigungen begrenzt werden.
P088	A	P88/A.24	E 01	Wird eine Vorrangfläche im Außenbereich für Windenergie ausgewiesen, sollte diese auch möglichst wirtschaftlich zur Erzeugung erneuerbarer Energie genutzt werden. Am Beispiel einer schematischen Darstellung kann man die Auswirkungen der Rotorspitzen-Regelung deutlich erkennen. Die Ecken bzw. Spitzen des VR wären mit modernen WEA (Rotordurchmesser 100-120m) kaum noch nutzbar.
P088	A	P88/A.25	E 01	Die Rechtsprechung hat aktuell hierzu keine Stellung bezogen. Das BVerwG (21.10.2004 - 4 C 3.04 - NVwZ 2005, 208) bezog sich in einem Urteil von 2004 lediglich auf einen Bebauungsplan, der natürlich parzellenscharf gefasst ist. Ein Urteil des VG Hannover sieht die Möglichkeit der Übertragung des BVerfG-Urteils auf ein VR. Dieses Urteil ist jedoch nicht rechtskräftig. Insofern kann hier definitiv nicht von einer gefestigten Rechtsprechung die Rede sein.
P088	A	P88/A.26	B 01, 06,10	<u>Ausschluss eines sinnvollen Repowerings</u> Mit der Vorstellung des Entwurfs des RROP wird das Repowering im Landkreisgebiet effektiv ausgeschlossen, da fast sämtliche Flächen nicht mehr als Windvorranggebiet ausgewiesen werden.
P088	A	P88/A.27	B 01, 06,10	Das gilt insbesondere dann, wenn gemäß den vom Landkreis Cuxhaven gegebenen mündlichen Erläuterungen die im Entwurf jetzt vorliegenden Zielfestlegungen (Textziffer 01, 06 und 10) so zu verstehen sein sollten, dass den Städten und Gemeinden nach Inkrafttreten des RROP eine Bauleitplanung gemäß der Zielfestlegung in Textziffer 10 Sätze 1 - 4 untersagt sein sollte, Textziffer 10 Satz 3 also entgegen seinem Wortlaut nicht "auf die in der rechtsgültigen Bauleitplanung festgelegte Gesamthöhe" bezogen ist, sondern "auf die in der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses RROP rechtsgültigen Bauleitplanung festgelegte Gesamthöhe" bezogen sein soll.

P088	A	P88/A.28	B 01, 06,10	So - im letztgenannten Sinne - hat der Landkreis Cuxhaven die entworfenen Zielfestlegungen erläutert. Aus dem Wortlaut der genannten Zielfestlegungen selbst unter Berücksichtigung der überflüssigen Zielfestlegung in Textziffer 06 und den Begründungen zu Ziffern 01, 06 und 10 ergibt sich ein solches Verständnis der genannten Zielfestlegungen zwar nicht. Denn sogar die Begründung zu Ziffer 06 letzter Satz verweist auf die Regelungen zum Repowering von Windparkstandorten ohne Vorranggebietsfestlegung gemäß Ziffer 10. Auch die Begründung zu Ziffer 10 entspricht nicht der mündlich durch den Landkreis Cuxhaven mitgeteilten Interpretation der Zielfestlegungen.
P088	A	P88/A.29	B 01, 06,10	Sollten Sie so gemeint sein, würde nicht nur jegliches Repowering im Landkreis Cuxhaven entgegen den Zielen des LROP unmöglich gemacht werden. Die Zielfestlegungen wären dann auch abwägungsfehlerhaft und unwirksam. Die Städte und Gemeinden dürften nämlich ihre Bauleitpläne (Flächennutzungsplan und Bebauungspläne, vgl. 9 1 Abs. 2 BauGB) nicht mehr dem in Ziffer 10 Satz 1 festgelegten Ziel der Raumordnung gem. 9 1 Abs. 4 BauGB anpassen, obwohl 9 1 Abs. 4 BauGB dies ja gerade verlangt.
P088	A	P88/A.30	B 01, 06,10	Die Städte und Gemeinden wären überhaupt ab dem Inkrafttreten des RROP dann anschließend an einer städtebaulichen sinnvollen Repowering-Planung durch Flächennutzungsplanänderung und Bebauungsplanaufstellung gehindert.
P088	A	P88/A.31	B 01, 06,10	Weshalb aber sollte das in Ziffer 10 Satz 1 festgelegte Ziel durch Bauleitplanung bis zum Inkrafttreten des RROP noch verfolgbar sein, anschließend aber nicht mehr? Weshalb sollte der Zufall, ob Repowering-Bauleitplanungen noch vor dem Inkrafttreten des RROP in Kraft gesetzt werden oder nicht, darüber entscheiden, wo Bauleitplanungen im Sinne der Textziffer 10 Sätze 1 bis 4 des RROP-Entwurfs noch erfolgen und wo nicht?
P088	A	P88/A.32	B 01, 06,10	Das Inkrafttreten des RROP würde damit nicht nur sinnvolle Bauleitplanungen im Sinne der Textziffer 10 Sätze 1 bis 4 des Entwurfs des RROP- offenbar doch entgegen seiner Intention - unzulässig machen, es würde auch ein willkürliches Ergebnis zementieren. Das kann nicht gewollt sein und würde auch zu einem erheblichen Abwägungsmangel führen.

P088	A	P88/A.33	B 01, 06,10	Selbst dann aber, wenn die genannten Zielfestlegungen in Textziffer 01, die angesichts von 9 1 Abs. 4 BauGB vollkommen überflüssige Zielfestlegung in Textziffer 06 und die Zielfestlegungen in Textziffer 10 Sätze 1 bis 4 so gemeint sein sollten, wie es Ihrem Wortlaut und der im Entwurf vorliegenden Begründung entspricht, die Gemeinden und Städte also auch noch nach den Inkrafttreten des RROP Bauleitplanungen in den lediglich "bauleitplanerisch bereits rechtsgültig gewordenen Sonderbauflächen und Sondergebieten für Windenergienutzung" im Sinne der Textziffer 10 Sätze 1, 3 und 4 des RROP-Entwurfs vornehmen dürfen und damit das Repowering in diesen Bereichen im Sinne der Textziffer 10 bauleitplanerisch steuern dürfen, wäre die gesamte vom Landkreis Cuxhaven vorgesehene Vorgehensweise nicht sinnvoll.
P088	A	P88/A.34	B 01, 06,10	Es würden sich im Verhältnis zum Potential auf dem Kreisgebiet wenige zum Teil kleine Vorranggebiete ergeben und ein großer Bereich lediglich bauleitplanerisch bereist gesicherter Gebiete für die Windenergienutzung, obwohl dort ganz überwiegend ein Repowering ebenfalls möglich ist, ausgeschlossen werden.
P088	A	P88/A.35	B 01, 06,10	Das ist im Übrigen auch mit dem übergeordneten Zielfestlegungen im LROP2012 nicht vereinbar: Im Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen (LROP 2012, Abschnitt 4.2 Energie) sind insoweit folgende Festlegungen getroffen, die vom Landkreis Cuxhaven zu beachten wären, insoweit aber nicht beachtet werden:
P088	A	P88/A.36	B 01, 06,10	Abschnitt 4.2 Energie Textziffer 01 Satz 4 (Zielfestlegung): "Vorhandene Standorte, ..., die bereits für die Energiegewinnung und ... genutzt werden, sind vorrangig zu sichern und bedarfsgerecht auszubauen" (vgl. LROPa.a.O.). Mit dieser übergeordneten Zielfestlegung ist der Entwurf des RROP überhaupt nicht vereinbar.

P088	A	P88/A.37	B 01, 06,10	Textziffer 04 Satz 1 (Zielfestlegung): "Für die Nutzung von Windenergie geeignete raumbedeutsame Standorte sind zu sichern und unter Berücksichtigung der Repowering Möglichkeiten in den Regionalen Raumordnungsprogrammen als Vorranggebiete oder Eignungsgebiete Windenergienutzung festzulegen". Mit dieser übergeordneten Zielfestlegung ist, weil es sich bei zahlreichen nach dem Entwurf lediglich bauleitplanerisch gesicherten Bereichen um grundsätzlich geeignete bereits vorhandene raumbedeutsame Standorte handelt, der Entwurf des RROP überhaupt nicht vereinbar.
P088	A	P88/A.38	B 01, 06,10	Textziffer 04 Satz 6 (Grundsatz der Raumordnung): "Soweit in einem Teilraum raumbedeutsame Einzelanlagen für die Windenergienutzung außerhalb von Vorrang- und von Eignungsgebieten Windenergienutzung errichtet und deren Standorte für Repowering-Maßnahmen nicht raumverträglich sind, sollen im Einvernehmen mit den betroffenen Gemeinden, Grundeigentümern und Projektbetreibern in den Regionalen Raumordnungsprogrammen geeignete, zusätzliche Vorrang- oder Eignungsgebiete Windenergienutzung ausschließlich für Repowering-Maßnahmen festgelegt werden". Eine entsprechende Planung erfolgt überhaupt nicht.
P088	A	P88/A.39	B 01, 06,10	Textziffer 04 Satz 7 (Zielfestlegung): "Für die zusätzlichen Vorrang- und Eignungsgebiete Windenergienutzung, die nur für Repowering-Maßnahmen genutzt werden sollen, ist der Abbau von Altanlagen in einem raumordnerischen Vertrag zwischen dem Träger der Regionalplanung, den Standortgemeinden, den Grundeigentümern und den Rechteinhabern der Altanlagen näher festzulegen". Eine entsprechende Vorgehensweise erfolgt überhaupt nicht.
P088	A	P88/A.40	B 01, 06,10	Ein Repowering im Rahmen der bestehenden Flächennutzungs- oder Bebauungspläne mit den eingetragenen Höhenbegrenzungen von meist 100 m ist weder ökologisch, ökonomisch noch genehmigungsrechtlich sinnvoll. Doch gerade unter den Aspekten der Anliegerentlastung wäre ein Repowering im Landkreis besonders sinnvoll.
P088	A	P88/A.41	B 01, 06,10	Die neu festgelegten Abstandsregelungen sollten aus unserer Sicht bei Repowering-Flächen nicht greifen, da ansonsten in deren Status als Windvorranggebiet und damit in den Bestandsschutz eingegriffen wird. Eine Erfüllung der TA-Lärm oder der immissionsschutzrechtliche Abstände wird davon nicht berührt.

P088	A	P88/A.42	B 01, 06,10	Die oben angeführten Aspekte sollten bei der weiteren Diskussion des RROP Cuxhaven berücksichtigt werden, um vermeidbare Fehler zu verhindern und einen weiteren Ausbau der Windenergie zu ermöglichen.
P088	B	P88/B.01	E 01	Siehe Stellungnahme P88/A.01
P088	B	P88/B.02	A	Siehe Stellungnahme P88/A.02
P088	B	P88/B.03	B 01, 06,10	Siehe Stellungnahme P88/A.26
P088	B	P88/B.04	B 01, 06,10	Siehe Stellungnahme P88/A.27
P088	B	P88/B.05	B 01, 06,10	Siehe Stellungnahme P88/A.28
P088	B	P88/B.06	B 01, 06,10	Siehe Stellungnahme P88/A.29
P088	B	P88/B.07	B 01, 06,10	Siehe Stellungnahme P88/A.30
P088	B	P88/B.08	B 01, 06,10	Siehe Stellungnahme P88/A.31
P088	B	P88/B.09	B 01, 06,10	Siehe Stellungnahme P88/A.32
P088	B	P88/B.10	B 01, 06,10	Siehe Stellungnahme P88/A.33
P088	B	P88/B.11	B 01, 06,10	Siehe Stellungnahme P88/A.34
P088	B	P88/B.12	B 01, 06,10	Siehe Stellungnahme P88/A.35
P088	B	P88/B.13	B 01, 06,10	Siehe Stellungnahme P88/A.36
P088	B	P88/B.14	B 01, 06,10	Siehe Stellungnahme P88/A.37
P088	B	P88/B.15	B 01, 06,10	Siehe Stellungnahme P88/A.38
P088	B	P88/B.16	B 01, 06,10	Siehe Stellungnahme P88/A.39
P088	B	P88/B.17	B 01, 06,10	Siehe Stellungnahme P88/A.40
P088	B	P88/B.18	B 01, 06,10	Siehe Stellungnahme P88/A.41
P088	B	P88/B.19	E 01	Zur Anregung: Aufsplittung der Abstände zu Wohnbebauungen in Regelungen auf a) der Ebene der weichen Tabukriterien und b) der Ebene der Potenzialflächenbewertung
P088	B	P88/B.20	E 01	Der pauschale Abstand von 1.000 Metern als weiches Tabu soll gestrichen werden und durch die folgenden beiden weichen Tabukriterien ersetzt werden: • 500 m um Ortslagenflächen auf der Ebene der Tabuflächenbewertung als weiches Tabukriterium im gesamten Planungsraum anwenden
P088	B	P88/B.21	E 01	• 650 m um Ortslagenflächen auf der nachgelagerten Ebene der Potenzialflächenbewertung anwenden für alle Bereiche in mindestens 650 m Abstand zu Bereichen, die zum Stichtag 01.08.2014 als Vorranggebiete für die Windenergie im geltenden RROP oder in Flächennutzungsplänen als Windkraftzonen dargestellt waren (Bestandsbereiche).

P088	B	P88/B.22	E 01	Raumordnerische Begründung Hier wird zunächst auf die vorstehenden Ausführungen zur Begründung der Anregung 1 verwiesen. Diese gelten übertragend.
P088	B	P88/B.23	E 01	Falls die untere Landesplanungsbehörde oder der Kreistag jedoch - entgegen der in der Begründung zur Anregung dargelegten Rechtslage - meinen, dass weiche Tabukriterien nicht räumlich differenziert angewendet werden dürfen, so steht dies einer Konzeptänderung mit gleichen Ergebnissen wie bei Anregung dennoch nicht entgegen.
P088	B	P88/B.24	E 01	Denn dann kann man gemäß der obigen Alternative zur Anregung schlicht eine Aufsplittung der Abstände zu Wohnbebauungen in Regelungen auf a) der Ebene der weichen Tabukriterien und b) der Ebene der Potenzialflächenbewertung vorsehen.
P088	B	P88/B.25	E 01	Auf der Ebene der weichen Tabukriterien wählt man dann ein weniger weitreichendes Kriterium (500m), dass man daher sachgerecht im ganzen Planungsraum anwenden kann, ohne dass man dadurch in Teilräumen mit besonderen Abwägungsbedingungen - hier: Bestandsbereiche - zu große und nicht zu rechtfertigende Tabuflächen kreiert.
P088	B	P88/B.26	E 01	Auf der Ebene der Potenzialflächen kann man dann räumlich differenziert weitergehende Abstände (650 oder 1.000 Meter) nur für diejenigen Teilbereiche außerhalb der Bestandsbereiche vorsehen.
P088	B	P88/B.27	E 01	Das korrespondiert für den zweiten Schritt mit den eigenen Planungsansätzen der unteren Landesplanungsbehörde für Abstände zwischen Windparks. Insoweit wird hier schon alleine deswegen wohl seitens der unteren Landesplanungsbehörde Cuxhaven nicht behauptet werden, dass dieser Ansatz raumordnerisch unzulässig sein.
P088	B	P88/B.28	E 01	Im Ergebnis kann man damit in gleicher Weise die Bestandsgebiete weiterhin im RROP darstellen, wie bei der Anregung 1. Einziger Unterschied, ist dass der weitergehende Puffer von 650 Metern (alternativ 1.000 m) in einer anderen systematischen Stufe im Auswahlprozess für die RROPVorranggebiete angewendet wird.

P088	B	P88/B.29	E 01	<p>Zur geplanten Einschränkung der Repoweringmöglichkeiten hat das BVerwG im seinem Beschluss 4 BN 65.09 vom 29.03.2014 wie folgt Position bezogen:</p> <p>"In der Rechtsprechung des Senats ist geklärt, dass vorhandene Windenergieanlagen als Tatsachenmaterial bei der Abwägung zu berücksichtigen sind (Beschluss vom 23. Juli 2008 a.a.O. juris Rn. 7). Werden Grundstücke mit vorhandenen Windenergieanlagen beim Zuschnitt der Konzentrationsflächen nicht berücksichtigt, sind die Betreiber auf den Bestandsschutz für ihre Anlagen beschränkt. Der Planungsträger hat daher das Interesse der Betreiber, ältere Anlagen durch effizientere neue Anlagen zu ersetzen und diese dabei gegebenenfalls auch neu anzuordnen (Repowering), in der Abwägung zu berücksichtigen (Urteil vom 24. Januar 2008 a.a.O. Rn. 17). Die Beschränkung der Nutzungsmöglichkeiten eines Grundstücks muss vom Planungsträger als ein wichtiger Belang privater Eigentümerinteressen in der Abwägung der öffentlichen und der privaten Belange beachtet werden (vgl. auch zur gemeindlichen Bauleitplanung Urteil vom 31. August 2000 - BVerwG 4 CN 6.99 - BVerwGE 112, 41 <49>; Beschlüsse vom 26. August 2009 - BVerwG 4 BN 35.09 - BauR 2010, 54 und vom 16. Januar 1996 - BVerwG 4 NB 1.96-Buchholz 406.11 91 BauGB Nr. 88 5.38)."</p>
P088	B	P88/B.30	E 01	Die oben angeführten Aspekte sollten bei der weiteren Diskussion des RROP Cuxhaven berücksichtigt werden, um vermeidbare Fehler zu verhindern und einen weiteren Ausbau der Windenergie zu ermöglichen.
P089	A	P89/A		Siehe Stellungnahme P88/A
P089	B	P89/B		Siehe Stellungnahme P88/B
P090		P90	SO 31	Siehe Stellungnahme P29
P091	A	P91/A		Siehe Stellungnahme P88/A
P091	B	P91/B		Siehe Stellungnahme P88/B
P092		P92.01-29		Siehe Stellungnahme P88/B.1-29

P092		P92.30	Z	In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die im RROP vom 28.10.1994 festgestellte Vorrangfläche seit 1995 mit jetzt zu repowernden Windkraftanlagen bebaut ist. Diese Vorrangfläche ist im Zuge der Digitalisierung von Kartenmaterial an westlicher Seite um bis zu 70 m verkleinert worden. Bei öffentlichen Auslegungen konnte diese Verkleinerung wegen des großen Maßstabes nicht festgestellt werden. Der Fehler in der Kartierung wurde im Jahre 2012 erkannt. Im Zuge des neuen RROP sollte dieser Fehler korrigiert und die ursprüngliche Vorrangfläche von 1995 wieder aufgenommen werden.
P092		P92.31		Siehe Stellungnahme P88/B.30
P093		P93		Siehe Stellungnahme P92
P094		P94		Siehe Stellungnahme P88/A
P095		P95		Siehe Stellungnahme P88/B
P096		P96		Siehe Stellungnahme P92
P097		P97		Siehe Stellungnahme P88/B
P098		P98		Siehe Stellungnahme P88/A
P099		P99.01	Z	wir, die EWC, sind einer der Betreiber der Windenergieanlagen des Testfeldes Langen-Neuenwalde. Die Umsiedlung der Windenergieanlagen vom Offshore Testfeld Cuxhaven-Groden wurde in der Vergangenheit zwischen den Betreibern der einzelnen Windenergieanlagen und dem Land Niedersachsen vereinbart, da der alte Testfeldstandort einer neuen Nutzung wie insbesondere Hafenbaumaßnahmen zugeführt werden sollte.
P099		P99.02	Z	Im Sinne einer sicheren Planung des verlagerten Offshore-Testfeldes, sind wir sehr daran interessiert, dass auch der neue Standort des Testfeldes im Regionalplan planerisch abgesichert wird und folglich das Testfeld im neuen Regionalen Raumordnungsprogramm 2014 (RROP 2014) von einem Vorranggebiet überdeckt wird, um somit andere, der Windenergienutzung entgegenstehende Nutzung, an diesem Standort auszuschließen.

P099		P99.03	Z	Im aktuell gültigen Regionalen Raumordnungsprogramm 2012 (RROP 2012) wird der bisherige Standort des Offshore-Testfeldes am Standort in Cuxhaven-Groden durch eine zeichnerische Darstellung als Windvorranggebiet festgelegt sowie die Verlagerung dieses Standortes durch das Ziel 4.2.2.03 als „Arbeitsauftrag“ an die Regionalplanung näher bestimmt. Im neuen RROP 2014 sind sowohl die zeichnerische Festlegung am Standort Cuxhaven-Groden als auch textliche Festlegung ersatzlos gestrichen. Da dieser Standort mit der Verlagerung aufgegeben wird, ist die Nicht-Behandlung des Standortes Cuxhaven-Groden im RROP 2014 nachvollziehbar.
P099		P99.04	Z	Jedoch finden sich im neuen RROP 2014 für das neue Offshore-Testfeld in Langen-Neuenwalde keinerlei Festlegungen. Es gibt weder eine zeichnerische noch eine textliche Festlegung und auch in der Begründung/Erläuterung sowie im Umweltbericht des neuen RROP 2014 findet der neue Standort keine Erwähnung.
P099		P99.05	Z	Unseres Erachtens sollte jedoch die Besonderheit des Testfeldes trotz des neuen Standortes weiterhin durch entsprechende Festlegungen gewürdigt und der im RROP 2012 formulierte „Arbeitsauftrag“ im neuen RROP ausgeführt werden. Eine komplette Nicht-Behandlung dieses Standortes im gesamten RROP 2014 ist nicht hinzunehmen. Insbesondere ist hierbei auch auf das aus dem RROP 2012 weitergeführte Ziel unter der neuen Nummer 4.2.2.11 im RROP 2014 hinzuweisen, welches eine besondere Sicherung und Entwicklung des Offshore-Wirtschaftsstandortes Cuxhaven fordert. Für die Weiterentwicklung der Offshore-Wirtschaft bedarf es entsprechender Räume, die ein Testen von Offshore-Windenergieanlagen ermöglichen. Somit lässt sich auch aus dem RROP 2014 heraus, dass eine planerische Sicherung des neuen Standorts von großer Bedeutung ist.
P099		P99.06	Z	In der zum RROP 2014 zugehörigen Potentialflächenanalyse zur Identifizierung möglicher Flächen für eine Windenergienutzung (dokumentiert in der Begründung/Erläuterung zum RROP 2014) ist der neue Standort des Offshore-Testfeldes in Langen-Neuenwalde untersucht worden. Nach der Ableitung und Begründung der harten und weichen Tabuzonen und Übertragung dieser in die Örtlichkeit (Arbeitsschritte 1 und 2) stellt sich dieser Standort als mögliche Potentialfläche für eine Windenergienutzung dar – unter der Bezeichnung 004 „Langen Bederkesa“ mit einer Größe von 230,41 ha (s. nachfolgendes Bild).

P099		P99.07	Z	Somit ist eine generelle Eignung des Standortes Langen-Neuenwalde als Standort für Windenergieanlagen durch die Potentialflächenanalyse dokumentiert. Rechtliche und planerische-konzeptionelle Gründe, die einer Windenergienutzung an diesem Standort entgegen stehen können somit ausgeschlossen werden.
P099		P99.08	Z	Auch das im RROP 2012 genannten Ziel 4.2.2.04, dass der neue Standort für das zu verlagernde Offshore-Testfeld den Kriterien für die Ausweisung der Vorranggebiete Windenergienutzung entsprechen muss, ist somit erfüllt.
P099		P99.09	Z	Allerdings ist die identifizierte Potentialfläche 004 innerhalb des Arbeitsschritts 3 (Anwendung von Kriterien wie Abstände der Vorranggebiete untereinander, Flächengrößen, naturschutzfachliche Anforderungen sowie Festlegungen des Regionalen Raumordnungsprogramms) aus Abstandsgründen verworfen worden. Dieses ist – wie nachfolgend erläutert – nicht nachzuvollziehen.
P099		P99.10	Z	Der Abstand zum Vorranggebiet Flögeln-Stüh (Potentialfläche 39 bzw. Detailkarte 8) beträgt ca. 2,5 km. Der Abstand zum bauleitplanerisch gesicherten Bereich Langen-Debstedt (Potentialfläche 93 bzw. Detailkarte 18 beträgt ca. 4,2 km). Somit wird sowohl der von der obersten Raumordnungsbehörde empfohlene Abstand von Windparks untereinander von fünf Kilometern als auch der vom Landkreis Cuxhaven abgeleitete Abstand von vier Kilometern nicht eingehalten.
P099		P99.11	Z	Jedoch unterscheidet sich das geplante neue Offshore-Testfeld in seiner Natur als Testfeld für Offshore-Windenergieanlagen von der Natur der übrigen Vorrangstandorte als Standorte für Onshore-Windenergieanlagen und es sollte somit seiner Sonderrolle Rechnung getragen werden.
P099		P99.12	Z	Da der von der obersten Raumordnungsbehörde genannte Abstand von Windparks untereinander sich als Empfehlung versteht, ist eine Sicherung des Standortes als Testfeld möglich.
P099		P99.13	Z	Insbesondere impliziert auch die in der Begründung genannte Bedeutung der Windkraft für die Wirtschaft eine notwendige Unterschreitung sowohl des fünf Kilometer Abstandes als auch des in der Begründung genannten, vom Landkreis Cuxhaven abgeleiteten Abstandes von vier Kilometern für das Testfeld.

P099		P99.14	Z	Ferner wurde bereits im Ziel 4.2.2.04 des RROP 2012 eine Ausnahmeregelung für das Offsho-re-Testfeld bezüglich der Unterschreitung von Abständen zu anderen Windparke festgelegt. Da in diesem Ziel auch festgelegt ist, dass das neue Testfeld den Bau und Betrieb weiterer Wind-energieanlagen ermöglichen soll und ferner in der dazugehörigen Begründung auf die Unter-stützung der Entwicklung der Offshore-Branche im Landkreis hingewiesen wird, ist es nötig, das neue Testfeld durch die Ausweisung eines Vorranggebiets planerisch zu sichern und somit zukünftig den Absichten des RROP 2012 Rechnung zu Tragen.
P099		P99.15	Z	Weiterhin ermöglicht die vom Landkreis zu tätige planerische Abwägung zum neuen Regionalplan Windenergie und die gesetzten (o.g.) Ziele eine Unterschreitung des Abstandes von Windparks untereinander und damit ein Miteinander des neuen Offshore-Testfeldes zum Standort Flögeln-Stüh sowie Langen-Debstedt.
P099		P99.16	Z	Auch die weiteren Aspekte des Arbeitsschritts 3 – Flächengröße, naturschutzfachliche Anforderung sowie Festlegungen des Regionalen Raumordnungsprogramms – können unseres Erachtens nicht zum Ausschluss der identifizierten Potentialfläche am Standort Langen-Neuenwalde führen.
P099		P99.17	Z	Die Potentialfläche mit der Bezeichnung 004 ist eine der mit Abstand am größten identifizierten Potentialflächen im gesamten Landkreis Cuxhaven. Gerade eine derartig große Fläche, kann optimal zu den Zielen des RROP 2012 sowie RROP 2014 einen großen Teil beitragen, regenerative Energien auszubauen.
P099		P99.18	Z	Die Eignung der Potentialfläche 004 bezüglich naturschutzfachlicher Anforderungen lässt sich anhand der vorliegenden Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz positiv dokumentieren. So wird eine Genehmigung nur erteilt, wenn alle Anforderungen erfüllt sind und somit auch seitens des Natur- und Artenschutz keine Bedenken bestehen.
P099		P99.19	Z	Auch die Festlegungen des Regionalen Raumordnungsprogramms stehen einer Windenergienutzung auf der Potentialfläche 004 nicht entgegen. Das aktuell gültige RROP 2012 (s. nachfolgendes Bild) zeigt eine generelle Eignung des Standortes Langen-Neuenwalde – bei Außerachtlassung der verankerten Ausschlusswirkung von Windenergie außerhalb von dargestellten Vorranggebieten.

P099		P99.20	Z	So liegt das neue Offshore-Testfeld in einem Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft (gelbliche Färbung) und wird teilweise Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft (grüne Schraffur) überlagert. Eine Festlegung dieser Bereiche als Windvorrangstandort widerspricht nicht den durch das RROP 2012 in 3.2.1.1.03 (VG Landwirtschaft) bzw. 3.1.2.08 (VG Natur und Landschaft) gesetzten Zielen bzw. Grundsätzen, da die Eignung und Bedeutung der Gebiete durch eine Windenergienutzung nicht eingeschränkt werden. Somit weist das RROP 2012 auf eine Eignung dieses Offshore-Testfeld-Standortes als Vorrangstandort Windenergie hin.
P099		P99.21	Z	Somit muss unseres Erachtens die Potentialfläche 004 auch nach Anwendung des Arbeitsschritts 3 der Potentialflächenanalyse als Vorranggebiet ergeben. Daraus folgert sich eine Ausweisung des Standortes als Vorranggebiet Windenergienutzung.
P099		P99.22	Z	Sollte – wider Erwarten – das Offshore-Testfeld in Langen-Neuenwalde nicht als eigenständiges Vorranggebiet Windenergienutzung in das neue RROP 2014 aufgenommen wird, sollten zumindest die textlichen Darstellungen des RROP 2014 eine Ausnahmeregelung von der im Ziel 4.2.2.1 festgelegten Ausschlusswirkung eröffnen. Testfelder sollten dieser Ausschlusswirkung nicht unterliegen. Nur so ist es den Kommunen möglich, den Standort des Offshore-Testfelds als Sondergebiet Windenergie im entsprechenden Flächennutzungsplan festzulegen und diesen so planerisch abzusichern, dass an dieser Stelle keine andere Nutzung angesiedelt werden kann.
P099		P99.23	Z	Insgesamt möchten wir mit dieser Stellungnahme zum Ausdruck, dass wir zum o.a. Entwurf des RROP 2014 einen dringenden Überarbeitungsbedarf bezüglich des Offshore-Testfeldes sehen. Das neue Testfeld in Langen-Neuenwalde sollte Eingang in das RROP 2014 finden und unserer Empfehlungen entsprechend umgesetzt werden.

P100		P100.01	U, SO 31	<p>zu dem ausgelegten Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms 2014, Fortschreibung sachlicher Teilabschnitt Windenergie, nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p><u>1. Zum Umweltbericht - Teil C, Nr. 1.2.2.9 Standort Geversdorf/Oberndorf</u></p> <p>Nr. 4: Zusammenfassende Einschätzung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen</p> <p>Wir stellen fest, dass die Einschätzung des Umweltberichts, die Umweltauswirkungen eines verwirklichten Windparks im Plangebiet Geversdorf/Oberndorf seien erheblich, ausschließlich auf den Bestand von windenergieempfindlichen Vogelarten zurückzuführen sein soll. Diese Einschätzung ist auf einer derzeit systematisch nicht korrekten Bestandsbeschreibung getroffen worden.</p>
P100		P100.02	U, SO 31	<p><u>a. Keine Differenzierung von Plangebiet/Umfeld bei Artenvorkommen</u></p> <p>Im Gegensatz zu anderen Plangebieten (z. B. Standort Wremen Grauwallkanal) findet in der Rubrik "Voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen" zum Plangebiet Geversdorf/Oberndorf keine Unterscheidung statt, ob eine Vogelart im Plangebiet selbst oder im Umfeld des Plangebietes vorkommt.</p>
P100		P100.03	U, SO 31	<p>Die fehlende Differenzierung in dieser Rubrik ist so geeignet, das Plangebiet in einem höheren Umweltweft erscheinen zu lassen als es in Wirklichkeit ist. Der Umweltbericht ist deswegen zu korrigieren.</p>
P100		P100.04	U, SO 31	<p>Das ist auch geboten, weil der Ersteller des Umweltberichts, die Firma bosch & partner GmbH, umfangreiches Detailwissen über die Artenvorkommen im und außerhalb des Plangebietes hat. Denn bosch & partner GmbH liegen die Gutachten vor, die im Rahmen des Genehmigungsverfahrens für den geplanten Windpark Geversdorf/Oberndorf eingereicht wurden und hat dazu selbst Stellung genommen.</p>
P100		P100.05	U, SO 31	<p><u>b. Zurechnung von Artenvorkommen trotz Kenntnis von gegenteiligen Gutachten</u></p> <p>i. zur Waldohreule: Lt. Gutachten, die sowohl dem Landkreis als auch dem Gutachter bosch & partner GmbH vorliegen, kommen Waldohreulen im Plangebiet nicht vor. Im NLT-Papier ist ein zusätzlicher artspezifischer Radius zur Untersuchung der Waldohreule nicht genannt. Die zusätzliche Einführung eines solchen Radius in der Methodik (Anhang 1 zum Umweltbericht) ohne nähere Begründung ist zweifelhaft.</p>

P100		P100.06	U, SO 31	Da auch in den bisherigen Stellungnahmen von bosch & partner zu den im BlmSchG Verfahren eingereichten Gutachten die Waldohreule nie als problematische und wertgebende Art thematisiert wurde, ist diese in der Nennung als wertgebende Art in der Umweltbericht-Abwägung, die als Art nicht einmal im Planbereich vorkommt, zu streichen.
P100		P100.07	U, SO 31	ii. Zum Seeadler: Da diese Art im Plangebiet nicht vorkommt und durch Gutachten bereits belegt ist, dass innerhalb des Umfeld keine Gefährdung des Seeadlers und dessen Nahrungshabitate gegeben ist, ist dieses Wissen im Umweltbericht zu berücksichtigen und der Seeadler zumindest als nicht betroffene Art zu kennzeichnen.
P100		P100.08	U, SO 31	Im Ergebnis ist zudem die Schlussfolgerung erheblicher Umweltauswirkungen zu relativieren und in der entsprechenden Rubrik mit Verweis auf vorliegende Gutachten zu kennzeichnen.
P100		P100.09	E 01	<u>2. Zur Beschreibenden Darstellung sowie zur Begründung/Erläuterung, Nr. 4.2.2 Windenergie</u> <u>a. Nr. 01: Rotoren sollen innerhalb der festgelegten Vorranggebiete bleiben</u> i. Keine gefestigte Rechtsprechung, fehlerhafte rechtliche Annahme der Verwaltung in Sitzung vom 18.06.2014 Während der Sitzung des Planungsausschusses wurde vom Leiter der Planungsabteilung, Herrn Eickmann, auf eine gefestigte Rechtsprechung verwiesen, die fordere, dass Rotoren von Windkraftanlagen auch die in einem Regionalplan festgelegten Gebietsgrenzen einhalte. Diese Aussage ist nicht richtig. Zur Notwendigkeit der Einhaltung von Windvorranggebietsgrenzen, die in Regionalplänen festgelegt werden, durch WEA-Rotoren gibt es keine gefestigte Rechtsprechung.
P100		P100.10	E 01	Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 21.10.2004, Az. 4 C 3/04, betrifft ausschließlich die Bauleitplanung von Gemeinden, nicht die Regionalplanung.
P100		P100.11	E 01	Die Entscheidung des VG Hannovers vom 22.09.2011, die die Entscheidung des BVerwG argumentationslos auf Regionalpläne überträgt, ist noch nicht rechtskräftig, sondern angefochten. Mit Blick auf die grundsätzliche Regelung, dass Bauleitplanung parzellenscharf zu sein habe, die Regionalpläne aber wegen anderer Regelungsaufgaben aber grundsätzlich nicht, ist die Zulässigkeit einer solchen Übertragung durch das VG Hannover zweifelhaft.

P100		P100.12	E 01	Jedenfalls liegt derzeit ein Abwägungsausfall der Verwaltung vor, die eine Rechtslage annimmt, die so nicht gegeben ist.
P100		P100.13	E 01	ii. Bisherige gegenteilige Behördenpraxis des Landkreises Cuxhaven Nicht in Betracht gezogen wurde bei der Festlegung die bisherige gegenteilige Behördenpraxis des Landkreises Cuxhaven, die forderte, dass der Turm vollständig im Vorranggebiet liegen müsse, der Rotor aber die Windvorranggebietsgrenze nicht einhalten müsse. Eine solche Änderung der Behördenpraxis hätte den Entfall von bereits beantragten Windkraftanlagen zur Folge, die nicht mehr vollständig in das Windvorranggebiet verschoben werden können. Das in die frühere Behördenpraxis gesetzte Vertrauen würde zu einem Vermögensschaden bei den Planern führen.
P100		P100.14	E 01	iii. Keine raumplanerische Notwendigkeit für eine solche Festlegung Das gelegentliche Überstreichen der Luftbereichsgrenze eines Windvorranggebietes durch Rotorblätter verletzt weder den Regelungszweck von § 35 Abs. 3 BauGB noch das Ziel der Raumordnung „Ausschluss von Windenergieanlagen an anderer Stelle“.
P100		P100.15	E 01	Sinn und Zweck des RROP-Ziels ist, den übrigen Außenbereich von WKA freizuhalten und Windenergieausbau mit einem ausgewogenen Gesamtkonzept zu steuern. Weder dem Zweck der Freihaltung des Außenbereichs noch dem Gesamtkonzept, das die öffentlichen Belange berücksichtigt, schadet es, wenn gelegentlich Rotorblattspitzen über die Luftgebietsgrenzen streichen.
P100		P100.16	E 01	Stattdessen wird durch die Möglichkeit, den Turm an der Gebietsgrenze zu errichten, die optimale Nutzung des Windvorranggebietes hinsichtlich der Leistungsausbeute erreicht, (deren Regelung bedauerlicherweise als Ziel der Raumordnung gestrichen wurde).
P100		P100.17	B 04	<u>b. Nr. 04: Vollständiger Rückbau der Windkraftanlagen inklusive Fundament als Ziel der Raumordnung</u> i. Das als Ziel der Raumordnung formulierte Gebot, Windkraftanlagen inklusive des vollständigen Fundaments zu entfernen, verstößt gegen das Verhältnismäßigkeitsprinzip. Das genannte Ziel, die Bodenfunktion wiederherzustellen, ist auch mit dem umweltschonenderen und finanziell weniger einschneidendem Mittel der partiellen Abtragung des Fundamentes zu erreichen.

P100		P100.18	B 04	Was der Planungsträger unter Bodenfunktion verstanden wissen will, wird in der Begründung des Entwurfes nicht weiter ausgeführt. Jedenfalls darf angenommen werden, dass die Durchleitung von Wasser durch den Boden, die Grundlage für Vegetation durch eine Humusschicht und — im Bereich des landwirtschaftlich geprägten Umfelds — die Bewirtschaftung des Bodens wieder möglich sein muss. All diese Bodenfunktionen können durch eine Entsiegelung und eine partielle Abtragung des Fundamentes sowie Aufschütten von Muttererde erreicht werden.
P100		P100.19	B 04	Dass der im Boden verbleibende Teil eines nur partiell abgetragenen Fundamentes — der einem im Boden liegenden Felsen gleichgestellt werden kann — eine nBeeinträchtigung darstellen kann, wird vom Planungsträger weder ausgeführt noch begründet. Demgegenüber steht der aufwändige Eingriff in tiefe Schichten des Erdreiches bei der vollständigen Entfernung von Fundamenten, insbesondere von Tiefgründungsfundamenten.
P100		P100.20	A	Wir bitten darum, den Entwurf des Regionalplans hinsichtlich der oben genannten Punkte zu überarbeiten.
P101		P101.01	A	die Windpark Nordleda GmbH ist Komplementärin der Windpark Nordleda GmbH & Co Betriebs KG und betreibt im Windpark Nordleda zusammen mit der PNE Wind AG 33 Windkraftanlagen. Im Zuge der Planungen für ein Repowering des Windparks wurden seitens unserer Firma bereits mit der überwiegenden Anzahl der Grundstückseigentümer neue Nutzungsverträge geschlossen.
P101		P101.02	B 10	Mit dem vorliegenden Entwurf zur Änderung des RROP konterkariert der Landkreis Cuxhaven die selbst gesetzten Ziele des Ausbaus der Windenergie. Bezeichnender Weise wurde nunmehr der Passus bzgl. der optimalen Nutzung der Repoweringmöglichkeiten ersatzlos gestrichen. Bestehende und akzeptierte „Windparkflächen“ de facto (aus wirtschaftlichen Gründen, die sicherlich nicht mehr näher erläutert werden müssen) für ein Repowering zu blockieren, bedeutet zudem Verhinderung von wirtschaftlicher Entwicklung und greift in bestehendes Eigentum ein.

P101		P101.03	A	Zu dem ausgelegten Entwurf des RROP nehmen wir daher wie folgt Stellung und bitten, diese Anregungen bzw. diese Stellungnahme den Entscheidungsgremien 1-trägern — so wie rechtlich ohnehin zwingend geboten — in vollem Umfang vorzulegen (keine unzulässige verkürzte Wiedergabe). Gegenstand dieses RROP-Entwurf sind Regelungen, die — wenn sie in Kraft treten — zu massiven negativen Auswirkungen auf die Nutzung der Windkraft im Landkreis Cuxhaven und insbesondere auf bestehenden Standorte führen.
P101		P101.04	Z	So ist u.a. vorgesehen a) viele bisher im RROP dargestellte Vorranggebiete aufgrund neuer Kriterien ganz oder teilweise zu streichen (nur noch Fortbestand der Bauleitplandarstellung erlaubt),
P101		P101.05	B 10	b) eine zielförmige textliche Höhenregelung (weiterhin) vorzusehen, nach der Anlagen mit einer Höhenentwicklung von über 100 Metern erst ab 1.000 m Entfernung zu Ortslagen zulässig sein sollen.
P101		P101.06	Z	Von diesen stringenten Regelungen wird auch der Windpark Nordleda massiv negativ betroffen sein. Hier sieht der Entwurf des RROP die komplette Streichung des bisherigen Vorranggebietes vor und zudem würde dort bei einem Repowering die regionalplanerische Höhenbegrenzung auf nur 100 Meter greifen. Eine wirtschaftlich angemessene und notwendige Höhe von über 100 Metern für ein mittelfristiges Repowering per FNP-Änderung wäre ausgeschlossen, wenn das RROP so wie im Entwurf vorgesehen in Kraft treten würde.
P101		P101.07	A	Die Existenz der Windpark Nordieda GmbH wäre durch das RROP dementsprechend perspektivisch mehr als gefährdet.

P101		P101.08	A	<p>Dieser seit 1997 ortsansässige Windpark Nordleda</p> <ul style="list-style-type: none"> - hat - wie viele andere durch den Entwurf des RROP betroffene etablierte Windparks auch - eine recht hohe lokale Akzeptanz, - generiert hohe Steuereinnahmen für die öffentliche Hand in unserer Region, - stärkt die Wirtschaftskraft und die privaten Einkommen in unserer Region, - stabilisiert über die Pachteinnahmen und Gewinnbeteiligungen die hiesigen Landwirtschaftlichen Betriebe und damit auch die dörflichen Siedlungen, - zeichnet für positive lokale und regionale Beschäftigungseffekte (Wartung, Verwaltung etc.) verantwortlich und - trägt über regelmäßige Spenden an lokale Einrichtungen und Vereine zum Sozialleben in den örtlichen Gemeinschaften bei.
P101		P101.09	A	<p>Die hohe Akzeptanz für den Windpark wurde durch den einstimmigen Beschluss des Gemeinderates vor einigen Tagen mehr als deutlich bestätigt.</p>
P101		P101.10	Z	<p><u>Daher beantragen wir,</u></p> <p>1. die derzeit als Vorranggebiet ausgewiesene Fläche des Windpark Nordleda auch weiterhin als Vorrangfläche auszuweisen.</p>
P101		P101.11	B 10	<p>2. Den pauschalen Abstand von 1.000 Metern als weiches Tabukriterium zu streichen und durch die folgenden beiden weichen Tabukriterien zu ersetzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • 500 Meter für Bereiche, die bereits im geltenden RROP als Vorranggebiet für die Windenergie oder in aktuell geltenden FNPs als Windkraftkonzentrationszone dargestellt sind (Bestandsbereiche). • 650 Meter für die sonstigen Bereiche außerhalb der Bereiche, die zum Stichtag 01.08.2014 als Vorranggebiete für die Windenergie im geltenden RROP oder in Flächennutzungsplänen als Windkraftzonen dargestellt waren (Bestandsbereiche).
P101		P101.12	B 04	<p>3. Die Verpflichtung zum vollständigen Rückbau der Fundamente von Windkraftanlagen nach Beendigung des Betriebes durch eine technisch und wirtschaftliche Regelung zu ersetzen.</p>

P102		P102.01	SO 05	Unser Büro plant derzeit die Realisierung des Windparks Bramstedt-Wittstedt (4 x E-1 01 und 1 x E-82 mit 166 m Gesamthöhe) entsprechend der Erweiterung des Vorranggebietes gemäß RROP 2012. Hierzu wurde von der Gemeinde Hagen im Bremischen eine aufwändige FNP-Änderung über einen Zeitraum von 2 Jahren durchgeführt. Am 19. Februar 2014 wurde der Salzungsbeschluss vom Rat der Gemeinde gefasst und somit die Planreife nach dem BauGB erreicht.
P102		P102.02	SO 05	Seit Dezember 2013 läuft das Genehmigungsverfahren nach BImSchG. Nach den aktuellen Unterlagen zur Nachbesserung des RROP's (Entwurf 2014) würde sich der Standort einer WKA nicht mehr innerhalb der Vorrangfläche befinden.
P102		P102.03	SO 05	Aus diesem Grunde nehmen wir zum Entwurf des RROP 2014 wie folgt Stellung: - Die aktuelle 58. Änderung des FNP der Gemeinde Hagen ist nicht dargestellt und muss als bauleitplanerisch gesicherter Bereich“ im Sinne des RROP-Entwurfs 2014 gelten. Insofern besteht aus unserer Sicht an dieser Stelle Handlungs- bzw. Nachbesserungsbedarf auf Ihrer Seite in dem Sinne, dass die Darstellung des o.g. FNP's im RROP Entwurf zu übernehmen ist.
P102		P102.04	SO 05	Im südwestlichen Bereich wurde die Vorrangfläche gegenüber dem RROP 2012 und 2006 stark eingeschränkt. Dies entzieht sich unserem Verständnis und unseres Erachtens auch den Zielen der Politik, welche ursächlich für die Neuauflage des RROP verantwortlich waren. Wir bitten um Darlegung der Gründe, die zu einer Verkleinerung der Vorrangfläche geführt haben.
P102		P102.05	SO 05	Offensichtlich wurde das Kriterium für Wald neu angewendet. Seit Jahren hat sich jedoch an der Situation vor Ort nichts geändert. Das vorhandene Gehölz (Birkenbruchwald) wurde auch in früheren Genehmigungsverfahren bewusst nicht als Wald im Sinne der Waldgesetze (BWaldG und NWaldLG) eingestuft.
P102		P102.06	SO 05	Die Erfassungen der Fledermäuse, Brutvögel und Biotop lassen darüber hinaus keine Anhaltspunkte erkennen, die einen Abstand zu den vermeintlichen Waldflächen erforderlich machen.

P102		P102.07	SO 05	Wir beantragen deshalb die Situation für den konkreten Einzelfall und unter Berücksichtigung der für das BImSchG-Verfahren relevanten fachlichen Gutachten erneut zu bewerten und an den gegenwärtigen Kenntnisstand anzupassen.
P102		P102.08	SO 05	Darüber hinaus sind in dem betreffenden Bereich zwei Windkraftanlagen seit 2007 in Betrieb.
P102		P102.09	SO 05	- Im nordwestlichen Bereich der Vorrangfläche wurde der Zuschnitt der Vorrangfläche gegenüber dem PROP 2012 verändert und - soweit erkennbar - geringfügig verkleinert. Von der Verkleinerung der Fläche wäre der Standort der geplanten WKA 2 betroffen, was eine Umplanung des Standortes bzw. des gesamten Aufstellungskonzeptes zur Folge hätte. Wir bitten um Darlegung der Gründe, die zu einer Änderung der Vorrangfläche geführt haben.
P102		P102.10	SO 05	- Die 40, Änderung des FNP der Gemeinde Hagen für den WP Bramstedt (Jahr 2006) ist nicht dargestellt und muss als „bauleitplanerisch gesicherter Bereich“ im Sinne des RROP-Entwurfs gelten.
P102		P102.11	SO 05	Die beantragte WKA 5 im südlichen Bereich wäre noch dem vorliegenden Entwurf 2014 nicht mehr genehmigungsfähig, obwohl die Planreife noch BauGB seit Februar 2014 gegeben ist.
P102		P102.12	A	Wir beantragen den Bestandsschutz für die laufende Planung und das Genehmigungsverfahren für die geplante Erweiterung um 5 Windkraftanlagen gemäß der im Februar abgeschlossenen Bauleitplanung der Gemeinde Hagen im Bremischen, wie es bereits für die meisten anderen laufenden Planungen im Landkreis sichergestellt wurde. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Antragsbearbeitung aufgrund der vorherrschenden Personalengpässe nicht fristgerecht erfolgt, ist die Planungs und Investitionssicherheit durch die Vorlage des Entwurfs für uns nicht mehr gegeben.
P102		P102.13	A	Im Übrigen gefährdet die Vorgehensweise an dieser Stelle die Wirtschaftlichkeit des Projektes in Gänze, das im Gegensatz zu anderen Projekten mit hohen Fixkosten, wie z.B. der 10,5 km langen Netzanschlussstraße leben muss. Das setzt eine Mindestanzahl von WKA einfach voraus.

P103		P103.01	A	<p>Mit öffentlicher Bekanntmachung vom 26.06.2014 hat der Landkreis Cuxhaven die Eröffnung des Verfahrens zur Beteiligung der Träger öffentlicher Belange sowie die öffentliche Auslegung des Entwurfs zur Änderung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven einschließlich des Umweltberichtes bekannt gegeben. Anregungen und Bedenken dazu können ab dem 03.07.2014 bis zum 17.08.2014 vorgebracht werden. Der Entwurf zur Änderung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie berührt die Interessen der ENERCON GmbH, so dass wir auf diesem Wege die Möglichkeit zur Stellungnahme nutzen möchten:</p> <p><u>I.</u></p> <p>Die ENERCON GmbH plant auf dem Gebiet des Landkreises Cuxhaven u.a. auf den unter IV. genannten Flächen die Errichtung von Windenergieanlagen. Darüber hinaus ist die ENERCON GmbH als Hersteller von Windenergieanlagen betroffen. Die Windenergienutzung leistet nicht nur einen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz, sie bietet vor allem für den ländlichen Raum erhebliche Standortvorteile und Wertschöpfungsmöglichkeiten. Zugleich werden hochqualifizierte Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen, wie dies die Erfolgsgeschichte des Unternehmens ENERCON in eindrucksvoller Weise aufzeigt. ENERCON ist das führende deutsche Unternehmen im Bereich der Entwicklung und Herstellung von Windenergieanlagen. Es wurden für Herstellung, Planung, Betrieb und Wartung von ENERCON - Windenergieanlagen in den vergangenen Jahren mehr als 14.000 Arbeitsplätze, davon allein mehr als 10.000 Arbeitsplätze in Deutschland, geschaffen. Vor diesem Hintergrund verwundert es sehr, dass keine andere Form der Erneuerbaren Energien in der Öffentlichkeit so brisant diskutiert wird wie die Windenergie. Oft werden Sachverhalte falsch dargestellt oder bewusst falsch und irreführend argumentiert. Häufig entstehen Konflikte aufgrund falscher oder fehlender Informationen über geplante Projekte und wären durch angemessene Öffentlichkeitsbeteiligung mit sorgfältiger Aufklärung vermeidbar.</p>
------	--	---------	---	---

P103		P103.02	E 01	<p><u>II.</u></p> <p>Gemäß der Begründung zum sachlichen Teilabschnitt Windenergie werden 0,73 % der Landkreisfläche als Vorranggebiete zur Windenergienutzung ausgewiesen. Unter Berücksichtigung der Bestandwindparks außerhalb von Vorranggebieten erhöht sich dieser Flächenanteil zwar auf 1,87 %, jedoch entsprechen diese Bestandwindparks nicht den Kriterien der Regionalplanung und sind daher nur sehr begrenzt für die Errichtung moderner Windenergieanlagen verfügbar.</p>
P103		P103.03	E 01	<p>Grundsätzlich ist zu begrüßen, dass damit der Landkreis Cuxhaven der Windenergienutzung Raum verschaffen möchte. Allerdings kommt damit der Landkreis Cuxhaven nicht den in anderen Bundesländern wie Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg bereits bestehenden und für Niedersachsen diskutierte Vorgaben der Bundesländer auf Ausweisung von 2 % der Landesfläche zur Nutzung der Windenergie nach.</p>
P103		P103.04	E 01	<p>Aus unserer Sicht wäre es auch im Landkreis Cuxhaven möglich, den für eine Nutzung mit modernen Windenergieanlagen zur Verfügung stehenden Flächenanteil durch eine Überarbeitung der angewandten harten und weichen Tabukriterien sowie einer geänderten Abwägung der Potentialflächen zu vergrößern. Insbesondere die folgenden, in der Begründung zum Sachlichen Teilregionalplan aufgeführten Kriterien sind noch zu überprüfen:</p>
P103		P103.05	E 01	<ul style="list-style-type: none"> • Ein pauschaler Ausschluss von Naturschutzgebieten, Landschaftsschutzgebieten, Biotopen, Vogelbrutgebieten und Waldflächen und Vorranggebieten Natur und Landschaft samt Puffer als Tabukriterium wäre nicht angemessen. Vielmehr bedarf es einer Prüfung im Einzelfall.
P103		P103.06	E 01	<p>Sofern das Naturschutzgebiet dem Schutz von Tier- und Pflanzenarten dient, die mit der Nutzung der Windenergie verträglich sind, wäre ein Ausschluss dieser Flächen unangemessen.</p>
P103		P103.07	E 01	<p>Zwar wird ausweislich der Begründung des sachlichen Teilabschnitts die Errichtung von Windenergieanlagen nicht ausgeschlossen, jedoch wird dies als Ausnahmefall angesehen. U.E. ist jedoch eine unvor eingennommene Einzelfallprüfung geboten unter Berücksichtigung des Schutzzwecks des jeweiligen Gebiets. Es dürften dadurch zahlreiche NSG, LSG und insbesondere Waldflächen zu ermitteln sein, die für eine Windenergienutzung verträglich wären.</p>

P103		P103.08	E 01	<p>Gerade die Nutzung von Waldflächen ist in anderen Bundesländern üblich und hat sich bewährt. Wälder galten lange Zeit als Landschaftselemente, die einen ertragreichen Betrieb von WEA aufgrund ihrer Wind-Barriere-Funktion und der dadurch erzeugten Turbulenzen ausschlossen. Dies lag insbesondere an der technischen Ausstattung der WEA mit geringen Nabenhöhen und Rotordurchmessern. Durch die Weiterentwicklung zu z.B. Nabenhöhen größer 120 m können turbulenzarme Luftschichten erreicht werden; zudem strömt der Wind in größeren Höhen konstanter. In Kombination mit größeren Rotordurchmessern kann an hohen WEA ein erheblicher Mehrertrag an Strom erzielt werden. Eine Beeinträchtigung von Flora und Fauna im Wald wird ebenfalls verringert, da durch die hohen WEA auch der Abstand zwischen der nach unten gerichteten Rotorspitze und dem darunter liegenden Baumkronendach vergrößert wird. Es wäre u.E. fehlerhaft, Waldflächen pauschal als Tabuzone auszuschließen. Vielmehr ist auch hierbei die Schutzfunktion und naturschutzfachliche Wertigkeit des jeweiligen Waldgebiets zu bewerten.</p>
P103		P103.09	E 01	<p>Ebenso verhält es sich mit der Festlegung einer pauschalierten Tabuzone von 100 m um eine Waldfläche größer 1ha. Innerhalb dieser zu den „weichen Tabukriterien“ gehörenden Pufferzone wäre eine Windenergienutzung aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen zwar generell möglich, in der Begründung zum sachlichen Teilregionalplan wird diese Pufferzone jedoch durchgängig für die Windenergienutzung ausgeschlossen. Um der Windenergie substanziell Raum zu verschaffen ist eine Einzelfallprüfung in diesem Fall angemessen.</p>
P103		P103.10	E 01	<ul style="list-style-type: none"> Die um die vorgenannten Gebiete gezogenen Puffer sind naturschutzfachlich nicht gerechtfertigt. Es dürfte im Einzelfall ein Schutzpuffer um ein besonders schützenswertes NSG oder Vogelschutzgebiet sinnvoll sein, jedoch rechtfertigt dies keine pauschalen Abstände.

P103		P103.11	E 01	<ul style="list-style-type: none"> • Im Rahmen der Abstände zur Wohnbebauung wird zwischen Ortslagen und sonstigen wohnbaulichen Nutzungen unterschieden. Wie sich bereits aus den für die einzelnen Bereiche differenzierten Grenzwerten nach TA-Lärm ergibt, werden Einzelhäuser im Außenbereich als deutlich weniger schutzbedürftig eingestuft als u.a. allgemeine oder reine Wohngebiete. Hinzu kommt, dass die Windenergienutzung gemäß § 35 Abs.1 Nr.5 BauGB im Außenbereich privilegiert ist, Wohnnutzung hingegen nicht. Insofern ist es u.E. richtig, zu Einzelhäusern im Außenbereich einen geringeren Schutzabstand anzusetzen.
P103		P103.12	E 01	<p>Abgrenzungsschwierigkeiten ergeben sich jedoch durch den im Entwurf der Änderung des sachlichen Teilabschnitts verwendeten Begriff der Ortslagen. Dieser Begriff ist nicht weiter definiert. Es könnten hiernach auch mehrere Wohnhäuser des Außenbereichs u.U. als Ortslagen definiert werden, obwohl sie nach TA-Lärm als Außenbereich zu werten wären. Wir schlagen daher zur Vermeidung von Fehlinterpretationen vor, auf den beplanten Innenbereich der BauNVO abzustellen.</p>
P103		P103.13	E 01	<ul style="list-style-type: none"> • Vorranggebiete für die Gewinnung von oberflächennahen Rohstoffen stehen nicht pauschal einer Windenergienutzung entgegen. Insbesondere Sandabbauflächen können sehr gut durch eine Windenergienutzung ergänzt werden. Durch die Regionale Planungsgemeinschaft Magdeburg wurden daher bewusst auch Vorrangflächen zum Sandabbau als Windeignungsgebiete ausgewiesen. Der Rohstoffabbau erfolgt über einen langen Zeitraum und nimmt in der Regel nicht die gesamte Vorrangfläche gleichzeitig in Anspruch. Der Betrieb von Windenergieanlagen erfolgt hingegen nur zu einem beschränkten Zeitraum. In Abstimmung mit dem Abbauberechtigten lassen sich daher der Rohstoffabbau und die Windenergienutzung koordinieren. Hinzu kommt, dass durch den Rohstoffabbau bereits ein erheblicher Eingriff in Natur und Landschaft erfolgt, die zusätzliche Nutzung durch Windenergieanlagen ist demgegenüber lediglich ein geringer zusätzlicher Eingriff.
P103		P103.14	E 01	<ul style="list-style-type: none"> • Die Festlegung einer Mindestgröße von 19 ha pro Vorranggebiet erscheint wenig sinnvoll. Vielmehr ist im Einzelfall zu prüfen, ob eine Potentialfläche nach raumordnerischen Gesichtspunkten verträglich ist. Die Flächengröße ist daher zweitrangig.

P103		P103.15	E 01	Ebenfalls ist nicht sinnvoll, dass mindestens eine Anzahl von 3 Windenergieanlagen realisierbar sein muss. Die Festlegung eines Vorranggebiets ist vielmehr von der Struktur der jeweiligen Potentialfläche abhängig. Danach kann auch die Errichtung von weniger als 3 Windenergieanlagen und/oder eine Fläche von weniger als 19 ha sinnvoll sein.
P103		P103.16	E 01	Ob und inwieweit im Rahmen der Regionalplanung der Windenergienutzung der von der Rechtsprechung geforderte substanzielle Raum verschafft wird, ist anhand des vorhandenen Potentials zu ermitteln. Das im Landkreis Cuxhaven vorhandene Potential sollte vor dem Hintergrund der vorgenannten Anmerkungen jedoch im Rahmen der Änderung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie nochmals ermittelt und ordnungsgemäß abgewogen werden. Anderenfalls droht die Gefahr, dass der als Vorranggebiete zur Windenergienutzung vorgesehene Flächenanteil den Anforderungen der Rechtsprechung an die Schaffung eines substantiellen Raums für die Windenergie nicht genügt.
P103		P103.17	E 01	Aufgrund ungenutzter Erweiterungspotentiale (siehe Kap. IV) möchten wir anregen, bei der Auswahl und Bewertung von Flächenpotentialen aktuelle Erkenntnisse in die Untersuchung mit einzubeziehen. Gerade aufgrund der Langwierigkeit eines Regionalplanverfahrens ist eine vorausschauende Planung zwingend erforderlich. Im Hinblick auf naturschutzfachliche Konflikte sind aktuelle Daten und Ergebnisse zweckdienlich. Unzählige Untersuchungen wurden in den letzten Jahren von Planern, Vorhabenträgern und Betreibern von Windenergieanlagen gemacht und die Ergebnisse in Form von Gutachten den Behörden zur Verfügung gestellt. Aus diesem Datenpool können nützliche Erkenntnisse gezogen werden, so zeigen Monitorings u.a. auf, dass entgegen früherer Annahmen nur einige wenige Vogelarten an WEA kollisionsgefährdet sind.
P103		P103.18	A	Maßnahmen zur Minimierung von naturschutzfachlichen Beeinträchtigungen sind machbar und sollten schon während der Planungsphase erörtert und ausgearbeitet werden.

P103		P103.19	B 05	<u>III.</u> Ausweislich der Beschreibenden Darstellung der Ziele der Raumordnung ist unter "05" die Möglichkeit der Festsetzung von Höhenbegrenzungen durch die Gemeinden möglich. Dies ist jedoch nur in Ausnahmefällen städtebaulich gerechtfertigt und unterliegt sehr hohen, von der Rechtsprechung formulierten Hürden. Ferner erachten wir die Festsetzung von Höhenbegrenzung der Windenergienutzung nicht förderlich, da dadurch gerade moderne Windenergieanlagen ausgeschlossen werden. Das zur Verfügung stehende Windpotential könnte nicht optimal genutzt werden.
P103		P103.20	B 05	Sofern die Gemeinden im Rahmen der Bauleitplanung keine Höhenbegrenzungen festlegen, soll eine Höhenbegrenzung im Genehmigungsverfahren im Rahmen einer raumordnerischen Beurteilung erfolgen. Dies suggeriert, dass dadurch eine indirekte Höhenbegrenzung durch die Genehmigungsbehörden verhängt werden kann. Dies ist jedoch nicht der Fall. Die Raumverträglichkeit wird bereits durch die Ausweisung als Vorranggebiet auf Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms festgestellt. Eine Höhenbegrenzung kann sich im Genehmigungsverfahren nur in Ausnahmefällen aufgrund naturschutzfachlicher Belange oder Belange der Flugsicherheit ergeben, nicht jedoch erfolgt eine erneute raumordnerische Beurteilung.
P103		P103.21	B 09	Gemäß Ziel der Raumordnung „09“ ist zu den dort genannten Vorranggebieten der Schutzbereich des Drehfunkfeuers VOR Weser zu berücksichtigen. Ob und inwieweit jedoch dieses VOR Weser überhaupt zu berücksichtigen ist, ist sehr umstritten. Nach der jüngsten Entscheidung des VG Oldenburg ist dies jedenfalls nicht der Fall, da das VG Oldenburg eine Störung der Radaranlagen der DFS verneint (5 B 34/13).
P103		P103.22	B 09	Ferner liegt uns eine Bestätigung der DFS vor, dass bis spätestens Herbst 2015 das VOR Weser deinstalliert wird.

P103		P103.23	SO 15	<u>IV. Zu berücksichtigende Flächen</u> 1. Kirchwistedt-Altwistedt Nr. 15 Der vorliegende Entwurf zur Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven, Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie 2014, sieht den Vorrangstandort Kirchwistedt-Altwistedt (Detailkarte Nr. 15) auf insgesamt 116,56 ha erweitert. Der zum Zeitpunkt der Rechtskraft dieser Teilfortschreibung des Regionalen Raumordnungsprogramms bestehende bauplanerisch gesicherte Bereich beträgt 44,56 ha.
P103		P103.24	SO 10	2. Heerstedt-Lohe Nr. 10 Der vorliegende Entwurf zur Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven, Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie 2014, sieht den Vorrangstandort Heerstedt-Lohe (Detailkarte Nr. 10) auf insgesamt 62,08 ha erweitert. Der zum Zeitpunkt der Rechtskraft dieser Teilfortschreibung des Regionalen Raumordnungsprogramms bestehende bauplanerisch gesicherte Bereich beträgt 53,29 ha.
P103		P103.25	SO 15	Wir begrüßen die im Entwurf vorgesehenen Erweiterungen an den bereits bestehenden Vorrangstandorten Kirchwistedt-Altwistedt, da aufgrund der Vorbelastung mit jeweils 9 Bestandsanlagen zusätzliche Windenergieanlagen keinen wesentlichen Eingriff in das Orts- und Landschaftsbild mehr darstellen werden.
P103		P103.25	SO 10	Wir begrüßen die im Entwurf vorgesehenen Erweiterungen an dem bereit bestehenden Vorrangstandort Heerstedt-Lohe, da aufgrund der Vorbelastung mit jeweils 9 Bestandsanlagen zusätzliche Windenergieanlagen keinen wesentlichen Eingriff in das Orts- und Landschaftsbild mehr darstellen werden.
P103		P103.26	SO 10	Die ENERCON GmbH als Betreiber der Bestandsanlagen plant in Eigenregie die Erweiterung in Heerstedt-Lohe mit bis zu 4 E-82 mit 138,38 m Nabenhöhe.. Planungen und Genehmigungsunterlagen wurden in den letzten 4 Jahren auf Basis des RROP 2010 ausgearbeitet. In Zusammenarbeit mit der Gemeinde Beverstedt wurden seinerzeit die Änderungen der Teil-Flächennutzungspläne angeschoben, die jedoch aufgrund der VOR Weser Problematik ausgesetzt werden mussten.

P103		P103.26	SO 15	Die ENERCON GmbH als Betreiber der Bestandsanlagen plant in Eigenregie die Erweiterung in Kirchwistedt-Altewistedt mit 9 (+2) Windenergieanlagen des Typs E-101 mit 149 m Nabenhöhe. Planungen und Genehmigungsunterlagen wurden in den letzten 4 Jahren auf Basis des RROP 2010 ausgearbeitet. In Zusammenarbeit mit der Gemeinde Beverstedt wurden seinerzeit die Änderungen der Teil-Flächennutzungspläne angeschoben, die jedoch aufgrund der VOR Weser Problematik ausgesetzt werden mussten.
		P103.27	SO 10	Durch die bereits in den Gebieten getätigten Planungsleistungen verfügen wir über Planungserfahrungen mit beiden Vorrangstandorten, die für die raumordnerische Ausweisung und Festlegung der Vorrangstandorte bedeutend sein könnten. Im Rahmen der Fortschreibung des Windenergieerlasses des Landes Niedersachsen wird unter anderem der Missstand diskutiert, dass nicht alle raumordnerisch ausgewiesene Flächen schlussendlich auch tatsächlich für die Windenergie genutzt werden können. Zusätzlich zu berücksichtigende Belange wie z.B. Artenschutz, Eigentumsverhältnisse, Radarverträglichkeit, etc. können einer Nutzung entgegenstehen, so dass im Genehmigungsverfahren Flächen wegfallen. Vor diesem Hintergrund möchten wir frühzeitig im Rahmen der förmlichen Beteiligung folgende Hinweise und Änderungsvorschläge geben:
		P103.27	SO 15	Durch die bereits in den Gebieten getätigten Planungsleistungen verfügen wir über Planungserfahrungen mit beiden Vorrangstandorten, die für die raumordnerische Ausweisung und Festlegung der Vorrangstandorte bedeutend sein könnten. Im Rahmen der Fortschreibung des Windenergieerlasses des Landes Niedersachsen wird unter anderem der Missstand diskutiert, dass nicht alle raumordnerisch ausgewiesene Flächen schlussendlich auch tatsächlich für die Windenergie genutzt werden können. Zusätzlich zu berücksichtigende Belange wie z.B. Artenschutz, Eigentumsverhältnisse, Radarverträglichkeit, etc. können einer Nutzung entgegenstehen, so dass im Genehmigungsverfahren Flächen wegfallen. Vor diesem Hintergrund möchten wir frühzeitig im Rahmen der förmlichen Beteiligung folgende Hinweise und Änderungsvorschläge geben:

P103		P103.28	SO 10	<ul style="list-style-type: none"> • Durch beide Gebiete verlaufen 110-kV-Hochspannungsfreileitungen, zu denen Abstände einzuhalten sind. Im RROP Entwurf 2014 ist lediglich die Fläche der Hochspannungsleitung selbst als Tabuzone ausgeschlossen. Das stellt die tatsächliche Planungssituation jedoch nicht korrekt dar, denn bei den heutigen modernen Anlagen mit einer Gesamthöhe von etwa 200 m sind durchschnittlich 160 m Abstand zu den Hochspannungsleitung einzuhalten und dies nur unter der Voraussetzung, dass schwingungsdämpfende Maßnahmen an der Hochspannungsfreileitung vorgenommen werden. Ansonsten würde sich der Abstand auf mehr als 300 m erhöhen.
P103		P103.28	SO 15	<ul style="list-style-type: none"> • Durch beide Gebiete verlaufen 110-kV-Hochspannungsfreileitungen, zu denen Abstände einzuhalten sind. Im RROP Entwurf 2014 ist lediglich die Fläche der Hochspannungsleitung selbst als Tabuzone ausgeschlossen. Das stellt die tatsächliche Planungssituation jedoch nicht korrekt dar, denn bei den heutigen modernen Anlagen mit einer Gesamthöhe von etwa 200 m sind durchschnittlich 160 m Abstand zu den Hochspannungsleitung einzuhalten und dies nur unter der Voraussetzung, dass schwingungsdämpfende Maßnahmen an der Hochspannungsfreileitung vorgenommen werden. Ansonsten würde sich der Abstand auf mehr als 300 m erhöhen.
P103		P103.29	SO 10	Für die beiden Vorrangstandorte bedeutet dies, dass ein erheblicher Anteil an der im Entwurf ausgewiesenen Fläche für die Windenergie nicht nutzbar ist und eine Tabuzone übrig bleibt, obwohl diese Fläche als Vorrangstandort für die Windenergie im Regionalplan ausgewiesen wird. Der für den Landkreis Cuxhaven für die Windenergie dargestellte Flächenanteil von 0,73 % bzw. 1,87 % ist somit falsch (siehe auch unsere Anmerkungen in Kap. II).
P103		P103.29	SO 15	Für die beiden Vorrangstandorte bedeutet dies, dass ein erheblicher Anteil an der im Entwurf ausgewiesenen Fläche für die Windenergie nicht nutzbar ist und eine Tabuzone übrig bleibt, obwohl diese Fläche als Vorrangstandort für die Windenergie im Regionalplan ausgewiesen wird. Der für den Landkreis Cuxhaven für die Windenergie dargestellte Flächenanteil von 0,73 % bzw. 1,87 % ist somit falsch (siehe auch unsere Anmerkungen in Kap. II).

P103		P103.30	SO 15	<ul style="list-style-type: none"> • In Kirchwistedt-Altwistedt bleibt beispielsweise durch die unvermeidlichen Abstände zur Hochspannungsfreileitung und der Einhaltung von 100 m Pufferzone zum Wald ein nicht unerheblicher Flächenanteil des Vorrangstandortes ungenutzt. Eine Lösung könnte eine Einzelfallbetrachtung sein, die z.B. zur Aufgabe hat, den pauschalen Abstand von 100 m zwischen WEA-Standort und Wald zu überprüfen. Am Vorrangstandort Kirchwistedt-Altwistedt ließe sich die ansonsten ungenutzte Vorrangfläche mit mindestens einem weiteren WEA-Standort beplanen (siehe hierzu Karte im Anhang - WEA 11- Neu), wenn die Abstandsvorgabe zum Wald unterschritten werden könnte.
P103		P103.31	SO 15	<p>Im Übrigen möchten wir an dieser Stelle anmerken, dass wir bei unserer Planungsarbeit die Erfahrung gemacht haben, dass eine genaue Abgrenzung zur Waldkante über die gebräuchlichen raumbezogenen Informationssysteme nicht möglich ist. Die im Entwurf 2014 dargestellten Abstandsangaben zu Wald sind u.E. unscharf und ungenau. Insbesondere für diesen konkreten Fall regen wir eine Einzelfallprüfung an.</p>
P103		P103.32	SO 10	<ul style="list-style-type: none"> • Durch die Nähe zu Einzelhäusern ist der im Entwurf vorgesehene Vorrangstandort in Heerstedt-Lohe mit max. 4 WEA bereits schalltechnisch ausgelastet, obwohl ausreichend Fläche zur Verfügung stände. Für mehr WEA könnten die gesetzlich vorgegebenen Schall- und Schafteffizienzwerte nicht eingehalten werden bzw. es wären möglicherweise Abschaltungen an WEA Standorten erforderlich. Das heißt, dass ein erheblicher Anteil der derzeit im RROP 2014 dargestellten Fläche frei bleibt von WEA, was wiederum den für die Windenergie zur Verfügung gestellten Flächenanteil durch den Landkreis Cuxhaven verfälscht (Kap. II)
P103		P103.33	SO 10	<ul style="list-style-type: none"> • Im Raumordnungsverfahren für den Entwurf 2014 ist bei beiden Vorrangstandorten ein erheblicher Anteil an geeignetem Windpotential unbeachtet geblieben. Der Standort Heerstedt Lohe könnte auf insgesamt ca. 460 ha erweitert werden (siehe hierzu unsere Potentialkarten im Anhang).
P103		P103.33	SO 15	<ul style="list-style-type: none"> • Im Raumordnungsverfahren für den Entwurf 2014 ist bei beiden Vorrangstandorten ein erheblicher Anteil an geeignetem Windpotential unbeachtet geblieben. Der Standort Kirchwistedt-Altwistedt könnte auf insgesamt ca. 300 ha erweitert werden (siehe hierzu unsere Potentialkarten im Anhang).

P103		P103.34	SO 10	<ul style="list-style-type: none"> • Um den Vorrangstandort Heerstedt-Lohe sinnvoll auszunutzen und nicht aufgrund schalltechnischer Probleme Fläche ungenutzt liegen zu lassen, wäre es u.E. sinnvoll, den Vorrangstandort Heerstedt-Lohe weiter in südlicher Richtung auszudehnen, wo sich über 300 ha für den Ausbau des Windparks eignen. Darunter fällt insbesondere der gesamte süd-südöstliche Bereich zwischen den Ortschaften Döhren, Heyerhöfen, Wehldorf, Ostemdorf und Wollingst (1000-m-Abstand zu den Ortschaften ist berücksichtigt).
P103		P103.35	A	<p>Bereits bekannte Planungsabsichten sollten bei der Entstehung der Gebietskulisse miteinfließen, so z.B. der Verlauf der geplanten Küstenautobahn A 20. Windenergieanlagen und infrastrukturelle Einrichtungen bedeuten einen technischen Eingriff in unsere Umwelt. Durch die Errichtung und den Betrieb einer Autobahn wird der Umwelt wesentlich mehr Schaden zugefügt als durch die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen. Um die Eingriffe in die Natur und Landschaft jedoch insgesamt gering zu halten, sind WEA räumlich mit vorhandenen Infrastruktureinrichtungen zu bündeln.</p>
P103		P103.36	SO 10	<ul style="list-style-type: none"> • Das im Anhang beigefügte Kartenmatedal gibt Auskunft über Lage und Ausmaß der Erweiterungsmöglichkeiten und über unseren Planungsstand mit WEA Konfiguration.
P103		P103.36	SO 15	<ul style="list-style-type: none"> • Das im Anhang beigefügte Kartenmatedal gibt Auskunft über Lage und Ausmaß der Erweiterungsmöglichkeiten und über unseren Planungsstand mit WEA Konfiguration.
P103		P103.37	SO 14	<p>3. Kirchwistedt-Ahe Nr. 14</p> <p>Der vorliegende Entwurf zur Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven, Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie 2014, weist den Vorrangstandort Kirchwistedt-Ahe (Detailkarte Nr. 14) auf insgesamt 33,19ha aus.</p>

P103		P103.38	SO 14	<p>Wir begrüßen ferner die Ausweisung dieses Vorranggebietes zur Windenergienutzung zwischen Kreisgrenze und Ahe. Jedoch wird mit dem Zuschnitt dieses Vorranggebiets das vorhandene Potential nicht ausgeschöpft. Die Abgrenzung des Vorranggebietes erschließt sich uns nicht. Insbesondere sehen wir eine Ergänzung der Vorrangfläche um einen Bereich direkt angrenzend an die im RROP des LK-Osterholz-Scharmbeck im Jahre 2011 neu ausgewiesenen Flächen (Erweiterung in südöstlicher Richtung), siehe auch Karte „Harte und weiche Tabuzonen, Stand 6. Juni 2014“. Hierdurch ließen sich beide Vorrangflächen landkreisübergreifend noch besser verschmelzen und die Nutzung der Windenergie entsprechend räumlich steuern.</p>
P103		P103.39	Z	<p>4. Wellen</p> <p>Auch im Bereich Wellen ließe sich entsprechend der Karte „Harte und weiche Tabuzonen, Stand 6. Juni 2014“ eine Windparkfläche mit ca. 3 Windenergieanlagen errichten. Wir bitten auch diese Fläche noch einmal zu überprüfen um der Windenergie substanziellen Raum zu verschaffen.</p>
P103		P103.40	SO 35	<p>5. Sellstedt-Schiffdorf</p> <p>Im Übrigen möchten wir darum bitten, an den bestehenden Windenergieanlagen in der Gemarkung Sellstedt, Gemeinde Schiffdorf, über eine Erweiterung nachzudenken. Wie bereits erwähnt, sind Erweiterungsmöglichkeiten an bereits bestehenden Windparks zu begrüßen, da aufgrund der Vorbelastung durch Bestandsanlagen zusätzliche Windenergieanlagen keinen wesentlichen Eingriff in das Orts- und Landschaftsbild mehr darstellen. Aufgrund der bereits bestehenden Vorbelastung durch die Windenergieanlagen und des weitläufigen, überwiegend ackerbaulich geprägten Geländes scheint es nur vernünftig, die Windenergienutzung an diesem Standort zuzulassen. Durch Berücksichtigung aller für die Windenergie erforderlichen Abstandskriterien ergibt sich eine beachtliche Potentialfläche, die Flächen in den Gemarkungen Donnern und Wehdel einbezieht.</p>

P103		P103.41	A	Darüber hinaus sollte hier auch der Aspekt der Wertschöpfungsmöglichkeit nicht außer Acht gelassen werden. Der Ausbau der Windenergie im ländlichen Raum hat erhebliche positive Auswirkungen insbesondere auf die Grundstückseigentümer und landwirtschaftlichen Betriebe. Direkte und indirekte Zahlungen aus der Windenergienutzung tragen dazu bei, die ländlichen Strukturen zu erhalten, zu sichern und den heutigen Möglichkeiten anzupassen. Es kann sich daraus eine spürbare Verbesserung in der Situation der ländlichen Räume, speziell bei den landwirtschaftlichen Betrieben, entwickeln.
P103		P103.42	A	Darüber hinaus bietet ein Windpark auch Wertschöpfungsmöglichkeiten für die Gemeinden und Nicht-Grundstückseigentümer. So können durch Einnahmen z.B. durch Gewerbesteuer, Verpachtung von Gemeindeflächen, durch Auftragsvergabe an Regionalbetriebe für Bau-, Pflanz- und Pflegemaßnahmen die Gemeinden vor leeren Haushaltskassen bewahrt werden. Das im Anhang beigefügte Kartenmaterial gibt Auskunft über Lage und Ausmaß der Erweiterungsmöglichkeiten.
P103		P103.43	A	Wir möchten Sie bitten, unsere oben genannten Vorschläge, Hinweise und Anmerkungen wohlwollend im Rahmen der Änderung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven zu berücksichtigen. Wir würden es sehr begrüßen, wenn das weitere Verfahren zur Aufstellung eines sachlichen Teilabschnitts trotz der u.E. notwendigen Anpassungen zügig fortgesetzt wird, um zeitnah auch für den Landkreis Cuxhaven Rechtssicherheit in Form von verbindlichen Zielen der Raumordnung zu erreichen. Aus unserer Sicht wäre eine Steuerung der Windenergienutzung auf Regionalplanebene der Akzeptanz der Windenergie sehr förderlich. Gerne möchten wir unsere Erfahrungen aus mittlerweile 30 Jahren Planungstätigkeit im Bereich der Windenergienutzung einbringen und stehen gerne unterstützend im weiteren Verfahren zur Aufstellung des sachlichen Teilabschnitts zur Verfügung.

P104		P104.01	SO 31	als Windparkbetreiber sind wir, die wpd Wlndpark Nr. 301 GmbH & Co. KG, vom 1. Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramm 2014 Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie 2014, betroffen. Im vorliegenden Entwurf (Juni 2014), wurde offensichtlich versucht, die vom OVG Lüneburg gerügten Mängel (vgl. OVG Lüneburg 12 KN 244/12) zu berücksichtigen, die Aufstellung und Unterscheidung von harten und weichen Kriterien ist schlüssig dargestellt. Harte und weiche Tabukriterien sind in den Arbeitskarten dargestellt und werden zu Potentialflächen verschnitten. Aus den Potentialflächen wurden schließlich Vorranggebiete für Windenergiegewinnung entwickelt.
P104		P104.02	SO 31	Wir begrüßen, dass der Standort Osten-Isensee (Detailkarte 31), zumindest teilweise, wieder als Vorranggebiet für Windenergiegewinnung aufgenommen wurde. An diesem Beispiel Osten-Isensee (Potentialflächen 009 und 139) bzw. Detailkarte 31 legen wir wie folgt dar, dass die Herleitung der Vorranggebiete für Windenergiegewinnung aber in Teilen nicht schlüssig ist. Wir hoffen, dass es sich hierbei nur um handwerkliche Fehler handelt.
P104		P104.03	SO 31	Auf der folgenden Seite ist links ein Ausschnitt der Arbeitskarte (lt. Regionales Raumordnungsprogramm — sachlicher Teilabschnitt Windenergie Harte und weiche Tabuzonen — Stand: 6. Juni 2014) mit harten und weichen Tabukriterien, für den Bereich nördlich von Osten (Gemarkungen Isensee und Altendorf) in der Samtgemeinde Hemmoor dargestellt. Die harten Tabuzonen sind in violett, die weichen Tabuzonen in orange gefärbt. Deutlich erkennbar sind drei Weißflächen (011, 139, 009), die aufgrund von weichen Tabuzonen voneinander getrennt sind.
P104		P104.04	SO 31	Die weichen Tabuflächen wurden unserer Ansicht nach, teilweise falsch eingetragen. Auf der rechten Seite ist ein ähnlicher Kartenausschnitt mit der Verschneidung der Potentialflächen zu sehen.

P104		P104.05	SO 31	<p><u>I. Fälschliche Pufferung eines Waldstücks < 1 ha auf einer Teilfläche des Flurstücks 2312. Flur 11, Gemarkung Isensee</u></p> <p>In der Gemarkung Isensee, Flur 11, Flurstück 23/2 wird ein Teil des Flurstücks als frühere Sonderkultur (ca. 40 jährige Fichtenkultur) genutzt. Zahlreiche Bäume sind bereits abgängig. (Siehe Anlage 1, Fotos Nr. 1 + Nr. 2)</p> <p>Die Fläche in der Größe von ca. 9.620 m² (Länge 294,20m, Breite 32,70m) erfüllt selbst bei vollständiger Größenberücksichtigung nicht die Anforderungen um eine Pufferung „Wald“ zu rechtfertigen, da Wald erst ab einer Größe von 10.000 m² als weiche Tabuzone zu puffern ist. Zudem müsste noch zusätzlich eine zentrale Fläche von 430 m² in Abzug gebracht werden, die nicht mit Bäumen bewachsen ist und als Lagerfläche genutzt wird.</p>
P104		P104.06	SO 31	<p>Wir fordern das teil-bewachsene Gebiet aus dem o. g. Flurstück nicht als Wald > 1 ha einzustufen und verweisen auf den Entwurf des LK Cuxhaven RROP 2012. Hier wurde diese Fläche, den Tatsachen entsprechend, nicht als (Vorbehaltsgebiet) Wald eingestuft und somit auch nicht „gepuffert“.</p>
P104		P104.07	SO 31	<p>Die teil-bewachsene Fläche wurde auch bereits von Seiten des Landkreises Cuxhaven (Herr Fokuhl — Leiter GIS-Service, Natur- und Artenschutz, Landschaftsplanung) auf die Eigenschaft als Wald hin untersucht:</p> <p>Lt. Protokoll — Erörterungstermin Private Einwender RROP 2012 / 15.09.2011 - Seite 7/40</p> <p>"Die Waldfläche ist zu klein, um im RROP dargestellt zu werden. Dies ist mit der Maßstäblichkeit des Planwerkes zu begründen"</p>
P104		P104.08	SO 31	<p>Bei der Erörterung der Anregungen und Bedenken (RROP 2012) zu dem Gebiet Osten-Isensee wurde unter Nr. 73 unter Auswertung/Anmerkung folgende Stellungnahme vermerkt:</p> <p>"Ein knapp 5 ha großes Waldstück wurde (mittig) berücksichtigL Kleineres Gehölz im Norden ist kein Vorbehaltsgebiet Wald und wird aufgrund der geringen Größe nicht gepuffert"</p> <p>Die Beschlussempfehlung lautet hierzu: "Nicht zu berücksichtigen"</p>

P104		P104.09	SO 31	<p>Wir verweisen ferner auf die Informationsvoriage 162/2011, Anlage Teil 1: Hier wird unter Anregungen und Bedenken die Stellungnahme der Gemeinde Osten aufgeführt:</p> <p>Gemeinde Osten "auf die Waldfläche (ca. 1 ha) in Isensee (Flurstück 23/2) Flur 11, Gemarkung Isensee wird hingewiesen. Abstände der WEA's von mindestens 100 m werden gefordert".</p> <p>Auswertung/Anmerkung der Verwaltung — Landkreis Cuxhaven:</p> <p>"Ebenfalls im nördlichen Bereich ist eine kleine langgestreckte Waldfläche vorhanden. Die Waldfläche ist zu klein, um als Vorbehaltsgebiet Wald berücksichtigt zu werden."</p> <p>Beschlussempfehlung - Landkreis Cuxhaven:</p> <p>"Kenntnis genommen."</p> <p>Die Situation vor Ort hat sich seit dieser Beurteilung bis dato nicht verändert.</p>
P104		P104.10	SO 31	<p>Im Weiteren beziehen wir uns auf den Umweltbericht der Fortschreibung des RROP LK Cuxhaven 2014 -Teilabschnitt Windenergie, unter 1.2.2.31 wird der Standort Osten-Isensee wie folgend beurteilt:</p> <p>Ermittlung Bestand und Bewertung der Umweitauswirkungen - Schutzgut Waldfläche</p> <p>> 1ha - "weder im Plangebiet noch im Umfeld vorhanden".</p>
P104		P104.11	SO 31	<p>Wir fordern daher eine Streichung des Puffers. Dies hätte zur Folge, dass das Potentialgebiet Nr. 139 nicht mehr separat zu betrachten ist, sondern mit dem wegfallenden Puffer und der Potentialfläche 009 gemeinsam das Vorranggebiet Osten Isensee mit einer Größe von ca. 163 ha bilden würde.</p>
P104		P104.12	Z	<p>Sollte der Landkreis Cuxhaven zu einer abweichenden, aus unserer Sicht nicht nach vollziehbaren, Einschätzung kommen, fordern wir die Berücksichtigung des Potentialgebietes 139 (6,23 ha) als Vorranggebiet für die Windenergie. Das Potentialgebiet Nr. 139 ist in unmittelbarer Nähe zu dem Potentialgebiet Nr. 009 (Detailkarte 31), und beide Flächen bilden eine Einheit. Der Arbeitsschritt 3 (lt. Begründung / Erläuterung, Entwurf Stand Juni 2014, Seite 1 1ff) wurde bei dem Potentialgebiet Nr. 139 nicht richtig durchgeführt und muss zu einer weiteren Berücksichtigung des Potentialgebietes Nr. 139 führen. Die Potentialfläche Nr. 139 wäre nicht aufgrund des Kriteriums der Mindestflächengröße von 19 ha auszuschließen, da die Potentialfläche Nr. 139, zusammen mit dem Potentialgebiet 009, das Kriterium der Mindestflächengröße erfüllt.</p>

P104		P104.13	SO 23	Eine ähnliche Situation liegt u.a. an dem Standort Uthlede (Detailkarte 23) vor, wobei hier auch die Zusammenlegung von Gebieten erfolgte und 1 Vorranggebiet aus den Einzelgebieten wurde.
P104		P104.14	SO 31	<p><u>II. Nicht nachvollziehbare Beschneidung der Potenzialfläche 009 bei der Übernahme in das Vorranggebiet für Windenergiegewinnung Osten-Isensee, Detailkarte 31</u></p> <p>Wie oben dargestellt, halten wir die Potentialfläche 009 für nicht korrekt dargestellt, da sie falsch gepuffert und damit verkleinert wurde. In der Detailkarte 031 sind die Potentialflächen 011 und 139 gar nicht und die Potentialfläche nur verkleinert enthalten. Für die Verkleinerung findet sich keine Begründung. In der dem Entwurf beigefügten Übersichtskarte - Regionales Raumordnungsprogramm - Sachlicher Teilabschnitt Windenergie Potentialflächen (Stand Juni 2014) Landkreis Cuxhaven - hat das Gebiet (Nr. 009) noch eine Größe von 147,77 ha. Die Größe (gerundet 147,8 ha) wird in dem Umweltbericht (unter 1.2.2.31) auch richtigerweise übernommen. Die Darstellung auf der Übersichtskarte im Umweltbericht passt aber mit einer Größe von 115,5 ha nicht zum Textteil. Im Folgenden sind die Potentialgebiete (011, 139, 009) und das Vorranggebiet für Windenergiegewinnung — Osten-Isensee, lt. Detailkarte Nr. 31, nebeneinander dargestellt.</p>
P104		P104.15	SO 31	Die Detailkarte Nr. 31, Standort Osten-Isensee RROP 2014 — Entwurf Stand Juni 2014 — Vorranggebiet für Windenergiegewinnung, weist für das Vorranggebiet Wind nur eine Größe von 115,51 ha auf. Deutlich sichtbar ist, dass im Südosten der Detailkarte Nr. 31, im Vergleich zur Potentialfläche 009, eine ca. 32 ha große Fläche fehlt. Zur Verdeutlichung haben wir diese fehlende Teilfläche in der nebenstehenden Karte rot dargestellt.
P104		P104.16	SO 31	In der Beschreibung und Erläuterung des Arbeitsschrittes 3 (Begründung/Erläuterung — RROP 2014) gibt es keinen Hinweis warum diese Teilfläche gestrichen wurde. Die Arbeitsschritte werden ansonsten sehr detailliert aufgeführt, daher hätte auch eine Streichung einer immerhin rund 32 ha großen Teilfläche erläutert werden müssen.

P104		P104.17	SO 31	Auch im Aufstellungsprozess des RROP 2012 wurde zwischen dem 1. Entwurf und dem am 10.10.2011 dem Ausschuss für Regionalplanung und Wirtschaft vorgelegten Vorlage, diese Streichung vorgenommen und nur wage begründet. Vorsorglich weisen wir daher daraufhin, dass der Standort Osten-Isensee durch eine intensive landwirtschaftliche Nutzung geprägt ist, sowohl auf den Ackerflächen als auch auf den Grünlandflächen. (Siehe auch beigefügte Fotos Anlage 2: Nr. 3 - 6)
P104		P104.18	SO 31	Auf dem Ackerland wird Getreide und Mais angebaut. Die vorhandene Struktur erlaubt eine intensive Nutzung, es gibt keine Einschränkungen aufgrund von Feuchtigkeit oder Bodenstruktur etc.
P104		P104.19	SO 31	Das Grünland in dem nicht berücksichtigten Gebiet wird als Mähweide, Standweide und überwiegend als Grünland mit mehrmaliger Mahd, intensiv landwirtschaftlich genutzt. Die vorhandene Struktur erlaubt das Grünland mit landwirtschaftlichen Geräten zu befahren und eine mehrmalige Mahd durchzuführen. Der geerntete Aufwuchs wird an die Nutztiere der landwirtschaftlichen Betriebe verfüttert und bildet eine wichtige Futtergrundlage für die landwirtschaftlichen Betriebe. In dem Bereich gibt es keine unproduktiven landwirtschaftlichen Flächen. Diese Flächen unterliegen vollumfänglich einer intensiven landwirtschaftlichen Nutzung und somit ist dieser Bereich genau wie die restliche Räche als Vorranggebiet für die Windenergie zu berücksichtigen.
P104		P104.20	SO 31	Die o. g. Teil-Fläche unterliegt keiner besonderen Schutzzone, die einer Windparkplanung entgegensteht.
P104		P104.21	SO 31	In dem Regionalen Raumordnungsprogramm für den Landkreis Cuxhaven 2012 ist keine Darstellung für eine besondere Schutzzone in dem kompletten Gebiet vorhanden. Die Bereiche sind nicht als gesetzlich geschützte Biotope etc. eingestuft. Die Fläche steht uneingeschränkt unter intensiver landwirtschaftlicher Nutzung.
P104		P104.22	SO 31	Im aktuellen Flächennutzungsplan der Samtgemeinde Hemmoor ist keine Darstellung als gesetzlich geschütztes Biotop oder gesetzlich geschützter Landschaftsbestandteil vorhanden (vgl. Flächennutzungsplan - 2002, Samtgemeinde Hemmoor).
P104		P104.23	SO 31	Im Umweltbericht (unter 2.640) wird festgestellt, dass es weder im Plangebiet, noch im Umfeld geschützte Biotope lt. § 30 BNatSchG bzw. § 24 NAGBNatSchG. Biotope vorhanden sind. Wir schließen uns dieser Feststellung an.

P104		P104.24	SO 31	<u>III. - Abwägung der privaten Interessen der Grundeigentümer</u> Die Nutzung der genannten Potentialfläche Osten-Isensee durch die Windenergie entspricht dem Wunsch der betroffenen Grundstückseigentümer. Diesem Willen hat der überwiegende Teil der Eigentümer mit seiner Unterschrift der Nutzungsverträge zur Umsetzung des Windparks durch das Unternehmen wpd, bereits Ausdruck verliehen. So bestehen für ca. 90 % des Gebietes für eine Windparkplanung erforderliche Verträge zur Nutzung der Grundstücke durch die wpd. Die jährlichen Pachtzahlungen der Windkraftbetreiber tragen zum Fortbestand von landwirtschaftlichen Familienbetrieben bei, in Einzelfällen kann dieser dadurch gesichert werden. Dieses private Interesse ist bei der Abwägung zu berücksichtigen (OVG Bautzen, Urt. V. 07.04.2005 — 1 D 2/03 — juris RZ. 86).
P104		P104.25	SO 31	Wir fordern eine Überarbeitung der Detailkarte 31, unter Berücksichtigung unserer Stellungnahme. In Anlage 3 und nebenstehend findet sich das „Vorranggebiet für Windenergiegewinnung“, in der Form und Größe (ca. 163 ha), wie es sich bei konsequenter Berücksichtigung der Kriterien ergeben würde. Sofern, die in Anlage 3 und auch nebenstehend aufgeführte Fläche, keine vollständige Berücksichtigung als Vorranggebiet für Windenergiegewinnung findet, sehen wir die Anforderungen an eine rechtmäßige Abwägung nicht gegeben. Somit würde dieses RROP an einem grundlegenden Abwägungsmangel leiden (vgl. OVG Lüneburg 12 KN 244/12).
P105	A	P105/A	SO 31	Siehe Stellungnahme P104
P105	B	P105/B	Z	Siehe Stellungnahme P107/A
P105	C	P105/C	Z	Siehe Stellungnahme P107/B

P106	A	P106/A.01	SO 39	die swb CREA plant Im Auftrag der WN Windnutzungsgesellschaft mbH ein sogenanntes Repowering des Windparks Wremen-Schottwarden. Geplant ist, die zehn derzeit von der WN Windnutzungsgesellschaft mbH betriebenen Anlagen durch vier leistungsfähigere neue Anlagen zu ersetzen, die von der WN Windnutzungsgesellschaft mbH betrieben werden sollen. Der bestehende Windpark befindet sich auf einer Fläche, die gemäß dem derzeit gültigen Flächennutzungsplan von der Gemeinde als sonstiges Sonderbaugebiet (SO) mit der Zweckbestimmung „Windpark“ ausgewiesen ist. Der bestehende Bebauungsplan enthält eine verbindliche Begrenzung für die Anlagenhöhe, diese darf 55m nicht übersteigen. Gegenwärtig läuft ein Verfahren zur Änderung der Bauleitplanung. Es ist beabsichtigt, die Höhenbegrenzung auf 100m anzuheben.
P106	A	P106/A.02	SO 39	Der Entwurf für die Änderung des RROP 2014 sieht vor, dass das bisher im Regionalen Raumordnungsprogramm, Teilabschnitt Windenergie, vorgesehene Windvorranggebiet Wremen Schottwarden entfällt und die Nutzung der Windenergie auf der Fläche künftig nur noch im Rahmen der bestehenden Bauleitplanung zulässig sein soll, insbesondere soll eine in der Bauleitplanung geregelte Höhenbegrenzung Bestand haben (4.2.2 Ziff. 10 der beschreibenden Darstellung sowie Detailkarte 39).
P106	A	P106/A.03	SO 39	Die für Wremen-Schottwarden nach derzeitiger Bauleitplanung maximal zulässige Höhe lässt ein energiewirtschaftlich sinnvolles Repowering des Windparks wirtschaftlich nicht zu. Das "Einfrieren" der Rahmenbedingungen, insbesondere der Höhenbegrenzung, durch die Änderung des RROP 2014 verhindert jegliche Entwicklungsmöglichkeit für die Nutzung der Windkraft auf der Fläche
P106	A	P106/A.04	SO 39	Der von WN Windnutzungsgesellschaft mbH betriebene Windpark besteht seit 1990. Die Bauleitplanung stellte seinerzeit auf dem damaligen Stand der Technik entsprechende Anlagen ab. Die Höhenbegrenzung von 55m ließ zum damaligen Zeitpunkt die Errichtung von Anlagen mit einer Höhe zu, die damals einen wirtschaftlichen Betrieb des Windparks ermöglichte. Eine heutige Neuerrichtung eines Windparks mit solch kleinen Anlagen entspricht nicht mehr dem Stand der Technik.

P106	A	P106/A.05	SO 39	So sind auch Anlagen in der Leistungsklasse, wie sie derzeit im Windpark Wremen-Schottwarden betrieben werden, mit dem Blick auf das Kosten/Nutzen-Verhältnis wirtschaftlich nicht mehr vertretbar. Der wirtschaftliche Betrieb eines Windparks, der das Rechtsregime des EEG nutzt, setzt selbst an windstarken küstennahen Standorten heute voraus, dass Anlagen mit einer Höhe von mindestens 100-150 Meter errichtet werden.
P106	A	P106/A.06	SO 39	Eine Anpassung der Bauleitplanung an die aktuellen Bedürfnisse eines Windparks durch die Gemeinde ist aber nach der beabsichtigten Änderung des RROP 2014 nicht mehr möglich, eine weitere Nutzung der Fläche wird in der Folge nach Außerbetriebnahme der bestehenden Anlagen nicht möglich sein, die Fläche wird künftig faktisch einer Windkraftnutzung vollständig entzogen.
P106	A	P106/A.07	SO 39	Der faktische Entzug der Windkraftnutzung widerspricht für die Fläche Wremen-Schottwarden dem mit der Änderung des RROP 2014 verfolgten Ziel, Bestandsflächen auch künftig eine Entwicklungsmöglichkeit zu bieten, die über den reinen, über die Genehmigung vermittelten und auf die konkreten Anlagen und deren Standorte bezogenen immissionsschutzrechtlichen Bestandsschutz hinausgehen.
P106	A	P106/A.08	SO 39	Auch wird dem Ziel widersprochen, mit der Änderung des RROP 2014 dem Gegenstromprinzip Rechnung zu tragen, indem dem Willen der Gemeinden entsprochen wird, auf den Bestandsflächen weiterhin Windparks entwickeln zu können.
P106	A	P106/A.09	SO 39	In der Begründung des Entwurfs zur Änderung des RROP 2014 heißt es ausdrücklich, es solle durch die Teilfortschreibung auch auf den Bestandsflächen, die nach der Änderung nicht mehr als Vorrangflächen geführt werden, eine über den "Weiterbetrieb" bestehender Anlagen hinausgehende Entwicklung ermöglicht werden (Begründung/Erläuterung zu 4.2.2 Windenergie, zu Ziff. 10). Durch diese, zusätzlich zu den künftigen Vorranggebieten für die Entwicklung von Windparks zur Verfügung stehenden Flächen solle überdies ein wichtiger Beitrag zu Erzeugung regenerativer Energie und zum Klimaschutz im Landkreis erreicht werden. Diese Ziele werden für die Fläche Wremen-Schottwarden gerade nicht erreicht, wenn - wie geplant - die Rahmenbedingungen für die Windkraftnutzung auf der Fläche auf einen nicht mehr zeitgemäßen Stand eingefroren werden.

P106	A	P106/A.10	SO 39	Die Anhebung der Höhenbegrenzung auf 100m ist rechtlich zulässig, es stehen keine nicht abwägbaren Belange, wie von der Samtgemeinde Land Wursten in der am 21.07.2014 verabschiedeten 2. Änderung des Flächennutzungsplanes dargestellt, als rechtliche Hindernisse einer Anhebung entgegen.
P106	A	P106/A.11	SO 39	Die im Entwurf des RROP 2014 als harte Tabukriterien gewählten Abstände zu Ortslagen und Wohnbebauungen halten wir sachlich für verfehlt, da unter Immissionsschutzgesichtspunkten "Ortslagen" je nach Nutzung durchaus unterschiedlichen Schutzanspruch genießen.
P106	A	P106/A.12	SO 39	Auch sehen wir keinen Grund dafür, die relevanten Abstände ab der Rotorblattspitze zu ermitteln. Dem Verlust an nutzbarer Fläche korrespondiert kein „Mehr“ an Immissionsschutz, so dass es insoweit an einem tragfähigen Grund fehlt.
P106	A	P106/A.13		Siehe Stellungnahme P88/A
P106	B	P106/B.01	Z	die swb CREA GmbH hatte seiner Zeit bei der Erarbeitung des Teilplanes Windenergie zum RROP 2012 gegenüber dem Landkreis bereits die vorgenannte Fläche in der Samtgemeinde Bad Bederkesa im Bereich Ankelohe als mögliche Windvorrangfläche ins Gespräch gebracht. Die Fläche wurde dann aber durch die Raumplanung des LK Cuxhaven nicht berücksichtigt.
P106	B	P106/B.02	Z	Wir beantragen hiermit, die Fläche Ankelohe gemäß anliegendem Lageplan in die Planungen als Windvorrangfläche aufzunehmen.
P106	B	P106/B.03	Z	Im Entwurf der Begründung zum RROP 2014 ist die Fläche farblich als weiche Tabuzone gekennzeichnet. Aus unserer Sicht ist die von uns vorgeschlagene vorbenannte Fläche, auf der wir voraussichtlich sieben WEA planen können, allerdings aus Sicht des Landschafts- und Naturschutzes als günstig zu beurteilen. Dies haben wir durch ein ökologisches Gutachterbüro vorgeprüft (2012 und Aktualisierung in 2014; s. nachfolgende Tabelle).
P106	B	P106/B.04	Z	Sollte die Fläche vom Landkreis aus naturschutzfachlichen Gründen als weiche Tabuzone eingeordnet worden sein, bitten wir Sie insoweit, um Einsicht in die Unterlagen oder deren Übersendung, aus denen sich diese Einordnung ergibt. Rechtlich unüberwindbare Belange stehen nach unserer Kenntnis der Ausweisung der Fläche nicht entgegen, die Abstände zur relevanten Wohnbebauung werden eingehalten.

P106	B	P106/B.05	Z	Die Abstände zu den Windnutzungsflächen Odisheim/Stinsted und Lintig/Meckelstedt sind zwar geringer als 4km (Zweifel an diesem Abstandskriterium einmal außen vor gelassen). Die Fläche liegt allerdings in einer Gemeinde mit höherem Waldanteil (der Waldanteil der Gemeinde Bad Bederkesa beträgt ca. 15%). In der Begründung zum Entwurf des RROP 2014 heißt es auf S. 16, in Gemeinden mit höherem Waldanteil (10%) könne der Abstand zwischen den Windparks auf drei Kilometer reduziert werden. Dieser Abstand wird im vorliegenden Fall eingehalten.
P106	B	P106/B.06	E 01	Im Übrigen haben wir hinsichtlich der Ermittlung der Flächenkulisse Bedenken, da den harten Tabukriterien Abstände zugrundegelegt werden, die uns zum Teil nicht sachgerecht erscheinen.
P106	B	P106/B.07	E 01	Auch die Art und Weise, in der die Belange von Natur und Landschaft berücksichtigt werden, sind nicht sachgerecht.
P106	B	P106/B.08	A	Wir teilen die Bedenken, die in der Stellungnahme des BWE dargelegt werden und machen uns diese ausdrücklich zu Eigen.
P106	B	P106/B.09	A	Gern würden wir Ihnen auch in einem persönlichen Gespräch unsere Vorinformationen und Planungen zur Kenntnis bringen.
P106	C	P106/C		Siehe Stellungnahme P88/A
P107	A	P107/A.01	A	wir nehmen Bezug auf den aktuellen Entwurf der "Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms [RROP] für den Landkreis Cuxhaven - Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie - 2014 (Stand Juni 2014)" und nehmen in Bezug auf das Potentialgebiet Steinau wie folgt Stellung: Als Windparkbetreiber sind wir, die wpd Windpark Nr. 303 GmbH & Co. KG, vom 1. Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramm 2014 Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie —2014, betroffen.
P107	A	P107/A.02	Z	Es wurden bereits Dispositionen im Vertrauen auf die erneute Aufnahme dieses Gebietes in das RROP getätigt, Insbesondere wurden Nutzungsverträge mit Grundstückseigentümern in diesem Gebiet abgeschlossen, Planungsleistungen erbracht und Genehmigungsverfahren vorbereitet.

P107	A	P107/A.03	Z	Aus den Unterlagen zum aktuellen Entwurf des RROP (Stand Juni 2014) ist nicht ersichtlich, warum das Potentialgebiet (lt. Arbeitsschritt 2 RROP 2014) gestrichen wurde. Aus Sicht von wpd werden alle harten und weichen Tabukriterien eingehalten. Auch die Anwendung des 3. Arbeitsschrittes führt nicht zu einer Streichung des Potentialgebietes Steinau.
P107	A	P107/A.04	Z	Als Begründung für die Streichung des Gebietes wurden im alten Entwurf des RROP aus April 2011 verschiedene Punkte aufgeführt, die seinerzeit mit im Rahmen einer Stellungnahme der wpd umfassend relativiert widerlegt werden konnten. So konnte damals bereits widerlegt werden, dass das Potentialgebiet Steinau weder in einem Gastvogellebensraum mit nationaler Bedeutung liegt, noch zu einem Vogelbrutgebiet mit landesweiter Bedeutung gehört. Auch lagen keine Kompensationsflächen innerhalb / im Bereich des Potentialgebietes.
P107	A	P107/A.05	Z	Auch aktuell sprechen weiterhin keine zwingenden naturschutzfachlichen Argumente gegen eine Ausweisung des Potentialgebietes als Vorranggebiet für Windenergiegewinnung. Schutzgebiete liegen in ausreichend großen Entfernungen zum Potentialgebiet. Laut aktueller Datenlagen der Umweltkarten des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz (2006 bzw. 2010, ergänzt 2013; siehe Screenshots anbei) liegen für den Bereich auch keine Vogelbrutgebiete nationaler Bedeutung, die mit einem Puffer von 200 m im aktuellen Entwurf als weiche Tabuzone im RROP berücksichtigt werden. Auch liegen laut aktueller Datenlage des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz (2006) keine Anzeichen für ein Vogelrastgebiet mit internationaler und/ oder nationaler Bedeutung vor, welches laut aktuellem Entwurf mit 500 m zu puffern wäre.
P107	A	P107/A.06	U	Die im Umweltbericht zu erfolgende Einschätzung möglicher erheblicher Umweltauswirkungen und deren Bewertung ist stets überschlägig. Die Beurteilung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände kann auf dieser Planungsebene nur eine vorläufige sein.

P107	A	P107/A.07	E 01	Dabei ist eine Bewertung auf Basis der stark vorsorgeorientierten pauschalen Abstandsempfehlung nicht zielführend. Einerseits sind sie weder durch den aktuellen Stand des Wissens noch durch die Rechtsprechung gedeckt. Allein das Vorkommen von geschützten Individuen im Eingriffsbereich erfüllt die Voraussetzungen für das Eintreten des Verbotstatbestands nach § 44 BNatSchG nicht. Und auch allein durch die Unterschreitung der Schutzabstände lässt sich keine signifikante Erhöhung des allgemeinen Lebensrisikos ableiten. Lediglich das Eintreten der besagten Erhöhung wird wahrscheinlicher.
P107	A	P107/A.08	A	Auch ein arttypisches Verhaltensmuster wie das Fliegen in Höhe des Rotorenbereichs löst für sich genommen nicht die signifikante Erhöhung des Kollisionsrisikos aus. Ausschlaggebend ist zusätzlich für die grundsätzlich kollisionsgefährdeten Arten eine gegenüber der "Normallandschaft" überdurchschnittliche Nutzung des Gefahrenbereichs.
P107	A	P107/A.09	Z	Auf eine überdurchschnittliche Nutzung lassen das Vorhandensein besonderer Funktionsräume wie Flugkorridore oder Nahrungshabitate von essentieller Bedeutung schließen, die seitens der Fachgutachter nur durch räumlich und zeitlich intensivere Untersuchungen abzugrenzen sind. Untersuchungen, die diese Anforderungen erfüllen und damit entsprechende Schlussfolgerungen für die Gebiete zulassen, sind im bisherigen Verfahren bislang aber nicht durchgeführt worden. Solche sind auch nach ständiger Rechtsprechung zu § 44 BNatSchG für den Ausschluss von Gebieten für die Windkraftnutzung absolut erforderlich.
P107	A	P107/A.10	Z	Erst wenn innerhalb der projekt- und artspezifischen Bewertung eine deutliche / signifikante / mit hoher Wahrscheinlichkeit Betroffenheit (hier fehlt es leider juristische und fachlich an einer allgemeinen Bezugsgröße) nachgewiesen werden konnte, die weder vermieden noch vermindert werden kann, sind geeignete Maßnahmen (vorgezogener Ausgleichsmaßnahmen, FCS-Maßnahmen) vorzuschlagen.
P107	A	P107/A.11	Z	Darüber hinaus besteht für die im Bereich des Potentialgebietes auch schon zum Entwurf des RROP aus April 2011 thematisierten Arten kein erhöhtes Konfliktpotential in Zusammenhang mit der Planung von Windenergieanlagen.

P107	A	P107/A.12	Z	Da aus unserer Sicht keine naturschutzfachlichen und sonstigen Gründe gegen eine Aufnahme der Fläche in den aktuellen Entwurf der „Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven - Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie - 2014“ sprechen, beantragen wir hiermit die Wiederaufnahme des Potentialgebietes als "Vorranggebiet für Windenergiegewinnung - Steinau"
P107	A	P107/A.13	Z	Sofern das Potentialgebiet Steinau keine Berücksichtigung als Vorranggebiet für die Windenergie findet, sehen wir die Anforderungen an eine rechtmäßige Planung und Abwägung nicht gegeben. Somit würde dieses RROP an einem grundlegenden Abwägungsmangel leiden (vgl. OVG Lüneburg 12 KN 244/12).
P107	A	P107/A.14	Z	Wir gehen davon aus, dass die Planung korrigiert wird. Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit sehr gerne zur Verfügung. Bitte senden Sie uns eine Eingangsbestätigung unserer Stellungnahme.
P107	B	P107/B.01	SO 31	zu 1. Allgemeine Kriterien Nach Aussage der Vertreter des Landkreises lagen keine neuen naturschutzfachlichen Erkenntnisse, Gutachten o. ä. vor, die zu einer neuen Bewertung der Gebiete, zur Überarbeitung des RROP und letztendlich zur Verkleinerung des Gebietes Osten-Isensee sowie zur Streichung des Gebietes Steinau führten. Auch auf erneute Nachfrage wurde seitens der Vertreter des Landkreises bestätigt, dass keine neuen Erkenntnisse als die auf der Internetseite des Landkreises zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung stehenden naturschutzfachlichen Informationen in die Überarbeitung mit eingeflossen seien.
P107	B	P107/B.01	Z	zu 1. Allgemeine Kriterien Nach Aussage der Vertreter des Landkreises lagen keine neuen naturschutzfachlichen Erkenntnisse, Gutachten o. ä. vor, die zu einer neuen Bewertung der Gebiete, zur Überarbeitung des RROP und letztendlich zur Verkleinerung des Gebietes Osten-Isensee sowie zur Streichung des Gebietes Steinau führten. Auch auf erneute Nachfrage wurde seitens der Vertreter des Landkreises bestätigt, dass keine neuen Erkenntnisse als die auf der Internetseite des Landkreises zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung stehenden naturschutzfachlichen Informationen in die Überarbeitung mit eingeflossen seien.

P107	B	P107/B.02	SO 31	<p>zu 2. Detailkarte 2 - Vorranggebiet Osten-Isensee:</p> <p>zu 2 b) Im Kartendienst zu Schutzgebieten und -objekten des LK Cuxhaven (online unter: http://www.cuxland-gis.landkreis-cuxhaven.de/gis/schutz-natur/viewer.htm) werden weder aktuell (Stand: 22.09.2011) noch im Zeitraum vor dem 15.09.2011 gesetzlich geschützte Biotope bzw. gesetzlich geschützte Landschaftsbestandteile dargestellt, die eine Verkleinerung des Vorranggebietes Windenergienutzung im südöstlichen Bereich begründen würden (siehe Anhang 1 + 2). Ferner wurde im Rahmen der Biotopkartierung der wpd (Juni 2011), die das Vorranggebiet aus dem RROP-Entwurf (April 2011) mit einem Puffer von 500 m abdeckt, ein Großteil der Fläche, die im aktuellen Entwurf nicht mehr Bestandteil des Vorranggebietes Windenergienutzung ist, als Biotoptyp „Acker“ sowie „Intensivgrünland“ (DRACHENFELS, O. v., 2011) erfasst. Geschützte Biotope!</p> <p>Landschaftsbestandteile, die einer Eignung der Fläche als Windvorranggebiet entgegenstehen würden, konnte dagegen nicht ermittelt werden. Entgegen der zu Punkt 1 getroffenen Aussage seitens der Vertreter des Landkreises, wurde hier auf eine neue Datenlage verwiesen, die sich aus den Erkenntnissen der Fortschreibung des Landschaftsrahmenplanes für den Landkreis Cuxhaven ergeben hat und letztendlich zur Verkleinerung des Vorranggebietes Windenergienutzung in diesem Bereich führte.</p>
------	---	-----------	-------	--

P107	B	P107/B.03	SO 31	<p>Der erforderliche Umweltbericht hat die nach gegenwärtigem Wissensstand vorhandenen Angaben zu enthalten, § 5 Abs. 3 NROG. Daher kann und soll er auch im Laufe des Verfahrens durch neue Erkenntnisse ergänzt werden. Im Ergebnis muss er aber als wesentlicher Bestandteil des RROP auch die sich aus dem Gesetz ergebenden Angaben enthalten (vgl. Anlage 1 zum NROG). Hierzu gehören dann aber auch nachvollziehbare Angaben, woher die Erkenntnisse gewonnen wurden. Grundlage können aber nur zutreffende, aktuelle Angaben, also Angaben aus verlässlichen und entsprechend NLT (2011) und somit dem Standard durchgeführte Untersuchungsergebnisse sein. Wenn sich während des Verfahrens neue Erkenntnisse ergeben, müssen diese aber auch nachvollziehbar veröffentlicht werden, denn nur so kann auch die Öffentlichkeit ordnungsgemäß und effektiv informiert werden. Gerade wenn zwischen Auslegung und mündlichem Erörterungstermin neue Erkenntnisse aufgetaucht sind, die für die Entscheidung der Regionalplanung entscheidend sein können, so müssen diese auch veröffentlicht werden, so dass eine effektive Auseinandersetzung damit möglich ist. Andernfalls würde die Erörterung in gewisser Weise ins Leere laufen, wenn die von der Folge Betroffenen sich hiermit nicht auseinandersetzen können.</p>
P107	B	P107/B.04	SO 31	<p>Da im Rahmen des Erörterungstermins seitens der Vertreter des Landkreises keine genauen Angaben u. a. zur Kartierungsmethodik, -zeitpunkt sowie zur Begründung der flächenscharfen Abgrenzung der südöstlichen Tabufläche gemacht werden konnten, bitten wir um eine Stellungnahme hinsichtlich dieser nicht abschließend geklärten Punkte sowie um erneute Prüfung dieser Bereiche. wpd steht hier jederzeit für Rückfragen sowie eine Gebietsbegehung zur Verfügung.</p>

P107	B	P107/B.05	SO 31	<p>Zu beachten ist zudem zunächst auch, dass bei der Erstellung des RROP kein Such- und Erhebungsverfahren zur Erfassung jeglicher denkbarer Umweltauswirkungen gefordert ist, das weit über den vor der Einführung der Umweltprüfung notwendigen Rahmen bezüglich der Heranziehung von Informationen und Abwägungsmaterial hinausginge (vgl. Arbeitshilfe NROG). Zwar ist selbstverständlich, dass eine vollständige Umweltprüfung stattzufinden hat. Andererseits soll diese Prüfung aber auch dem Raster und Detaillierungsgrad der Ebene angemessen sein. So wie von der Regionalplanung nicht gefordert werden kann, dass sie jegliche Auswirkung untersucht, genauso wenig kann sie von sich aus zu weitgehende Untersuchungen anstellen und Ergebnisse in ihre Abwägung miteinfließen lassen, die erst auf einer späteren, sozusagen untergeordneten und weniger grobmaschigen Ebene, also im direkten Genehmigungsverfahren berücksichtigt bzw. erlangt werden müssten.</p>
P107	B	P107/B.06	SO 31	<p>Abschließend wurde am 15.09.2011 im Rahmen des Erörterungstermins und wird hiermit erneut seitens wpd der Antrag auf Wiederaufnahme des südöstlichen Bereiches, der im aktuellen Entwurf des RROP für den LK Cuxhaven nicht mehr Bestandteil des Vorranggebietes Windenergienutzung Osten-Isensee ist, zu Protokoll gegeben. Eine detaillierte Untersuchung der vor allem unter 2 b aufgeführten Gründe sollte im Zuge des Genehmigungsverfahrens erfolgen.</p>
P107	B	P107/B.07	Z	<p>zu 3. Detailkarte 5 - Vorranggebiet Steinau: Anmerkungen wpd zu 3 b+c) In den Karten zu den Vogelebengebieten mit nationaler Bedeutung und den Gastvogellebensräumen mit internationaler/nationaler Bedeutung (online unter: http://www.landkreis-cuxhaven.de/index.phtml?La=l&sNavID=l779.140&mNavD=1779.11&object=txl1779.870.1&kat=&kuo=1&sub=0) werden im Bereich des ehemaligen Vorranggebietes Windenergienutzung (RROP-Entwurf April 2011) unter Berücksichtigung eines 500 m Puffers weder aktuell (Stand: 22.09.2011) noch im Zeitraum vor dem 15.09.2011 Gastvogellebensräume mit nationaler Bedeutung und/oder Vogelebengebiete mit landesweiter Bedeutung dargestellt, die eine Streichung des Vorranggebietes Windenergienutzung Steinau begründen würden (siehe Anhang 3 + 4).</p>

P107	B	P107/B.08	Z	<p>Entgegen der zu Punkt 1 getroffenen Aussage seitens der Vertreter des Landkreises, wurde hier auf eine neue Datenlage verwiesen, die sich aus den Erkenntnissen der Fortschreibung des Landschaftsrahmenplanes für den Landkreis Cuxhaven ergeben hat und letztendlich zur Streichung des Vorranggebietes Windenergienutzung führte. Im Rahmen des Erörterungstermins konnten seitens der Vertreter des Landkreises keine Aussagen getroffen werden, ob die Erfassungen der Avifauna gemäß den erforderlichen Vorgaben (NLT, 2011) durchgeführt wurden. Ferner ist unklar, warum die Fläche erst in der aktuellen Beschlussvorlage (September 2011) und nicht bereits im RROP Entwurf (April 2011) aufgrund neuer Erkenntnisse zu Gastvogellebensräumen mit nationaler Bedeutung gestrichen wurde. Da die Erhebungen zur Gastvogelerfassung gemäß NLT (2011) wöchentlich von Juli bis April durchgeführt werden müssen, hätte zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des RROP-Entwurfs im April 2011 bereits eine nationale Bedeutung abgeleitet werden können und das Vorranggebiet Windenergienutzung gestrichen werden müssen. Wir bitten um Stellungnahme hinsichtlich dieser nicht abschließend geklärten Punkte, bitten um Einsicht! Zustellung des Abschlussberichtes zur Gast-/ Brutvogelerfassung, aufgrund derer das Vorranggebiet Windenergienutzung Steinau gestrichen wurde sowie um erneute Prüfung der Unterlagen. wpd steht hier jederzeit für Rückfragen sowie eine Gebietsbegehung zur Verfügung.</p>
P107	B	P107/B.09	Z	<p>Ferner sei an dieser Stelle erneut angemerkt, dass im Rahmen der von wpd beauftragten Gastvogeluntersuchungen der Zwergschwan, welcher bei der „Auswertung! Anmerkung“ zu „Einwendungen privater“ (online unter: http://www.landkreis-cuxhaven.de/media!custom!1779_1446_1.PDF?1315809543) als ausschlaggebender Grund für die Streichung des Vorranggebietes Windenergienutzung Steinau angeführt wird, im gesamten Untersuchungsgebiet (2 km um Vorranggebietsgrenzen) nicht nachgewiesen wurde. Die Untersuchungen wurden/ werden nach den Anforderungen gemäß NLT durchgeführt.</p>
P107	B	P107/B.10	Z	<p>Um Einwendungen zu berücksichtigen, müssen diese auch entsprechend fundiert dargelegt und nachgewiesen werden. Insofern ist die Regionalplanung gehalten, die im Rahmen des Verfahrens vorgebrachten Einwendungen zu prüfen und auch zu hinterfragen, bevor diese entsprechende weitreichende Folgen haben können.</p>

P107	B	P107/B.11	Z	<p>zu c) Es ist richtig, dass zum Zeitpunkt der Stellungnahme von der für die Flurneuordnung zuständigen Behörde eine Gesamtfläche von 3 ha als Kompensationsfläche u.a. für Maßnahmen im Rahmen der Flurneuordnung in dem Vorranggebiet Windenergienutzung Steinau bzw. in unmittelbarer Nähe vorgesehen war. Diese Einschätzung der Flurbereinigungsbehörde ist aktuell nicht mehr gegeben. Die 3 ha teilten sich auf in eine Fläche von 2 ha, die aufgrund einer „Verlagerung“ einer anderen, für eine andere Maßnahme bereits durchgeführten Kompensationsmaßnahme in dieses Gebiet verlegt werden sollte. Von der „Verlagerung“ der Kompensationsfläche wird nun — nach unserem Kenntnisstand — seitens Flurneuordnungsbehörde Abstand genommen. Es gab weiterhin die Absicht von Seiten der Flurneuordnungsbehörde eine Fläche von 1 ha als Kompensationsfläche im Rahmen der Flurbereinigung in das Vorranggebiet Windenergienutzung Steinau bzw. in unmittelbare Nähe anzulegen. Hier gibt es zum jetzigen Zeitpunkt und — nach unserem Kenntnisstand — von Seiten der Flurneuordnungsbehörde die Bestrebung andere Standorte, die sich nicht im Vorranggebiet Windenergienutzung Steinau bzw. in unmittelbarer Nähe liegen, als Kompensationsfläche und -maßnahme der Flurneuordnung zu benennen.</p>
P107	B	P107/B.12	Z	<p>Wenn im Laufe des Verfahrens aktuelle Entwicklungen bzw. neue Erkenntnisse berücksichtigt werden, dann müssen aber auch neue Entwicklungen in sämtliche Richtungen, also auch die für die Ausweisung des Gebietes sprechen, berücksichtigt werden und in die Abwägung mit einbezogen werden.</p>

P107	B	P107/B.13	Z	In Bezug auf beide Punkte - C 2. und C 3. - ist zu beachten, dass die Prüfung, die die Regionalplanung durchführt nur im erforderlichen Rahmen erfolgen muss und hierbei dem Detaillierungsgrad der Planung angemessen sein soll. Zudem sollte hier beachtet werden, dass hier (scheinbare) Ergebnisse von Gutachten, deren Durchführung nicht den Anforderungen des NLT (2011) entsprechen, verwendet und berücksichtigt werden. Andererseits stehen diesen Erkenntnissen, zwar ältere, aber den Anforderungen entsprechende Gutachten sowie noch nicht fertiggestellte, ebenfalls den Anforderungen entsprechende Gutachten entgegen, die die geltend gemachten Bedenken nicht stützen können. Aus diesem Grund sollte bedacht werden, ob es hier nicht zutreffender und verhältnismäßig wäre, wenn die endgültige Entscheidung, über die Zulässigkeit von WEA auf diesen Flächen erst im Genehmigungsverfahren getroffen werden würde.
P107	B	P107/B.14	Z	Unabhängig von den vorgebrachten Bedenken in Bezug auf den Gastvogelraum ist es aber so, dass eine Berücksichtigung der Umwelterwägungen, wie sie sich nach der abschließenden Bewertung des Umwelterichts darstellen, nicht bedeutet, dass bei der Annahme des RROP stets die Planungsalternative mit den geringsten Umweltauswirkungen zu wählen ist. Dies wird auch ausdrücklich in der vom Ministerium für Ernährung Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung herausgegebene Arbeitshilfe festgestellt. Weiter heißt es, dass den Umwelterwägungen im Abwägungsprozess materiell kein anderes Gewicht zukommt als es vor Einführung der Umweltprüfung der Fall war. Vielmehr sind alle maßgeblichen Belange und widerstreitenden Interessen gegeneinander und untereinander pflichtgemäß abzuwägen.
P107	B	P107/B.15	Z	Abschließend wurde am 15.09.2011 im Rahmen des Erörterungstermins und wird hiermit erneut seitens wpd der Antrag auf Wiederaufnahme des Vorranggebietes Windenergienutzung Steinau in den RROP Cuxhaven zu Protokoll gegeben. Da die von wpd beauftragten faunistischen Gutachten aktuell noch erstellt werden, sollte eine detaillierte Untersuchung der unter 3 b+c aufgeführten Gründe erst im Zuge des Genehmigungsverfahrens erfolgen.

P107	B	P107/B.16	A	<p>D) Ergebnis</p> <p>Sollten unsere bereits im Erörterungstermin und nun erneut in dieser Stellungnahme angesprochenen Punkte im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt werden und damit auch nicht entsprechend in die Abwägung mit einbezogen werden, werden wir im Nachgang unverzüglich die Einleitung eines Normenkontrollantrags prüfen und auch anstrengen.</p>
P108		P108.01	SO 27	<p>Der textlichen Begründung des RROP Landkreis Cuxhaven auf Seite 22 f. lässt sich entnehmen, dass das ehemalige Vorranggebiet Nr. 27 (Nordholz/Cappel-Neufeld) nicht mehr die Anforderungen der aktuellen Ausschlusskriterien erfülle und deshalb im Zuge der Teilfortschreibung nicht mehr als Vorranggebiet übernommen werden könne. Der Flächennutzungsplan der Gemeinde Nordholz, dessen 2. Änderung am 07.04.2013 durch den Landkreis genehmigt wurde, enthält allerdings das Sondergebiet Windenergie Nordholz-Cappel nach wie vor.</p>
P108		P108.02	SO 27	<p>Für dieses Gebiet soll regionalplanerisch nunmehr die Regel gelten, dass bei einem Repowering die Anlagenhöhe auf jene der Bestandsanlagen beschränkt ist, da die Gemeinde Nordholz in ihrer Bauleitplanung keine maximale Höhenbeschränkung vorgesehen hat. Dies vorangestellt, beantrage ich im Namen meiner Mandantin, im Regionalen Raumordnungsprogramm für den Landkreis Cuxhaven, sachlicher Teilabschnitt Windenergie, auf dem Gebiet Nordholz/Cappel Neufeld (Detailkarten-Nr. 27) ein Vorranggebiet Windenergie Nordholz/Cappel-Neufeld entsprechend der als Anlage beigefügten und farblich markierten Fläche festzusetzen, die der Festlegung im Flächennutzungsplan der Gemeinde entspricht.</p>
P108		P108.03	B 10	<p>Darüber hinaus beantrage ich, in der Teilfortschreibung des RROP für den Landkreis Cuxhaven 2014 im Abschnitt 4.2.2 Windenergie Ziff. 10 S. 3 wie folgt zu fassen: „Die Höhe der Windenergieanlagen ist an diesen Standorten auf die in der rechtsgültigen Bauleitplanung festgelegte Gesamthöhe beschränkt; sofern in der Bauleitplanung keine Höhe festgelegt ist, erfolgt die Höhenfestlegung im Baugenehmigungsverfahren anhand einer raumordnerischen Beurteilung.“</p>

P108		P108.04	A	Der vorliegende Entwurf der Teilfortschreibung des RROP Landkreis Cuxhaven 2014 wird den Anforderungen an eine sachgerechte Abwägung gem. § 7 Abs. 2 RROG im Fall der hier vorgesehenen Festsetzung von Konzentrationszonen mit Ausschlusswirkung gem. § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB bisher nicht gerecht.
P108		P108.05	A	Regionalpläne bzw. deren sachliche Teilpläne sind, soweit wie im vorliegenden Fall in ihnen Ziele der Raumordnung enthalten sind, in materiell rechtlicher Hinsicht als Rechtsvorschriften zu qualifizieren. Sie enthalten generelle Regelungen in Gestalt von planerischen Vorgaben, die wegen der damit verbundenen Beachtens- und Anpassungspflicht die öffentlichen Planungsträger binden und sich im Einzelfall über Raumordnungsklauseln, wie sie in § 35 Abs. 3 S. 3 BauGS enthalten sind, auch auf das Verhältnis zwischen Bürger und öffentlicher Hand auswirken (vgl. BVerwG, U. v. 25.11.1993, NVwZ 1994, 1213).
P108		P108.06	A	Die sachliche Teilfortschreibung des Regionalen Raumordnungsprogramms Landkreis Cuxhaven in seinem Teil „Windenergienutzung“ ist in Bezug auf die formulierten Ziele zur Windenergienutzung in Form der Ausweisung von Vorranggebieten als Rechtsvorschrift im Range unter dem Landesgesetz im Sinne von § 47 Abs. 1 Nr. 2 VwGO einzustufen.
P108		P108.07	A	Gem. § 7 Abs. 2 RROG sind bei der Aufstellung der Raumordnungspläne die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen.

P108		P108.08	E 01	<p>Soll eine planerische Entscheidung die Wirkungen des § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB auslösen - hiernach stehen öffentliche Belange einem Vorhaben zur Nutzung der Windenergie in der Regel entgegen, soweit hierfür eine Ausweisung an anderer Stelle erfolgt ist - so hat das Bundesverwaltungsgericht ein detailliertes und in seinen einzelnen Prüfungsschritten zwingendes Verfahren zur Flächenermittlung und Planaufstellung vorgegeben (vgl. BVerwG, U. v. 13.12.2012—4 CN 1/11; vgl. auch schon BVerwG, U. v. 17.12.2002—4 C 15101; BVerwG, 6. v. 15.09.2009 - 4 BN 25/09).</p> <p>Dieses Prüfprogramm wird von den Oberverwaltungsgerichten — insbesondere auch vom OVG Niedersachsen — auch hinsichtlich der Aufstellung von Regionalen Raumordnungsprogrammen und deren Teilplänen angewandt (vgl. hierzu OVG Niedersachsen, U v 28 08 2013 — 12 KN 22/10 U v 28 08 2013 — 12 KN 146/12, NuR 2013, 812f.; OVG Rheinland-Pfalz, U. v. 16.05.2013—1 C 11003/12; OVG Nordrhein-Westfalen, U. v. 01 .07.2013 —2 D 46/12.NE; OVG Weimar, U. v. 26.03.2014—1 N 676/12).</p>
P108		P108.09	E 01	<p>Nach dieser Rechtsprechung verlangt das Abwägungsgebot im Fall der Festsetzung von Vorranggebieten mit Ausschlusscharakter gem. § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB die Entwicklung eines schlüssigen gesamtplanerischen Konzepts, das sich auf die gesamte Planregion erstreckt; hierbei muss die planerische Entscheidung nicht nur Auskunft darüber geben, von welchen Erwägungen die positive Standortzuweisung getragen wird, sondern auch deutlich machen, welche Gründe es rechtfertigen, den übrigen Planungsraum von Windenergieanlagen freizuhalten (vgl. BVerwG, U. v. 13.12.2012—4 CN 1/11 — zitiert nach Juhs, Rn. 9). Denn die mit der Festlegung von Konzentrationszonen verbundene Kontingentierung der Anlagenstandorte berührt die verfassungsrechtliche Eigentumsgarantie (Geßner in: Brandt, Jahrbuch Windenergierecht 2013, 5. 16). Bei der Kontingentierung handelt es sich um eine Inhalts- und Schrankenbestimmung des Eigentums (Art. 14 Abs. 1 S. 2 GG (Geßner a.a.O.)), weshalb insbesondere auch der Gleichheits- und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz zu beachten sind.</p>

P108		P108.10	E 01	<p>Die sorgfältig zu dokumentierende Ausarbeitung dieses schlüssigen planerischen Gesamtkonzeptes erfolgt nach der Rechtsprechung nun abschnittsweise (vgl. zum Folgenden: BVerwG, U. v. 13.12.2012—4 CN 1/11):</p> <p>In einem ersten Arbeitsschritt sind diejenigen Bereiche als Tabuzonen“ zu ermitteln, die für die Nutzung der Windenergie nicht zur Verfügung stehen. Hierbei sind zunächst die „harten Tabuzonen“ auszusondern. Der Begriff der harten Tabuzonen dient der Kennzeichnung von Gebietsteilen, die für eine Windenergienutzung, aus welchen Gründen auch immer, schlechterdings nicht in Betracht kommen, also aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen schlechthin ungeeignet sind. Mit dem Begriff der weichen Tabuzonen sollen dagegen die Bereiche des Gebiets erfasst werden, in denen nach dem Willen der Gemeinde aus unterschiedlichen Gründen die Errichtung von Windenergieanlagen von vornherein ausgeschlossen werden soll. Der Plangeber hat daher seine Entscheidung für weiche Tabuzonen zu rechtfertigen; dafür muss er zunächst aufzeigen, wie er die eigenen Ausschlussgründe bewertet — also kenntlich machen, dass er hier einen Bewertungsspielraum hat und die Gründe für seine Wertung offen legen (Geßner, a.a.O., S. 19). Der Plangeber schließt diese Flächen also aufgrund eigenen Wollens durch selbst gesetzte, abstrakte und für den gesamten Planungsraum einheitlich anzuwendende Kriterien aus.</p>
------	--	---------	------	--

P108		P108.11	E 01	<p>Nach dem Abzug der harten und weichen Tabuzonen von der Gesamtplanungsfläche verbleibt jener Raum, der für die Nutzung der Windenergie in Betracht kommen könnte, aber mit anderen Nutzungsinteressen konkurriert (die sogenannten Potentialflächen). Diese Potentialflächen sind nun in einem nächsten Schritt in Beziehung zu konkurrierenden Nutzungsansprüchen zu setzen und diese konkurrierenden Ansprüche sind dann miteinander und gegeneinander abzuwägen. Sind auch jene Flächen von den Potenzialflächen abgezogen, auf denen sich konkurrierende Nutzung nach der Abwägung durchsetzt, so verbleiben am Ende die Konzentrationszonen. Schließlich ist in einem letzten Schritt das durch das Vorstehende Vorgehen erreichte Ergebnis daraufhin zu überprüfen, ob mit dieser Planung der Windenergie substantiell Raum gegeben wird, ob also das Anliegen erreicht wird, der Windenergienutzung an geeigneten Standorten eine reelle Chance zu geben, die ihrer Privilegierung nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB gerecht wird (vgl. BVerwG, U. v. 17.12.2002 — 4 C 15/01; BVerwG, U. v. 13.03.2003 — 4 C 4/02; BVerwG, U. v. 13.12.2012 — 4 CN 1/11 — zitiert nach juris, Rn. 12).</p>
P108		P108.12	E 01	<p>Wann der Windenergie substantiell Raum verschafft wird im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, ist bisher nicht eindeutig beantwortet. In seinem Urteil vom 13.12.2012 (4 CN 1/11 — zitiert nach juris, Rn. 18 f.) führt der entscheidende Senat aus, dass die Frage nach der substantiellen Raumverschaffung nicht ausschließlich nach dem Verhältnis zwischen der Größe der im Plan dargestellten Konzentrationsfläche und der Größe derjenigen Potentialflächen beantwortet werden könne, die sich nach Abzug der harten Tabuzonen von der Gesamtheit der Flächen ergebe. Das Bundesverwaltungsgericht geht davon aus, dass dem Verhältnis der Flächen zueinander lediglich Indizwirkung beigemessen werden kann und führt wörtlich aus: „Je geringer der Anteil der ausgewiesenen Konzentrationsflächen ist, desto gewichtiger müssen die gegen eine weitere Ausweisung von Vorranggebietensprechenden Gesichtspunkte sein, damit es sich nicht um eine unzulässige „Feigenblauplanung“ handelt“.</p>

P108		P108.13	E 01	<p>Bei der Beurteilung im Einzelfall, ob der Windenergie im Planungsgebiet substantiell Raum verschafft wird, wenden die Gerichte unterschiedliche Maßstäbe an: So hat der dritte Senat des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs den Vergleich zwischen der Größe der Konzentrationsflächen und der Größe der Gesamtfläche des Planungsgebiets indizielle Bedeutung beigemessen. Wörtlich führt der Hessische VGH aus (U. v. 25.03.2009 3 C 594/08.N — zitiert nach juris, Rn. 77): „Anlässlich des nur geringen Prozentsatzes der Flächenausweisung für eine Konzentrationsfläche für die Ansiedlung von Windenergieanlagen (lediglich 1,38%), obgleich sich das Gemeindegebiet der Antragsgegnerin nach Ihre eigenen Untersuchungen für die Ansiedlung derartiger Anlagen an mehreren Stellen grundsätzlich eignet, wäre sie verpflichtet gewesen, die von ihr in der Standortuntersuchung Windenergieanlagen aufgestellten Abstandswerte erneut zu überprüfen und diese einer erneuten und differenzierten Bewertung zu unterziehen.“</p>
P108		P108.14	E 01	<p>Der VGH Baden-Württemberg und das VG Hannover haben dagegen das Verhältnis der Größe der ausgewiesenen Konzentrationsflächen zu der Größe der Potentialflächen, die sich nach Abzug der harten Tabuzonen ergeben, als besonders aussagekräftiges Kriterium angesehen (VGH Baden-Württemberg, U. v. 09.10.2012 — 8 5 1370/11; VG Hannover, U. v. 24.11.2011 — 4 A 4927/09 — zitiert nach juris, Rn. 66). Das VG Hannover (a.a.O., Rn. 67) geht davon aus, dass schon ein Flächenanteil der Konzentrationsflächen von "weniger als 4%" an den Potentialflächen nach Abzug der harten Tabuzonen als "sehr niedrig" einzustufen ist. Es ging davon aus, dass bei einer Gewährung eines Flächenanteils in diesem Verhältnis von etwa 4% der Windenergie nicht substantiell Raum verschafft werde, der ihrer Privilegierung nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB gerecht werde. In der Literatur (Gatz, Windenergieanlagen in der Verwaltungs- und Gerichtspraxis, 1. Aufl., Rn. 98 f.) wird die Auffassung vertreten, dass der Windenergie erst dann substantiell Raum gegeben werde, wenn die Konzentrationszonen zumindest 1/5 (also 20%) der Potentialflächen nach Abzug der harten Tabuzonen ausmachen.</p>

P108		P108.15	E 01	<p>Stellt die Planungsbehörde nach Durchführung der ersten Planungsschritte fest, dass der Windenergie nicht substantiell Raum gegeben wird, muss der Abwägungsvorgang noch einmal überprüft und im Zweifel wiederholt werden, d.h. die Potentialflächen und/oder die weichen Tabuflächen müssen erneut abgewogen und daraufhin in den Blick genommen werden, ob eine Veränderung dahingehend erfolgen kann, dass der Windenergie nunmehr durch Erweiterung der Konzentrationsflächen substantiell Raum gegeben wird (BVerwG, B. v. 15.09.2009 — 4 BN 25/09; Tyczewski, BauR 2014, 934, 936).</p>
P108		P108.16	E 01	<p>Die gesetzlichen Anforderungen an den konkreten Abwägungsvorgang hat die Rechtsprechung wie folgt definiert (vgl. OVG Berlin-Brandenburg, U. v. 21.09.2007 — 10 A 9/05 — zitiert nach juris — Nr. 42): „Danach ist das Abwägungsgebot (erst) dann verletzt, wenn eine Abwägung überhaupt nicht stattfindet, wenn in die Abwägung an Belange nicht eingestellt wird, was nach Lage der Dinge in sie eingestellt werden muss, wenn die Bedeutung der betroffenen Belange verkannt wird oder wenn der Ausgleich zwischen den durch die Planung berührten Belangen in einer Weise vorgenommen wird, der zur Gewichtigkeit einzelner Belange außer Verhältnis steht.“</p>
P108		P108.17	E 01	<p>Gemessen an diesen rechtlichen Voraussetzungen stellt sich das Vorgehen des Landkreises mit Blick auf den konkreten Abwägungsvorgang samt Abwägungsergebnis derzeit als rechtlich fehlerhaft dar. Dies führt schließlich auch dazu, dass der Windenergie im Ergebnis nicht substantiell Raum gegeben wird und damit ihre Privilegierung gem. § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB bei der Festsetzung der Vorranggebiete mit Ausschlusswirkung gem. § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB verkannt wurde.</p>

P108		P108.18	E 01	<p>Zunächst lässt sich die Begründung zu Nr. 4.2:2 Windenergie Ziffer 01, Satz 1 (Seite 6 der Begründung) befürchten, dass die planaufstellende Behörde die obendargestellten Anforderungen an den Planungsprozess hinsichtlich des schrittweise Vorgehens verkannt hat. Wörtlich heißt es insoweit in der Begründung auf Seite 6:</p> <p>"So ist es zwingend erforderlich," Soweit die planaufstellende Behörde versucht, mit dieser Schilderung in der Begründung zur Teilfortschreibung des RROP das Erfüllen der Anforderungen der neuesten Rechtsprechung zu dokumentieren, schlägt dieser Versuch fehl: Zunächst lässt die Schilderung in der Begründung befürchten, dass die planaufstellende Behörde eine Vermischung der verschiedenen — und nach der Rechtsprechung sauber zu trennenden — Arbeitsschritte vorgenommen hat. Insbesondere gibt die planaufstellende Behörde nicht zu erkennen — und hat es dementsprechend auch nicht dokumentiert —, dass der Abwägungsvorgang insbesondere in der Frage besteht, welche Potentialflächen in Abwägung mit entgegenstehenden und widerstreitenden Nutzungsmöglichkeiten tatsächlich als Vorhabengebiet der Windenergie ausgewiesen werden sollen. Die Behörde führt hier wörtlich aus, dass die nach den Schritten eins und zwei "verbleibenden Restflächen" (Potentialflächen) in Vorranggebiete Windenergienutzung "umgesetzt" werden. Dies lässt befürchten, dass die planaufstellende Behörde davon ausging, ihre Hauptabwägungsleistung finde in der Bestimmung der weichen Tabuzonen statt und die nach Abzug der weichen Tabuzonen verbleibenden Potentialflächen müssten dann nur noch in Vorranggebiete "umgesetzt" werden.</p>
------	--	---------	------	--

P108		P108.19	E 01	<p>Dies ist allerdings so nicht richtig: die Behörde hat faktisch zweifach abzuwägen. Zunächst hat sie die weichen Tabuzonen auszusondern, also jene Flächen, auf denen nach Auffassung der planaufstellenden Behörde von vornherein Windenergienutzung nicht stattfinden soll. Die daraufhin verbleibenden Potentialflächen sind erneut zu anderen möglichen Nutzungen in Beziehung zu setzen und in einer eigenen Abwägungsentscheidung für jede Fläche hat die Behörde dann festzulegen, welche Potentialflächen tatsächlich zu Vorrangflächen Windenergie gemacht werden sollen. Als gegen das Interesse an einer Windenergienutzung abzuwägende andere Belange zählen dabei etwa: Ausweisung einer Potentialfläche als Wasserschutzgebiet Zone III, die Freihaltung als Sicherungsbereich für Erholung oder oberflächennahen Rohstoffabbau, Schutzbedürftige Bereiche Bodenerhaltung (Gatz Windenergieanlagen in der Verwaltungs- und Gerichtspraxis, 2013, Rn. 684). Der Unterschied der beiden Abwägungsschritte besteht darin, dass der Plangeber im Rahmen der Ausscheidung der weichen Tabuzonen einheitliche, abstrakte und für den gesamten Planungsraum geltende Kriterien anzuwenden hat, nach denen eine Ausweisung als Vorranggebiet ausscheiden soll.</p>
P108		P108.20		<p>In der Potentialflächenabwägung sind dann die einzelnen Potentialflächen mit ihren örtlichen Besonderheiten in den Blick zu nehmen und es ist flächenspezifisch im Einzelfall abzuwägen. Hat dementsprechend der Plangeber bei Arbeitsschritt 2 bewusst darauf verzichtet, ein bestimmtes Kriterium von vorneherein pauschal für den Planungsraum als weiches Tabukriterium zugrunde zu legen, vergrößert dies den Abwägungsaufwand auf Stufe 3 (vgl.: Nds. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Arbeitshilfe Regionalplanung und Windenergie, 2013, S.5).</p>

P108		P108.21	E 01	<p>Dass sich die planaufstellende Behörde der Bedeutung des Aufeinanderfolgens und der klaren Abgrenzung der einzelnen Arbeitsschritte nicht bewusst war und dies faktisch vermengt hat, ergibt sich auch aus der weiteren Planbegründung, in der die einzelnen Arbeitsschritte detailliert dargestellt werden:</p> <p>So zieht die Behörde aus den insgesamt von ihr nach Abzug der harten und weichen Tabuzonen ermittelten 346 Potentialflächen (vgl. Seite 11 Begründung) zunächst jene Flächen ab, die kleiner sind als 7.850 qm, da diese Grundfläche nach Berechnung der planaufstellenden Behörde von einer Windenergieanlage mit 50m Rotorlänge mindestens benötigt werde. Bei dieser — von der Behörde unterstellten — Flächengröße handelt es sich allerdings — wie sich aus der Begründung der Behörde selbst ergibt — faktisch entweder um eine harte Tabuzone, wenn man da von ausgeht, dass eine Errichtung von Windenergieanlagen auf kleineren Flächen aus tatsächlichen Gründen unmöglich ist, oder um eine weiche Tabuzone, wenn die Behörde aus nachvollziehbaren Erwägungen auf einer kleineren Fläche die Errichtung einer Windenergieanlage — für den gesamten Planungsraum einheitlich und abstrakt — ausschließen will.</p>
P108		P108.22	E 01	<p>Jedenfalls ist das Größenkriterium ein Tabukriterium und seine Verankerung auf Arbeitsstufe 3 im Rahmen der Potentialflächenanalyse verfehlt; dementsprechend erfolgt auch keine flächenspezifische Analyse, sondern die deshalb auszuscheidenden Flächen werden — ohne weitere Begründung — numerisch aufgezählt.</p>
P108		P108.23	E 01	<p>Selbst wenn man davon ausginge, dass die Verortung der entsprechenden Flächen im Rahmen der Potenzialflächen zulässig wäre, wird mangels flächenbezogener Begründung nicht hinreichend deutlich, dass die Behörde abgewogen hat, welche Gründe sie in die Abwägung auf beiden Seiten eingestellt hat und aus welchen Gründen die Interessen an einer anderweitigen Nutzung jenen an der Ausweisung eines Vorranggebietes vorgehen.</p>
P108		P108.24	E 01	<p>Noch deutlicher wird dieses Ergebnis mit Blick auf die Festlegung durch die planende Behörde, dass eine - in ihrem Diktum - „Potentialfläche“ dann wegfallen soll, wenn sie nicht eine Fläche von 19 ha und größer aufweist. Zu den Beweggründen für eine diesbezügliche Planung führt die planaufstellende Behörde aus:</p> <p>(Begründung, Seite 15)</p>

P108		P108.25	E 01	<p>All diese Erwägungen mögen im Einzelfall zutreffen oder auch nicht, sie sind jedoch an dieser Stelle nicht richtig verortet: Die Abwägungen, welche die planaufstellende Behörde hier zur Mindestgröße eines Vorranggebietes vornimmt, führen dazu, dass die Mindestgröße als sogenanntes weiches Tabukriterium zu behandeln ist. Denn die Behörde hat hier aus planerischen Gesichtspunkten dargelegt, warum abstrakt und im gesamten Planungsraum auf kleineren Flächen keine Windenergieanlagen errichtet werden sollen und hat hierzu auf den aus ihrer Sicht notwendigen Mindestabstand sowie auf das planerische Konzept hingewiesen, im Landkreis Cuxhaven nur Windparks mit einer Mindestgröße von drei Anlagen zu zulassen. Damit hat die Behörde klargestellt, warum nach ihrem planerischen Konzept kleinere Flächen nicht als Vorranggebiete ausgewiesen werden sollen. Allerdings findet eine flächenspezifische Abwägung — wie sie die Abwägung der Potentialflächen eigentlich erfordert — hier nicht statt. Dies wäre auch wenig sinnvoll, da Flächen entweder größer oder kleiner als 19 ha sein können. Für eine Abwägung im Einzelfall ist kein Raum, was verdeutlicht, dass es sich hier um eine abstrakte Festlegung handelt, die eigentlich im Rahmen der weichen Tabuzonen zu treffen ist. Die Begründung (S. 16) beschränkt sich insoweit auch auf eine numerische Aufzählung der entfallenden Flächen, ohne dies für jede Fläche einzeln zu begründen.</p>
P108		P108.26	E 01	<p>Schließlich ist es auch nicht etwa egal, ob Flächen als "weiche Tabuzonen" ausgeschieden werden, oder ob sie im Rahmen der Abwägung bei den Potentialflächen in Konkurrenz mit anderen Nutzungsarten ausscheiden. Dies ergibt sich zunächst daraus, dass der Abwägungsprozess auf beiden Stufen ein jeweils unterschiedlicher ist: Auf Stufe 2 (weiche Tabuzonen) wird entschieden und abgewogen, ob eine Fläche als Potentialfläche zur Verfügung stehen soll. Im Rahmen der Potentialflächenanalyse erfolgt dann die Abwägung mit konkurrierenden Nutzungsansprüchen hinsichtlich der einzelnen Potentialflächen. Diese Abwägungsprozesse haben eine unterschiedliche Zielrichtung und sind deshalb entsprechend der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts und deren Unterteilung in bestimmte Arbeitsschritte auch strikt zu trennen.</p>

P108		P108.27	E 01	<p>Darüber hinaus wirkt sich die falsche Einordnung zwischen weichen Tabuzonen und der Potentialflächenanalyse auch mit Blick, darauf aus, ob der Windenergie substantiell Raum gegeben wurde: Setzte man hierfür die bestehenden Potentialflächen mit jenen Flächen in Relation, die letztlich als Vorranggebiete ausgewiesen werden, so hängt der Prozentsatz in erheblicher Art und Weise davon ab, welche Flächen als Potenzialflächen zur Verfügung stehen und welche Flächen schon vorher ausscheiden. Mit einer Erhöhung oder Verringerung der Potentialflächenzahl wird damit auch das endgültige Ergebnis bei der Frage beeinflusst, ob der Windenergie substantiell Raum gegeben wurde. Dieses Konzept hat die planaufstellende Behörde bisher allerdings, wie schon gezeigt, verfehlt.</p>
P108		P108.28	E 01	<p>In der Dokumentation des planerischen Vorgehens entlang der Vorgaben des Bundesverwaltungsgerichts hinsichtlich der Einhaltung von Planungsschriften (vgl. Begründung des RROP, Seite 6) wird noch ein weiteres Missverständnis der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts durch die planaufstellende Behörde offenbar, das erneut zeigt, dass die Behörde bisher nicht ausreichend zwischen der Frage unterschieden hat, ob ein Gebiet als weiche Tabuzone von vorherein auszuschneiden ist, oder ob dieses im Rahmen der Potentialflächenanalyse in die Abwägung mit konkurrierenden Nutzungsmöglichkeiten einzustellen ist. Wörtlich führt die planaufstellende Behörde in ihrer Begründung aus (Seite 6):</p>

P108		P108.29	E 01	<p>Dies ist so nicht richtig: Kommt die planaufstufende Behörde am Ende zum Ergebnis, dass der Windenergienutzung durch die verbleibenden Vorranggebiete nicht substantiell Raum gegeben und verschafft wurde, ist nicht nur der Arbeitsschritt zwei mit veränderten weichen Tabuzonen zu wiederholen - vielmehr ist dann das Auswahlkonzept nochmals zu überprüfen und ggf. zu ändern (vgl. BVerwG, 8. v. 15.09.2009 - 4 BN 25/09 - zitiert nach juris, Rn. 8), d.h. die Potentialflächen und die weichen Tabuflächen müssen erneut in Blick genommen und ggf. verändert werden (Tyczewsky, BauR 2014, 934, 936). Es ist also nicht so, dass bei der Erkenntnis, dass der Windenergie nicht substantiell Raum gegeben wurde, nur die Auswahl der weichen Tabuzonen einer kritischen Würdigung unterzogen werden müsste. Auch der Planungsschritt drei, wonach die Potentialflächen erneut kritisch daraufhin zu überprüfen sind, ob sich die Windenergie auf einigen von ihnen nicht doch gegenüber konkurrierenden Nutzungen durchsetzen kann, ist in einem solchen Fall essentiell. Kurz gesagt; Es müssen beide Abwägungsvorgänge (jener, der zur Aussonderung der weichen Tabuzonen führt und jener, der zur Abwägung mit konkurrierenden Nutzungen bei den Potentialflächen führt) in einem solchen Fall einer kritischen Überprüfung unterzogen werden.</p>
P108		P108.30	E 01	<p>Soweit die Behörde noch anführt (vgl. Seite 6 der Planbegründung), man habe sich an der Arbeitshilfe Regionalplanung und WindenergiV des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie des Niedersächsischen Landkreistages orientiert, ändert dies nichts: Von den bundesrechtlichen Anforderungen an einen fehlerfreien Abwägungsvorgang kann auch eine Arbeitshilfe eines Landesministeriums mit Empfehlungscharakter nicht dispensieren.</p>
P108		P108.31	E 01	<p>Über die Fehler im Planungskonzept hinaus ist auch die Bestimmung der harten Tabuzonen rechtsfehlerhaft erfolgt; insbesondere liegt ein Verstoß gegen die bundesverwaltungsgerichtliche Rechtsprechung zu den Voraussetzungen harter Tabuzonen (BVerwG, U. v. 13.12.2012—4 CN 1/11) vor.</p>

P108		P108.32	E 01	<p>Laut Seite 7 der Planbegründung zählt die planaufstellende Behörde im Arbeitsschrift 1 insbesondere "Ortslagen und Puffer 420 m" zu den harten Tabuzonen. Zur Begründung dieser harten Tabuzone wird ausgeführt (Seite 7). Es ist daran zu erinnern, dass harte Tabuzonen nur solche Flächen sind, die für eine Windenergienutzung, aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht in Betracht kommen, mithin schlechthin ungeeignet sind. Diese Voraussetzung ist bei hier von der planaufstellenden Behörde als harte Tabuzone eingeordnete "Ortslage und Puffer 420 m" nicht gegeben. Dass eine Windenergieanlage aus tatsächlichen Gründen nicht enger als 420 m von einer Ortschaft heranrücken und dort gebaut werden könnte, ist nicht ersichtlich. Windenergieanlagen können auch in geringerer Entfernung als 420 m zur Wohnbebauung tatsächlich errichtet werden.</p>
------	--	---------	------	--

P108		P108.33	E 01	<p>Auch rechtliche Gründe stehen einer Errichtung von Windenergieanlagen in der Pufferzone nicht derart entgegen, dass sie eine harte Tabuzone rechtfertigen würden. Es gibt kein rechtliches Verbot dass dazu führen würde, dass in jedem Fall innerhalb einer gewissen Zone um einen Ort herum Windenergieanlagen unzulässig wären. Dies wird auch in der Rechtsprechung so gesehen; das OVG Nordrhein-Westfalen führt insoweit wörtlich aus (OVG Nordrhein-Westfalen, U. v.01.07.2013—2 D 46/12.NE — zitiert nach juris, Rn. 56):</p> <p>„Immissionsschutzrechtliche begründete Mindestabstände zu Siedlungsbereichen sind in der Regel dem Spektrum weicher Tabuzonen zuzurechnen, jedenfalls wenn sie zumindest auch der Verwirklichung des Vorsorgegrundsatzes des § 5 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 BImSchG dienen. Immissionsschutzrechtlich bedingte harte Tabuzonen können nur ausnahmsweise solche Flächen sein, in denen der Betrieb von Windkraftanlagen absehbar unüberwindbar - zwangsläufig und auf Dauer - zum Nachteil der Nachbarschaft gegen § 5 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BImSchG — oder gegen das bauplanungsrechtliche Gebot der Rücksichtnahme - verstoßen wird. Um dies festzustellen, kann die Gemeinde nicht regelhaft pauschal auf Mindestabstände zu Siedlungsflächen zurückgreifen und diese als harte Tabuzonen klassifizieren. Mindestabstände als solche sagen über die konkrete immissionsschutzrechtliche Realisierbarkeit einer Windenergienutzung in der Regel nichts Entscheidendes aus.“</p> <p>So wird dies auch in der weiteren Rechtsprechung der Oberverwaltungsgerichte beurteilt (vgl. OVG Rheinland-Pfalz, U. v. 16.05.2013 - 1 C 11003/12 - zitiert nach juris, Rn. 38; Bayrischer VGH, B. v. 21.01.2013 - 22 CS 12.2297 - zitiert nach juris, Rn. 24).</p>
------	--	---------	------	--

P108		P108.34	E 01	<p>Es ist hier nicht erkennbar, dass jedes denkbare Vorhaben wegen Verstoßes gegen immissions- oder nachbarschützende Rücksichtnahmeregeln innerhalb eines Radius von 420 m um bestimmte Siedlungsbereiche unzulässig wäre. Auf der Ebene des Flächennutzungsplanes - und erst recht im RROP - stehen weder</p> <p>Standorte noch Anlagentypen fest; es lässt sich deshalb eine konkrete Berechnung nach TA Lärm nicht anstellen (vgl. Goßner in: Brandt, Jahrbuch Windenergierecht 2013, S. 25). Die Festlegung eines Mindestabstandes zu Siedlungsbereichen ist deshalb nur im Rahmen weicher Tabuzonen möglich. Dies hat die planaufstellende Behörde hier nicht beachtet, indem sie eine Pufferzone von 420 m um Siedlungsbereiche als harte Tabuzone festgesetzt hat - hierfür gelten die gleichen Erwägungen wie für die Ortslage und den dort vorgesehenen Puffer.</p>
P108		P108.35	E 01	<p>Die planaufstellende Behörde verfehlt auch mit der Festlegung der harten Tabuzone „Autobahn und Abstand von 40 m“ die Anforderungen an ein schlüssiges Gesamtkonzept. Auf Seite 6 ihrer Planbegründung führt die planaufstellende Behörde aus:....</p>

P108		P108.36	E 01	<p>Soweit die Planbegründung ausführt, Autobahnen und ein Abstand von 40 m seien deshalb als harte Tabuzone eingeordnet worden, weil eine Bebauung beidseits des Fahrbahnrandes gern. § 9 des Bundesfernstraßengesetzes bzw. § 24 des Niedersächsischen Straßengesetzes durch Windenergieanlagen nicht in Betracht komme, überzeugt dies — insbesondere mit Blick auf das eben dargestellte wörtliche Zitat hinsichtlich der Ausnahmeregelungen — nicht: § 9 Abs. 1 Bundesfernstraßengesetz bestimmt zwar, dass längs der Bundesfernstraßen Hochbauten jeder Art in einer Entfernung bis zu 40 m zu Bundesautobahnen und bis zu 20 m bei Bundesstraßen nicht errichtet werden dürfen. Allerdings regelt § 9 Abs. 8 Fernstraßengesetz, dass die oberste Landesstraßenbaubehörde im Einzelfall Ausnahmen von den Verboten des Absatzes 1 zulassen kann, wenn die Durchführung der Vorschrift im Einzelfall zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist oder wenn Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichung erfordern. Ausnahmen können mit Bedingungen und Auflagen versehen werden.</p> <p>Damit regelt auch das Bundesfernstraßengesetz und das dort verankerte Bauverbot eine Ausnahmebestimmung. Es ist also nicht so, dass dort Bauten — also auch Windenergieanlagen — absolut rechtlich ausgeschlossen wären. Deshalb ist die Tabuzone nicht hart, sondern weich. Mit der Einordnung als harte Tabuzone widerspricht die planaufstellende Behörde auch ihrer einer Seite zuvor selbst aufgestellten Regel, dass sobald in der jeweiligen Rechtsgrundlage ein Ausnahmetatbestand eingeräumt werde, das Kriterium als weich behandelt werde. Dasselbe gilt auch für das Niedersächsische Straßengesetz, dort ist in § 24 Abs. 7 eine fast dem Bundesfernstraßengesetz wortgleiche Klausel mit Ausnahmebestimmung enthalten.</p>
------	--	---------	------	---

P108		P108.37	E 01	<p>Fehlerhaft — nach den eigenen Maßstäben der planaufstellenden Behörde — ist schließlich auch die Zuordnung der Wasserschutzgebiete zu den harten Tabuzonen. Zwar bestimmt § 51 WHG, dass die Landesregierung durch Rechtsverordnung Wasserschutzgebiete festsetzen kann. In diesen Wasserschutzgebieten können gem. § 52 Abs. 1 WHG, soweit der Schutzzweck dies erfordert, bestimmte Handlungen verboten oder für nur eingeschränkt zulässig erklärt werden oder die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken verpflichtet werden, bestimmte auf das Grundstück bezogene Handlungen vorzunehmen oder zu unterlassen. Hierzu zählen insbesondere auch die Durchführung von Bauvorhaben (vgl. Czychowski/Reinhardt, Wasserhaushaltsgesetz, 2010, § 52, Rn. 21 f.).</p> <p>Die planaufstellende Behörde verkennt allerdings, dass gem. § 52 Abs. 1 S. 2 durch die zuständige Behörde von Verboten, Beschränkungen sowie Duldungen und Handlungspflichten nach Satz 1 eine Befreiung erteilt werden kann, wenn der Schutzzweck nicht gefährdet wird oder überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dies erfordern. Diese Befreiungsmöglichkeit trägt der Tatsache Rechnung, dass es im Einzelfall Verhältnisse geben kann, die bei einer Güterabwägung der privatnützigen Grundstücksnutzung den Vorrang vor dem Wasserschutz einräumen, solange der Gesetzeszweck des WHG erreicht werden kann (vgl. etwa: VGH Baden-Württemberg, ZWI! 1995, 86). Nach § 52 Abs. 1 S. 3 muss die zuständige Behörde sogar eine Befreiung erteilen, wenn der verfassungsrechtliche Eigentumsschutz dies gebietet (BVerwG, NVwZ 2003, 1117). Es ist also nicht so, dass die Errichtung von Bauwerken in Wasserschutzzonen gem. § 51 WHG absolut und unter allen Umständen ausgeschlossen wären; auch hier sieht das Gesetz Ausnahmen und Befreiungsmöglichkeiten vor. Deshalb ist die Anordnung als harte Tabuzone — gemessen an den eigenen Kriterien der planaufstellenden Behörde — nicht nachvollziehbar.</p>
------	--	---------	------	--

P108		P108.38	SO 27	<p>Das von meiner Mandantin für Repowering-Vorhaben vorgesehene bisherige Vorranggebiet Nordholz/Cappel-Neufeld wird in der aktuellen Teilfortschreibung nicht mehr als Vorranggebiet übernommen, da es - laut der Planbegründung, S. 22 - nicht mehr die Anforderungen der aktuellen Ausschlusskriterien erfüllt. Es ist hier zu konstatieren, dass das bisherige Vorranggebiet Nordholz/Cappel-Neufeld auch in der Teilfortschreibung des RROP weiterhin als Vorranggebiet Windenergie festzusetzen und auszuweisen ist, was oben auch beantragt wurde.</p> <p>Die nunmehr angelegten Ausschlusskriterien, die einer Ausweisung des Gebietes als Vorranggebiet entgegenstehen könnten, verletzen in ihrer bisherigen Fassung das Gebot gerechter Abwägung, § 7 Abs. 2 ROG mit den Anforderungen, die ihm die Rechtsprechung im Rahmen der Konzentrationsplanung mit Ausschlusswirkung gemäß § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB zugemessen hat.</p> <p>Im Ergebnis sprechen also keine Kriterien gegen die Ausweisung des Gebietes als Vorranggebiet.</p>
P108		P108.39	E 01	<p>Zunächst gilt dies für den von der planaufstellenden Behörde als weiche Tabuzone vorgesehenen "Puffer um Ortslagen" von 1000 m. In seiner jetzigen Ausformung ist eine planerische Rechtfertigung für eine solch pauschale und weitgehende Tabuzone nicht zu erkennen. Mit dieser sehr pauschalen Regelung werden die durchaus unterschiedlichen Strukturen im Plangebiet nicht berücksichtigt; alle Ortslagen werden mit einer solch pauschalen Abstandsregelung ohne die Möglichkeit der Berücksichtigung örtlicher Besonderheiten "über einen Kamm geschoren".</p>

P108		P108.40	E 01	<p>Zudem wird das Interesse an einem sinnvollen und nachhaltigen Repowering außer acht gelassen, wenn dieser Puffer von 1000 m unbesehen und ohne Berücksichtigung des Einzelfalls Anwendung findet. Repowering wird damit in vielen Fällen unmöglich gemacht. Der Planungsträger hat jedoch das Interesse der Betreiber, ältere Anlagen durch effizientere neue Anlagen zu ersetzen und diese dabei gegebenenfalls auch neu anzuordnen (Repowering), in der Abwägung mit entsprechendem Gewicht zu berücksichtigen (BVerwG, B. v. 29.03.2010 — 4 BN 65/09, juris, Rn. 9; Scheidler, Errichtung und Betrieb von Windkraftanlagen aus öffentlich-rechtlicher Sicht, GewArch Beilage Nr. 03/2011, 117, 133). Die Abstandsregelung sollte daher bei - ggf. regionalplanerisch gekennzeichneten - Repowering-Flächen nicht angewandt werden. Die Einhaltung der Richtwerte nach TA-Lärm für Lärm bzw. nach den entsprechenden Regelwerk für Geräusche oder aus dem Gebot der Rücksichtnahme heraus einzuhaltende Abstand des Dreifachen der Anlagenhöhe wegen ansonsten "erdrückender Wirkung" kann im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren geprüft werden.</p>
------	--	---------	------	--

P108		P108.41	E 01	<p>Die Festlegung eines Mindestabstandes von 4 Kilometern zwischen den einzelnen Windparks im RROP 2014 erweist sich ebenso als abwägungsfehlerhaft gemäß §7 Abs. 2 ROG. Zunächst ist die Festlegung eines Mindestabstandes von 4 Kilometern zwischen den einzelnen Windparks nicht aus raumordnerischer Sicht erforderlich: Die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Nordrhein- Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein und Thüringen empfehlen aus landesplanerischer Sicht einen solchen Mindestabstand zwischen Windeignungsgebieten nicht (vgl. Bund-Länder-Initiative Windenergie, Überblick zu den landesplanerischen Abstandsempfehlungen für die Regionalplanung zur Ausweisung von Windenergiegebieten, Mai 2013). Hiervon weicht die planaufstellende Behörde erheblich ab, indem sie einen Mindestabstand von 4 Kilometern annimmt. Dieser wird allerdings nicht begründet; vielmehr nimmt die planaufstellende Behörde lediglich auf die Empfehlung des Landes Bezug (5 Kilometer Abstand) und erklärt, warum sie von dieser abweicht (Begründung, S. 16). Erst weiter unten lässt sich aus einem Umkehrschluss der Äußerungen zu dem 3-Kilometer-Kriterium in bewaldeten Gebieten schlussfolgern, dass es vor allem um das Störpotential aufgrund sonst nicht freien Sicht geht, das dem 4-Kilometer-Abstandsregelung zugrunde liegt.</p>
P108		P108.42	E 01	<p>Darüber hinaus bestehen erhebliche Zweifel, ob eine abstrakt-generelle Festlegung eines Mindestabstandes zwischen Windparks erforderlich und damit auch mit Blick auf die Art. 14 GG beschränkende Wirkung der Konzentrationsplanung gemäß § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB verhältnismäßig ist. Wie schon dargestellt, nimmt die überwiegende Zahl der Bundesländer eine solche Festlegung nicht vor. Es erscheint mit Blick darauf rechtlich geboten, eine solche abstrakte Festlegung eines Mindestabstandes zwischen Windeignungsgebieten nicht vorzunehmen und vielmehr eine Steuerung über den Einzelfall anzustreben. Es mag Strukturen und landschaftliche Prägungen geben, die im Einzelfall die Festlegung eines Mindestabstandes notwendig machen. Eine generelle Festlegung allerdings verletzt das Gebot gerechter Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 ROG.</p> <p>Meine Mandantin ist von dieser Entscheidung auch direkt betroffen, da der WP Nordholz/Cappel-Neufeld kleiner 4 Kilometer nördlich eines Windparks in der Samtgemeinde Wursten liegt.</p>

P108		P108.43	E 01	<p>Schließlich ist auch die Festlegung von Vogelbrutgebieten nationaler Bedeutung und eine Pufferzone von 200 Metern um diese derzeit nicht abwägungsfehlerfrei; insbesondere die Einordnung als weiche Tabuzone überzeugt nicht.</p> <p>Die Arbeitshilfe „Regionalplanung und Windenergie“ vom Nds. Landkreistag und dem Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz geht davon aus, dass für das entsprechende Gebiet "ggf. eine veränderte Abstandsfestlegung entsprechend der gebietsspezifischen Empfindlichkeit (Einzelfallbetrachtung, 3. Arbeitsschritt)" zu erfolgen hat.</p> <p>Damit ist gesagt, dass sich die Vogelbrutgebiete in ihrer Empfindlichkeit einer verallgemeinerungsfähigen Gefährdungsanalyse durch Windehergieanlagen entziehen. Dies liegt einerseits am entsprechenden Zuschnitt des jeweiligen Gebietes, den dort vorkommenden Arten und ihrer jeweiligen Gefährdungsstufe sowie der durch das entsprechende Ökosystem bedingten Besonderheiten. Kein Vogelbrutgebiet gleicht in seinem ökologischen Haushalt dem anderen. Deshalb kommt eine pauschale Festlegung eines Mindestpuffers von 200 Metern im Rahmen einer weichen Tabuzone nicht in Betracht bzw. erweist sich als abwägungsfehlerhaft.</p> <p>Vielmehr ist hier im Rahmen der Potentialflächenanalyse für jedes betroffene Gebiet selbständig anhand der oben skizzierten, von unterschiedlichen Faktoren abhängigen, Gefährdungslage zu entscheiden, ob hier Windenergienutzung vorrangig zugelassen werden kann oder nicht. Es mag Vogelbrutgebiete geben, wo dies möglich ist; in anderen ist es unter Umständen aufgrund des erheblichen naturschutzfachlichen Schutzbedarfes ausgeschlossen. Eine solche Einzelfallbetrachtung ist hier im Rahmen der Potentialflächenanalyse (3. Schritt) für das jeweilige Gebiet geboten; pauschale Festlegungen verletzen das Gebot gerechter Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 ROG.</p>
------	--	---------	------	--

P108		P108.44	E 01	<p>Insoweit lauten die landesplanerischen Empfehlungen etwa Bayern, Nordrhein Westfalen und Sachsen auf Mindestabstände verzichtet. In Schleswig-Holstein und dem Saarland ist dies einzelfallabhängig, andere Bundesländer machen es von den jeweils in den Gebieten lebenden Arten abhängig. Die hier getroffene pauschale Regelung wird der Vielfalt und dem daraus folgenden unterschiedlichen Schutzbedarf der Vogelbrutgebiete nicht gerecht. Die Regelung ist deshalb in ihrer jetzigen Form nicht als weiches Tabukriterium in den endgültigen RROP aufzunehmen.</p>
P108		P108.45	B 10	<p>Die Regelung der planaufstellenden Behörde zum Repowering in 4.2.2 Windenergie - Ziff. 10, S. 3, wonach die Höhe der Windenergieanlagen an schon als Sondergebiet festgelegten Standorten auf die in der rechtsgültigen Bauleitplanung festgelegte Gesamthöhe beschränkt ist und, sofern in der Bauleitplanung keine Höhe festgelegt ist, sich die zulässige Gesamthöhe der Höhe der genehmigten Bestandsanlagen richtet, ist abwägungsfehlerhaft und verstößt gegen das Gebot gerechter Abwägung gem. § 7 Abs. 2 ROG.</p>

P108		P108.46	B 10	<p>Zunächst ist festzuhalten, dass für eine derart gestaltete Höhenbeschränkung auf Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms keine planerische Rechtfertigung besteht. Raumordnerische Gründe für eine Höhenbeschränkung auf die Höhe der Bestandsanlagen lassen sich nicht finden. Diese müssten sich aus den der Raumordnung zugrunde liegenden Zielen ergeben. Aufgaben und Leitvorstellung der Raumordnung bestimmt § 1 ROG: Raumordnung gibt der gemeindlichen Bauleitplanung als Mittlerin gegenüber den privaten Investoren und den Fachplanungen die räumlichen Entwicklungslinien vor, in deren Rahmen Grund und Boden genutzt oder für Raumfunktionen gesichert werden soll (Runkel in: Spannowsky/Runkel/Goppel, Raumordnungsgesetz, 2010, § 1, Rn. 48). Damit einher geht die Funktion der Raumordnung, bestimmte Nutzungen räumlich zu bündeln und Raumfunktionen sowie Raumnutzungen zu sichern (Runkel, a.a.O., Rn. 50). Solche raumordnerischen Gründe lassen sich für die Beschränkung der Höhen im Falle eines Repowerings auf die Höhe der Bestandsanlagen — für den Fall, dass die Kommune keine bauleitplanerische Regelung getroffen hat - nicht feststellen.</p> <p>Anders gesagt: Die Regelung der Höhenbeschränkung auf die Höhe der Bestandsanlagen ist im Falle einer fehlenden bauleitplanerischen Entscheidung der Kommune schlicht nicht erforderlich und damit unverhältnismäßig.</p>
------	--	---------	------	--

P108		P108.47	B 10	<p>Zu beachten ist darüber hinaus, dass die Raumordnung lediglich die Leitlinien der räumlichen Entwicklung vorgeben soll, welche die Kommunen in Ausübung ihrer kommunalen Planungshoheit dann im Einzelnen durch Flächennutzungspläne und Bebauungspläne ausfüllen. Dieses System wird hier hinsichtlich der Höhenbeschränkung bei den schon bestehenden Gebieten in sein Gegenteil verkehrt: Dass die Kommune im jeweiligen Fall gerade keine Höhenbeschränkung in ihren kommunalen Bauleitplänen vorgesehen hat, lässt darauf schließen, dass sie eine solche Höhenbeschränkung nicht für erforderlich hielt, da die zulässige Höhe der entsprechenden Windenergieanlagen im Genehmigungsverfahren umfassend und rechtssicher beurteilt werden kann. Unter Berücksichtigung dieses Aspektes hielt es die Kommune offensichtlich nicht für erforderlich, eine Höhenbeschränkung in ihre kommunale Bauleitplanung aufzunehmen. In einem solchen Fall stellt sich die - hier vorgesehene - Beschränkung der Neuanlagen auf die Höhe der Bestandsanlagen als durch raumordnerische Gründe nicht gerechtfertigt dar. Was die Kommune nicht festgelegt hat - obschon sie es könnte - sollte nicht durch die Raumordnung vorgegeben werden, sondern dem Genehmigungsverfahren vorbehalten bleiben, um die Systematik von Bauleitplanung und Raumordnung zu wahren.</p>
------	--	---------	------	---

P108		P108.48	B 10	<p>Dementsprechend sehen die landesplanerischen Empfehlungen für die Länder Bayern, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland und Sachsen-Anhalt eine solche Höhenbeschränkung nicht vor. Andere Bundesländer empfehlen dies nur im Einzelfall.</p> <p>Weiterhin lässt die bisherige Begründung des Entwurfes (Seite 22) befürchten, dass die planaufstellende Behörde im Wege der Abwägung die auch aus Art. 14 GG folgenden Interessen des Anlagenbetreibers in die Abwägung nicht ausreichend einbezogen hat. Es ist anerkannt, dass neuere Anlagen aufgrund des zwischenzeitlichen technologischen Fortschritts über eine deutlich höhere Leistung verfügen (so: Gatz Windenergieanlagen in der Verwaltungs- und Gerichtspraxis, 2013, Rn. 496; Söfker, ZfBR, 2008, 14). Hinzu kommt, dass der Wind in größeren Höhen konstanter weht, weshalb Höhenbegrenzungen zu Lasten des Ertrages gehen (so: Gatz, a.a.O., Rn. 103). Es ist deshalb zu berücksichtigen, dass eine Höhenbeschränkung als Inhalts- und Schrankenbestimmung im Sinne des Art. 14 Abs. 1 S. 2 GG anzusehen ist, die sich nur dann als rechtmäßig erweist, wenn sie verhältnismäßig ist und wenn die erhebliche Berührung privatrechtlicher Interessen im Rahmen der Abwägung überhaupt erkannt wurde.</p>
------	--	---------	------	---

P108		P108.49	E 10	<p>Dies ist hier ausweislich der Begründung nicht der Fall. In dieser heißt es (auf Seite 22): ...</p> <p>Diese Begründung lässt nicht ausreichend erkennen, dass die Interessen — insbesondere die privatnützigen Interessen am Repowering — in genügendem Maße in die Abwägung eingestellt worden sind; Die vorgesehen Regelung im RROP mit einer Beschränkung der Anlagenhöhe auf jene der Bestandsanlagen führt zu einer unverhältnismäßigen Einschränkung des Repowerings und macht dieses an vielen Stellen nur schwer möglich, ohne dass dafür eine Rechtfertigung bestünde. Die insoweit angeführten Gründe auf Seite 22 tragen die planerische Entscheidung nicht: Das "Gegenstromprinzip", wonach dem planerischen Willen der Gemeinde Rechnung getragen werden soll, rechtfertigt die Höhenbeschränkung auf die Höhe der Bestandsanlagen nicht.</p> <p>Der Gemeinde wäre es jederzeit unbenommen, selbst eine Höhenbeschränkung in ihrer Bauleitplanung festzulegen - sie ist die orts nächste Planungseinheit, die die örtlichen Verhältnisse nicht nur regeln soll, sondern auch über die entsprechende Kompetenz kraft Ortskenntnis verfügt - anhand der örtlichen Gegebenheiten, welche sie am besten beurteilen kann - eine vertretbare Anlagenhöhe festzusetzen.</p> <p>Tut sie dies nicht, besteht auch keine Notwendigkeit für die Raumordnungsbehörde als übergeordnete Einheit dies zu tun. Die zulässige Anlagenhöhe kann dann dem Genehmigungsverfahren im Einzelfall überantwortet werden. Nur dies stellt sich als - auch mit Blick auf Art. 14 GG und die privatnützigen Interessen an einer Nutzung - auch in einer bestimmten Höhe wegen des dort kräftiger wehenden Windes - verhältnismäßige Lösung dar.</p>
P108		P108.50	SO 27	<p>Meine Mandantin ist auch konkret von der geplanten Regelung zum Repowering in Ziff. 10 betroffen: Sie plant ein Repowering im Windpark Nordholz/Cappel-Neufeld, wo jetzt schon ein Sondergebiet ausgewiesen ist (vgl. Detailkarte Nr. 27).</p> <p>Sie wäre von der dort geplanten Höhenbeschränkung auf Höhe der Bestandsanlagen konkret betroffen. Deshalb beantrage ich für meine Mandantin, dass Ziff. 10 S. 3 dahingehend geändert wird, dass, sofern in der Bauleitplanung keine Höhe festgelegt ist, die Gesamthöhe im Baugenehmigungsverfahren anhand einer raumordnerischen Beurteilung im Einzelfall bestimmt wird.</p>

P108		P108.51	E 01	<p>Schließlich wird durch die derzeit vorgesehene Planung der Windenergie auch nicht substantiell Raum gegeben, wie dies durch die Rechtsprechung mit Blick auf die Privilegierung gem. § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB verlangt wird. Dies gilt schon deshalb, weil die Frage, ob der Windenergie nunmehr substantiell Raum verschafft wird, von der oben dargestellten fehlerhaften Vorgehensweise und Einordnung einiger Gebiete als harte und weiche Tabuzonen "infiziert" ist. Hierzu führt das OVG Nordrhein-Westfalen (U. v. 01.07.2013 - 2 D 46112.NE - zitiert nach juris, Rn. 41) wörtlich aus: "So bleibt im Unklaren, ob und in welchem Umfang bereits auf der ersten Stufe des Planungsprozesses, in der Phase der Suchraumfindung, abwägenderische Entscheidungen gefordert waren. Damit konnte die Antragsgegnerin auch ihre (weitere) Abwägung über die Ausfall und den Zuschnitt von Konzentrationszonen im Rahmen der zweiten Planungsphase nicht rechtmäßig steuern und nicht hinreichend präzise, schlüssig - ausgewogen entscheiden, ob sie dem mit Energie... substantiell Raum verschafft."</p> <p>Eine ähnliche Situation liegt auch hier vor: Durch die oben aufgeführten Fehler im Planungsvorgang muss die Abwägung zwangsläufig beeinträchtigt worden sein - mit dem Ergebnis, dass die Behörde aufgrund dieses bisher fehlerhaften Abwägungsvorganges nicht hinreichend sicher sagen kann, ob sie der Windenergie wirklich substantiell Raum verschafft hat. Diese Frage kann nämlich nur aufgrund einer bis zu diesem dritten Schritte fehlerfreien Abwägung beantwortet werden. Daran fehlt es allerdings hier.</p>
P108		P108.52	E 01	<p>Doch selbst, wenn man vom Ergebnis der Behörde selbst ausgeht (vgl. Seite 18 der Begründung), ist zu konstatieren, dass die Behörde der Windenergie bisher nicht substantiell Raum verschafft hat. Wörtlich führt die Behörde hier aus: „Insgesamt ergeben sich 22 Vorranggebiete Windenergienutzung mit einer Gesamtfläche von 1.502,83 ha. Dies sind 0,73% bezogen auf die gesamte Landkreisfläche oder 2,05% bezogen auf die Landkreisfläche abzüglich der harten Tabuzonen.“</p> <p>Mit diesem Wert von 2,05% liegt die planaufstellende Behörde deutlich unter den vom VG Hannover als deutlich zu gering beurteilten Prozentsatz von 3,625 % (VG Hannover, U. v. 2 4.11.2011 - 4 A 4927/09 - zitiert nach juris, Rn. 67 f.). Von den in der Literatur avisierten 20% (Gatz Windenergieanlagen in der Verwaltungs- und Gerichtspraxis, 1. Aufl., Rn. 98 f.) ist dieser Prozentsatz noch deutlich weiter entfernt.</p>

P108		P108.53	E 01	<p>Zwar ist zu berücksichtigen, dass ein bloßer Prozentsatz keinen endgültigen Aufschluss über die Frage verschafft, ob der Windenergie substantiell Raum gegeben wurde. Es gilt allerdings ebenso zu beachten, dass - je mehr sich das Verhältnis zwischen den bei der Anwendung harter Tabubereiche verfügbaren Potentialflächen und den nach dem Planungskonzept ermittelten Konzentrationsflächen zu deren Ungunsten verschiebt, sich die Planung eine immer kritischere Prüfung ihrer Rechtfertigung gefallen lassen muss (Geßner in: Brandt, Jahrbuch Windenergierecht 2013, Seite 22). Diese Anforderungen hat die plangebende Behörde bisher nicht beachtet.</p>
------	--	---------	------	--

P108		P108.54	E 01	<p>Dies gilt schließlich auch mit Blick darauf, dass die Behörde die bisher bauleitplanerisch gesicherten bestehenden Windparks nach Ziff. 10 ihres Entwurfes mit einbezogen hat und das Ergebnis nunmehr 5,26% Landkreisfläche abzüglich der harten Tabuzonen beträgt. Zum einen ist dieses Ergebnis noch deutlich von den in der Literatur für sinnvoll gehaltenen 20% entfernt. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass nach der bisherigen Konzeption für die schon bestehenden Windparks eine Höhenbeschränkung vorgesehen wurde.</p> <p>Dabei ist anerkannt, dass der Flächenvergleich eines "Ausgleichsfaktors" bedarf, wenn die Konzentrationsflächen mit einer Höhenbegrenzung für Windenergieanlagen belegt sind (Gatz, a.a.O., Rn. 103). Denn Höhenbegrenzungen gehen - wie schon unter 5. umfassend dargelegt - zu Lasten des Ertrages und damit zu Lasten der Interessen der privaten Eigentümer, die auch durch Art. 14 Abs. 1 GG geschützt sind. Deshalb ist der Umstand der Höhenbegrenzung für die Frage, ob der Windenergienutzung substantiell Raum gegeben wird, gebührend zu berücksichtigen (Gatz, a.a.O.). Unter Berücksichtigung dessen lässt sich nach alledem und insbesondere nach Betrachtung des Abwägungsvorganges nicht feststellen, dass Windenergie substantiell Raum gegeben worden ist. Hierzu wäre insbesondere die Höhenbegrenzungsregelung der Ziff. 10 für das Repowering einer nochmaligen kritischen Würdigung (eines "Gegenchecks", vgl. Geßner, a.a.O.) zu unterziehen. Darüber hinaus sind diverse Gebiete, darunter auch das Gebiet Nordholz/Cappel-Neufeld, einer kritischen Begutachtung dahingehend zu unterziehen, ob sie nicht doch - unter Abänderung der Tabukriterien sowie unter Abänderung der Abwägung im Rahmen der Potentialflächenanalyse - als Windvorranggebiete ausgewiesen werden können.</p>
P108		P108.55	SO 27	Für das Gebiet Nordholz/Cappel-Neufeld sind nach alledem die Voraussetzungen zur Festsetzung eines Vorhabengebietes gegeben. Es ist antragsgemäß festzusetzen.
P109	A	P109/A.01	Z	Hiermit beantragen wir die Ausweisung eines zusätzlichen Vorranggebietes Windenergienutzung in der Gemeinde Osten im Altendorfer Moor.

P109	A	P109/A.02	Z	Die Ausweisung der Vorrangflächen für Natur- und Landschaft im Regionalen Raumordnungsprogramm ist in der vorliegenden Darstellung sachlich falsch. Sie entspricht nicht den tatsächlichen Gegebenheiten im Altendorfer Moor.
P109	A	P109/A.03	Z	Die Kriterien des Landkreises für die Ausweisung von Vorrangflächen für Natur und Landschaft sind hier nicht sachgerecht angewendet worden. Bei fachlicher und sachgerechter Prüfung dieser Fläche in der Gemeinde Osten lässt sich stattdessen hier ein zusätzliches Vorranggebiet Windenergienutzung darstellen.
P109	A	P109/A.04	Z	Nicht angemessen und nicht richtig ist es, das Altendorfer Moor weitgehend mit harten und weichen Tabuzonen zu belegen.
P109	A	P109/A.05	Z	Die von uns eingebrachten Argumente und Hinweise zu der tatsächlichen Nutzung und zu den Entwicklungschancen im Aftendorfer Moor - unser Antrag vom 16.12.2013 - wurden nicht angemessen berücksichtigt.
P109	A	P109/A.06	Z	Die von uns für die Windenergienutzung beantragte Fläche wurde für den Entwurf zur Änderung des RROP nicht angemessen und sachgerecht geprüft.
P109	A	P109/A.07	Z	Wir beantragen deshalb erneut, die von uns eingebrachten aktuellen Daten und Stellungnahmen zu berücksichtigen, das Mtendorfer Moor als Potenzialfläche in den RROP aufzunehmen und einer sachlichen und fachgerechten Prüfung für die Nutzung der Windenergie zu unterziehen.
P109	A	P109/A.08	Z	<u>Begründung:</u> Als Gründe für die Eignung von Osten-Altendorf führen wir insbesondere an: 1. Die Darstellung im Altendorfer Moor für den Vorrang für Natur und Landschaft basiert auf veralteter Datenlage.
P109	A	P109/A.09	Z	2. Aufgrund der tatsächlichen Nutzung ist in weiten Teilen im Altendorfer Moor die Darstellung als Vorranggebiet für Natur und Landschaft nicht begründbar.
P109	A	P109/A.10	Z	3. Aktuelle Daten zur Brutvogelerfassung lassen die Einschätzung zu, dass die Windenergienutzung hier mit den Kriterien des Landkreises vereinbar wäre.
P109	A	P109/A.11	Z	4. Die Windenergienutzung ist auch mit dem geplanten und genehmigten Torfabbau und mit der geplanten Vernässung und Hochmoorentwicklung verträglich.

P109	A	P109/A.12	Z	5. Ergänzend weisen wir darauf hin, dass die Voraussetzungen für eine Hochmoorentwicklung bei den aktuellen Planungen aufgrund der bestehenden Eigentumsverhältnisse und der Bodenbeschaffenheit für die Hochmoorentwicklung nicht optimal sind. Dagegen bestünde in einem Gesamtkonzept mit Naturschutz, Torfwerk, Grundstückseigentümern und Windenergienutzung die Möglichkeit, ein langfristig großflächiges und zusammenhängendes Hochmoor entwickeln zu können.
P109	A	P109/A.13	Z	Außerdem ist es uns wichtig darauf hinzuweisen, dass der Windpark im Altendorfer Moor aus einer Initiative der Grundstückseigentümer entstanden ist, als Bürgerwindpark konzipiert wird und eine breite Zustimmung in der Gemeinde erfährt.
P109	A	P109/A.14	Z	Bereits im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung für die Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven — Entwurf 2010 — haben wir mit Datum vom 14.9.2010 eine Stellungnahme für die Ausweisung eines Vorranggebietes Windenergie beantragt.
P109	A	P109/A.15	Z	Mit Datum vom 16.12.2013 hatten wir für die Änderung des RROP — rechtzeitig — die Prüfung dieser Fläche für die Windenergienutzung beantragt.
P109	A	P109/A.16	Z	Eine tatsächliche und sachgerechte Auseinandersetzung mit den von uns vorgelegten Daten und Gutachten ist bislang nicht erfolgt.
P109	A	P109/A.17	Z	Diese Missachtung der von uns vorgelegten Argumente und Daten ist sachlich nicht begründbar. Vorsorglich weisen wir darauf hin, dass wir hierin auch einen Verfahrensfehler bei der Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms sehen.
P109	A	P109/A.18	Z	Deshalb beantragen wir erneut, im Verfahren zur Änderung des RROP 2014 die Eignung des Altendorfer Moor für die Windenergienutzung zu prüfen. (Anlage 1 - Lageplan)
P109	A	P109/A.19	Z	<u>1. Tatsächliche Nutzung der Vorrangflächen für Natur und Landschaft</u> Die tatsächliche Nutzung stimmt in weiten Teilflächen im Altendorfer Moor nicht mit der Darstellung der Vorrangfläche für Natur und Landschaft im aktuellen RROP 2012 und im Entwurf zum RROP 2014 überein.

P109	A	P109/A.20	Z	Der Landkreis hat als weiche Tabuzonen Kriterien für den Schutz von Natur und Landschaft aufgestellt. Danach sollen Landschaftsschutzgebiete, Naturschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete, Nationalparks, gesetzlich geschützte Biotop, Vogelbrutgebiete nationaler Bedeutung, Vogelrastgebiete und Waldflächen die Windenergienutzung nicht zulassen. Mit Ausnahme von zwei kleinen Waldflächen, von denen auf der über 500 ha großen Fläche ein genügend großer Abstand eingehalten werden kann, sind die vom Landkreis aufgestellten Schutzgebiete im Altendorfer Moor nicht anzutreffen. Die vom Landkreis selbst aufgestellten Kriterien lassen eine Darstellung einer Vorrangfläche für Natur und Landschaft im Altendorfer Moor nicht zu.
P109	A	P109/A.21	Z	Die Vorrangfläche für Natur und Landschaft ist auch nicht auf Grund der tatsächlichen Schutzwürdigkeit der Flächen begründbar. Auf Teilen der Flächen, die als Vorranggebiet für Natur und Landschaft ausgewiesen sind, wird Intensive Gründlandwirtschaft betrieben mit Entwässerung und Gülle-Ausbringung. Eine andere Teilfläche dient der Forstwirtschaftlichen Nutzung. Diese Flächen erfüllen nicht die Kriterien des Landkreises für Vorranggebiete für Natur und Landschaft.
P109	A	P109/A.22	Z	Die Herleitung der Schutzwürdigkeit der Flächen aus dem Nds. Moorschutzprogramm ist im Altendorfer Moor nicht zulässig. Vielmehr ist hier vor Ort und anhand aktueller Daten die tatsächliche Nutzung und die tatsächliche Schutzwürdigkeit zu prüfen, bevor hier aufgrund vorhandener Pläne und auf Grundlage einer veralteten Datenlage eine Schutzwürdigkeit angenommen wird.
P109	A	P109/A.23	Z	<u>2. Aktuelle Daten zum Brutvogelbestand</u> Auch aktuelle Daten zur Brutvogeluntersuchung stehen nicht im Widerspruch zur Windenergienutzung im Altendorfer Moor.

P109	A	P109/A.24	Z	Ein Gutachten von dem Büro BIOS aus Osterholz-Scharmbeck vom September 2012 zur Brutvogeluntersuchung im Altendorfer Moor kommt in einer zusammenfassenden Bewertung des Projektgebietes zu der Einstufung als Brutvogellebensraum von lokaler Bedeutung - ggf. unter Berücksichtigung weiterer Potentiale, von regionaler Bedeutung. Diese Einstufung ist das Ergebnis einer flächendeckenden Bestandsaufnahme in der Brutsaison 2012. Dabei wurde das gesamte Artenspektrum aufgenommen. Mit dieser Einstufung bleibt die Gebietsbewertung unterhalb der Schwelle, die bei der Restriktionsanalyse für Vorranggebiete im RROP eine Windkraftnutzung ausschließt.
P109	A	P109/A.25	Z	Nach den aktuellen Daten zum Altendorfer Moor wäre der Bau eines Windparks also mit den Kriterien des Landkreises für die Windenergienutzung geeignet. Das Gutachten von BIOS vom September 2012 ist diesem Schreiben beigelegt (Anlage 2 - Brutvogeluntersuchung).
P109	A	P109/A.26	Z	<u>3. Verträglichkeit der Windenergienutzung mit Torfabbau und Hochmoorentwicklung</u> Die Eignung der Fläche in Osten-Altendorf für die Windenergienutzung ergibt sich insbesondere auch aus einer kleinräumigen Betrachtung der verschiedenen Einzelflächen im Altendorfer Moor. Im Altendorfer Moor sind Flächen zu finden, die — in unterschiedlicher Abstufung — das Potential für eine Hochmoorentwicklung haben. Durch die forstwirtschaftliche Nutzung auf zwei Waldflächen und die intensive landwirtschaftliche Nutzung mit Entwässerung und Ausbringung von Gülle begründen diese Flächen aber noch lange keine Schutzwürdigkeit und fallen nicht unter Gebiete, die eine Einstufung rechtfertigt, als Zitat: "für den Naturschutz wertvolle Gebiete mit herausragender Bedeutung", so wie dies in den Kriterien des Landkreises dargelegt ist.
P109	A	P109/A.27	Z	Bei sachgerechter Bewertung der Teilflächen ist das Altendorfer Moor ausreichend großflächig genug, um auf den landwirtschaftlich genutzten Flächen die Windenergienutzung zu ermöglichen.
P109	A	P109/A.28	Z	Auch der genehmigte Torfabbau steht der Windenergienutzung nicht entgegen. Die aktuell genehmigten Flächen sind kleinräumig genug, um auf den benachbarten landwirtschaftlich genutzten Flächen die Windenergienutzung zuzulassen.

P109	A	P109/A.29	Z	Selbst ein weiterer Torfabbau, der erwogen wird und aus Gründen einer langfristigen Moorentwicklung sogar befürwortet werden kann, ließe sich mit der Windenergienutzung vereinbaren.
P109	A	P109/A.30	Z	Auch die geplante Vernässung im Altendorfer Moor steht der Windenergienutzung nicht entgegen. In einem abgestimmten Konzept, ließen sich Vernässung, Pufferzonen und Windenergienutzung vereinbaren. Dieses würde der Hochmoorentwicklung nicht entgegenstehen — sondern, im Gegenteil, sogar wünschenswerte Pufferzonen ermöglichen.
P109	A	P109/A.31	Z	<u>4. Optimierung der Hochmoorentwicklung in einem Gesamtkonzept</u> Aktuell stehen einer großflächigen und zusammenhängenden Hochmoorentwicklung die Eigentumsverhältnisse im Altendorfer Moor entgegen. Im Rahmen eines Gesamtkonzeptes ließe sich im Altendorfer Moor aber eine Flächenarrondierung umsetzen, die entgegen der aktuellen Planungen ein großflächiges und vor allem zusammenhängendes Moorgebiet ermöglichen würde. (Anlage 3 - Moorentwicklung-aktueller Planungsstand)
P109	A	P109/A.32	Z	Auf Druck des Landkreises wurde die Vernässung auf den in den letzten Jahren abgetorften Flächen eingeleitet. Dieses behindert ein Gesamtkonzept im Altendorfer Moor. Aber auch dann, wenn die Vernässung auf den abgetorften Flächen abgeschlossen ist, verbleiben ausreichen landwirtschaftlich genutzte Flächen für die Windenergienutzung. Im Zusammenhang mit der Windenergienutzung bestehen weiterhin gute Voraussetzungen, über eine Arrondierung von Flächen langfristig ein großflächiges und zusammenhängendes Moorgebiet zu entwickeln.
P109	A	P109/A.33	Z	<u>5. Klimaschutz und wirtschaftliche Entwicklung der Region</u> Die Maßnahmen zur Hochmoorentwicklung dienen gleichermaßen dem Umweltschutz wie auch dem Klimaschutz. Optimiert wird dieses noch, wenn die Nutzung der Windenergie durch die Einsparung fossiler Energien bei der Stromerzeugung den CO ₂ Ausstoß vermindert.
P109	A	P109/A.34	Z	Wenn dann gleichzeitig die Nutzung der Windenergie dazu führt, dass weitere Flächen renaturiert und zusätzliche Flächen aus der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung genommen und extensiv genutzt werden, dann befördert und verstärkt die Windenergienutzung in der Region den Klimaschutz und die Hochmoorentwicklung.

P109	A	P109/A.35	Z	Ergänzend ist anzuführen, dass der im Altendorfer Moor geplante Windpark als Bürgerwindpark konzipiert wird, der vorrangig zur regionalen Stromversorgung genutzt werden soll und die wirtschaftliche Entwicklung der Region stärken wird. Getragen und unterstützt wird dieser Windpark von über 50 Grundstückseigentümern. In der Bevölkerung findet dieser Windpark eine breite Zustimmung.
P109	A	P109/A.36	Z	<u>6. Ausschlussgebiete und Abstände</u> Ausschlussgebiete stehen einer Windenergienutzung im Altendorfer Moor nicht entgegen. Die Mindestabstände zur Wohnbebauung, zu anderen Nutzungen (wie dem Torfabbau), zu schützenswerten Flächen (wie Waldgebieten und wie bereits vermässten und naturschutzfachlich hochwertigen Flächen) und zu anderen Windparks können eingehalten werden. Weitere Gegebenheiten liegen nicht vor, die eine Windenergienutzung ausschließen würde.
P109	A	P109/A.37	Z	Fazit Auch das Altendorfer Moor ist für die Windenergienutzung geeignet und deshalb im Rahmen der Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven — Teilabschnitt Windenergie 2014— als Potenzialfläche aufzunehmen und auf die Eignung für die Windenergienutzung zu prüfen.
P109	A	P109/A.38	Z	Wir beantragen deshalb, im Rahmen der Änderung Regionalen Raumordnungsprogramms — Teilabschnitt Windenergie 2014— das Altendorfer Moor in der Gemeinde Osten als Vorranggebiet Windenergienutzung aufzunehmen.

P109	B	P109/B.01	Z	<p>1 Einleitung</p> <p>1.1 Aufgabenstellung</p> <p>Die Firma Bürgerenergie Altendorf verfolgt die Planung und den Bau eines Windparks (WP) im Altendorfer Moor (Landkreis Cuxhaven). Dieser Planung liegt ein Konzept zugrunde, über eine enge Einbindung der Grundstückseigentümer die räumliche Trennung des WP und dessen Einwirkungsbereich von einem zu renaturierenden Abtorfgebiet u.a. durch Flächentausch und Integration von Kompensationsflächen zu realisieren. Dadurch soll einerseits der Umfang möglicher Beeinträchtigungen im Vorfeld vermieden bzw. verringert und damit die Konfliktsituation entschärft werden. Zugleich soll eine bessere Ausgangsposition für die Wiedervernässung des Moores geschaffen werden. Bisher fehlen die raumordnerischen Voraussetzungen für die Realisierung des Projektes. Die u.a. für die Berücksichtigung bei einer Fortschreibung des RROP erforderlichen Planungsgrundlagen sollten mit der vorliegenden Erfassung und Bewertung des Projektgebietes als Brutvogellebensraum erarbeitet und bereitgestellt werden. Die Ergebnisse dienen auch der Konkretisierung der konzeptionellen Ansätze v.a. hinsichtlich der Verbindung mit der Moorrenaturierung.</p>
------	---	-----------	---	---

P109	B	P109/B.02	Z	<p>1.2 Gebietsbeschreibung</p> <p>Abgeleitet von den naturräumlichen Verhältnissen und dem aus Voruntersuchungen (IfaB 1995) bekannten Artenspektrum wurde ein etwa 530 ha umfassendes Untersuchungsgebiet (UG) abgegrenzt. Dieses gliedert sich in einen Grünland- und einen Moorkomplex (s. Karte 1), deren Teilflächen 360 ha bzw. 170 ha einnehmen. Der Moorkomplex setzt sich divers und z.T. ineinander verschachtelt aus noch aktuell in Abtorfung befindlichen Torftagebauflächen, Degenarations- und ersten Renaturierungsflächen sowie einer aufgeforsteten Teilfläche zusammen.</p> <p>Das UG liegt im Altendorfer Moor, das zum nördlichen Kehdinger Moor gehört, dem größten deutschen Marschenmoor. Kennzeichnend ist seine besondere Lage zwischen dem Hochland von Elbe und Oste und den daraus abzuleitenden schwierigen Entwässerungsverhältnissen. Die Torfe sind auf anstehenden Marschentonen aufgewachsen. Das Moor ist heute vollständig entwässert, großflächig abgetorft und kultiviert. Im UG herrscht eine standortgemäße Grünlandnutzung vor.</p> <p>Naturräumlich gehört das UG zur Oste-Marsch und dem übergreifenden Naturraum Watten und Marschen. Zuständige Gebietskörperschaften sind die Samtgemeinde Hemmoor und der Landkreis Cuxhaven. Im unmittelbar benachbarten Landkreis Stade grenzen die beiden Samtgemeinden Nordkehdingen und Drochtersen an.</p>
------	---	-----------	---	--

P109	B	P109/B.03	Z	<p>Beschreibung der Vogellebensräume</p> <p>Der Vogellebensraum setzt sich im UG nach dem Gliederungsschema von Flade (1994) aus vorwiegend offenem Binnenländischem Feuchtgrünland und einem halboffenen degenerierten Regenmoor zusammen. Das Binnenländische Feuchtgrünland ist größtenteils tiefgründig entwässert. Lediglich in Randbereichen zum unkultivierten Moor-Komplex finden sich feuchtere staunasse Teilbereiche. Ein bewegtes Relief mit Kuppen und Mulden ist auf die Abtorfung zurückzuführen. Größere Straßen liegen nur randlich, ansonsten ist der Erschließungsgrad vergleichsweise gering. Direkte Zuwegungen ohne Querverbindungen erfolgen lediglich vom südwestlich angrenzenden Siedlungsbereich. Wege und Gräben sind z.T. von Büschen oder Gehölzen gesäumt. Die Bewirtschaftung des Grünlandes ist intensiv, vorwiegend als mehrschürige gedüngte Wiese mit frühem Nutzungsbeginn vor Anfang Juni. Teilflächen werden beweidet. Im Südosten wird auf größeren Ackerparzellen Mais angebaut. Darüber hinaus gliedern einzelne Gehölze und Aufforstungen das Nutzungsmosaik.</p>
P109	B	P109/B.04	Z	<p>Das halboffene degradierte Regenmoor ist auf etwa einem Drittel noch in Abtorfung. Diese Flächen sind offen, weitgehend vegetationslos und tiefgründig entwässert. Ansonsten setzt sich der Moorkomplex aus verschiedenen Degradationsstadien mit mehr oder weniger dichter Bewaldung zusammen. Eine Teilfläche am Nordostrand wurde nach Abtorfung aufgeforstet. Gehölzarme Flächen mit moortypischer Vegetation fehlen weitgehend. Im Übergang zum Grünland finden sich einzelne Grünlandbrachen, die im Zuge der Kultivierung „gekuhlt“ wurden. Durch das Aufgraben der Marschentone und die Vermischung mit Torf wurde die gewachsene Bodenstruktur zerstört. Hier grenzen z.T. wiedervernässte Teilflächen an. Einzelne kleine überwachsene Moorgewässer beschränken sich auf diesen Bereich.</p>

P109	B	P109/B.05	Z	<p>1.3 Material und Methode</p> <p>Erfassung der Brutvorkommen</p> <p>Als Grundlage für die Beschreibung und Bewertung der Brutvogelgemeinschaft wurde in der Brutsaison eine flächendeckende Bestandserfassung durchgeführt. Dabei wurde das gesamte Artenspektrum aufgenommen. Gefährdete, streng zu schützende und eingriffsbezogen empfindliche Arten wurden quantitativ erfasst. Die drei Erfassungstermine entsprechen nicht den Methodenstandards für systematische Brutvogeluntersuchungen von SÜDBECK et al. (2005). Im Ergebnis liegt eine Übersichtskartierung vor, die das Artenspektrum weitgehend vollständig sowie Status und Häufigkeitsverhältnisse zumindest der Offenlandarten mit hoher Genauigkeit angibt.</p> <p>Die Kartierungen erfolgten zur Zeit der höchsten Aktivität der Vögel sowohl in den frühen Morgenstunden (Reviergesang) als auch am späteren Vormittag (Reviergesang Rohrsänger) zur Erfassung balzender Greifvögel (z.B. Rohrweihe). Die Brutbestandserfassung ist im Wesentlichen eine Kartierung von Revier anzeigendem Verhalten (insbesondere stetiger Reviergesang der Männchen, Batzverhalten verpaarter Individuen) und direkten Hinweisen auf die Brut (z. B. den Nestbau) sowie das Füttern oder Führen von Jungvögeln. Entsprechend der Methodik (s. SÜDRECK et al. 2005) bestätigte Reviere werden der Brutpopulation zugeordnet und neben Hinweisen auf Brutverdacht sowie direkten Brutnachweisen bei der Darstellung und Bewertung der Ergebnisse gleich behandelt.</p>
------	---	-----------	---	--

P109	B	P109/B.06	Z	<p>Bewertung als Brutvogellebensraum</p> <p>Die Bewertung des Brutvogellebensraumes erfolgt in der Regel nach dem standardisierten Bewertungsverfahren der Staatlichen Vogelschutzwarte Niedersachsen (WILMS et al. 1997). Dieser Bewertung liegen als Kriterien zur Einstufung von Vogelbrutgebieten der aktuelle Gefährdungsgrad der Arten, die Größe des erfassten Bestandes und die Anzahl gefährdeter Arten einer untersuchten Fläche zugrunde. Der Bestand sollte nach standardisierten feldornithologischen Methoden erfasst worden sein (s. SÜDBECK et al. 2005). Die Brutvogelarten werden entsprechend ihrer Häufigkeit in dem zu bewertenden Gebiet und ihrem Gefährdungsgrad (= Rote Liste-Kategorien 1-3) Punktwerte zugeordnet. Die Summen der Punktwerte werden anschließend auf eine Standardfläche von 1 km² normiert. Dieses Verfahren lässt sich optimal für Untersuchungsflächen einer Größe von 80- 200 ha anwenden. Die Abgrenzung von zu bewertenden Gebieten sollte sich jedoch unabhängig davon an den landschaftlichen Gegebenheiten orientieren.</p> <p>Anhand festgelegter Schwellenwerte erfolgt abschließend die Einstufung als lokal, regional, landesweit oder national bedeutender Brutvogellebensraum (s. Tabelle 2). Bei diesem Verfahren wird der Gefährdungsgrad der Region (Watten und Marschen), des Landes Niedersachsen und Deutschlands differenziert und damit der natürlichen Artverbreitung sowie ihrer naturräumlichen Gefährdung Rechnung getragen.</p>
------	---	-----------	---	---

P109	B	P109/B.07	Z	<p>2 Ergebnisse der Untersuchung</p> <p>2.1 Zusammensetzung der BruWogelgemeinschaft</p> <p>Insgesamt konnten im Untersuchungszeitraum für das Altendorfer Moor 53 Vogelarten nachgewiesen werden. Davon umfasste die Brutvogelgemeinschaft 38 Arten. Weitere 10 Arten brüteten wahrscheinlich außerhalb und nutzten das UG als Nahrungshabitat. Während des Heimzuges, der die Brutperiode zeitlich bis in den Juni hinein überlagert, konnten im Rahmen der Brutvogelerfassung 5 Arten als Gastvögel festgestellt werden. Die Zusammensetzung des Artenspektrums sowie Status Gefährdungs- und Schutzsituation der Arten sind in Tabelle 5 im Anhang dargestellt. Entsprechend der Zusammensetzung und Struktur des UG (vgl. Kapitel 1.2) setzt sich die Brutvogelgemeinschaft vergleichsweise artenreich zusammen. Die mit deutlichem Abstand häufigste Brutvogelart ist mit 26 Paaren die bestandsgefährdete Feldlerche, deren Häufigkeit den hohen Anteil des Offenlandes und dessen besondere Qualität dokumentiert. In der Häufigkeit folgen mit dem Kiebitz (18 Paare) eine weitere Offenlandart und die Dorngrasmücke, die den Brutvogellebensraum halboffenes Regenmoor repräsentiert.</p>
P109	B	P109/B.08	Z	<p>Binnenländisches Feuchtgrünland</p> <p>Die planungsbezogenen störempfindliche Gruppe der Offenlandarten ist im UG mit den 4 bestandsgefährdeten Arten Kiebitz, Feldlerche, Braunkehlchen und Wiesenpieper sowie dem Schwarzkehlchen vertreten. Mit der Feldlerche stellt diese Gruppe auch die häufigste und damit dominante Art der Vogelgemeinschaft. Nachweise von Leitarten und weiteren z.T. lebensraumtypischen spezialisierten Arten ergeben einen hohen Strukturwert für diesen Brutvogellebensraum.</p> <p>Die Brutvorkommen der bestandsgefährdeten Offenlandarten Feldlerche, Wiesenpieper und Braunkehlchen verteilen sich über den gesamten Grünland-Komplex. Die Kiebitzpaare verteilen sich geklumpt im Nordwestlichen und südöstlichen Randbereich in</p> <p>Abhängigkeit der Feuchteverhältnisse, aber auch der Lage von Maisäckern, die als Schlupflebensraum genutzt werden. Auffällig sind Abstände zum Siedlungsbereich von Altendorf, aber auch zu Gehölzkulissen, die eine potenzielle Gefahr durch Deckungs- und Ansitzmöglichkeiten natürlicher Feinde der Bodenbrüter darstellen (S. Karten 1-3).</p>

P109	B	P109/B.09	Z	<p>Halboffenes degeneriertes Regenmoor</p> <p>Von der Brutvogelgemeinschaft degenerierter Regenmoore konnte von den spezialisierten Leitarten lediglich der Brachvogel als Nahrungsgast festgestellt werden. In Abhängigkeit des Sukzessionsstadiums traten noch die bestandsgefährdeten Arten Krickente, Wasserralle, Gartenrotschwanz, Feldschwirl und Neuntöter als Brutvögel auf, die bis auf den Gartenrotschwanz nur mit 1-2 Paaren nachgewiesen werden konnten. Ansonsten dominierten die allgemein verbreiteten Singvogelarten Dorngrasmücke, Zilpzalp und Baumpieper in diesem Brutvogellebensraum. Das hier nachgewiesene Artenspektrum ist im Vergleich zu den Offenlandarten i.d.R. weniger störempfindlich.</p>
P109	B	P109/B.10	Z	<p>3 Bewertung der Ergebnisse</p> <p>3.1 Bewertung des Brutvogellebensraumes Aftendorfer Moor</p> <p>Grünlandkomplex</p> <p>Eine Bewertung der Vorkommen bestandsgefährdeter Brutvogelarten nach der Standardbewertungsmethode von WPLMS et al. (1997) ergibt für den Grünlandkomplex im Aftendorfer Moor die Einstufung als Brutvogellebensraum lokaler Bedeutung (s. Tabelle 3). In die Bewertung gehen Brutvorkommen von sechs bestandsgefährdeten Arten ein. Auch die Bewertung für die Region Watten und Marschen basiert auf diesem Spektrum. Aus lokaler Sicht vorrangig wertbestimmend sind aktuell die Lebensraumqualitäten für die Offenlandarten Braunkehlchen, Feldlerche, Kiebitz und Wiesenpieper.</p>
P109	B	P109/B.11	Z	<p>Hochmoor-Degenerationskomplex</p> <p>Für den in Abtorfung befindlichen bzw. brachliegenden Degenerationskomplex ergab die Bewertung die Einstufung als Brutvogellebensraum lokaler Bedeutung. Auch dieser Bewertung liegen Brutvorkommen von sechs bestandsgefährdeten Arten zugrunde. Wertbestimmend für die derzeitige lokale Bedeutung sind vorrangig die Strukturen und Qualitäten für die moortypischen Arten Krickente und Feldschwirl.</p>

P109	B	P109/B.12	Z	<p>Weitere Bewertungsaspekte</p> <p>Bei den Punktezahlen ist von einem Mindestwert auszugehen, da nachtaktive Arten methodisch bedingt nicht vollständig erfasst werden konnten. Außerdem kann nicht ausgeschlossen werden, dass im Halboffenland einzelne Paare/Reviere insbesondere von störepfindlichen Arten übersehen wurden. Zu diesem Artenspektrum gehören z.B. Neuntöter und Feldschwirl. Für das Offenland gehen wir davon aus, dass mindestens 80 % der Brutvorkommen der nachgewiesenen Arten erfasst werden konnten.</p> <p>Weiterhin wertbestimmend sind die Vorkommen der 4 gemäß Anhang 1 der EU-Vogel schutzrichtlinie besonders zu schützenden Arten Kranich, Weißstorch, Rohrweihe und Neuntöter. Kranich, Rohrweihe und Weißstorch treten anscheinend regelmäßig als Nahrungsgäste auf und brüten in der Nachbarschaft. Dieses Artenspektrum repräsentiert vorrangig die Brutvogelgemeinschaft naturnaher, nur in Teilen extensiv genutzter Moore und Röhrichte, für deren Schutz im betroffenen Raum eine besondere Verantwortung besteht.</p>
P109	B	P109/B.13	Z	<p>4 Zusammenfassende Bewertung und Hinweise zum Konfliktpotenzial</p> <p>Die Bewertung des Projektgebietes als Brutvogellebensraum ergab sowohl für den größeren Grünlandkomplex als auch für den Hochmoor-Degenerationskomplex lokale Bedeutung. Diese Einstufung entspricht auch der Bewertung von Altdaten aus dem Jahr 1991, die dem aktuellen Landschaftsrahmenplan zugrunde lagen (IfaB 1995). Das wertbestimmende Artenspektrum ist trotz der Ausweitung der Abtorfung zumindest im Grünlandbereich weitgehend identisch. Lediglich die Bekassine konnte aktuell nicht mehr nachgewiesen werden. Es ist nicht auszuschließen, dass Einzelvorkommen dieser Art methodisch bedingt übersehen wurden. Andererseits kann das lokale Brutvorkommen auch aufgrund der Gebietsentwicklung durch Intensivierung der Nutzung und Absenkung der Wasserstände erloschen sein. Westlich benachbart konnte Aland (2005) die Art jedoch noch als Brutvogel mit 5 Paaren nachweisen.</p>
P109	B	P109/B.14	Z	<p>Unter Einbeziehung potenziell zu erwartender Vorkommen, z.B. nachaktiver Arten wie der Wachtel, erscheint auch eine höhere Einstufung als regional bedeutsamer Brutvogellebensraum möglich.</p>

P109	B	P109/B.15	Z	Auch unter Berücksichtigung des Potenzials bzw. der Defizite einer Übersichtskartierung bleibt die Gebietsbewertung unterhalb der Schwelle, die z.B. bei der Restriktionsanalyse für Vorranggebiete im RROP Windkraftnutzungen ausschließt. Ausschlusskriterium war hierfür die Einstufung mindestens nationaler Bedeutung von Brutvogellebensräumen. Dementsprechend können raumplanerische Konflikte mit dem geplanten Vorhaben aus avifaunistischer Sicht ausgeschlossen werden.
P109	B	P109/B.16	Z	Die Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten (LAG-VSW 2007) empfiehlt jedoch für Brutvogellebensräume ab der Einstufung regionaler Bedeutung Pufferzonen, die in der Breite der 10-fachen Anlagenhöhe, mindestens jedoch 1.200 m entsprechen. Dieser Aspekt ist dann relevant und genauer zu betrachten, wenn eine eingehende Untersuchung zu einer entsprechenden Bewertung kommt.
P109	B	P109/B.17	Z	Konflikte können sich auch aus regelmäßigen Vorkommen von Großvogelarten wie z.B. von Weißstorch, Rohrweihe und Kranich ergeben, deren Raumnutzung im weiteren Planungsverlauf genauer untersucht und hinsichtlich der jeweiligen Empfindlichkeiten und Betroffenheit berücksichtigt werden muss. Für die Brutplätze dieser relevanten Arten werden für WEA Abstände von mindestens 1.000 m für fachlich erforderlich gehalten (LAG-VSW 2007).
P109	B	P109/B.18	Z	Weitere Konflikte können sich art- und gruppenspezifisch sowie aufgrund geplanter Renaturierungen im Hochmoorbereich ergeben.
P109	B	P109/B.19	Z	GrünlandkomDlex Für die wertbestimmenden Arten im Grünlandkomplex stellen Bau und Betrieb von WEA aufgrund der vergleichsweise hohen artspezifischen Empfindlichkeiten das größte Konfliktpotenzial dar. Bei den meisten Arten ist von Meideverhalten gegenüber den technischen Anlagen als Kulisse bzw. den Geräuschemissionen und optischen Reizen auszugehen. Bei den bestandsgefährdeten Arten darf man nicht von nennenswerten Ausweichmöglichkeiten ausgehen, da i.d. R. Lebensraumqualitäten und -strukturen bestandslimitierend sind. Somit wird sich voraussichtlich für diese Gruppe der höchste Kompensationsbedarf ergeben.

P109	B	P109/B.20	Z	<p>Moorkomplex</p> <p>Unabhängig vom geplanten Bauvorhaben ist für das derzeitige Abtorfungsgebiet eine Renaturierung vorgesehen, die entsprechend der Abbaugenehmigung unmittelbar nach Abschluss der Abtorfungsarbeiten umzusetzen ist.</p> <p>Hochmoorrenaturierung und Flächennutzungen durch Windenergieanlagen schließen sich aufgrund der Zielsetzungen des Naturschutzes grundsätzlich aus. Möglicherweise lassen sich hier Lösungen finden, die im Zusammenhang mit dem geplanten Bauvorhaben über Flächentausch und -arrondierung günstigere Ausgangsbedingungen und Flächenzuschnitte für die Hochmoorrenaturierung bereitstellen.</p>
P109	B	P109/B.21	Z	<p>Auch in diesem Zusammenhang sind Pufferzonen für empfindliche Arten fachlich erforderlich (vgl. LAG-VSW 2007). In diesen Pufferzonen sollte bei Begrenzung auf extensive Nutzung auch eine Wasserstandsanhebung erfolgen. Wahrscheinlich lassen sich damit auch Kompensationserfordernisse z.B. für den Kiebitz und andere Offenlandarten ausgleichen.</p>
P109	B	P109/B.22	Z	<p>Wenn durch den Vorhabensträger die Renaturierungsfläche vergrößert werden kann, ließe sich auch auf diesen Flächen eine Kompensation des zu erwartenden Lebensraumverlustes für Offenlandarten umsetzen.</p>
P110	A	P110/A.01	Z	<p>hiermit beantragen wir die Windenergie-Potentialflächen 101, 102 und 145 als Vorranggebiet Windenergienutzung in das Regionale Raumordnungsprogramm mit aufzunehmen.</p>
P110	A	P110/A.02	Z	<p><u>Stellungnahme:</u></p> <p>Die Potentialflächen 101, 102 und 145 sind aufgrund der zu geringen Größe in dem Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramm für den Landkreis Cuxhaven nicht aufgenommen worden.</p>
P110	A	P110/A.03	Z	<p>Die Fläche 101 mit einer Größe von 13,43 ha erlaubt jedoch unter Berücksichtigung aller planungsrelevanten Kriterien die Errichtung von drei Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe bis zu 200 m (Anhang). Ein Ausschluss dieser Fläche aufgrund zu geringer Flächengröße ist daher nicht aufrecht zu erhalten. Die Aufnahme der Fläche in die RROP Fortschreibung wird daher beantragt.</p>
P110	A	P110/A.04	Z	<p>Die Potentialflächen 102 und 145 werden lediglich von der B 494 und der 110 kV Freileitung durchtrennt. Fasst man die Flächen zusammen, entsteht eine Potentialfläche mit 27,7 ha.</p>

P110	A	P110/A.05	Z	Auch das Amt für Bauaufsicht und Regionalplanung des Landkreises Cuxhaven sieht weder eine Bundesstraße noch eine Freileitung als trennende Elemente von Vorranggebieten für Windenergienutzung.
P110	A	P110/A.06	Z	Vielmehr handelt es sich hier sogar um ein Gebiet mit einer bestehenden Vorbelastung, das für Windenergie genutzt werden kann, um gleichzeitig Gebiete mit geringerer Vorbelastung freizuhalten.
P110	A	P110/A.07	Z	Auch in diesen zusammengefassten Flächen ist die Errichtung von drei Windenergieanlagen unter Einhaltung aller planungsrelevanten Vorgaben möglich.
P110	A	P110/A.08	Z	Bei der Frage, ob Teilflächen zu einer Gesamfläche zusammengefasst werden können, bestehen grundsätzlich Ermessensspielräume. Ebenso wie die Flächen 102 und 145 zusammengefasst werden können, wäre auch ein Zusammenschluss dieser Flächen mit der Fläche 101 möglich.
P110	A	P110/A.09	Z	Um die Wirkung der geplanten WEA auf die Landschaft und den Raum zu verdeutlichen, sind Visualisierungen erstellt worden (Anhang), die zeigen, dass die Flächen zusammengekommen einen Windpark ergeben würden.
P110	A	P110/A.10	Z	Auch die Aussage, dass im Landkreis Cuxhaven größere Vorrangflächen bevorzugt werden, um eine möglichst hohe Stromausbeute zu erlangen, ist unserer Meinung nach für den Ausschluss der von uns beantragten Flächen nicht relevant, da die im LROP vorgesehenen 300 MW von den zur Zeit geplanten 500 MW deutlich überschritten werden.
P110	A	P110/A.11	Z	Unter Beachtung der Schutzansprüche von Mensch und Natur entspricht das beantragte Plangebiet den Vorgaben des RROP. Für die Gemeinde Osten stellt die hier beantragte Vorrangfläche (sowohl 102+145, sowie 101, 102+145) eine deutlich geringere Belastung dar als umliegende Flächen, die in der Abwägung mit den hier beantragten Flächen konkurrieren würden.
P110	A	P110/A.12	Z	Der Abstand zu den Siedlungsflächen ist in den hier beantragten Gebieten besonders hervorzuheben. Durch die dünne Besiedlung werden weniger Menschen durch die Windkraftanlagen beeinträchtigt und die Belastungen der Bewohner in den Ortslagen durch die großen Abstände signifikant reduziert.
P110	A	P110/A.13	Z	In dem am 30.07.2014 vom Gemeinderat der Gemeinde Osten gefassten Beschluss wird die hier vorgebrachte Stellungnahme deshalb einstimmig unterstützt.

P110	A	P110/A.14	Z	Aufgrund der hier vorgebrachten Argumente beantragen wir die Ausweisung der Flächen 102 und 145 als ein zusammengefasstes Vorranggebiet Windenergienutzung.
P110	A	P110/A.15	Z	Darüber hinaus beantragen wir, die Fläche 101 wegen des räumlichen Zusammenhangs zur Fläche 102+145 ebenso auszuweisen.
P110	B	P110/B.01	Z	wie mit Hr. Boße von Naturstrom besprochen hat die Eigentümerin Frau H. (Name im Zuge der Veröffentlichung anonymisiert) durch einen Gutachter festgestellt, dass ihr ererbtes Haus (ursprünglich Schröder) baufällig und sogar einsturzgefährdet ist. Deshalb wird es früher oder später abgerissen. Frau H. wird dieses Gebäude aufgeben
P110	B	P110/B.02	Z	Wir beantragen daher, das Flurstück mit diesem Gebäude so zu bewerten, als wenn kein Gebäude mehr darauf stehen würde und die Potentialfläche Nr. 102 bzw. 145 für Windenergie dementsprechend zu vergrößern.
P111	A	P111/A.01	E 01	<p>1. Harte und weiche Tabuzonen</p> <p>Die vorgesehenen Vorranggebiete, zu denen künftig der Bereich des im BImSchG Genehmigungsverfahren befindlichen Windparks Köhlen-Brockoh nicht mehr gehören soll, beruhen auf der Anwendung eines Kriterienrahmens bestehend aus harten und weichen Tabuzonen. Die Herleitung der harten und weichen Tabuzonen und ihr Zusammenspiel werden in der Begründung dargelegt. Es wird deutlich, dass sich der Landkreis bemüht, als harte Tabuzonen nur die Bereiche anzusehen, in denen rechtliche Festlegungen die Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) absolut ausschließen.</p>
P111	A	P111/A.02	E 01	<p>1, Harte Tabuzonen</p> <p>Die Behandlung eines Puffers von 420 m um Ortslagen und sonstige wohnbauliche Nutzungen wie etwa Einzellagen als harte Tabuzone ist durch rechtliche Festlegungen im vorstehenden Sinne nicht gedeckt.</p>

P111	A	P111/A.03	E 01	<p>a)</p> <p>Zwar geht die Rechtsprechung zur sog. optisch bedrängenden Wirkung von WEA davon aus, dass diese bei einem Abstand von zweifacher Gesamthöhe oder weniger gegeben ist, jedoch ist es verfehlt, als Maßstab die z.Zt. höchste WEA mit einer Gesamthöhe von 210m zu wählen. Es können durchaus erheblich niedrigere WEA zum Einsatz kommen mit der Folge, dass auch bei geringeren Abständen — bei einer WEA mit einer Gesamthöhe von 100 m etwa bei einem Abstand von 200 m und mehr — der in der Begründung allein angesprochene Gesichtspunkt der optisch bedrängenden Wirkung nicht zwingend gegen die Zulässigkeit der WEA spricht.</p>
P111	A	P111/A.04	E 01	<p>Abgesehen davon kommt es auch bei geringen Abständen immer auf den Einzelfall, z.B. auf bauliche Anlagen oder Bäume und Gehölze zwischen dem Wohngebäude und der WEA, an, so dass grds. bezweifelt werden muss, dass sich aus der sog. optisch bedrängenden Wirkung eine harte Tabuzone ableiten lässt.</p>
P111	A	P111/A.05	E 01	<p>b)</p> <p>Zusätzlich ist die Anknüpfung der Tabuzone an den Begriff der „Ortslage“ problematisch. Abstandsfordernungen leiten ihre Rechtfertigung stets aus dem Schutz vor Immissionen ab, sei es im engen Sinne z.B. vor Lärm oder, weiter gefasst, vor optisch bedrängender Wirkung. Ob ein und ggf. welcher Abstand im Hinblick auf den Schutz vor Immissionen zwingend geboten ist, hängt immer von der Schutzwürdigkeit des konkreten Schutzobjekts ab. Daher knüpfen die TA Lärm, die DIN 18005 und andere dem Lärmschutz dienende Regelungen bei der Bestimmung des Schutzanspruchs nie allein an den Begriff der Ortslage oder den Begriff des Innenbereichs an, sondern stellen auf Nutzungsarten bzw. durch bestimmte Nutzungen geprägte Gebietstypen ab. Der Begriff der Ortslage als solcher steht immissionsschutzrechtlich nicht für einen bestimmten Schutzanspruch, er verhält sich dazu vielmehr indifferent. Dann aber ist der Begriff, weil er nicht für bestimmte Schutzansprüche gegenüber Immissionen steht, nicht geeignet als Anknüpfungspunkt für die Bestimmung harter — oder auch weicher — Tabuzonen.</p>

P111	A	P111/A.06	E 01	Der Entwurf greift auf die Datenbestände des ATKIS zurück. Nach ATKIS sind Ortslagen „im Zusammenhang bebaute Flächen“, deren Fläche entweder mindestens 10 ha umfasst oder aber 10 Anwesen. Der Begriff unterscheidet demnach nicht danach, ob es sich um ein 10 ha großes Industriegebiet handelt, das (nahezu) keinen Schutzanspruch gegenüber Immissionen für sich beanspruchen kann, oder um ein reines Wohngebiet. Soll ein Windpark in der Nähe der Ortslage „Industriegebiet“ errichtet werden, würde vorliegend der gleiche harte (oder weiche) Abstand gefordert werden, wie wenn es um die Errichtung eines Windparks in der unmittelbaren Nachbarschaft zur Ortslage „reines Wohngebiet“ ginge. Der hier gewählte, vom Immissionsschutz abgekoppelte „Ortslagen“-Begriff erscheint daher grds. ungeeignet als Anknüpfungspunkt für letztlich dem Immissionsschutz dienende Abstandsregeln.
P111	A	P111/A.07	E 01	Danach ist festzustellen, dass die harten Tabuzonen deutlich umfangreicher angenommen werden, als sie tatsächlich sind. Dies gilt auch für den Bereich Köhlen-Brockoh.
P111	A	P111/A.08	E 01	2. Weiche Tabuzonen Weiche Tabuzonen werden nach allgemeinem Verständnis gebildet, um dem Vorsorgegrundsatz entsprechend Schutzgüter schon im Vorfeld schädlicher Umwelteinwirkungen und sonstiger Gefahren, erheblicher Nachteile und Belästigungen vor den möglichen nachteiligen Auswirkungen von WEA zu schützen. Die Rechtsprechung hat anerkannt, dass der Träger der Raumordnung bei Aufstellung des RROP vorsorgend tätig werden kann. Allerdings bedürfen auch die der Vorsorge dienenden weichen Tabuzonen, da sie Inhalt und Schranken des durch Art. 14 Abs. 1 GG geschützten Eigentums bestimmen, der sachlichen Rechtfertigung und hinreichenden Bestimmtheit; der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz gilt auch insoweit. Vor diesem Hintergrund begegnen auch einige der weichen Tabuzonen erheblichen rechtlichen Bedenken.

P111	A	P111/A.09	E 01	<p>a) Siedlungsflächen</p> <p>aa) Auch hier gilt, dass der vorliegend verwendete „Ortslagen“-Begriff als Anknüpfungspunkt für den dem vorbeugenden Immissionsschutz dienenden Puffer-Abstand von 1000m nicht geeignet ist. Auch Vorsorgewerte dürfen ihres sachlichen Bezuges zum Immissionsschutz nicht völlig entkleidet werden. Mit dem Puffer von 1000 m um Ortslagen unabhängig von deren immissionsschutzrechtlicher Schutzbedürftigkeit wird dieser Bezug aufgegeben.</p>
P111	A	P111/A.10	E 01	<p>Industriegebiete oder Gewerbegebiete werden genauso geschützt wie sensible reine Wohngebiete. Bereiche, die nach den üblichen immissionsschutzrechtlichen Kriterien dem Außenbereich zuzurechnen wären, werden nun Teil der Ortslage, was dazu führt, dass ein Siedlungsbereich, der nach Immissionsschutzrecht einen Schutzanspruch gegen über Lärm von 60/45 dB(A) hat, nun so behandelt wird wie ein reines Wohngebiet mit dem Schutzanspruch 50/35 dB(A). Dies lässt sich sachlich nicht rechtfertigen. Auch Vorsorgeregeln müssen sich am Gleichbehandlungsgrundsatz messen lassen, der es eben auch untersagt, wesentlich Ungleiches gleich zu behandeln. Die daraus erwachsenden Nachteile für die Betreiber von Windparks, die Grundeigentümer der WEA-Standorte und die Gemeinden können ganz erheblich sein.</p>
P111	A	P111/A.11	E 01	<p>Entsprechend kritisch ist der Puffer von 500 m um bewohnte Einzellagen im Außenbereich zu sehen. Der Immissionsschutz, selbst der vorbeugende Immissionsschutz verlangt derartige Puffer nicht. Je nach WEA-Typ und -Größe sind auch wesentlich geringere Abstände zwischen der bewohnten Einzellage im Außenbereich und WEA vor dem Hintergrund des § 5 Abs. 1 Nr. 1 (Gefahrenabwehr) und 2 (Vorsorge) BImSchG genehmigungsfähig.</p>
P111	A	P111/A.12	E 01	<p>bb) Neu ist der Ansatz, die Puffer-Abstände nicht mehr vom WEA-Turm zu messen, sondern von der Rotorblattspitze. Begründet wird dies damit, dass im Rahmen des vorbeugenden Immissionsschutzes für die wohngenutzten Bereiche so ein ausreichender Schutz gewährleistet werden könne; Ortslagen dienen gegenüber Außenbereichslagen vorrangig dem Wohnen, so dass ein höherer Schutzanspruch bestehe (vgl. S. 9 der Begründung).</p>

P111	A	P111/A.13	E 01	Interessant sind die Ausführungen, weil nun doch explizit die Verknüpfung zum vorbeugenden Immissionsschutz hergestellt wird. Allerdings verkennt der Entwurf weiterhin, dass Ortslage nicht zugleich Wohnen und nicht zugleich höherer Schutzanspruch bedeutet. Die Schlussfolgerungen sind so einfach, wie sie sind, eben auch falsch (s.o.).
P111	A	P111/A.14	E 01	Das Abstellen auf die Rotorblattspitze bedeutet eine Verschiebung der bisherigen Vorranggebietsgrenzen zu Lasten der Windenergienutzung. Dem so bewirkten erheblichen Verlust an Vorranggebietsfläche steht kein auch nur annähernd gleichwertiger Gewinn an mehr Immissionsschutz gegenüber.
P111	A	P111/A.15	E 01	Rückt eine WEA 50 m näher an einen Immissionsort heran, verändert dies den Beurteilungspegel dort nahezu nicht. Dafür gehen wichtige Flächen für die Windenergienutzung verloren, dies zum Teil auch bei bestehenden Windparks in Vorranggebieten, die infolge des neuen Ansatzes Fläche verlieren.
P111	A	P111/A.16	E 01	Da erhebliche öffentliche und private Belange für die Windenergienutzung sprechen und die Belange der potenziell Betroffenen zum einen bereits durch das BImSchG geschützt sind und zum anderen durch das Abstellen auf die Rotorblattspitze nicht spürbar befördert werden können, erscheint die Vorgabe unverhältnismäßig.
P111	A	P111/A.17	E 01	In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass das Kriterium Rotorblattspitze durchaus ambivalent ist, und zwar in dem Sinne, dass dann, wenn die Rotorblattspitze die kürzeste Entfernung zum Immissionsort hat, der Rotorkreis von dort aus nicht zu sehen ist und Schattenwurf etc, ausscheidet. Ist der Rotorkreis demgegenüber vom Immissionsort aus voll zu sehen, ist der Abstand der Rotorblattspitzen zum Immissionsort am größten.
P111	A	P111/A.18	E 01	b) Natur und Landschaft Auch weiche Kriterien müssen sich aufgrund ihrer grundrechtsgestaltenden Wirkung sachlich rechtfertigen lassen, sie müssen zudem dem Gleichbehandlungsgrundsatz und dem Verhältnismäßigkeitsgebot gerecht werden.

P111	A	P111/A.19	E 01	<p>aa) Gesetzlich geschützte Biotope sind, betrachtet man den Katalog der Biotope in § 30 BNatSchG, gegenüber den Auswirkungen von WEA weitgehend unempfindlich. Im Gegenteil - es lässt sich durchaus sagen, dass die verstärkte Nutzung der Windenergie den Biotopen mindestens mittelbar förderlich ist. Daher drängt sich eine Rechtfertigung für den Puffer von 200 m, zumal um ohnehin schon große Biotope von mind. 5 ha Fläche nicht auf.</p>
P111	A	P111/A.20	E 01	<p>bb) Die Begriffe „Vogelbrutgebiete nationaler Bedeutung“ und „Vogelrastgebiete internationaler und nationaler Bedeutung“ stellen unbestimmte Rechtsbegriffe dar. Dass sie von Fall zu Fall und je nach Interessenlage auch manipulaüv angewandt werden können, dürfte heute allgemeiner Stand der Erkenntnis sein. Daher ist bedauerlich, dass den Unterlagen nicht explizit zu entnehmen ist, nach welchen Einzelcriterien genau die Gebiete bestimmt worden sind.</p>
P111	A	P111/A.21	A	<p>Wir beantragen, in die Unterlagen, die zur Bestimmung und Abgrenzung der o.a. Gebiete verwendet wurden - einschließlich der Aufzeichnungen und Protokolle, die Auskunft über die Zusammensetzung und die konkreten Erwägungen und Empfehlungen des beratenden Expertengremiums (vgl. S. 10 der Begründung)-, Einsicht nehmen zu dürfen.</p>
P111	A	P111/A.22	SO 16	<p>Dies gilt umso nachdrücklicher, als unsere Mandantin zwar aus dem Entwurf ersehen kann, dass der Bereich des von ihr zur Zeit entwickelten Windparks Köhlen-Brockoh nicht mehr als Vorranggebiet vorgesehen ist, weil es sich nach Auffassung des Landkreises um ein "Vogelbrutgebiet von nationaler Bedeutung" handele. Jedoch lässt sich den Unterlagen nicht entnehmen, welche Vogelarten zu dieser Einstufung geführt haben. Anfragen unserer Mandantin an den Landkreis Cuxhaven vom 07.07.2014 und vom 16.07.2014, welcher Sachverhalt zu der Bewertung des Gebietes B 2419.007 als national bedeutsam führt und wie dieses Gebiet abgegrenzt ist, wurden vom Landkreis bisher nicht beantwortet.</p>
P111	A	P111/A.23	E 01	<p>Wir halten mithin fest dass gegen einige weiche Tabuzonen bzw. die ihnen zugrunde liegenden Kriterien und ihre Handhabung rechtliche Bedenken bestehen. Insbesondere gilt dies für die Kriterien, die die Siedlungsflächen und die zu ihnen einzuhaltenden Abstände betreffen, aber auch die Handhabung der Kriterien „Vogelbrutgebiete nationaler Bedeutung“ und „Vogelrastgebiete internationaler und nationaler Bedeutung“ - generell wie im konkreten Fall des Windparks Köhlen-Brockoh.</p>

P111	A	P111/A.24	E 01	Der „Ortslagen“-Begriff, die Pufferabstände und das Kriterium „Rotorblattspitze“ beschränken die Windenergienutzung ohne sachlich hinreichende Rechtfertigung zusätzlich. Zweifel bestehen auch im Hinblick auf das Gleichbehandlungs- und das Verhältnismäßigkeitsgebot. Das Potenzialflächenangebot ist danach größer als in den Unterlagen angegeben.
P111	A	P111/A.25	E 01	II. Auswahl der Vorranggebiete aus den Potenzialflächen Anhand der ausgelegten Unterlagen lässt sich die Auswahl der Vorranggebiete aus den Potenzialflächen nicht genau nachvollziehen. Ebenso wenig lässt sich konkret nachvollziehen, aus welchen Gründen genau einige Gebiete nicht mit ausgewählt wurden. Das Verfahren „leidet“ insoweit nicht an übergroßer Transparenz. Eine weitergehende Stellungnahme zum Arbeitsschritt 3 im Allgemeinen und im Besonderen ist daher zur Zeit im Grunde nicht möglich.
P111	A	P111/A.26	U, SO 16	In Anbetracht der Brisanz, den der Wegfall des Vorranggebiets am Standort Köhlen-Brockoh für unsere Mandantin hätte, hat sie die planungsgruppe grün gmbh gebeten, anhand der Angaben im Umweltbericht — Teil C des RROP — Teilabschnitt Windenergie — (Bosch und Partner, Stand 5.6.2014), anhand des avifaunistischen Gutachtens zum Windpark Köhlen-Brockoh, regionalplan & uvp, Dezember 2012, der Überprüfung eines Rohrweihen-Brutvorkommens im Plangebiet und dessen 3 km-Umfeldes durch Ökologis, Stand Juli 2014, und unter Berücksichtigung der Abstimmungen mit der UNB im Rahmen des Genehmigungsverfahrens (63 ImG 30/2012) zu beurteilen, ob der Standort Köhlen-Brockoh eine nationale Bedeutung als Brutvogellebensraum besitzt. In dem als Anlage beigefügten Gutachten kommt das Büro zu dem Ergebnis, dass es nach den vorliegenden Erkenntnissen keine Anhaltspunkte für die Bewertung des Standortes Köhlen-Brockoh als Brutvogellebensraum nationaler Bedeutung gibt. Wegen der Einzelheiten verweisen wir auf die Ausführungen im Gutachten.
P111	A	P111/A.27	SO 16	Danach besteht bis auf weiteres kein belastbarer Grund, den Bereich des Windparks Köhlen-Brockoh künftig nicht mehr als Vorranggebiet auszuweisen. Wir beantragen daher, den in Rede stehenden Bereich als Vorranggebiet auszuweisen.

P111	A	P111/A.28	B 01	<p>III. Ziele und Grundsätze in Kap. 4.2.2 Windenergie</p> <p>Zu Ziffer 01:</p> <p>Satz 2 bestimmt, dass WEA außerhalb der Vorranggebiete nicht zulässig seien. Den Erläuterungen dazu ist zu entnehmen, dass dies nur dann der Fall ist, wenn die WEA inklusive des Fundaments und der vom Rotor überstrichenen Flächen vollständig innerhalb der Vorranggebietsfläche liegt.</p>
P111	A	P111/A.29	B 01	<p>Damit weicht der Landkreis von der seit langem — nicht nur von ihm — geübten Praxis ab, der zufolge es entscheidend darauf ankam, dass der WEA-Turm vollständig innerhalb des Vorranggebiets steht. Eine Verpflichtung, so zu verfahren, besteht für den Landkreis als Träger der Raumordnung nicht. Es steht ihm frei zu bestimmen, dass die Vorranggebietsgrenzen von den WEA-Türmen einschließlich den Fundamenten als den eigentlichen stationären Bauteilen der WEA einzuhalten sind. Lediglich wenn im RROP nichts weiter dazu ausgeführt ist, geht Rechtsprechung vereinzelt davon aus, dass dann auch die von den Rotorblättern überstrichene Fläche innerhalb des Vorranggebiets liegen muss.</p>
P111	A	P111/A.30	B 01	<p>Gründe, die für diese Regelung sprechen, werden in der Begründung zu Ziff. 01 Satz 2 nicht genannt. Sie sind auch nicht ersichtlich. Der Immissionsschutz wird nicht dadurch signifikant verbessert, dass die WEA insgesamt im Vorranggebiet liegt. Für die Frage, ob die WEA optisch bedrängend wirkt, kommt es auf die Windrichtung im Verhältnis zum zu betrachtenden Immissionsort an und nicht darauf, ob die WEA 50 m weiter vorne oder hinten steht. Auf den Lärmschutz wirken sich 50 m mehr oder weniger angesichts der ohnehin einzuhaltenden Abstände ebenfalls nicht aus. Grenzabstandsrechtliche Bestimmungen der NBauO sind unabhängig von der Regelung im RROP zu beachten.</p>
P111	A	P111/A.31	B 01	<p>Diesem Befund steht gegenüber, dass dann, wenn die Rotorkreisflächen ebenfalls vollständig im Vorranggebiet liegen müssen, in erheblichem Umfang WEA-nutzbare Fläche verloren geht. Dies stünde wiederum den Zielen des Landkreises, nämlich angesichts der besonders hohen Bedeutung des Landkreises für die Erzeugung von Windenergie den Ausbau der Windenergie an Land zu fördern und so seinen Beitrag für die Energiewende zu leisten (vgl. S. 5 der Begründung), deutlich entgegen.</p>

P111	A	P111/A.32	B 01	Namens und im Auftrag unserer Mandantin schlagen wir daher folgende Formulierung für Ziff. 01 Satz 2 vor: „Die Errichtung der Fundamente raumbedeutsamer Windenergieanlagen ist außerhalb der in der zeichnerischen Darstellung gekennzeichneten Vorranggebiete Windenergienutzung nicht zulässig (Ausschlusswirkung).“
P111	A	P111/A.33	B 01	Unbestimmt ist und bleibt die Reichweite der Vorranggebietsdarstellung, denn der erläuternde Hinweis, „ausschlaggebend ist die Mitte der Umgrenzungslinie“, dürfte in der Praxis mehr Fragen aufwerfen als beantworten.
P111	A	P111/A.34	B 04	Zu. Ziff. 04: Verlangt wird der vollständige Rückbau der WEA-Fundamente. Zunächst ist fraglich, was unter „Fundament“ verstanden werden soll. Sofern auch Tiefengründungen gemeint sind, die von Fall zu Fall erforderlich sind und bedeuten, dass ca. 30 m lange Prahle in den Boden eingebracht werden, auf die sich dann das eigentliche Fundament stützt, ginge dies deutlich über das aus Gründen des Umweltschutzes Gebotene hinaus.
P111	A	P111/A.35	B 04	Der Eingriff in Natur und Landschaft, der mit dem Rückbau verbunden wäre, wenn er denn technisch überhaupt leistbar ist, wäre erheblich und stünde in keinem Verhältnis zum Ertrag für den Schutz des Bodens und des Wasserhaushalts. Denn die Pfähle stören die Bodenfunktionen nicht erheblich. Die Materialien, aus denen die Pfähle bestehen, sind nicht boden- oder grundwassergefährdend. Das Risiko, dass unterschiedliche Grundwasserschichten miteinander verbunden werden, würde durch die Entfernung der Pfähle erst befördert. Sollten durch die Pfähle im Einzelfall nachteilige Auswirkungen auf die Bodenfunktionen verbleiben, wären diese im Rahmen der Eingriffsregelung in den Blick zu nehmen und zu kompensieren.
P111	A	P111/A.36	B 04	Im Übrigen dient das Rückbaugesuch in erster Linie dem Schutz des Landschaftsbildes und im Übrigen dem öffentlichen Interesse, die Flächen nach Nutzungsaufgabe wieder land- oder forstwirtschaftlich oder zu Erholungszwecken nutzen zu können. Die Reinheit der tieferen Bodenschichten ist nicht das primäre Ziel des Gesetzgebers.
P111	A	P111/A.37	B 04	Schließlich stünden die Kosten des Rückbaus auch der tiefer in den Boden eingebrachten Fundamentteile außer Verhältnis zu den positiven Effekten für die Umwelt.

P111	A	P111/A.38	B 04	Daher schlagen wir für unsere Mandantin vor, Ziff. 04 Satz 2 nicht als Ziel der Raumordnung auszubilden, sondern allenfalls als Grundsatz, der noch der Abwägung zugänglich ist.
P111	A	P111/A.39	B 04	Dies machte auch hinsichtlich des Wegerückbaus Sinn, denn es ist ohne weiteres denkbar, dass Wegeflächen nach Einstellung des Windparkbetriebs anderen sinnvollen Zwecken zugänglich gemacht werden können. Ein Ziel der Raumordnung ginge — ohne nachvollziehbaren Grund — daher zu weit.
P111	A	P111/A.40	B 06	Zu Ziff. 06: Die Regelung verpflichtet die Gemeinden, Windparks nur innerhalb der Grenzen der Vorranggebiete auszuweisen. Damit schränkt das RROP die Planungshoheit für die örtliche Ebene über Gebühr ein, da selbst die sog. Feinsteuerung in räumlicher Hinsicht ausgeschlossen wäre. Dabei mag es sich im Einzelfall ergeben, dass sich kleinere Änderungen des räumlichen Zuschnitts, die die Ziele der Raumordnung und damit die Grundzüge der Planung nicht berühren, im Bauleitplanverfahren als sinnvoll erweisen. Wenn in Ziff. 05 den Gemeinden die Bestimmung der Höhen überlassen bleibt, gibt es keinen Grund, ihnen eine Feinsteuerung in räumlicher Hinsicht zu verwehren; z.B. um zuzulassen, dass die Rotorblätter auch außerhalb der Vorranggebietsgrenzen möglich sind.
P111	A	P111/A.41	B 10	Zu Ziff. 10: Die Regelung knüpft an den Befund an, dass einige alte Vorranggebiete, die heute Windparks beherbergen, die aktuellen Kriterien für Vorranggebiete nicht mehr erfüllen. Diese Altgebiete sollen nicht gänzlich „hinten runterfallen“, Das „Angebot“, das der Landkreis mit der Ziff. 10 insoweit unterbreitet, ist indes allenfalls gut gemeint, aber nicht gut gemacht.
P111	A	P111/A.42	B 10	Unsere Mandantin plant den Windpark Köhlen-Brockoh an einem Standort, der bislang als Vorranggebiet ausgewiesen war, nun aber nur noch auf der Grundlage vorhandener Bauleitpläne der Windenergienutzung zugeführt werden können soll. Aus Sicht unserer Mandantin ist dies nicht akzeptabel.
P111	A	P111/A.43	B 10	Zum einen bestehen konkrete Anhaltspunkte dafür, dass der Windpark bei richtiger Anwendung der harten und weichen Tabukriterien den Status eines Vorranggebiets auch nach den aktuellen Kriterien erhalten könnte. Nach diesseitigem Kenntnisstand handelt es sich nicht um einen Brutvogellebensraum von nationaler Bedeutung.

P111	A	P111/A.44	B 10	Unabhängig davon lassen es das Raumordnungsrecht und die dazu ergangene Rechtsprechung des OVG Lüneburg nach wie vor zu, Altstandorten eine Sonderstellung dadurch einzuräumen, dass sie zu Vorranggebieten erklärt werden, auch wenn sie die aktuellen Kriterien für Vorranggebiete nicht erfüllen. Die Begründung verweist auf S. 5, wenn auch in einer durchgestrichenen Textpassage, selbst und zu Recht auf die Entscheidung des OVG Lüneburg vom 9. Oktober 2008 — 12 KN 35/07 — (vgl. auch OVG Lüneburg, Urt. v. 17. Juni 2012 — 12 KN 80/12 —). Besteht demnach die Möglichkeit, sollte dieser Weg auch gegangen werden. Denn nur so erhalten die betroffenen Unternehmen, aber auch die betroffenen Gemeinden hinreichende Planungssicherheit für die Zukunft.
P111	A	P111/A.45	B 10	Den insoweit angesprochenen öffentlichen und privaten Belangen, die für die Fortführung des Standorts als Vorranggebiet sprechen, stehen keine gleichgewichtigen öffentlichen und privaten Belange gegenüber, die für das Herausfallen aus dem sicheren Vorranggebietsstatus sprechen. Natur und Umwelt stehen einer Realisierung von WEA am Standort nicht zwingend entgegen. Die Belange der Anwohner werden geschützt, zum einen dadurch, dass das BImSchG entsprechend hohe Schutzstandards normiert und durchsetzt. Niemand muss befürchten, unzumutbarem Immissionen ausgesetzt zu sein. Zum anderen dadurch, dass die voranschreitende Technik auch stets Verbesserungen beim Immissionsschutz mit sich bringt. Schließlich wären die Gemeinden in der Lage, mit den Mitteln der Bauleitplanung (vgl. Ziff. 05 Satz 3) die Feinsteuerung so vorzunehmen, dass den Besonderheiten der lokalen Ebene Rechnung getragen werden kann.
P111	A	P111/A.46	B 10	Wir beantragen daher für unsere Mandantin, die alten Vorranggebiete, in denen Windparks betrieben werden oder zumindest in Planung sind, wiederum als Vorranggebiete in das RROP aufzunehmen.
P111	A	P111/A.47	B 10	Festzustellen ist danach, dass es rechtlich einwandfrei möglich ist, den Bereich Köhlen-Brockoh wiederum zu einem Vorranggebiet zu erklären. Dann sprechen die besseren Gründe dafür, entsprechend zu verfahren.

P111	A	P111/A.48	B 10	<p>Satz 1 der Ziff. 10 schafft die Möglichkeit, entgegen den Zielen insbesondere in Ziff. 01, WEA auch dort zu errichten, wo dies durch entsprechende, in Kraft getretene Bauleitpläne vorgesehen ist. Satz 1 spricht insoweit von rechtsgültig gewordenen Sonderbauflächen und -gebieten. In der Begründung ist davon die Rede, dass so auch bereits getätigte Investitionen gewürdigt werden könnten. Rechtliche Unsicherheit geht von dieser Regelung insoweit aus, als fraglich ist, was unter „rechtsgültig“ zu verstehen ist. Was ist mit Bauleitplänen, die unerkannt unwirksam sind? Soll die Gemeinde die Möglichkeit haben, etwaige Mängel eines rechtsunwirksamen Bauleitplans in einem ergänzenden Verfahren nach § 214 Abs. 4 BauGB zu heilen mit der Folge, dass der rückwirkend in Kraft gesetzte Bauleitplan die Errichtung von WEA dann wieder gem. Satz 1 deckt? Kann die Gemeinde ihre Bauleitpläne überhaupt ändern, ohne die Wirkung des Satzes 1 aufs Spiel zu setzen? Von einer möglichen Änderung der Bauleitpläne ist in Ziff. 10 nichts zu lesen. Satz 3 spricht dafür, dass die Gemeinden ihre Bauleitpläne nicht mehr ändern dürfen, wenn sie die Wirkung des Satzes 1 erhalten wollen.</p>
P111	A	P111/A.49	B 10	<p>Abgesehen davon, dass die Regelung in Ziff. 10 eine Vielzahl von Fragen aufwirft, die die Rechtssicherheit des hier vom Landkreis gewählten Weges Zweifeln aussetzt, liegt eine ganz erhebliche Beschränkung der Planungshoheit der Gemeinden darin, dass sie die Bauleitpläne, folgt man Satz 3, auf ewig in Stein meißelt, soweit es um die Höhe der WEA geht. Wodurch ist dies, zumal angesichts des ja durchaus unterschiedlichen Alters der Bauleitpläne, gerechtfertigt? Zumal doch in den „echten“ Vorranggebieten die Gemeinden die max. Gesamthöhe der WEA selbst festlegen und auch ggf. wieder ändern können.</p>
P111	A	P111/A.50	B 10	<p>Will man in Sachen „Altvorranggebiete“ Rechtssicherheit für alle Beteiligten schaffen, gibt es zwei wirklich rechtssichere Wege: Man erklärt entweder die Altvorranggebiete zu Vorranggebieten und wendet auf sie u.a. Ziff. 05 an. Oder man eröffnet entsprechend dem Grundgedanken der Ziff. 10 eine eigene Gebietskategorie, lässt aber den Gemeinden die Möglichkeit, in Grenzen bauleitplanerisch zur Feinsteuerung in räumlicher Hinsicht und hinsichtlich der Höhe der WEA und generell zur „Reparatur“ möglicherweise fehlerhafter Bauleitpläne planerisch tätig zu werden.</p>

P111	A	P111/A.51	B 10	Für beide Wege spricht, dass für den Umgang mit Altstandorten/-vorranggebieten diejenige Ebene maßgeblich zuständig wäre, die seit Jahren die Erfahrungen mit den Windpark und etwaigen Konflikten um die Windenergienutzung hat, also z.B. auch die Betroffenheit von Anwohnern durch höhere WEA beurteilen kann.
P111	A	P111/A.52	B 10	Dass es rechtlich möglich ist, die gemeindliche Ebene mit eigenen Steuerungskompetenzen auszustatten bzw. diese bei ihr zu lassen, folgt schon daraus, dass der Landkreis keine Raumordnungsplanung zum Teilgebiet Windenergienutzung betreiben muss; er kann dies allein den Gemeinden überlassen. Dann aber ist es allemal zulässig, den Gemeinden partiell eigene Regelungsräume zu belassen.
P111	A	P111/A.53	B 10	Unsere Mandanfin spricht sich daher dafür aus, einen der beiden aufgezeigten Wege zu beschreiten, jedenfalls aber mehr Rechtssicherheit dadurch zu erreichen, dass mehr Planungskompetenz bei den Gemeinden verbleibt.
P111	A	P111/A.54	B 10	Eine mögliche Formulierung der Ziff. 10 könnte wie folgt lauten: „Außerhalb der festgelegten Vorranggebiete Windenergienutzung ist die Errichtung von Windenergieanlagen innerhalb des Geltungsbereichs von Bauleitplänen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Teilfortschreibung des RROP bekanntgemacht sind und Sonderbauflächen und Sondergebiete für Windenergienutzung darstellen bzw. festsetzen, möglich, wenn das Orts- und Landschaftsbild nicht wesentlich verschlechtert wird und im Übrigen alle weiteren im Einzelfall noch zu prüfenden rechtlichen Vorschriften eingehalten werden. Die bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sind in der zeichnerischen Darstellung festgelegt. Die Festlegung der maximal zulässigen Gesamtanlagenhöhe über Grund erfolgt durch die Gemeinden als Träger der Bauleitplanung. Sofern in der Bauleitplanung keine Höhe festgelegt ist, erfolgt die Höhenfestlegung im Genehmigungsverfahren anhand einer raumordnerischen Beurteilung.“
P111	A	P111/A.55	E 01	IV. Fazit Der ausgelegte Entwurf leidet an diversen Mängeln. Die harten und weichen Tabuzonen sind zum Teil rechtswidrig. Dies betrifft insbesondere die Tabuzonen zwischen Siedlungsflächen und Vorranggebieten.

P111	A	P111/A.56	E 01	Die Regelungen zur Lage der WEA einschließlich der Rotorblattspitzen im Vorranggebiet und zum vollständigen Rückbau der WEA-Fundamente und der Wege nach Beendigung des Windparkbetriebs sind zum Teil nicht durchführbar, zum Teil führen sie zu Belastungen und Einschränkungen, die nicht durch Sachgründe von entsprechendem Gewicht getragen sind.
P111	A	P111/A.57	B 10	Die Planungshoheit der Gemeinden wird ohne Not erheblich eingeschränkt (vgl. Ziff. 6 und 10).
P111	A	P111/A.58	B 10	Die Regelungen Altstandorte/-vorranggebiete betreffend sind zu restriktiv und zudem nicht hinreichend rechtssicher. Will man die Altstandorte/-vorranggebiete nicht zu Vorranggebieten erklären, wäre Ziff. 10 so auszugestehen, dass die Gemeinden jedenfalls in gewissen Grenzen regelungsbefugt bleiben, insbesondere im Hinblick auf die zulässige Höhe von WEA.
P111	A	P111/A.59	SO 16	Was den Standort Köhlen-Brockoh betrifft, liegen die Voraussetzungen für eine Vorranggebietsausweisung vor. Wir beantragen daher die Änderung der vorgelegten RROP Planung auch und in erster Linie insoweit.

P111	B	P111/B.01	SO 16	<p>1. Anlass</p> <p>Im Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogrammes 2014 vom Juni 2014 ist der Standort Köhlen-Brockoh nicht mehr als Vorranggebiet für die Windenergienutzung dargestellt. Nach den Aussagen in der Begründung / Erläuterung erfüllt der Standort nicht mehr die Anforderungen der aktuellen Ausschlusskriterien und kann daher im Zuge der Teilfortschreibung nicht mehr übernommen werden. Unter Berücksichtigung der harten Ausschlusskriterien ist am Standort Köhlen-Brockoh die Errichtung von Windenergieanlagen möglich. Die Fläche befindet sich aber innerhalb der Flächen, die vom Landkreis Cuxhaven als weiche Tabuzonen gewertet werden. Im Umweltbericht - Teil C des RROP —Teilabschnitt Windenergie — des Landkreises Cuxhaven (Bosch und Partner, Stand 05.06.2014, wird ausgeführt, dass ein Vogelbrutgebiet (B2419-007) mit nationaler Bedeutung im Plangebiet und im Umfeld vorliegt. Aus der beschreibenden Darstellung sowie der Begründung / Erläuterung mit Umweltbericht ist nicht erkenntlich, welche Vogelvorkommen zu dieser Einstufung führen. Anfragen des Vorhabenträgers an den Landkreis Cuxhaven, welcher Sachverhalt zu der Bewertung des Gebietes B 2419.007 als national bedeutsam führt und wie dieses Gebiet abgegrenzt ist, wurden vom Landkreis Cuxhaven bis zum 06.08.2014 nicht beantwortet. Mit Schreiben vom 06.08.2014, Az. 67-1.5 wurde vom Landkreis Cuxhaven Informationen zu Brutvögeln in der Umgebung des Windparks Köhlen-Brockoh zur Verfügung gestellt. In der vorliegenden Stellungnahme soll beurteilt werden, ob der Standort Köhlen-Brockoh eine nationale Bedeutung als Brutvogellebensraum besitzt.</p>
------	---	-----------	-------	---

P111	B	P111/B.02	SO 16	<p>2. Datengrundlage</p> <p>Beurteilungsgrundlage für diese Stellungnahme sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schreiben des Landkreises Cuxhaven vom 06.08.2014 • die Angaben im Umweltbericht - Teil C des RROP —Teilabschnitt Windenergie — des Landkreises Cuxhaven (Bosch und Partner, Stand 05.06.2014) • die vorhabenbezogen durchgeführten avifaunistischen Erfassungen- Avifaunistisches Gutachten zum Windpark Köhlen, Landkreis Cuxhaven, regionalplan & uvp, Dezember 2012 • die Überprüfung eines Rohrweihen-Brutvorkommens im Plangebiet und dessen 3 km Umfeld, Erfassung 2014 von Ökologis, Juli 2014 sowie • die Abstimmungen mit der Naturschutzbehörde des Landkreises Cuxhaven im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens (63 ImG 30/2012) für den Windpark Köhlen.
P111	B	P111/B.03	SO 16	<p>3. Bestandssituation</p> <p>3.1 AVIFAUNISTISCHES GUTACHTEN (REGIONALPLAN & UVP, DEZEMBER 2012)</p> <p>Die Bewertung der Brutvogellebensräume entsprechend der Ergebnisse der durchgeführten avifaunistischen Untersuchung (regionalplan & uvp 2012) ist als Anlage beigefügt. Danach wird mit Ausnahme des Teilgebietes 5 Brockoh in den Teilgebieten maximal eine regionale Bedeutung erreicht. Für das Teilgebiet 5 Brockoh wird im avifaunistischen Gutachten eine landesweite Bedeutung angegeben. Diese Einstufung ist methodisch nicht korrekt. Bei korrekter Anwendung der Bewertungsmethodik wird eine landesweite Bedeutung erreicht, wenn nach der RL des Landes Niedersachsen 16 Punkte erreicht oder überschritten werden. Im Teilgebiet 5 Brockoh wird mit dem Endpunktwert von 10,2 der erforderliche Wert unterschritten. Demensprechend wird für alle Teilgebiete maximal eine regionale Bedeutung festgestellt.</p>

P111	B	P111/B.04	SO 16	<p>3.2 UMWELTBERICHT ZUM ENTWURF RROP 2014 (BOSCH UND PARTNER, JUNI 2014)</p> <p>Im Umweltbericht - Teil C des RROP - Teilabschnitt Windenergie - des Landkreises Cuxhaven (Bosch und Partner , Stand 05.06.2014) werden folgende windempfindliche Vogelarten am Standort Köhlen-Brockoh genannt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Rohrweihe (Plangebiet: 1 Brutpaar) • Großer Brachvogel (Plangebiet: 1 Brutpaar) • Kiebitz (Plangebiet 1 Brutpaar, artspezifischer Radius innerhalb Mindestabstand (500m): 8 Brutpaare, innerhalb Prüfbereich (500-1 .000m): 3 Brutpaare) • Waldohreule (artspezifischer Radius innerhalb Mindestabstand (500m): 1 Brutpaar) • Wiesenweihe (artspezifischer Radius innerhalb Mindestabstand (1 .000m): 1 Brutpaar, innerhalb Prüfbereich (1 .000-2.000m): 1 Brutpaar) <p>Die vorgenannten Arten sind mit Ausnahme der Wiesenweihe im avifaunistischen Gutachten (regionalplan & uvp, Dezember 2012) und der dort durchgeführten Bewertung berücksichtigt. Dementsprechend ist zu vermuten, dass die Bewertung des Standortes Köhlen-Brockoh als national bedeutsamer Brutvogellebensraum auf Grund der benannten Wiesenweihenvorkommen vorgenommen wurde.</p>
P111	B	P111/B.05	SO 16	<p>Im Rahmen der vorhabenbezogenen Kartierungen kam während der Hauptdurchzugszeiten der Wiesenweihe Anfang Mai und August (vgl. SÜDEBECK et al. 2005) in 2010 zu zwei Beobachtungen im UG (regionalplan & uvp, Dezember 2012). Bei der Abstimmung mit der Naturschutzbehörde des Landkreises Cuxhaven im Rahmen des Genehmigungsverfahrens wurde dem Vorhabenträger von der Naturschutzbehörde mitgeteilt, dass Hinweise aus 2012 vorliegen, die besagen, dass im westlichen Randbereich des UG ein Wiesenweihenpaar gebrütet haben soll bzw. mehrfach Wiesenweihen im UG beobachtet wurden (telefonische Information der UNB Landkreis Cuxhaven vom 05.06.2013). In den weiteren Abstimmungen konnten diese Hinweise nicht konkretisiert und bestätigt werden. Aufgrund dessen wurde von Seiten des Landkreises Cuxhaven bei einem Termin am 13.01.2014 bestätigt, dass ein Brutvorkommen für die Windparkfläche ausgeschlossen wird.</p>

P111	B	P111/B.06	SO 16	<p>Im Bereich des NSGs „Langes Moor“ (min. 3 km nördlich) wird ein Brutrevier, laut Auskunft der UNB des Landkreises Cuxhaven, vermutet. Die am 05.06.2013 von der Naturschutzbehörde gegebenen Hinweise beruhen auf einer falschen Interpretation einer bei der Naturschutzbehörde gefertigten Karte. Dementsprechend ist festzustellen, dass</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Kein Wiesenweihenbrutpaar innerhalb des 1.000m Radius um den Standort Köhlen Brockoh vorkommt 2. Das von der Naturschutzbehörde vermutete Wiesenweihenbrutpaar im Naturschutzgebiet Langes Moor mehr als 3 km vom Standort Köhlen-Brockoh entfernt liegt <p>Die im Umweltbericht diesbezüglich getroffenen Aussagen sind zu berichtigen.</p>
P111	B	P111/B.07	SO 16	<p>3.3 SCHREIBEN DES LANDKREISE CUXHAVEN VOM 06.08.2014</p> <p>Im Schreiben des Landkreises Cuxhaven vom 06.08.2014 wird ausgeführt, dass das Vogei Brutgebiet B 241 9-007 „Brockoh“, das annähernd die komplette Vorrangfläche Windenergie Köhlen-Brockoh aus dem RROP 2012 umfasst, ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate ein Vogelbrutgebiet mit regionaler Bedeutung ist. Damit wird die Bewertung aus dem avifaunistischen Gutachten (regionalplan & uvp, Dezember 2012) bestätigt. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate (Wiesenweihe) handelt es sich nach den Aussagen des Landkreises Cuxhaven um ein Vogei Brutgebiet nationaler Bedeutung.</p>

P111	B	P111/B.08	SO 16	<p>3.4 BESONDERE BERÜCKSICHTIGUNG DER NAHRUNGSHABITATE AUSGEWÄHLTER ARTEN</p> <p>Gemäß der Fachveröffentlichung des NLWKN zur Bewertung der Vogellebensräume (Behm, K & T. Krüger: Verfahren zur Bewertung von Vogelbrutgebieten in Niedersachsen, 3. Fassung, Stand 2013) wird unter Ziffer 2.4 ausgeführt, dass die Nahrungshabitate ausgewählter Arten besondere Berücksichtigung finden und zusätzlich zu dem bekannten Punktwertverfahren der Brutplätze gesondert bewertet werden. Die Bewertung der Nahrungshabitate dieser Arten führt abhängig von der Art ohne weitere Differenzierung zu landesweiter oder nationaler Bedeutung. In Tab. 4 sind die entsprechenden Arten aufgeführt. Die Fachveröffentlichung führt hierzu weiter aus: „Für die auf Grund Ihrer besonderen Gefährdung ausgewählten Greifvogelarten (s. Tab 4) werden die Bruthabitate einschließlich der nahe gelegenen Bereiche, die regelmäßig zur Nahrungssuche genutzt werden, bewertet.“ (Seite 61). Bei den Nahrungshabitaten der Wiesenweihe ist die nationale Bedeutung gegeben. Bei der Wiesenweihe ist weitere Voraussetzung ein stetig genutztes Nahrungshabitat.</p>
P111	B	P111/B.09	SO 16	<p>Betrachtet man die Fachkonvention „Abstandsempfehlungen für Windenergieanlagen zu bedeutsamen Vogellebensräumen sowie Brutplätzen ausgewählter Vogelarten“ der LÄNDERARBEITSGEMEINSCHAFT DER VOGELSCHUTZWARTEN (LAG VSW) - Entwurf, 75.05.2074 — wird bei der Wiesenweihe ein Prüfbereich von 3 km angegeben. Dieser Prüfbereich beschreibt Radien um geplante WEA, innerhalb derer zu prüfen ist, ob Nahrungshabitate, Schlafplätze oder andere wichtige Habitate der betreffenden Art (Artengruppe) vorhanden sind, die regelmäßig angeflogen werden. „Die Größe der Prüfbereiche orientiert sich an der Dimension des sog. Homerange, also dem Bereich, der von den betroffenen Individuen regelmäßig genutzt wird. Für seine Abgrenzung wurden artspezifische Telemetriestudien, langjährige Beobachtungsreihen und die aktuelle Einschätzung von Artexperten herangezogen“ (LAG VSW 2014). Dies bedeutet, dass die regelmäßig genutzten Nahrungshabitate der Wiesenweihe in einer Entfernung von bis zu 3 km liegen. Wenn Nahrungsflächen in größerer Entfernung genutzt werden, handelt es sich bei regelmäßiger Nutzung um eine Ausnahmesituation oder um eine zufällige Nutzung, die nicht mit einer nationalen Bedeutung zu belegen ist.</p>

P111	B	P111/B.10	SO 16	<p>Die Ergebnisse der durchgeführten avifaunistischen Untersuchungen mit zwei Beobachtungen 2010 im UG kam während der Hauptdurchzugszeiten der Wiesenweihe Anfang Mai und August (regionalplan & uvp, Dezember 2012) belegen ebenfalls, dass der Standort Köhlen-Brockoh kein regelmäßig genutzter Nahrungsraum ist. Die Hauptdurchzugszeit nach Südbeck et. al. sind Ende April bis Mitte Mai. Die Brutgebiete werden Ende Juli bis Mitte August verlassen. Während der eigentlichen Brutzeit wurde die Wiesenweihe nicht festgestellt.</p>
P111	B	P111/B.11	SO 16	<p>Betrachtet man das Umfeld des von der Naturschutzbehörde vermuteten Brutplatzes im NSG Langes Moor, ist festzustellen, dass das gesamte Umfeld des NSG mit relativ kleinstrukturierten Grünlandflächen geprägt ist, die eine bessere Habitateignung als Nahrungsgebiet für die Wiesenweihe aufweisen als der Standort Köhlen-Brockoh. Dementsprechend ist hier ein ausreichendes Nahrungsangebot im unmittelbaren Umfeld des von der Naturschutzbehörde vermuteten Brutplatzes gegeben. Eine Ausnahmesituation mit ungeeigneten Nahrungsflächen im Umfeld des Brutplatzes, die dazu führen kann, dass Wiesenweihen regelmäßig Nahrungsflächen aufsuchen, die weiter als 3 km vom Brutplatz entfernt sind, ist nicht erkennbar. Das Gegenteil ist der Fall. Bei der Überprüfung eines Rohrweihen-Brutvorkommens im Plangebiet und dessen 3 km Umfeld, Erfassung 2014 von Ökologis, Juli 2014, konnte am Standort Köhlen-Brockoh keine Wiesenweihe festgestellt werden. Es gibt nach den vorliegenden Erkenntnissen keine Anhaltspunkte für die Bewertung des Standortes Köhlen-Brockoh als Brutvogellebensraum nationaler Bedeutung.</p>

P112		P112.01	A	<p>wir nehmen Bezug auf die Stellungnahme unserer Mandantin zum Entwurf der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie 2014 vom 29. Juli 2014. Wir teilen in diesem Zusammenhang zunächst mit, dass wir für die wpd Windpark Nr. 301 GmbH & Co. KG auch im Rahmen der weiteren Entwurfsplanung zum Regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreis Cuxhaven vertretungsberechtigt sind. Die ordnungsgemäße Bevollmächtigung ist Ihnen bekannt.</p> <p>In der zuvor genannten Stellungnahme hat unsere Mandantin bereits auf handwerkliche Fehler und Unklarheiten im Zusammenhang mit dem Vorranggebiet „Osten-Isensee“ im derzeitigen Entwurf des von Ihnen aufzustellenden (Teil-)Regionalplans hingewiesen. Wir weisen in diesem Zusammenhang auf weitete rechtliche Unklarheiten im Rahmen des Planentwurfs hin. Im Einzelnen:</p>
P112		P112.02	E 01	<p><u>1. Fehlerhafte Planungskonzeption</u></p> <p>Auf S. 6 der Begründung zur Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie 2014 heißt es:</p> <p>„Aus diesem Grund können Kriterien nur als hart eingestuft werden, wenn rechtliche Festlegungen die Errichtung von Windenergieanlagen absolut ausschließen. Sobald in der jeweiligen Rechtsgrundlage ein Ausnahmetatbestand eingeräumt wird, wird das Kriterium als weich behandelt.“</p> <p>Diese Aussage hinsichtlich der Einordnung eines Kriteriums als „hart“, ist unzutreffend. Ein hartes Tabukriterium liegt nicht nur vor, wenn rechtliche Festlegungen die Errichtung von Windenergieanlagen ausschließen, sondern ein Kriterium ist auch als „hart“ zu beurteilen, wenn dies aus tatsächlichen Umständen folgt. Zudem ist unzutreffend, dass pauschal davon ausgegangen werden kann, dass, wenn eine Rechtsgrundlage vorhanden ist, die einen Ausnahmetatbestand einräumt, ein Kriterium als weich zu beurteilen ist. Insbesondere bei artenschutzrechtlichen Bestimmungen ist es umstritten, inwieweit diese überhaupt ein hartes Tabukriterium darstellen (vgl. OVG Münster, Urt. v. 01.07.2013—2 D46/12.NE—juris Rz. 60: „nicht unterschiedslos als harte Tabuzonen handhaben“).</p>

P112		P112.03	E 01	Grundsätzlich ist jedenfalls bei entsprechender Sachverhaltsaufklärung die Einschlägigkeit eines Verbots fraglos auch ein striktes Planungshindernis. So stellt es sich zumindest dar, wenn bspw. Verbotsbestimmungen des § 44 BNatSchG verletzt sind und keine objektive Befreiungslage besteht. Schon im Tatbestand einer Verbotsnorm ist zu klären, ob die nachteiligen Auswirkungen des Vorhabens ggf. durch aus fachlicher Sicht geeignete Vermeidungs oder Schutzmaßnahmen im vorliegenden Einzelfall unterhalb der für die Einschlägigkeit eines Verbots relevante Signifikanz- bzw. Erheblichkeitsschwelle gehalten werden können (vgl. OVG Münster, Urt. v. 20.11.2012—8A252/10—juris Rz. 110).
P112		P112.04	E 01	Dies ist zwar für eine Regionalplanung auf der relativ abstrakten Planungsstufe ein anspruchsvolles Prüfungsprogramm, jedenfalls ist im Rahmen von Verbotstatbeständen grundsätzlich zu prüfen, ob konkrete Anhaltspunkte für objektive Gefährdungslagen oder generelle Planungshindernisse vorhanden sind und diese sind im Einzelfall aufzuklären. Anderenfalls ist generell von einem Abwägungsfehler auszugehen.
P112		P112.05	E 01	<p>Unrichtig ist auch die folgende Aussage der Begründung: „Eine fälschlich als „hart“ eingestufte Tabuzone ist von der Abwägung ausgeschlossen worden, obwohl sie hätte in die Abwägung eingestellt werden müssen. Eine fälschlich als „weich“ eingestufte Tabuzone vermittelt lediglich den Eindruck, in einem Punkt planerisch konzeptionellen Einfluss nehmen zu können, indem dies gar nicht möglich ist, dies stellt den deutlich geringeren Abwägungsfehler dar.“</p> <p>Richtig ist vielmehr, dass die Aussonderung von harten Tabuzonen vollständig ohne Eintritt in den Abwägungsvorgang stattfindet. Insofern kann auch nicht der Fehler in der Unterscheidung zwischen harten und weichen Tabuzonen als ein relativ geringerer oder schwererer Abwägungsfehler angesehen werden, grundsätzlich ist die fehlerhafte Unterscheidung zwischen weichen und harten Tabuzonen als Fehler der Planungskonzeption zu werten, der die entsprechende Planungsentscheidung insgesamt rechtswidrig und unwirksam werden lässt.</p>

P112		P112.06	E 01	<p><u>2. Unrichtige Anwendung von Tabukriterien</u></p> <p>In der derzeitigen Entwurfsfassung ist lediglich zu erkennen, welche Potenzialflächen im Einzelnen zur Verfügung stehen und im Rahmen der weiteren Abwägung als Windvorranggebiete ausgewiesen werden sollen. Die grundsätzliche Planungskonzeption ist in diesem Sinne nur geeignet, Potenzialflächen kategorisierenden und pauschalen Kriterien zu unterwerfen.</p>
P112		P112.07	E 01	<p>Soweit auf S. 16 der Begründung Abstände von Windparks untereinander definiert werden, wird hier erneut der Fehler gemacht, abstrakte Abstandskriterien, die faktisch Tabukriterien darstellen, im Einzelfall anzupassen. Im Rahmen der Planungskonzeption ist dies unzulässig. Das OVG Lüneburg hat in der Entscheidung zum aufgehobenen RROP 2012 dazu ausgeführt:</p> <p>„Bedenklich erscheint auch, wie der Antragsgegner bei der Bildung von Abständen der Windparks untereinander und bei der Freihaltung vorgegangen ist Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts sind die Tabukriterien abstrakt zu definieren und einheitlich anzulegen. Für eine differenzierte ortsbezogene Anwendung der Restriktionskriterien ist bei der Ermittlung der Potenzialflächen kein Raum. Die Betrachtung der konkreten örtlichen Verhältnisse erfolgt erst auf der nächsten Stufe, wenn es darum geht, für die jeweilige Potenzialfläche im Wege der Abwägung zu entscheiden, ob sich auf ihr die Windenergie oder eine andere Nutzung durchsetzen lässt [mit Verweis auf Bundesverwaltungsgericht, Beschluss vom 15.09.2009, 4 BN 25.09].“</p>
P112		P112.08	E 01	<p>Insofern ist unzutreffend, dass diese deutlich als weiches Tabukriterium zu qualifizierende Vorgabe in die Potenzialflächenauswahl transferiert und modifiziert wird. Bei einer solchen Gebietsauswahl hat die Anwendung des Tabukriteriums schon rechtslogisch nichts zu suchen.</p>

P112		P112.09	E 01	<p><u>3. Mangelnde Unterscheidung zwischen harten und weichen Tabukriterien</u></p> <p>Auf S. 9 werden zudem im Bereich der „Infrastruktur“ Flugplatzflächen und militärische Anlagen als weiche Tabuzonen definiert. Es ist nicht einleuchtend, inwieweit diese Bereiche nicht zwingend von der Nutzung mit Windenergie freigehalten werden müssen. Auch hier wird deutlich, dass die Vorgaben des OVG Lüneburg (a. a. O., Rz. 107) nicht eingehalten werden. Dort heißt es: „Davon abgesehen genügt die Planung den an sie zu stellende Anforderungen auch deshalb nicht, weil sich der Planungsträger den Unterschied zwischen harten und weichen Tabuzonen nicht bewusst machen, sondern ihn auch dokumentieren muss.“</p>
P112		P112.10	E 01	<p>Es ist völlig unklar, inwieweit Flugplatzflächen oder militärische Anlagen tatsächlich zur Windenergienutzung in Frage kommen können, dies ist im Übrigen auch nicht dokumentiert.</p>
P112		P112.13	SO 31	<p><u>4. Fehlende Dokumentation der Entwurfsentwicklung</u></p> <p>Die fehlende Dokumentation wirkt sich auch auf die derzeitige Grenzziehung des Vorranggebiets „Osten-Isensee“ aus. Wie bereits in der Stellungnahme unserer Mandantin vom 29. Juli 2014 in tatsächlicher Hinsicht dargestellt, ergibt sich keine nachvollziehbare Begründung für die entsprechende Grenzziehung insbesondere im südöstlichen Bereich sowie hinsichtlich der zu Unrecht berücksichtigten und als Ausschlussgebiet angesehenen Waldfläche.</p>
P112		P112.14	SO 31	<p>Es ist nicht erkennbar, dass die Planungskonzeption bereits innerhalb des Entwurfszustandes in ein Stadium vorgerückt ist, in dem bereits einzelfallbezogene Abwägungen stattgefunden haben, die die entsprechende Grenzziehung begründen könnten.</p>
P112		P112.15	SO 31	<p>Insoweit ist vor dem Hintergrund der gesamträumlichen Planungskonzeption überhaupt nicht nachvollziehbar, welche Begründungen der derzeitigen Grenzziehung im Entwurf zugrunde liegen.</p>
P112		P112.16	SO 31	<p>Im Rahmen der Potentialflächenfestlegung sind jedenfalls ausschließlich diejenigen Gebietsbereiche ausfindig zu machen, die für die Windenergienutzung geeignet erscheinen, was sich aus Anlegen der harten und weichen Tabukriterien ergibt. Erst anschließend folgen weitere Planungsschritte, die in den Planaufstellungsunterlagen dokumentiert werden müssen.</p>

P112		P112.17	SO 31	Die derzeitige Entwurfsfassung erklärt den von der Potentialfläche abweichenden Zuschnitt des Vorranggebiets Osten-Isensee nicht, so dass bereits aus rechtlichen Gründen ein Abwägungsfehler mindestens indiziert ist.
P113		P113.01	SO 24	Unsere Mandantin betreibt auf dem Gebiet der Samtgemeinde Land Wursten den Windpark Midlum. Der Windpark besteht aus 70 Windenergieanlagen vom Typ Enercon E-40 mit einer Gesamthöhe von jeweils 52 m; es handelt sich somit um einen der größten Windparks Deutschlands. Der Windpark Midlum wurde vom Landkreis Cuxhaven mit Baugenehmigung vom 16.03.1998 genehmigt und im Jahr 1999 in Betrieb genommen. Der rechtsgültige Flächennutzungsplan der Samtgemeinde Land Wursten aus dem Jahr 2011, legt für den nördlichen Teilbereich der Windfarm eine Höhenbeschränkung von unter 55 m über Grund fest, im südlichen Bereich des Parks wird die Höhe der Anlagen auf unter 100 m über Grund begrenzt.
P113		P113.02	SO 24	Dem zuletzt offenliegenden Entwurf des regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven — sachlicher Teilabschnitt Windenergie — Stand Juni 2014 („RROP 2014“) ist zu entnehmen, dass der Bereich des Windparks Midlum zukünftig nicht mehr als Vorranggebiet Windenergienutzung festgelegt sein soll. Die Errichtung von Windenergieanlagen in diesem Bereich ist somit gemäß Ziff. 4.2.2 10 innerhalb des rechtsgültigen Flächennutzungsplangebietes nur möglich, wenn das Orts- und Landschaftsbild nicht wesentlich verschlechtert wird und im Übrigen alle weiteren im Einzelfall zu prüfenden rechtlichen Vorschriften eingehalten werden.
P113		P113.03	SO 24	Zudem ist die Höhe der Windenergieanlagen in diesem Bereich auf die im Flächennutzungsplan festgelegten Gesamthöhen beschränkt. Gemäß Ziff. 4.2.2 07 des Entwurfs des RROP 2014 soll der Windpark Midlum in seiner Nutzungsdauer bis 2030 befristet sein, um einen eventuellen Abbau der Schwerminerallagerstätten in diesem Gebiet auf lange Sicht nicht zu erschweren oder zu verhindern. Eine bauleitplanerische Festsetzung von Windparks und damit auch die Änderung des geltenden Flächennutzungsplans — insbesondere für ein Repowering — ist der Samtgemeinde außerhalb von Vorranggebieten nach Ziffer 4.2.2 06 des RROP 2014 nicht mehr möglich.

P113		P113.04	SO 24	<p>Namens und in Vollmacht der TREF Wind Midlum GmbH & Co. KG nehmen wir zum Entwurf des RROP 2014 wie folgt Stellung und tragen insbesondere die im Folgenden näher dargelegten Einwendungen vor. Der bisherige Entwurf des RROP 2014 berücksichtigt in keiner Weise die berechtigten Interessen der Betreiberin des Windparks Midlum, insbesondere mit Blick auf ein naheliegendes Repowering (1.). Auch die landesplanerischen Vorgaben zur Ermöglichung eines Repowerings werden nicht beachtet (2.). Schließlich wird den planerischen Zielen der Samtgemeinde Land Wursten nicht im erforderlichen Ausmaß Rechnung getragen (3.). Der Standort des bestehenden Windparks Midlum ist auch im RROP 2014 — wie bisher — als Vorranggebiet für die Windenergienutzung auszuweisen. Auch die zeitliche Befristung der Zulässigkeit des Windparks ist insoweit zu ändern, als zumindest ein Zeitrahmen vorzusehen ist, indem eine sinnvolle Nachnutzung des Bestandparks möglich ist.</p>
P113		P113.05	SO 24	<p>Hierzu im Einzelnen:</p> <p><u>1. Einwendungen der TREF Wind Midlum GmbH & Co. KG</u></p> <p>Der Windpark Midlum wurde im Jahr 1999 in Betrieb genommen. Er besteht aus 70 Windenergieanlagen vom Typ Enercon E-40 mit einer Nennleistung von jeweils 500 kW. Insgesamt ist somit eine Nennleistung von 35 MW am Standort Midlum installiert. Die Windenergieanlagen genießen auf Grund der Baugenehmigung jedenfalls bis ins Jahr 2030 Bestandsschutz. Für die Betreiberin ist gleichwohl fraglich, ob ein Weiterbetrieb des Parks in der bestehenden Form auch nach dem Jahr 2019 wirtschaftlich sinnvoll und möglich ist. Auf Grund des steigenden Alters der Windenergieanlagen und der erhöhten Anforderungen an die Standsicherheitsnachweise ab diesem Zeitpunkt kann nicht ohne weiteres davon ausgegangen werden, dass ein wirtschaftlich tragfähiger Weiterbetrieb des Windparks möglich ist.</p>

P113		P113.06	SO 24	Durch die jetzt geplanten Änderungen des RROP 2014 werden der Betreiberin zudem sämtliche Entwicklungsmöglichkeiten genommen. Insbesondere ein Repowering, also das Ersetzen der bestehenden Altanlagen durch neue und deutlich leistungstärkere Anlagen., würde durch die Regionalplanung ausgeschlossen. Das bedeutet zugleich, dass an einem der windhöffigsten Onshore Standorte in ganz Deutschland technisch längst veraltete Windenergieanlagen weiterbetrieben werden müssen. So wird die Möglichkeit der optimalen Ausnutzung des Windangebots und der Effizienzsteigerung durch ein Repowering mit modernen Anlagen verhindert.
P113		P113.07	B 07	Zudem wird durch eine — nicht erforderliche — zeitliche Befristung bis zum Jahr 2030 ein bestehender Windpark zur Einstellung des Betriebs gezwungen. Dies stellt einen massiven Eingriff in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb der TREF Wind Midlum GmbH & Co. KG dar, der von der Betreiberin nicht hingenommen werden wird.
P113		P113.08	B 07	Im Ergebnis machen wir im Auftrag der Betreiberin daher Einwendungen gegen die zeitliche Befristung des Windparks in Ziffer 4.2.2 07 des RROP 2014 (a.) sowie die Aufhebung des bestehenden Vorranggebietes für die Windenergienutzung am Standort Midlum (b.) geltend.
P113		P113.09	E 07	<u>a. Keine zeitliche Befristung bis 2030</u> In Ziffer 4.2.2 07 wird im RROP 2014 bestimmt, dass der Windpark hinsichtlich seiner Nutzungsdauer bis 2030 befristet ist, um einen eventuellen Abbau der Schwerminerallagerstätten auf lange Sicht nicht zu erschweren oder zu verhindern. Die Begründung zu dieser Festlegung verweist hinsichtlich des Zeitraums lediglich auf das Zielabweichungsverfahren aus dem Dezember 2006.
P113		P113.10	E 07	Zur Richtigstellung ist zuerst darauf hinzuweisen, dass — ausweislich der Begründung des RROP 2014 — der Landkreis Cuxhaven derzeit offensichtlich annimmt, dass die gesamte Schwerminerallagerstätte durch ein Vorranggebiet Rohstoffabbau überplant ist. Dies trifft jedoch so nicht zu, vielmehr ist lediglich ein kleiner Teilbereich im Norden des Gebiets als Vorranggebiet nach § 8 Abs. 7 Nr. 1 ROG festgelegt, der überwiegende Teil ist lediglich als Vorbehaltsgebiet gemäß § 8 Abs. 7 Nr. 2 ROG ausgewiesen. Damit tritt der Schwermineralienabbau in weiten Teilen des Windfeldes nach den rechtsgültigen planerischen Festlegungen hinter die im RROP 2012 als Vorranggebiet festgelegte Windenergienutzung zurück.

P113		P113.11	B 07	Aus Sicht der Betreiberin ist eine Befristung der Nutzungsdauer des Windparks bis zum Jahr 2030 nicht erforderlich, da derzeit nicht absehbar ist, dass die Schwermineralvorkommen tatsächlich ab diesem Zeitpunkt ausgebeutet werden sollen. Von entsprechenden Planungen ist hier jedenfalls nichts bekannt.
P113		P113.12	E 07	Eine Abwägung zwischen dem Interesse der TREF Wind Midlum GmbH & Co. KG an einem wirtschaftlichen Weiterbetrieb des Windparks und gegebenenfalls einem Repowering der bestehenden Anlagen und der Sicherung des Rohstoffabbaus hat bislang offensichtlich nicht stattgefunden.
P113		P113.13	E 07	Weshalb die Befristung der Nutzungsdauer des Windparks bis 2030 für erforderlich gehalten wird, ist der Begründung zum Entwurf des RROP 2014 nicht zu entnehmen. Weiterhin ist in der Begründung nicht ausgeführt, inwieweit der Abbau von Schwermineralien das Interesse an der Windenergienutzung überwiegen sollte.
P113		P113.14	B 07	Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass sich der Windpark Midlum auf einer Fläche von mehr als 200 ha erstreckt und nicht anzunehmen ist, dass dieser gesamte Bereich gleichzeitig bergbaulich genutzt werden wird. Es ist daher aus Gründen der Verhältnismäßigkeit geboten, die zeitliche Befristung der Nutzungsdauer des Windparks — soweit diese überhaupt erforderlich ist — zumindest in Abschnitten zu vollziehen und auf diesem Wege eine Staffelung der zeitlichen Befristung festzulegen.
P113		P113.15	B 07	Namens der Betreiberin regen wir an, den südlichen Teilbereich, der sich für ein Repowering in besonderer Weise eignen würde, da hier die Gemeinde bereits jetzt eine Höhenentwicklung von bis zu 100 m für möglich hält, von der zeitlichen Befristung auszunehmen, beziehungsweise die zeitliche Befristung zumindest soweit zu verlängern, dass ein Repowering wirtschaftlich sinnvoll durchgeführt werden kann.

P113		P113.16	SO 24	<p><u>b. Erhaltung des Vorranggebietes am Standort Midlum</u></p> <p>Gemäß Ziffer 4.2.2 01 des RROP 2014 sind die Vorranggebiete Windenergienutzung in der zeichnerischen Darstellung abschließend festgelegt. Die Detailkarte 24 zum RROP 2014 weist den Windpark Midlum nur noch als bauleitplanerisch gesicherten Bereich, nicht mehr als Vorranggebiet Windenergienutzung aus.</p> <p>Nach den hier vorliegenden Unterlagen, insbesondere der Begründung zum Entwurf des RROP 2014, ist für uns nicht nachvollziehbar, weshalb das Gebiet des Windparks Midlum in Zukunft kein vorrangig geeignetes Areal für die Ansiedlung von Windenergieanlagen darstellen sollte. Gegen die Aufhebung des im RROP 2012 noch ausgewiesenen Vorranggebietes Windenergienutzung sprechen insbesondere folgende Überlegungen:</p>
P113		P113.17	SO 24	<ul style="list-style-type: none"> • Zunächst wurde bei Aufstellung des RROP 2014 die Fläche des Windparks Midlum zutreffend als Potenzialfläche für die Windenergienutzung bestimmt, d.h. der Standort liegt nicht in einer harten oder weichen Tabuzone, sondern wurde im Zuge der Abwägung mit anderen Belangen als Vorranggebiet ausgeschieden.
P113		P113.18	SO 24	<p>Aus der Begründung zum Entwurf des RROP 2014 ergibt sich aus dem „Zwischenergebnis Arbeitsschritt 3“, dass alleiniger Grund für die geplante Aufhebung des Vorranggebietes der Umstand sein soll, dass die Abstände zwischen den Bestandsparcs Dorum-Sachsendingen, Holßel/Neuenwalde, Langen-Krempel und Midlum sich gegenseitig durch Unterschreitung der „erforderlichen Abstände“ behinderten.</p>
P113		P113.19	SO 24	<p>Die Begründung verweist hierbei auf die Landesempfehlung der obersten Raumordnungsbehörde, die einen Abstand von 5 km zwischen Windparks empfiehlt. Allerdings nennt die Begründung ausdrücklich auch die Möglichkeit von Ausnahmen im Einzelfall. Es sei zu berücksichtigen, dass es sich bei der Landesempfehlung nicht um eine gesetzliche, zwingend zu beachtende Vorgabe handelt, sondern lediglich um eine Planungsempfehlung. Zugunsten der Windenergie kann im Einzelfall der Abstand zwischen Windparks also geringer ausfallen. Ob vorliegend Gründe für eine solche Ausnahme gegeben sind und ob sie bei der Aufstellung des Entwurfs des RROP 2014 Berücksichtigung gefunden haben, ist der Begründung nicht zu entnehmen.</p>

P113		P113.20	SO 24	Sollte eine solche Betrachtung des Einzelfalls für Midlum noch nicht stattgefunden haben, ist dies zwingend nachzuholen, da das RROP 2014 andernfalls rechtsfehlerhaft wäre. Liegen im Einzelfall nämlich sachliche Gründe für eine Beibehaltung der Vorranggebiete auch bei geringeren Abständen vor, ist die Festlegung geringerer Abstände gerechtfertigt und unter Umständen sogar geboten.
P113		P113.21	SO 24	<ul style="list-style-type: none"> • Sachliche Gründe für die Beibehaltung des Vorranggebiets sind hier gegeben: Angesichts der hohen Dichte von Windparks rund um Midlum lassen sich die Vorstellungen der obersten Raumordnungsbehörde zur Einhaltung solcher Abstände in diesem Teil des Landkreises Cuxhaven ohnehin nicht verwirklichen. Die Planung geht an insoweit an der Realität vorbei.
P113		P113.22	SO 24	Weiterhin wäre in Erwägung zu ziehen, ob die drei Windparks Holßel/Neuenwalde, Langen-Krempel und Midlum unter raumordnerischen Gesichtspunkten nicht als ein Windpark anzusehen sind, dessen Teile lediglich durch die Autobahn A 27 und das Waldstück „Schiffshöhe“ getrennt wird. Als Vergleich bietet sich der Standort Heerstedt-Lunestedt (Detailkarte 11 zum RROP 2014) an. Dort werden einzelne Teilbereiche des Parks durch eine Hochspannungsleitung und eine Eisenbahntrasse getrennt. Trotz des dadurch entstehenden räumlichen Abstandes von ca. 600-700 m zwischen den Parkteilen wird Heerstedt-Lunestedt als ein Windpark betrachtet.
P113		P113.23	SO 24	<ul style="list-style-type: none"> • Aus der Begründung zum RROP 2014 ergibt sich, dass das bestehende Vorranggebiet Midlum aufgehoben wird, weil der Windpark ohnehin eine befristete Nutzungsdauer bis 2030 habe. Den umliegenden Windparks wird daher offenbar ein langfristigeres Potential zugemessen. Der Windpark Midlum ist zeitlich nur befristet zulässig, weil unter der Oberfläche des Windfeldes Rohstoffe — konkret: Schwermineralien — lagern. Diese Lagerstätte ist im RROP 2012 weit überwiegend als Vorbehaltsgebiet festgelegt, im äußersten nördlichen Teil des Windparks auch als Vorranggebiet für Schwermineralvorkommen. Allerdings ist hier genau zu prüfen, ob dieses Rohstoffvorkommen der Windenergienutzung tatsächlich entgegensteht. Nach unserer Einschätzung ist eine Befristung des Windparks [Ende des Satzes fehlt bereits im Original]

P113		P113.24	SO 24	<ul style="list-style-type: none"> Während die Begründung zum RROP 2014 diese Befristung der Zulässigkeit des Windparks Midlum bis 2030 als Grund für die Aufhebung des Vorranggebietes angibt, bleibt eine ganze Reihe von Gründen, die für ein Beibehalten des Vorranggebietes Windenergienutzung am Standort Midlum sprechen, völlig außer Betracht. <p>Der Windpark Midlum wurde bereits im Jahre 1999 in Betrieb genommen, es handelt sich damit um einen langjährigen und akzeptierten Standort für die Windenergienutzung. Im näheren Bereich ist Midlum der größte zusammenhängende Windpark, der auf einer Fläche von über 200 ha 70 Windenergieanlagen versammelt. Einzige Betreiberin ist die TREF Wind Midlum GmbH & Co. KG, so dass unter diesem Gesichtspunkt ideale Voraussetzungen für ein Repowering des Standorts bestehen.</p>
P113		P113.25	SO 24	Ohne Berücksichtigung bleibt im Entwurf des RROP 2014 bislang die Akzeptanz, die einem Repowering an einem seit vielen Jahren bestehenden Windpark von der Öffentlichkeit entgegengebracht wird.
P113		P113.26	SO 24	Der Flächennutzungsplan der Samtgemeinde Land Wursten ermöglicht jedenfalls im südlichen Teilbereich des Windparks Midlum die Errichtung von höheren Windenergieanlagen und damit ein Repowering. Aus Sicht der Samtgemeinde Land Wursten ist ein Repowering und damit der Erhalt des Windparks Midlum also gewollt.
P113		P113.27	SO 24	Die Bauleitplanung der Samtgemeinde Land Wursten wird vom Landkreis Cuxhaven in die Überlegungen zum RROP 2014 offensichtlich gar nicht einbezogen. Damit liegt aber ein Verstoß gegen das in § 1 Abs. 3 ROG normierte Gegenstromprinzip vor.
P113		P113.28	SO 24	Keinen Einfluss auf die planerischen Überlegungen des Landkreises Cuxhaven hat bislang zudem der Umstand, dass der Windpark Midlum sich unmittelbar an der Bundesautobahn A 27 befindet, der Standort also durch die Verkehrsanlage vorgeprägt ist und als deutlich weniger beeinträchtigend für das Landschaftsbild anzusehen ist als andere Windparks in der Umgebung.

P113		P113.29	SO 24	Der Windpark Midlum hat auch im regionalen Vergleich sehr gute Gegebenheiten im Hinblick auf die Abstände zu Siedlungsbereichen: Im Umkreis von einem Kilometer um das Vorranggebiet Midlum im RROP 2012 befinden sich lediglich die „Alte Siedlung“ als einzige Ortslage östlich von Midlum und die beiden landwirtschaftlichen Betriebe an der Kransburger Straße südlich bzw. südwestlich des Windparks als Siedlung im Außenbereich. Aufgrund dieses Kriteriums würde es genügen, das Vorranggebiet aus dem RROP lediglich minimal zu verkleinern.
P113		P113.30	SO 24	<ul style="list-style-type: none"> Private und wirtschaftliche Interessen der TREF Wind Midlum GmbH & Co. KG werden im Rahmen der Abwägung bisher überhaupt nicht beachtet. Hier ist jedenfalls das Interesse der Betreiberin an einem Weiterbetrieb des Parks auf regionalplanerisch gesicherter Basis bzw. am Erhalt der Entwicklungsmöglichkeiten des Parks für ein Repowering in die Abwägung einzustellen.
P113		P113.31	SO 24	Durch die gegenwärtig geplante Aufhebung des bestehenden Vorranggebiets Windenergienutzung besteht die Gefahr, dass der Weiterbetrieb des Windparks bereits in wenigen Jahren aus wirtschaftlichen Gründen unmöglich wird.
P113		P113.32	SO 24	Im Ergebnis hat der Plangeber bei der Aufhebung des Vorranggebietes Windenergienutzung somit wesentliche und in die Abwägung einzustellende Belange nicht berücksichtigt, weshalb ein Abwägungsausfall vorliegt und die Aufhebung des Vorranggebietes Windenergienutzung am Standort Midlum rechtsfehlerhaft ist. Das im RROP 2012 noch festgelegte Vorranggebiet Windenergienutzung für den Bereich des Windparks Midlum ist daher auch im RROP 2014 zu erhalten.

P113		P113.33	SO 24	<p><u>2. Fehlende Beachtung der Ziele des Landesregionalordnungsprogramms Niedersachsen</u></p> <p>Der Entwurf des RROP 2014 wird in der zuletzt offengelegten Form auch nicht den Zielen des Landesregionalordnungsprogramms Niedersachsen („LROP“) gerecht. Im LROP ist unter Ziffer 4.2 ausdrücklich vorgesehen, dass die Nutzung einheimischer Energieträger und erneuerbarer Energien unterstützt wird. Insbesondere die Windenergie soll danach raumverträglich ausgebaut werden. Wörtlich heißt es:</p> <p><u>„Vorhandene Standorte, Trassen und Verbundsysteme, die bereits für die Energiegewinnung und Verteilung genutzt werden, sind vorrangig zu sichern und bedarfsgerecht auszubauen.“</u></p> <p>(Hervorhebungen durch den Unterzeichner)</p>
P113		P113.34	SO 24	Die Aufhebung des bestehenden und integrierten Standortes Midlum widerspricht dieser Vorgabe vollständig.
P113		P113.35	SO 24	Auch die Vorgaben des LROP zum Repowering in Ziffer 4.2 04 werden im RROP 2014 nicht berücksichtigt. Danach sind für die Nutzung von Windenergie geeignete raumbedeutsame Standorte zu sichern und „unter Berücksichtigung der Repowering-Möglichkeiten in den regionalen Raumordnungsprogrammen als Vorranggebiete oder Eignungsgebiete Windenergienutzung festzulegen.“
P113		P113.36	SO 24	Die Repowering-Möglichkeiten des Windparks Midlum und der umliegenden Parks werden ausweislich der Begründung zum RROP 2014 überhaupt nicht in Betracht gezogen. Dabei erkennt der Landkreis Cuxhaven, dass gerade ein 15 Jahre alter Standort mit technisch längst überholten Windkraftanlagen, der auf einer Fläche von über 200 ha besteht, ausgezeichnete Möglichkeiten für ein Repowering bietet.
P113		P113.37	SO 24	Bei einer entsprechenden Berücksichtigung im RROP 2014 Ziffer 4.2 04 Satz 6 des LROP ist sogar für nicht raumverträgliche Einzelanlagen die Möglichkeit vorgesehen, in den regionalen Raumordnungsprogrammen geeignete, zusätzliche Vorrang- oder Eignungsgebiete Windenergienutzung ausschließlich für Repowering-Maßnahmen festzulegen.
P113		P113.38	SO 24	Wenn dies aber vom Landesplangeber sogar für Einzelanlagen gewollt wird, dann muss die Berücksichtigung der Repowering-Möglichkeiten für einen Betreiber, insbesondere bei einem großen zusammenhängenden Standort wie Midlum, zwingend Berücksichtigung finden.

P113		P113.39	SO 24	Diese landesplanerischen Vorgaben setzt das RROP 2014 derzeit in keiner Weise um. Für den Standort Midlum bedeutet das, dass auch aufgrund dieser Vorgaben des LROP weiterhin ein Vorranggebiet Windenergienutzung beibehalten werden muss und die Möglichkeiten für ein Repowering gewahrt werden müssen.
P113		P113.40	SO 24	<u>3. Berücksichtigung der Belange der Samtgemeinde Land Wursten.</u> Die TREF Wind Midlum GmbH & Co. KG als Betreiberin des Windparks Midlum schließt sich den Ausführungen der Samtgemeinde Land Wursten zum Entwurf des RROP 2014 in vollem Umfang an.
P113		P113.41	SO 24	Insbesondere der Hinweis der Samtgemeinde, dass durch die derzeitige regionale Raumordnungsplanung des Landkreises Cuxhaven der Samtgemeinde langfristig ca. 20 bis 30% des gesamten Gewerbesteueraufkommens verloren gehen würden, sind als ein wesentlicher Punkt in die weiteren Planungen einzustellen.
P113		P113.42	SO 24	Die Stellungnahme der Samtgemeinde Land Wursten unterstreicht im Übrigen den bauleitplanerisch bereits geäußerten Willen der Gemeinde, den Standort Midlum nicht nur zu erhalten, sondern ein raumverträgliches Repowering dort zu ermöglichen. Diese kommunale Willensbildung sollte der Landkreis Cuxhaven durch eine fehlerhafte regionalplanerische Festlegung nicht unmöglich machen.
P113		P113.43	SO 24	<u>4. Erforderliche Änderungen des Entwurfs des RROP 2014</u> Um die Interessen der TREF Wind Midlum GmbH & Co. KG als Betreiberin des Windparks Midlum angemessen zu berücksichtigen, ist das RROP 2014 wie folgt zu ändern: <ul style="list-style-type: none"> • Zunächst ist die zeitliche Befristung der Zulässigkeit des Windparks bis zum Jahr 2030 aufzuheben, bzw. ist hier eine verhältnismäßige Befristungsregelung vorzusehen, die zumindest eine sinnvolle Nachnutzung des Bestandparks und insbesondere ein Repowering ermöglicht. Der Betreiberin muss die Möglichkeit erhalten bleiben, den Windpark zu repowern und die neuen Anlagen für einen wirtschaftlich sinnvollen Zeitraum zu betreiben.

P113		P113.44	SO 24	<ul style="list-style-type: none"> • Der Standort des bestehenden Windparks Midlum ist auch im RROP 2014 - wie bisher - als Vorranggebiet für die Windenergienutzung auszuweisen, so dass nicht nur der Weiterbetrieb der veralteten Bestandsanlagen möglich ist, sondern auch ein Repowering des Parks. Der Samtgemeinde Land Wursten muss - den entsprechenden gemeindlichen Planungswillen vorausgesetzt - die Möglichkeit erhalten bleiben, ihre Flächennutzungsplanung an die Erfordernisse eines Repowerings mit modernen Windenergieanlagen anzupassen.
P113		P113.45	A	Sollte das RROP 2014 nicht entsprechend diesen Ausführungen angepasst werden und ein ökologisch und ökonomisch sinnvolles Repowering des Windparks Midlum ausschließen, wird unsere Mandantin Rechtsbehelfe gegen das Raumordnungsprogramm einlegen.
P113		P113.46	A	Neben den hier dargelegten planungsrechtlichen Fragen prüft unsere Mandantin auch die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen gegenüber dem Landkreis Cuxhaven, falls das im RROP 2012 noch festgelegte Vorranggebiet tatsächlich aufgehoben werden sollte.
P114		P114.01	E 01	Die vorgesehenen Vorranggebiete beruhen auf der Anwendung eines Kriterienrahmens bestehend aus harten und weichen Tabuzonen. Die Herleitung der harten und weichen Tabuzonen und ihr Zusammenspiel werden in der Begründung dargelegt. Es wird deutlich, dass sich der Landkreis bemüht, als harte Tabuzonen nur die Bereiche anzusehen, in denen rechtliche Festlegungen die Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) absolut ausschließen.
P114		P114.02-20	E 01	Siehe Stellungnahme P111.2-20
P114		P114.21	E 01	Danach halten wir fest, dass gegen einige weiche Tabuzonen bzw. die ihnen zugrunde liegenden Kriterien und ihre Handhabung rechtliche Bedenken bestehen. Insbesondere gilt dies für die Kriterien, die die Siedlungsflächen und die zu ihnen einzuhaltenden Abstände betreffen.
P114		P114.22	E 01	Der „Ortslagen“-Begriff, die Pufferabstände und das Kriterium „Rotorblattspitze“ beschränken die Windenergienutzung ohne sachlich hinreichende Rechtfertigung.
P114		P114.23	E 01	Zweifel bestehen auch im Hinblick auf das Gleichbehandlungs- und das Verhältnismäßigkeitsgebot. Das Potenzialflächenangebot ist danach größer als in den Unterlagen angegeben.

P114		P114.24	E 01	Anhand der ausgelegten Unterlagen lässt sich die Auswahl der Vorranggebiete aus den Potenzialflächen nicht genau nachvollziehen. Ebenso wenig lässt sich konkret nachvollziehen, aus welchen Gründen genau einige Gebiete nicht mit ausgewählt wurden. Das Verfahren „leidet“ insoweit nicht an übergroßer Transparenz. Eine weitergehende Stellungnahme zum Arbeitsschritt 3 im Allgemeinen und im Besonderen ist uns daher zur Zeit nicht möglich.
P114		P114.25	SO 29	An dieser Stelle gleichwohl der Hinweis: Konkret geht es unserer Mandantin um das Gebiet des Windparks Nordleda. Der Windpark ist nicht als Vorranggebiet festgelegt. Grund dafür wird die Anwendung der harten und weichen Tabuzonen für Siedlungsflächen sein, insbesondere die Anwendung des „Ortslagen“-Begriffs.
P114		P114.26	SO 29	Abgesehen davon, dass wir die Anwendung des Begriffs für rechtswidrig halten, würde man im Hinblick auf den Windpark Nordleda selbst dann zu einem anderen, für unsere Mandantin günstigeren Ergebnis kommen, wenn man den „Ortslagen“-Begriff des Entwurfs zugrunde legte.
P114		P114.27	SO 29	Denn es wurden Bereiche als „Ortslage“ angesehen, die auch nach den AKTIS-Kriterien keine Ortslage ist. Dies gilt z.B. für den nordwestlichen Teil von Ostergehren. Die Fläche der ausgewiesenen Ortslage beträgt ca. 6,4 ha und kann somit nach AKTIS-Kriterien nicht zur Einstufung als Ortslage führen.
P114		P114.28	SO 29	Bleibt das Kriterium „10 Anwesen“. Zwar befinden sich nach dem Kataster zehn verschiedene Grundstückseigentümer in diesem Gebiet. Allerdings kann das östliche Anwesen (Jankautzki) nicht dazugezählt werden, da es durch eine Weide von dem Bebauungszusammenhang getrennt wird. Nach der AKTIS-Definition wird die Ortslage „zur Feldlage oder zu Waldflächen ... in der Regel durch die Grenzen der bebauten Grundstücke unter Einbeziehung der Hofraumflächen und Hausgärten gebildet.“ Die Weide ist indes weder Hofraumfläche noch Hausgarten.
P114		P114.29	SO 29	Ebenfalls nicht „Ortslage“ im Sinne der AKTIS-Kriterien können eindeutig im Außenbereich liegende Hofstellen sein, selbst wenn z.B. an der Straße Osterende/K 9 mehrere allein im Außenbereich liegende Hofstellen, getrennt durch Grünland etc., aufeinander folgen.

P114		P114.30	SO 29	Der Landkreis muss sich überlegen, ob er die Privilegierung dieser Betriebe im Außenbereich dadurch in Frage stellen will, dass er sie immerhin in einem RROP, das ja für den Bereich der Bauleitplanung nicht ohne Bedeutung ist, in eine „Ortslage“ einbezieht.
P114		P114.31-44	B 10	Siehe Stellungnahme P111.28-41
P114		P114.45	SO 29	Unsere Mandantin betreibt den Windpark Nordleda in einem solchen Altgebiet, das nicht mehr Vorranggebiet sein soll. Aus Sicht unserer Mandantin ist dies nicht akzeptabel. Zum einen bestehen konkrete Anhaltspunkte dafür, dass der Windpark bei richtiger, nämlich am Immissionsschutz ausgerichteter Anwendung des Begriffs „Ortslage“ ganz oder zumindest in erheblichen Teilen den Status eines Vorranggebiets auch nach den aktuellen Kriterien erhalten könnte. Zu diesem Ergebnis käme man bereits dann, wenn man die Kriterien für die „Ortslage“ nach AKTIS anwenden würde. Denn dann würden sich weitaus größere Bereiche, weil nicht Teil einer „Ortslage“, als Einzellagen darstellen, zu denen „nur“ 500 m Abstand zu halten wäre.
P114		P114.46	SO 29	Wir beantragen für unsere Mandantin, dass gemeinsam mit ihr überprüft wird, ob und ggf. in welchen Teilen der Windpark Nordleda bei richtiger Anwendung der richtigen Begriffe Vorranggebietsstatus hat.
P114		P114.47	B 10	Unabhängig davon lassen es das Raumordnungsrecht und die dazu ergangene Rechtsprechung des OVG Lüneburg nach wie vor zu, Altstandorten eine Sonderstellung dadurch einzuräumen, dass sie zu Vorranggebieten erklärt werden, auch wenn sie die aktuellen Kriterien für Vorranggebiete nicht erfüllen. Die Begründung verweist auf S. 5, wenn auch in einer durchgestrichenen Textpassage, selbst und zu Recht auf die Entscheidung des OVG Lüneburg vom 9. Oktober 2008 — 12 KN 3 5/07 — (vgl. auch OVG Lüneburg, Urt. v. 17. Juni 2012 — 12 KN 80/12 —). Besteht demnach die Möglichkeit, sollte dieser Weg auch gegangen werden. Denn nur so erhalten die betroffenen Unternehmen, aber auch die betroffenen Gemeinden hinreichende Planungssicherheit für die Zukunft: die Unternehmen hinsichtlich ihrer bisherigen Investitionen und der künftig geplanten Investitionen in neue Technik, die Gemeinden in Bezug auf die Gewerbesteuereinnahmen.

P114		P114.48	B 10	Den insoweit angesprochenen öffentlichen und privaten Belangen, die für die Fortführung der Altgebiete als Vorranggebiete sprechen, stehen keine gleichgewichtigen öffentlichen und privaten Belange gegenüber, die für das Herausfallen aus dem sicheren Vorranggebietsstatus sprechen. Natur und Umwelt haben sich an den Altstandort angepasst. Die Umgebung ist bereits vorbelastet, was für die fortdauernde Nutzung spricht. Die Belange der Anwohner werden geschützt, zum einen dadurch, dass das BImSchG entsprechend hohe Schutzstandards normiert und durchsetzt. Niemand muss befürchten, unzumutbaren Immissionen ausgesetzt zu sein. Zum anderen dadurch, dass die voranschreitende Technik auch stets Verbesserungen beim Immissionsschutz mit sich bringt. Schließlich wären die Gemeinden in der Lage, mit den Mitteln der Bauleitplanung (vgl. Ziff. 05 Satz 3) die Feinsteuerung so vorzunehmen, dass den Besonderheiten der lokalen Ebene Rechnung getragen werden kann.
P114		P114.49	B 10	Wir beantragen daher für unsere Mandantin, die alten Vorranggebiete, in denen Windparks betrieben werden, wiederum als Vorranggebiete in das RROP aufzunehmen.
P114		P114.50	B 10	Möglich wäre es im Einklang mit der Rechtsprechung auch, für die Altstandorte besondere Abstandskriterien zu entwickeln, die dann bei der Vorranggebietsfestlegung zur Anwendung kämen, etwa keine oder geringere Vorsorgeabstände als diejenigen, die für bislang nicht für die Windenergieerzeugung genutzte Bereiche gelten sollen.
P114		P114.51	B 10	Auch insoweit rechtfertigen die Gewöhnung und Anpassung von Natur und Umwelt an die Vorbelastung wie auch die schutzwürdigen Belange der die Windparks betreibenden Unternehmen am Erhalt und an der Fortentwicklung ihrer Gewerbebetriebe wie auch die Belange der Gemeinden und der Allgemeinheit entsprechende Differenzierungen.
P114		P114.52	B 10	Festzustellen ist danach, dass es rechtlich einwandfrei möglich ist, die Altstandorte wie den Windpark Nordieda wiederum zu Vorranggebieten zu erklären. Dann sprechen die besseren Gründe dafür, entsprechend zu verfahren. Für Nordleda gilt dies in besonderem Maße, da der Weg, den Ziff. 10 aufzeigt, letztlich nicht praktikabel und auskömmlich ist.
P114		P114.53-58		Siehe Stellungnahmen P111.48-53

P114		P114.59	A	Ließe man dies nicht zu, wäre, um dies konkret zu sagen, der Windpark Nordleda nicht mehr zukunftsfähig. Der Bebauungsplan weist je WEA eine genaue, räumlich umschriebene Standfläche aus. Bliebe es dabei, stünde fest, dass bei Beibehaltung der Standorte ein vernünftiges, weil wirtschaftlich sinnvolles Repowering nicht möglich wäre. Denn zum einen wären höhere Anlagen, die ein Repowering an sich voraussetzt, nicht möglich, zum anderen wären selbst gleichhohe — nicht wirtschaftlich zu betreibende — WEA nicht möglich, da diese längere Rotorblätter haben, was eine Neukonfiguration des Windparks zwingend erforderlich machte, aber angesichts des engen Korsetts, das der Bebauungsplan insoweit anlegt, nicht möglich wäre.
P114		P114.60	A	WEA der neuesten Generation — high tec sozusagen — indes (vorsichtig ausgedrückt) suboptimal in einem Windpark aufzustellen, wenn es andernorts bessere Möglichkeiten gibt, wird keinem Unternehmen in den Sinn kommen. Jeder Investor wird sagen: „Hier gehe ich nicht hin!“ Damit ist aber nicht nur die Planungshoheit der Gemeinden berührt, sondern zugleich auch deren Finanzhoheit betroffen.
P114		P114.61	B 10	Es liegt daher im Interesse der Unternehmen wie der Gemeinden und damit auch der Bürgerinnen und Bürger, Altstandorte zukunftsfähig, d.h. auch in wirtschaftlicher Hinsicht repowerbar zu machen, dabei immer im Blick habend, dass WEA der neuesten Generation durch bessere, sprich: immissionsärmere Technik eben auch Vorteile für die Umwelt bringen.
P114		P114.62	B 10	Das bedeutet zugleich, dass die Regelung des Satzes 4 keinen Bestand haben kann. WEA mit einer Gesamthöhe von erheblich mehr als 100 m sind heute Standard, wenn es um das Repowern von Altstandorten geht. Satz 4 führt dazu, dass Repowern, bliebe es bei den Ansätzen des Entwurfs, im Windpark Nordleda unmöglich ist.
P114		P114.63	B 10	Und dies, obwohl höhere WEA im Einklang mit dem BImSchG zu genehmigen wären, also Anwohner keine Rechtsbeeinträchtigungen hinzunehmen hätten, und obwohl die Gemeinde bereit wäre, höhere WEA in geringerer Entfernung zu schutzwürdigen Siedlungsbereichen zuzulassen.
P114		P114.64	B 10	Nach diesseitiger Auffassung ist es nicht Aufgabe des Landkreises, dieses Ergebnis den Unternehmen und Gemeinden zu diktieren. Ziff. 10 muss daher zugunsten der Gemeinden flexibilisiert werden.
P114		P114.65-68		Siehe Stellungnahme P111.54-57

P114		P114.69	B 10	Die Regelungen Altstandorte betreffend sind zu restriktiv und zudem nicht hinreichend rechtssicher. Ein vernünftiges Repowering lässt die Regelung in Ziff. 10 nicht zu. Will man die Altstandorte nicht zu Vorranggebieten erklären, wäre Ziff. 10 50 auszugestalten, dass die Gemeinden jedenfalls in gewissen Grenzen regelungsbefugt bleiben, insbesondere im Hinblick auf die zulässige Höhe von WEA.
P115	A	P115/A.01	E 01	Die vorgesehenen Vorranggebiete, zu denen der im BImSchG-Genehmigungsverfahren befindliche Windpark Kührstedt-Alfstedt nur noch mit Abstrichen gehören soll, beruhen auf der Anwendung eines Kriterienrahmens bestehend aus harten und weichen Tabuzonen. Die Herleitung der harten und weichen Tabuzonen und ihr Zusammenspiel werden in der Begründung dargelegt. Es wird deutlich, dass sich der Landkreis bemüht, als harte Tabuzonen nur die Bereiche anzusehen, in denen rechtliche Festlegungen die Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) absolut ausschließen.
P115	A	P115/A.02-20	E 01	Siehe Stellungnahme P111.2-20
P115	A	P115/A.21	E 01	Dies gilt umso nachdrücklicher, als unsere Mandantin zwar aus dem Entwurf ersehen kann, dass der Bereich des von ihr zur Zeit entwickelten Windparks Kührstedt-Alfstedt grds. weiter als Vorranggebiet vorgesehen ist, allerdings mit einigen Flächenverlusten, insbesondere im Bereich zwischen den beiden „Flügeln“. Jedoch lässt sich den Unterlagen nicht im Detail entnehmen, was genau Grund für diese Änderung gewesen ist.
P115	A	P115/A.22	E 01	Wir halten mithin fest, dass gegen einige weiche Tabuzonen bzw. die ihnen zugrunde liegenden Kriterien und ihre Handhabung rechtliche Bedenken bestehen. Insbesondere gilt dies für die Kriterien, die die Siedlungsflächen und die zu ihnen einzuhaltenden Abstände betreffen, aber auch die Handhabung der Kriterien „Vogelbrutgebiete nationaler Bedeutung“ und „Vogelrastgebiete internationaler und nationaler Bedeutung“ — generell wie im konkreten Fall des Windparks Kührstedt-Alfstedt.
P115	A	P115/A.23	E 01	Siehe Stellungnahme P111.23

P115	A	P115/A.24	SO 02	<p>II. Auswahl der Vorranggebiete aus den Potenzialflächen</p> <p>Anhand der ausgelegten Unterlagen lässt sich die Auswahl der Vorranggebiete aus den Potenzialflächen nicht genau nachvollziehen. Ebenso wenig lässt sich konkret nachvollziehen, aus welchen Gründen genau einige Gebiete nicht mehr oder mit anderem Zuschnitt wie beim Standort Kührstedt-Alfstedt ausgewählt wurden. Das Verfahren „leidet“ insoweit nicht an übergroßer Transparenz. Eine weitergehende Stellungnahme zum Arbeitsschritt 3 im Allgemeinen und im Besonderen ist daher zur Zeit im Grunde nicht möglich.</p>
P115	A	P115/A.25	SO 02	<p>In Anbetracht der gravierenden Folgen, die der Wegfall eines Teils der Vorranggebietsflächen am Standort Kührstedt-Alfstedt für unsere Mandantin hätte, hat sie das Büro BIOS gebeten, anhand verfügbarer Unterlagen zu beurteilen, ob es belastbare Gründe für die Flächenreduzierung am Standort Kührstedt-Alfstedt aus avifaunistischer Sicht gibt. Dahinter steht die Vermutung, dass Grund für die Flächenreduzierung ein im Jahr 2010 festgestelltes Vorkommen des Kranichs (Brutverdachtsangabe regionalpian & uvp 2012) in einem kleinen Moorbirkenwäldchen im Zentrum zwischen den „Flügeln“ war.</p>
P115	A	P115/A.26	SO 02	<p>Das Büro BIOS kommt in seiner als Anlage beigefügten aktuellen Begutachtung zu dem Ergebnis, dass der Moorbirkenwald nicht als geeignetes Bruthabitat des Kranichs bzw. Habitat für die erfolgreiche Aufzucht von Jungen gelten kann; ein aktuelles Vorkommen ist auszuschließen. Der offenbar angesetzte Abstand des Vorranggebiets von 500 m um den ehemaligen Kranich-Brutverdachtsplatz führt nicht dazu, dass sich ein Brutplatz hier etablieren werde. Der Brutverdacht 2010 sollte daher nicht mehr als Restriktion für die Abgrenzung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung herangezogen werden. Wegen der Einzelheiten verweisen wir auf die Ausführungen im Gutachten.</p>
P115	A	P115/A.27	SO 02	<p>Unsere Mandantin schließt sich den gutachterlichen Empfehlungen an und beantragt, das Vorranggebiet mindestens in der Flächenausstattung wieder auszuweisen, wie dies im RROP 2012 der Fall war.</p>
P115	A	P115/A.28	SO 02	<p>Dafür sprechen auch die erheblichen Investitionen, die unsere Mandantin im Vertrauen auf den Bestand des Vorranggebiets bisher getätigt hat.</p>

P115	A	P115/A.29	SO 02	Insgesamt besteht danach bis auf weiteres kein belastbarer Grund, die Fläche des Vorranggebiets gegenüber der Ausdehnung laut RROP 2012 im Bereich des Windparks Kührstedt-Alfstedt zu reduzieren. Der Kranich-Brutverdachtsplatz reicht zur Begründung der Reduzierung nicht aus.
P115	A	P115/A.30-43		siehe Stellungnahme P111.28-41
P115	A	P115/A.44-45		Siehe Stellungnahme P111.44-45
P115	A	P115/A.46	Z	Unsere Mandantin würde es daher begrüßen, wenn die alten Vorranggebiete, in denen Windparks betrieben werden oder zumindest in Planung sind, wiederum als Vorranggebiete in das RROP aufgenommen würden.
P115	A	P115/A.47-57		Siehe Stellungnahme P111. 48-58
P115	A	P115/A.58	SO 02	Was den Standort Kührstedt-Alfstedt betrifft, liegen die Voraussetzungen für den Beibehalt der bisherigen Vorranggebietsausweisung, ggf. auch für eine Vergrößerung der Gebietsgröße vor.
P115	B	P115/B.01	SO 02	<p>Im Rahmen der Überarbeitung des Regionalen Raumordnungsprogramms LK Cuxhaven, Teilabschnitt Windenergie, wurde die Abgrenzung des Vorranggebietes Bederkesa-Alfstedt geändert. Dabei wurde für den zentralen Teil der bisherigen Abgrenzung (RROP 2012, Detailkarte 2) ein im Jahr 2010 festgestelltes Vorkommen des Kranichs (Brutverdachtsangabe in REGIONALPLAN & UvP 2012) zugrunde gelegt und um die zeichnerische Darstellung dieses Vorkommens ein Mindestabstand von 500 m gelegt, weswegen in diesem Bereich mögliche Stelifächen für Windenergieanlagen (WEA) entfallen (vgl. Abb. 1).</p> <p>In dieser Stellungnahme werden aktuelle Erkenntnisse zur Zusammensetzung der Brutvogelfauna (insbesondere bezüglich des Kranichs) im Planungsraum dargelegt und eine Bewertung zur Neuabgrenzung des Vorranggebietes aus naturschutzfachlicher Sicht abgeleitet.</p>

P115	B	P115/B.02	SO 02	<p>Aussagen vorhandener Gutachten:</p> <p>Anlässlich einer im größeren Maßstab durchgeführten Potenzialeinschätzung hinsichtlich der Wertigkeiten für die Avifauna des Planungsraumes wurde für die nähere Umgebung keine besondere Eignung für Brutvorkommen des Kranichs prognostiziert. Aufgrund des hohen Anteils von Maisanbau im Gebiet wurde bestenfalls eine lokale Bedeutung für das Rastgeschehen von Kranichen angenommen (BIOS 2009). Dies hat sich jedoch bis heute nicht bestätigt, die Bedeutung für rastende Kraniche liegt noch unter der Schwelle der lokalen Bedeutung (eig. Feststellung, Daten in REGIONALPLAN & UvP 2012, Bios 2012, 2014).</p>
P115	B	P115/B.03	SO 02	<p>REGIONALPLAN & UVP (2012) geben in ihrem Gutachten zur Avifauna im betreffenden Planungsraum ein brutzeitliches Vorkommen der streng geschützten Vogelart Kranich für das Jahr 2010 an. Im Zeitraum vom 18.3. bis 3.8.2010 führten sie 7 Erfassungstermine zur Aufnahme des Brutvogelbestandes durch. Danach rechtfertigte die Beobachtungslage bis April 2010 (2x paarweise Nahrung suchende Kraniche im Umfeld eines als geeignet erscheinenden Moorbirkenwaldes) die Wertung als Brutverdacht. Ein Brutnachweis konnte allerdings nicht erbracht werden Aufgrund der Erkenntnisse weiterer Erfassungstermine nach April 2010 wird in jedem Fall eine erfolgreiche Brut ausgeschlossen. Das potenzielle Bruthabitat (Moorbirkenwald) wurde im August 2010 trocken vorgefunden, erwies sich also eher als ungeeignet für den Kranich Dennoch wurde aufgrund der artspezifischen fachlichen Empfehlungen zur Interpretation der Befunde von Brutvogelerfassungen (vgl SÜDBECK u. a. 2005) völlig zu Recht der Brutverdacht für ein Kranichpaar angenommen und zeichnerisch mittig für den Moorbirkenbestand dargestellt Dieses Kranich-Vorkommen hat insofern auch Eingang in die kreisweite Zusammenstellung bewerteter Vogellebensräume im Landkreis Cuxhaven gefunden wonach südwestlich von Bedekesa ein lokal bedeutsamer Brutvogellebensraum liegt (vgl. Bios 2012).</p>

P115	B	P115/B.04	U, SO 02	Der Umweltbericht zur Entwurfsfassung des überarbeiteten Regionalen Raumordnungsprogramms Stand 6/2014 greift diese Brutverdachtsangabe ebenfalls auf und stellt sie im Rahmen der Ermittlung von Bestand und Bewertung der Umweltauswirkungen mit der Bezeichnung „1 Brutpaar im artspezifischen Radius innerhalb des Mindestabstandes“ dar (Bosch & PARTNER 2014). Man bezieht sich hierbei offensichtlich auf die aktuelle naturschutzfachliche Empfehlung des Mindestabstandes von WEA zu Brutvorkommen des Kranichs von derzeit 500 m (NLT 2014) Dieser Umstand wird als voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkung eingeschätzt (Bosch & PARTNER 2014) Wie diese Auswirkung konkret aussehen könnte (Aufgabe oder Verlagerung des Brutplatzes?, Gefahr des Vogelschlags?) wird nicht dargelegt.
P115	B	P115/B.05	SO 02	In der Brutsaison 2013 wurde innerhalb des Planungsraumes eine Nachkartierung planungsrelevanter Brutvogelarten durchgeführt. Dabei konnten während 17 Termine von Mitte März bis Mitte Juli 2013 keine Anzeichen für ein Fortbestehen bzw. ein Vorkommen des Kranichs gefunden werden (REGIONALPLAN & UvP 2013). Auch während 12 Termine von Ende Januar bis Mitte Mai 2014 anlässlich einer Raumnutzungsanalyse zum Seeadler im Planungsraum (vgl. Bios 2014) sowie während drei gezielter Termine (20.3., 12.4., 14.5.2014) zur Aktualisierung / Überprüfung des Datenbestandes zu den im Gebiet siedelnden Brutvogelarten konnten keinerlei Hinweise auf ein aktuelles Brutvorkommen des Kranichs mehr gewonnen werden (eig. Feststellungen). Bei dieser Überprüfung wurde der Moorbirkenbestand zweimal gezielt aufgesucht und hinsichtlich einer Ansiedlung des Kranichs untersucht (12.4., 14.5., vgl. Fotodokumentation Abb. 2 und 3).
P115	B	P115/B.06	SO 02	Bei einer zusätzlichen letzten Kontrolle am 11.7.2014 stellte sich das potenzielle Bruthabitat als trockener Moorbirkenwald mit eingestreuten Waldkiefern einer Strauchschicht aus Faulbaum und Eberesche sowie einer Krautschicht aus Heidelbeere Farnen Pfeifengras weiteren Sußgrasern Binsen und Himbeeren dar was ebenfalls auf einen stark entwässerten degenerierten Moorstandort hinweist (eig. Feststellung)

P115	B	P115/B.07	SO 02	<p>Bewertung des Standorts hinsichtlich seiner Bedeutung als Lebensraum für den Kranich</p> <p>Der durch trockenen Moorbirkenwald zu charakterisierende degenerierte Moorstandort (Flurbezeichnung „Pastorenmoor“) inmitten einer von intensivem Maisanbau geprägten Kulturlandschaft ist nicht (bzw. nicht mehr) als geeignetes Bruthabitat des Kranichs anzusehen. Ein aktuelles Vorkommen wird definitiv ausgeschlossen. Auch stellen die unmittelbar umgebenden intensiv genutzten Mais- und Grünlandflächen kein geeignetes Habitat für die erfolgreiche Aufzucht von Jungen dar.</p>
P115	B	P115/B.08	SO 02	<p>Die Vorstellung, dass bei Einhaltung eines naturschutzfachlich empfohlenen Mindestabstandes von WEA zu einem Kranichbrutplatz (500 m, vgl. NLT 2014) sich ein solcher hier etablieren könnte, ist aufgrund der aktuellen Befunde und nicht zuletzt aufgrund der Konstellation der verbleibenden Vorrangflächen als äußerst unwahrscheinlich anzusehen. Letztere Flächen wurden einen solchen (potenziellen) Brutplatz in einem 3h-Kreis umschließen und im Falle einer Bebauung mit WEA könnten diese dann mögliche erhebliche Stör- bzw. Gefahrenquellen darstellen.</p>
P115	B	P115/B.09	SO 02	<p>Im Falle des Vorliegens eines günstigen Kranich-Bruthabitats (deckungsreicher, von Wasser umgebener Brutplatz und insektenreiche Nahrungsflächen) in Randlage zu einem geplanten Windpark ist der naturschutzfachlich empfohlene Mindestabstand zu rechtfertigen und dürfte als Maßnahme zur Vermeidung eines erheblichen Eingriffs geeignet sein.</p> <p>Im vorliegenden Fall jedoch sollte aufgrund der beschriebenen Sachverhalte dieses Kriterium nicht mehr als Restriktion bei der Abgrenzung als Vorranggebiet für die Windenergiegewinnung herangezogen werden.</p>
P116		P116.01	A	<p>1. Sie haben auch im Rahmen des jetzigen Entwurfs des RROP 2014 kein gesamträumliches schlüssiges Planungskonzept vorgelegt. Die Tatsachen, die für die negative Wirkung der planenerischen Darstellung ins Feld geführt werden, sind nicht korrekt mit dem Anliegen abgewogen der Windenergienutzung an geeigneten Standorten eine ausreichende Chance zu geben.</p>

P116		P116.02	A	Die Rechtsprechung (Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Urteil vom 24.02.2011, Az.: OVG 2 A2.09 und insbesondere BVerwG; sowie Urteil des Nds. OVG v. 14.05.2014. Az.: 12 KN 244/12 und 12 KN 29/13) hat bekanntlich strenge Maßstäbe aufgestellt, wie die Ausschlusswirkung des § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB und ein schlüssiges Planungskonzept überhaupt herbeigeführt werden kann. Die planerische Entscheidung muss bekanntlich nicht nur Auskunft darüber geben, von welchen Erwägungen die positive Standortzuweisung getragen wird, sondern auch deutlich machen, welche Gründe es rechtfertigen, den übrigen Planungsraum von Windenergieanlagen freizuhalten.
P116		P116.03	E 01	Die auf der Ebene des Abwägungsvorganges angesiedelte Ausarbeitung eines Planungskonzeptes vollzieht sich daher abschnittsweise. Dabei lassen sich diem Tabzunen in zwei Kategorien einteilen, nämlich in Zonen, in denen die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen schlechthin ausgeschlossen ist (sogenannte "harte" Tabuzonen) und in Zonen, in denen die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen zwar tatsächlich und rechtlich möglich ist, in denen nach den städtebaulichen Vorstellungen, die die Gemeinde oder Plangeber anhand eigener Kriterien entwickelt hat, aber keine Windenergieanlagen aufgestellt werden sollen ("weiche" Tabuzonen).
P116		P116.04	E 01	Nach Abzug der harten und weichen Tabuzonen sollten dann sogenannte Potentialflächen verbleiben, die für die Darstellung von [Satzende fehlt bereits im Original] Danach sind auf der Ebene des Abwägungsvorganges in einem mehrstufigen Verfahren zunächst die "harten" und die "weichen" Tabuzonen zu ermitteln. Anschließend hat in Bezug auf die verbleibenden sogenannten Potential-Flächen eine Abwägung der Windenergienutzung mit den konkurrierenden öffentlichen Belangen nachvollziehbar zu erfolgen. Abschließend ist auf der Ebene des Abwägungsergebnisses zu prüfen, ob der Windenergie in substantieller Weise Raum geschaffen wurde. Es handelt sich dabei nach Auffassung der Rechtsprechung um eine zwingend zu beachtende Prüfungsreihenfolge für den Plangeber.

P116		P116.05	E 01	<p>2. Dieses zugrunde gelegt, ist (auch) Ihr aktuelles Abwägungsergebnis nicht nachvollziehbar. Sie haben als Plangeber zwar formal, d.h. unter Heranziehung der Bezeichnung von "harten" und "weichen" Tabuzonen und letztlich verbleibenden Potentialflächen formal die geforderte Reihenfolge bei Errichtung des RROP eingehalten, die das Bundesverwaltungsgericht in ständiger Rechtsprechung vorgibt. Aus der Begründung des jetzigen Entwurfs ergibt sich aber grade nicht nachvollziehbar, weshalb Sie als Plangeber die möglichen Flächen jeweils in "harte" oder eben "weiche" Tabuzonen eingeordnet haben und warum die jetzt als Potentialflächen ausgewählten Flächen gegenüber anderen Flächen geeignet sind für die Windenergienutzung.</p>
P116		P116.06	E 01	<p>Es wird der Eindruck erweckt, die aktuellen Potentialflächen werden willkürlich ausgewählt, wiederum andere werden ohne nachvollziehbare Abwägung, als Potentialflächen ausgeschlossen. Der Begründung des jetzigen Entwurfes kann nicht entnommen werden, weshalb die ausgewählten Potentialflächen den Vorzug erhalten haben vor den abgeschmetterten Flächen. Erwägungen, welche die positive Standortzuweisung tragen, fehlen nahezu völlig.</p>
P116		P116.07	E 01	<p>Dabei ergibt sich aus der Planbegründung auch nicht, dass Sie sich auf der ersten Stufe des Planungsprozesses den Unterschied zwischen harten und weichen Tabuzonen bewusst gemacht haben und ihn dokumentieren. Als harte Tabuzonen bezeichnen Sie nur die Flächen, die in rechtlicher Hinsicht für die Nutzung von Windenergie ausgeschlossen sind. Allerdings handelt es sich bei harten Tabuzonen auch um Flächen, auf denen die Windenergienutzung aus tatsächlichen und nicht nur aus rechtlichen Gründen ausgeschlossen ist. Zwar ergibt sich aus dem Wortlaut, dass Sie als Planträger zwischen harten und weichen Tabuzonen unterschieden haben, es ist jedoch nicht klar, weshalb Sie diese Unterscheidung in dieser Form gewählt haben.</p>
P116		P116.08	E 01	<p>Gleiches gilt für die Auswahl an "weichen" Tabuzonen. Diese Tabuzonen sind zu den Flächen zu rechnen, die einer Berücksichtigung im Rahmen der Abwägung zugänglich sind. Zwar dürfen sie nach Auffassung der Rechtsprechung anhand einheitlicher Kriterien ermittelt und vorab ausgeschieden werden, dann müssen aber diejenigen Belange abgewogen werden, die im Einzelfall für und gegen die Nutzung einer Fläche für die Windenergie sprechen.</p>

P116		P116.09	E 01	Die Entscheidung für weiche Tabuzonen müssen Sie als Plangeber rechtfertigen. Dazu müssen Sie aufzeigen, wie Sie die eigenen Ausschlussgründe bewertet haben, d.h. kenntlich machen und insbesondere erkennen lassen, dass Sie einen Bewertungsspielraum haben und die Gründe für die Wertung offenlegen.
P116		P116.10	E 01	Dem jetzigen Entwurf kann aber nicht entnommen werden, daß Sie als Plangeber einen Bewertungsspielraum erkennen. Insbesondere sind die Gründe für die getroffenen Wertungen nicht oder nur sporadisch zu erkennen.
P116		P116.11	E 01	3. Auch im jetzigen Entwurf - wie zuvor im RROP 2012 - arbeiten Sie wieder mit so genannten "Pufferzonen". Dabei orientieren Sie sich aber wieder nicht an der maßgeblichen Fragestellung, ob es sich insoweit jeweils um rechtliche bzw. tatsächliche Ausschlussgründe handelt oder nicht. Zum einen legen Sie dar, Sie hätten auch sämtliche Tabuzonen, die nicht von vorne herein in rechtlicher Hinsicht ausgeschlossen sind, als "weiche" Tabuzonen gewertet und dem Abwägungsergebnis zugrunde gelegt. In Ihrem RROP finden sich aber wiederum durchgängig Abstandsregelungen zu verschiedenen Kategorien (Infrastruktur, Natur und Landschaft, Wasservirtschaft, ...) die nicht erkennen lassen, ob es sich dabei um tatsächliche oder rechtliche Ausschlußgründe handelt oder nicht.
P116		P116.12	E 01	Auch die Bildung der Abstände von Windparks untereinander lässt nicht erkennen, ob bei der jeweiligen Abstandsbildung tatsächliche oder rechtliche Hindernisse zugrunde gelegt wurden und ob diese möglicherweise im Rahmen des Abwägungsprozesses überwindbar sind. Sie legen dar, für die Abstände der Windparks untereinander sähe die Landesempfehlung der Obersten Raumordnungsbehörde 5 km vor. Hierbei handelt es sich aber lediglich um eine Empfehlung, so dass Sie grundsätzlich einen Mindestabstand zwischen den Windparks von 4 km festlegen.

P116		P116.13	E 01	Bei der Oste-Niederung soll aber aufgrund der besonderen Empfindlichkeit des Landschaftsraumes wiederum ein Mindestabstand von 5 km eingehalten werden, außerdem soll in einem Puffer von 750 m rechts und links der Oste kein neuer Windpark ausgewiesen werden. In Gebieten mit im Landkreis durchschnittlich höheren Waldanteil (über 10 %) ist zu Gunsten der Windenergie nur ein Mindestabstand von 3 km einzuhalten. Der Mindestabstand von Windparkstandorten zu Standorten in Nachbarlandkreisen beträgt dagegen nur 2 km.
P116		P116.14	E 01	Hier ist erkennbar, daß Sie als Plangeber wiederum nicht die strenge Stufenfolge einhalten. Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts sind die Tabukriterien abstrakt zu definieren und einheitlich anzulegen. Für eine differenzierte "ortsbezogene" Anwendung der Restriktionskriterien ist bei der Ermittlung der Potentialflächen grundsätzlich kein Raum. Die Betrachtung der konkreten örtlichen Verhältnisse erfolgt daher erst auf der nächsten Stufe, wenn es darum geht, für die jeweilige Potentialfläche im Wege der Abwägung zu entscheiden, ob sich aus ihr die Windenergie oder eine andere Nutzung durchsetzen soll.
P116		P116.15	E 01	Auch Ihre jetzige Begründung lässt nicht hinreichend erkennen, dass Sie diese Stufenfolge beachtet haben, sondern Sie wenden auch hier wiederum konkrete ortsbezogene Ermittlungen im Rahmen der Ermittlung der Potentialflächen an, wofür kein Raum ist.
P116		P116.16	E 01	4. Der gesamte Landkreis ist nach der Aussage des Plangebers flächendeckend bezüglich der Ausweisung neuer Vorrangstandorte anhand der vorgenannten Kriterien untersucht worden. Dabei wurden zunächst 346 neue Flächen ermittelt. Von diesen Flächen sind 324 wiederum aus verschiedenen Gründen entfallen; es verbleiben somit noch 22 Flächen. Dieses ergibt gerade einmal 0,73 Prozent der Landkreisfläche. Zwar spricht die zu nutzende Fläche nicht per se für eine Verhinderungsplanung, bei allerdings lediglich 0,73 Prozent, die der Windenergienutzung zur Verfügung gestellt werden, spricht doch sehr viel für eine reine Feigenblattplanung, so daß der Windenergie entgegen der Auffassung der Planer nicht in substantieller Weise im Landkreis Raum beschafft wird.

P116		P116.17	Z	5. Nicht unbekannt dürfte mittlerweile sein, daß unsere Mandantin die Errichtung von Windenergieanlagen schwerpunktmäßig im ehemaligen Vorranggebiet Armstorf anstrebt. Im Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms von Oktober 2009 und Juli 2010/April 201 1 war die Fläche Armstorf als Vorranggebiet für die Windenergienutzung noch vollständig enthalten.
P116		P116.18	Z	Unter damaliger laufender Nummer 27 A wurde dabei auch das potentielle Vorranggebiet Armstorf-Tannenkamp untersucht. Das Gebiet wird bis heute überwiegend als Acker, Einsaatgrünland oder artenarmes Grünland genutzt. Gleichzeitig gilt der westliche Teil (westlich Beekenweg) wohl als Gastvogellebensraum mit landesweiter Bedeutung. Im Oktober 2008 seien dort bis zu 720 Kraniche nachgewiesen worden. Der östliche Teil (östlich Beekenweg) gehöre zu einem Vogelbrutgebiet mit potentieller Bedeutung; im LRP 2000 sei hier ein Vogelbrutgebiet mit kreisweiter Bedeutung dargestellt. Die Fläche galt daher zunächst als bedingt geeignet als Vorrangstandort für die Windenergiegewinnung.
P116		P116.19	Z	Unsere Mandantin hat durch Vorlage von Gutachten dargelegt, daß die Fläche in Armstorf als Vorrangfläche für die Nutzung von Windenergie geeignet ist. Spürbare Konflikte sind nicht zu erwarten, insbesondere besteht kein Konflikt zur Avifauna. Wir gehen davon aus, daß die Gutachten unserer Mandantschaft noch in Ihrem Hause vorliegen und bei Bedarf eingesehen werden können. Da es sich bei der Fläche im übrigen um Ackerland bzw. artenarmes Grünland handelt, ist auch ein Konflikt mit dem Gut Landschaft nicht zu erwarten.
P116		P116.20	Z	Unsere Mandantin beantragt daher weiterhin, die Fläche Armstorf als Vorranggebiet für die Windenergienutzung auszuweisen. Wir halten es für abwägungsfehlerhaft, sollte die Fläche nicht als Vorrangfläche im neuen RROP 2014 ausgewiesen werden.

P116		P116.21	B 01	6. Auf Grundlage der Vorranggebiete Windenergienutzung der vorangegangenen Fassungen des Regionalen Raumordnungsprogrammes wurde bereits eine Vielzahl von Windparks genehmigt und errichtet. Mehrere dieser Parks erfüllen nach Ihrer Auffassung nicht mehr die Anforderungen der aktuellen Ausschlusskriterien und sollen daher im Zuge der Teilfortschreibung nicht mit übernommen werden. Aus Ihrer Begründung ist nicht erkennbar, dass Sie sich im Rahmen der Abwägung mit den damit verbundenen Konsequenzen für die Eigentümer und Betreiber der Anlagen befasst haben.
P116		P116.22	B 01	Insofern wird auch nicht erläutert, weshalb diese Gebiete nicht mehr geeignet sein sollen, um dort Windenergieanlagen zu betreiben. Insbesondere wurde dabei nicht die bereits vorhandene Vorbelastung der Flächen berücksichtigt. Da die Windenergieanlagen dort bereits seit Jahren betrieben werden, ist sowohl das Landschaftsbild entsprechend vorbelastet, als auch haben sich Bevölkerung und Avifauna sowie Fauna an die bestehenden Anlagen angepasst.
P116		P116.23	B 01	Sie haben auch nicht berücksichtigt, dass diese Gebiete weiterhin genutzt werden können im Rahmen des so genannten repowerings. Wir halten es für äußerst abwägungsfehlerhaft, wenn entsprechende bereits vorbelastete Gebiete nicht mehr im neuen Entwurf aufgenommen werden. Entgegen dem Vertrauensschutz der Eigentümer und Betreiber der Anlagen bestehen wird von Ihnen im Rahmen der Abwägung nicht berücksichtigt [Satz bereits im Original fehlerhaft].
P116		P116.24	E 01	7. Wie bereits zuvor dargelegt, ist auch im jetzigen Entwurf des RROP nicht hinreichend dokumentiert, wie es zu der Entscheidung kam, welche Potentialflächen für die Darstellung als Vorranggebiete für die Windenergienutzung ausgewählt wurden und weshalb andere Flächen nicht mehr als Vorranggebiete ausgewiesen werden sollen.
P116		P116.25	E 01	Die Potentialflächen sollen zu den ihren konkurrierenden Nutzungen in Beziehung gesetzt werden, d.h., die öffentlichen Belange, die gegen die Ausweisung eines Landschaftsraumes als Konzentrationszone sprechen, sind mit dem Anliegen, der Windenergienutzung an geeigneten Standorten eine Chance zu geben, abzuwägen. Dieser Abwägungsvorgang für die Ausweisung von Vorrangflächen im Falle des Regionalen Raumordnungsprogrammes sind nicht nachvollziehbar. Es liegt daher ein erheblicher Abwägungsmangel vor.

P116		P116.26	E 01	Nicht nachvollziehbar ist auch die Entscheidung des Plangebers, Waldflächen ab einer Größe von 1 ha von Windenergieanlagen freizuhalten. Es ist mittlerweile bundesweit gängige Praxis Windenergieanlagen auch in Waldgebieten zu genehmigen, insbesondere wenn es sich nicht um Wald mit besonderer Schutz-und Erholungsfunktion handelt. Der Planer hat hier formal die Errichtung von Windenergieanlagen ausgeschlossen, ohne hinreichend zu unterscheiden, ob es sich um schützenswerte Waldgebiete handelt.
P116		P116.27	E 01	a) Ein Abwägungsmangel liegt auch darin, daß der der Plangeber bei gleichen Sachverhalten unterschiedliche Maßstäbe angewandt hat. So hat er andere Flächen als Vorranggebiet ausgewiesen, obwohl es sich bei diesen ebenfalls um Vogelbrutgebiete mit landesweiter Bedeutung handeln soll - wie das Gebiet Armstorf.
P116		P116.28	SO 30	b) Im Hinblick auf dass Vorranggebiet Windenergienutzung "Odisheim/Stinstedt" ist nachgewiesen, dass es sich bei der Fläche um ein Vogelbrutgebiet mit landesweiter Bedeutung unter Berücksichtigung als Nahrungshabitat handelt. Es ist ein Weißstorch-Nahrungshabitat, das sich in ca. 1,5 km Entfernung zur Eingriffsfläche befindet. Trotz dieses bestehenden Konfliktpotentials wurde die Fläche als Vorranggebiet für die Windenergienutzung ausgewiesen mit der Begründung, Vogelbrutgebiete mit landesweiter Bedeutung seien nach dem Kriterienkatalog keine Ausschlussgebiete. Detaillierte Untersuchungen und Kartierungen sollen im Zuge des Genehmigungsverfahrens erfolgen.
P116		P116.29	Z	Die Fläche Armstorf wird demgegenüber für nicht geeignet eingestuft. Die Eingriffsfläche im Gebiet 'Odisheim/Stinstedt' ist auch nur 1,5 Km vom Nahrungshabitat des Schwarzstorchs entfernt, während die Eingriffsfläche Armstorf über 3,7 Km entfernt von einem Sammelplatz des Kranichs ist. Es ist nicht nachvollziehbar und ergibt sich aus der Begründung des RROP nicht, weshalb Sie einerseits Gebiete für die Windenergienutzung für geeignet halten, obwohl es sich nachweislich um Vogelbrutgebiete handelt und andererseits dieses Kriterium als Ausschlusskriterium ansieht.

P116		P116.30	S 30	Ebenfalls findet sich im Hinblick auf das Vorranggebiet Windenergienutzung "Odisheim/Stinstedt" der Hinweis, im westlichen Teil liege eine landesweite Bedeutung für Brutvögel vor, insbesondere durch Vorkommen von Scharzkehlchen, Feldlärche und Wiesenpieper. Hier sind Sie der Auffassung, Vogelbrutgebiete mit landesweiter Bedeutung seien nach dem Kriterienkatalog keine Ausschlussgebiete. Ein erheblicher Einfluss von Windenergieanlagen auf Wiesenvögel sei nicht nachweisbar, weshalb diese Anregung nicht zu berücksichtigen und das Gebiet insgesamt als Vorranggebiet geeignet sei.
P116		P116.31	SO 31	c) Gleiches gilt für das Vorranggebiet Windenergienutzung "Hemmoor/Isensee". Auch hier soll es sich um Vogelbrutgebiet mit landesweiter Bedeutung handeln. Es ist gleichzeitig Weißstorch-Nahrungshabitat. Die Horste befinden sich nach Kenntnis unsere Mandantin in ca. 2 km Entfernung. Daneben ist ein Vorkommen von Wiesenvögeln, wie z.B. dem Kiebitz, zu erwarten.
P116		P116.32	SO 31	Auch hier ist wiederum ein erheblicher Abwägungsmangel erkennbar. Im Vorranggebiet Hemmoor/Isensee ist ein Brutgebiet des Weißstorches in nur 2 km Entfernung vorhanden. Im Vorranggebiet Armstorf ist ein mögliches Nahrungshabitat des Kranichs über 3,7 km von der eigentlichen Eingriffsfläche entfernt. Gleiches gilt im Übrigen für die vorhandenen Kiebitze. Im Hinblick auf das Vorkommen des Kiebitzes in dem Vorranggebiet Hemmoor/Isensee wird angenommen, ein erheblicher Einfluss von Windenergieanlagen auf Wiesenvögel sei nicht nachweisbar. Daher wird die Fläche im aktuellen Entwurf des RROP als Vorrangfläche ausgewiesen, obwohl dort erhebliche Konflikte zu erwarten sind.

P116		P116.33	SO 02	d) Das Gebiet "Bederkesa/Alfstedt" bleibt ebenfalls als Windvorranggebiet für die Windenergienutzung ausgewiesen. Die Ausweisung erfolgte trotz eines hohen Konfliktpotentials. So grenzt im Süden dieser Fläche ein wertvoller Fledermauslebensraum an. Das nordöstlich zu dieser Fläche gelegene Pastorenmoor weist geschützte Biotope bzw. geschützte Landschaftsbestandteile auf. Aufgrund der strukturreichen Landschaft ist eine erhöhte Empfindlichkeit hinsichtlich faunistischer Funktionsbeziehungen anzunehmen. Aus den Unterlagen geht nicht hervor, weshalb der Antragsgegner dieses Gebiet für geeignet als ein Vorranggebiet hält, obwohl im Süden ein wertvoller Fledermauslebensraum angrenzt. Auch ist nicht erkennbar, weshalb im Rahmen des Abwägungsvorgangs die Windenergienutzung Vorrang vor der Avi-Fauna erhält.
P116		P116.34	SO 12	e) Auch die Ausweisung des Gebietes "Hemmoor-Bröcketbeck" bleibt rätselhaft. In das nördliche Gebiet dieser Fläche ragt ein Brutvogellebensraum regionaler Bedeutung.
P116		P116.35	SO 16	f) Die Fläche "Köhlen-Brockoh" soll ebenfalls als Vorrangfläche ausgewiesen werden. In ca. 400 m Entfernung nördlich der Fläche und etwa 1,9 km südlich dieser Fläche entfernt befinden sich Brutvogellebensräume mit offenem Status. Im Bereich der Geeste sind Nahrungshabitate des Kranichs erfasst worden. Trotzdem hat der Plangeber diese Fläche als Windvorranggebiet für die Windenergienutzung ausgewiesen.
P116		P116.36	SO 16	Das angeblich bestehende Nahrungshabitat des Kranichs für eine Weidefläche Armstorf haben Sie dagegen offenbar zum Anlass genommen, die Fläche als Windvorranggebiet wieder aus dem RROP herauszunehmen. Es sei noch einmal darauf hingewiesen, dass der Abstand der Eingriffsfläche Armstorf zu dem angeblich bestehenden Nahrungshabitat des Kranichs ca 3,7 km beträgt. Dagegen befindet sich der Brutvogellebensraum und das Nahrungshabitat des Kranichs hinsichtlich der Fläche "Köhlen-Brockoh" lediglich in 400 m Entfernung bzw. 1,9 km Entfernung. Trotz einer wesentlich geringeren Entfernung von Brutvogellebensräumen und Nahrungshabitaten zur Eingriffsfläche hat der Plangeber dort eine Windvorrangfläche ausgewiesen.
P116		P116.37	SO 21	g) Die Fläche "Lintig-Meckelstedt" soll ebenfalls als Windvorranggebiet ausgewiesen werden, obwohl das Gebiet inmitten eines Vogelbrutgebietes und eines Gastvogellebensraums mit lokaler Bedeutung liegt.

P116		P116.38	SO 07	h) Das Gebiet "Dorum-Sachsendingen" soll ausgewiesen werden, obwohl das gesamte Gebiet ein Brutvogelgebiet mit landesweiter Bedeutung darstellt und ein Weißstorchhorst sich in nur 2 km Entfernung zum Standort befindet. Die Fläche des Windparks wird vom Weißstorch auch als Nahrungshabitat genutzt. Auch hier ist wiederum nicht nachvollziehbar, weshalb dieser Standort erweitert bzw. neu ausgewiesen werden soll, dagegen der Standort Armstorf mit einem gutachterlich belegten geringen Konfliktpotential als Vorranggebiet abgelehnt wird.
P116		P116.39	E 01	Insgesamt ist daher das (neue) Planungskonzept des RROP 2014 nicht nachvollziehbar und beinhaltet erhebliche Abwägungsmängel. Bestehende Vogelbrutgebiete sowie Nahrungshabitate werden bei vielen Flächen nicht zum Anlass genommen, diese aus dem RROP 2014 herauszunehmen. Andere Flächen wiederum, insbesondere das ehemalige Vorranggebiet Armstorf, entfallen aufgrund eines angeblichen Vogelbrutgebietes von lokaler Bedeutung.
P116		P116.40	A	Das Planungskonzept des Antragsgegners ist daher insgesamt nicht nachvollziehbar. Es wird der Eindruck erweckt, der Plangeber versucht seine bereits im RROP 2012 ausgewählten Vorrangflächen zu halten unter mißglückter Anwendung der vom BVerwG aufgestellten Prüfungsreihenfolge.
P116		P116.41	Z	Wie bereits dargelegt, ist es nicht nachvollziehbar, weshalb Sie das Gebiet in Armstorf nicht als Vorrangfläche für die Windenergie ausgewiesen haben. Des Weiteren ist auch das Gebiet der Gemeinde Wanna für die Windenergienutzung geeignet. Die Gemeinde Wanna und die Samtgemeinde Hadeln sprechen sich nach wie vor für die Ausweisung von Vorranggebieten und für die Nutzung von Windenergie auf ihrem Gebiet in Westerwanna aus. Hier haben die Gemeinde Wanna und die Samtgemeinde auch bereits beabsichtigt, den bestehenden Flächennutzungsplan im Ortsteil Westerwanna zu ändern.

P116		P116.42	Z	Raumbedeutsame Planungen oder andere tatsächliche wie rechtliche Gründe stehen einer Verlegung des Windvorranggebietes und zwar Richtung Westen nicht entgegen. Unsere Mandantin hat auch bereits mit den Betreibern der im Windvorranggebiet betriebenen Windenergieanlagen "Hohe Geest" verbindlich vereinbart, dass die dort noch stehenden vier Windenergieanlagen ersatzlos zurückgebaut werden und in westliche Richtung vom Ortsteil Westerwanna verlegt werden. Etwaige Abstandsregelungen zu jetzt noch bestehenden Windvorrangstandorten sind daher auch nicht mehr zu beachten, so dass auch ein flächenmäßig größerer Vorrangstandort in Richtung Westen ausgewiesen werden könnte.
P116		P116.43	Z	Namens und in Vollmacht unserer Mandantin wird daher beantragt, das Gebiet in Westerwanna als Vorrangfläche für die Windenergienutzung auszuweisen.
P116		P116.44	Z	9. Unsere Mandantin wie auch die Gemeinde Geversdorf regen an, die Fläche Geversdorf/Wingst als Vorrangfläche für die Windenergienutzung auszuweisen. Sie haben im jetzigen Entwurf des ROP die Fläche Geversdorf/Oberndorf als Windvorranggebiet ausgewählt, infolge dessen entfällt durch die bestehende Konkurrenzsituation das von unserer Mandantin begehrte Gebiet in Geversdorf/Wingst. Die Fläche Geversdorf/Wingst ist aber, insbesondere in avifaunistischer Hinsicht, wesentlich besser als Vorrangfläche geeignet, als die Fläche Geversdorf/Oberndorf.
P116		P116.45	Z	Dieser Auffassung ist auch die Gemeinde Geversdorf. Wir überreichen in der Anlage die Niederschrift über die 9. öffentliche Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, 26.09.2013, unter Ziff. 6 der Tagesordnung "Regionales Planordnungsprogramm - hier: Änderungsverfahren zur Ausweisung eines Windparks auf dem Gebiet der Gemeinde Geversdorf (An der Ackerwettern)". Der Gemeinderat hat in dieser Sitzung mehrheitlich beschlossen, ein vollständiges Änderungsverfahren des Raumordnungsprogramms mit der Zielrichtung durchzuführen, dass auf dem Gebiet der Gemeinde Geversdorf (An der Ackerwettern) eine Fläche zur Erstellung eines Windparks entsprechend der ursprünglichen Ausweisung im Entwurf des RRPO ausgewiesen wird.

P116		P116.46	Z	Die Fläche Geversdorf/Wingst wird derzeit überwiegend als Acker-, Einsaatgrünland oder artenarmes Grünland genutzt. Die landwirtschaftlichen Eigentümer dieser Flächen stehen einer Ausweisung derselben für die Nutzung von Windenergie positiv gegenüber und haben bzw. werden mit unserer Mandantin entsprechende Pachtverträge abschließen.
P116		P116.47	SO 31	Im Übrigen wurde in der Fläche Geversdorf/Oberndorf das Vorkommen vom Seeadler bestätigt. Es ist derzeit noch völlig ungelöst und auch aus den Planunterlagen nicht ersichtlich, wie eine Ausweisung der Fläche Geversdorf/Oberndorf trotz des vorhandenen Seeadlers zustande kommen soll.
P116		P116.48	Z	Für die Fläche Geversdorf/Wingst besteht das "Seeadler-Problem" nicht. Die bisher nicht vorgenommene Ausweisung dieses Gebietes im jetzigen RROP sollte daher korrigiert und die Fläche als Windvorrangfläche ausgewiesen werden.
P116		P116.49	Z	Nebenbei hätte die Ausweisung des neuen Windvorranggebietes in Geversdorf auch eine Entlastung des Gemeindekerns im Hinblick auf den (erheblichen) landwirtschaftlichen Verkehr zur Folge. Nach Kenntnis unserer Mandantin muss der gesamte landwirtschaftliche Verkehr zur Nutzung seiner Flächen das Gemeindegebiet Geversdorf durchqueren. Sollte das benannte Gebiet als Windvorranggebiet ausgewiesen und daher auch neu erschlossen werden, würde es auch insgesamt zu einer Umleitung des Verkehrs kommen, so dass das Gemeindegebiet Geversdorf in dieser Hinsicht befriedet werden würde.
P116		P116.50	Z	Unserer Mandantin ist nicht unbekannt, dass in der benachbarten Gemeinde Oberndorf derzeit die Errichtung von Windenergieanlagen (Windpark Portshemm) geplant wird. Dieser Standort ist aber nicht realisierbar, da naturschutzfachliche Gründe sowie ein erheblicher Widerstand der Anlieger gegen eine Ausweisung sprechen. Die Fläche birgt daher ein ganz erhebliches Konfliktpotential, so dass die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen dort nicht mehr realisiert werden kann nach Kenntnis unserer Mandantin.

P116		P116.51	Z	Die benannte Fläche in der Gemeinde Geversdorf/Wingst ist dagegen sowohl in naturschutzfachlicher Hinsicht als auch in Bezug auf die Akzeptanz in der Bevölkerung unkritisch. Es wird daher beantragt, ein Windvorranggebiet im Bereich der Gemeinde Geversdorf, Richtung Wingst im neuen Entwurf des RROP aufzunehmen. Gerne lassen wir Ihnen Kartenmaterial über den genauen Bereich der begehrten Fläche zukommen.
P116		P116.52	A	Abschließend möchten wir darauf hinweisen, dass unsere Mandantin bereits das RROP 2012 erfolgreich im Rahmen eines Normenkontrollverfahrens vor dem OVG Lüneburg angefochten hat. Wie ausgeführt, sind wir der Auffassung, dass auch der jetzige Entwurf nicht den Vorgaben, die vom Bundesverwaltungsgericht und dem Nds. Oberverwaltungsgericht angewandt wurden, genügen. Wir sind daherzuversichtlich, dass auch ein weiteres Normenkontrollverfahren gegen den jetzigen Entwurf erfolgreich sein wird.
P117		P117A.01	SO 17	Zu dem ausgelegten Änderungsentwurf 2014 des RROP, sachlicher Teilabschnitt Windenergie, nehmen wir namens und in Vollmacht unseres Mandanten Stellung. Der Schwerpunkt der Einwendung betrifft dabei die geplante Festsetzung des Vorranggebietes mit dem Standort Lamstedt /Mittelstenahe (vgl. Detaillkarte 17). Im Ergebnis regen wir an, den Entwurf nach Maßgabe dieser Stellungnahme zu überarbeiten.
P117		P117A.02	SO 17	Wir beantragen, das geplante Vorranggebiet für Windenergienutzung am Standort Lamstedt/Mittelstenahe (Nr. 17) ersatzlos zu streichen.Unser Mandant ist als Eigentümer des zwischen Miftelstenahe und Lamstedt gelegenen denkmalgeschützten historischen Guts Haneworth negativ durch die geplante Festsetzung des Vorranggebietes für Windenergienutzung mit dem Standort Lamstedt/Mittelstenahe sowie den in Ziffer 10 vorgesehenen Schutz bauleitplanerisch gesicherter Gebiete betroffen.
P117		P117A.03	B 10	Der vorliegende Entwurf ist aus den folgenden Gründen zu ändern: <u>I. Ziffer 10 des Entwurfs: unzulässiger Bestandsschutz</u> Ziffer 10 des Entwurfs sieht vor, dass auch außerhalb der festgelegten Vorranggebiete - und damit als Ausnahme zur Ausschlusswirkung - die Errichtung von Windenergieanlagen unter bestimmten Voraussetzungen in bauleitplanerisch bereits rechtsgültig gewordenen Sonderbauflächen und Sondergebieten möglich sein soll. Ein solcher bauleitplanerisch gesicherter Bereich ist auch südöstlich des Gutes Haneworth in der zeichnerischen Darstellung festgelegt.

P117		P117A.04	B 10	Zum einen verstößt diese Regelung gegen das bundesgesetzlich vorgeschriebene Anpassungsgebot in § 1 Abs. 4 BauGB (dazu im Folgenden unter 1.). Zum anderen steht es im Widerspruch zu Ziffer 01 des Entwurfs und der damit erforderlichen abwägungsfehlerlosen Gesamtplanung (dazu im Folgenden unter 2.).
P117		P117A.05	B 10	<u>1. Verstoß gegen § 1 Abs. 4 BauGB</u> Der Entwurf beabsichtigt mit dieser Ziffer 10, die Anpassungspflicht aus § 1 Abs. 4 BauGB zu umgehen. Dies ist unzulässig. Nach § 1 Abs. 4 BauGB sind Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen. Dies beinhaltet auch die Pflicht, im Fall bauleitplanerisch bereits rechtsgültig gewordenen Sonderbauflächen und Sondergebieten für Windenergienutzung eine Anpassung an die geänderte Raumordnungsplanung vorzunehmen (Battis, in: Battis/Krautzberger/Löhr, BauGB Kommentar, 12. Aufl. 2014, § 1, Rn. 42).
P117		P117A.06	B 10	Die in Ziffer 10 vorgesehene Umgehung widerspricht dieser bundesgesetzlichen Regelung und ist damit unwirksam.
P117		P117A.07	B 10	<u>2. Widerspruch zu Ziffer 01</u> Des Weiteren stehen die unter Ziffer 01 und unter Ziffer 10 formulierten Ziele der Raumordnung in einem unvereinbaren Zielkonflikt: Soweit nach Ziffer 10 auch Windkraftanlagen außerhalb der geplanten Vorranggebiete zulässig sein sollen, steht dies der Annahme eines schlüssigen Gesamtkonzeptes, welches die Vorranggebiete mit Ausschlusswirkung nach Ziffer 01 begründen sollen, entgegen.
P117		P117A.08	SO 17	<u>II. Vorrangfläche Lamstedt/Mittelstenahe</u> Die Ausweisung der Vorrangfläche Lamstedt/Mittelstenahe ist rechtsfehlerhaft. Eine Herausnahme der bisherigen Vorrangfläche Lamstedt/Mittelstenahe aus der neuen Planung sowie ein Unterlassen der Ausweisung der geänderten Fläche sind einerseits landesraumordnerisch unproblematisch möglich und andererseits geboten, weil die Fläche für eine Fortführung der Windenergienutzung nicht zur Verfügung steht.
P117		P117A.09	SO 17	Insoweit verweisen wir hinsichtlich des ehemaligen Vorrangflächenzuschnitts zur Vermeidung von Wiederholungen auf unsere als Anlage 1 beigefügte Stellungnahme vom 02.03.2004 im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur damaligen Neuaufstellung für den sachlichen Bereich Windenergie des RROP 2004 sowie auf unsere Stellungnahme vom 17.09.2010 zur Änderung des RROP 2010, Anlage 2.

P117		P117A.10	SO 17	<p>Die mangelnde Eignung der Flächen zur Nutzung durch Windenergie ergibt sich aus denkmalschutzrechtlichen (dazu im Folgenden unter 1.), landschaftsplanerischen (dazu im Folgenden unter 2.) und naturschutzfachlichen Gründen (dazu im Folgenden unter 3.).</p> <p><u>1. Denkmalschutzrecht</u></p> <p>In der Rechtsprechung des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts ist geklärt, dass die Kollisionslagen zwischen Denkmalschutz und Windenergienutzung auch regionalplanerisch relevant sind und die Eignung von Vorrangflächen großflächig in Frage stellen kann. Der vorliegende Planungsentwurf kommt dieser Maßgabe noch nicht einmal in Ansätzen nach.</p>
P117		P117A.11	E 01	<p>Zunächst ist der in der Begründung des RROP 2014 zu 4.2.2 enthaltene Kriterienkatalog für Ausschlussgebiete insoweit unvollständig. Der Belang des Denkmalschutzes ist weder als hartes noch als weiches Tabukriterium benannt. Damit liegt ein fehlerhaftes Auswahlkonzept vor.</p>
P117		P117A.12	E 01	<p>Des Weiteren liegt ein beachtlicher Abwägungsausfall vor. Der Planungsentwurf berücksichtigt abwägungsfehlerhaft nicht, dass insbesondere der Umgebungsschutz eines Denkmals als relevanter Belang in die Planung einzustellen ist. Dies verwundert insbesondere deshalb, weil der Schwebefähre Oste als technisches Baudenkmal sogar eine Relevanz für ein Vorranggebiet in einer weitaus größeren Entfernung beigemessen worden war.</p>
P117		P117A.13	U, SO 17	<p>An dieser Stelle sei darauf verwiesen, dass auch im Rahmen der Umweltprüfung das denkmalgeschützte Gut Haneworth nicht als Kultur- und Sachgut in den Steckbrief des Umweltberichts (5. 74) aufgenommen worden ist.</p>
P117		P117A.14	SO 17	<p>Bei abwägungsfehlerloser Berücksichtigung des Denkmalschutzes des Gutes Haneworth wäre die Festsetzung des Vorranggebietes Lamstedt/Mittelstenahe nicht möglich gewesen. Denn ganz wesentliche Flächenanteile des geplanten Vorranggebietes sind aus Gründen des Denkmalschutzes (8 NDSchG und § 35 BauGB) einer Nutzung nicht zugänglich. Eine Errichtung und Nutzung von Windkraftanlagen auf diesen Flächen stellt eine Beeinträchtigung des Denkmals dar und ist damit objektiv rechtswidrig.</p>

P117		P117A.15	SO 17	Ob insoweit auch eine Verletzung unseres Mandanten in seinem subjektiven Recht auf Umgebungsschutz verletzt ist, kann letztlich dahingestellt bleiben. Denn bereits die objektiv-rechtlich unzulässige Errichtung und Nutzung von Windkraftanlagen begründet die Ungeeignetheit der Flächen.
P117		P117A.16	SO 17	Dass eine solche Beeinträchtigung vorliegt, geht aus den — aus der gerichtlichen Auseinandersetzungen bekannten — Fachgutachten, u.a. von Herrn Prof. Dr. Hasse vom 3.1.2005 nebst Ergänzungen vom 23.08.2005 und vom 21.01.2010, von Herrn Dr. Beck vom 28.05.2007 und vom 23.02.2010, von Herrn Prof. Dr. Klaffke vom 29.09.2005, sowie insbesondere aus der fachlichen Stellungnahme des für die Bewertung nach ständiger Rechtsprechung des OVG Lüneburg vornehmlich berufenen Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege, hier diejenigen vom 02.04.2004 und die klarstellende aktualisierte Stellungnahme des Landesamt vom 15.10.2008, hervor.
P117		P117A.17	SO 17	Das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege vertritt die Auffassung, dass eine Beeinträchtigung des Denkmals vorliege. Die Windenergieanlagen führten aufgrund ihrer Dominanz zu einer eklatanten Beeinträchtigung des bewusst geformten, den Denkmalwert ausmachenden Landschaftsbildes (siehe OVG Lüneburg, Urteil vom 23. August 2012 — 12 LB 170/11, 5. 14 f.). Das Landesamt schlug u.a. vor, einen Abstand zum Denkmal in der Größe des Zehnfachen der Anlagenhöhe vorzusehen. Die ggf. verbleibenden Flächen, auf denen die Errichtung von Windkraftanlagen nicht aus denkmalschutzrechtlichen Gründen ausgeschlossen sein könnten, rechtfertigen die Ausweisung nicht und begründeten im Übrigen ein gänzlich anderes Vorranggebiet, welches nicht Gegenstand der vorliegenden Planungsabwägung wäre.
P117		P117A.18	SO 17	Daher stellt sich die vorliegende Ausweisung des Vorranggebiets Lamstedt/Mittelstenahe im Ergebnis als fehlerhaft dar und ist einzustellen.

P117		P117A.19	SO 17	Schließlich stellte auch der mögliche Einwand, dass dieser Konflikt auf der nachfolgenden Ebene gelöst werden könne und ein Konflikttransfer daher zulässig sei, dieses Ergebnis nicht in Frage. Denn ein Konflikttransfer ist nicht möglich: Dies belegt zum einen die Realität, die dadurch gekennzeichnet ist, dass bereits bei den vergangenen Genehmigungen für die Errichtung von Windkraftanlagen im Vorranggebiet Lamstedt/Mittelstenahe dem Umgebungsschutz keine Rechnung getragen wurde.
P117		P117A.20	SO 17	Zum anderen verblieben im Fall einer Beachtung der denkmalrechtlichen Vorgaben nicht mehr ausreichend Teilflächen im Vorranggebiet, die für eine Windkraftnutzung tatsächlich geeignet wären.
P117		P117A.21	SO 17	<u>2. Landschaftsschutz</u> Von der Ausweisung des Vorranggebiets Lamstedt/Mittelstenahe ist ferner aus Gründen des Landschaftsschutzes abzusehen. Wir verweisen insofern auf das Ihnen bekannte Gutachten von Herrn Prof. Dr. Nohl sowie dessen als Reaktion auf die Entscheidung des OVG Lüneburg vom 26.03.2009 gefertigte Stellungnahme, beigelegt als Anlage 3.
P117		P117A.22	U, SO 17	Die Lamstedter Endmoräne wird im Rahmen des Planungsentwurfs nicht in ihrer unverwechselbaren und einzigartigen Landschaftskonstellation erfasst und damit nicht entsprechend im Rahmen der Abwägung bewertet. Der Umweltbericht enthält zum Vorranggebiet Lamstedt/Mittelstenahe in dieser Hinsicht keine Bewertung (S. 74). Dieser Abwägungsfehler ist auch erheblich, da er sich auf das Abwägungsergebnis auswirkt.
P117		P117A.23	SO 17	<u>3. Naturschutz</u> Die bezeichnete Vorrangfläche ist auch aus Gründen des Naturschutzes ungeeignet. Die Planung erkennt, dass ornithologischen Belange die Flächeneignung verhindern. Wir verweisen insofern auf die als Anlage 4 beigelegte ornithologische Stellungnahme des anerkannten Fachgutachters Bernd Koop aus dem April 2004.

P117		P117A.24	SO 17	Diese Bedeutung der Flächen des geplanten Vorranggebiets Lamstedt/Mittelstenahe für Vögel ist auch bereits aus den Vorplanungen zur „Küstenautobahn A 22“ bekannt. Im Rahmen der Untersuchung der Trassenvarianten floss in die Umweltverträglichkeitsstudie ein, dass die nunmehr als Vorranggebiet Lamstedt/Mittelstenahe vorgesehenen Flächen regional bedeutsame Gast- und Brutvogelgebiete sind. Wir verweisen insofern auf die als Anlage 5 beigelegte Karte der zu untersuchenden Varianten, in der das bezeichnete Vogelgebiet verzeichnet ist.
P117		P117A.25	SO 17	Des Weiteren sind die Auswirkungen auf Großvögel, insbesondere Kraniche, unzureichend berücksichtigt.
P117		P117A.26	SO 17	Die Ausweisung des Standortes Lamstedt/Mittelstenahe als Vorranggebiet für die Windenergienutzung steht deshalb in unmittelbarem Widerspruch zu den Feststellungen des OVG Lüneburgs und stellt eine unseren Mandanten belastende Nutzung dar. Die Planung ist insofern einzustellen.
P117	B	P117/B.01	SO 17	Der geplante Standort Nr. 9 „Lamstedt/Mittelstenahe“ ist für Windkraftnutzung wegen zahlreicher entgegenstehender öffentlicher und privater Belange ungeeignet. Seine Ausweisung ist daher weder möglich noch ist sie nötig, um dem Verdikt der „Verhinderungsplanung“ zu entgehen. Auch ohne die geplante Ausweisung verschafft die Planung der Windkraftnutzung unter Berücksichtigung der gesetzgeberischen Grundentscheidung zur Windenergienutzung hinreichend Raum
P117	B	P117/B.02	SO 17	1. Landesraumordnungsprogramm 1994 erfordert Ausweisung nicht Der Landkreis erfüllt die durch das Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen 1994 vorgegebenen Mindestleistungsgrenzen von 300 Megawatt auch ohne die geplante Ausweisung des Vorrangstandortes Nr. 9 unproblematisch. Nach den Leistungsschätzungen in der Fortschreibung wird eine Leistung von insgesamt 467 MW erreicht werden. Ohne die Ausweisung der Fläche Nr. 9 verbleibt eine Gesamtleistung von 417 MW. Bedenken ergeben sich insoweit auch nicht unter dem Gesichtspunkt, dass es sich bei den Kapazitätsangaben in den Detailkarten 1 bis 17 nicht um verbindliche Zielvorgaben, sondern um geschätzte Werte handelt. Denn ausweislich Absatz 6 der Ziffer 3.5 der beschreibenden Darstellung sollen die Vorrangstandorte hinsichtlich der Leistungsausbeute möglichst optimal genutzt werden. Da dies zugleich im Interesse der WKÄ-Betreiber liegt, ist es realistisch (mindestens) die geschätzten Werte aus den Detailkarten zugrunde zu legen.

P117	B	P117/B.03	SO 17	<p>2. Rechtsprechung des BVerwG zur planerischen Steuerung der WKA-Nutzung erlaubt und gebietet Herausnahme des geplanten Standortes Nr. 9</p> <p>Die Fortschreibung des RROP kollidiert auch ohne die geplante Ausweisung des Vorrangstandortes Nr. 9 nicht mit dem Verbot der „Verhinderungsplanung“ (dazu a.). Die erlaubte und gebotene Berücksichtigung gegenläufiger öffentlicher und privater Abwägungsbelange zwingt vielmehr dazu, die für eine Windkraftnutzung ungeeignete Fläche nicht zugunsten einer solchen Nutzung planerisch vorzusteuern (dazu b.).</p>
------	---	-----------	-------	---

P117	B	P117/B.04	SO 17	<p>a. Keine Verhinderungsplanung bei flerausnahme der Fläche Nr. 9</p> <p>Das RROP in seiner fortgeschriebenen Form würde auch bei der gebotenen Herausnahme der ungeeigneten Fläche Nr. 9 nicht dem Verdikt der „Verbinderungsplanung“ unterfallen. Das BVerwG hat in seinen Gnmdsatzurteilen vom 17. 12.2002 (4 C 15.01., z.B. BauR 2003, 828 ff.) zur Flächennutzungsplanung sowie vom 13.03.2003 (4 C 4.02, BauR 2003. 1165 11: 4 C 3.02, BauR 2003, 1172 ff.) zur Regionalplanung herausgearbeitet, welchen Abwägungsanforderungen die planerische Steuerung der Windenergienutzung unterliegt.</p> <p>Danach ist geklärt, dass Plangebem eine gezielte, rein negative „Verhinderungsplanung“ verwehrt ist, er vielmehr die Entscheidung des Gesetzgebers, Windenergieanlagen im Außenbereich zu privilegieren beachten und für die Windenergienutzung im Plangebiet in substantieller Weise „Raum schaffen“ muss (BVerwG, Urt. v. 13.03.2003, 4 C 4M2, BauR 2003, 1165 ff., 1167). Zugleich ist geklärt, dass eine Planung nicht schon deshalb abwägungsfehlerhaft ist, weil bei einer großzügigeren Ausweisung von Standorten der Windenergienutzung die in Klimaschutzabkommen festgelegten nationalen Reduktionsziele schneller erreichbar wären (BVerwG, a..a.O., 1168 fj. Schließlich ist geklärt, dass es Trägern der Regionalplanung nicht verwehrt ist, die Windenergienutzung im gesamten Außenbereich einzelner Gemeinden auszuschließen (BVerwG, a.a.O., S. 1165, LS 5). Hieran gemessen genügt die fortschreibung des RROP den rechtlichen Mindestanforderungen an eine zugleich positiv und negativ steuernde Regionalplanung auch ohne die geplante Fläche Nr. 9. Denn nach der Fortschreibung sollen — ohne die Fläche Nr. 9 — immerhin 16, z.T. großflächige Vorrangftächen mit einer realistischen Leistung von mindestens 417 MW ausgewiesen werden. Dies verschafft der Windenergienutzung (zumindest) hinreichend Raum und steht nicht einmal ansatzweise im Verdacht einer „Verhinderungsp1anung‘.</p>
------	---	-----------	-------	---

P117	B	P117/B.05	SO 17	<p>5. Notwendigkeit der Herausnahmewegen Ungeeignetheit der Flächen für WKA Nutzung</p> <p>In seinem die Flächennutzungsplanung betreffenden Grundsatzurteil vom 17.12.2002 hat das BVerwG (a.a.O., 831) herausgearbeitet, dass es sich verbietet, § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB einseitig unter dem Aspekt der Förderung der Windenergienutzung zu betrachten. Demzufolge hat es den Gemeinden — bis zur Grenze der „Verhinderungsplanung“ — die Befugnis eingeräumt, das Interesse an der Windenergienutzung nach den zum Abwägungsgebot entwickelten Grundsätzen zurückzustellen, wenn hinreichend gewichtige städtebauliche Belange dies rechtfertigen (a.a.O., S. 829 LS 4). Zugleich hat das BVerwG in nun schon ständiger Rechtsprechung entschieden, dass bauleitplanerische Festsetzungen, die flur die vorgesehene Nutzungsart aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen ungeeignet sind, unwirksam sind. Hieraus lässt sich auch für die regionalplanerische Ebene die Verpflichtung ableiten, im Rahmen der gebotenen Abwägung zum einen die Geeignetheit der Flächen zu überprüfen und zum anderen entgegenstehende öffentliche und private Belange mit den Interessen an der Windenergienutzung abzuwägen. Tut man dies vorliegend, zwingt dies zur Herausnahme der geplanten Fläche Nr. 9.</p>
P117	B	P117/B.06	SO 17	<p>aa. Kollision mit Abwägungs- und Ausschlusskriterien der Anlage 1</p> <p>Die geplante Vonangiläche Nr. 9 kollidiert bereits mit den in der Anlage 1 zur Begründung (Kriterienrahmen) dargestellten Abwägungs- und Ausschlusskriterien. Die vorgesehene Leistungserweiterung und „Repowering“-Möglichkeit steht zunächst nicht im Einklang mit den hierfür in Ziffer 6 der Anlage 1 festgelegten Kriterien. Danach kommt eine Erhöhung u.a. innerhalb der Mindestabstandsflächen nicht in Betracht. Abzustellen ist insoweit auf den aktuellen Erlass des Niedersächsischen Ministeriums für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 26.01.2004 und die dort genannten Abwägungskriterien flur Äbstaridsflächen. Die in Ziffer 3 der Anlage 1 angegebenen Mindestabstände entsprechen diesen aktuellen Vorgaben nicht mehr.</p> <p>Die geplante Fläche Nr. 9 hält danach die gebotenen Mindestabstände zum Gutshof Haneworth sowie zu weiterer Wolmbebauung bei weitem nicht ein.</p>

P117	B	P117/B.07	SO 17	Die Planung hält zudem den zwischen zwei raumbedeutsamen Vorrangflächen nötigen Mindestabstand von 5 km ein. Der Abstand zwischen der geplanten Fläche Nr. 9 sowie der ebenfalls geplanten weiteren Fläche Nr. 17 „Armstorf“ beträgt nur ca. 3.300 m. Zu Recht macht sich die Entwurfsbegründung den insoweit auf Seite 33 zitierten Kreisausschussbeschluss nicht zu eigen, sondern belässt es bei einem Zitat der Begründung, der zu folge es eine Sondersituation „im Hinblick auf das vorhandene Geländerehef und die Bewaldung“ gebe. Diese Begründung ist unzutreffend. Angesichts der vorgesehenen Anlagenhöhen von 140 Metern spielen die genannten, offenkundig nur vorgeschobenen Argumente des Ausschusses vor dem Hintergrund der von der Rechtsprechung entwickelten Kriterien ersichtlich keine Rolle
P117	B	P117/B.08	SO 17	Eine „Repowering“-Möglichkeit scheidet nach den Kriterien der Ziff. 6 der Anlage 1 ferner u.a. dann aus, wenn eine besondere Beeinträchtigung der Vielfalt und Eigenart von Natur und Landschaft auftritt. Das ist bei der geplanten Fläche Nr. 9 der Fall. Der für sie festgestellte visuelle Empfindlichkeitswert im 5 km-Radius berücksichtigt zu Unrecht nur die visuellen Beeinträchtigungen, die von den vorn „Repowering“ betroffenen Flächenteilen ausgehen. Auch kann das für die Empfindlichkeitsbeurteilung verwendete Modell im Fall der Fläche Nr. 9 keine zutreffenden Ergebnisse erzielen. Hierzu werden wir ergänzend und vertiefend vortragen, sobald uns ein von unserem Mandanten bei Herrn Prof. Dr. Nohl in Auftrag gegebenes Gutachten vorliegt.
P117	B	P117/B.09	SO 17	Schließlich handelt es sich bei maßgeblichen Teilen der geplanten Fläche Nr. 9 um Vogelrast- bzw. Brutgebiete von nationaler, zumindest aber landes- bzw. kreisweiter Bedeutung. Auch vor diesem Hintergrund handelt es sich um ein Ausschlussgebiet. Hinsichtlich der Details können wir auf die aus Ihrem Hause stammende Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises zur 22. Änderung des F-Plans in der erneuten Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gern. § 4 Abs. 1 und § 3 Abs. 2 BauGB sowie auf die Stellungnahme des Niedersächsischen Landesamtes für Ökologie vom 19.09.2002 zur selben Planung verweisen.

P117	B	P117/B.10	SO 17	<p>bb. Weitere entgegenstehende öffentliche und private Belange</p> <p>Mit den geplanten Anlagen sind erhebliche Lärmimmissionen ebenso verbunden wie Schattenschlag und weitere Belastungen für die Menschen in Lamstedt. Das Landschaftsbild wird erheblich und nachteilig verändert, ohne dass dies hinreichend ausgeglichen werden kann. Damit wird zugleich die Attraktivität des Ortes sinken, die Gmndstückspreise werden fallen und der Ort flur Urlauber und Erholungssuchende unattraktiv werden.</p>
P117	B	P117/B.11	SO 17	<p>Die Planung berücksichtigt insbesondere auch den hohen Wert des Gutes Haneworth als Kulturdenkmal nicht ausreichend und hält nicht die erforderlichen Abstände zum Gutshof ein. Das Gutshaus, der Park, der Laubengang am ehemaligen Rosengarten, der Brunnen und die Einfriedung erfüllen die Voraussetzungen einer Unterschutzstellung nach dem NDSchG und unterfallen daher der Verbotsbestimmung des § 8 NDS.chG. Danach dürfen in der Umgebung eines Baudenkmals Anlagen nicht errichtet, geändert oder beseitigt werden, wenn dadurch das Erscheinungsbild des Baudenkmals beeinträchtigt wird. Das wäre vorliegend im Falle der raumordnerisch dann vorgegebenen optimalen Kapazitätsausnutzung der Vorrangfläche der Fall. Berücksichtigte man hingegen die aus „Ensembleschutzgründen“ nötigen Mindestabstände, würden die Restflächen der Vorrangflächen mit verschiedenen weiteren Abwägungskriterien der Planung kollidieren</p>
P117	B	P117/B.12	SO 17	<p>Hinsichtlich der Einzelheiten zur denkmalschutzrechtlichen Problematik erlaube ich mir, auf die in Ihrem Hause bereits vorhandenen internen Schriftwchschl im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens sowie den weiteren Schriftwechsel zwischen Kreis, Bezirksregierung und Landesamt zu verweisen.</p>
P117	B	P117/B.13	SO 17	<p>Die Nähe der Vorrangfläche zum Gutshof Haneworth führt zudem wegen der Empfindlichkeit von Pferden gegenüber der Windkraftnutzung zu einer konkreten Gefährdung des dortigen Pferdezuchtbetriebes und gefährdet damit zugleich meinen Mandanten in seiner Existenz.</p>

P117	B	P117/B.14	SO 17	<p>Herausnahme nicht durch „Vertrauensschutzgesichtspunkte“ unmöglich Zu Unrecht werden ausweislich Ziffer 2 der Anlage 1 des Planungsentwurfs die im derzeitigen RROP ausgewiesenen Vorrangstandorte aus „Vertrauensschutzgesichtspunkten“ nicht mehr grundsätzlich in frage gestellt. Zu einer derartigen Überprüfung besteht aus den vorstehend genannten Gründen nicht nur in der Sache aller Anlass, sie ist mangels „Vertrauensschutzes“ auch nicht unmöglich. Ein schutzwürdiges Vertrauen in die bisherige Planung gibt es nicht. Die Planung der Vorhabensträger laufen bereits erheblich länger als die derzeitige Ausweisung existiert. Die Planung ist unabhängig hiervon gem. § 35 Abs. 1 Nr. 6 BauGB privilegiert und das Genehmigungsverfahren daher von der Existenz einer positiven regionalplanenschen und bauleitplanerischen Vorsteuernug unabhängig.</p>
P117	B	P117/B.15	SO 17	<p>Unabhängig vom tatsächlichen Fehlen eines schutzwürdigen Vertrauens hätte die derzeitige Ausweisung im aktuellen RROP ein solches auch gar nicht begründen können, da das derzeitige RROP nichtig ist und daher keinerlei Wirkung entfaltet. Es entspricht in vielfacher Hinsicht nicht den oben kurz aufgezeigten Abwägungsmaßstäben aus den zitierten Grundsatzurteilen des BVerwG. Das belegen beispielsweise die oben zitierten Stellungnahmen Ihrer Unteren Naturschutzbehörde sowie des NLÖ zur Vogelschutzproblematik.</p>

P117	B	P117/B.16	SO 17	<p>So weist Herr Märkle von Ihrer Unteren Naturschutzbehörde in seiner Stellungnahme zur 22. F-Plan-Änderung einleitend indirekt daraufhin, dass die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege im regionalen Raumordnungsprogramm nicht ausreichend berücksichtigt worden sind und sich daher die Notwendigkeit weiterer Untersuchungen ergebe. „Erklärend“ merkt Herr Märkle an, dass im Rahmen der Fortschreibung des (aktuellen) regionalen Raumordnungsprogramms „nur auf die seinerzeit vorhandenen Informationen zurückgegriffen werden konnte“. Seine weitere Stellungnahme belegt (ebenso wie diejenige des NLÖ), dass er den Standort im Wesentlichen aus vor allem ornithologischen Gründen für ungeeignet hält. Die ausführliche Stellungnahme liegt Ihnen vor. Sie muss hier daher nicht näher zitiert werden. Bezeichnend und auch für die derzeitige Fortschreibung auf raumordnerischer Ebene ist jedoch folgende Einschätzung (S. 2):</p> <p>“In Anbetracht der erheblichen Wertigkeiten des betroffene Landschaftsraumes dürfte ein aus naturschutzfachlicher/landschaftspflegerischer Sicht vorgeschlagener Minimierungsstandort“ in begrenzter Entfernung zu dem bisher geplanten Standort weiterhin durch das regionale Raumordnungsprogramm gedeckt sein.“</p> <p>Oder klarer: Die aktuelle Ausweisung ist für die vorgesehene Nutzung aus naturschutzfachlichen Gründen ungeeignet.</p>
P117	B	P117/B.17	SO 17	Diese Einschätzung wird auch durch aktuellere Untersuchungen im laufenden B-Plan Verfahren nicht widerlegt, sondern eher noch gestärkt.
P117	B	P117/B.18	SO 17	Aus diesen und weiteren Untersuchungen ergibt sich, dass das derzeitige regionale Raumordnungsprogramm hinsichtlich seiner die Windenergienutzung betreffenden Passagen nichtig ist und daher eine — hier auch im übrigen nur unterstellte - Eignung zur Begründung von Vertrauensschutz nicht aufweist.
P117	B	P117/B.19	SO 17	Bereits aus den vorstehenden, aus Zeitgründen bislang nur kurssonschen Ausführungen ergibt sich die rechtliche Notwendigkeit, die bislang vorgesehene Fläche Nr. 9 aus der Planung herauszunehmen.
P117	C	P117/C.01	B 02	1. Die in Ziffer 02 des Kapitels 4.2.2 (Windenergie) in Satz 2 in Zielqualität enthaltene Ausschlusswirkung außerhalb festgesetzter Vorrangflächen ergibt sich aus dem Gesetz und bedarf u.E. keiner eigenständigen Regelung. Gleiches gilt für die Ziffern 10 und 11 des Entwurfes.

P117	C	P117/C.02	B 02	Unabhängig hiervon weicht der Wortlaut der Entwurfsformulierung des Satzes 2 des Ziels 2 in Ziffer 4.2.2 vom Wortlaut des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB ab. Die bundesrechtlich gesteuerte Reichweite des Planungsvorbehalts kann durch den Regionalplan nicht verändert werden, so dass die Ausschlusswirkung des RROP niemals weiter reichen kann als nach § 35 Abs. 3 5. 3 BauGB (Ausschluss „in der Regel“). Die weitergehende Formulierung im Entwurf würde das Regel-Ausnahme-Verhältnis aus § 35 Abs. 3 5. 3 BauGB verkennen und das RROP unwirksam machen (vgl. jüngst OVG Lüneburg, Urteil vom 28.01.2010, 12 KN 65/07, Rdnr. 46, hier zitiert nach juris)
P117	C	P117/C.03	A	2. Wegen der bundesrechtlich raumordnungsrechtlich und über § 35 Abs. 3 BauGB vorgegebenen Wirkung halten wir in den Ziffern 04 und 05 der Ziffern 4.2.2 des Entwurfes enthaltenen Ausnahmen von der Ausschlusswirkung für unwirksam. Sie sprengen das vorgegebene Regel-Ausnahme-Verhältnis.
P117	C	P117/C.04	B 07	3. Die in Ziffer 13 der Ziffer 4.2.2 enthaltene Befristung der Nutzungsdauer des Windparks Midlum halten wir für unwirksam und genehmigungsrechtlich nicht umsetzbar.

P117	C	P117/C.05	B 02	<p>4. Die in der Begründung zu Ziffer 4.2.2 in Absatz 2 (Seite 34) aufgeführte Erwägung, die vorhandenen Altstandorte würden im Rahmen des Vertrauensschutzes übernommen, hält rechtlicher Überprüfung nicht stand. Vertrauensschutz wird im verfassungsrechtlich ausreichenden Maße über die Reichweite des Bestandsschutzes vorhandener Genehmigungen gewährleistet (vgl. zum Fortgelten des Bestandsschutzes bei nachträglichem Entfall der Vorrang- bzw. Eignungsflächenfestsetzung für schon genehmigte Anlagen: OVG Lüneburg, Urt. v. 28.01.2010, 12 KN 65/07, Rdnr. 38, hier zitiert nach juris).</p> <p>In planungsrechtlicher Hinsicht ergeben sich zudem raumordnungsrechtlich keine normierten Vertrauensschutzgesichtspunkte, wie sie sich etwa in den § 39 BauGB für das Recht der Bauleitplanung (sog. „Planungsschadensrecht“) finden (so jüngst auch OVG Lüneburg, Urt. v. 28.01.2010, 12 KN 65/07, Rdnr. 40 m.w.N.).</p> <p>Insoweit ist zudem zu beachten, dass die Vorrangflächenfestsetzung innergebietlich in Teilen keine abschließend positive Standortzuweisung enthalten, Vertrauensschutz mithin für Anlagenbetreiber — anders als eine positive Festsetzung in einem Bebauungsplan — allenfalls eingeschränkt gewähren könnte.</p> <p>Schließlich ist hinsichtlich der schon genehmigten Windparks innerhalb der schon jetzt existenten Vonangfläche daran zu erinnern, dass diese Genehmigungen von unserem Mandanten angefochten worden sind, daher keine Bestandskraft erlangt haben und einen Vertrauensschutz insoweit ohnehin nicht vermitteln können.</p>
------	---	-----------	------	---

P117	C	P117/C.06	B 10	5. Für eine ordnungsgemäße raumordnungsrechtliche Abwägung ist es unabdingbar, die aktuellen Erkenntnisse zur Eignung bzw. zur Ungeeignetheit der Altstandorte in die Abwägung ebenso einzubeziehen wie ein konkret zu ermittelndes Interesse an einer erneuten zukünftigen Nutzung nach dem Ende der Betriebsdauer schon errichteter Anlagen (vgl. dazu jüngst OVG Lüneburg, Urt. v. 28.01.2010, 12 KN 65/07, Rdnr. 53). Insoweit ist aus aktueller Perspektive unter Beachtung der Vorgaben zwingenden Rechts und aller Anforderungen an eine ordnungsgemäße Abwägung zu prüfen, ob sich die von der Ausschlusswirkung erfassten Maßnahmen und Nutzungen innerhalb der Konzentrationsflächen auch tatsächlich durchsetzen können (vgl. z.B. BVerwG, Urt. v. 17.12.2002 — 4 C 15.01 — BVerwGE 117, 287; ferner weitere Nachweise in OVG Lüneburg, Urt. v. 28.01.2010 — 12 KN 65/07 -, Rdnr. 36, hier zitiert nach juris).
P117	C	P117/C.07	SO 17	6. Dies zugrundegelegt, erweist sich eine Übernahme der Vorrangfläche Lamstedt/Mittelstenahe in eine zukünftige Regionalplanung als rechtsfehlerhaft. Im Einzelnen: a. Eine Herausnahme der bisherigen Vorrangfläche Lamstedt/Mittelstenahe aus der neuen Planung ist einerseits landesraumordnerisch unproblematisch möglich und andererseits geboten, weil die Fläche für eine Fortführung der Windenergienutzung nicht zur Verfügung steht. Insoweit verweisen wir hinsichtlich des derzeitigen Vorrangflächenzuschnitts zur Vermeidung von Wiederholungen auf unsere als Anlage 1 höchst vorsorglich noch einmal beigefügte Stellungnahme vom 02.03.2004 im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur damaligen Neuaufstellung für den sachlichen Bereich Windenergie,
P117	C	P117/C.08	SO 17	ferner hinsichtlich der die Flächeneignung verhindernden ornithologischen Belange auf die als Anlage 2 beigefügte ornithologische Stellungnahme des anerkannten Fachgutachters Bernd Koop aus dem April 2004 und die Tatsache, dass die Samtgemeinde die auch von ihr gesehenen Konfliktpotenziale zum Anlass für noch nicht abgeschlossene umfangreiche ornithologische Untersuchungen gemacht hat,
P117	C	P117/C.09	SO 17	ferner hinsichtlich der Belange des Landschaftsschutzes auf das Ihrem Haus aus dem damaligen Verfahren bekannte Gutachten von Herrn Prof. Dr. Nohl sowie dessen als Reaktion auf die Entscheidung des OVG Lüneburg vom 26.03.2009 gefertigte Stellungnahme, beigefügt als Anlage 3.

P117	C	P117/C.10	SO 17	<p>b. Hinsichtlich der Ungeeignetheit ganz wesentlicher flächenanteile des geplanten Vorranggebietes aus Gründen des Denkmalschutzes (§ 8 NDSchG und § 35 BauGB) verweisen wir auf die Ihrem Haus aus den gerichtlichen Auseinandersetzungen bekannten fachgutachten, u.a. von Herrn Prof Dr. Hasse vom 31.05.2005 nebst Ergänzungen vom 23.08.2005 und vom 21.01.2010, Herrn Dr. Beck vom 28.05.2007 und vom 23.02.2010, Herrn Prof. Dr. Klaffke vom 29.09.2005, sowie insbesondere auf die fachlichen Stellungnahme des für die Bewertung nach ständiger Rechtsprechung des OVG Lüneburg vornehmlich berufenen Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege, hier diejenigen vom 02.04.2004 und die klarstellende aktualisierte Stellungnahme des Landesamt vom 15.10.2008.</p>
P117	C	P117/C.11	SO 17	<p>Der raumordnerischen Bedeutung dieser Stellungnahmen steht im Ergebnis auch nicht der Umstand entgegen, dass das OVG Lüneburg in seinem Normenkontrollurteil 26.03 .2009 die Geeignetheit der Vonangftäche im derzeitigen Zuschnitt nicht in frage stellen mochte und einen Konflikttransfer auf die Genehmigungsebene für möglich gehalten hat. Denn insoweit hat das OVG offenbar übersehen, dass unter Beachtung der weiteren Zielfestlegungen des Regionalplans zu bedenken war, dass Anlagen im Radius zwischen 500 und 1.000 m zum Denkmal (= äußerster Rand des geschützten historischen Parks) dann unter Beachtung der Kriterien des Landesamtes für Denkmalpflege - und losgelöst von den weiteren einschränkenden Kriterien - durchgängig nur eine Gesamthöhe von unter 50 m hätten aufweisen dürfen. Da Windkrafanlagen einer solch geringen Bauhöhe am Markt nicht mehr verfügbar sind und zudem auch nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden könnten, wäre diese Teilflächen mit einem flächenanteil von über 40 % der Gesamtfläche des Vonanggebiets für eine Windkrafnutzung tatsächlich nicht geeignet, die Gesamtfläche mithin unwirksam.</p>
P117	C	P117/C.12	E 01	<p>7. Die Ausführungen in der Entwurfsbegründung zu den Abständen benachbarten Windparks erscheinen widersprüchlich und insgesamt nicht überzeugend. Unklar bleibt zunächst das Verhältnis des in Absatz 5 der Begründung zu Kapitel 4.2.2 (S. 34) aufgeführten Mindestabstands von 2 Kilometern zu den in Absatz 7 des Entwurfs aufgeführten differenzierenden Regelung von Mindestabständen zwischen 3 und 5 Kilometern. Das ist klarzustellen.</p>

P117	C	P117/C.13	E 01	<p>Hinsichtlich der beabsichtigten Abweichung bzgl. der Mindestabstände von den Empfehlungen der obersten Raumordnungsbehörde (Erlass des Ministeriums für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 26.01.2004 — Az. 303-32346/8.1) überzeugt die Entwurfsbegründung nicht. Zutreffend ist zwar, dass es sich um keine rechtlich abschließende und bindende Vorgabe der obersten Raumordnungsbehörde handelt. Eine Abweichung von der Empfehlung bedarf indes einer tragfähigen Begründung, die vorliegend bislang fehlt. Denn die geplante Unterschreitung dieser Mindestabstände wird mit der Bedeutung der Windkraft für die Wirtschaft und die Nutzung regenerativer Energien begründet. Diese „Begründung“ ließe sich für jeden Standort in ganz Deutschland und insbesondere auch für jeden Standort in Niedersachsen gleichermaßen anführen. Es fehlen im Entwurf kreisgebietsbezogene Erwägungen, die zu dem einen inhaltlichen Kontext zu den hinter den Empfehlungen stehenden Schutzziele (insbesondere Landschaftsschutz) haben. Derartige Gründe sind — gerade wegen der weiträumigen Sichtbarkeit der Anlagen im flachen Kreisgebiet — auch in der Sache nicht ersichtlich.</p>
P117	C	P117/C.14	E 01	<p>Insoweit ist ergänzend daran zu erinnern, dass das Abstandskriterium von 5 km zwischen raumbedeutsamen Windparks vom OVG Lüneburg</p> <ul style="list-style-type: none"> - in seiner Rechtsprechung für die Küstenregion sogar gefordert worden ist (vgl. Urteil vom 21.07.1999 — 1 L 5203/96, hier zitiert nach juris), - losgelöst davon die Anwendung dieses Kriteriums in der Planung vom OVG Lüneburg bislang — soweit ersichtlich — durchgängig akzeptiert worden ist (vgl. z.B. das schon zitierte Urteil des OVG vom 28.01.2010 — 12 KN 65/07-, Rdnr. 37; davor z.B. Urteil vom 09.10.2008 — 12 KN 35/07 -, hier zitiert nach juris) und - andersherum dem Unterzeichner kein Urteil des OVG Lüneburg bekannt ist, das eine Unterschreitung dieser Abstände behandelt und juristisch gebilligt hätte. Vor diesem Hintergrund erscheint es aus Sicht des Unterzeichners hochgradig riskant und fehleranfällig, an der im Entwurf enthaltenen Konzeption festzuhalten.
P117	C	P117/C.15	E 01	<p>Unabhängig hiervon krankt der Entwurf daran, dass er die Kriterien nur auf das Kreisgebiet selbst bezieht, die teils zu geringen Abstände zu Windparks in benachbarten Kreisen aber ausblendet.</p>

P117	C	P117/C.16	E 01	8. In der Rechtsprechung des Niedersächsischen Obergerichts ist geklärt, dass die Kollisionslagen zwischen Denkmalschutz und Windenergienutzung auch regionalplanerisch relevant sind und die Eignung von Vorrangflächen großflächig in Frage stellen kann. Der in der Begründung zu 4.2.2 enthaltene Kriterienkatalog für Ausschlussgebiete erscheint insoweit unvollständig. Auch in den sich anschließenden Ausführungen zu einzelfallbezogenen weiteren Erwägungen findet sich im Entwurf nichts. Es erscheint unwahrscheinlich, dass es nach den bisherigen Judikaten des OVG Lüneburg zur Kollision zwischen Denkmalen und Windkraftanlagen im gesamten Kreis keine regionalplanerisch relevanten Konfliktlagen geben soll.
P117	C	P117/C.17	A	9. Die Planung verstößt gegen die SUP-RL und die UVP-RL sowie die zu ihren Umsetzungen erlassenen Vorschriften des nationalen Rechts der Umweltprüfung. Der Entwurf des Umweltberichts wird den rechtlichen Vorgaben insoweit bei weitem nicht gerecht. Für den hier im Fokus stehenden Teilbereich Windenergie etwa verweist der Entwurf auf Seite 61 pauschal auf frühere Überlegungen zu Vorfassungen des RROP, die zudem nicht aktualisiert worden sind. Hinsichtlich neuer Standorte und der Erweiterungsstandorte verweist der Entwurf ausschließlich auf die pauschalen Ausschlusskriterien und Prüferfordernisse in nachgeordneten Verfahren. Auch das ist offensichtlich zu wenig.
P117	C	P117/C.18	A	10. Auch die kurzen Abarbeitungen der planbezogenen Anforderungen an eine FFH-VP auf Seite 63 des Entwurfs sind fehlerhaft. Sie verweisen pauschal auf angeblich schon erfolgte Untersuchungen, fehlende Kumulationseffekte und Anforderungen in nachgeordneten Verfahren. Das ist auch unter Berücksichtigung ebenenspezifischer Konkretisierungsgrade und auf sie bezogener geschichteter Prüferfordernisse bei weitem unzureichend und verfehlt die europarechtlichen Anforderungen, wie sie etwa im Herzmuschelfischereiuurteil des EuGH vom 07.09.2004 sowie im Westumfahrung-Halle-Urteil des BVerwG vom 17.01.2007 im Einzelnen dokumentiert sind.

P117	C	P117/C.19	A	<p>11. In den Medien wird in diesen Tagen von aufgeregten Debatten innerhalb der Gemeinden und Samtgemeinden zu Inhalten der von dort abzugebenden Stellungnahmen und der Einflüsse von Bürgerbefragungen auf diese Stellungnahmen berichtet. Insoweit weisen wir nur höchst vorsorglich darauf hin, dass den gemeindlichen Stellungnahmen und gemeindlichen Bauleitplänen in der Regionalplanung keine verbindliche Wirkung zukommt und der Kreis insoweit lediglich gehalten ist, die gemeindlichen Wünsche nach dem in § 1 Abs. 3 ROG/7 Abs. 3 NROG verankerten Gegenstromprinzip zu berücksichtigen. Der Kreis darf sich aber von diesen Wünschen nicht abhängig machen, sondern muss die Standorte bzw. deren Ausschluss eigenständig und nach Maßgabe der dazu entwickelten Rechtsprechungskriterien nachvollziehbar begründen (vgl. dazu jüngst OVG Lüneburg, Urt. v. 28.01.2010 — 12 KN 65/07, Rdnr. 43, hier zitiert nach juris). Vor diesem rechtlichen Hintergrund erweisen sich die Diskussionen in den Gemeinden dazu aus Sicht des Unterzeichners als wenig zielführend.</p>
P117	D	P117/D.01	SO 17	<p>Das Bundesverwaltungsgericht hat mit seinem Urteil vom 13. 12. 2001 (Az: 4 C 3.01) klar gestellt, dass eine Verunstaltung des Landschaftsbildes vorliegt, wenn das Vorhaben grob unangemessen ist. Bei privilegierten Vorhaben heißt das inhaltlich, dass eine Verunstaltung nur dann vorliegt, wenn mit dem Vorhaben in eine Umgebung eingegriffen wird, die wegen ihrer Schönheit oder ihrer Funktion besonders schutzwürdig ist. Dann nämlich stehen dem Vorhaben öffentliche Belange entgegen. Die Besonderheiten der WKA (Höhe, Rotorbewegungen, Standort) allein können bei privilegierten Vorhaben also laut Urteil noch nicht zur Verunstaltung des Landschaftsbildes führen.</p>
P117	D	P117/D.02	SO 17	<p>Die öffentlichen Belange greifen aber nicht nur dann, wenn ein Vorhaben in oder an bestehenden Naturschutz- und Landschaftsschutzgebieten errichtet werden soll. Die förmliche Unterschutzstellung kann selbst bei privilegierten Vorhaben auch fehlen (BVerwG, Urteil vom 73. 4. 1984 (Az.: 4 C 69.80) Entscheidend ist die landschaftsästhetische Qualität im Eingriffsgebiet.</p>

P117	D	P117/D.03	SO 17	<p>Auf dieser Argumentation, dass eine Verunstaltung des Landschaftsbildes nur im Zusammenwirken von belastendem Vorhaben und schutzwürdiger Landschaft entstehen kann, bauen alle meine Gutachten auf und damit auch das Lamstädter (vgl. dort die Einleitung in Kapitel 3). Wenn ich daher in den „Folgerungen“ (Kapitel 8) zu dem zusammenfassenden Ergebnis komme, „dass die Landschaft im weiteren wie im engeren ästhetischen Wirkraum des vorgesehenen Windparks von herausragender ästhetischer Qualität ist, und dass mit dem Höhenzug der Lamstedter Endmoräne eine einzigartige, unverwechselbare Landschaftskonstellation vorliegt“ (5. 37), dann ist in Bezug auf diesen Einzelfall genau die im Urteil des BverwG vom 13. 12. 2001 geforderte besondere Schönheit der Landschaft um Gut Haneworth belegt. Der Eingriff durch die Errichtung der WKA bei Gut Haneworth ist damit als grob unangemessen einzustufen, das Landschaftsbild ist verunstaltet.</p>
P117	D	P117/D.04	SO 17	<p>Es ist aber mit dem Windpark Lamstedt-Mittelstenahe nicht nur das Landschaftsbild verunstaltet sondern insbesondere mit der geomorphologisch einzigartigen Lamstedter Endmöräne auch die natürliche Eigenart der Landschaft im Eingnffsgebiet erheblich beeinträchtigt. Damit wird in dem Urteil des Niedersächsischen Obergerichts vom 26. 3. 2009 ein weiterer öffentlicher Belang nicht berücksichtigt, der jedoch nach dem BauGB einem privilegierten Vorhaben entgegen gehalten werden muss. Das Urteil weist also in landschaftsästhetischer Hinsicht gravierende Mängel auf.</p>

P117	D	P117/D.05	SO 17	<p>Vorbelastung</p> <p>Bezüglich der Vorbelastungen im Eingriffsgebiet ist anzumerken, dass in der heutigen Bundesrepublik keine Eingriffsgebiete in der Größenordnung von ca. 320 km² wie in Lamstedt ausgewiesen werden könnten, die frei von Vorbelastungen wären. Es kommt nicht darauf an, ob Vorbelastungen vorhanden sind, sondern wie sie sich ästhetisch in die Landschaft einfügen. Freiheit von Vorbelastungen (z.B. Freileitungen) ist nicht einmal ein Kriterium für die Ausweisung von Naturschutzgebieten! Im Falle des Windparks Lamstedt-Mittelstenahe hatte ich klar gestellt, »dass aufgrund dieser Anordnung der Freileitungen ein großer ‚leitungsfreier‘ Bereich im Zentrum des Planungsraums liegt, der sich im Westen bis weit über seine Grenze hinaus erstreckt.“ (S. 14) Des Weiteren hatte ich in meinem Gutachtens darauf hingewiesen, »dass im Vergleich mit vielen anderen Kulturlandschaften Deutschlands ... sich freilich die Zahl beeinträchtigender Einrichtungen wie auch die dadurch hervorgerufene Beeinträchtigungsintensität im vorwiegend agrarisch bestimmten Planungsraum in Grenzen (hält).“ (S. 14) Auch dieses relativ wenig belastete Landschaftsbild nimmt das Urteil des NOVerwG nicht zur Kenntnis. Hier muss man schon von einer Landschaftsblindheit der Richter sprechen.</p>
P117	D	P117/D.06	SO 17	<p>Visuelle Empfindlichkeit</p> <p>Über das vom Landkreis Cuxhaven verwendete Verfahren zur Ausweisung neuer WKA-Standorte sowie der Höhenfestlegung kann ich eigentlich nichts sagen, da ich es nicht kenne. Ob es sich hier um die Anlehnung an ein Verfahren handelt, das von mir 1993 im Auftrag des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes NRW zur Ermittlung des Kompensationsumfangs für zugelassene mastenartige Eingriffe entwickelte wurde, kann ich aufgrund des im Urteil des NDVerwG erwähnten Begriffs der „visuellen Empfindlichkeit“ nicht beurteilen. Der Begriff kommt gelegentlich in der landschaftsästhetischen Literatur vor. Sollte hier aber ein Zusammenhang bestehen, verweise ich auf das von mir 2004 verfasste Papier: »Anmerkungen zum methodischen Vorgehen bei der Berücksichtigung landschaftsästhetischer Belange im Rahmen von Windparkprojekten“.</p>

P117	D	P117/D.07	SO 17	Dass aber so willkürliche und in ihrer Entstehung offenbar nicht nachvollziehbare Flächenprozentsätze wie 40% und 40-60% sehr hoher oder hoher visueller Empfindlichkeit zu Abwägungszwecken herangezogen werden, ist mehr als sonderbar. Falls Sie diesen Merkwürdigkeiten weitest nachgehen wollen, sollten Sie vielleicht darauf achten, ob in der Begründung „abwägungserhebliche Angaben“ fehlen. Denn diese werden nach §10 des NROG unbedingt verlangt.
P117	D	P117/D.08	A	Nichtzulassung der Revision Bedenkt man, dass der einzelne Bürger LA. kein Recht hat wegen der Beeinträchtigung des Landschaftsbildes in seiner Gemeinde und damit in seinem alltäglichen Lebensumfeld zu klagen, und dass folglich die öffentliche Hand eine besondere Sorgspflicht für ihre Bürger in dieser Angelegenheit zu übernehmen hätte, dann ist unverständlich, dass nicht wenigstens ein betroffener Bürger alle Rechtsmittel ausschöpfen kann, wenn sich die eigene Gemeinde und der eigene Landkreis gegen ihn wenden.
P118	A	P118/A.01	A	<u>I.</u> Die Bekanntmachung z.B. in der NEZ vom 26.06.2014 über die Änderung entspricht nicht den rechtlichen Anforderungen, da keinerlei Angaben zu den wesentlichen Beeinträchtigungen gemacht wurden. Es wird lediglich darauf hingewiesen, dass der Entwurf mitsamt Begründung und Umweltbericht ausliegt und auch im Internet bekannt gemacht wurde. Damit ist die Bekanntmachung nicht ausreichend und entspricht nicht den gesetzlichen Anforderungen. Bereits aus diesem Gesichtspunkt ist die Auslegung zu wiederholen, vgl. zuletzt OVG Rheinland Pfalz, Urteil vom 12.05.2014 — 1 C 11159/13, DVbL 2014 5. 1011 ff..

P118	A	P118/A.02	E 01	<p><u>II. Grundsätzliche Bedenken</u></p> <p>Das Regionale Raumordnungsprogramm des Landkreises Cuxhaven, Teilabschnitt Windenergie aus dem Jahr 2012 ist durch zwei Entscheidungen des OVG Lüneburg vom 14.05.2014 z. B. in der Sache 12 KN 29/13 aufgehoben worden.</p> <p>In den Urteilsgründen, insbesondere der Entscheidung des OVG Lüneburg vom 14.05.2014 in der Sache 12 KN 29/13 ist umfassend dargelegt worden, dass bereits die formalen Kriterien bei der Aufstellung eines entsprechenden Regionalen Raumordnungsprogrammes nicht beachtet worden. Gleichwohl ist in weitem Umfang ohne Änderung der Argumentation das hiesige Regionale Raumordnungsprogramm mit der selben Begründung aufgestellt worden.</p>
P118	A	P118/A.03	U	<p>Beispielhaft wird darauf hingewiesen, dass sich aus dem Umweltbericht Seite 175 ergibt, dass der Umweltbericht Teilbereiche A und B aus dem RROP 2012 ohne Änderung übernommen wird und weiterhin gültig sein soll. Bereits dies ist unzutreffend, da aufgrund der oben genannten Entscheidungen offensichtlich strukturell gearbeitet bzw. argumentiert wurde.</p>
P118	A	P118/A.04	A	<p>Das dortige RROP 2012 ist komplett aufgehoben und kann daher nicht übernommen werden.</p>
P118	A	P118/A.05	U	<p>Die dort genannten Fehler sind wiederholt worden, beispielhaft wird auf den Umweltbericht verwiesen, in dem ausdrücklich auf Blatt 176 wiedergegeben wird, dass verbleibende Probleme im nachgeordneten Verfahren gelöst werden, obwohl bereits bekannt ist, dass diese Probleme bestehen, so insbesondere Blatt 170 unterer Seitenabschnitt. Dort wird mitgeteilt, dass 35 Flächen ausgewiesen werden mit erheblichen Umweltauswirkungen, ohne dass diese gelöst werden.</p>
P118	A	P118/A.06	U	<p>Es bleibt zudem darauf hinzuweisen, dass ausdrücklich keinerlei Daten über die Schutzgüter Landschaft und Fledermäuse betrachtet wurden, obwohl sehr offensichtlich ist, dass Windenergieanlagen das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen (können).</p>

P118	A	P118/A.07	SO 2	<u>III.</u> Die generellen Einwendungen werden im Folgenden am Beispiel des Vorranggebietes 2 Bad Bederkesa Alfstedt dargestellt. Diese Fläche stammt vollständig aus dem RROP 2012 und ist 1:1 übernommen worden. Eine bauleitplanerische Absicherung dieser Fläche existiert nicht, Windenergieanlagen existieren eben falls nicht, genau so wenig wie entsprechende Genehmigungen.
P118	A	P118/A.08	SO 2	<u>1. Landesraumordnungsprogramm</u> Wie zutreffend in der beabsichtigten Begründung erwähnt, ist eine Neuausweisung von bisher unbelasteten Flächen wie in diesem Fall nicht erforderlich, da bereits mehr MW Nennleistung installiert sind als vom Landesraumordnungsprogramm vorgesehen.
P118	A	P118/A.09	E 01	<u>2.</u> Bezüglich der harten Tabukriterien wird zutreffend zitiert, wie diese zustande kommen sollen, allerdings wird nicht zutreffend dargelegt, was diese beinhalten, insbesondere die Abstände zu Autobahnen und Bundes- und Landstraßen widersprechen den gesetzlichen Vorgaben, so dass es eben keine harten Tabukriterien sind. Wald fehlt vollständig.
P118	A	P118/A.10	E 01	<u>3.</u> Bezüglich weicher Tabukriterien wird um Ortslagen insgesamt 1000 m als Puffer incl. der harten Tabuzone angerechnet für wohnbauliche Nutzungen, für sonstige Lagen insgesamt 500 m. Die Begründung darin liegt allein in der Unterscheidung, dass im Rahmen des vorbeugenden Immissionsschutzes für die wohngenutzten Bereiche ein ausreichender Schutz gewährleistet sein muss und Außenbereichsanlagen weniger geschützt sind.
P118	A	P118/A.11	E 01	Die Festlegung erfolgt gerade nicht im Hinblick auf den Schall, die Anzahl oder Größe der Windenergieanlagen. Dies ist offensichtlich widersprüchlich, da die Festlegung der harten Tabukriterien anhand der größten marktgängigen Anlage erfolgte und mit dem zweifachen Gesamthöhenabstand gewählt wurde. Lärmtechnisch ist bei einem Schallleistungspegel von einer einzigen Anlage von 106 d3(A) der nächtliche Lärmgrenzwert von 45 dB(A) erst sicher in einem Abstand von knapp 600 m zu erreichen; bei Anlagen mit größeren Lärmpegeln mit erheblich größeren Abständen.

P118	A	P118/A.12	E 01	Da eine Differenzierung zwischen Innen- und Außenbereich gerade nicht stattfinden soll, kann nur auf das Schutzgut Mensch im Übrigen, also die optisch bedrängende Wirkung oder der gesetzlich festgesetzte Lärmschutz zurückgegriffen werden. Da Windenergieanlagen zur gewerblichen Stromerzeugung offensichtlich nur sinnvoll sind, wenn sie 24 Stunden am Tag das ganze Jahr hindurch theoretisch laufen dürfen und die als antizipiertes Sachverständigengutachten zu betrachtenden Werte der TA-Lärm unabdingbar sind, ist eine Unterschreitung dieser Werte nicht möglich. Vor diesem Hintergrund ist es unmöglich und in sich widersprüchlich, einen Abstand von 500 m vorzusehen, was etwa dem 2,3 fachen der Gesamthöhe entspricht.
P118	A	P118/A.13	E 01	Da die Rechtsprechung gleichzeitig festgelegt hat, dass bei mehreren Anlagen eine optisch bedrängende Wirkung auftritt, wenn in einem Winkel > 60° mehrere Anlagen zu sehen sind bis zu einem Abstand der 4fachen Gesamthöhe. Hier sind Windparks, also Flächen mit mehr als einer Anlage geplant, so dass wenigstens vom 3fachen Gesamthöhenabstand, mithin hier also 630 m auszugehen ist.
P118	A	P118/A.14	E 01	Zudem ist der Komplex nicht vollständig als Konflikt erfasst worden, so dass auch deshalb entsprechend der angegebenen Urteile die beabsichtigte Planung unzulässig ist.
P118	A	P118/A.15	E 01	Die Festlegung, dass Flugplatzflächen und militärischen Anlagen nur jeweils mit ihrer Fläche ausgespart werden, ist gleichfalls in sich widersprüchlich, da selbstverständlich im Landeanflugbereich sowie im Radarbereich die Errichtung von Windenergieanlagen grundsätzlich ausgeschlossen ist.
P118	A	P118/A.16	E 01	Diese Widersprüchlichkeit ergibt sich auch bei Landschaftsschutzgebieten, da selbstverständlich Windenergieanlagen optisch weiter wirken als ihre Baukörper und damit Landschaftsschutzgebiete vollständig zerstört sein können, wenn sie in der Nachbarschaft errichtet wurden.
P118	A	P118/A.17	E 01	Es ist unzulässig in gesetzlich geschützten Biotopen Windenergieanlagen zu errichten, eine Begrenzung auf Flächen > 5 ha ist gesetzlich nicht vorgesehen und wird nicht begründet.

P118	A	P118/A.18	E 01	Waldflächen sind von der Nutzung von Windenergieanlagen ausgeschlossen und sollen dies nach der Mitteilung der Landesregierung Niedersachsen z.B. NWZ vom 11.08.2014 auch bleiben, so auch der bisherige Entwurf der Landesregierung zur Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen an Land in Niedersachsen und Hinweise für die Zielsetzung und Anwendung (Windenergieerlass) Entwurfsstand 21.07.2014.
P118	A	P118/A.19	E 01	Allerdings sind Waldgebiete nach dem Waldgesetz bereits solche, die größer als 1/2 ha sind, so dass die Kriterienwahl nicht mit der Gesetzeslage übereinstimmt.
P118	A	P118/A.20	E 01	Letztlich belegt die Feststellung auf Seite 9 der beabsichtigten Begründung unten, dass der Landkreis weiterhin nicht bereit ist, die Rechts- und Gesetzeslage umzusetzen. Ausschlusskriterien können vermeintlich nicht zusortiert werden und werden als weiche Kriterien behandelt, sie werden aber nicht definiert.
P118	A	P118/A.21	E 01	<u>4.</u> Den dritten Schritt der Rechtsprechung die tatsächlichen Abwägung der Kriterien wird nicht begangen und sogar auf Seite 10 der beabsichtigten Begründung als unzulässig dargestellt. Bereite aus diesem Gesichtspunkt ist die Gesamtplanung zu überdenken.
P118	A	P118/A.22	E 01	Letztlich halt der Landkreis diese Argumentation selbst nicht durch, da er jedenfalls bei der Flächengröße dann doch durch flüssige Argumentationen für Anlagen von 150 m Gesamthöhe auf ein Erfordernis von mindestens 19 ha kommt. Warum nicht auch für die anderen Kriterien?

P118	A	P118/A.23	E 01	<p><u>5.</u></p> <p>Im Landkreis Cuxhaven sollen weiterhin ein 3fach unterschiedlicher Mindestabstand zwischen zwei Windparks liegen, da in Gebieten mit im Landkreisdurchschnitt höherem Waldanteil über 10 % zugunsten der Windenergie nur ein Mindestabstand von 3 km einzuhalten ist, vermeintlich sei die Sicht weniger frei. Dies gilt für die Gemeinden Beverstedt, Hagen sowie die neu zu gründende Stadt Geestland. Im weiteren Gebiet soll grundsätzlich 4 km gelten, in der Oste-Niederung 5km. Bei einer Gesamthöhe von wenigstens 150 m ist eine Verdeckung durch Wald, der bestenfalls knapp 30 m hoch ist, nicht möglich, jedenfalls nicht in einer Entfernung von unter 5 km. Waldsiedlungen sind auch in den Gemeinden Beverstedt, Hagen und der Stadt Geestland nicht vorhanden. Die Wälder sind grundsätzlich von Besiedlung und jeder sonstigen Nutzung mit einem dauerhaften Aufenthalt von Menschen frei. Es ist daher nicht erkennbar, weshalb den Menschen eine dichtere Zerstörung des Landschaftsbildes zugemutet wird als andernorts, obwohl das Landschaftsbild dort gerade eine deutlich höhere Bedeutung hat und eine höhere Wertigkeit.</p>
P118	A	P118/A.24	E 01	<p>Weshalb die Kreisgrenze mit einem Nachbarabstand von nur 2 km belegt wird, ist gleichfalls nicht begründet, da die Kreisgrenze optisch nicht wahrnehmbar ist.</p>
P118	A	P118/A.25	E 01	<p>Das RROP folgt auch nicht durchgängig den gewählten Kriterien, weil auf Seite 17 der beabsichtigten Begründung dann doch weitere Flächen ohne nähere Begründung gestrichen werden, die sich im Umfeld des Flughafen Nordholz befinden.</p>
P118	A	P118/A.26	E 01	<p><u>IV. Naturschutzgesichtspunkte</u></p> <p>Wie bereits dargelegt ergibt sich aus dem Umweltbericht, dass Landschaft als Kriterium und Fledermäuse nicht bewertet wurden. Allerdings findet sich auf Seite 17 der beabsichtigten Begründung das 10 Potentialflächen aus naturschutzfachlicher Beurteilung nicht als Vorranggebiete in Betracht kommen, da diese Gebiete Bedeutung für die Avifauna und Fledermäuse haben.</p>
P118	A	P118/A.27	SO 2	<p>Wie kommt es zu dieser Erkenntnis bzw. warum werden dann die bekannten Probleme etwa bei der hier betroffenen Fläche nicht ebenfalls berücksichtigt.</p>

P118	A	P118/A.28	E 01	<u>1.</u> Für die hier betroffene Potentialfläche, auf Seite 17 der beabsichtigten Begründung als Potentialfläche 14 bezeichnet, sollen 3 weitere Flächen entfallen, die im Regionalen Raumordnungsprogramm 2012 als Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft festgelegt wurden. Diese Kriterien sind bisher nicht als Kriterien genannt, werden nun aber aufgeführt. Weshalb?
P118	A	P118/A.29	E 01	<u>2.</u> Weshalb werden naturschutzfachliche Gesichtspunkte, die im Bezug auf die Potentialfläche 14 dem Landkreis sowohl aus einem Genehmigungsverfahren als auch aus einem Aufstellungsverfahren zum Flächennutzungsplan bzw. zu Bebauungsplänen bekannt sind, nicht berücksichtigt? Die Argumentation ist offensichtlich widersprüchlich.
P118	A	P118/A.30	E 01	<u>3.</u> Im Übrigen ergibt sich aus Seite 18 der beabsichtigten Begründung, dass auch Windparks festgesetzt werden, die dem Kriterienkatalog nicht vollständig entsprechen(?!), nur weil sie bauleitplanerisch gesichert sind. Dies ist kein Kriterium, da das ROG vorsieht, dass das regionale Raumordnungsprogramm der langfristigen Steuerung dient und damit gerade nicht auf die bestehende Planung Rücksicht nehmen muss, sondern diese zukünftig lenken soll.
P118	A	P118/A.31	E 01	Ab Seite 21 werden Gesichtspunkte des Landschaftsbildes, Landschaftsschutzes und der optischen Beeinträchtigungen betrachtet, die bei der Auswahl der Kriterien keine Rolle spielen und dann doch Einfluss auf die Planung haben.
P118	A	P118/A.32	E 01	<u>V.</u> Im Übrigen fehlt ein Hinweis auf die Länderöffnungsklausel und die von der Landesregierung mitgeteilte Absicht, bis zum Ende des Jahres 2014 in einen so genannten Windenergieerlass einheitliche Abstandsvorgaben zu Gebäuden mit Wohnnutzung zu erlassen.

P118	A	P118/A.33	E 01	In diesem Zusammenhang weist auch die Landesregierung darauf hin, dass das NLT-Papier, „Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie zur Durchführung der Umweltprüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung bei Standortplanung und Zulassung von Windkraftanlagen“, herausgegeben vom niedersächsischen Landkreistag, in der zur Zeit gültigen Fassung 2014 als Abwägungskriterium zu betrachten ist. Dies ist hier in vielfacher Hinsicht unterblieben. Dies gilt nicht nur für das Schutzgut Mensch, auch für das Schutzgut Natur.
P118	A	P118/A.34	U, SO 2	<u>VI.</u> Ausweislich des Umweltberichts Teil C ist der hier betroffene Windpark Bederkesa Alfstedt mit der Potentialnummer 2 ungeeignet, da erhebliche Umweltauswirkungen im Hinblick auf Wohnen und windenergieempfindliche Vogelarten zu erwarten sind, so dass die Umweltauswirkungen schutzübergreifend als erheblich eingeschätzt werden. Die Fläche hat daher nach der übrigen Argumentation zu entfallen.
P118	A	P118/A.35	SO 2	In diesem Zusammenhang darf auch auf die umfassende Stellungnahme der Mandanten im Rahmen des Flächennutzungsplanaufstellungsverfahrens sowie des Bebauungsplanverfahrens verwiesen werden, die in der Anlage nochmals beigelegt werden.
P118	A	P118/A.36	SO 2	Darüber hinaus bestätigt die entsprechende Abstimmung der Anwohner mit einem Votum weit jenseits einer 2/3 Mehrheit, dass die betroffene Fläche gegen die weitere Konzeption der Gemeinde Bad Bederkesa verstösst und zu erheblichen Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch, Natur und Kultur- und Sachgüter führt.
P118	A	P118/A.37	SO 2	Auch die Stellungnahme des Gutachtens in Hinblick auf den Adler ist bestätigt worden.
P118	A	P118/A.38	SO 2	Die betroffene Fläche ist daher ungeeignet.

P118	B	P118/B.01	SO 02	<p>Die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung ausliegenden Unterlagen zum Bebauungsplan Nr. 12 Windpark Bederkesa-Alfstedt genügen offensichtlich nicht, um tatsächlich eine Öffentlichkeitsbeteiligung über die wesentlichen Auswirkungen der beabsichtigten Planung durchzuführen. Ausweislich der Begründung soll die Öffentlichkeitsbeteiligung dazu dienen, den Umfang des Umweltberichts inhaltlich abzustimmen, damit der Bebauungsplan zeitnah nach Inkrafttreten des RROP wirksam wird, so Seite 3 der beabsichtigten Begründung. Dies ist offensichtlich unzutreffend. Zum einen ist das RROP des Landkreises Cuxhaven bereits in Kraft getreten zum zweiten sind teilweise Angaben über die Auswirkung der beabsichtigten Planung im Detail vorhanden, im weiten Umfang werden jedoch Erkenntnisse, die offensichtlich vorliegen, nicht berücksichtigt. Darüber hinaus handelt es sich offensichtlich nicht um die Begründung für den beabsichtigten Bebauungsplan Nr. 12 Bederkesa Alfstedt. Zeichnerisch wird eine Fläche von etwa 63,4 ha zur Errichtung von 8 Windenergieanlagen vorgesehen, laut Begründung, so insbesondere Seite 3, soll es sich um Anlagen der 3 MW-Klasse handeln und diese 200 m Gesamthöhe aufweisen. An an derer Stelle, so insbesondere Seite 18, wird jedoch mit 14 Windenergieanlagen argumentiert. Was soll nun gelten?</p>
P118	B	P118/B.02	SO 02	<p>Einerseits liegt eine Biotopkartierung vermeintlich der betroffenen Fläche einschließlich eines 1000m-Umkreises aus dem Jahr 2012 vor, welche vorsieht, dass je nach Ausprägung der Biotope, diese nicht überplant werden sollen, andererseits bezieht sich die beigefügte Karte nicht auf die hier betroffene Fläche. Soweit die hier betroffene Fläche jedoch identisch ist mit der Biotopkartierung, werden sämtliche Biotope überplant.</p>
P118	B	P118/B.03	SO 02	<p>An anderer Stelle der beabsichtigten Begründung wird davon ausgegangen, dass geschützte Pflanzen nicht kartiert worden sind, weil entsprechende Kartierungen fehlen. Biotope umfassen auch geschützte Pflanzen! Es fehlen Angaben zu optischen und akustischen Beeinträchtigungen des beabsichtigten Windparks. Für eine frühzeitige Bürgerbeteiligung liegen daher in keiner Form ausreichend Unterlagen vor.</p>

P118	B	P118/B.04	SO 02	Des Weiteren darf darauf hingewiesen werden, dass am 10.10.2012 das Rathaus der Samtgemein Bederkesa geschlossen war, so dass die Unterlagen nicht eingesehen werden konnten. Die Frist ist damit nicht eingehalten worden, so dass die Öffentlichkeitsbeteiligung in jedem Fall zu wiederholen ist.
P118	B	P118/B.05	SO 02	<p>I. Verstoß gegen höherrangige Planungen</p> <p>Die beabsichtigte Planung verstößt offensichtlich gegen den bisher geltenden Flächennutzungsplan der Samtgemeinde und auch gegen die im Rahmen der zeitgleich ausliegenden 48. Änderung des Flächennutzungsplanes vorgesehen Fläche. Zwar soll die Fläche identisch sein mit der dortigen Ausweisung, dies ist jedoch unzutreffend. Ausweislich der Planzeichnung und der Begründung ist diese Fläche um einen 60 m breiten Streifen größer als die im Flächennutzungsplan vorgesehe Fläche. Zur Begründung wird darauf hingewiesen, dass die Rotorblätter über die im Flächennutzungsplan ausgewies Fläche hinausragen soll, damit die Fläche vollständig ausgenutzt werden kann. Dies ist rechtlich unzulässig. Windenergieanlage sind Bauwerke, deren sämtliche Bauteile ZU berücksichtigen sind, also insbesondere auch die Rotorblätter, vgl. BVerwG, Entscheidung vom 21.10.2004, 4 C 3.04; ständige Rechtsprechung.</p>

P118	B	P118/B.06	SO 02	<p>Im Übrigen würde bei der beabsichtigten Planung nicht nur gegen höherrangige Planungsfestsetzungen verstoßen werden, wenn denn der Flächennutzungsplan entsprechend geändert würde, zudem würde auch gegen höherrangiges Recht verstoßen. In der beabsichtigten Planung werden Anlagen mit einer Gesamthöhe von 200 m vorgesehen. Bei der offensichtlich beabsichtigen Platzierung am Rande der betroffenen Fläche, müsste der Abstand von der Rotorspitze gerechnet den dreifachen Gesamthöhenabstand zu jeglicher nächstgelegener Wohnbebauung einhalten. Da bereits die Abgrenzung des Flächennutzungsplanes lediglich einen Abstand von 500 m zu fast allen Wohngebäuden einhält, ist offensichtlich bei einer weiteren Reduzierung um 60 m der bereits aus dem BImSchG einzuhaltende Mindestabstand unterschritten. Planungsrechtlich erfolgen hier Festsetzungen, die offensichtlich gesetzeswidrig sind. Die beabsichtigte Planung verstößt daher sowohl gegen den beabsichtigten Flächennutzungsplan in der Form der 48. Änderung wie auch gegen das BImSchG, vgl. BVerwG Urteil vom 21.10.2004; 4 C 3.04 und VG Hannover, Urteil vom 22.09.2011; 4 A 1052/10. Darüber hinaus ist die beabsichtigte Begründung auf Seite 3 offensichtlich unzutreffend, da der B-Plan größer ist als der F-Plan, nicht anders herum.</p>
------	---	-----------	-------	---

P118	B	P118/B.07	SO 02	<p>II. Fehlende Abstimmung mit der Nachbargemeinde</p> <p>Ausweislich der Planzeichnung und teilweise auch ausweislich der übrigen ausliegenden Unterlagen zu der beabsichtigten Planung ist die hier betroffene Fläche ein Teil eines Gesamtwindparks mit der Gemeinde Flecken Bad Bederkesa und der Gemeinde Drangstedt. Gleichwohl fehlt es offensichtlich an einer Abstimmung. Insgesamt weckt die ausliegende beabsichtigte Begründung nebst Nebenanlagen den Eindruck, dass überhaupt nicht unterschieden wird zwischen den drei betroffenen Flächen. Ohne weitere Begründung wird davon ausgegangen, dass in dem hier betroffenen Bereich Anlagen mit einer Gesamthöhe von 200 m zulässig sind, insgesamt 8 Stück, oder 14 (?) . In der angrenzenden Fläche der Gemeinde Flecken Bad Bederkesa hingegen, sollen Anlagen mit 185 m Gesamthöhe zulässig sein, so die Festsetzung im dortigen beabsichtigten Bebauungsplan Nr. 52. Für den angrenzenden Bereich der Gemeinde Drangstedt sind keine Höhengvorgaben vorgesehen! Es fehlt also offensichtlich an der gesetzlich notwendigen Abstimmung mit der Nachbargemeinde, was hier insbesondere deshalb mehr als erstaunt, da alle zur selben Samtgemeinde gehören. Eine Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Höhengvorgaben bzw. einer fehlenden Höhengvorgabe fehlt überhaupt. Bereits aus diesem Gesichtspunkt ist die beabsichtigte Planung wegen gravierender Abwägungsmängel unzulässig.</p>
P118	B	P118/B.08	SO 02	<p>III. Fehlende inhaltliche Festsetzung</p> <p>Ausweislich der beabsichtigten Begründung handelt es sich bei den Festsetzungen des beabsichtigten B-Plans um eine detailliertere Regelung zur Steuerung der Errichtung von Windenergieanlagen gegenüber der beabsichtigten 48. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Bederkesa. Allerdings fehlt es an einer entsprechenden detaillierten Regelung. Art um Maß der baulichen Nutzung werden weder zeichnerisch noch textlich in irgendeiner Form festgesetzt oder in die Abwägung einbezogen. Es fehlt offensichtlich überhaupt an einer eigenen planerischen Entscheidung der Gemeinde Kührstedt.</p>

P118	B	P118/B.09	SO 02	<p>Zwar findet sich am Rande der Planzeichnung und textlich der Hinweis, dass 8 Anlagen der 3 MW Klasse errichtet werden sollen, allerdings sind weder entsprechende Standorte, Baufenster oder ähnliches festgesetzt, ebenso wenig die maximal zulässige Gesamthöhe von 200 m, mit der jedenfalls argumentiert wird. Wie es zu dieser Festsetzung kommt ist ebenfalls völlig offen. Da gleichzeitig an anderer Stelle von 14 Windenergieanlagen ausgegangen wird, wird darauf hingewiesen, dass weder 8 noch 14 Anlagen aufgrund der planungsrechtlich vorzusehenden Mindestabstände der Anlagen untereinander bei einer Gesamthöhe von 200 m möglich sind. Es ist ein Mindestabstand vom 3fachen Rotordurchmesser zwischen den Anlagen aus physikalischen Gesichtspunkten einzuhalten, wobei in Hauptwindrichtung ein Abstand von dem 5fachen Rotordurchmesser vorzusehen ist. Nach dieser Vorgabe benötigen Anlagen mit einer Gesamtlöhe von 200 m mindestens 17 ha Fläche pro Anlage. Bei lediglich 63,4 ha zur Verfügung stehender Fläche ist offenkundig, dass weder 8 noch 14 Anlagen auf dieser Fläche errichtet werden können. Die Argumentation bzw. die beabsichtigte Begründung deckt daher in keiner Form die beabsichtigten Festsetzungen, die tatsächlich auch nicht getroffen werden.</p>
P118	B	P118/B.10	SO 02	<p>Eine Festsetzung im Hinblick auf die Nennleistung erweist sich zudem als widersprüchlich mit der beabsichtigten Begründung. Warum dürfen nur 3 MW errichtet werden, nicht 7,5 MW oder mehr? 3 MW Nennleistungen können von Anlagen unter 100 m Gesamthöhe erreicht werden, so dass nicht erkennbar ist, weshalb die doppelte Gesamthöhe festgesetzt wird. Da mit der Festsetzung der Gesamthöhe im erheblichen Umfang Eingriffe in das Landschaftsbild, in die Natur und erhebliche optische Auswirkungen für Menschen, Kultur- und Sachgüter verbunden sind, sind derart widersprüchliche festsetzungen unzulässig. Aufgrund der bestehenden Äbwägungsdefizite ist die beabsichtigte Planung unzulässig.</p>
P118	B	P118/B.11	SO 02	<p>IV. (fehlende) Umweltprüfung Eine Umweltprüfung gibt es bisher nicht. Eine Stellungnahme dazu kann aus dem Grunde nicht erfolgen.</p>

P118	B	P118/B.12	SO 02	<p>V. Immissionen und Emissionen von Windenergieanlagen</p> <p>Das beabsichtigte Vorhaben setzt zwischen 8 und 14 Windenergieanlagen bis zu 200 m Gesamthöhe voraus. Es ist allgemein bekannt, dass Windenergieanlagen im großen Umfang Lärm emittieren und rotierenden Schlagschatten verursachen. Darüber hinaus ist die ab einer Gesamthöhe von 100 m aus Flugsicherheitsgründen erforderliche Tages- und Nachtkennzeichnung als optische Beeinträchtigung offensichtlich. Daneben stellt die kontinuierliche Bewegung der Rotorblätter einen erheblichen Eingriff in das Landschaftsbild dar, der sich auch auf Kultur- und Sachgüter sowie den Menschen auswirkt. An einer Abwägung dieser wesentlichen Konflikte fehlt es völlig, es fehlt sogar an jeglichen Angaben insoweit. Im Hinblick auf den Schall wird nicht einmal das Konfliktpotential erkannt. Es wird lediglich mitgeteilt, dass eine Schallprognose erstellt werden soll, allerdings findet keine Abwägung im Hinblick auf eine vorsorgende Planung statt. Vielmehr lässt die beabsichtigte Begründung erkennen, dass das Konfliktpotential unbeachtet bleiben soll, da darauf hingewiesen wird, dass Windenergieanlagen auch schallreduziert betrieben werden können und eine Schattenabschlagautomatik Stand der Technik ist, so dass eine Abwägung entbehrlich ist. Dies ist offensichtlich unzutreffend. Planerisch ist eine Festsetzung zu finden bzw. das Konfliktpotential zu lösen, da sowohl die Festsetzung eines Windparks erforderlich macht, dass die dort errichteten Windenergieanlagen kontinuierlich ihre Nennleistung erbringen können, also ohne Reduzierungen in irgendwelcher Art laufen können, während andererseits die Wohn- und Arbeitsbevölkerung sowie die touristische Entwicklung nicht gefährdet werden darf. Vor diesem Hintergrund ist eine Planung mit einem schallreduzierten Betrieb offensichtlich unzulässig. Er verstößt gegen das Abwägungsgebot gem. § 1ff. BauGB.</p>
------	---	-----------	-------	---

P118	B	P118/B.13	SO 02	<p>VI. Beeinträchtigung des Landschaftsbildes</p> <p>Im Hinblick auf die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes befinden sich einige Anhaltspunkte in der beabsichtigten Begründung sowie den weiter ausliegenden Unterlagen. Es ist allerdings offensichtlich unzutreffend, dass eine Vorbelastung durch die L120 besteht, da diese nicht erkennbar ist, wie die wellige Fläche mit einem Höhenunterschied von mehr als 9 m zahlreichen strukturierenden Wallhecken, kleine Gehölzinseln, Wäldern und mehreren Feuchtgebieten in einer Mischung von Grünland und Ackerland sich als abwechslungsreiche Landschaft darstellt. Die Straße ist schlicht fast nirgends zu erkennen. Auch die angeführte Vorbelastung durch den Windpark in Flögeln und den weiteren Windpark in Ringstedt bestätigt, dass hier offensichtlich die gesetzlich bestehenden Erfordernisse der Berücksichtigung von Konfliktpotential und deren Lösung im Wege der Abwägung nicht erkannt wurde. Gerade weil Windenergieanlagen im weiten Umkreis im norddeutschen Tiefland die Landschaft optisch beeinträchtigen, sind Mindestabstände von 5 zwischen zwei Wind- Parks einzuhalten, um den freien Blick auf die Landschaft wei terhin zu gewährlejs Dies gilt einerseits als landesrechtlj_ die Vorgabe Erlass vom 26.01.2004, bestätigt durch OVG Lüneburg 7 ME 170/07 und wird andererseits von der Ständigen Rechtsprechung des zuständigen OVG Lüneburg, Entscheidungen vom 14.09.2000, 1 K 514/98 und vom 28.04.2004, 1 KN 155/03 und vom 08.11.2005, 1 LB 133/04, bestätigt. Schon aus diesem Gesichtspunkt ist die beabsichtigte Ausweisung eines weiteren Windparks völlig unzulässig.</p>
P118	B	P118/B.14	SO 02	<p>Es wird zudem darauf hingewies dass die textliche Darstellung in der beabsichtigten Begründung identisch ist mit der textlichen Darstellung zur beabsichtigten 48. Änderung des Flächennutzungsplans der Samtgemeede Bederkesa, so dass es an einer detaillierten Planung offensichtlich fehlt.</p>
P118	B	P118/B.15	SO 02	<p>Darüber hinaus steht sie im Widerspruch zu der Darstellung der ebenfalls ausliegenden Untersuchung über die Avifauna der PNE Wind AG, Peter-Henlein Straße 2-4, 27472 Cuxhaven die insbesondere auf Seite 5 zu der Erkenntnis gelangt, dass es sich um eine hochwertige, kleinräumig strukturierte, artenreiche und damit aus optischen Gesichtspunkten wertvolle Landschaft handelt. Die Einstufung der Landschaft mit einem mittleren Wert ist damit offensichtlich unzutreffend und widerspricht den weiteren ausliegenden Unterlagen.</p>

P118	B	P118/B.16	SO 02	Auch die in Bezug genommene Visualisierung ist offensichtlich nicht auf das hier betroffene Planvorhaben zu beziehen. Zum einen ist sie technisch sehr imperfekt gestaltet zum anderen ist sie falsch, da dort Anlagen von 200 m nicht berücksichtigt wurden.
P118	B	P118/B.17	SO 02	Wie bereits dargestellt hat jeder Anwohner bereits aus den gesetzlichen Vorgaben des BImSchG einen Schutzanspruch des dreifachen Gesamthöhenabstandes um vor optischen Beeinträchtigungen geschützt zu werden. Dieser hält das beabsichtigte Vorhaben offensichtlich nicht ein. Die Auswirkungen der aus Flugsicherheitsgründen erforderlichen Tages- und Nachtkennzeichnung sind vollständig unberücksichtigt geblieben.
P118	B	P118/B.18	SO 02	Da fest steht, dass Windenergieanlagen bis zu einem Umkreis der 15fachen Gesamthöhe das Landschaftsbild vollständig zerstören, vgl. VG Stade Urteil vom 13.01.2005; 2 A 941/93, findet keine umfassende Berücksichtigung der mit dem beabsichtigten Vorhaben in Verbindung stehenden Beeinträchtigung statt, so dass eine umfassende Stellungnahme nicht erfolgen kann. Allerdings wird darauf hingewiesen, dass die auf Seite 18 vorgenommene Kompensationsmaßnalimenberechnung für das Landschaftsbild von bis zu 38 ha sich offensichtlich nicht auf das hier betroffene Verfahren bezieht, da dort 14 Anlagen angenommen werden und davon ausgegangen wird, dass je Anlage 2,7 ha erforderlich sind bzw. 1,9 ha bei sichtverschatteten Bereichen. Eine Darstellung entsprechender Bereiche findet nicht statt. Die beabsichtigte Planung ist daher unzulässig.

P118	B	P118/B.19	SO 02	<p>VII. Denkmalschutz</p> <p>In der beabsichtigten Begründung werden lediglich Bodendenkmäler berücksichtigt. Es wird auf eine Faustformel des niedersächsischen Ministeriums hingewiesen, die jedoch sinnlos ist, da es sich dabei nicht um die Fachbehörde handelt. Das zuständige Landesamt für Denkmalpflege sieht sich in keiner Form an diese Faustformel gebunden, sondern stellt klar, dass eine Landschaftsbildveränderung durch die Errichtung eines Windparks einen Eingriff in die Sichtbeziehung zu Bau- und Kulturdenkmälern führt und dies aus denkmalschutzrechtlichen Gesichtspunkten unzulässig ist. Da im betroffenen Bereich mehrere Gebäude unter Denkmalschutz stehen und zudem auch deren Beziehung zur umgebenden Landschaft Teil des Schutzes sind, hätte eine konkrete Abwägung erfolgen müssen. Selbstverständlich ist auch eine pauschalierte Abwägung möglich, allerdings nicht mehr auf der Ebene eines Bebauungsplanes. Es wird darauf hingewiesen, dass bei UNESCO Weltkulturerbe-Einrichtungen auch ein Abstand von 15 km (Beispiel: Windenergieanlage im Wirkungsbereich der Wartburg in Eisenach) als zu gering betrachtet werden kann, da es eben auf die konkrete optische Situation ankommt, dazu fehlen hier jegliche Angaben. Die Auslassung als solche stellt eine rechtswidrige Verletzung der §§ 1 und 2 BauGB dar.</p>
P118	B	P118/B.20	SO 02	<p>VIII. Umweltprüfung/UVS</p> <p>Weder eine Umweltprüfung noch überhaupt eine Prüfung im Sinne des UVPG sind bisher durchgeführt worden noch beabsichtigt. Es fehlt dazu an jeglichen Angaben. Neben der Betroffenheit der in der beabsichtigten Begründung aufgeführten Güter ist darauf hinzuweisen, dass im Hinblick auf das konkrete Vorhaben unter Berücksichtigung der konkreten Angaben, hier also der „Anzahl“ der konkreten Standorte, von welcher Art von Windenergieanlagen, die Betroffenheit der Güter Schutzgüter zu problematisieren sind entsprechend den Kriterien des UVGP. Daran fehlt es vollständig. Eine Auslassung stellt eine rechtswidrige Verletzung auch der eigenen Rechte der Einwender als Betroffene des Schutzgutes Mensch sowie als Eigentümer von Kultur- und Sachgütern dar. Die Einwender können damit unmittelbar eigene, verletzte Rechte geltend machen. Die Auslassung ist daher rechtswidrig, die beabsichtigte Planung daher unzulässig.</p>

P118	B	P118/B.21	SO 02	<p>IX. Eingriff in Natur</p> <p>Ausweislich der beabsichtigten Begründung soll es eine Biotopkartierung im Jahr 2012 gegeben haben, die dem betroffenen Bereich einschließlich eines 1000-m Umkreis erfasst. Es wird darauf hingewiesen, dass die dortigen Angaben rein tatsächlich unzutreffend sind. Eine Waldfläche im Pastorenmoor fehlt. Die Wallhecken in der beigefügten Karte fehlen. Obwohl dort erwähnt wird, dass Biotope je nach Ausprägung nicht überplant werden wollen, findet keinerlei Berücksichtigung der Biotope statt.</p>
P118	B	P118/B.22	SO 02	<p>Entsprechend den geltenden Regelungen zur planungsrechtlichen Steuerung von Windenergieanlagen zusammengefasst in dem so genannten NLT-Papier, „Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie zur Durchführung der Umweltprüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung bei Standortplanung und Zulassung von Windkraftanlagen“, herausgegeben vom niedersächsischen Landkreistag, sind folgende Abstände pauschal zu den hier betroffenen Biotopen einzuhalten: (es folgt ein Auszug aus dem NLT-Papier)</p>
P118	B	P118/B.23	SO 02	<p>Gewässer 2. Ordnung sowie Überschwemmungsgebiete sind vollständig frei zu halten, darüber hinaus ist ein Kipphöhenabstand einzuhalten, um eine Überplanung auszuschließen.</p>
P118	B	P118/B.24	SO 02	<p>Zu Waldflächen ist auch nach der jüngsten Ergänzung des LROP 2012 weiterhin mindestens ein Abstand von 200 m einzuhalten.</p>
P118	B	P118/B.25	SO 02	<p>Offensichtlich ist den Erstellern selbst bekannt, dass die Biotopkartierung Defizite aufweist, da zumindest geschützte Pflanzen nicht aufgeführt wurden. Was war denn Gegenstand der Biotopkartierung. Die Untersuchung ist völlig unzureichend. Eine umfassende Stellungnahme kann daher nicht erfolgen, da die Defizite umfassend sind.</p>

P118	B	P118/B.26	SO 02	<p>a)</p> <p>Da die Darstellung im Hinblick auf das Schutzzut Fauna weitgehend wortidentisch ist mit der gleichzeitig ausliegenden beabsichtigten 48. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Bederkesa wird umfassend auf das dort Vorgetragene verwiesen und dies auch hier zu eigen gemacht. Eine nach den gültigen Regelungen durchgeführte Kartierung der Fauna hat nicht stattgefunden. Die Angaben in der beabsichtigten Begründung sind zudem widersprüchlich, da auf Seite 12 angegeben wird, dass der Kranich als Brutpaar einen Abstand von 80 m zur nächstgelegenen Windenergieanlage toleriert, andererseits bei seinen Flugrouten Windenergieanlagen weiträumig meidet bzw. aufgrund seiner mangelnden Geschwindigkeit zum Schlagopfer wird. Selbstverständlich muss ein brütendes Kranichpaar zu den Nahrungshabitaten fliegen, befindet sich dann also auf den Zug- bzw. Flugwegen, die freizuhalten sind. Eine entsprechende Berücksichtigung hat nicht stattgefunden. Schon aus diesem Gesichtspunkt ist erkennbar, dass die Argumentation defizitär und widersprüchlich ist.</p>
P118	B	P118/B.27	SO 02	<p>b)</p> <p>Das in Bezug genommene Gutachten, das von /für PNE Wind AG, Peter-Henlein-Straße 2-4, 27472 Cuxhaven (in welchem Bereich?) in den Jahren 2009 und 2010 durchgeführt wurde, genügt nicht, um eine UVS oder einen Umweltbericht für das hier betroffene Vorhaben abzugeben bzw. eine Grundlage dafür zu bilden. Zum einen sind die Daten veraltet, da die Untersuchungen mehr als 3 Jahre alt sind. Zum anderen haben sich in dieser Zeit aufgrund der Errichtung von Windenergieanlagen andernorts und der nach der bisherigen auch umgesetzten Planung der Samtgemeinde Bederkesa durchgeführten naturnahen Entwicklung zur Umsetzung touristischer Konzepte erhebliche Änderungen in der Zusammensetzung der auch bisher sehr artenreichen Fauna im betroffenen Bereich ergeben. Diese sind selbstverständlich unberücksichtigt geblieben.</p>

P118	B	P118/B.28	SO 02	Gleichwohl ergibt sich bereits aus dem vorliegenden Gutachten, dass ein artenreiches Spektrum an streng geschützten Brut- und Rastvögeln die Fläche nutzen. Zur Zeit sind im erheblichen Umfang ziehende Gänse und Kraniche beinahe täglich zu beobachten. Erstaunlicherweise findet sich überhaupt kein Hinweis auf Gänse in dem vorliegenden Gutachten. In diesen Tagen sind sie zu hunderten in dem betroffenen Bereich anzutreffen bzw. überfliegen diesen auf ihren Zugrouten. Nach der Ahus-Konvention geschützte Zugvögel sind auch in ihren Zugkorridoren geschützt, dies ist übersehen worden.
P118	B	P118/B.29	SO 02	Ausweislich des avifaunistischen Gutachtens, das in etwa 100 ha nebst einem Umfeld untersucht hat, ist der betroffene Bereich, so Seite 9, bereits aus dem Aspekt der Brutvögel als Gebiet mit lokaler Bedeutung anzusehen. Nach dem geltenden NLT-Papier ist daher eine Ausweisung als Windpark unzulässig. Da Rastvögel im weiten Umfang fehlen, hat eine Einstufung insoweit nicht stattgefunden. Bereits die geringen vorhandenen Daten sprechen jedoch gegen das beabsichtigte Vorhaben, sodass dies fallen zu lassen ist bzw. die Planung rechtswidrig ist.
P118	B	P118/B.30	SO 02	c) Fledermäuse Im Rahmen eines privat für die Firma PNW Wind AG im Frühjahr/Sommer 2010 in einem unbekannten Planungsraum durchgeführten Gutachten zur Fledermausbedeutung des dort untersuchten Raumes (7) der jedenfalls teilweise identisch mit dem hier betroffenen Bereich ist, hat sich ergeben, dass 9 streng geschützte Fledermausarten dort angetroffen wurden, die ein erhebliches Schlagopferisiko eingehen. Schon aus diesem Gesichtspunkt ist der betroffene Bereich offensichtlich nicht geeignet.
P118	B	P118/B.31	SO 02	Das in Bezug genommene mögliche Monitoring ist unzulässig. Nach der ständigen Rechtsprechung sind streng geschützte Arten vor jeder Steigerung eines Tötungsrisikos zu schützen, vgl. BVerwG, Entscheidung vom 14.07.2011 zum AZ: 9 Å 12.10, so dass als Kompensation die Festsetzung eines Monitoring (welches?) für einen begrenzten Zeitraum weitere Schlagopfer in Kauf nimmt, was unzulässig ist, vgl. auch OVG Lüneburg, Entscheidung vom 18.04.2011 zum AZ: 12 ME 274/10. Es kommt dabei nicht darauf an, ob die Tiere durch die Anlagen selbst getötet werden oder durch von diesen erzeugten Luftverwirbelungen oder anderen Auswirkungen.

P118	B	P118/B.32	SO 02	<p>d)</p> <p>Die Auswirkung auf jagdbares Wild ist nicht berücksichtigt worden. Schon aus den Auslassungen und den gering vorhandenen Zahlen ist jedoch erkennbar, dass das beabsichtigte Vorhaben unzulässig ist.</p>
P118	B	P118/B.33	SO 02	<p>X. Fehlende Gutachten</p> <p>Ausweislich der ausliegenden Unterlagen sind im Hinblick auf zwei wesentliche Aspekte Gutachten, die von der PNW Wind AG in Auftrag gegeben wurden, übernommen worden. Aus zwei Hinweisen in der beabsichtigten Begründung ergibt sich des weiteren, dass ein städtebaulicher Vertrag abgeschlossen wurde; abgeschlossen werden soll (?), um mögliche Kompensationsmaßnahmen und/oder damit verbundene Kosten abzuwälzen. Es wird darauf hingewiesen, dass zwar im Rahmen eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Investoren die Kosten für Planungsschritte übernehmen können, ein solcher liegt hier jedoch nicht vor. Des weiteren ist es unzulässig, durch einen städtebaulichen Vertrag an Stelle einer Festsetzung im Bebauungsplan bzw. zu dessen Ergänzung oder Feinsteuerung abzuschließen, vgl. OVG Lüneburg, Urteil vom 08.03.2012 12 LB 244/10. Darüber hinaus besteht insoweit der Verdacht der Korruption. Die beabsichtigte Planung ist daher bereits aus diesem Gesichtspunkt vollkommen unzulässig.</p>
P118	B	P118/B.34	SO 02	<p>XI. Landwirtschaft</p> <p>Konzentrationszonen für Windenergieanlagen sind nicht gleichzeitig rechtlich für die Landwirtschaft verwendbar, vgl. OLG Celle, Entscheidung vom 14.11.1011, 7 W 58/11. Ausweislich der Entscheidung des BGH Beschluss vom 24.04.2009 - BLw 21/ 08; zuvor OLG Oldenburg (Lexetius.com/2009,1199), hebt die Nutzung von Flächen als Windpark rechtlich die landwirtschaftliche Nutzung auf. Die landwirtschaftliche Nutzung wird daher rechtlich für den gesamten Bereich der Flächen aufgehoben.</p> <p>Im konkreten Fall hat dieser Gesichtspunkt bisher keine Rolle in der Abwägung bzw. im Verfahren gespielt. Da die Flächen hier für die Landwirtschaft durch höherrangige Festsetzungen vorgesehen sind, ist aus diesem Gesichtspunkt die beabsichtigte Planung unzulässig.</p>

P118	B	P118/B.35	SO 02	Im übrigen wird eine Pufferzone von 60 m um die beabsichtigten Flächen herum nicht für die Landwirtschaft festgesetzt, so dass mehrere ha Land der landwirtschaftlichen Nutzung planungsrechtlich entzogen werden, ohne dass es dafür eine Kompensationsmaßnahme gibt.
P118	B	P118/B.36	SO 02	<p>Zum zweiten benötigt der erhebliche Eingriff in das Landschaftsbild, der bereits aus sich heraus erkennbar ist und der noch unbekannt große Eingriff in die Natur, die Avifauna und die Umwelt erhebliche Mengen an Ausgleichsflächen, da der Eingriff nur vermieden werden kann, wenn er nicht stattfindet. Aus naturschutzrechtlichen Gesichtspunkten ist die Errichtung von Windenergieanlagen in dem Bereich offensichtlich unzulässig. Sollte sie dennoch planungsrechtlich festgesetzt werden, stellt dies einen Verstoß gegen naturschutzrechtliche Bestimmungen dar, ist planungsrechtlich aber bereits aus anderen Gesichtspunkten auszugleichen. Sofern dies erfolgt, sind neben den Ausgleichsflächen für die Versiegelung, die Anlegung verschiedener Straßen und Zuwegungen, die Tiefgründung, die aufgrund des Untergrunds erforderlich ist und den Eingriff in das Landschaftsbild mindestens etwa 54 ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung zu entziehen. Da rechtlich zudem der gesamte Windpark, also weitere 106 ha der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen werden, stellt dies einen erheblichen Eingriff in die sehr knappe Ressource der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen im Landkreis Cuxhaven dar. Ausweislich der Mitteilungen der Landwirtschaftskammer und zwischenzeitlich auch des Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen, so NWZ vom 27.07.2012, ist eine weitere Verknappung landwirtschaftlicher Flächen nicht im Sinne der Landesstrategie und baurechtlich nicht vorgesehen. Es wird zudem darauf verwiesen, dass mit dem Eingriff in die Landwirtschaft auch alle darauf rechtlich bezogenen Regelungen, z. B. im Hinblick auf die Jagd, die Flächenprämien, das Höferecht, das Erbrecht, die steuerliche Begünstigung, den qualifizierten Flächennachweis etc. entfallen. Schon vor diesem Hintergrund ist eine Abwägung mit den Eingriffen in die Landwirtschaft von erheblicher Bedeutung.</p>

P118	B	P118/B.37	SO 02	<p>XII. Kompensationsflächen</p> <p>Angaben zu notwendigen Kompensationsflächen fehlen im Detail. Auf Seite 18 der beabsichtigten Begründung werden Kompensationsmöglichkeiten dargestellt, wobei keine eindeutige Festlegung stattfindet. Die Begründung bezieht sich auf zwei Bebauungspläne, die Ortsangabe ist zeichnerisch nicht festgelegt. Eine Auseinandersetzung kann daher nicht erfolgen. Es wird darauf hingewiesen, dass ohne detaillierte Angabe der Kompensationsflächen der Größe und der dort vorzunehmenden Kompensationen der beabsichtigte Bebauungsplan unzulässig und rechtswidrig ist.</p>
------	---	-----------	-------	---

P118	B	P118/B.38	SO 02	<p>XIII. ZUSNMENFASSUNG:</p> <p>Der beabsichtigte Bebauungsplan Nr. 12 Windpark Bederkesa-Alfstedt ist als undeklartierter vorhabenbezogener Bebauungsplan rechtswidrig. Die im Zuge der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung dargelegten Unterlagen sind im weiten Umfang identisch mit den gleichzeitig ausliegenden Unterlagen zur beabsichtigten 48. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Bederkesa, so dass auf die dort gemachten Einwendungen im vollen Umfang Bezug genommen wird. Die ausliegenden Karten sind unzutreffend, möglicherweise veraltet, in jedem Fall falsch. Die Relation zu den umgesetzten touristischen Konzepten der Samtgemeinde Bederkesa wie der Gemeinde Kührstedt sind nicht erwähnt. Die bestehende touristische Infrastruktur und die beabsichtigten bzw. planungsrechtlich bereits festgesetzten Wohngebiete sowie die Einrichtung zur naturnahen Erholung werden weder erwähnt noch in ihrer Relation zu dem hier beabsichtigten Vorhaben genannt. Die sich im Rahmen des Ratsbeschlusses aus dem Jahr 2004 ergebende Konfliktlage wird durch das beabsichtigte Vorhaben noch gesteigert, da wesentlich größere Windenergieanlagen geplant sind, ohne dass dafür Kriterien genannt werden. Es fehlt an Festsetzungen, so dass eine Auseinandersetzung nicht möglich ist. Bereits aus avifaunistischen Gesichtspunkten und zum Schutz der Fledermäuse ist in der sehr wertvollen Landschaft die Errichtung eines Windparks ausgeschlossen. Die Belange der Anwohner, der Naherholungssuchenden und der dort arbeitenden Bevölkerung wie der Landwirte sind nicht berücksichtigt worden. Da zudem formal die Auslegungsfrist nicht eingehalten wurde, ist das beabsichtigte Vorhaben aufzugeben oder zumindest mit ausreichen der Datengrundlage erneut auszulegen.</p>
P118	C	P118/C.01-03	SO 02	Siehe Stellungnahme P118.B01-03

P118	C	P118/C.04	SO 02	<p>Hier fehlt es offensichtlich an jedem Verständnis für das Verfahren. Ausdrücklich, so Seite 3 der beabsichtigten Begründung fehlt es an jeder eigenständigen Abwägung. Dies drückt sich auch darin aus, dass die beabsichtigte Begründung weitestgehend identisch ist im Sinne von wortidentisch mit der gleichzeitig ausliegenden frühzeitigen Bürgerbeteiligung zum beabsichtigten B-Plan Nr. 12 der Gemeinde Kürstedt. Da keine eigene Erwägung und Planung stattfindet, ist das Verfahren verkannt worden, so dass von vorne herein es unzulässig ist. Dies wird auch deutlich darin, dass bezüglich des Schutzgutes Wasser in der beabsichtigten Begründung ein Textbaustein genannt wird, der offensichtlich nichts mit der Realität zu tun hat, da die dort gemeinten Bereiche nicht abgedeckt sind. Gleiches ergibt sich auf Seite 4 im Hinblick auf die Argumentation bezüglich Schall. In ein noch zu erstellendes Schallpegelprognosegutachten sollen alle vorhandenen und geplanten WEA eingebracht werden. Im betroffenen Bereich sind im weiten Umkreis keine WEA vorhanden!</p>
P118	C	P118/C.05	SO 02	<p>Die Festsetzung auf Seite 3 der beabsichtigten Begründung, in Drangstedt würden keine WEA errichtet, entbehrt jeder Rechtsgrundlage. Die Festsetzungen können sich grundsätzlich nur innerhalb des beabsichtigten Plangebietes und in jedem Fall nur innerhalb des eigenen Gemeindegebietes befinden, also innerhalb des Flecken Bederkesa. Festsetzungen für eine andere Gemeinde können nicht getroffen werden. Im konkreten Fall ist die Darstellung auf Seite 3 der beabsichtigten Begründung auch offensichtlich unzutreffend, da in der gleichzeitig ausliegenden beabsichtigten 48. Änderung des flächennutzungsplanes eine Fläche in Drangstedt für die Errichtung von Windenergieanlagen vorgesehen ist, so dass demnach über eine planungsrechtliche Zulässigkeit für die Errichtung von Windenergieanlagen besteht.</p>
P118	C	P118/C.06	SO 02	<p>Es wird zudem völlig verkannt, dass Festsetzungen nur innerhalb des beabsichtigten Plangebietes erfolgen können, nicht außerhalb. Die überlappende Festsetzung Landwirtschaft und Windpark betrifft allerdings nur den Bereich innerhalb des Bebauungsplanes. Gleichwohl sollen jeweils 60 m außerhalb des beabsichtigten B-Plangebietes zusätzlich als Rotorüberstreichfläche festgesetzt werden. Dies ist offensichtlich rechtswidrig.</p>
P118	C	P118/C.07	SO 02	<p>Siehe Stellungnahme P118/B.04</p>

P118	C	P118/C.08-10	SO 02	Siehe Stellungnahme P118/B.05-07
P118	C	P118/C.11	SO 02	III. Fehlende inhaltliche Festsetzung Ausweislich der beabsichtigten Begründung handelt es sich bei den Festsetzungen des beabsichtigten B-Plans um eine detailliertere Regelung zur Steuerung der Errichtung von Windenergieanlagen gegenüber der beabsichtigten 48. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Bederkesa. Allerdings fehlt es an einer entsprechenden detaillierten Regelung. Art und Maß der baulichen Nutzung werden weder zeichnerisch noch textlich in irgendeiner Form festgesetzt oder in die Abwägung einbezogen. Es fehlt offensichtlich überhaupt an einer eigenen planerischen Entscheidung der Gemeinde Flecken Bad Bederkesa.
P118	C	P118/C.12-14	SO 02	Siehe Stellungnahme P118/B.09-11
P118	C	P118/C.15	SO 02	V. Fehlende Unterlagen Es fehlt an jeglichen Unterlagen, die sich mit den konkreten Auswirkungen der hier beabsichtigten Planung auseinandersetzen. Sowohl die Auswirkungen im Hinblick auf Immissionen, Landschaftsbildbeeinträchtigung, die Avifauna, die FFH-würdigen Pflanzen- und Bodenbestandteile beziehen sich nicht auf das konkrete Vorhaben. Sie sind auch nicht im Auftrage der Gemeinde Flecken Bederkesa erstellt worden. Sie entsprechen nicht den Vorgaben des NLT-Papieres und rühren nicht auf wie auch immer gearteten Abwägungen oder Entscheidungen der Gemeinde. Sie sind vollkommen unabhängig von ihr erstellt worden.

P118	C	P118/C.16	SO 02	<p>VI. Immissionen und Emissionen von Windenergieanlagen</p> <p>Das beabsichtigte Vorhaben setzt zwischen 6 und 14 Windenergieanlagen bis zu 200 m Gesamthöhe voraus. Es ist allgemein bekannt, dass Windenergieanlagen im großen Umfang Lärm emittieren und rotierenden Schlagschatten verursachen. Darüber hinaus ist die ab einer Gesamthöhe von 100 m aus Flugsicherheitsgründen erforderliche Tages- und Nachtkennzeichnung als optische Beeinträchtigung offensichtlich. Daneben stellt die kontinuierliche Bewegung der Rotorblätter einen erheblichen Eingriff in das Landschaftsbild dar, der sich auch auf Kultur- und Sachgüter sowie den Menschen auswirkt. An einer Abwägung dieser wesentlichen Konflikte fehlt es völlig, es fehlt sogar an jeglichen Angaben insoweit. Im Hinblick auf den Schall wird nicht einmal das Konfliktpotential erkannt. Es wird lediglich mitgeteilt, dass eine Schallprognose erstellt werden soll, allerdings findet keine Abwägung im Hinblick auf eine vorsorgende Planung statt. Vielmehr lässt die beabsichtigte Begründung erkennen, dass das Konfliktpotential unbeachtet bleiben soll, da darauf hingewiesen wird, dass Windenergieanlagen auch schallreduziert betrieben werden können und eine Schattenabschlagautomatik Stand der Technik ist, so dass eine Abwägung entbehrlich ist. Dies ist offensichtlich unzutreffend. Planerisch ist eine Festsetzung zu finden bzw. das Konfliktpotential zu lösen, da sowohl die Festsetzung eines Windparks erforderlich macht, dass die dort errichteten Windenergieanlagen kontinuierlich ihre Nennleistung erbringen können, also ohne Reduzierungen in irgendwelcher Art laufen können, während andererseits die Wohn- und Arbeitsbevölkerung sowie die touristische Entwicklung nicht gefährdet werden darf. Vor diesem Hintergrund ist eine Planung mit einem schallreduzierten Betrieb offensichtlich unzulässig. Er verstößt gegen das Abwägungsgebot gem. § 1ff. BauGB. Am Beispieldes Hofes Biberhorst wird drauf hingewiesen, dass es dort zu einer unzulässigen Situation aus akustischen und optischen Gründen kommen wird und zudem Infraschall im gesundheitsschädigenden Maße auftreten wird.</p>
------	---	-----------	-------	---

P118	C	P118/C.17	SO 02	<p>VII. Größe</p> <p>Hier sind zwei Teilflächen geplant, die zusammen 41,1 ha groß sein sollen. Sie haben keinen Zusammenhang und sind auch nicht nur durch eine Straße oder ähnliches getrennt. Sie wirken optisch wie zwei getrennte Windparks. Sie unterschreiten je einzeln die Mindestvorgabe für die Errichtung eines Windparks von 30 ha im Land Niedersachsen. Da ihr Abstand untereinander ausreicht, um optisch zwei Windparks entstehen zu lassen, sind sie unzulässig. Der Abstand unterschreitet den zum Schutz des Landschaftsbildes erforderlichen Abstand von 5 km und auch den im bisher nicht wirksamen RROP des Landkreises Cuxhaven festgesetzten Abstand. Da zudem die Mindestgröße nicht erreicht wird, ist die Planung offensichtlich unzulässig. In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass Anlagen der hier geplanten Größe je einzeln 12 — 17 ha Fläche erfordern, so dass erkennbar ist, dass auch je einzeln ein Windpark nicht errichtet werden kann. Die Festsetzung von 6 Standorten ist bereits aus diesem Gesichtspunkt unmöglich.</p>
P118	C	P118/C.18-23	SO 02	Siehe Stellungnahme P118/B.13-18
P118	C	P118/C.24	SO 02	Es soll eine Freileitung existieren, die nicht existiert, da es sich um ein Erdkabel handelt.
P118	C	P118/C.25-40	SO 02	Siehe Stellungnahme P118/B.19-34
P118	C	P118/C.41	SO 02	Siehe Stellungnahme P118/B.36
P118	C	P118/C.42	SO 02	Siehe Stellungnahme P118/B.35
P118	C	P118/C.43-44	SO 02	Siehe Stellungnahme P118/B.37-38
P118	D	P118/D.01	SO 02	Äusweislich der ausliegenden Unterlagen ist Anlass der 84. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Bad Bederkesa das RROP des Landkreises Cuxhaven aus dem Jahr 2012. Dieses ist allerdings nicht wirksam, da es zurzeit u. a. beim OVG Lüneburg, Az. 12 KN 244/12 angegriffen wurde.
P118	D	P118/D.02	SO 02	Es soll sich um eine Teilfortschreibung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Bederkesa handeln, damit Verzögerungen beim Ausbau der Windenergie vermieden werden. Dies ist rechtlich, wie tatsächlich nicht verständlich, da es sich gleichzeitig nur um die frühzeitige Bürgerbeteiligung handelt, wesentliche Aspekte also nicht ausliegen.

P118	D	P118/D.03	SO 02	Es wird darauf hingewiesen, dass ein weiterer Ausbau der Windenergie durch Bereitstellung weiterer Flächen gegen die höherrangigen Vorgaben und gegen gesetzliche Bestimmungen verstößt. Ein flächenintensiverer Ausbau von Windenergie ist im Land Niedersachsen nicht erwünscht. Bisher ungenutzten Freiflächen sollen nach dem LROP 2008 bzw. der Fortschreibung gerade auch im Hinblick auf den Energiebericht des Jahres 2012 nicht stattfinden.
P118	D	P118/D.04	SO 02	Aus diesem Missverständnis heraus ist offensichtlich der grundsätzlich fehlerhafte Ansatz des Verfahrens zu verstehen. Zwar liegt eine als Begründung bezeichnete Unterlage nebst einer Planzeichnung aus, allerdings enthält diese weder die erforderlichen Gutachten, noch einen Umweltbericht, noch tatsächlich konkrete Angaben. Dies ist insbesondere im Bereich der vermeintlichen Umweltprüfung sehr deutlich, in der gerade nicht die Karten mit einer standortbezogenen Darstellung der einzelnen Brutreviere vorhanden sind.
P118	D	P118/D.05	SO 02	Auch wird auf ein vermeintliches Parallelverfahren verwiesen, allerdings ist dies bei einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung gerade nicht möglich, zumal entscheidende Kriterien und Auswirkungen der beabsichtigten Planung nicht ausliegen. Da es weder Angaben zu den beabsichtigten Immissionen, noch zur Darstellung von möglichen Eingriffen, samt Kompensationen gibt, ist eine Stellungnahme dazu nicht möglich. Die öffentliche Auslegung ist daher zu wiederholen, damit eine Beteiligung der Öffentlichkeit auch tatsächlich erfolgen kann. Ist der Umweltbericht nun ein Umweltbericht oder was sonst?
P118	D	P118/D.06	SO 02	1. Verstoß gegen höherrangiges Recht Ausweislich der eigenen Begründung ist die Fläche bisher vollkommen unbelastet. Es gibt keine Bebauung. Es ist ein landwirtschaftlich genutzter Bereich mit mehreren Waldflächen, sowie strukturierter Landschaft, lediglich nördlich befindet sich die Landesstraße L 120.

P118	D	P118/D.07	SO 02	<p>1. Landes raumordnungsprogramm</p> <p>Ausweislich des LROP 2008, was in der Form der Fortschreibung vom 24. September 2012 erneut bestätigt wurde, sind Freiflächen frei zu halten. Bezüglich der Entwicklung der räumlichen Struktur des Landes ist festgelegt, dass eine „... nachhaltige räumliche Entwicklung die Voraussetzung für umweltgerechten Wohlstand...“ darstellt. Dabei sollen die Funktionsfähigkeit der Raum- und Siedlungsstruktur sowie der Infrastruktur gesichert und durch Vernetzung verbessert werden und die Raumansprüche bedarfsorientiert, funktionsgerecht, Kosten sparend und umweltverträglich befriedigt werden, was bedeutet, dass die natürlichen Lebensgrundlagen gesichert und die Umweltbedingungen verbessert werden, belastende Auswirkungen auf die Lebensbedingungen von Menschen, Tieren und Pflanzen vermieden oder vermindert werden sollen, was auch bedeutet, dass die Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft zu verbessern sind und die Umwelt, die ökologische Vielfalt, die Schönheit und der Erholungswert der Landschaft zu erhalten und zu verbessern sind, so unter 1.1 des LROP 2008.</p>
P118	D	P118/D.08	SO 02	<p>Des Weiteren ist verbindlich festgelegt unter 3.1, die Entwicklung eines landesweiten Freiraumverbundes und seiner Funktionen. 3.1.1 definiert, die nicht durch Siedlungs- und Verkehrsflächen in Anspruch genommenen Flächen als Freiräume. Freiräume sollen zur Erfüllung ihrer vielfältigen Funktionen insbesondere bei der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen dem Erhalt der Kulturlandschaft und der landwirtschaftsgebundenen Erholung (!) sowie der Land- und Forstwirtschaft erhalten werden. 3.1.1.012 sieht verpflichtend vor, dass die Freiräume zu einem landesweiten Freiraumverbund weiterzuentwickeln sind, die Funktionsvielfalt des Freiraumverbundes ist zu sichern und zu entwickeln!</p>

P118	D	P118/D.09	SO 02	<p>Darüber hinaus ist gern. 3.1.2 festgestellt, dass für den Naturhaushalt, die Tier- und Pflanzenwelt und das Landschaftsbild wertvolle Gebiete, Landschaftsbestandteile und Lebensräume zu erhalten und zu entwickeln sind, dies gilt insbesondere zur nachhaltigen Sicherung von heimischen Tier- und Pflanzenarten und deren Population, deren Lebensräume und Lebensgemeinschaften ggf. wiederherzustellen und zu entwickeln sind. Dabei sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die Schutzerfordernisse</p> <p>der Gebiete mit international, national oder landesweit bedeutsamen Biotopen, Gebiete mit Vorkommen international, national und landesweit bedeutsamer Arten und mit landesweiter Bedeutung für den Moorschutz zu beachten. Entsprechend sind Naturschutzgebiete, Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft oder Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für die Pflege und Entwicklung dieser Räume auszusparen sowie ausreichende Puffer zu NATURA-2000 Gebieten zu bewahren, so 3.1.3.</p>
P118	D	P118/D.10	SO 02	<p>Im Hinblick auf Wald ist auch im neuen LROP 2012 unter Abschnitt 4.2 Nr. 4 ausdrücklich ergänzt worden „Wald soll wegen seiner vielfältigen Funktion, insbesondere wegen seiner klima- und ökologischen Bedeutung nicht für die Nutzung von Windenergie in Anspruch genommen werden“. Sollen Flächen zwischen Waldflächen in Anspruch genommen werden, gelten strenge Maßstäbe, die hier nicht einmal ansatzweise erwähnt werden. Schon vor diesem Hintergrund ist die Gesamtfläche ungeeignet. Auch aus den stark verkürzten Darstellungen auf Seite 11 ff. der Begründung ergibt sich, dass hier die Wechselbeziehung zwischen Wald und Halboffenland bzw. Offenland zu einer hohen ökologischen Wertigkeit führt und insbesondere auch in Hinblick auf das Landschaftsbild es sich um einen wertvollen Bereich handelt. Die Argumentation dazu wird im einzelnen unten vertieft.</p>

P118	D	P118/D.11	SO 02	<p>2. NLT-Papier</p> <p>Vor diesem Hintergrund sind die auf Seite 8 zitierten Vorgaben, wo bei Anlagen über 100 m zu Wohngebieten 1000 m Abstand einzuhalten ist und zu Einzelhäusern 500 m, wobei 2 km Abstand zu einem weiteren Windpark ausreicht, obwohl selbst das regionale Raumordnungsprogramm des Landkreises Cuxhaven 3 km im Bereich Bederkesa und sonst 4 km vorsieht, vollkommen rechtswidrig und auch abwegig. Es wird darauf hingewiesen, dass bei 200 m hohen Anlagen schon aus optischen Gesichtspunkten ein Mindestabstand von 600 m zu jedem Einzelhaus einzuhalten ist, wobei aus planerischen Gesichtspunkten von einem Mindestabstand der 4-fachen Gesamthöhe, also 800 m auszugehen ist, vgl. OVG Lüneburg als verbindlich betrachtet worden vgl. zusammenfassend BVerwG Urteil v. 21.20.2004 4 C 2. 04, DVBL 2005, 379 ff.. Zwar wird an einer Stelle das sogenannte NLT-Papier, „Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie zur Durchführung der Umweltprüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung bei Standortplanung und Zulassung von Windkraftanlagen“, herausgegeben vom niedersächsischen Landkreistag, Seite 5 erwähnt, allerdings nicht, um die planerische Steuerung von Windenergieanlagen nach einheitlichen Kriterien im gesamten Land durchführen zu lassen. Auf diese Kriterien ist die beabsichtigte Planung nur ausschnittsweise eingegangen. Da das angegriffene RROP des Landkreises Cuxhaven dem LROP 2012 des Landes Niedersachsen offensichtlich widerspricht, ist das höherrangige Recht gültig und zu beachten. Im Hinblick auf das NLT-Papier hätte zumindest eine Erwähnung und eine Auseinandersetzung mit den dortigen Kriterien stattfinden müssen, was völlig unterblieben ist. Schon aus diesem Gesichtspunkt ist die beabsichtigte Planung so unzulässig.</p>
------	---	-----------	-------	--

P118	D	P118/D.12	SO 02	<p>II. Fehlende planungsrechtliche Erwägungen</p> <p>Entsprechend den gültigen Vorgaben ist nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgericht die Ausweisung eines Sondergebietes Windenergie mit gleichzeitiger Ausschlusswirkung des gesamten restlichen Samtgemeindegebietes von der Errichtung solcher Anlagen nur möglich, wenn das gesamte Samtgemeindegebiet nach gleichmäßigen Kriterien durchforstet wird, die aufgrund eines schlüssigen Gesamtkonzeptes aufgestellt wurden, das auf das gesamte Samtgemeindegebiet nach einheitlichen Kriterien unter Beachtung der geltenden Rechtsordnung und des höherrangigen Planungsrechts unter Abwägung aller Belange angewendet wird. Bei der Planung von Standorten für Windenergieanlagen sind die gültigen Verwaltungsvorgaben in Niedersachsen zu beachten, die zusammengefasst im so genannten NLT-Papier, „Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie zur Durchführung der Umweltprüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung bei Standortplanung und Zulassung von Windkraftanlagen“, herausgegeben vom niedersächsischen Landkreistag dargestellt werden. Dabei sind insbesondere die Abstandsvorgaben zum Natur- und Landschaftsbildschutz zu beachten, vgl. auch 5. 12 des NLT Papiers. Die dort genannten Abstandsvorgaben sind in der ständigen Rechtsprechung, insbesondere auch des OVG Lüneburg als verbindlich betrachtet worden vgl. zusammenfassend BVerwG Urteil v. 21.20.2004 4 C 2. 04, DVBL 2005, 379 ff. Die Rechtslage und auch die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts ist offensichtlich verkannt worden, die gerade nicht eine grundsätzliche Förderung der Windenergie verlangt und schon gar nicht, dass diese anderen Aspekten vorgeht.</p> <p>Daran fehlt es hier vollständig. Es wird auch übersehen, dass ein RROP keine ausreichende Grundlage dafür bietet, nur eine Fläche zu betrachten. Im Gegenteil ist eine detailreiche Überprüfung insbesondere hier notwendig, weil im RROP derartige Untersuchungen fehlten, vgl. Gerichtsentscheidung des niedersächsischen OVG, zuletzt Urteil vom 08.05.2012, 12 L3 265/10.</p>
P118	D	P118/D.13	SO 02	<p>Zudem ist auf Seite 7 der Begründung eine Fläche im Gebiet Drangstedt bezeichnet, die nicht in der Planzeichnung vorkommt. Sollte sie auch ausgewiesen werden? Welchen Zusammenhang hat sie mit der 84. Änderung des Flächennutzungsplanes, da die Begründung in keiner Form auf sie eingeht?</p>

P118	D	P118/D.14	SO 02	Es ist nicht erkennbar, woher die Festlegung stammt, dass 185 m Gesamthöhe für einen Teilbereich in Bederkesa und Drangstedt gelten, während 200 m Gesamthöhe für Kührstedt und Alfstedt gilt? Eine Darlegung der gefundenen Kriterien oder eine Abgrenzung findet nicht statt.
P118	D	P118/D.15	SO 02	Auch die Argumentation hinsichtlich der möglichen Anzahl der Anlagen und ihrer Auswirkungen ist ohne jeden Rechtsgrund. Anlagen der hier vorgesehenen Größenordnung benötigen zwischen 12 und 17 ha Flächen. Bei 106 ha zur Verfügung stehender Fläche sind 14 Anlagen damit in keinem Fall zu realisieren. 3 MW Anlagen hingegen benötigen keine Gesamthöhe über 100 m, da auch solche mitunter 100 m Gesamthöhe existieren. Andererseits existieren Anlagen bis zu 7,5 MW Leistung bei einer Größe von etwa 150 m. Es fehlt daher an einem erforderlichen schlüssigem Konzept in der beabsichtigten Planung, die so unzulässig ist.
P118	D	P118/D.16	SO 02	III. Verstoß gegen europäische Regelungen Der Bereich ist vollständig unbelastet. Er fällt unter den Schutz der EURL (Ruhiges Gebiet) . Die beabsichtigte Fläche liegt im Einzugsbereich von zwei Natura 2000 bzw. FFH-Flächen nördlich von Bederkesa und nördlich von Eimlohe. Es bestehen Wechselbeziehungen zwischen den hier betroffenen Waldflächen und den dortigen FFH-Flächen und ihrem Schutz. Sie werden nicht einmal erwähnt! Da wegen der bestehenden weiteren Windenergieparks im betroffenen Bereich die bisherigen Wechselbeziehungen verändert wurden, hätte eine Berücksichtigung stattfinden müssen.
P118	D	P118/D.17	SO 02	Obwohl angegeben wurde, dass eine Umweltprüfung und ein Umweltbericht erforderlich sind, fehlt es daran vollständig. Zum Teil handelt es sich zudem um avifaunistische wertvolle Bereiche von nationaler Bedeutung. Eine Abwägung mit der Betroffenheit hat nicht stattgefunden. Ein entsprechendes Abweichungsverfahren gemäß Artikel 6 der FFH-Richtlinien hat nicht stattgefunden. Die beabsichtigte Ausweisung ist daher unzulässig, da das so genannte NLT—Papier bereits Pauschal einen Mindestabstand der 10- fachen Gesamthöhe, hier also wenigstens 2.000 m für erforderlich hält, daran fehlt es. Die Fläche würde dann entfallen.

P118	D	P118/D.18	SO 02	IV. Verstoß gegen gesetzliche Vorschriften Zwar wird erkannt, dass eine Umweltprüfung und ein Umweltbericht erforderlich ist. Darin fehlt es jedoch bzw. er verweist auf Daten, die nicht vorgelegt werden, sodass eine Stellungnahme nicht erfolgen kann. Obwohl unter 3.4 vorgesehen ist, dass naturschutzfachliche Planungen und Vorgaben im Rahmen des Umweltberichtes erfolgen, fehlt es an solchen vollständig.
P118	D	P118/D.19	SO 02	Die Vorgaben der so genannten Umweltverträglichkeitsprüfungsrichtlinie sind nicht einmal erwähnt worden. Insoweit darf auf die Angaben im bereits genannten NLT-Papier verwiesen werden. Die Auslassung stellt als solche einen derart gravierenden Verstoß gegen höherrangiges Recht dar, dass eine Unzulässigkeit der bisherigen beabsichtigten Planung offenkundig ist.
P118	D	P118/D.20	SO 02	V. Verstoß gegen die bisherige Planung der Samtgemeinde Die bisherige Ausrichtung der Samtgemeinde sieht eine derart intensive Nutzung von Windenergieanlagen nicht vor. Ausweislich der allgemeinen Darstellungen sollen 5 Windparks im Bereich der Samtgemeinde errichtet werden, wobei die beiden vorhandenen Windparks in Ringstedt und Flögeln als Vorbelastung angesehen werden, die weitere Windparks gestatten. Dies widerspricht sowohl den gesetzlichen Vorgaben, als auch der bisherigen Planung der Samtgemeinde. Gerade um eine landschaftliche Vorbelastung zu vermeiden gilt weiterhin in Niedersachsen das so genannte 5 km-Gebot, d.h. ein Mindestabstand von 5 km zwischen zwei Windparks ist einzuhalten. Vor diesem Hintergrund müsste die Fläche entfallen.
P118	D	P118/D.21	SO 02	Des Weiteren liegen die Schwerpunkte der Samtgemeinde bisher auf dem Aspekt, naturnahe Erholung, touristische Einrichtungen und sieht unter anderem auch die Errichtung von Wohnbauflächen im Bereich Hof Eckhoff vor. Diese Wohnbauflächen sind zu dicht an der hier beabsichtigten Fläche geplant, sodass der daraus entstehende Konflikt im Hinblick auf optische und akustische Beeinträchtigungen nicht gelöst wird.
P118	D	P118/D.22	SO 02	Zudem widerspricht die Planung einem Ratsbeschluss aus dem Jahr 2004.
P118	D	P118/D.23	SO 02	vgl. Stellungnahme P118/B.34
P118	D	P118/D.24	SO 02	vgl. Stellungnahme P118/B.36

P118	D	P118/D.25	SO 02	<p>VIII. Denkmalschutz</p> <p>Die Aspekte des Denkmalschutzes sind nur im Hinblick auf Bodendenkmäler berücksichtigt, jedoch nicht auf vorhandene Bau und Kulturdenkmäler. Ausweislich der Begründung soll es keine Kultur- und Sachgüter geben, dies ist offensichtlich unzutreffend. Nimmt man die Anlagen mit einer Höhe von 200 m haben eine entsprechende raumbedeutsame optische Wirkung, die auch auf denkmalgeschützte Bereiche wirkt. Aufgrund der notwendigen Tages- und Nachtkennzeichnung ist eine Sichtbarkeit auch bei schlechter Sicht und während der Nacht gegeben, sodass sie in den optischen Einwirkungsbereich der Kultur- und Baudenkmäler in der Umgebung einfließen. Eine entsprechende Auseinandersetzung fehlt vollständig.</p>
P118	D	P118/D.26	SO 02	<p>VIII. Gewässer, fehlende Erschließung</p> <p>Im konkreten Fall werden Gewässer zweiter Ordnung überplant, ohne dass im Hinblick auf die notwendigen Abstandsflächen es zu einer Auseinandersetzung mit den erkennbaren Konflikten kommt.</p>
P118	D	P118/D.27	SO 02	<p>Die fehlende Erschließung ist zudem nicht berücksichtigt worden. Die einzig vorhandene nördlich verlaufende Landesstraße ist als Erschließung offensichtlich nicht geeignet. Erschließungsanlagen, die 100-Tonnen Fahrzeuge tragen können, was erforderlich ist zur Errichtung von Windenergieanlagen, sind nicht vorhanden. Weitere Erschließungsanlagen für Kabel etc., Umspannwerke etc. sind ebenfalls nicht vorhanden.</p>
P118	D	P118/D.28	SO 02	<p>Der Brandschutz ist offensichtlich ebenso wenig gesichert, weil Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe von 200 m regelmäßig nicht gelöscht werden können.</p>
P118	D	P118/D.29	SO 02	<p>Die Anbindung an das Stromnetz ist ebenfalls nicht gesichert, da keinerlei entsprechende Leitungen im Umkreis vorhanden sind. Die Auslassung ist bereits rechtswidrig.</p>

P118	D	P118/D.30	SO 02	<p>IV. Schall und Schatten</p> <p>Nur im Rahmen der vermeintlichen Umweltprüfung werden kurz die für Anwohner wie andere Menschen bedeutsamen Immissionen Schall und Schatten von WEÄ dargestellt. Da jedoch Anlagen schallreduziert betrieben werden können bzw. abgeschaltet werden können, werden Konflikte im Hinblick auf Schall und Schatten nicht gesehen. Planungsrechtlich findet keine Abwägung statt, es wird lediglich auf die gesetzlichen bzw. untergesetzlichen Orientierungswerte der TA-Lärm abgestellt. In diesem Zusammenhang muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass für die besonderen Lärmimmissionen, die von Windenergieanlagen, insbesondere auch aus größerer Höhe ausgehen, aktualisierte Regelungen getroffen werden und diese auch planungsrechtlich zu berücksichtigen sind. Der Arbeitsausschuss Geräuschimmissionen, Grundlagen, Ermittlung und Beurteilung des Normenausschusses Akustik, Lärminderung und Schwingungstechnik (MALS) überarbeitet aktuell die DIN 45680:1997-3 um die besondere Problematik der WEA besser abzubilden.</p>
P118	D	P118/D.31	SO 02	<p>Nach den gültigen Regelungen sind bei Prognoseplanungen bzw. bei Planungsentscheidungen im Dorf und Außenbereichsgebieten nachts ein maximaler Lärmpegel von 43 dB(Ä) zulässig. An einer Auseinandersetzung mit diesem Konfliktpotenzial ist nicht einmal gedacht worden, sodass die beabsichtigte Planung bereits aus diesem Gesichtspunkt unzulässig ist. Darüber hinaus ist inzwischen mit wissenschaftlich fundierter Sicherheit Infraschall unter bestimmten Gesichtspunkten zu berücksichtigen. Auch dieser wird in die überarbeitete DIN mit einbezogen, da davon auszugehen ist, dass bis zu einem Abstand von 1.500 m Infraschall gesichert auftritt. Er ist daher mit in die Abwägung einzubeziehen. Daran fehlt es bisher vollständig.</p>

P118	D	P118/D.32	SO 02	<p>X. Landschaftsbild</p> <p>Es steht wissenschaftlich fest, dass Windenergieanlagen bis zum einem Abstand von der 15fachen Gesamthöhe das Landschaftsbild vollständig zerstören, vgl. VG Stade, Urteil vom 13.01.2005; 2 A 941/93. Da es sich hier um einen vollständig unbelasteten Bereich handelt, ist also von einem entsprechend großen Kompensationsbedarf auszugehen. Da zusätzlich auch bei schlechter Sicht und während der Nachtzeit durch die erforderliche Tages- und Nachtkennzeichnung aus Flugsicherheitsgründen eine dauerhafte Beeinträchtigung des Landschaftsbildes gegeben ist, ist von einer zusätzlichen Beeinträchtigung auszugehen. In einem bisher unvorbelastetem Bereich ist ein derartiger Eingriff unzulässig.</p>
P118	D	P118/D.33	SO 02	<p>Es hat keinerlei Abwägung stattgefunden, weshalb Anlagen bis zu einer Gesamthöhe von 100 m, die im Landkreis Cuxhaven Standard sind, nicht errichtet werden können. Anlagen mit einer Leistung von 3 MW sind auch in dieser Größenordnung unproblematisch vorhanden. Da der Bereich nicht in einem so genannten windhöffigen Gebiet liegt, ist auch eine Wirtschaftlichkeit in jeder Größenordnung mit gleicher Sicherheit gegeben.</p>
P118	D	P118/D.34	SO 02	<p>Aufgrund der ebenen, niedrig strukturierten, weiten Fläche, ist der Blick auf den weiten Horizont eines der markanten Bestandteile des betroffenen Landschaftsbildes. Dies gilt auch für die angrenzenden Dörfer Drangstedt, Kührstedt, Alfstedt und Bederkesa. Dieser Blick wird durch die sich bewegenden Rotoren und die blinkenden Nachtkennzeichnungen für 24 Stunden das gesamte Jahr über nunmehr zerstört. Dies gilt auch für Naherholung suchende Radtouristen und Spaziergänger. Schon vor diesem Hintergrund ist die Unzulässigkeit gegeben, da nach den Vorgaben des LROP eine derartige Beeinträchtigung unzulässig ist.</p>
P118	D	P118/D.35	SO 02	<p>Diese Beeinträchtigung kann nicht ausgeglichen werden. Rechtlich ist pro Anlage wenigstens ein Ausgleich zur Größe von 4 ha land wirtschaftlicher Fläche erforderlich. Zu diesen Flächen kommen die Flächen, die aufgrund der Beeinträchtigung der Fauna und der Versiegelung bewirkt werden. Eine Anrechnung ist dabei Unzulässig. Vor diesem Hintergrund ist erkennbar, dass zusätzlich ein erheblicher Eingriff in die Landwirtschaft stattfindet, da neben der Fläche des Windparks weitere 56 ha Ausgleichsfläche für die Landwirtschaft verloren gehen.</p>

P118	D	P118/D.36	SO 02	<p>XI. Eingriff in die Natur</p> <p>Ausweislich der Seiten 11 ff. der Begründung hat eine Kartierung der Brut-, Rastvögel und der Fledermäuse stattgefunden. Diese wird nicht in ihren Ergebnissen mitgeteilt. Es steht allerdings fest, dass im erheblichen Umfang streng geschützte Arten, sowohl neun Arten Fledermäuse so Seite 19 der Begründung, wie auch im größeren Umfang Brut- und Rastvögel den Bereich als Brut- und Nahrungshabitat als Zugkorridor verwenden oder dort zwischen Brut- und Jagdgebiet wechseln. Die Kartierung hat nicht entsprechend den Vorgaben des so genannten NLT-Papiers bzw. den Vorgaben der Rechtsprechung stattgefunden.</p>
P118	D	P118/D.37	SO 02	<p>Die Mitteilung, dass laut Umweltministerium Niedersachsens keine Information über wertvolle Bereiche für Brut- und Rastvögel im Bereich vorhanden sind, überrascht nicht, da das Umweltministerium derartige Informationen nicht sammelt, sehr wohl aber die staatlichen Vogelwarte. Dort sind Informationen bekannt. Der Kranichbrutplatz ist bekannt und ebenso wie die Weißstorchbrutplätze in der Kartierung nicht bestätigt werden konnte, obwohl gesichertes Erkenntnis in den vergangenen Jahren, wie auch in diesem Sommer erfasst sind. Gleiches gilt für den Horst des Seeadlers. Insoweit darf auf die in der Anlage 1 beigefügte Dokumentation verwiesen werden.</p>
P118	D	P118/D.38	SO 02	<p>Ausweislich der Unterlagen handelt es sich bei der betroffenen Fläche um einen für Fledermäuse mit hoher Bedeutung ausgestattetes Gebiet, dass auch für das Zugverhalten von großer Bedeutung ist. Bezüglich der Rast- und Brutvögel muss die Begründung selbst feststellen, dass Schlagopfer wahrscheinlich sind. Hinsichtlich der dort betroffenen Arten ist ein Schlagopfer unzulässig, vgl. BVerwG Entscheidungen vom 09.07.2008 zum AZ: 9 A 14.07, vom 13.05.2009 zum AZ: 9 A 73.07 und vom 14.07.2011 zum AZ: 9 A 12.10.</p>

P118	D	P118/D.39	SO 02	<p>Allein die Existenz der Greifvögel, der Kraniche, der Schleiereulen, der großen Brachvögel und der Fledermäuse verhindert die Überplanung mit einem Windpark, da ganz offensichtlich der Bereich vollkommen ungeeignet ist. Die Tötung streng geschützter Arten ist nicht hinnehmbar, nicht einmal eine Steigerung des Kollisionsrisikos, welches allgemein bekannt ist und in der Rechtsprechung bestätigt wird, OVG Bautzen, Urteil vom 22.06.2006 — 1 3 707/01; OVG Koblenz, Urteil vom 16.03.2006, 1A 10884/05; OVG Lüneburg, Urteil vom 12.11.2008 — 12 LC 72/07; OVG Magdeburg, Urteil vom 21.01.2008 — 2 L 126/07; OVG Magdeburg, Urteil vom 23.07.2009 — 2 L 302/06, ZNER 2009, 312; OVG Münster, Urteil vom 11.09.2007 — 8 A 2697/06; OVG Münster, Beschluss vom 23.08.2007 — 7 D 71/06; OVG Münster, Urteil vom 30.07.2009 — 8 A 2358/08; OVG Weimar, Urteil vom 29.05.2007 — 1 K01054/03; OVG Weimar, Beschluss vom 29.01.2009 — 1 ED — 346/08. VG Berlin, Urteil vom 04.04.2008 — 10 A 15.08; VG Cottbus, Urteil vom 13.12.2007 — 3 K 1923/03; VG Halle Urteil vom 25.11.2008 — 2 Ä4/07, ZNER 2009, 64; VG Minden, Urteil vom 10.03.2010 — 11 K 53/09 ZNER 2010, 192; VG Stuttgart, Urteil vom 03.05.2005, NuR 2005, 673.</p>
------	---	-----------	-------	--

P118	D	P118/D.40	SO 02	<p>Im Übrigen sind die folgenden streng geschützten Arten unberücksichtigt geblieben:</p> <p>Brutvögel:</p> <p>Seeadler (seit 2006 brütend im Raum Älfstedt/Külrstedt)</p> <p>Weißstorch (mehrere Bruten in umliegenden Dörfern)</p> <p>Gaugans (umliegende Seen und Geeste-Niederung)</p> <p>Kranich (mehrere Bruten in umliegenden Nooren und feuchtgebieten)</p> <p>Waldohreule (Fichtenwald im Planungsgebiet)</p> <p>Sumpfohreule (2010/11 auf Noorheidefläche brütend)</p> <p>Durchzügler und Rastvögel:</p> <p>Seeadler, Fischadler, Kranich (N0-SW-Zugroute)</p> <p>Grau- Bläss-, Saat- und Nonnengans</p> <p>Höcker—, Sing— und Zwergschwan (Wintergänse in Niederungen und auf derGeest)</p> <p>Rotmilan, Korn- und Wiesenweihe</p> <p>Waldschnepfen, Bekassine</p> <p>Singvögel:</p> <p>Feldlerche, Neuntöter, Braunkehlchen, gelegentlich auch Raubwürger und Grauammer.</p>
P118	D	P118/D.41	SO 02	<p>Durchziehende Fledermäuse sind nicht berücksichtigt worden, obwohl diese auf dem Weg von und in ihre Winterquartiere in südliche Breiten durch die WEÄ besonders gefährdet werden (aus Gutachten von Meyer und Rahmel GbR 2006)</p>
P118	D	P118/D.42	SO 02	<p>Des Weiteren verlangt bereits das NLT-Papier, die in der Anlage 1 angeregten Schutzabstände bei ungenauen Kenntnissen aus Vorsorgegesichtspunkten. Berücksichtigt man zudem, dass die Vogelkartierung auch darunter leidet, dass nur Offenland- und Halboffenlandarten berücksichtigt wurden, da sehr viel Wald das Gelände strukturiert, ist erkennbar, dass die hohe Diversität nicht vollständig berücksichtigt wurde.</p>
P118	D	P118/D.43	SO 02	<p>Es sind Waldflächen übersehen worden, der Wald am Pastorenmoor nicht zeichnerisch dargestellt ist und vollständig überplant wurde.</p>

P118	D	P118/D.44	SO 02	Ausweislich der ständigen Rechtsprechung, insbesondere auch des niedersächsischen OVG, zuletzt Urteil vom 08.05.2012, 12 LB 265/10 ist die „Wegplanung“ eines Vorrangstandorts für Windenergieanlagen unproblematisch möglich, auch wenn bzw. gerade wenn das Gebiet im RROP ausgewiesen wurde. Diese gilt insbesondere bei Erkenntnissen, die erst nachträglich für die konkrete planerische Festlegung zu Tage treten, wie in diesem Fall. Ausweislich der Begründung des RROP des Landkreises Cuxhaven ist eine detaillierte Überprüfung der einzelnen Standorte erforderlich, insbesondere im Hinblick auf die Avifauna.
P118	D	P118/D.45	SO 02	Da ein Umweltbericht bisher nicht erstellt worden ist, der eine Überprüfung insbesondere der Brut- und Gastvögel, der Fledermaus und eine Bewertung des Landschaftsbildes, sowie eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung vornimmt, ist eine umfassende Stellungnahme bisher nicht möglich, da entsprechende Daten entweder nicht vorliegen oder jedenfalls nicht öffentlich bekannt gemacht wurden, was unzulässig ist. Die Beteiligung der Öffentlichkeit hat erneut nach Vorliegen der entsprechenden Daten zu erfolgen.
P118	D	P118/D.46	SO 02	XII. Kompensationsfläche Kompensationsflächen werden zwar textlich erwähnt, zeichnerisch jedoch überhaupt nicht. Die Größe oder die ungefähre Erforderlichkeit wird nicht näher dargelegt, sodass insoweit eine Stellungnahme unmöglich ist.

P118	D	P118/D.47	SO 02	<p>XIII. Zusammenfassung</p> <p>Die beabsichtigte 84. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeine Bederkesa berücksichtigt weder die Belange der Menschen, der Kultur- und Sachgüter, der Landwirtschaft, des Landschaftsschutzes, des Naturschutzes, noch die Interessen und Planungen zum Schutz der sich dort erholenden und lebenden Menschen, ebenso wie die planungsrechtlichen Vorgaben des BauGB und der höherrangigen planungsrechtlichen Regelungen, insbesondere des LROP 2008, 2012 des Landes Niedersachsen und die Verwaltungsvorgaben des Landes Niedersachsen zur Planung von Windparks. Es verstößt zudem gegen europäisches Recht. In vielfacher Hinsicht fehlen entscheidende Unterlagen, sodass eine ausreichende Information der Öffentlichkeit ebenfalls unterblieben ist und Stellungnahmen nicht abgegeben werden können. Zudem wird darauf verwiesen, dass am 10.10.2012 das Rathaus nicht zugänglich war, sodass die öffentlich ausliegenden Unterlagen nicht eingesehen werden konnten. Eine ausreichende Öffentlichkeitsbeteiligung ist nicht erfolgt, die erwähnte 2. Fläche auf Seite 7 der beabsichtigten Begründung ist nicht in der Begründung enthalten und auch nicht in der geplanten Darstellung. Die beabsichtigte Planung ist daher so unzulässig.</p>
P119		P119.001	E 01	<p><u>1. Überschreitung der oberen Grenze des „substantiellen Raums“ für Windenergie im Landkreis</u></p> <p>Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Urteil vom 24.01.2008, Az. 4 CN 2.07 aus § 35 Abs.1 Bundesbaugesetz abgeleitet, dass der Windenergie planerisch „substantieller Raum“ zu verschaffen sei. Diese Rechtsfigur wurde vom Bundesverwaltungsgericht mit dem Ziel geschaffen, eine sogenannte Verhinderungsplanung zu unterbinden. Das gilt nicht nur für die Flächennutzungspläne der Gemeinden, sondern erst recht für die Raumplanung der Landkreise und Länder, da größere Gebiete betreffend.</p> <p>Im vorliegenden Fall stellt sich jedoch zweifellos nicht die Frage einer Verhinderungsplanung. Im Gegenteil: Es geht um eine Planung, die das zulässige Maß eines zu „substantiellen Raums“ für die Windenergie weit überschreitet.</p>

P119		P119.002	E 01	<p>Was unter dem Begriff des substantiellen Raumes für Windenergie zu verstehen ist, bedarf hierzu der Auslegung. Ein Raum ist durch Ausdehnung und Begrenztheit gekennzeichnet. Das gilt auch für einen „substantiellen“ Raum. Das Ausmaß eines „substantiellen Raums“ ergibt sich somit aus seiner Untergrenze und Obergrenze. Das Bundesverwaltungsgericht hat in dem vorstehend zitierten Urteil vom 24.01.2008 zutreffend darauf hingewiesen, dass der Planungsträger im Hinblick auf die gebotene Förderung der Windenergienutzung nicht gehalten ist, der Windenergie „bestmöglich“ Rechnung zu tragen. Hieraus folgt, dass es eine obere Grenze des „substantiellen“ Raumes für die Windenergie gibt, die nicht nur aus den geografischen und klimatischen Bedingungen folgt.</p>
P119		P119.003	E 01	<p>Bei der Raumplanung muss der Plangeber sich somit die untere und obere Grenze des „substantiellen Raums“ für die Windenergie bewusst machen, sie festlegen und die Berücksichtigung dieser Grenzen im Rahmen seines Entscheidungsprozesses dokumentieren. Eine Dokumentation ist deshalb erforderlich, weil andernfalls eine gerichtliche Überprüfung dieser unverzichtbaren Grundlage der planerischen Entscheidung überhaupt nicht möglich wäre.</p> <p>Die Ermittlung und Dokumentation der oberen Grenze des „substantiellen Raumes“ für die Windenergie ist denklogisch den nachfolgenden planerischen Entscheidungen (z.B. die Festlegung von Tabuzonen) vorgelagert und für die weitere Planung unabdingbar. Denn wenn die obere Grenze des substantiell für die Windenergie geschaffenen Raumes schon erreicht oder gar überschritten ist, besteht kein Raum mehr für die Ausweisung weiterer (Vorrang-) Gebiete für die Windenergienutzung. Wird die Grenze dennoch (weiter) durch die Planung überschritten, wird der Windenergie rechtswidrig im Übermaß Raum verschafft.</p>

P119		P119.004	E 01	<p>Der Landkreis hat bei der Aufstellung des Entwurfs für das RROP Windenergie 2014 die Frage einer Obergrenze des substantiellen Raums für die Windenergie im Landkreis unberücksichtigt gelassen und folglich hierzu auch nichts dokumentiert. Das ist ein grober Fehler bei der Planaufstellung bzw. -Begründung.</p> <p>Dieser Fehler könnte nur dann unschädlich sein, wenn im Gebiet des Landkreises die untere Grenze des „substantiellen Raumes“ für die Windenergie offensichtlich noch nicht erreicht wäre. Aber auch diese Feststellung und ihre Grundlage müsste dokumentiert werden.</p> <p>Dem Landkreis ist jedoch positiv bekannt, dass die Vorgaben des Landesraumordnungsprogramms Niedersachsen (LROP) für den Landkreis Cuxhaven betreffend die regenerativen Energien – auch der Windenergie - weit überschritten sind.</p>								
P119		P119.005	E 01	<p>Die Überschreitung der Vorgaben des übergeordneten Landesraumordnungsprogramms resultiert dabei keineswegs aus nur planerisch ermöglichten zukünftigen Installationen von Windenergieanlagen, sondern ergibt sich aus der schon jetzt installierten Leistung.</p> <p>Nach Ziff. 4.2. Rn. 04 des LROP Niedersachsen in der Fassung vom 24.09.2012 sollen im Landkreis Cuxhaven geeignete Standorte für die Nutzung der Windenergie mit einer Leistung von mindestens 300 MW festgelegt werden. Ein Ausgleich ist auch mit sonstigen Anlagen erneuerbarer Energien möglich, die nach § 35 Abs. 1 BauGB im Außenbereich zulässig sind (z.B. Solarstrom-, Biogasanlagen).</p> <p>Im Landkreis Cuxhaven sind nach den Angaben unter www.energiemap.info derzeit installiert (Stand August 2014):</p> <table><tr><td>Windkraft, 510 Anlagen:</td><td>540 MW</td></tr><tr><td>Solarstrom, 3.855 Anlagen:</td><td>79 MW</td></tr><tr><td>Biogas, 75 Anlagen:</td><td>31 MW</td></tr><tr><td>Gesamt.</td><td>650 MW</td></tr></table> <p>Da die Anlagenbetreiber häufig vorschriftswidrig die Fertigstellung von Anlagen verspätet melden, dürfte die tatsächlich installierte Leistung sogar etwas höher liegen.</p>	Windkraft, 510 Anlagen:	540 MW	Solarstrom, 3.855 Anlagen:	79 MW	Biogas, 75 Anlagen:	31 MW	Gesamt.	650 MW
Windkraft, 510 Anlagen:	540 MW											
Solarstrom, 3.855 Anlagen:	79 MW											
Biogas, 75 Anlagen:	31 MW											
Gesamt.	650 MW											

P119		P119.006	E 01	Die vom LROP vorgegebene elektrische Leistung der vorbezeichneten Anlagen im Landkreis wird durch die schon jetzt installierte Leistung somit um 117% übertroffen. Wenn man von den vorgegeben 300 MW die nach dem LROP als Ausgleich zulässigen Biogas- und Solarstromanlagen abzieht, verbleiben als Vorgabe nach dem LROP für die Windenergie noch (300 MW – 79 MW – 31 MW =) 190 MW. Die schon jetzt im Landkreis Cuxhaven installierte Windenergieleistung übertrifft die Leistung, mit der die Anforderungen des LROP schon erfüllt wären, somit um 285% (!).
P119		P119.007	SO 09	Für den Windpark Oberndorf/Geversdorf sind 13 Windenergieanlagen des Typs Enercon E 101 mit einer Leistung von je 3 MW geplant bzw. beantragt, insgesamt somit eine Installationsleistung von 39 MW (ohne Berücksichtigung des auf dem Gebiet des Landkreis Stade geplanten angrenzenden Teils des industriellen Großwindparks). Die installierte Leistung im Landkreis würde sich allein durch den Zubau der 13 Anlagen auf 579 MW Windenergie bzw. 689 MW einschließlich der zum Ausgleich heranzuziehenden Solar- und Biogasanlagen erhöhen. Damit wäre die Vorgabe des LROP um 130% (!) übertroffen bzw. die für die Windenergie nach dem LROP geforderte Mindestleistung von 190 MW sogar um 305% (!). Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass der Anteil der Stromerzeugung aus Wind, Biogas und Fotovoltaik bundesweit nicht einmal 20% erreicht, im Landkreis Cuxhaven jedoch ca. 80% (!). Auch dies ist ein klares Indiz dafür, dass hier ein belastendes Übermaß dieser in vielfältiger Weise Natur und Umwelt belastenden Energiearten festzustellen ist.
P119		P119.008	E 01	Die Überschreitung der planerischen Vorgaben des LROP um mehrere 100 Prozent indiziert, dass schon jetzt ein ganz erhebliches Übermaß an Windenergieanlagen installiert ist und damit der Bereich des substantiellen Raums für die Windenergie überschritten ist. Jegliche Planungen im Landkreis für eine Vergrößerung bzw. Vermehrung der Flächen zur Windenergienutzung entbehren daher - derzeit - der Rechtsgrundlage.

P119		P119.009	E 01	Die maßlose Überschreitung der oberen Grenze, bis zu der ein „substantieller Raum“ für die Windenergie in zulässiger Weise besteht, liegt auf der Hand. Die industrielle Windkrafterzeugung hat schon jetzt durch die merkwürdige Melange von naiv-idealistischer Politideologie und der Raffgier von Finanzinvestoren zu Lasten der Stromkunden und Steuerzahler ein gefährlich erdrückendes Maß angenommen, das geeignet ist, die gewachsenen zivilisatorischen Grundlagen der Gesellschaft, die Natur und Lebensgrundlagen im Landkreis zu beschädigen.
P119		P119.010	E 01	Zusammenfassend ist festzustellen, dass der Planaufsteller verkannt hat (oder verkennen wollte), dass die Grenzen des der Windenergie im Landkreis zuzumessenden Raumes festzustellen und zu beachten sind, bevor sich überhaupt die Frage der Ausweisung weiterer Vorrangflächen stellt, und daher hierzu auch nichts dokumentiert worden ist. Eine Überschreitung des Planziels im LROP 2012 um mehr als 100% verstößt zweifellos gegen das Übermaßverbot. Angesichts der Offensichtlichkeit der Maßlosigkeit der Überschreitung des zulässigen Maßes könnte im vorliegenden Fall sogar auf eine Festlegung der oberen Grenze des der Windenergie zuzumessenden Raumes (z.B. Mindestinstallationsleistung regenerative Energie 300 MW + 10%) verzichtet werden. Die Mühe der Aufstellung des RROP 2012, wie nunmehr auch des hier betroffenen RROP 2014, hätte sich der Landkreis somit sparen können mit der schlichten und wahren Feststellung, dass der Windenergie schon im Übermaß ein mehrfaches des zulässigen „substantiellen Raums“ eingeräumt worden ist. Um es ganz deutlich zu sagen: Ist in einem Landkreis der Windenergienutzung schon übermäßig Raum überlassen worden, dann ist die noch nicht hierfür verbrauchte Fläche rechtlich wie eine „harte Tabuzone“ zu behandeln.

P119		P119.011	A	<p><u>2. Missachtung der Zielvorgaben des ROG, LROP und RROP</u></p> <p>2.1. Der Teilabschnitt RROP 2014 würde auch nach der entsprechenden beabsichtigten „Änderung“ des RROP 2012 des Landkreises gegen Ziele des ROG und das LROP verstoßen.</p> <p>Ziele der Raumordnung sind gemäß § 2 Abs. 1 ROG ausgeglichene soziale, infrastrukturelle, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Verhältnisse. Dabei ist die nachhaltige Daseinsvorsorge zu sichern, nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Innovation sind zu unterstützen.</p> <p>Entwicklungspotenziale sind zu sichern und Ressourcen nachhaltig zu schützen. Demographischen, wirtschaftlichen, sozialen sowie anderen strukturverändernden Herausforderungen ist Rechnung zu tragen, auch im Hinblick auf den Rückgang und den Zuwachs von Bevölkerung. Auf einen Ausgleich räumlicher und struktureller Ungleichgewichte zwischen den Regionen ist hinzuwirken.</p>
P119		P119.012	A	<p>Entsprechend den Vorgaben des LROP enthält das RROP 2012 im allgemeinen Teil die Ziele der Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen der Siedlungsbereiche, des dauerhaften Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen und Lebensräume von Pflanzen und Tieren, der Sicherung und Weiterentwicklung der naturräumlichen, regionalen und der siedlungsstrukturellen und kulturellen Vielfalt. Angesichts des Bevölkerungsrückgangs im Landkreis von ca. 1 % p. a. (= > 1.800 Personen) soll auch dieser ungünstigen Entwicklung bei allen Planungen entgegengewirkt werden.</p>

P119		P119.013	A	<p>Als besondere Standortvorteile des Landkreises werden im RROP 2012 insbesondere die "hohe Landschafts- und Lebensqualität mit der Lage an der Nordsee" betont. In weiterer Umsetzung dieser Ziele werden für die besondere Entwicklungsaufgabe Tourismus u. a. ausdrücklich der Standort Oberndorf und für die besondere Entwicklungsaufgabe Erholung die Standorte Oberndorf und Geversdorf festgelegt. Wörtlich heißt es dort zu diesen Standorten: "In diesen Standorten sind die natürliche Eigenart der umgebenden Landschaft für Erholung und Freizeit, die Umweltqualität, die Ausstattung mit Erholungsinfrastruktur sowie das kulturelle Angebot zu sichern und zu entwickeln. Durch die Realisierung von touristischen Großprojekten dürfen historisch wertvolle Kulturlandschaften sowie gewachsene Siedlungs-, Versorgungs- und Nutzungsstrukturen nicht wesentlich beeinträchtigt und der Erholungswert der Landschaft nicht gefährdet werden."</p>
P119		P119.014	A	<p>Auch die Ziele und Grundsätze zur Entwicklung der Freiraumstrukturen und Freiraumnutzungen sind im RROP 2012 geregelt. So heißt es: "Die Inanspruchnahme von Freiräumen für ... Infrastruktureinrichtungen ist zu minimieren. Die Standorte mit besonderer standörtlicher Eignung sollen als Zielraum für naturschutzrechtliche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt werden."</p>
P119		P119.015	SO 09	<p>Es ist bekannt, dass im Landkreis, insbesondere aber in der betroffenen Region des Landkreises, somit auch in der Samtgemeinde am Dobrock (hier insbesondere in den Gemeinden Geversdorf und Oberndorf) seit langer Zeit ein Bevölkerungsrückgang festzustellen ist, der Folge eines in der Region mangelnden Wirtschaftswachstums ist. Der geplante Großwindpark (mit dem auf dem Gebiet des Landkreises Stade geplanten Windpark) würde keinen einzigen neuen Arbeitsplatz im Einzugsgebiet des Windparks bzw. im Gemeindegebiet schaffen. Sicher ist jedoch, dass die Industrieanlage eine Entwicklung des Tourismus und Fremdenverkehrs im Bereich der von Naturschönheiten geprägten Osteniederung massiv behindern und absehbar zu einem wirtschaftlichen Niedergang dieses Erwerbszweigs mit Verlust von Arbeitsplätzen führen würde.</p>

P119		P119.016	SO 09	<p>Weitere Folge der Errichtung des Großwindparks würde sein, dass im näheren und weiteren Umfeld der gigantischen Windenergieanlagen die Grundstückspreise massiv sinken. Die damit einhergehende faktische Enteignung eines erheblichen Bevölkerungskreises dürfte die Höhe eines zweistelligen Millionenbetrages erreichen. Bei nicht wenigen Grundstückseigentümern würde der Schaden eine sechsstellige Höhe erreichen. Auch wenn dies kein entschädigungspflichtiger enteignungsgleicher Eingriff im Rechtssinne sein sollte (was angesichts der Gigantomanie der bekannten Planungen keineswegs sicher ist), so ist dies doch ein erheblicher Eingriff in die ökonomische/soziale Lage der Betroffenen.</p>
P119		P119.017	SO 09	<p>Schon jetzt sind die Grundstückspreise für bebaute Grundstücke in der Region recht niedrig. Immobilienbesitz ist jedoch bekanntlich der beste Schutz vor Altersarmut, da die Renten häufig nicht für ein auskömmliches Leben im Alter reichen. Angesichts der demografischen Entwicklung werden die Renten mit Sicherheit in den kommenden Jahrzehnten stark sinken. Neben den Renten werden und sind eigene Wohnimmobilien zunehmend der zweite Grundpfeiler des sozialen Schutzes der Bevölkerung vor Armut. Dies gilt insbesondere für eine älter werdende Gesellschaft. Gerade ältere Menschen im ländlichen Raum sind häufig darauf angewiesen, ihre Immobilie zu veräußern oder zu vermieten und in ein regionales Zentrum umzuziehen, sobald sie physisch nicht mehr in der Lage sind, sich wegen der weiten Wege weiter selbst zu versorgen und am sozialen Leben teilzunehmen. Bei Errichtung des Großwindparks würden diese Möglichkeiten wegen gesunkener Immobilienpreise (sofern sich überhaupt ein Käufer findet) oder Unvermietbarkeit der Immobilie nicht mehr bestehen bzw. erheblich beeinträchtigt werden. Diese ökonomischen/sozialen Nachteile für die Bevölkerung werden in der Planung nicht einmal ansatzweise berücksichtigt, obwohl dies gemäß § 2 ROG zu den wesentlichen Zielen der Raumplanung gehört.</p>

P119		P119.018	SO 09	Darüber hinaus würde der monströse Großwindpark weitere unerwünschte Folgen für die in seinem Einzugsgebiet betroffenen Gemeinden und deren Einwohner haben. Es ist absehbar, dass die Tendenz zur Abwanderung sich verstärken wird. Als weitere Folge würde der Wohnimmobilienbau zurückgehen mit nachteiligen Auswirkungen auf Handwerk und Bauwirtschaft, Handel und Dienstleistungen. Gerade diese Erwerbszweige sind jedoch im ländlichen Raum im Hinblick auf die Arbeitsplätze von erheblicher Bedeutung. Weitere Folge wäre dann auch noch ein Rückgang der Steuereinnahmen, insbesondere der Gewerbesteuer.
P119		P119.019	SO 09	Von erheblicher Bedeutung ist auch, dass die betroffenen Gemeinden keine wirtschaftlichen Vorteile durch Gewerbesteuereinnahmen aufgrund der Errichtung der industriellen Windenergieanlagen einplanen können. Windparks werden weitgehend mit Krediten finanziert. Folge ist, dass wegen der regelmäßig langen Laufzeit der Kredite während des Tilgungs- und Zinszeitraums keine Gewinne anfallen. Die Gewerbesteuer ist eine Gewinnsteuer. Die Gesamtgemeinde am Dobrock bzw. die zu ihr gehörenden Gemeinden können daher absehbar für viele Jahre (die Regel sind zehn Jahre) nicht mit Gewerbesteuereinnahmen rechnen. Aber selbst wenn Gewerbesteuern anfallen würden, so würden die Gemeinden lediglich einen Bruchteil der Steuer erhalten, da die Betreiber ihren Sitz nicht im Gemeindegebiet haben, sondern in Cuxhaven.
P119		P119.020	SO 09	Die massiven wirtschaftlichen Nachteile durch die industriellen Windstrom-Produktionsanlagen hätten die Gemeinden jedoch in voller Höhe zu tragen. Hierzu wird darauf hingewiesen, dass die Gemeindestraßen, Brücken und Wege nicht dafür ausgelegt sind, den zu erwartenden Baustellenverkehr und die Schwertransporte schadlos zu überstehen. Die Kosten für die Reparatur und Neuherstellung werden die Gemeinden jedoch schon während der Bauphase treffen, was durch Gewerbesteuereinnahmen mit Sicherheit nicht kompensiert werden kann. Auch das wäre ein erheblicher wirtschaftlicher Nachteil für die Samtgemeinde am Dobrock.

P119		P119.021	SO 09	Nach § 2 ROG sind darüber hinaus ländliche Räume unter Berücksichtigung ihrer unterschiedlichen wirtschaftlichen und natürlichen Entwicklungspotenziale als Lebens- und Wirtschaftsräume mit eigenständiger Bedeutung zu erhalten und zu entwickeln; dazu gehört auch die Umwelt- und Erholungsfunktion ländlicher Räume. Die prägende Vielfalt des Gesamtraums und seiner Teilräume ist zu sichern. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass Städte und ländliche Räume auch künftig ihre vielfältigen Aufgaben für die Gesellschaft erfüllen können.
P119		P119.022	SO 09	Die vorstehend aufgeführten Ziele des Gesetzes werden ebenfalls nicht bzw. nicht ausreichend von der Planung berücksichtigt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass das betroffene Gebiet an der Oste eine Erholungsfunktion mit erheblichem weiterem Entwicklungspotenzial hat. Schon dies ist angesichts einer Bevölkerung, die einem zunehmenden Stress in der Arbeitswelt und wegen der gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Entwicklung ausgesetzt ist, schon für sich genommen ein Ziel mit erheblichem Gewicht, das im RROP im Hinblick auf die Planung des Vorranggebiets keine Berücksichtigung findet. Gerade die Gebiete von Osteniederung und Wingst sind als Erholungsräume geradezu prädestiniert und könnten mit positiver Wirkung für den Fremdenverkehr zweifellos noch weiter entwickelt werden. Diese Entwicklung würde durch die Errichtung des industriellen Großwindparks auf Dauer unterbunden.
P119		P119.023	SO 09	Eine intakte und attraktive Umwelt ist jedoch auch für das wirtschaftliche Entwicklungspotential einer Region von zunehmender Bedeutung. Insbesondere für hoch qualifizierte Arbeitnehmer spielen Umweltfaktoren im Wohn- und Arbeitsumfeld zunehmend eine Rolle und damit auch für die Ansiedlung und den Erhalt von Betrieben in der Region. Gerade für diese ist es sicher unattraktiv, sich im Bereich einer riesigen Industrieanlage und deren nachteiligen Immissionen anzusiedeln.

P119		P119.024	SO 09	<p>Zu berücksichtigen ist auch, dass die prägende Vielfalt des Gesamtraums schon durch die Vielzahl von Biogasanlagen und einer sich damit weiter ausbreitenden Monokultur der Maisanpflanzung beeinträchtigt ist. Diese Verödung würde auf dem Gebiet der Samtgemeinde am Dobrock durch den industriellen Windpark ganz erheblich weiter verstärkt und zementiert werden. Es bestehen jedenfalls erhebliche Zweifel daran, dass es den Zielen der Raumplanung entspricht, das von schützenswerter Natur und Landwirtschaft sowie mittelständischem Gewerbe geprägte Gemeindegebiet in eine öde Fläche mit Energieproduktionsanlagen durch planerischen Zwang umzuprägen. Diesseits wird vielmehr davon ausgegangen, dass die regionale Raumordnung als letztes Ziel das Wohl der Bevölkerung und nicht das Gewinnstreben einiger weniger zu Lasten der Bevölkerung, Natur und Umwelt zu verfolgen hat.</p>
P119		P119.025	SO 09	<p>Daher ist auch nach § 2 Abs. 2 NROG die Siedlungs- und Freiraumstruktur so zu entwickeln, dass die Eigenart des Landes, seiner Teilräume, Städte und Dörfer erhalten wird. Die nicht rückgängig zu machende rücksichts- und maßlose großräumige Umstrukturierung des ländlichen Raumes allein im Interesse der Gewinnmaximierung einiger weniger zu Lasten vieler (angesichts der exorbitanten EEG-Umlage sogar der Gesamtbevölkerung Deutschlands) ist danach sicher nicht gesetzgeberisches Ziel der Raumordnung.</p>
P119		P119.026	SO 09	<p>Nach § 2 ROG sind vielmehr die Gestaltungsmöglichkeiten der Raumnutzung langfristig offenzuhalten. Wenn das Gemeindegebiet durch die industriellen Windproduktionsanlagen (und die Biogasproduktion sowie die dazu gehörende Mais-Monokultur) auf Jahrzehnte gravierend umgeprägt wird, wird eine gestalterische Raumnutzung gerade nicht langfristig offen gehalten, sondern blockiert. Der § 2 ROG verlangt dagegen, dass der Raum im Hinblick auf eine langfristig wettbewerbsfähige und räumlich ausgewogene Wirtschaftsstruktur und wirtschaftsnahe Infrastruktur sowie auf ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu entwickeln ist. Diese Ziele der Raumordnung würden durch den industriellen Großwindpark nicht nur verfehlt, sondern für die nächsten Jahrzehnte verhindert.</p>

P119		P119.027	SO 09	Es ist nicht erkennbar, dass die vorstehenden normativen Vorgaben in die planerische Abwägung auch nur ansatzweise Eingang gefunden haben und dokumentiert worden sind. Im Ergebnis haben sie keinerlei Berücksichtigung gefunden. Es liegt daher auch insoweit ein erheblicher Abwägungs- und Dokumentationsfehler vor, der die Unwirksamkeit der Planung zur Folge hat.
P119		P119.028	E 01	2.2. Wie sein Vorgänger RROP 2012 genügt der Entwurf des RROP 2014 auch im Übrigen nicht den Anforderungen, die an ein schlüssiges gesamträumliches Planungskonzept zu stellen sind. Es erfolgt keine substantielle und begründete Differenzierung zwischen „harten“ und „weichen Tabuzonen“, so dass das ganze Konzept an schwerwiegenden Abwägungsmängeln leidet, die zur Rechtswidrigkeit der gesamten Planung führen. Der Differenzierung muss ein anhand der Begründung sowie der Aufstellungsunterlagen und Verfahrensakten nachvollziehbares schlüssiges gesamträumliches Planungskonzept zugrunde liegen, das nicht nur Auskunft darüber gibt, von welchen Erwägungen die positive Standortzuweisung getragen wird, sondern auch die Gründe für die beabsichtigte Freihaltung des übrigen Planungsraums von Windenergieanlagen aufzeigt.
P119		P119.029	E 01	Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts wie auch des Oberverwaltungsgerichts Niedersachsen, muss sich die Ausarbeitung des Planungskonzepts in einem dreischichtigen Prozess vollziehen. Hierzu gehört auch die Einteilung und insbesondere Abgrenzung in harte Tabuzonen - solche Gebiete, welche schlechthin ungeeignet für die Windnutzung sind und somit außerhalb des Ermessens des Plangebers stehen - und in weiche Tabuzonen, mithin solche Bereiche, welche nach dem Willen des Plangebers aus unterschiedlichen Gründen für die Errichtung von Windenergieanlagen von Anfang an ausgeschlossen sind.

P119		P119.030	E 01	Im Gegensatz zu den harten Tabuzonen sind die weichen Tabuzonen disponibel, sie stehen im Ermessen des Plangebers. Sie basieren auf allgemeinen Kriterien für das gesamte Kreisgebiet, die auf einer Abwägung der Belange für und gegen die Nutzung der Windenergie entwickelt worden sind. Sie müssen begründet und dokumentiert werden. Weder erfolgt in dem RROP 2014 eine substantielle Abgrenzung der beiden Tabuzonen, noch gibt es eine Beschreibung, aus der deutlich wird, dass seitens der Planer Ermessen ausgeübt wurde. Vielmehr hat der Landkreis in seiner Begründung/Erläuterung zum RROP 2014 lediglich eine allgemeine Beschreibung (S. 6 ebenda) gegeben, wie er gedenkt, die Tabuzonen einzuteilen, ohne dass dieses Konzept mit konkretem Inhalt bei der Planaufstellung und Begründung gefüllt wird.
P119		P119.031	E 01	Darüber hinaus wird die unzutreffende Behauptung aufgestellt, dass es über die vom Landkreis zitierte Rechtsprechung hinaus keine Entscheidung über die notwendige Unterscheidung zwischen harten und weichen Tabuzonen gäbe. Das ist falsch.
P119		P119.032	E 01	Es ist geradezu erschütternd, mit welcher Beharrlichkeit sich der Landkreis über die Empfehlungen der ihm übergeordneten Institutionen (Ministerium, Niedersächsischer Landkreistag) kaltschnäuzig hinwegsetzt. Denn in der Arbeitshilfe "Regionalplanung und Windenergie - Empfehlungen des NLT zu den weichen Tabuzonen" (Stand: 06.02.2014) finden sich für jedes Ausschlusskriterium genaue Angaben von Mindestabständen, aufgeteilt in harte und weiche Tabuzonen, die landesweit gelten sollen und die auf höheren Erfahrungs- und Erkenntniswerten beruhen, als der Landkreis sie selbst zu erreichen vermag. Dabei geht diese Arbeitshilfe von WKA's in einer aktuellen Konfiguration von 2,5 bis 3 MW, einer Nabenhöhe von 150m und einem Rotordurchmesser von 100 bis 120m aus. Es ist ein schwerwiegendes Defizit, das der Landkreis von diesen landesweit anzuwendenden Kriterien, die ja auch für Gerechtigkeit, Transparenz und Gleichbehandlung sorgen sollen, ohne jede Begründung abweicht.
P119		P119.033	E 01	Die fehlende Abwägung zwischen den genannten Kriterien wird vom Landkreis selbst zugegeben. Denn auf Seite 6 der Erläuterung/Begründung des RROP 2014 wird unumwunden eingestanden, dass man "Ausschlusskriterien, die nicht eindeutig als harte oder weiche Tabuzonen eingeschätzt werden können ... , wie weiche Tabuzonen" behandelt hat. Eine Abwägung hat somit nicht stattgefunden.

P119		P119.034	E 01	Weiter heißt es, dass eine "Einzelfallbetrachtung von weichen und harten Tabuzonen, Windenergieanlagen ... zum Zeitpunkt der Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms noch nicht vorliegen" Hierbei handelt es sich um eine reine Schutzbehauptung, um sich den nötigen Abwägungsprozessen, d. h. plausiblen Begründungen und deren Dokumentation, nicht stellen zu müssen. Diese Motivation ist schon deshalb offensichtlich, da zur Berechnung der Pufferzonen zu Ortslagen an anderer Stelle die doppelte Gesamthöhe der bisher höchsten Windanlage vom Typ Fuhrländer FL 2500 als Berechnungsgrundlage genutzt wurde (s.u.).
P119		P119.035	E 01	In dem Unterpunkt "Arbeitsschritt 2 „weiche Tabuzonen: Natur und Landschaft" wird einfach eine Liste mit Ausschlussgebieten und den einzelnen Pufferzonen abgedruckt, ohne diese zu erklären, geschweige denn die Auswahlkriterien darzustellen und zu begründen. Auch hierzu wird mitgeteilt, dass die Ausschlusskriterien nicht danach überprüft worden seien, ob es sich um harte oder weiche Tabuzonen handelt. Auch dies stellt einen Abwägungsausfall dar, der allein schon zur Rechtswidrigkeit des Vorhabens führt. Dieses Vorgehen ist auch deshalb bedenklich, da aufgrund der Ausschlussfunktion der Tabuzonen diese bei der Potentialflächenbetrachtung nicht mehr zur Verfügung stehen.
P119		P119.036	E 01	Sinn und Zweck der Differenzierung ist es gerade, dass die weichen Tabuzonen zu begründen sind, sie stehen ja im Ermessen des Plangebers. Dieses Erfordernis der begründeten Trennung von harten und weichen Tabuzonen ist auch deshalb besonders wichtig, weil die weichen Tabuzonen in der nächsten Planungsstufe nicht mehr in den Abwägungsprozess einbezogen werden können.
P119		P119.037	E 01	In dem dritten Arbeitsschritt (Bewertung der Potentialflächen = Kreisgebiet nach Abzug der harten und weichen Tabuzonen) werden also bei dieser unzulässigen Praxis noch Flächen in der Abwägung berücksichtigt, die in Wahrheit nicht mehr zur Verfügung stehen. Auf diese Tabuzonen darf der Planungsträger allerdings nur dann zurückgreifen, wenn sich in dem 3. Arbeitsschritt ergeben sollte, dass der Windenergie in dem Kreisgebiet insgesamt nicht mehr substantiell Raum geschaffen werden kann.

P119		P119.038	B 10	<p><u>3. „Bestandschutz“ als trickreicher Hebel zur Errichtung von industriellen Großwindanlagegebieten zu Lasten der Bevölkerung</u></p> <p>Gemäß Ziff. 4.2.210 des Begründungsentwurfs sollen Windkraftanlagen jetzt auch erstmals an Standorten errichtet werden dürfen,</p> <ul style="list-style-type: none"> • an denen bereits alte Einzelanlagen stehen, oder • für die es "bauleitplanerisch gesicherte Bereiche" gibt. <p>Mit diesen Ausnahmeregelungen versucht der Landkreis sich seiner originären Aufgabe zu entziehen, die Entstehung von Windparks in dem Kreisgebiet in eigener Verantwortung nach sachlichen Gesichtspunkten zu steuern.</p>
P119		P119.039	B 10	<p>Denn Altanlagen erfüllen oft nicht die heutigen technischen und rechtlichen Anforderungen. Ihre Standorte sind deshalb für die Windenergie nur noch begrenzt nutzbar, d. h. bis zum Ende der betrieblichen Lauffähigkeit der jeweiligen Anlagen. Der Grund liegt z. B. darin, dass sich die Größe der Windräder bisher im Zuge der technischen Entwicklung praktisch in einem Rhythmus von 10 Jahren verdoppelt hat. Der Landkreis erwartet die Fortsetzung dieser Entwicklung auch in der Zukunft.</p> <p>Wenn danach also Windräder in Wetterdeich/Oederquart (Kreis Stade) vor ca. 15 Jahren aus zwingenden Gründen des Landschafts- und Umweltschutzes bis zu einer Höhe von max. 100m gerade noch tolerabel waren, so ist schon heute klar, dass diese Standorte für ein Repowering mit Windrädern in der heute üblichen Höhe von 180- 200m keinesfalls mehr in Betracht kommen.</p>
P119		P119.040	B 10	<p>Neue Anlagen und auch solche, die als Ersatz für die Altanlagen geplant werden (sog. Repowering), müssen die heute gültigen technischen und rechtlichen Erfordernisse erfüllen. Es gibt keine planungsrechtlich relevanten Gründe, die es rechtfertigen könnten, die Standorte solcher Altanlagen von den Anforderungen an Vorranggebiete nach den heutigen Standards auszunehmen. So der Erste Kreisbaurat Jochimsen in der mündlichen Verhandlung vor dem OVG Niedersachsen am 14.05.2014.</p>
P119		P119.041	B 10	<p>Die 6 Altanlagen in Wetterdeich/Oederquart nahe der Kreisgrenze auf Stader Gebiet sind deshalb wegen ihrer Nähe zu Schutzgütern und der besonderen Schwere der Beeinträchtigung des Landschaftsbildes nur bis zu einer Höhe von max. 100m genehmigungsfähig gewesen, wie sich aus den Baugenehmigungsakten des Landkreises Stade ergibt.</p>

P119		P119.042	B 10	Es ist daher mangels rechtmäßiger Planungsgrundlage rechtswidrig, an einem solchen Standort deutlich höhere Anlagen zuzulassen. Dies gilt erst recht im Hinblick auf die Erwartung des Landkreises, dass die Windräder in 10 Jahren voraussichtlich 350m hoch sein werden und 5 - 6 MW leisten. Es macht im Interesse von Umwelt und Natur keinen Sinn und wäre sach- und rechtswidrig, einen rechtlichen Bestandsschutz über die konkrete Einzelanlage hinaus auf einen Standort erweitern zu wollen.
P119		P119.043	B 10	Vollends unverständlich ist die ungeprüfte - erstmalige - Zulassung von Windparks auch auf solchen Flächen, die lediglich "bauleitplanerisch gesichert" sind. Mit dieser weiten Öffnungsklausel werden pauschal alle Eigenmächtigkeiten der Gemeinden in ihrer Leitplanung abgesegnet. Indirekt sanktioniert der Landkreis so insbesondere alle Anpassungen der Bauleitplanung, die Gemeinden in Umsetzung des gerichtlich für ungültig erklärten RROP 2012 (Abschnitt Windenergie) beschlossen haben.
P119		P119.044	B 10	Konkret betroffen sind die Nachbarn des Sondergebietes für Windenergie Bentwisch/Portshemm, das die Samtgemeinde Am Dobrock in ihrer 7. Änderung des Flächennutzungsplans am 26.02.2014 beschlossen hat. Dem Protokoll dieser Samtgemeinderatssitzung ist im Einzelnen zu entnehmen, dass die Mitglieder dieses Gremiums - fälschlich - von der Rechtskraft des RROP 2012 ausgegangen sind. Der Landkreis hat diese irrige Vorstellung herbeigeführt und auf die gesetzliche Pflicht der Gemeinde verwiesen, das regionale Raumordnungsprogramm schnell gem. § 1 Abs. 4 BauGB auf der Gemeindeebene in der Bauleitplanung umzusetzen. Auch die Niederschrift der 5. öffentlichen Sitzung des Bauausschusses vom 14.11.2013 beweist diese – rechtswidrige - Einwirkung des Landkreises. Es wird hierzu auf die Niederschrift der 12. öffentlichen Sitzung des Samtgemeinderates am 24.02.2014 und die Niederschrift der 5. öffentlichen Sitzung des Bauausschusses am 14.11.2013 verwiesen.
P119		P119.045	B 10	Sämtliche Mitglieder des Samtgemeinderates haben sich daher über ihre rechtliche Pflicht zur Anpassung ihrer Bauleitplanung geirrt, und der Landkreis hat diese falsche Vorstellung bewirkt.

P119		P119.046	B 10	Unabhängig hiervon ist der Samtgemeinderat gehalten, unverzüglich die Aufhebung des Sondergebietes für Windenergie zu beschließen. Dies ist dem Respekt von dem Recht, d. h. den bekannten Urteilen des niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts geschuldet. Der jetzt für dieses Sondergebiet geplante Bestandsschutz stellt den Versuch einer Umgehung des Rechts dar.
P119		P119.047	B 10	Diese Wertung basiert nicht etwa auf einem Missverständnis. Denn der Erste Kreisbaurat Jochimsen wird in einer Pressemitteilung des Landkreises vom 30.07.2014 wörtlich zitiert: "In den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen ist die Errichtung von Windkraftanlagen weiterhin möglich". Danach soll sich im Landkreis Cuxhaven offensichtlich die Regionale Raumordnung nach der Bauleitplanung der Gemeinden richten und nicht umgekehrt, wie in § 1 Abs. 4 BauGB gesetzlich vorgeschrieben: Die Bauleitpläne sind den Zielen der Raumordnung anzupassen.
P119		P119.048	E 01	<u>4. Unzutreffende und nicht nachvollziehbare Begründung für Mindestabstände zur Wohnbebauung</u> <u>4.1. „Harte Tabuzone“</u> In der Begründung des Entwurfs zur Fortschreibung des Teilabschnitts Windenergie wird die „harte Tabuzone“ von 420 m zur Vermeidung einer optisch bedrängenden Wirkung unter Bezugnahme auf das Urteil des OVG Nordrhein-Westfalen, Az. A 2746/09 damit begründet, dass die höchste bekannte Windenergieanlagen vom Typ Fuhrländer FL 2500 eine Gesamthöhe von 210 m habe. Das Doppelte dieser Höhe, somit 420 m, sei als harte Tabuzone aufzufassen. Die zitierte Entscheidung eignet sich nicht als Grundlage für die Festlegung der harten Tabuzone für den Abstand von der Wohnbebauung. Denn Gegenstand der Entscheidung ist nicht der Abstand zur Grenze eines Vorranggebietes, sondern der Abstand einer schon konkret aufgrund einer Baugenehmigung im Bauzustand befindlichen Windenergieanlage mit einer Höhe von 149,3m von einem bestimmten Wohngebäude.

P119		P119.049	E 01	In der Begründung des Entwurfs zur Änderung des RROP 2014 geht der Landkreis davon aus, dass auf der Ebene des regionalen Raumordnungsprogramms noch keine Details hinsichtlich Anzahl oder Größe der Windenergieanlagen bekannt sind. Das ist grundsätzlich zutreffend. Selbst wenn schon Bauanträge gestellt worden sind, bedeutet dies keineswegs, dass Windenergieanlagen wie zunächst beantragt, gebaut werden. Bauanträge können zurückgezogen werden oder auf andere, auch größere Windenergieanlagen umgestellt werden. Wann welche Windenergieanlagen zukünftig im Vorranggebiet errichtet werden, ist somit nicht sicher zu prognostizieren.
P119		P119.050	E 01	Daraus folgt zunächst, dass als Grundlage der Festlegung des Abstandes zur Wohnbebauung die Höhe der derzeit höchsten auf dem Markt verfügbaren Windenergieanlagen nicht herangezogen werden darf. Denn es ist allgemein bekannt, dass die Leistung und Dimension von Windenergieanlagen in den letzten Jahren rasant fortgeschritten ist. Windenergieanlagen, die noch vor kurzer Zeit das Maß aller Dinge waren, werden nun schon wieder „repower“. Sicher ist, dass die Größe und Leistungsfähigkeit der Windenergieanlagen weiter zunehmen wird. Anlagen bis 300m bzw 350 m sind schon in der Planung und werden eine weiter verstärkt erdrückende optische Wirkung haben. Es ist somit zu erwarten, dass die Tabuzone von 420 m zukünftig einen weit geringeren Abstand zulassen würde als die doppelte Anlagenhöhe mit der Folge der – nicht nur optischen – starken Emissionen der Anlagen, durch die die Wohnbevölkerung geschädigt wird.
P119		P119.051	E 01	Es hätte daher für die Festlegung der harten Tabuzone ein „Puffer“ im Hinblick auf die zu erwartende zukünftige Entwicklung der maximalen Anlagenhöhe berücksichtigt werden müssen, dessen Kriterien nachvollziehbar hätten dokumentiert werden müssen.

P119		P119.052	E 01	Darüber hinaus wird in der Begründung des Entwurfs verkannt, dass die optisch bedrängende Wirkung von Windenergieanlagen mit zunehmender Höhe exponentiell wächst. Eine Windenergieanlage mit einer Höhe von 150 m im doppelten Abstand von 300m ist optisch weit weniger bedrängend, als z.B. eine Windenergieanlage mit einer Höhe von 210 m im Abstand von 420 m. Das liegt u.a. daran, dass die statisch erforderliche Baumasse mit zunehmender Höhe der Anlagen überproportional steigt. So wiegt z.B. die 198 m hohe Windenergieanlage Enercon E-126 mit einer Leistung von 6 MW 2800 Tonnen (!).
P119		P119.053	E 01	Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass bei einer bestimmten Anlagengröße das „menschliche Maß“ überschritten wird. Der Mensch hat sich in einem langen kulturellen Prozess an die Höhe von Kirch- und Rathaustürmen, Industrieschornsteinen, (eher filigrane) Strommasten und Hochhäusern gewöhnt. Diese Bauwerke prägen bisher jedoch weitgehend städtische und industriell geprägte Regionen und sind regelmäßig weit niedriger als derzeit marktgängige und zukünftig zu erwartende Windenergieanlagen.
P119		P119.054	E 01	Selbstverständlich sind die Kriterien für die Festlegung des Abstands von der Wohnbebauung nicht mathematisch genau zu ermitteln. So kann nicht sicher vorausgesehen werden, inwieweit zukünftig eine Anlagenhöhe von 300 m überschritten wird. Es bedarf daher einer nachvollziehbaren, rationalen Methode, die zukünftige Entwicklung abzuschätzen. Hierfür dürfte sinnvoll sein, den zu betrachteten Zeitraum zu begrenzen (z.B. auf fünf oder zehn Jahre) und dann die Größenzunahme der jeweiligen größten Windenergieanlagen in den letzten (z.B.: zehn) Jahren (z.B.: linear) vorzuschreiben mit einem weiteren Zuschlag für die exponentiell mit zunehmender Größe sich steigernde bedrängende optische Wirkung (z.B. 5% je 10 m Anlagenhöhe). Da schon jetzt Windenergieanlagen mit einer Höhe von 300 m in der Entwicklung sind, ist jedenfalls davon auszugehen, dass mindestens diese Höhe der Abstandsbemessung zugrunde zu legen ist.

P119		P119.055	E 01	Der Landkreis hat es jedoch offensichtlich unterlassen, rationale und angemessene Kriterien für die Bestimmung des Abstands von der Wohnbebauung als harte Tabuzone zu entwickeln und zu dokumentieren. Allein der Rückzug auf ein nicht einschlägiges Urteil aus dem Land Nordrhein-Westfalen ersetzt die planerisch geforderten Überlegungen jedenfalls nicht.
P119		P119.056	E 01	<p><u>4.2. Weiche Tabuzone (Abstand zur Wohnbebauung)</u></p> <p>Im Hinblick auf die Siedlungsflächen differenziert der Entwurf der Begründung zwischen Ortslagen und sonstiger wohnbaulicher Nutzung. Der „Puffer“ Ortslagen soll 1000 m (inklusive der 420 m harten Tabuzone) betragen. Die weiche Tabuzone beträgt somit 580 m. Bei der sonstigen wohnbaulichen Nutzung soll der Puffer jedoch lediglich 500 m betragen (inklusive der 420 m harten Tabuzone), somit lediglich 80 m.</p> <p>Die Methode der Differenzierung zwischen Ortslagen und sonstiger wohnbaulicher Nutzung ist zweifellos sachwidrig. In der ursprünglichen Begründung des regionalen Raumordnungsprogramms 2012 wurde angegeben, dass nach einer Einzelfallbetrachtung die Ortslagen um die Bereiche ergänzt worden seien, die in größerer Zahl bebaute Grundstücke in einem engen baulichen Zusammenhang aufweisen. Diese Begründung ist nunmehr gestrichen worden. Eine Begründung hierfür wird nicht gegeben. Dies wäre jedoch erforderlich gewesen, damit nachvollziehbar wird, warum der Landkreis seine Meinung nunmehr geändert hat.</p>

P119		P119.057	E 01	<p>Zur Bestimmung der Daten für die Gebiete der Ortslagen wie der sonstigen wohnbaulichen Nutzungen wurde nach der Begründung auf die Datenbestände des amtlichen topographisch-kartografischen Informationssystems zurückgegriffen. Diese Daten seien dann in Abstimmung mit den Gemeinden aktualisiert und unter Rückgriff auf die kommunalen Bauleitpläne an tatsächliche Gegebenheiten angepasst worden.</p> <p>In der Begründung jedoch nicht eingegeben, was wie von wem warum mit den Gemeinden tatsächlich abgestimmt worden ist. Ebenso wenig wird mitgeteilt, was eigentlich unter der Anpassung an die tatsächlichen Gegebenheiten zu verstehen sein soll. Tatsächlich hat es auch überhaupt keine Anpassung an die tatsächlichen Gegebenheiten gegeben. Aus kommunalen Bauleitplänen lässt sich jedenfalls nichts im Hinblick auf die konkrete Wohnbebauung ableiten.</p>
P119		P119.058	E 01	<p>In der weiteren Begründung des Entwurfs wird mitgeteilt, dass die Unterscheidung zwischen „Ortslagen“ und „sonstiger wohnbaulichen Nutzung“ unabhängig von den bauplanungsrechtlichen Begriffen des Innenbereichs bzw. Außenbereichs erfolge. Das mag zwar im Ansatz richtig sein, ersetzt jedoch keine nachvollziehbare Begründung der vom Planaufsteller vorgenommenen Differenzierung.</p> <p>Eine solche Begründung ergibt sich auch nicht aus den weiteren Ausführungen im Begründungsentwurf. Danach seien die Abstände von 1000 m bzw. 500 m zwischen Wohnnutzung und Rotorblattspitze gewählt worden, um im Rahmen des vorbeugenden Immissionsschutzes für die wohngenutzten Bereiche einen ausreichenden Schutz gewährleisten zu können. Aus dieser Begründung kann keine Differenzierung von Abständen sinnvoll abgeleitet werden.</p>
P119		P119.059	E 01	<p>Im folgenden Satz wird dann ausgeführt, dass Ortslagen gegenüber Außenbereichen vorrangig dem Wohnen dienen, sodass dort ein höherer Schutzanspruch bestehe. Hier wird somit zwischen Ortslagen und Außenbereich differenziert, ohne dass angegeben wird, was nun eigentlich unter „Außenbereich“ zu verstehen sein soll, da dies nach der Begründung jedenfalls nicht der Außenbereich im bauplanungsrechtlichen Sinne sein soll.</p>

P119		P119.060	E 01	Darüber hinaus ist ebenso nicht nachvollziehbar, von welchem Ausgangspunkt aus, in welchem Maß, nach welchen Kriterien die um 520 % größere „weiche Tabuzone“ bei Ortslagen gegenüber „Außenbereichslagen (?)“ bzw. „wohnbaulicher Nutzung (?)“ bestimmt worden ist.
P119		P119.061	E 01	Die Behauptung in der Begründung, dass Ortslagen gegenüber „Außenbereichslagen“ vorrangig dem Wohnen dienen, ist, wenn die tatsächlichen Verhältnisse im Umfeld des Beklagtengebietes konkret berücksichtigt werden, eindeutig unzutreffend.
P119		P119.062	SO 09	So ist in den Ortskernen der Gemeinden im Gebiet der Samtgemeinde am Dobrock eine Konzentration von Handel, Gewerbe, Dienstleistern, Freiberuflern und Verwaltung im engen Zusammenhang bzw. durchmischt mit der Wohnbebauung festzustellen. Dagegen weisen die hier betroffenen Areale einen weit höheren Anteil an Wohnbebauung und nur wenige - zumeist landwirtschaftlich - genutzte Gebäude auf, nebst einigen Unternehmen aus der Freizeit- und Tourismusbranche, die erst recht von den Emission einer großen Industrieanlage freigehalten werden müssen.
P119		P119.063	SO 09	Es ist somit festzustellen, dass es sich z.B. bei den Häusern entlang der Straße Portshemm um eine Siedlung bzw. Ortslage handelt. So ist der Ortsteil Portshemm von Geversdorf als eine Ansiedlung von holländischen Siedlern bereits im 15. Jh. entstanden und wird seither zu Wohnzwecken genutzt. Auch in der amtlichen -aktuellen - Dorfentwicklungsplanung von Geversdorf wird die Siedlung Portshemm als Ortsteil von Geversdorf bezeichnet. Gerade der Ortsteil Portshemm ist dort mit der besonderen Entwicklungsaufgabe Erholung versehen.
P119		P119.064	SO 09	Auch die Gemeinde Oberndorf zählt die unmittelbar angrenzende Ortslage von Bentwisch zu ihrem Gemeindegebiet. Sämtliche Häuser entlang der Straße mit dem Namen Bentwisch bilden eine Ortslage. Dies gilt speziell auch für die unmittelbar an das geplante Vorranggebiet angrenzenden Teile von Bentwisch. Dort sind viele nahe beieinander befindliche Wohnhäuser festzustellen, eine zusammengehörige Ansiedlung darstellen. Bentwisch hat z.B. auch seit dem Jahre 1907 einen eigenen, äußerst aktiven Schützenverein, was ein Indiz für einen durch die Nachbarschaft bedingten, gewachsenen sozialen Zusammenhang ist.

P119		P119.065	SO 09	Das Vorranggebiet muss zu den Wohnhäusern der angrenzenden Straßen Bentwisch, Portshemm und auch Altendecken, Neuenschleuse und Wetterdeich, die westlich angrenzen, deutlich höhere Abstände als vorgesehen einhalten. Denn sämtliche Häuser bilden dort jeweils entsprechende Ortslagen von Oberndorf bzw. Geversdorf.
P119		P119.066	SO 09	<p>Für Dörfer (Ortslagen) in Norddeutschland ist es typisch, dass die Wohnhäuser entlang der Straßen errichtet sind. Denn die Aufwendungen der Erschließung sind in den seitlich gelegenen Flächen wegen deren Feuchtigkeit meistens zu teuer gewesen. Wohnhäuser in einer Reihe entlang einer Straße sind danach als die übliche Siedlungsform in der hier betroffenen Region zu bezeichnen. Im Konkreten Fall wird der Zusammenhang der Wohnbebauung nicht nur durch die Straße, sondern auch durch die Oste und den Ostedeich (bzw. Wetterdeich) vermittelt und verstärkt.</p> <p>Es wäre somit ein Fehler, den Siedlungscharakter einer Mehrzahl von Häusern nur dann anzunehmen, wenn sie nah und kreisförmig um einen zentralen Platz errichtet wurden. Entscheidende Merkmale einer Siedlung sind vielmehr die soziale Zusammengehörigkeit ihrer Bewohner, die Koordination der Bedürfnisse und die Einzigartigkeit der jeweiligen historischen Entwicklung sowie eine räumliche Verbindung (z.B. Straße, Deich, Fluss).</p>
P119		P119.067	SO 09	<p>Vorliegend sind die Ortslagen Bentwisch, Portshemm, Altendecken und Neuenschleuse Straßendörfer, weil sie entlang der Oste als natürlichem seitlichen Hindernis und Versorgungsträger entstanden sind. Sie bilden jeweils Ortslagen von Oberndorf bzw. Geversdorf.</p> <p>Darüber hinaus indiziert auch die historisch tradierte und bis heute geltende Bezeichnung der Ortslagen mit eigenem Namen, dass es sich um gewachsene, kulturell, wirtschaftlich und durch die Bebauung vermittelte soziale Strukturen handelt.</p>
P119		P119.068	E 01	<p>Die Begründung der Planung lässt auch eine Auseinandersetzung mit der wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion sowie der Rechtslage und Praxis in anderen Bundesländern zu den Mindestabständen zwischen Windkraftanlagen vermissen.</p> <p>Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) verlangt bekanntlich einen Mindestabstand zwischen Windkraftanlagen und einer Wohnbebauung von mindestens 2.000 m.</p>

P119		P119.069	E 01	In Nordrhein-Westfalen sieht der Windenergieerlass einen Mindestabstand von 1.500 m vor. Auch in Rheinland-Pfalz wird diese Distanz von 1.500 m verlangt. In Baden-Württemberg wird generell ein Mindestabstand von 2.000 m beachtet und in der Altmark z. B. ein Abstand in Höhe des 10-fachen der Anlagenhöhe. Selbst die bayerische Landesregierung und das Land Sachsen fordern neuerdings, einen Mindestabstand der 10-fachen Anlagenhöhe zwischen Wohnhäusern und Windkraftanlagen gesetzlich zu verankern, und haben eine entsprechende Initiative im Bundesrat angekündigt.
P119		P119.070	E 01	Hinzu kommen noch die Erkenntnisse aus den neueren wissenschaftlichen Untersuchungen: Der Infraschall steigt, je höher die Anlagen geraten. Gerade großvolumige Windparks intensivieren und erhöhen die schädlichen Immissionen. Vor allem in ländlichen Gebieten werden die Störungen, verglichen mit vorstädtischen Gebieten, deutlich stärker empfunden.
P119		P119.071	E 01	Das Amt für Gesundheit und Umwelt der Freien Hansestadt Bremen empfiehlt deshalb einen Mindestabstand zur nächstgelegenen Wohnbebauung von einem Zehnfachen der Anlagenhöhe. Zutreffend weisen die Umweltmediziner darauf hin, dass es den Flächenstaaten in Deutschland (wie z. B. in Niedersachsen) am ehesten möglich sei, diese und auch größere Mindestabstände einzuplanen, ohne das Ziel, der Windenergie substanziell Raum zu geben, zu gefährden. Die Festlegung in dem Entwurf des RROP 2014 lässt jegliche Auseinandersetzung mit den Gründen des notwendigen Mindestabstandes zur Wohnbebauung vermissen.
P119		P119.072	E 01	Angesichts dieser ganz erheblichen Differenzen zu den größeren Abständen, die in anderen Bundesländern wissenschaftlich für erforderlich gehalten werden, ergeben sich erheblich gesteigerte Anforderungen an die Begründung der in dem Entwurf des Landkreises vorgesehenen äußerst geringen Abstände. So aber entsteht der Eindruck, dass das Wohl der betroffenen Bevölkerung im Landkreis Cuxhaven als weniger schutzbedürftig angesehen wird, als das Wohl der Menschen in anderen Bundesländern.

P119		P119.073	E 01	<p>Schließlich wird darauf hingewiesen, dass die Grundstücke der betroffenen Wohnbevölkerung häufig weit in Richtung der Grenze des geplanten Vorranggebietes reichen. Die Grundstücksgrenzen liegen somit bei sehr vielen Betroffenen weit weniger als 420 m von der Grenze geplanten Gebietes entfernt. Dabei handelt es sich um Grundstücke, die privat als Erweiterung des geschützten Wohnbereiches genutzt werden. Die Grundstücke sind zumeist gärtnerisch angelegt und dienen der Freizeitgestaltung, der Erholung, dem Spiel der Kinder und sozialen Kontakten zu Verwandten, der Nachbarschaft und Freunden.</p> <p>Im Freien sind die Bewohner und andere Personen auf den Grundstücken den Immissionen der Windenergieanlagen naturgemäß weit stärker ausgesetzt, als im Schutz der Häuser. Sachgerechter Anknüpfungspunkt für die Abstandsbemessung wäre somit nicht der Abstand zur Wohnbebauung, sondern der Abstand zu den privat genutzten, zur Wohnbebauung gehörenden Flächen (Hausgrundstücken).</p>
P119		P119.074	E 01	<p><u>5. Willkürliche Abstandsreduzierungen</u></p> <p>5.1. Willkürlich reduziert der Entwurf des RROP 2014 den nach LROP vorgegebenen Mindestabstand zwischen Windparks von 5 km auf 4 km. Die "Begründung" besteht aus Leerformeln, obwohl der Landkreis Cuxhaven mit seinen großen und flachen Gebieten erst recht alle Veranlassung hätte, sich an die wohlbedachte und ausgewogene Landesvorgabe zu halten.</p>
P119		P119.075	E 01	<p>In den Bereichen entlang der Kreisgrenze soll sogar ein Mindestabstand von 2 km zu Windparks auf der anderen Kreisgrenze ausreichen. Diese drastische Reduzierung soll "größere Tabubereiche an der Kreisgrenze vermeiden". Eine Tabuvermeidungsstrategie ist bei der Planaufstellung jedoch rechtswidrig und daher für den Landkreis tabu.</p> <p>Wörtlich erläutert der Landkreis dieses mehr als ungewöhnliche Ziel: <i>"Da die einzelnen Landkreise ihre Vorrangstandorte primär an eigenen Belangen ausrichten, kommt es relativ häufig zu Vorrangstandorten in der Nähe der Kreisgrenze".</i></p> <p>Diese Begründung ist planungsrechtlich abwegig und auch im Rahmen von einer vernünftigen Abwägung nicht ansatzweise akzeptabel. Sie belegt im Übrigen, dass auch im vorliegenden Fall die Vorrangfläche vom Landkreis Cuxhaven an den Rand des Kreisgebiets zu lasten der dort lebenden Bevölkerung „abgeschoben“ werden soll.</p>

P119		P119.076	E 01	Widerstreitende Interessen von benachbarten Landkreisen sind miteinander abzustimmen, und zwar nach ausschließlich planungsrechtlichen Gesichtspunkten. Die Erfordernisse von Umwelt und Natur haben bekanntlich mit politischen Grenzen nichts zu tun. Kein Landkreis darf deshalb immissionsintensive Projekte vorrangig an seine Grenzen setzen. Deshalb ist zwingend die Verständigung über grenzübergreifende Projekte vorgeschrieben (§§ 16, 19, 20 LROP).
P119		P119.077	E 01	Zugleich gesteht der Landkreis ein, dass er den Bewohnern an seiner Kreisgrenze ein geringer geschütztes Landschaftsbild und eine weniger geschützte Umwelt zuzumuten bereit ist. Das ist rechtswidrig, weil der Landkreis die planungsrechtlich relevanten Kriterien flächendeckend gleich und gerecht anwenden muss.
P119		P119.078	E 01	5.2. Der Landkreis weicht ferner in entscheidenden Punkten von weiteren Vorgaben des niedersächsischen Landkreistages und der Landesregierung (Stand: 06.02.2014) ab. Danach sollen die Mindestabstände (weiche Tabuzonen) <ul style="list-style-type: none"> • zu Brutvogelräumen nationaler, landesweiter und regionaler Bedeutung > 1.200 m und • zu Gewässern, die größer als 10 ha sind wie z. B. die Oste, > 1.200 m ausmachen.
P119		P119.079	U, SO 09	<u>6. Weitere nicht bei der Planaufstellung berücksichtigte Gesichtspunkte</u> <u>6.1. Umweltbericht</u> Der Umweltbericht vom 25.06.2014 basiert auf ungesicherten Unterstellungen. Bereits die allgemeinen Planziele (Ziff. 1.1) begegnen dem Einwand der unzulässigen Vereinfachung und Suggestion. Denn das aufgezeigte Übermaß an geplanter Windenergie im Kreisgebiet verursacht entsprechend unverhältnismäßige Gefährdungen der Gesundheit bei den in der Nähe des Windparks lebenden Menschen und wirkt schädigend auf die Umwelt. Es ist zweifellos nicht richtig, dass der Ausbau der Windenergie an dem geplanten Standort in dem jetzt geplanten Umfang positiv für Mensch und Natur sein könnte.

P119		P119.080	U, SO 09	Die Aussagen zu den "bauleitplanerisch gesicherten Bereichen" sind nicht nachvollziehbar. Denn für diese Flächen (z. B. Oberndorf/Geversdorf) haben auf der Gemeindeebene gar keine eigenen Vorprüfungen der Umweltauswirkungen stattgefunden. Die Autoren des Umweltberichts übersehen ferner, dass in diese Kategorie des vermeintlichen Bestandsschutzes auch Flächen einbezogen werden sollen, die noch gar nicht mit Windkraftanlagen bebaut worden sind.
P119		P119.081	U, SO 09	Die standortbezogenen Informationen und Bewertungen der Umweltauswirkungen sind plakativ und summarisch. Eine sinnvolle Auseinandersetzung mit diesen Angaben – eher Behauptungen - ist in Ermangelung einer nachvollziehbaren Begründung nicht möglich.
P119		P119.082	U, SO 09	Auch als Vorab-Abschätzung leidet der Umweltbericht an den hier kritisierten Fehlern. Denn zumindest die Ist-Situation der Schutzgüter in der gesamten Fläche, in der sich die Planung auswirken kann, sollte zweifelsfrei, neutral und nachvollziehbar dokumentiert sein. Die Prognosen des Umfangs der vorhersehbaren Beeinträchtigungen müssen sich naturgemäß an dem Planungsstand ausrichten, der bis jetzt bekannt ist. Insoweit sind die Standorte, die möglichen (höchsten) Höhen und die Leistungen der nach der Planung möglichen Windkraftanlagen bekannt. Die Prognosen hätten darauf abstellen müssen und können.
P119		P119.083	U, SO 09	Es fehlen ferner Angaben zu den Kriterien der Abwägung und unterschiedlichen Gewichtung bei den einzelnen Schutzgütern. Das gilt insbesondere für die Schutzgüter, deren erhebliche Beeinträchtigung in Kauf genommen wird (menschliche Gesundheit, Landschaftsbild, gefährdete Tiere, Umwelt).

P119		P119.084	U, SO 09	<p>Es fragt sich auch, weshalb jetzt das geplante Vorranggebiet Oberndorf/Geversdorf tolerabel sein soll, obwohl die Bezirksregierung Lüneburg diese Flächen 1997 noch ausdrücklich abgelehnt hatte. Tatsächlich haben sich die geschützten Tierarten und höherwertigen Schutzgüter in der Zwischenzeit dort weiter gefestigt und positiv entwickelt, so dass heute umso mehr der Schutz dieser Gebiete in der Oste-Niederung geboten ist. Dies gilt gerade für die Außendeichflächen unmittelbar entlang der Oste, d. h. in Altendecken und Neuenschleuse, die das Land Niedersachsen großflächig aufgekauft und naturnah belassen oder extensiv genutzt hat. Speziell geschützte Wiesenvögel (Kiebitze, Feldlerche, Wiesenpieper, Kampfläufer usw.) haben so dort ihre Lebensräume festigen können. Auch Rohrweihen und die seltene Rohrdommel haben dort in den großen Röhrichtbeständen ihre feste Heimat gefunden. Diese Flächen erweitern noch teilweise die dort in der Oste-Niederung gelegenen Natura 2000-Schutzgebiete.</p>
P119		P119.085	U, SO 09	<p>Wiederholte Leerformeln, die einen umfassenden Abwägungsprozess behaupten, können die Offenlegung der konkreten Gesichtspunkte einer Abwägung, und zwar direkt bezogen auf die jeweils widerstreitenden Vorgaben und Schutzgüter, nicht ersetzen. Eine solche Pseudo-Rhetorik führt die gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung der Öffentlichkeit ad absurdum.</p>
P119		P119.086	U, SO 09	<p>Gleiches gilt für die bemerkenswerte Eile, mit der der Landkreis dieses Verfahren der Neuaufstellung des RROP 2012 -Abschnitt Windenergie- begonnen hat. Es entsteht der Eindruck, als ob der planende Landkreis sich dieser komplexen Thematik inhaltlich nicht weiter widmen möchte. Das wäre verantwortungslos und rechtswidrig.</p>

P119		P119.087	SO 09	<p><u>6.2. Gesundheit</u></p> <p>Der Schutzbereich des Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz schließt das Recht auf körperliche Unversehrtheit mit ein. Dazu gehört der Schutz der Gesundheit. Außerdem gewährt er Schutz vor nichtkörperlichen Einwirkungen, die in ihrer Wirkung einem körperlichen Eingriff gleichkommen. Dazu gehören nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auch Lärm und andere Emissionen, die von Gebäuden ausgehen, sofern sie Gesundheitsbeeinträchtigungen auslösen können.</p> <p>Es ist eine Gefährdung der Gesundheit der betroffenen Wohnbevölkerung - somit auch des Unterzeichners und seiner Tochter – zu befürchten. Einschlägige wissenschaftliche Erkenntnisse über die Gesundheitsgefahren, die von den Windkraftanlagen auf die menschliche Gesundheit ausgehen, sind dennoch nicht berücksichtigt worden sind.</p>
P119		P119.088	SO 09	<p>Es sind derzeit Windkraftanlagen in der Größe von 180 bis 220m Höhe marktgängig. Von der Richtgröße 220m geht der Landkreis in seiner Begründung des RROP 2014 selbst aus (was, wie dargelegt zu gering ist). Diese hohen Anlagen verursachen Schattenschlag (Diskoeffekte), somit schlagende Schallgeräusche und multiple Immissionen, die als Dauerbelästigung eine gesundheitsgefährdende Auswirkung haben. Die konzentrierte Kumulation von mehreren Windkraftanlagen mit bis zu 220m Höhe auf einer zusammenhängenden Fläche stellt einen großvolumigen, weitflächigen und blockartig ausstrahlenden Industriekomplex dar. Die Veränderungen für Mensch und Natur im Umfeld und die mittel- und langfristigen Auswirkungen insbesondere auf die menschliche Gesundheit (Herz-Kreislauf- System) sind nicht ansatzweise dargestellt.</p>
P119		P119.089	SO 09	<p>Die Gesamtwirkung der wahrnehmbaren und unbewusst aufzunehmenden Schall-immissionen beeinflusst das Herz-Kreislauf-System von Menschen in einem inakzeptablen Ausmaß, wenn die Windenergieanlagen in dem vom Landkreis geplanten Abstand zur Wohnbebauung zugelassen werden.</p>

P119		P119.090	SO 09	<p>Diese breite Wirkung, d. h. die Kumulation dieser schädlichen Effekte, ist auch in industrienahen Wohngebieten zu beobachten. Dort ist die Lebenserwartung der Menschen deutlich geringer als diejenige der Menschen, die auf dem freien Land leben. Der Grund liegt in der Dauerbelastung des menschlichen Organismus mit industriegeprägten Geräuschen.</p> <p>Im Bundesgesundheitsministerium liegt eine wissenschaftliche Untersuchung mit dem Ergebnis vor, dass die arbeitenden Menschen, die industrienah wohnen, durchschnittlich 15 Jahre früher versterben als diejenigen Menschen in einer ruhigen und naturbelassenen Umgebung.</p>
P119		P119.091	SO 09	<p>Besonders gesundheitsschädlich sind die dauerhaften Beunruhigungen des vegetativen Nervensystems, die ein Zusammenziehen der Gefäße und so Bluthochdruck und die Einlagerung von Gefäßkalk hervorrufen. Es ist danach erwiesen, dass die Wahrscheinlichkeit, Herzrhythmusstörungen, frühe Herzinfarkte und Schlaganfälle zu erleiden, wächst, je näher ein Mensch an einer Industrieräusch produzierenden Anlage lebt und wohnt. Es sei hervorgehoben, dass insbesondere Kinder von der Gesundheitsgefahr betroffen sind. Bei ihnen zeigen sich deshalb vermehrt Aufmerksamkeitsdefizitsyndrome (ADS/ADHS).</p>
P119		P119.092	SO 09	<p>Wenn die bislang ruhig und natürlich wirkende Landschaft nun von heute auf morgen in eine Industrielandschaft verwandelt wird - um eine solche handelt es sich bei einem Windpark mit mehr als siebenunddreißig 180 bis 220 m hohen Anlagen - dann wirken derartig intensive und ungewohnte Reize auf das vegetative Nervensystem der Anwohner, wie sie sonst nur in der Nähe von Flughäfen und industrienahen Wohnorten anzutreffen sind.</p>
P119		P119.093	SO 09	<p>Anlagen in einer Höhe von mehr als 100m müssen im Übrigen eine sog. Hindernisbefeuerung aufweisen, die tagsüber ständig weiß und nachts rot blinkt. Das charakteristische Blinkmuster wird bei den vielen Windkraftanlagen, dessen Errichtung am Standort Geversdorf/Oberndorf zu erwarten sind, als intensiv störend wahrgenommen werden (sog. Lichtverschmutzung).</p>

P119		P119.094	SO 09	<p>Zu befürchten sind auch Gesundheitsgefährdungen durch den sog. Infra-Schall. Der Planungsträger hätte die aktuellen wissenschaftlichen Gefahreneinschätzungen erwähnen und berücksichtigen müssen. Die Erkenntnisse haben sicherere Datenbasen, da auch mittel- und langfristig auftretende Schäden angesichts der längeren Zeit, in der die Untersuchungen laufen, festgestellt werden konnten. Gerade zahlreiche Windkraftanlagen, die weit über 100 m hoch sind, emittieren in ihrer Gesamtwirkung gesundheitsgefährdende Schallwellen, die noch in Entfernungen von bis zu 3.000 m schädlich sein können. Es ist fahrlässig, wenn der Landkreis Cuxhaven eine Fläche für derartige Anlagen als Vorranggebiet in der Samtgemeinde Am Dobrock, Geversdorf, Oberndorf freigeben will, ohne die medizinischen Risiken sicher auszuschließen, und zwar auf der Basis der heute dazu in der Fachwelt gewonnenen Erkenntnisse.</p>
P119		P119.095	SO 09	<p><u>6.3. Eigentumsverletzung</u></p> <p>Durch die Ausweisung des Gebietes Geversdorf/Oberndorf als Vorranggebiet für Windenergie werden die benachbarten Grundstückseigentümer in ihrem Eigentum verletzt. Denn es ist bekannt, dass Wohnhäuser in der Nähe von Windparks drastische Wertverluste erleiden und praktisch nicht mehr verkäuflich sind.</p> <p>Die Dimension der Wertreduzierung übersteigt bei weitem die ggf. zu tolerierenden Veränderungen des Umfeldes einer Immobilie, die durch allgemeine Einflüsse der Demografie und wirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst werden. Denn der Bau eines Windparks in dem geplanten geringen Abstand ist eine wertmindernde Industrieanlage mit schädlichen Veränderungen für die Lebensqualität in dem gesamten Umfeld.</p>
P119		P119.096	SO 09	<p>Eine solche Entwicklung müssen wir nicht akzeptieren. Jede Maßnahme mit vergleichbar enteignender Wirkung muss eine Entschädigung enthalten (Art. 14 Abs. 3 S. 1 GG). Denn durch den geplanten äußerst geringen Abstand wird die Schwelle zum Entschädigungsgleichen Eingriff überschritten. Das dürfte in andern Bundesländern mit erheblich weiterem Abstand der Windenergieanlagen anders zu beurteilen sein. Der Landkreis Cuxhaven will sich dagegen sehenden Auges den Entschädigungsforderungen der enteigneten Wohnbevölkerung aussetzen, nur damit einige wenige „Investoren“ sich zu Lasten Dritter bereichern können.</p>

P119		P119.097	SO 09	<p><u>6.4. Giftiger Ölnebel</u></p> <p>Der BUND weist in seinem Grundsatzpapier RROP 2014 zutreffend darauf hin, dass der Betrieb der Windenergieanlagen zur Immission von giftigem Ölnebel in großen Mengen führt, der sich im Umfeld niederschlägt und den Boden sowie das Oberflächen- und Grundwasser belastet. Ein "mittlerer Windpark" soll so "einige Tonnen Giftnebel p. a." in die Umwelt versprühen. Über die Abzugsgräben gelangt dieses Gift u.a. in die Oste, in der gerade die großen Anstrengungen zur Wiederansiedlung des Stör und anderer empfindlicher Wanderfische laufen. Darüber hinaus wird der Boden kontaminiert mit der nachteiliger Wirkung auf Flora und Fauna aber auch Menschen, die den Giftnebel einatmen.</p> <p>Angesicht der extremen Größe des hier insgesamt geplanten Windparks und der langjährigen Dauer des Betriebes ist es fehlerhaft, dass der Landkreis diese zu erwartende zusätzliche Umweltbelastung nicht ermittelt hat und in die planerische Abwägung eingestellt hat.</p>
P119		P119.098	SO 09	<p><u>6.5. Hohe Schutzwerte der Oste-Niederung</u></p> <p>Es fällt auf, dass der Änderungsentwurf des RROP 2014 sich nicht mit den hohen Schutzwerten der Oste-Niederung auseinandersetzt. Die Gebiete Natura 2000, FFH, das Naturschutzgebiet Schnook mit den Außendeichflächen der Oste und die Brutvogelgebiete von landesweiter Bedeutung Moorstrichweg, Moorstricher Fleth und Wetterdeich, die allesamt unmittelbar an das geplante Vorranggebiet angrenzen, werden in den ausgelegten Unterlagen nur beiläufig erwähnt. Es fehlen indes Angaben zu den sachlichen Gründen, weshalb nicht bereits die Nähe zu diesen hochwertigen Schutzgebieten ein deutliches Ausschlusskriterium ist. Nachvollziehbare Aspekte des notwendigen Bewertungs- und Abwägungsprozesses werden nicht erwähnt.</p>

P119		P119.099	SO 09	<p><u>6.6. Rückforderung von EU-Subventionen</u></p> <p>Es ist bekannt, dass die Landkreise Cuxhaven und Stade sowie zahlreiche Gemeinden entlang der Oste gemeinsam seit vielen Jahren erhebliche Anstrengungen unternehmen, um die gesamte Niederung der Oste touristisch zu entwickeln. Viele Projekte sind mit zusätzlicher EU -Hilfe realisiert worden. Diese Förderungen gehen von der Mündung der Oste aus bis zum Ort Gräpel im westlichen Teil des LK Stade (Stichworte u. a.: "Deutsche Fährstraße", "Deutsche Milchstraße", Schiffsanleger, Ansiedlung des Stör usw.). Die Straße „Bentwisch“ ist z.B. Teil der Deutschen Fährstraße.</p> <p>Es ist zu erwarten, dass die EU diese Subventionen zurückfordert, wenn sie Kenntnis erhält, dass mit dem geplanten großen Windpark im Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf ein Industriekoloss entsteht, der kontraproduktiv zu den bislang geförderten Zielen wirkt und die bisherigen Investitionen wieder entwertet oder zumindest stark beeinträchtigt.</p>
P119		P119.100	SO 09	<p><u>6.7. Tourismus an der Oste</u></p> <p>Das RROP 2012 des LK Cuxhaven erwähnt die herausragende Bedeutung der "besonderen Entwicklungsaufgabe Tourismus" für die Samtgemeinde Am Dobrock und die Orte Wingst, Neuhaus, Belum, Geversdorf und Oberndorf als einem einheitlichen Raum mit der besonderen Entwicklungsaufgabe "Erholung". Die raumplanerische Zielsetzung wird auf die "Sicherung und Entwicklung" der diese Orte umgebenden Landschaft für Erholung und Freizeit, die Umweltqualität, die Ausstattung mit Erholungs-Infrastruktur sowie das kulturelle Angebot ausgerichtet.</p> <p>Diese planungsrechtliche Verankerung und dynamische Fortentwicklung der Einrichtungen für Erholung und Freizeit in dem gesamten Oste-Tal lassen sich mit der parallelen Planung des Großwindparks in demselben Gebiet nicht vereinbaren.</p>

P119		P119.101	SO 09	<p><u>6.8. Naturschutz an der Oste</u></p> <p>Das EU-gestützte Artenschutzprojekt der Wiederansiedlung des Störs in der Oste läuft seit 2009 und hat bereits messbare Erfolge. Das Medieninteresse ist groß. Diese Aktion wird auch von allen Gemeinden entlang der Oste unterstützt. Sie ist ein Musterbeispiel für den aktiven Naturschutz und die entsprechende Kommunikation, wie sie in dem IBP (Integrierter Bewirtschaftungsplan Elbeästuar) von Februar 2012 gefordert werden. Der IBP ist die grundlegende Leitlinie für das staatliche Handeln in den Ländern Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, abrufbar unter „www.natura2000-unterelbe.de/links-Geamtplan.php“. Der Oste-Niederung ist dabei als einem Teil des Elbeästuars eine besondere Untersuchung gewidmet (vgl. Kap. 7 a. a. 0). Ein Rückgang der ökologisch existenziell wichtigen Grünlandflächen, der Gräben in den Marschgebieten, des Bewuchses der Ufer und der Verbindungen zu anderen Schutzgebieten wird festgestellt. Deshalb und zugleich fordern die 3 Länder eine ökologische Aufwertung der angrenzenden Flächen. Speziell für die Oste-Niederung wird die Notwendigkeit zur Erhöhung des Flächenanteils mit ästuartypischen Biotopen betont, d. h. die Rückführung von Acker- in Grünland, mehr extensive Grünlandnutzung, die Auwaldentwicklung, Schutzzonen für die Brutplätze des Seeadlers und vermehrt naturnahe Ufer mit Tideröhrichten und feuchten Uferstaudenfluren.</p>
P119		P119.102	SO 09	<p>Es ist so offenkundig, dass das horribale Industrieprojekt inmitten der Oste-Marsch die IBP-Ziele irreparabel beschädigen würde. Die Planung ist rechtswidrig, weil das IBP u. a. die Umsetzung der europäischen Richtlinien FFH, Natura 2000 und des Vogelschutzes bewirkt. Es gelten danach ein absolutes Verschlechterungsverbot und die Pflicht zu Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen.</p>
P119		P119.103	SO 09	<p>Der Integrierte Bewirtschaftungsplan Elbeästuar (IBP) ist nicht etwa ein Projekt von reinen Naturschützern. Der Plan berücksichtigt vielmehr bereits die Belange der Landwirtschaft, der Wirtschaft und von Energieerzeugern. Der IBP bündelt sämtliche Interessen der drei Bundesländer, die an das Elbeästuar angrenzen. Er ist somit das offizielle Planungsprogramm der drei Landesregierungen auch für die Flächen, in denen der Entwurf nun das WKA-Vorranggebiet vorsieht, danach also in einer - harten - Tabuzone für diesen Zweck.</p>

P119		P119.104	SO 09	Auch die bekannten Anstrengungen des Konzepts Maritime Landschaft Unterelbe, das auf die Förderung des Tourismus und der Naherholung ausgerichtet ist, findet in dem Entwurf keine Erwähnung, geschweige denn eine sachgerechte Abwägung.
P119		P119.105	SO 09	<p><u>6.9. Planungsgeschichte</u></p> <p>Die erhobenen Einwendungen haben auch deshalb Gewicht, weil der LK Stade schon 1997 aus Gründen des Landschaftsschutzes den auf dem Gebiet des LK Cuxhaven geplanten Vorrangstandort Bentwisch/Portshemm abgelehnt hat. Ferner hat die Bezirksregierung Lüneburg als Aufsichtsbehörde damals angeordnet:</p> <p>"Der Vorrangstandort Oberndorf/Portshemm ist aufzugeben. Vor diesem Standort wird ein Vorranggebiet für Natur und Landschaft gemäß LROP tangiert. Außerdem befindet sich der Standort in einem zusammenhängenden Vogellebensraum der Niederungen, der aufgrund des noch lückenhaften Datenmaterials nicht abschließend bewertet werden konnte. Ferner liegt in unmittelbarer Nachbarschaft das geplante Naturschutzgebiet "Schnook, Außendeichsflächen bei Geversdorf".</p> <p>„• Darüber hinaus werden gegen diesen Standort auch aus kultur- und denkmalpflegerischer Sicht Bedenken erhoben.“</p>
P119		P119.106	SO 09	<p>Es wird ferner übersehen, dass das RROP Stade 2004 die Überschreitung der Höhe von 100 m für die schon damals umstrittenen Windkraftanlagen in Wetterdeich definitiv ausgeschlossen hat. In Kap. 3.5 Energie (S. 36) heißt es hierzu wörtlich:</p> <p><i>"In den Vorrangstandorten für Windenergie Oederquart/Balje-Wetterdeich.... dürfen die Gesamthöhen der Windenergieanlagen 100m nicht überschreiten".</i></p> <p>Jedes Repowering dieser 6 Anlagen, das eine Höhenerweiterung voraussetzt, wurde ausgeschlossen, und zwar aus zwingenden Gründen des Natur- und Landschaftsschutzes, unmittelbar angrenzend an das jetzt geplante Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf.</p>

P119		P119.107	SO 09	Der Planungsträger sich jedoch nicht mit dieser Planungsgeschichte und den damals wie heute aktuellen Ablehnungsgründen auseinandersetzt und seine Abwägungen hierzu bekannt gegeben. Es haben damals - ebenso wie heute-wissenschaftliche Daten existiert, aus denen sich Erkenntnisse über die Entwicklungen der einzelnen Schutzgüter der Planung ableiten lassen. Wenn der Planungsträger von bisherigen Erkenntnissen abweicht, so bedarf dies einer sorgfältigen und überzeugenden Begründung.
P119		P119.108	SO 09	<u>6.10. Zerstörung des Landschaftsbildes</u> Der Änderungsentwurf enthält keine Abwägung zu dem Gesichtspunkt der Vorbelastung des Gebiets. Es ist nämlich das gesamte Oste-Tal von Hemmoor/Osten bis Neuhaus vollständig frei von großen raumrelevanten Industrieanlagen inklusive Windrädern. Die 6 Altanlagen am Wetterdeich prägen nicht das ansonsten mit ungestörter Weitsicht ausgestattete Gebiet. An ihren Standorten sind Anlagen über 100m Höhe nicht zulässig (s. o.). Es ist eine Verfälschung der Fakten, wenn diese damals ausnahmsweise, zeitlich auf ihre technische Leistungszeit beschränkten und mit strikt begrenzter Höhe genehmigten Anlagen heute als eine industrielle Vorbelastung der Landschaft gewertet werden sollen, um die drastische Intensivierung der Eingriffe in das Landschaftsbild durch 37 doppelt so hohe Anlagen zu relativieren.
P119		P119.109	SO 09	Bereits im Jahre 2004 hat der Landkreis Cuxhaven im Rahmen der Aufstellung des RROP Cuxhaven 2004 das von den betroffenen Eigentümern angestrebte Vorranggebiet für Windenergie in Portshemm/Bentwisch geprüft und als nicht geeignet unberücksichtigt gelassen. Es stellt sich somit die Frage, welche Änderungen in tatsächlicher Hinsicht seit 2004 eingetreten sein sollen, die heute eine andere Bewertung dieser Flächen zulassen.

P119		P119.110	SO 09	<p>Die Nähe zu dem Naturschutzgebiet Schnook, die Vorranggebiete für Natur und Landschaft, Natura 2000, FFH sowie die Funktion dieser Flächen für die Vogelrast- und Vogelbrutgebiete von nationaler und internationaler Bedeutung waren ausschlaggebend, um diesen Flächen die Eignung als Standort eines Windparks abzusprechen. Denn die Höhe der Windräder ist ein entscheidendes Kriterium für die Auswirkungen eines Windparks auf das Landschaftsbild. Hohe Windräder sind weit über die Grenzen einer Gemeinde Tag und Nacht erkennbar. Sie prägen das Landschaftsbild. Der Kölner Dom ist z. B. lediglich 156m hoch. Der Windpark wird also absolut raum- und landschaftsprägende Auswirkungen hervorrufen.</p> <p>Ein besonders hoher Schutzwert des Landschaftsbildes ist deshalb hier in jedem Fall uneingeschränkt gegeben. Er ist Ausnahmen nicht zugänglich.</p>
P119		P119.111	SO 09	<p><u>6.11. Denkmalschutz</u></p> <p>Ein herausragendes Schutzgut sind in diesem Zusammenhang die denkmalgeschützten Bauwerke.</p> <p>Den besonders hohen Maßstab setzt dabei das technische Denkmal Schwebefähre Osten, das weniger als 10 km von dem geplanten Sondergebiet entfernt ist. Es soll demnächst als Weltkulturerbe anerkannt werden. Natürlich ist die verkehrshistorische Bedeutung dieser einzigartigen Ostequerung sinnlich nur vollständig zu erfassen, wenn die Betrachter und weltweit anreisenden Besucher die weite Landschaft der Oste-Niederung auch unbeeinträchtigt von später errichteten Windkraftanlagen wahrnehmen und nacherleben können. Denn nur dann lässt sich erahnen, welchen technischen und zivilisatorischen Fortschritt die Schwebefähre damals für die Bewohner der Ostemarschen bedeutete.</p>
P119		P119.112	SO 09	<p>Gleiches gilt für den Deichbau, der das geplante Windparkgebiet in Form des Ostedeiches und des Wetterdeiches in allernächster Nähe und zu mehr als die Hälfte seiner Randlinien umgrenzt. Die zivilisatorische und kulturhistorische Bedeutung dieser Deiche kann man nur optisch erkennen und würdigen, wenn die Weite und Flachheit der Landschaft auch ungestört erhalten bleibt. Deshalb stehen diese Deiche auch unter Denkmalschutz.</p>

P119		P119.113	SO 09	Zu berücksichtigen sind ferner die besondere Reichweite und der hohe Schutzwert der weiteren in dem Verzeichnis der Denkmale eingetragenen Gebäude und Anlagen (§ 3 NdsDSchG), so u. a.: Ostedeich, links und rechts der Oste auf der gesamten Länge zwischen Elbmündung und Gemeindegrenze Osten, und der gesamte Wetterdeich (vgl. Verzeichnis der Baudenkmale für die Gemeinden Geversdorf, Oberndorf, Balje und Oederquart beim niedersächsischen Landesamt für Denkmalspflege in Hannover, u. a. Nr. 352018.00025 bis .. 28; 352042.00055 usw.). Einzelhäuser Wetterdeich 21, Neuer Seeweg 1, Hohenlucht 17, Portshemm 1, Schnook 2, Bentwisch 7 und 23 und zahlreiche weitere Einzeldenkmale und Bestandteile von Gruppen in Oberndorf-Laak, -Bentwisch und Geversdorf-Marne.
P119		P119.114	SO 09	Auch die Marschen sind heute anerkannte Kulturlandschaft. Der nahegelegene Süderdeich gilt als zentrales Schutzgebiet, dem die Felder und Wiesen des Windparkgebietes in ihrer Beschaffenheit teilweise absolut gleichkommen.
P119		P119.115	SO 09	Die besondere planungsrechtliche Relevanz des Denkmalschutzes für die Windparkplanung hat eindrucksvoll der 32. Deutsche Kunsthistorikertag in Greifswald hervorgehoben und den vielfach publizierten "Greifswalder Appell zur Beachtung der Denkmalwerte in der Landschaft bei der Errichtung neuer Photovoltaik- und Windkraftanlagen" vom 22.03.2013 verabschiedet.
P119		P119.116	SO 09	Nach allgemeiner Meinung beläuft sich der Mindestabstand von Windkraftanlagen zu Denkmälern auf 100m pro 1 m Höhe der Windkraftanlagen, vorliegend also auf ca. 2.000 m. Der Denkmalschutz ist danach ein zwingendes Ausschlusskriterium.

P119		P119.117	SO 09	<p><u>6.12. Wirtschaftliche Auswirkungen</u></p> <p>Auf einen weiteren wirtschaftlichen Gesichtspunkt sei hingewiesen: Der Änderungsentwurf setzt sich in unzulässiger Weise nicht mit den weitreichenden wirtschaftlichen Auswirkungen auseinander, die ein Windpark in der voraussichtlichen Größe von ca. 37 Windkraftanlagen für das nähere Umfeld hervorrufen wird.</p> <p>Es ist amtsbekannt, dass an die betroffenen Landeigentümer Jahrespachten in Höhe von ca. 50.000 € für jede heute übliche Windkraftanlage gezahlt werden. Hinzu kommen Nutzungsentgelte für die Flächen der Zuwegungen und Trassen. Einige Landwirte werden in den Genuss des Vielfachen dieser Jahreszahlungen kommen, da auf ihren Flächen mehrere Windräder aufgestellt werden können. Diese finanziellen Leistungen werden zu einer großen Wettbewerbsverzerrung zwischen den landwirtschaftlichen Betrieben in der Umgebung führen. Es ist absehbar, dass die Landwirte, die nicht mit Flächen in dem Vorranggebiet begünstigt sind, erhebliche Probleme mit ihren Betrieben bekommen. Denn die in großer Dimension gesteigerte Finanzkraft der begünstigten Betriebe wird es diesen erlauben, höhere Pachten für Fremdflächen zu bezahlen, so dass kleinere Höfe oder diejenigen Landwirte, die nur mit zugepachteten Flächen wirtschaften, an den Rand ihrer Existenz gedrängt werden. Es ist angesichts der Höhe der in Rede stehenden jährlichen Pachtzahlungen und der Dauer dieser außerordentlichen Einkünfte zu erwarten, dass eine akute Beschleunigung des Konzentrationsprozesses in der Landwirtschaft ausgelöst wird. Für manchen Landwirt, dessen Hof klein ist und in dessen Familie kein Nachfolger bereit steht, werden die hoffremden Windradeinkünfte ferner ein willkommener Anlass sein, um die Landwirtschaft ganz aufzugeben und die frei werdenden Flächen an die plötzlich reich gewordenen Nachbarn zu verpachten.</p>
------	--	----------	-------	---

P119		P119.118	SO 09	<p>Für manchen Landwirt, dessen Hof klein ist und in dessen Familie kein Nachfolger bereit steht, werden die hoffremden Windradeinkünfte ferner ein willkommener Anlass sein, um die Landwirtschaft ganz aufzugeben und die frei werdenden Flächen an die plötzlich reich gewordenen Nachbarn zu verpachten. Diese vorhersehbare Folge der Windparkerrichtung wird den Konzentrationsprozess unter den landwirtschaftlichen Betrieben rund um das Planungsgebiet noch zusätzlich beschleunigen. Diese drastische und unausgewogene Wirkung widerspricht indes deutlich den Zielvorgaben in § 1 Abs. 5 bis 8 BauGB und in § 2 LROP. Auch unter diesen Aspekten fehlt jegliche Angabe zu der gesetzlich vorgeschriebenen, mit Fakten unterlegten Abwägung zwischen den dort insgesamt aufgeführten Zielen.</p>
P119		P119.119	SO 09	<p>Der zahlenmäßige Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe und damit auch der Bevölkerung in der Fläche ist gesamtwirtschaftlich in jeder Hinsicht unerwünscht. Er wird im Übrigen auch in der landwirtschaftlichen Fachwelt ausdrücklich beklagt. Bei genauer Betrachtung gibt es keinen Fachmann in Entwicklungs- oder Wirtschaftsfragen, der einer solchen Auswirkung auf die ortsansässige Landwirtschaft etwas Gutes abgewinnen kann, ganz abgesehen von den nachteiligen Folgen für die Umwelt und Natur, die eine schnell weiter konzentrierte und industrialisierte Landwirtschaft hervorrufen kann.</p>
P119		P119.120	U, SO 09	<p><u>6.13. Gefährdung der Tierwelt</u></p> <p>Es ist rechtswidrig, ein Vorranggebiet für Windenergieanlagen auszuweisen, ohne zuvor die sich aufdrängenden Beeinträchtigungen der Tierwelt, hier insbesondere der Vogelwelt, in allen Einzelheiten zu überprüfen, zu dokumentieren und die Öffentlichkeit zu beteiligen.</p> <p>Es ist bekannt, dass Windenergieanlagen ausgeprägte Scheuch- und Verletzungsgefahren für viele Vogelarten hervorrufen. Hierzu zählen auch die vom Aussterben bedrohten Tierarten wie der Seeadler, Fledermäuse, die Rohrdommel, Milane, Weihen, Wachteln und der Wachtelkönig. Für Wachteln, Rotschenkel und Kiebitze ist die deutlich negative Wirkung von Windkraftanlagen auf ihre Bestände nachgewiesen (vgl. NABU 2006). Auch die Uferschnepfe, Gänse, Goldregenpfeifer, Pfeifenten und Fledermäuse konnten als eindeutig gefährdet durch Windkraftanlagen ermittelt werden.</p> <p>Sämtliche erwähnten Tiere nutzen auch die großen Flächen des hier betroffenen Vorranggebietes als ihren Lebensraum.</p>

P119		P119.121	U, SO 09	Die besondere Unfallgefahr gilt auch für sämtliche Storcharten, die in dem hier betroffenen Gebiet leben. Auch auf den Grundstücken Wetterdeich 6 und Portshemm 5 leben Störche. Das Habitat des Weißstorchs überdeckt das gesamte geplante Vorranggebiet Wetterdeich 6 (Frühjahr 2013), Portshemm 5 (Juni 2013), Portshemm 5 (April 2014).
P119		P119.122	U, SO 09	Speziell in Zeiten von schlechter Sicht sind deutlich erhöhte Kollisionsraten für Graureiher, Greifvögel, Austernfischer, Möwen, Stare und Krähen festgestellt worden. NABU hat deshalb zu Recht einen Mindestabstand von 400 bis 500 m zwischen einer WKA und den Rastplätzen dieser Vogelarten gefordert. Auch diese Fakten und zwingenden Erfordernisse des Tierschutzes werden in dem Umweltbericht und dem avifaunistischen Gutachten nicht oder nur unzureichend erkannt, berücksichtigt und abgewogen.
P119		P119.123	U, SO 09	Vorliegend sind die Flächen in dem Gebiet des Windparks Portshemm/Bentwisch/Wetterdeich/Oederquart als Rastplätze für Zugvögel ständig genutzt.
P119		P119.124	U, SO 09	Die Oste und die sie umgebende Oste-Niederung sind die Leitlinie für den Vogelzug. Sie bilden den Flugkorridor zu den hochwertigen Vogelschutzgebieten an der Elbmarsch.
P119		P119.125	U, SO 09	Die Fledermäuse sind ständige Bewohner und Besucher des Vorranggebietes und auch unseres Grundstücks. Ihre Aufenthalte werden auch durch die div. Waldgebiete im Umfeld der Häuser und die bereits angelegten und fortgeschritten entwickelten Ausgleichsflächen im Nahbereich des geplanten Gebietes (z. B. Moorstrichweg) begünstigt. Dies gilt sowohl für die dauerhaft heimischen Fledermäuse als auch für die vagabundierenden Arten. Die Fledermäuse haben bekanntlich nächtliche Aktionsradien von vielen Kilometern. Der in Portshemm/Bentwisch/Wetterdeich geplante Windpark wird deshalb eine erhebliche Gefahr für die Population der vielen Fledermäuse in diesem Gebiet bedeuten.

P119		P119.126	U, SO 09	Die Unzulänglichkeiten in umweltschutz- und insbesondere artenschutzrechtlicher Hinsicht in dem Umweltbericht sind auch deshalb überraschend, weil die Autoren des Umweltberichts selbst über bessere Kenntnisse verfügen, die sie in der "Begutachtung der Antragsunterlagen zum Windpark Geversdorf/Oberndorf im Landkreis Cuxhaven" - Stand: März 2014 - im Auftrag des Naturschutzamtes des Landkreises im Detail formuliert haben. In diesem Gutachten haben die Bestände von vielen geschützten Tieren Veranlassung gegeben, die Planung des Windparks an vielen Stellen mit dem Kommentar "erheblicher fachlicher Mangel, möglicherweise verfahrenskritisch, Relevanz hoch/sehr hoch" zu versehen.
P119		P119.127	U, SO 09	Schon die vorhandenen Grundlagendaten hatten den Autoren keinen ausreichenden Informationsstand vermitteln können, um im Rahmen der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) und des landschaftspflegerischen Begleitplans (LBP) fachlich richtige Ergebnisse zu ermitteln. Es überrascht, dass die Autoren des Umweltberichts und auch der Landkreis die eigenen vorhandenen Kenntnisse offensichtlich ausblenden, um so unzutreffend pauschal, wie in Ziff. 1.2.2.9 (Standort Geversdorf/Oberndorf) geschehen, zu urteilen.
P119		P119.128	SO 09	<u>6.14. Keine soziale Akzeptanz, fehlende Transparenz</u> Die soziale Akzeptanz von weiteren Windparks in Norddeutschland ist heute angesichts der großen Anzahl von bereits installierten Anlagen allgemein als eine entscheidende Voraussetzung anerkannt. So hat es auch die niedersächsische Landesregierung in dem Energiekonzept 2012, das unverändert bis heute gilt, wie folgt festgelegt: "Der Erhalt der hohen Akzeptanz der Windenergie in der Bevölkerung war und ist für die Landesregierung von besonderer Bedeutung. Nur unter Berücksichtigung der Interessen der betroffenen Anwohner wird es gelingen, die energiepolitischen Ziele zu erreichen."

P119		P119.129	SO 09	Vorliegend haben sich nahezu alle Anwohner rund um den geplanten Standort Bentwisch/Portshemm/Wetterdeich/Oederquart, mit Ausnahme der begünstigten Landbesitzer, gegen diese Planung ausgesprochen. Viele von ihnen engagieren sich überdies in der Bürgerinitiative gegen Windindustrie an der Oste. 19 Nachbarn haben bekanntlich Anträge auf Normenkontrolle im Hinblick auf das RROP 2012 (Abschnitt Windenergie) beim OVG Niedersachsen erhoben (12 KN 140/13). In diesem Verfahren liegt eine endgültige Entscheidung noch nicht vor. Unabhängig hiervon hat das OVG Niedersachsen bekanntlich in zwei Parallelprozessen das RROP 2012 (Abschnitt Windenergie) für unwirksam erklärt.
P119		P119.130	SO 09	Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Landkreis Cuxhaven nun so schnell ein neues Verfahren zur Fortschreibung des RROP (Abschnitt Windenergie) begonnen hat, ohne die gebotenen Schlussfolgerungen aufgrund der verlorenen Prozesse zu ziehen.
P119		P119.131	SO 09	Wir lassen nicht unerwähnt, dass dieses hier kritisierte Verfahren geeignet ist, erhebliche Irritationen bei den Bürgern im Hinblick auf die Neutralität und ausschließlich sachliche Ausrichtung der Verwaltungsarbeit hervorzurufen. Es fehlt an Transparenz in jeglicher Hinsicht. Aus welchen Personen bestand z. B. das "beratende Expertengremium", das bei der Festlegung der - hier kritisierten - Abstände und Puffer Unterstützung gewährt hat? Über welche Expertisen haben sie verfügt? Welche Abhängigkeiten zu den interessierten Betreibern hat es gegeben? Wer hat sie ausgewählt und bezahlt?
P119		P119.132	SO 09	Es bedarf auch der Aufklärung, weshalb die Samtgemeinde Am Dobrock mit den Betreibergesellschaften des geplanten Windparks öffentlich-rechtliche Verträge abgeschlossen hat, nach denen diese Unternehmen die gesamten Kosten des Verfahrens zur Änderung des Flächennutzungsplans inkl. Gutachten, tendenziös parteiliche fachanwaltliche Beratung und Ausfahrten zu Besichtigungszwecken übernommen haben. Die Samtgeiende weigert sich jedoch mit windigen Argumenten, dem Unterzeichner Einsicht in den mit den Betreibergesellschaften geschlossenen „städtebaulichen Vertrag“ sowie in die Stellungnahmen, die deren „Fachanwalt“ Dr. Ohms aus Berlin zur Beeinflussung der Samtgemeinde eingereicht hat, zu gewähren.

P119		P119.133	SO 09	Im Gegensatz zu zahlreichen anderen Gemeinden im Kreisgebiet hat die Samtgemeinde Am Dobrock aufgrund der rechtlichen Instruktionen des Landkreises und des Dr. Ohms dann am 24.02.2014 das Sondergebiet für Windenergie in der 7. Änderung ihres Flächennutzungsplans beschlossen. Diese in fragwürdiger Weise beeinflusste Entscheidung des Samtgemeinderates bildet jetzt - völlig sachwidrig und überraschend - den Anlass, um diesem Sondergebiet nun auch noch einen erweiterten Bestandsschutz als geplantes Vorranggebiet für Windenergie zuerkennen zu wollen.
P119		P119.134	SO 09	<u>7. Bezugnahme</u> Auf die Einwendungen und Bedenken von P052 wird ausdrücklich Bezug genommen. Wir machen sie uns zu Eigen.
P120		P120/A.001	SO 09	<u>I. Vorbemerkung</u> Unsere Mandanten sind von dem Raumordnungsprogramm direkt betroffen. Das Wohnhaus unserer Mandanten befindet sich in einer Entfernung von ca. 650 m zu dem geplanten Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf. Das Grundstück ist 6.613 m ² groß. Unsere Mandanten wohnen dort mit ihrer Familie seit 1979. Auf den offenen Grundstücksflächen befinden sich 2 Hegebüsch à ca. 2.200 m ² mit typisch norddeutschem (Wild-)Bewuchs und eine Streuobstwiese. Diese Hilfen des Naturschutzes dienen speziell dem Schutz und als Nahrungsbeitrag für viele Kleintiere. In den alten Bäumen des Grundstücks sind Fledermäuse heimisch. Unsere Mandanten unterstützen seit vielen Jahren zahlreiche Maßnahmen zur Bewahrung der Marschen und ihrer einzigartigen kulturhistorischen und natürlichen Werte. Erfolgreiche Beispiele des Engagements vieler Bewohner der Oste-Niederung sind u. a. die EU-gestützten Artenschutzprojekte zur Wiederansiedlung des Stör in der Oste und zur Sicherung der Habitate des Seeadlers, vieler geschützter Wiesenvögel und des hochgefährdeten Weißstorches.

P120		P120/A.002	SO 09	Gegen die Rechtmäßigkeit des aktuellen Entwurfs für die Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven, Teilabschnitt Windenergie 2014 - nachfolgend „RROP 2014“ genannt - sprechen nicht nur die Verletzung von Grundsätzen des Verfahrensrechts (II. bis IV.), sondern auch die drohenden Eingriffe in die Grundrechte unserer Mandanten (VI.) sowie die Kollision mit einzelnen Aspekten des höherrangigen Rechts, d.h. auf europäischer, grundrechtlicher und landesrechtlicher Ebene. Ferner rügen wir die fehlerhafte Beschäftigung in der Abwägung innerhalb der zur Ausweisung als Vorranggebiete möglichen Potentialflächen mit diesen Aspekten (VII. bis VIII.).
P120		P120/A.003	A	<u>II. Unzulässigkeit von neuen Vorranggebieten für Windenergie</u> Gem. § 9 II 1 Nr. 1 Nds.LROG ist die Ausweisung von neuen Vorranggebieten für Windenergie unzulässig, weil es den Zielen der Landesraumordnung ebenso wie den übrigen Zielen der bestehenden Regionalplanung (RROP 2012) widerspricht.
P120		P120/A.004	A	In dem Entwurf findet sich auch keine Abwägung der offenkundig jetzt geänderten Gewichtung des Landkreises, geschweige denn eine Begründung.
P120		P120/A.005	A	<u>1. Willkürliche Zielverschiebung</u> Entsprechend den Vorgaben des LROP hat das RROP 2012 die herausgehobenen Ziele, u. a. <ul style="list-style-type: none"> • Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen in den Siedlungsbereichen • Dauerhafter Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und Lebensräume von Pflanzen und Tieren • Sicherung und Weiterentwicklung der naturräumlichen, regionalen, siedlungsstrukturellen und kulturellen Vielfalt in Ziff. 1.1.01 aufgeführt. Angesichts des Bevölkerungsrückgangs im Landkreis von ca. 1 % p. a. (> 1.800 Personen) soll auch dieser ungünstigen Entwicklung bei allen Planungen entgegengewirkt werden (so Ziff. 1.1.03). Als besondere Standortvorteile des Landkreises werden insbesondere die „hohe Landschafts- und Lebensqualität mit der Lage an der Nordsee“ betont (Ziff. 1.107).

P120		P120/A.006	SO 09	<p>In weiterer Umsetzung dieser Ziele Tourismus u. a. ausdrücklich der Entwicklungsaufgabe Erholung die (Ziff. 2.1.03/4). Wörtlich heißt es dort „In diesen Standorten sind die natürliche Eigenart der umgebenden Landschaft für Erholung und Freizeit, die Umweltqualität, die Ausstattung mit Erholungsinfrastruktur sowie das kulturelle Angebot zu sichern und zu entwickeln. Durch die Realisierung von touristischen Großprojekten dürfen historisch wertvolle Kulturlandschaften sowie gewachsene Siedlungs-, Versorgungs- und Nutzungsstrukturen nicht wesentlich beeinträchtigt und der Erholungswert der Landschaft nicht gefährdet werden.“</p> <p>Wie soll ein Windpark in der Dimension eines Großkraftwerkes mit diesen Nutzungs- und Entwicklungsfestlegungen für Oberndorf und Geversdorf vereinbar sein?</p>
P120		P120/A.007	SO 09	<p>Auch die Ziele und Grundsätze zur Entwicklung der Freiraumstrukturen und Freiraumnutzungen sind im Einzelnen geregelt. Insbesondere ist dort der klare Rechtssatz festgehalten:</p> <p>„Die Inanspruchnahme von Freiräumen für ... Infrastruktureinrichtungen ist zu minimieren. Die Standorte mit besonderer standörtlicher Eignung sollen als Zielraum für naturschutzrechtliche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt werden.“ (so Ziff. 3.1.1.02)</p> <p>Diese planungsrechtlichen Vorgaben des RROP 2012, die explizit für die Standorte Geversdorf und Oberndorf gelten, verbieten dort einen Windpark, da ein solches Industrieprojekt mit den besonderen Entwicklungszielen des Tourismus und der Erholung nicht vereinbar wäre, sie vielmehr zunichte machen würde.</p>
P120		P120/A.008	SO 09	<p>Auch die in diesem Vorranggebiet gelegenen marschtypischen Beete und Beetstrukturen sind „wegen ihrer kulturhistorischen Bedeutung soweit wie möglich zu erhalten.“ (Ziff. 3.1.1.04). Der Windpark würde sie vernichten.</p>

P120		P120/A.009	SO 09	<p>Von besonders wichtiger und praktischer Bedeutung ist die Bestimmung als Zielraum für naturschutzrechtliche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Tatsächlich ist die Ostemarsch in dem Dreieck zwischen Osten/Ostemündung und Balje aufgrund ihrer natürlichen Beschaffenheit und Nähe zu den Vogel- und Naturschutzgebieten an der Elbe und Oste in hohem Maße für diese Zwecke geeignet, und es gibt aufgrund der Großprojekte im Land (z. B. Hafenerweiterungen in Cux- und Wilhelmshaven) einen akuten und großen Bedarf nach solchen passenden Flächen.</p> <p>Die als Anlagen 2 und 3 beigefügten Karten zeigen groß- und kleinformig die vorhandenen, auf Naturschutz ausgerichteten Nutzungen in der Umgebung des geplanten Vorranggebietes und beweisen damit dessen hohe Eignung für diesen speziellen Zweck.</p> <p>Der Entwurf äußert sich zu den Widersprüchen zu diesen bestehenden - und rechtlich gültigen - Festsetzungen des RROP 2012 nicht. Er verstößt deshalb gegen das Raumordnungsrecht.</p>
P120		P120/A.010	A	<p><u>2. Verstoß gegen Soll-Vorgaben des LROP</u></p> <p>Der Landkreis beruft sich auf das Niedersächsische Landes-Raumordnungsprogramm (LROP), das die Ziele des § 3 Abs. 1 Nr. 2 und 5 des Raumordnungsgesetzes (ROG) konkretisiert. Speziell beruft sich der Landkreis auf die Ziff. 04 im Abschnitt 4.2 (Energie). Dieser sieht im Absatz 1 vor, dass im Landkreis Cuxhaven Vorranggebiete geschaffen werden sollen, welche eine Windenergiemenge von mind. 300 MW ermöglichen.</p> <p>Gegenwärtig sind im Landkreis schon Windparks mit einer Gesamtleistung von über 540 MW installiert. Zwar nennt das LROP Mindestmengen, so dass man grundsätzlich von einer weiteren Kompetenz des Landkreises ausgehen kann, diese Menge zu überschreiten. Jedoch wurde anscheinend übersehen, dass Absatz 2 des 4.2.04 LROP ausdrücklich einen Ausgleich mit anderen erneuerbaren Energiequellen vorsieht.</p>
P120		P120/A.011	A	<p>Im Landkreis sind per 21.02.2014 3.745 Photovoltaik-Anlagen mit 78 MW und 72 Biogas-Anlagen mit 30 MW installiert. Danach ist schon jetzt allein im Landkreis Cuxhaven eine Gesamtleistung erneuerbarer Energien von 650 MW installiert. Die Mindestmenge gemäß LROP ist somit schon um den Faktor 2,17, d. h. um deutlich mehr als das Doppelte, überschritten. Die großen Flächen der geplanten neuen Vorranggebiete lassen eine Verletzung des verwaltungsrechtlichen Übermaßverbotes erkennen.</p>

P120		P120/A.012	A	Hinzu kommt, dass die sehr hohe Überschreitung der Soll-Vorgabe des LROP es im Rahmen der Abwägung gebietet, deutlich mehr Rücksicht und Planungsraum für die anderen Planungsziele zu gewähren (Erholung, Tourismus, naturschutzrechtliche Ausgleichsflächen usw.). Die kritisierte Planung ist also keinesfalls ausgewogen und deshalb auch nicht mehr verhältnismäßig. Sie ist deshalb rechtswidrig.
P120		P120/A.013	E 01	<p><u>III. Keine inhaltliche Abgrenzung zwischen harten und weichen Tabuzonen</u></p> <p>Wie sein Vorgänger RROP 2012 genügt das RROP 2014 nicht den Anforderungen, die an ein schlüssiges gesamträumliches Planungskonzept zu stellen sind. Auch hier erfolgt keine substantielle Differenzierung zwischen harten und weichen Tabuzonen, so dass das ganze Konzept an schwerwiegenden Abwägungsmängeln leidet, welche zur Rechtswidrigkeit der gesamten Planung führen.</p> <p>Ein derartiges Konzept muss ein anhand der Begründung sowie der Aufstellungsunterlagen und Verfahrensakten nachvollziehbares schlüssiges gesamträumliches Planungskonzept zu Grunde liegen, das nicht nur Auskunft darüber gibt, von welchen Erwägungen die positive Standortzuweisung getragen wird, sondern auch die Gründe für die beabsichtigte Freihaltung des übrigen Planungsraums von Windenergieanlagen aufzeigt.</p>

P120		P120/A.014	E 01	<p>Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts wie auch des Obergerverwaltungsgerichts Niedersachsen, muss sich die Ausarbeitung des Planungskonzepts in einem dreischichtigen Prozess vollziehen. Hierzu gehört auch die Einteilung und insbesondere Abgrenzung in harte Tabuzonen - solche Gebiete, welche schlechthin ungeeignet für die Windnutzung sind und sich somit außerhalb des Ermessens des Plangebers stehen - und in weiche Tabuzonen, mithin solche Bereiche, welche nach dem Willen des Plangebers aus unterschiedlichen Gründen für die Errichtung von Windenergieanlagen von Anfang an ausgeschlossen sind.</p> <p>Im Gegensatz zu den harten Tabuzonen sind die weichen Tabuzonen disponibel, sie stehen im Ermessen des Plangebers. Sie basieren auf allgemeinen Kriterien für das gesamte Kreisgebiet, die auf einer Abwägung der Belange für und gegen die Nutzung der Windenergie entwickelt worden sind. Sie müssen begründet und dokumentiert werden.</p> <p>Weder erfolgt in dem RROP 2014 eine substantielle Abgrenzung der beiden Tabuzonen, noch gibt es eine Beschreibung, aus der deutlich wird, dass seitens der Planer Ermessen ausgeübt wurde. Vielmehr hat der Landkreis in seiner Begründung/Erläuterung zum RROP 2014 lediglich eine allgemeine Beschreibung (S. 6 ebenda) gegeben, wie er gedenkt, die Tabuzonen einzuteilen, ohne dieses Konzept freilich ganz oder auch nur ansatzweise anzuwenden.</p>
P120		P120/A.015	E 01	<p>Darüber hinaus wird die falsche Behauptung aufgestellt, dass es über die vom Landkreis zitierte Rechtsprechung hinaus keine Entscheidung über die notwendige Unterscheidung zwischen harten und weichen Tabuzonen gäbe. Dies entspricht nicht der Rechtslage, zu nennen sind die beiden Urteile des Niedersächsischen Obergerverwaltungsgerichts vom 14.05.2014. Diese müssen dem Landkreis bekannt sein, wird doch in beiden Urteilen der Vorgänger des RROP 2014, der RROP 2012, aufgrund der fehlerhaften Differenzierung von harten und weichen Tabuzonen und der daraus resultierenden Abwägungsfehler für rechtswidrig erklärt.</p>

P120		P120/A.016	E 01	Es ist schon erstaunlich, mit welcher Beharrlichkeit der Landkreis sich auch über die Empfehlungen seiner übergeordneten Institutionen (Ministerium, Niedersächsischer Landkreistag) hinwegsetzt. Denn in der Arbeitshilfe „Regionalplanung und Windenergie — Empfehlungen des NLT zu den weichen Tabuzonen“ (Stand: 06.02.2014) finden sich für jedes Ausschlusskriterium genaue Angaben von Mindestabständen, aufgeteilt in harte und weiche Tabuzonen, die landesweit gelten sollen und die auf höheren Erfahrungs- und Erkenntniswerten beruhen, als der Landkreis sie selbst zu erreichen vermag.
P120		P120/A.017	E 01	Dabei geht diese Arbeitshilfe von WKA's in einer aktuellen Konfiguration von 2,5 bis 3 MW, einer Nabenhöhe von 150 m und einem Rotordurchmesser von 100 bis 120 m aus. Es ist ein schwerwiegendes Defizit, dass der Landkreis von diesen landesweit anzuwendenden Kriterien, die ja auch für Gerechtigkeit, Transparenz und Gleichbehandlung sorgen sollen, abweicht. All dies geschieht auch noch ohne Begründung!
P120		P120/A.018	E 01	Die fehlende Abwägung zwischen den genannten Kriterien wird vom Landkreis selbst zugegeben. Auf Seite 6 der Erläuterung/Begründung des RROP 2014 wird unumwunden eingestanden, dass man „Ausschlusskriterien, die nicht eindeutig als harte oder weiche Tabuzonen eingeschätzt werden können [...], wie weiche Tabuzonen“ behandelt hat. Eine Abwägung hat somit nicht stattgefunden.
P120		P120/A.019	E 01	Weiter heißt es, dass eine „Einzelfallbetrachtung [von weichen und harten Tabuzonen, d. A.] nicht erfolgt“ sei, da „detaillierte Kenntnisse über die etwaige[n] Windenergieanlagen [...] zum Zeitpunkt der Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms noch nicht vorliegen.“ Hierbei handelt es sich um eine reine Schutzbehauptung, um sich den nötigen Abwägungsprozessen, d. h. plausiblen Begründungen und deren Dokumentation, nicht stellen zu müssen. Diese Motivation ist schon deshalb offensichtlich, da zur Berechnung der Pufferzonen zu Ortslagen an anderer Stelle die doppelte Gesamthöhe der bisher höchsten Windanlage vom Typ Fuhrländer EL 2500 als Berechnungsgrundlage genutzt wurde.

P120		P120/A.020	E 01	In dem Unterpunkt „Arbeitsschritt 2 weiche Tabuzonen: Natur und Landschaft“ wird einfach eine Liste mit Ausschlussgebieten und den einzelnen Pufferzonen abgedruckt, ohne diese zu erklären, geschweige denn die Auswahlkriterien offen darzustellen und zu begründen. Auch steht hier wieder explizit, dass die Ausschlusskriterien nicht danach überprüft worden seien, ob es sich um harte oder weiche Tabuzonen handelt. Auch dies stellt einen Abwägungsausfall dar, welcher schon zur Rechtswidrigkeit des Vorhabens führt.
P120		P120/A.021	E 01	Dieses Vorgehen ist auch deshalb bedenklich, da aufgrund der Ausschlussfunktion der Tabuzonen diese bei der Potentialflächenbetrachtung nicht mehr zur Verfügung stehen. Sinn und Zweck der Differenzierung ist es gerade, dass die weichen Tabuzonen zu begründen sind, sie stehen ja im Ermessen des Plangebers. Dieses Erfordernis der begründeten Trennung von harten und weichen Tabuzonen ist auch deshalb besonders wichtig, weil die weichen Tabuzonen in der nächsten Planungsstufe nicht mehr in den Abwägungsprozess einbezogen werden können. In dem dritten Arbeitsschritt (Bewertung der Potentialflächen Kreisgebiet nach Abzug der harten und weichen Tabuzonen) werden also bei dieser unzulässigen Praxis noch Flächen in der Abwägung berücksichtigt, die in Wahrheit nicht mehr zur Verfügung stehen. Auf diese Tabuzonen darf der Planungsträger allerdings nur dann zurückgreifen, wenn sich in dem 3. Arbeitsschritt ergeben sollte, dass der Windenergie in dem Kreisgebiet insgesamt nicht mehr substantiell Raum geschaffen werden kann.
P120		P120/A.022	E 01	Das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht hat dem Landkreis in dem Urteil vom 14.05.2014 auch für das laufende Neuaufstellungsverfahren ausdrücklich entsprechende Hinweise gegeben. Aus dem Vorgebrachten ergibt sich, dass das RROP 2014 mangels hinreichender Abwägungsprozesse, wie schon das RROP 2012, rechtswidrig erstellt wurde.
P120		P120/A.023	B10	Siehe Stellungnahme P119.38
P120		P120/A.024	B10	Siehe Stellungnahme P119.39
P120		P120/A.025	B10	Siehe Stellungnahme P119.40
P120		P120/A.026	B10	Siehe Stellungnahme P119.41
P120		P120/A.027	B10	Siehe Stellungnahme P119.42
P120		P120/A.028	B10	Siehe Stellungnahme P119.43

P120		P120/A.029	B10	Siehe Stellungnahme P119.44
P120		P120/A.030	B10	Siehe Stellungnahme P119.45
P120		P120/A.031	B10	Siehe Stellungnahme P119.46
P120		P120/A.032	B10	Siehe Stellungnahme P119.47
P120		P120/A.033	E 10	<p><u>3. Unzulässige verdeckte Entschädigung</u></p> <p>Es ist ferner völlig sachfremd, in diesem Zusammenhang als Grund für die pauschale Ausnahmeregelung anzugeben, dass „die bereits in größerem Umfang getätigten Investitionen zu würdigen seien. Derartige Ausgleichsleistungen kennt das Raumordnungsrecht nicht, ganz abgesehen davon, dass hier keine Vertrauenstatbestände zugunsten von Investoren oder den Eigentümern der betroffenen Sondergebiete entstanden sind. Denn die Rechtshängigkeit von Normenkontrollklagen gegen das RROP 2012 (Abschnitt Windenergie) war allen Beteiligten bekannt und der immissionsschutzrechtliche Bauantrag für die Windräder befand sich noch im Stadium der Prüfung.</p>
P120		P120/A.034	SO 09	<p><u>4. Zwischenfazit</u></p> <p>Es liegt auf der Hand, dass diese rechtswidrigen Ausnahmeregelungen den Abwägungsprozess in dem gesamten Kreisgebiet in eine ungerechte Schieflage gebracht haben. Wie kann der Landkreis noch beanspruchen, objektiv und neutral und ausschließlich nach sachlichen Gesichtspunkten die Vorranggebiete in 3 Planungsschritten ermittelt zu haben, wenn er das Vorranggebiet Oberndorf/Geversdorf von vornherein aus sachwidrigen Erwägungen berücksichtigt hat?</p>
P120		P120/A.035	B10	Und wie gedenkt der Landkreis mit den Gemeinden umzugehen, die bislang vernünftiger Weise mit der Anpassung ihrer gemeindlichen Bauleitplanung an die regionale Windparkplanung des Landkreises gewartet haben, bis diese Rechtskraft erlangt hat, d. h. ordnungsgemäß abgeschlossen und genehmigt ist und auch gerichtlich nicht mehr aufgehoben werden kann? Solche Gemeinden hätten vielleicht auch „bauleitplanerisch gesicherte“ Flächen für Windparks erlangt, wenn sie auch auf das ungültige RROP 2012 (Windenergie) vertraut hätten!
P120		P120/A.036	B10	Beide Varianten dieses „erweiterten Bestandsschutzes“ führen zu zufälligen und willkürlichen Ergebnissen. Sie basieren nicht auf sachlichen planungsrechtlich und damit zulässigen Erwägungen und entwerten so die gesamte Planung.
P120		P120/A.037	U, SO 09	Siehe Stellungnahme P119.79

P120		P120/A.038	U, SO 09	Siehe Stellungnahme P119.80
P120		P120/A.039	U, SO 09	Siehe Stellungnahme P119.81
P120		P120/A.040	U, SO 09	Siehe Stellungnahme P119.82
P120		P120/A.041	U, SO 09	Siehe Stellungnahme P119.83
P120		P120/A.042	U, SO 09	Siehe Stellungnahme P119.84
P120		P120/A.043	A	Siehe Stellungnahme P119.85
P120		P120/A.044	A	Siehe Stellungnahme P119.86
P120		P120/A.045	E 01	Siehe Stellungnahme P119.87
P120		P120/A.046	E 01	Siehe Stellungnahme P119.88
P120		P120/A.047	SO 09	<p>Zur Kennzeichnung der Problematik verweisen wir auf die fachärztliche Stellungnahme des Hals-, Nasen- und Ohrenarztes Dr. med. Helmut Großgerge, Eppendorfer Baum 3, 20249 Hamburg-Eppendorf (Anlage 6). Herr Dr. Großgerge ist selbst mit den Verhältnissen in dem hier betroffenen Planungsgebiet bestens vertraut. Gleichzeitig kennt er die negativen Einflüsse der Immissionen von Industriebetrieben auf die menschliche Gesundheit. Er hat seine Stellungnahme auf einer öffentlichen Informationsveranstaltung der Bürgerinitiative gegen Windindustrie an der Oste abgegeben. Danach besteht die fachärztlich begründete Gefahr, dass ein Windpark im Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf in der zu erwartenden Wucht und Größe</p> <ul style="list-style-type: none"> • eine um 15 Jahre reduzierte Lebenserwartung der in der Nähe wohnenden Bevölkerung hervorruft, • insbesondere Kinder in ihrer Entwicklung schädigt, sie z. B. dramatisch vermehrt den Leiden des sog. Aufmerksamkeitsdefizitsyndroms ADS/ADHS aussetzt, • und besonders für ältere Menschen die Gefahren durch Bluthochdruck, von Schlaganfällen und von Herzinfarkten akut erhöht. <p>Die Gesamtwirkung der wahrnehmbaren und unbewusst aufzunehmenden Schall Immissionen beeinflusst das Herz-Kreislauf-System von Menschen in einem inakzeptablen Ausmaß.</p>
P120		P120/A.048	A	Siehe Stellungnahme P119.90
P120		P120/A.049	A	Siehe Stellungnahme P119.91

P120		P120/A.050	SO 09	<p>Wenn die bislang ruhig und natürlich wirkende Landschaft nun von heute auf morgen in eine Industrielandschaft verwandelt wird - um eine solche handelt es sich bei einem Windpark mit mehr als 37 180 bis 220 m hohen Anlagen -, dann wirken derartig intensive und fremdartige Reize auf das vegetative Nervensystem der Anwohner ein, wie sie sonst nur in der Nähe von Flughäfen und industrienahen Wohnorten anzutreffen sind.</p> <p>Diese dramatische Gesundheitsgefährdung der ländlichen Bevölkerung rund um das die Kreisgrenze überschreitende Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf (LK Cuxhaven), Wetterndeich/Oederquart (LK Stade), zu der sich unsere Mandanten zählen und zugehörig fühlen, setzen wir dem dortigen Änderungsentwurf ausdrücklich entgegen. Mit der Aufnahme des Betriebes dieses Windparks wird nach heutigen Erkenntnissen eine Gesundheitsverletzung gegenüber den Anrainern beginnen.</p>
P120		P120/A.051	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.93
P120		P120/A.052	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.94
P120		P120/A.053	E 01	<p><u>b. Mindestabstände zu Wohnhäusern</u></p> <p>Ferner begegnen die in dem Entwurf als tolerabel vorausgesetzten Mindestabstände zu Ortslagen von 1.000 m und zu Einzelhäusern von 500 m grundsätzlichen Einwendungen. Denn das menschliche Leben und die Gesundheit der Menschen, die in Einzelhäusern auf dem Land wohnen, verdienen denselben Schutz vor gesundheitlichen Gefährdungen wie die entsprechenden Schutzgüter der Menschen, die in Ortslagen wohnen. Diese von dem Planungsträger gewählte Differenzierung ist grundrechtswidrig. Es ist absehbar, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte diese willkürliche und ungerechte Differenzierung nicht gelten lassen wird.</p>
P120		P120/A.054	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.63
P120		P120/A.055	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.64
P120		P120/A.056	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.65
P120		P120/A.057	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.66
P120		P120/A.058	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.67
P120		P120/A.059	E 01	Siehe Stellungnahme P119.68
P120		P120/A.060	E 01	Siehe Stellungnahme P119.69
P120		P120/A.061	E 01	Siehe Stellungnahme P119.70
P120		P120/A.062	E 01	Siehe Stellungnahme P119.71
P120		P120/A.063	E 01	Siehe Stellungnahme P119.74

P120		P120/A.064	E 01	Siehe Stellungnahme P119.75
P120		P120/A.065	E 01	Siehe Stellungnahme P119.76
P120		P120/A.066	E 01	Siehe Stellungnahme P119.77
P120		P120/A.067	E 01	<p>Der Landkreis weicht ferner in entscheidenden Punkten von weiteren Vorgaben des niedersächsischen Landkreistages und der Landesregierung (Stand: 06.02.2014) ab: Die Mindestabstände (weiche Tabuzonen) sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> • zu Brutvogelräume nationaler, landesweiter und regionaler Bedeutung > 1.200 m und • zu Gewässern, die größer als 10 ha sind wie z. B. die Oste, > 1.200 m ausmachen. <p>Aus den Karten (Anlagen 2 u. 3) ist ersichtlich, dass diese Tabuzonen dem grenzüberschreitenden Großwind park Oberndorf/Geversdorf/Oederquart insgesamt entgegenstehen würden.</p>
P120		P120/A.068	SO 09	<p><u>d. Zwischenfazit</u></p> <p>Es überrascht, dass der Landkreis die Bewohner rund um das geplante Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf einem deutlich höheren Gesundheitsrisiko auszusetzen bereit ist, als es heute dem weltweit allgemeinen Standard entspricht, ohne hierüber aufzuklären oder auch nur den Versuch von einer Begründung zu unternehmen.</p>
P120		P120/A.069	E 01	Die Abweichungen von den empfohlenen Mindestabständen sind nicht gerechtfertigt. Soweit der Landkreis für seine Planung und die Abweichungen von den Vorgaben der Landesregierung und des niedersächsischen Landkreistages überhaupt Gründe angegeben hat, sind sie bemerkenswert sachwidrig und verantwortungslos.
P120		P120/A.070	E 01	Der Planungsprozess zu den wichtigen Fragen der Mindestabstände zu den div. Schutzobjekten ist nicht dokumentiert, mithin auch nicht transparent, und somit einer wirksamen Beteiligung der Öffentlichkeit nicht zugänglich.

P120		P120/A.071	SO 09	<u>2. Eigentumsverletzung</u> Unsere Mandanten wenden ein, dass bereits die Ausweisung des Gebietes Geversdorf/Oberndorf als Vorranggebiet für Windenergie ihr Eigentum rechtswidrig verletzt. Denn es ist bekannt, dass Wohnhäuser in der Nähe von Windparks drastische Wertverluste erleiden und praktisch nicht mehr verkäuflich sind. Die Dimension der Wertreduzierung übersteigt bei weitem die ggf. zu tolerierenden Veränderungen des Umfeldes einer Immobilie, die durch allgemeine Einflüsse der Demografie und wirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst werden. Denn der Bau eines Windparks bedeutet die Errichtung einer Industrieanlage mit schädlichen Veränderungen für die Lebensqualität in dem gesamten Umfeld. Eine solche Entwicklung müssen unsere Mandanten nicht akzeptieren. Jede Maßnahme mit vergleichbar enteignender Wirkung würde eine Entschädigung enthalten müssen (Art. 14 Abs. 3 5. 1 GG).
P120		P120/A.072	SO 09	Selbst wenn man die Errichtung des Windparks in der Nähe des Wohnhauses unserer Mandanten einmal hypothetisch als Ausdruck der Sozialpflichtigkeit des Eigentums und damit als hinnehmbar für unsere Mandanten einstufen wollte, würde eine solche Wertung zumindest eine rechtsstaatlich geregelte und praktizierte Entstehung der kritisierten Beeinträchtigung voraussetzen. Da hier bereits der Planentwurf und das hierzu praktizierte Verfahren rechtlich fehlerhaft und damit rechtswidrig sind, müssen unsere Mandanten die sie enteignende Wirkung des Vorranggebiets für Windenergie auch keinesfalls hinnehmen.

P120		P120/A.073	SO 09	<p><u>3. Überschwemmungsgefahr</u></p> <p>Das Wohnhaus unserer Mandanten steht unmittelbar am Oste-Deich. Das Grundstück muss aufgrund von einer in das Grundbuch eingetragenen Dienstbarkeit für die Entnahme von Erde für die Erhaltung der Sicherheit des Oste-Deiches zur Verfügung stehen. Die Deichsicherheit ist bekanntlich entscheidend von dem Ausmaß der beidseitig auf den Deich einwirkenden Umwelteinflüsse, insbesondere das aufdrängende Wasser und die Feuchtigkeit, abhängig.</p> <p>Vorliegend ist die Versickerungsfähigkeit der dem Deich nachgelagerten Flächen, zu dem dieses Vorranggebiet für Windenergie gehört, eine wichtige Voraussetzung des insgesamt funktionierenden Hochwasserschutzes. Deswegen sind in diesen Gebieten, die von Hochwasser und Überschwemmungen betroffen sein können, auch keine Bodenversiegelungen zulässig.</p>
P120		P120/A.074	SO 09	<p>Auf diesem Vorranggebiet und den angrenzenden Flächen des LK Stade sollen mind. 37 neue Windkraftanlagen von jeweils ca. 180 bis 220 m Höhe errichtet werden. Für jede Anlage ist eine Bodenfläche von mi. 30x30 m, also 900 m², in mind. 1 m Stärke zu betonieren. Es werden also Flächen in einer Gesamtgröße von 33.300 m² zubetoniert. Hinzu kommen noch die breiten - ebenfalls zu betonierenden — Zuwegungen für die hohen Kräne und Versorgungsfahrzeuge mit entsprechenden Rangierräumen sowie die Flächen der zu verlegenden Kabeltrassen, die ebenfalls den Boden versiegeln und die Sickerfähigkeit des Grund und Bodens zerstören werden.</p> <p>Wenn man diese Zusatzflächen mit ca. 50 % der Fundamentgrundflächen veranschlagt, so errechnet sich hier für das gesamte Planungsgebiet eine insgesamt zu versiegelnde Bodentfläche von 50.000 m².</p> <p>Wir rügen ausdrücklich, dass die für den Windpark benötigten großflächigen Bodenversiegelungen die Deichsicherheit gravierend beeinträchtigen, und damit nicht nur die unbebauten Teile des Grundstücks unserer Mandanten substanziell beschädigen können, sondern auch das Wohnhaus selbst und die Nebengebäude einer unzulässig gesteigerten Überschwemmungsgefahr aussetzen.</p> <p>Es überrascht, dass der Landkreis zu diesem wichtigen Gesichtspunkt keine Untersuchungen angestellt und Erläuterungen gegeben hat.</p>

P120		P120/A.075	A	<u>VII. Einzelaspekte</u> Die genauen Abwägungskriterien nennt der Planungsträger in der Begründung zum RROP 2014 nicht, so dass eine Auseinandersetzung mit den Details der gebotenen Abwägung nicht möglich ist. Bereits unter diesem Gesichtspunkt ist, wie gesagt, der Vorgang unzureichend und rechtswidrig.
P120		P120/A.076	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.97
P120		P120/A.077	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.98
P120		P120/A.078	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.99
P120		P120/A.079	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.100
P120		P120/A.080	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.101
P120		P120/A.081	SO 09	Die beigegefügte Karte (Anlage 8) zeigt den Geltungsbereich des IBP. Der geplante Windpark Wetterdeich/Qederquart/Portshemm/Bentwisch ist mit einem roten Kreuz eingezeichnet. Es ist so offenkundig, dass dieses große Industrieprojekt inmitten der Oste Marsch eine Lebensgrundlage der IBP—Ziele irreparabel beschädigen würde. Die Planung ist rechtswidrig, weil das IBP u. a. die Umsetzung der europäischen Richtlinien FFH, Natura 2000 und des Vogelschutzes bewirkt. Es gelten danach ein absolutes Verschlechterungsverbot und die Pflicht zu Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen.
P120		P120/A.082	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.103
P120		P120/A.083	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.104
P120		P120/A.084	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.105
P120		P120/A.085	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.106
P120		P120/A.086	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.107
P120		P120/A.087	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.108
P120		P120/A.088	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.109
P120		P120/A.089	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.110
P120		P120/A.090	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.111
P120		P120/A.091	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.112
P120		P120/A.092	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.113
P120		P120/A.093	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.114
P120		P120/A.094	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.115
P120		P120/A.095	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.116
P120		P120/A.096	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.117
P120		P120/A.097	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.118

P120		P120/A.098	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.119
P120		P120/A.099	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.120
P120		P120/A.100	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.121
P120		P120/A.101	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.122
P120		P120/A.102	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.123
P120		P120/A.103	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.124
P120		P120/A.104	SO 09	Die Fledermäuse sind ständige Bewohner und Besucher des Aufenthalte werden auch durch die div. Waldgebiete im Umfeld der angelegten und fortgeschritten entwickelten Ausgleichsflächen geplanten Gebietes (z. B. Moorstrichweg) begünstigt.
P120		P120/A.105	SO 09	Unsere Mandanten haben auf ihrem Grundstück 2 Hegebüsche von jeweils ca. 2.200 m ² gepflanzt, die neben dem ebenfalls vorhandenen alten und hohen Baumbestand ständig von Fledermäusen genutzt werden. Dies gilt sowohl für die dauerhaft heimischen Fledermäuse als auch für die vagabundierenden Arten. Die Fledermäuse haben bekanntlich nächtliche Aktionsradien von vielen Kilometern. Der in Portshemm/Bentwisch/Wetterdeich geplante Windpark wird deshalb eine — rechtswidrige — Gefahr für die Population der vielen Fledermäuse in diesem Gebiet bedeuten.
P120		P120/A.106	U, SO 09	Siehe Stellungnahme P119.126
P120		P120/A.107	U, SO 09	Siehe Stellungnahme P119.127
P120		P120/A.108	A	Siehe Stellungnahme P119.128
P120		P120/A.109	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.129
P120		P120/A.110	A	Siehe Stellungnahme P119.130
P120		P120/A.111	A	Siehe Stellungnahme P119.131
P120		P120/A.112	A	Siehe Stellungnahme P119.132
P120		P120/A.113	A	Siehe Stellungnahme P119.133

P120		P120/A.114	A	<p>Ausdrücklich mache ich mir für meine Mandanten ergänzend sämtliche Inhalte und Beweisangebote in den folgenden Eingaben, die Ihnen vorliegen, mitsamt ihren Anlagen zu eigen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • unseren Schriftsatz vom 20.01.2014 mit den Befangenheitsanträgen gegen die Gutachtern der Betreibergesellschaften, • Begutachtung des Büros Bosch & Partner im Auftrag des Naturschutzamtes des Landkreises (Stand: März 2014), • unseren Normenkontroll-Eilantrag vom 12.03.2014 an das Obergerverwaltungsgericht Niedersachsen (12 MN 52/14), • Grundsatzpapier des BUND zum RROP 2014 (Neuaufstellung Teilbereich Windkraft) von Juli 2014, • Einwendungen von P52 vom 05.08.2014.
------	--	------------	---	--

P120	B	P120/B.01	A	<p>Hörstörungen und Hörverarbeitungsstörungen seit 20 Jahren mit Kindern mit dem so genannten Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom ADS/ ADHS. Es gab und gibt eine kleine Gruppe von Kindern mit einer Stoffwechselerkrankung, die die Aufmerksamkeit sehr stark herabsetzt und medikamentös behandelt werden muss. Die Anzahl dieser stoffwechselerkrankten Kinder war und ist gleich und ist im Übrigen auch weltweit verbreitet. Es ist eine Tatsache, die ich beobachte, dass Kinder mit diesem Unruhesyndrom und der schwachen Aufmerksamkeit vor 15 Jahren sehr selten waren. Mit zunehmender unnatürlich werdender Umwelt für die Kinder, der Zunahme der virtuellen Medien, aber auch der Verschmutzung der akustischen Atmosphäre der Kinder in industrienahen Wohnbereichen nimmt das nicht stoffwechselstörungbedingte Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom dramatisch zu. Die Kinder können weniger und weniger das abliefern, was sie eigentlich sollten. Sie sind unkonzentriert und können ihre Aufmerksamkeit nicht bündeln. Sie leiden an Geräuschempfindlichkeit und allgemeiner Unruhe, dieses vermischt mit Verhaltensstörungen und sozialer Unangepasstheit. Ich untersuche diese Kinder darauf, ob sie Hörwahrnehmungs- oder Hörverarbeitungsstörungen haben, die diese Aufmerksamkeitsstörung mitbedingen oder verstärken. Es ist sehr auffällig geworden, dass man Kinder mit diesen Störungen nur in industrienahen Wohnbereichen findet. Anders ausgedrückt, in den guten Standorten, wo Ruhe und ein natürlich gemessener Lebensrhythmus herrscht, sind die Kinder intakt. Aus diesem Bereich kommen keine Betroffenen. Aus den reizüberfluteten industrienahen Standorten kommen meine kleinen Klienten mit ihren Eltern. Anders formuliert, während es früher Ausnahmen und Seltenheit war, ist jetzt die Sprechstunde voll von hilfesuchenden Müttern mit ihren Kindern, die in der Schule wegen Unruhe, Hampeligkeit, Störpotenzial, Unangepasstheit und eben auch Unaufmerksamkeit versagen.</p> <p>Jeder kommunalpolitisch Verantwortliche sollte im Auge haben und sich bewusst machen, dass die industriell produzierten Reize das vegetative Nervensystem des heranwachsenden Menschen und eben auch des empfindlichen Kindes überfordert. Zusätzlich zu dem Infraschall ist der unruhig machende diskoartige Schlagschall der Mühlen mit hinzuzuziehen. Das</p>
------	---	-----------	---	--

P120	B	P120/B.02	A	<p>veröffentlicht worden, dass die arbeitenden Menschen, die industrienah wohnen 15 Jahre früher sterben, als die, die das Glück haben, in einer natürlichen Umgebung leben zu können. Hier gibt es Untersuchungen und Statistiken, je näher man an industriegeräuschproduzierenden Anlagen wohnt und lebt, desto mehr werden Herzrhythmusstörungen, frühe Herzinfarkte und Schlaganfälle beobachtet. Auch wenn die einzeln gemessenen Werte für Infraschall und andere Zwischenphänomene im Toleranzbereich liegen, ist die Kumulation dieser vegetativ beunruhigenden und unerwünschten Effekte zu beachten. In der Summe bedeutet es etwas Schädigendes. Über die Beunruhigung des vegetativen Nervensystems kommt es zur Zusammenziehung der Gefäße, also Bluthochdruck, Einlagerung von Gefäßkalk und dann zu frühen Herzinfarkten und auch Schlaganfällen. Man muss sich im Klaren sein, was man einkauft und auf der Gegenseite bekommt. Es muss sich jeder einzelne überlegen, insbesondere die, die keine Vergütung für das Aufstellen dieser Großanlagen bekommt, was ihm hiermit zugemutet wird. Zusammenfassend muss sich jeder kommunalpolitisch Tätige überlegen, ob er es verantworten kann den ihm anvertrauten wählenden Menschen eine solche Industrielärmbelastung zuzumuten, die in der Folge zunehmende Unruhe der Schulkinder sowie eine reduzierte Lebenserwartung der dort in der Nähe wohnenden Menschen bedeuten. Mit meinen Patientenmüttern bin ich mir jedenfalls einig, dass es gilt, für unsere Kinder nur das Beste zu wollen und die bestmögliche Umwelt zu schaffen bzw. zu erhalten. Und jeder erwachsene Mensch sollte daran denken, dass er Gesundheit gestalten kann und dafür sorgen kann mit gesunden Blutgefäßen ein hohes Alter zu erreichen. Dieses kann er mit seiner Wahlstimme mitlenken und beeinflussen. Gesundheit ist das höchste Gut und nicht käuflich zu erwerben. Gesundheit lässt sich aber durch Abwehr unvernünftiger maßloser Umwandlung der Umwelt gestalten. Keiner hat etwas dagegen, wenn Mühlen wie an der Al im Hamburger Hafen aufgestellt werden, in schon bestehende Industriegebiete, in denen kein Mensch beeinträchtigt wird. Solche Gegenden gibt es genug in unserem Lande, da denke ich, muss es nicht die Wellnesslandschaft Ostetal sein, die in ihrer Unberührtheit ihres gleichen sucht.</p>
------	---	-----------	---	---

P121		P121.01	SO 09	<p><u>1. Allgemeines</u></p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass "dem Landkreis (...) bei der Erzeugung von elektrischer Energie durch die Nutzung von Windenergie wegen seiner Lage an der Küste und dem sich daraus ergebenden Windertragspotenzial eine besonders hohe Bedeutung zu (kommt)." So die Begründung/Erläuterung auf S. 5 oben des Entwurfs für eine Fortschreibung des RROP für den Landkreis Cuxhaven 2014.</p> <p>In diesem Zusammenhang wird festgestellt, dass bereits das RROP 2012, das am 28.06.2012 Rechtskraft erlangt hat und nach wie vor rechtsgültig ist, dieser Bedeutung des Landkreises weitgehend und insbesondere in Bezug auf das hier vorrangig im Fokus stehende Vorranggebiet Geversdorf-Oberndorf Rechnung trägt. Soweit der Entwurf einer Fortschreibung hinter den im RROP 2012 ausgewiesenen Vorranggebieten Windenergie zurückbleibt, entbehrt dies einer sachlichen Rechtfertigung.</p>
P121		P121.02	SO 09	<p>Es ist zwar zutreffend, dass es im Hinblick auf die gebotene Verhältnismäßigkeit der von Festlegungen nach § 8 Abs. 7 S. 1 Nr 1 und Nr. 3 i.V.m S. 2 ROG ausgehenden Inhaltsbestimmungen des Grundeigentums und der gemeintlichen Planungshoheit einer bestimmten Kriteriensystematik bedarf, es wäre aber unrichtig, solche Kriterien schematisch anzuwenden und obendrein die Einschätzung eines Instanzgerichts im Einzelfall als maßgeblich für eine metermäßige Bestimmung von "Puffern" zu Ortslagen bzw. Wohnhäusern in einem Raumordnungsplan anzusehen. Ansonsten ist zu berücksichtigen, dass eine meterscharfe Bestimmung durch einen Regionalplan allein schon mit Rücksicht darauf nicht erlaubt ist, dass nach Artikel 28 Abs. 2 GG hinreichende Planungsspielräume für die Gemeinden verbleiben müssen. So muss die Regionalplanung sehr wohl und aus kompetenziellen Gründen darauf achten, der Sache nach nicht Flächennutzungsplanung nach § 5 BauGB zu betreiben und darf weder räumlich noch inhaltlich Festlegungen treffen, für die die Gemeinden zuständig sind.</p>

P121		P121.03	E 01	Wir gehen daher davon aus, dass das unter Ziffer 10 S. 4 formulierte Ziel zu Mindestabständen von 1000 m zu Ortslagen und 500 m zu Einzelhäusern rechtswirksam nicht einem RROP festgelegt werden kann. Abgesehen davon erscheinen bestimmte Kriterien, wie etwa der 750 m Abstand zur Oste als willkürlich und weder planerisch noch naturschutzfachlich zu rechtfertigen. Bitte bedenken Sie, es macht einen Unterschied, ob einer Raumordnungsplanung planerisch bestimmte Abstandskriterien nur zu Grunde gelegt, oder ob solche Abstände als Ziel der Raumordnung festgelegt werden.
P121		P121.04	A	Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass die Träger der Regionalplanung gemäß § 5 Abs. 5 S. 2 NROG abweichend von § 7 Abs. 1 S. 2 ROG Festlegungen nicht in sachlichen und nicht in räumlichen Teilprogrammen treffen können. Die gegenwärtige Fortschreibung läuft der Sache nach auf ein sachliches Teilprogramm hinaus.
P121		P121.05	B 10	<u>2. Kommunale Bauleitplanung</u> Das RROP erkennt in seiner Fortschreibung, dass "gemäß Gegenstromprinzip dem planerischen Willen der Gemeinden, an den jeweiligen Standorten einen Windpark zu entwickeln, Rechnung..." zu tragen ist. Seite 22 der Begründung/Erläuterung der Fortschreibung. Der Träger der Regionalplanung im Landkreis Cuxhaven meint, dem durch ein neues Ziel unter Ziffer 10 der Fortschreibung des RROP Rechnung tragen zu können. Insofern ist zwar erfreulich, dass die Errichtung von Windenergieanlagen in bauleitplanerisch bereits rechtsgültig gewordenen Sonderbauflächen und Sondergebieten für Windenergienutzung auch außerhalb der festgelegten Vorranggebiete möglich sein sollen, wir meinen aber, dass darüber hinaus ein Erfordernis besteht, die Abgrenzung der Vorranggebiete so vorzunehmen, dass die unter Ziffer 10 der Fortschreibung zum Regionalplan angesprochene Situation explizit bereits Berücksichtigung finden. Nicht ohne Grund sind gemäß § 8 Abs. 2 S. 2 ROG die Flächennutzungspläne entsprechend § 1 Abs. 3 ROG in der Abwägung nach § 7 Abs. 2 ROG zu berücksichtigen. Dies gilt umso mehr als im Wege der Bauleitplanung gesicherte Flächen zur Nutzung der Windenergie auch als Vorranggebiete Windenergie besonders geeignet sind.

P121		P121.06	B 07	<u>3. Zielverfehlung und Abwägungsmängel</u> Besonders gravierend im Hinblick auf die vom RROP selbst erkannte Bedeutung des Landkreises Cuxhaven für die Windenergieerzeugung und das Abwägungsgebot in § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG ist, wenn die bisherige Ziffer 07 im Zuge einer Fortschreibung des RROP entfallen soll. Hierdurch entstünde eine Disproportionalität zwischen einerseits dem Ziel, der Windenergienutzung hinreichend Raum zu geben und andererseits dem Erfordernis, dies unter möglichst geringer Beeinträchtigung anderer abwägungsrelevanter Belange zu tun, wenn auf eine optimale Ausnutzung der Vorranggebiete verzichtet werden soll. Möglicherweise ist dies auch gar nicht gemeint, wenn eine Streichung der Ziffer 07 des gegenwärtig gültigen RROP erfolgt, gleichwohl muss der Plangeber deutlich machen, dass ausgewiesene Vorranggebiete selbstverständlich soweit dies planerisch und unter Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Flächen möglich ist, für Windenergienutzung zur Verfügung stehen.
P121		P121.07	U, SO 09	Planungsgrundlagen Die von uns vertretenen Unternehmen befürchten darüber hinaus erhebliche Abwägungsmängel, wenn einerseits gemäß § 7 Abs. 2 S. 2 ROG das Ergebnis der Umweltprüfung nach § 9 ROG in die Abwägung nach § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zu berücksichtigen ist, andererseits die Grundlagen der Umweltprüfung in dem der Fortschreibung des RROP beigelegten Umweltbericht unzutreffend sind. Dabei beziehen wir uns einerseits auf die vorangegangene Stellungnahme der Windpark Infrastruktur Oberndorf Intern GmbH & Co. KG vom 01.08.2014, verweisen aber ausdrücklich und im Kontext des Windvorranggebietes Geversdorf-Oberndorf auf die dem Landkreis im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren von den Antragsstellern für das Gebiet Geversdorf-Oberndorf vorgelegten Gutachten. So wird die Bedeutung des Gebietes für "windempfindliche Vogelarten" deutlich überschätzt und zum Teil auch Vorkommen von Arten angenommen, die ausweislich der durchgeführten Kartierungen in dem Gebiet regelmäßig überhaupt nicht vorkommen.
P121		P121.08	U, SO 09	Der überwiegend ackerbaulich genutzte Bereich weist eine durchschnittliche und für den Landkreis übliche Struktur auf, die auch andernorts ohne weiteres anzutreffen ist.
P122		P122	Z	Siehe Stellungnahme P22
P123		P123	SO 31	Siehe Stellungnahme P29

P124		P124	SO 31	Siehe Stellungnahme P3
P125		P125.1-3	SO 31	Siehe Stellungnahme P3.1-3
P125		P125.4	SO 31	Ich verfüge in den oben genannten Bereich sowohl über Eigentums- als auch Pachtflächen, die von mir intensiv landwirtschaftlich bewirtschaftet werden. Ich fordere für das weitere Verfahren, eine Berücksichtigung meiner Stellungnahme, mit Überarbeitung der Detailkarte 31 zum Standort Ostensee.
P126	A	P126/A.01	SO 2	Zu o. a. Entwurf wird wie folgt Stellung genommen: Trotz Flächen-Veränderungen im Planungsgebiet verweise ich auf anhängende Stellungnahme vom 2. 11. 2012 zu den B-Plänen Nr.52 & 12, sowie der F-Planänderung Nr. 84 Samtgemeinde Bederkesa, die weiterhin gültig und für mich verbindlich ist. Die dazu erfolgte Abwägung ist oberflächlich, unbefriedigend und lässt Fragen im Detail unbeantwortet.
P126	A	P126/A.02	U, SO 02	Im Entwurf Abschnitt 2. "Ermittlung Bestand und Bewertung der Umweltauswirkungen" werden folgende, korrekturbedürftige Angaben festgestellt: Zu 2.27: Plangebiet und Umfeld sind betroffen, da hier Waldohreule brütet und Jagdrevier von Raubwürger ist.
P126	A	P126/A.03	U, SO 02	Zu 2.28: Betroffen sind Plangebiet und Umfeld, da hier Rast- und Überwinterungsgebiet von Sumpfohreule und Bekassine ist.
P126	A	P126/A.04	U, SO 02	Zu 2.29: Plangebiet und Umfeld sind betroffen wegen geschützter Wallhecken und einer artenreichen Feuchtheide.
P126	A	P126/A.05	U, SO 02	Zu 2.3 0: 3 Waldflächen von je> 1 ha sind im Umfeld betroffen: Ökologisch wertvoller Birken-Kiefern-Bruchwald und Fichten — Laubholz- Mischbestände.
P126	A	P126/A.06	U, SO 02	Zu 2.31: Im Umfeld (Kie-Bi- Bruchwald) betroffen ist ein gesetzlich geschütztes Biotop (§ 30 BNatG).
P126	B	P126/B.01	SO 02	1. Die Erfassung der Schu-zgüter boloische Vielfalt, Pflanzen und Tiere im Auftrage eines Investors (hier PNE Wind) nebst Schlussfolgerungen aus den Aufnahmen sind Interessen bestimmt und entbehren vielfach fachliche Kenntnisse. Von daher ist ein solches Erfassungsverfahren wegen Befangenheit grundsätzlich abzulehnen. Eine behördlich angeordnete Umweltverträglichkeitsprüfung zur Begutachtung der Funktionen des Naturhaushalts ist hier zwingend.

P126	B	P126/B.02	SO 02	2. Da die Planungsentwürfe keine Auskunft über die Standorte und ihre Erschließungsflächen enthalten, ist die vorliegende Biotopkartierung (siehe anliegende Karte) nur Makulatur und zur Beurteilung der Eingriffe wenig geeignet. Denn es fehlt für jeden Biotoptyp eine genaue Kartierung der Flora speziell mit Angaben von den die jeweilige Gesellschaft bestimmenden Charakterarten.
P126	B	P126/B.03	SO 02	In dem Zusammenhang wird auf die Bedeutung im Bestand bedrohter Sippen auf potentiellen Versiegelungsflächen hingewiesen. Von mir festgestellt wurden an Feldwegen im WEA-Planungsgebiet die Rote Liste Arten: Königsfarn - <i>Osmunda regalis</i> [Gefährungsgrad 3] Heide-Nelke — <i>Dianthus deltoides</i> [Gfd.3; Blume d.J.2012J Niedr. Schwarzwurzel — <i>Scorzonera humilis</i> [Gfd.2]
P126	B	P126/B.04	SO 02	Zu beanstanden ist ferner die unvollständige und teils fehlerhafte Darstellung der Wailhecken [geschützt nach §29 (2) 1 .Satz BNatSchG & §22 (4) NAGBNatSchG], sowie die fehlende Eintragung eines ca.1500 m2 großen Erlengehölzes (HP) von hohem ökologischem Wert. Die Waldabstandsregelung muss hier neu behandelt werden.
P126	B	P126/B.05	SO 02	Die Biotopkartierung von 2012 ist auch veraltet; denn große Gmnlandflächen sind zwischenzeitlich in Maisfelder umgewandelt worden. Es bedarf einer behördlichen Überpmffing, ob im Einzelfall Umbruchgenehmigungen vorliegen (2 Abs. 1 S. 2 der VO zur Erhaltung von Dauergrünland v. 6.10.2009).
P126	B	P126/B.06	SO 02	3. Schutzgut Fauna: Seeadler: Zahlreiche Beobachtungen belegen das Vorkommen des seltenen, streng geschützten Greifvogels im Einzugsgebiet dieses Vorrangstandortes IEhr Windenergie. In den Gutachten wird er weitgehend ignoriert, geschweige denn auf seine Gefährdung durch WEA aufmerksam gemacht. Über Revierverhalten, Nahrungs- und Bruthabitat haben Dr.J Jacobsen für den Verschönerungsverein Bederkesa, Ausschuss für Natur und Umwelt, und andere ausführlich berichtet.

P126	B	P126/B.07	SO 02	Waldohreule: Auf diese Art ist überhaupt nicht eingegangen worden. Mittlerweile haben diese nordischen Nachtgreife nicht nur als Wintergäste sondern auch als Standvögel unsere Region erobert. Sie bmten in den Nadelwaldforsten in unmittelbarer Umgebung des Planungsraumes. Wie andere Eulen sind sie leicht Schlagopfer.
P126	B	P126/B.08	SO 02	Raubwürger: Dieser äußerst selten vorkommende Singvogel ist in den Kartierungslisten nicht zu finden. Er zählt ebenfalls zu den europaweit bestandsbedrohten Arten und genießt internationalen Schutz. Er ist im Moor-Biotop und in den Gehölzen der Knicks in letzter Zeit mehrmals beobachtet worden und sogar fotografisch festgehalten. Ein Brutverdacht liegt vor.
P126	B	P126/B.09	SO 02	Weißstorch: Zahlreiche aufgeführte Bmten dokumentieren einen Anstieg der Population. Abweichend von den Behauptungen der Planer, erstreckt sich das Nahrungshabitat der Störche weit über die Umgebung der Bmtplätze hinaus, wie Beobachtungen belegen. Auf die im August zum Abflug gen Süden sich versammelnden Jungstörche ist überhaupt nicht eingegangen worden. Es wurden in diesem Jahr Gruppen bis zu 20 Exemplare auf Wiesen und nur noch wenig vorhandenen, abgeernteten Getreidefeldern in der hiesigen Feldmark festgestellt. Die Gefahr, dass diese Großsegler in den Sog von Windmüllflügel geraten, ist sehr groß, wie auch bundesweite Statistiken beweisen.
P126	B	P126/B.10	SO 02	Fledermäuse: Das Ergebnis der Erfassung ergab eine hohe Bestandsdichte vieler Arten dieser nachtaktiven Insektenjäger. Zu ihrer Bedeutung und Schutzwürdigkeit hat D. Brill für den Ausschuss Natur und Umwelt des Verschönerungsvereins ausführlich Stellung genommen. Es werden auf Grund von Erfahrungen verheerende Bestandseinbußen erwartet. Nach gerade grotesk ist hier die Äußerung der Planer zu bewerten, dass man die Auswirkungen auf diese Tiere erst nach in Betriebnahme der WEA untersuchen will.

P126	B	P126/B.11	SO 02	<p>4. Kompensation: Die Eingriffe in Natur und Landschaft sind hier so gravierend, dass die entstehenden Schäden durch Ausgleichsmaßnahmen, wie das BNatSchG in § 15 (2) sie fordert, nicht kompensiert werden können. Ein ggf. erforderlich werdender Ausgleich kann dann nur durch Flächen in unmittelbarer Nähe erfolgen. Von den Vorschlägen wäre nur der Bereich 'Brandhagen' geeignet. Das 'Ringstedter See-Gebiet' kommt nicht infrage, da hier für bereits ein 'Besonderer Schutz nach § 30 BNatSchG' vorliegt und sich somit eine weitere Förderung des ökologischen Zustandes erübrigt. Ebenfalls verbietet sich ein Rückgriff auf den Flächenpool 'Holzurburger Moor'. Der im Eigentum des Landes befindliche Moorwald ist öffentlich und kann daher einen Verlust durch Privateigentum nicht ausgleichen. Die Landesforstverwaltung ist nach ihren durch die Landesregierung bestimmten Bewirtschaftungsrichtlinien : 'Langfristig Ökologische Waldentwicklung' (LÖWE) verpflichtet, die Aufgabe der Herstellung naturnaher Waldbiotope in eigener Regie zu übernehmen.</p>
P126	B	P126/B.12	SO 02	<p>Fazit: Der Planungsentwurf für den Windpark Bederkesa-Mfstedt ist fehlerhaft, Die Datenerfassung ist unzureichend mit falschen, Interessen orientierten Schlussfolgerungen. Auf Grund vorstehender Ausführungen können die Potentiale dieses naturnahen Freiraumes zu Gunsten eines WEA-Gewerbegebietes nicht geopfert werden. Somit muss der Windpark abgelehnt werden.</p>
P127		P127.01	E 01	<p>Gegenstand dieses RROP-Entwurfs¹ sind Regelungen, die – wenn sie in Kraft treten – zu massiven negativen Auswirkungen auf die Nutzung der Windkraft im Landkreis Cuxhaven und insbesondere auf bestehende Standorte führen. So ist u.a. vorgesehen</p> <p>a) viele bisher im RROP dargestellte Vorranggebiete aufgrund neuer Kriterien ganz oder teilweise zu streichen (nur noch Fortbestand der Bauleitplandarstellung erlaubt),</p> <p>b) eine zielförmige textliche Höhenregelung (weiterhin) vorzusehen, nach der Anlagen mit einer Höhenentwicklung von über 100 Metern erst ab 1.000 m Entfernung zu Wohnnutzungen zulässig sein sollen.</p>

P127		P127.02	SO 32	<p>Ein Beispiel für massiv negativ betroffene Windparks ist der Bürgerwindpark Kehdingbruch. Hier sieht der Entwurf des RROP die komplette Streichung des bisherigen Vorranggebietes vor und zudem würde dort bei einem Repowering die regionalplanerische Höhenbegrenzung auf nur 100 Meter greifen. Die Kommune könnte hier keine wirtschaftlich angemessene und wirtschaftlich notwendige Höhe von über 100 Metern für ein mittelfristiges Repowering per FNP-Änderung ermöglichen, wenn das RROP so wie im Entwurf vorgesehen in Kraft treten würde. Die Existenz des Unternehmens Bürgerwindpark wäre dementsprechend perspektivisch mehr als gefährdet durch das RROP (siehe zum Entwurf der RROPHöhenvorgaben und der fehlende Wirtschaftlichkeit auch die weiter unten stehende Begründung der Anregung 2).</p>
P127		P127.03	SO 32	<p>Dieser ortsansässige Bürgerwindpark Kehdingbruch</p> <ul style="list-style-type: none"> - hat – wie viele andere durch den Entwurf des RROP betroffene etablierte Windparks auch – eine recht hohe lokale Akzeptanz, - generiert hohe Steuereinnahmen für die öffentliche Hand in unserer Region (seit 2006 wurden über 1,2 Mio. € alleine schon als Gewerbesteuern für die sechs Windenergieanlagen gezahlt), - stärkt die Wirtschaftskraft und die privaten Einkommen in unserer Region, - stabilisiert über die Pachteinahmen und Gewinnbeteiligungen die hiesigen landwirtschaftlichen Betriebe und damit auch die dörflichen Siedlungen, - zeichnet für positive lokale und regionale Beschäftigungseffekte (Wartung, Verwaltung etc.) verantwortlich und - trägt über regelmäßige Spenden an lokale Einrichtungen und Vereine zum Sozialleben in den lokalen Gemeinschaften bei.

P127		P127.04	B 10	<p>Dabei ist erläuternd auszuführen, dass die Anlagenrealisierung seit langem bundesweit in Richtung von Anlagen mit deutlich über 100 Metern Gesamthöhe geht (vgl. Deutscher Städte- und Gemeindebund, 2012: 16 2):</p> <ul style="list-style-type: none"> - Jahr 2000: ca. 100 m Anlagenhöhe, Rotordurchmesser 70 m, 1.500 kW - Jahr 2005: ca. 125 m Anlagenhöhe, Rotordurchmesser 80 m, 2.000 kW - Jahr 2012: ca. 170 m Anlagenhöhe. Rotordurchmesser 100 m, 3.000 kW <p>Siehe zur Bestätigung der Entwicklungstendenz auch die nachfolgende Abbildung zu den größten erhältlichen Anlagen:</p> <p>[Tabelle zeigt auf, dass von 1980 bis heute die Nennleistung in kW von 30 auf 7.500, der Rotordurchmesser in m von 15 auf 126, die Nabelhöhe in m von 30 auf 135 sowie der Jahresenergieertrag in KWh von 35.000 auf ca. 20.000.000 gestiegen ist.]</p> <p>Der wesentliche Hintergrund für diese Höhenentwicklung ist, dass entsprechende große und hohe Anlagen energieeffizienter sind und Kosten – über das EEG auch für die Stromkunden – senken.</p>
P127		P127.05	B 10	<p>Dazu sei auch folgendes Zitat wiedergegeben:</p> <p>„In größeren Höhen herrschen günstigere Windbedingungen mit höheren Windgeschwindigkeiten und gleichmäßigerer Strömung, da die Einflüsse von Gelände -struktur und Bodenrauigkeiten mit zunehmender Höhe deutlich abnehmen.“</p> <p>Dabei gilt: Bei einer Nabenhöhe von ca. 65 m (diese würde eine Gesamthöhe von 100 m ermöglichen) wird ein um etwa 36 % geringerer Energieertrag erreicht, als bei einer Nabenhöhe von 100 m sowie ein um etwa 45 % geringerer Ertrag als bei einer Nabenhöhe von 120 m.</p>

P127		P127.06	B 10	<p>Die korrespondierende Markt- und Höhenentwicklung wird bekanntlich sukzessive über die Regelungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) nachvollzogen. Das heißt, die Vergütungssätze werden regelmäßig angepasst und auf das reduziert, was bei der regionalspezifischen Windgunst für den wirtschaftlichen Betrieb marktüblicher – also auch entsprechend hoher – Anlagen erforderlich ist. Das ist der generelle Ansatz der Windkraftförderung nach EEG.</p> <p>Insoweit ist klar davon auszugehen, dass Standorte mittelfristig bei einem – in der Fachwelt und Politik weit überwiegend gewünschten – Repowering keine auskömmliche Vergütung mehr bekommen, wenn dort nur Anlagen bis 100 Metern Höhe errichtet werden können. Denn der Gesetzgeber unterstellt, dass Planungsträger den Betrieben immer marktübliche effiziente und hohe Anlagen ermöglichen.</p>
P127		P127.07	B 10	<p>Dabei hilft auch die hiesige relative Windgunst nicht, denn die Vergütungshöhe des EEG wird – wie vorstehend schon kurz erwähnt – regional nach Windgunst differenziert, um Überförderungen zu vermeiden. Das heißt, in eher windstarken Regionen (wobei z.B. Ost- und Nordfriesland ohnehin viel Windstärker sind) wird insgesamt schlechter vergütet. Man benötigt also auch hier die üblichen Anlagenhöhen, um wirtschaftlich arbeiten zu können.</p>
		P127.08	B 10	<p>Hier sei exemplarisch aus dem geltenden Windenergieerlass NRW zitiert, der bereits im Jahr 2011 – inzwischen ist die Entwicklung der Anlagenhöhen noch weiter fortgeschritten – in Kapitel 4.4.3 folgende Aussage enthielt – und weiterhin enthält:</p> <p>"Bestehende Höhenbeschränkungen etwa von 100 m bilden derzeit in vielen Regionen ein bedeutendes Hemmnis bei der Realisierung geplanter Repowering-Vorhaben. Für die Realisierung von Repowering-Vorhaben eignen sich nur Windenergieanlagen der Multimegawattklasse. Diese erreichen aber eine erheblich höhere Gesamthöhe als 100 m. Die Gemeinden sollten daher die Höhenbegrenzung überprüfen und aufheben, wenn sie ein Repowering ermöglichen wollen."</p>

P127		P127.09	B 10	Zu dem auch bei bestehenden Windparks in der hiesigen Region anstehendem Repowering ist dabei anzumerken, dass dadurch keineswegs regelmäßig Verschlechterungen für die Anwohner einher gehen. Denn es werden zwar i.d.R. höhere, aber dafür deutlich weniger und zumeist langsamer / ruhiger laufende Anlagen realisiert. Moderate Erhöhungen der Anlagenhöhen kann der ungeschulte Betrachter zudem kaum wahrnehmen.
P127		P127.10	SO 32	Zurück zu den obigen Restriktionen im Entwurf des RROP: Die dadurch bedingte drohende Entziehung der spätestens mittelfristigen – sobald die Anlagen ausgetauscht werden müssen – Perspektiven für den Fortbestand von etablierten Windparks wie dem Bürgerwindpark Kehdingbruch durch die Regionalplanung Cuxhaven ist bereits verfassungsrechtlich bedenklich. Denn das Grundgesetz garantiert in Artikel 14 das Eigentum. Für dessen Einschränkung hat die Rechtsprechung hohe Hürden entwickelt. So wird daraus im Planungsrecht – selbst bei Betrieben im Außenbereich – regelmäßig ein gewisser sukzessiver Erweiterungsspielraum für eine Weiterentwicklung abgeleitet. Dies ist in der Regel ein zweidimensionaler Anspruch im Sinne zusätzlicher Flächen. Bei der Windkraftnutzung muss es aber ein dreidimensionaler sein im Sinne der Anpassung der veralteten Höhenregelungen an die Technik-, Anlagen- und Vergütungsentwicklung.
P127		P127.11	SO 32	Dabei ist es im vorliegenden Fall aufgrund der der genannten Bezugnahme zwischen EEG Vergütungshohen und Marktentwicklung aber eben – wie dargelegt – noch nicht einmal eine Frage der Weiterentwicklung, sondern schlicht eine Frage der unternehmerischen Existenzsicherung: Ohne eine planerische Basis für eine auskömmliche Höhe der Windenergieanlagen (WEA) beim Repowering gibt es keinen Fortbestand der entsprechenden heimischen Unternehmen.

		P127.12	B 10	Akzeptierte und mit Infrastruktur (Wegen, Leitungen etc.) versehene regionalökonomisch bedeutende Standorte und Bürgerwindparks im Landkreis Cuxhaven stehen somit aufgrund des RROP-Entwurfs vor dem spätestens mittelfristigen Aus. War die Region Cuxhaven in der Vergangenheit – auch planerisch und raumordnerisch – ein Vorreiter im positiven Sinne, so drängt sich nun der Eindruck auf, dass derzeit ausgerechnet in dieser windgünstigen Region und zugleich in Zeiten der gesellschaftlich gewollten Energiewende eher der sprichwörtliche einseitige Kampf gegen Windmühlen (und Windmüller) auf der Agenda des Landkreises steht. Es ist zu hoffen, dass dieser Eindruck durch wesentliche Änderungen des Planentwurfs noch korrigiert wird.
P127		P127.13	B 10	Dies ist auch regionalökonomisch bzw. regionalpolitisch angezeigt, denn es gilt die – in dieser Region nicht zahlreichen – wirtschaftlichen Chancen zu nutzen, die mit der Windkraftnutzung verbunden sind (Gewerbe- und Einkommenssteuereinnahmen, Pachteinnahmen, Arbeitsplätze etc.). So hat eine Forschungsarbeit ergeben, dass bereits eine einzige inzwischen eher als klein einzustufende 2-MW-WEA eine regionale (d.h. die weitaus höheren zusätzlichen überregionalen Effekte der Anlage sind noch gar nicht eingerechnet) Wertschöpfung von ca. 171.000 € pro Jahr erbringt.
P127		P127.14	B 10	Man kann – in Ermangelung konkreter Auswertungen – hypothetisch und zurückhaltend davon ausgehen, dass aufgrund der zu starken Restriktionen des Entwurfs des RROP alleine schon auf „Bestandsbereichen“ (d.h. bislang im geltenden RROP und in FNP dargestellt Bereiche für die Windkraftnutzung) im Vergleich zu einer Entwicklung ohne diese Restriktionen kreisweit mindestens 50 moderne WEA als Repowering-Projekte mit einer Größenordnung von jeweils 5 MW (oder eine etwas höhere Zahl von WEA mit z.B. 3 bis 4 MW) verhindert werden auf bestehenden Standorten/Bestandsbereichen. Dies bedeutet unter Übertragung der Berechnungen aus der obigen Forschungsarbeit auf 30 Betriebsjahre gerechnet einen Verlust von ca. über 614 Mio. € rein regionaler Wertschöpfung durch das RROP (noch ohne überregionale Effekte). Dies ist generell nicht hinnehmbar und erst recht nicht in einer strukturschwachen Region.

P127		P127.15	B 10	Geht man kreisweit von – nach Betrachtung der Karten des Planentwurfs zu urteilen – vermutlich realistischeren ca. 100 verhinderten Repowering WEAs mit jeweils 5 MW aus, beträgt der Verlust rein regionaler Wertschöpfung sogar schätzungsweise über 1,2 Mrd. € über 30 Betriebsjahre. Der Verlust an überregionaler Wertschöpfung ist noch deutlich höher anzusetzen.
P127		P127.16	B 10	Anzumerken ist ferner, dass die Landesregierung offenbar einen ganz anderen Weg gehen will, als der Kreis. Das Land möchte die Windenergie am Land stark ausbauen und betont dabei die Möglichkeiten des Repowerings, also der Leistungserweiterung gerade solcher Standorte, die jetzt zu einem großen Teil gemäß dem Entwurf des RROP (Streichung als Vorranggebiete und unwirtschaftliche Gesamthöhenvorgabe von nur maximal 100 Meter) vor dem perspektivischen Aus nach dem Ende der Anlagenlaufzeit stehen. Gibt es in der Zukunft aktualisierte Flächenvorgaben für Vorranggebiete seitens der Landesebene – womit zu rechnen ist – dann müssten im Übrigen für die gestrichenen, lokal breit akzeptierten und von den Kommunen gewünschten Bestandsstandorte neue – vermutlich oft umstrittene Standorte – seitens des Kreistages beschlossen werden. Dies macht ersichtlich keinen Sinn. Viel sinnvoller wäre es, die Konzeption des RROP-Entwurfs jetzt so zu korrigieren, dass die Altstandorte weiterhin Vorranggebiete bleiben und rewpowert werden können, statt ihnen mit dem RROP-Entwurf die Repowering-Perspektiven zu nehmen. Dies ist mittels kleiner Konzeptionsänderungen raumordnerisch und raumordnungsrechtlich problemlos möglich (siehe nachfolgende Anregungen 1-3).

P127		P127.17	B 10	<p>In diesem Kontext sei auch aus dem Entwurf des niedersächsischen Windenergieerlasses mit Stand 21.07.2014 zitiert:</p> <p>„Um das Landesziel, bis 2050 mindestens 20 Gigawatt (GW) Windenergieleistung Onshore zu installieren, zu verwirklichen, ist es erforderlich, bei einer künftigen Novellierung des Landes-Raumordnungsprogramms zu prüfen und abzuwägen, wie diese Zielsetzung in verpflichtende Planungsziele überführt werden kann, damit in den Regionalen Raumordnungsprogrammen und bzw. oder den Bauleitplänen entsprechende Festlegungen getroffen werden. Die Berechnungen der Flächenpotentiale für die Windenergienutzung mit Hilfe des Geoinformationssystems des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz haben unter Zugrundelegung der sogen. „harten Tabuzonen“ (siehe dazu die Erläuterungen im nachfolgenden Abschnitt) und Ausschluss von Waldflächen eine landesweite Potentialfläche von insgesamt maximal etwa 18 % der Landesfläche ergeben. Derzeit ist davon auszugehen, dass für die Realisierung von 20 GW (ca. 4.000 Anlagen der 5 MW-Klasse) ein Flächenbedarf von rund 1,4 % der Landesfläche bzw. rund 8 % der Potentialfläche erforderlich ist (rund 68.000 ha).¹⁴ Für die Träger der Regionalplanung und Gemeinden bedeutet dies, dass sie mindestens 8 % ihrer jeweiligen Potenzialfläche (Planungsraum abzüglich der Flächen für harte Tabuzonen und für nicht vorbelasteten Wald) als Vorranggebiete für die Windenergienutzung vorsehen müssten.¹⁵ In diese Angebotsplanung sind bereits ausgewiesene Vorranggebiete für die Windenergienutzung einzurechnen. Die anliegende Tabelle 01 gibt den Trägern der Regionalplanung richtungsweisend einen Überblick über die jeweilige Potentialfläche im Planungsraum nach Abzug von harten Tabubereichen und Waldflächen sowie das 8 %-Ziel nach derzeitigem Stand. Grundsätzlich ist das Repowering-Potenzial in Niedersachsen zu nutzen. Im Sinne einer Begrenzung des Flächenverbrauchs ist der Bedarf zur Inanspruchnahme von 8 % der Potenzialfläche mit Hilfe von Repowering zu reduzieren.“</p>
------	--	---------	------	--

P127		P127.18	B 10	<p>Die Daten aus der im obigen Entwurf angesprochenen Tabelle sehen dabei für den Landkreis Cuxhaven und das 8-Prozent-Ziel 4.397,17 ha vor: [Tabelle legt dar, dass der Landkreis Cuxhaven um die 8 % zu erreichen eine Fläche von 4.397,17 ha ausweisen müsste]</p> <p>Der RROP-Entwurf sieht hingegen gemäß den Angaben auf Seite 18 der Begründung /Erläuterung gerade einmal 1.502,83 ha Vorranggebiete vor – entsprechend 0,73 % der Fläche des Kreises vor. Das ist deutlich unzureichend für die Erreichung der Landesziele und einer der Gründe dafür, ist der Wegfall der Vorranggebietsdarstellungen und der Repowering-Perspektiven (unzureichende 100 m) durch den Entwurf des RROP für große Teile der Bestandsflächen.</p>
P127		P127.19	B 10	<p>Vor dem Hintergrund der vorstehenden Ausführungen werden nachstehend Änderungen am RROP-Entwurf angeregt. Die entsprechenden Anregungen sind bewusst konstruktiv und in dem Bemühen um Ermöglichung einer leichten Integration in den Entwurf des RROP formuliert worden. Auch konkurrierende Belange z.B. des Anwohnerschutzes sind hinreichend einbezogen worden in die Erarbeitung der nachstehenden Änderungsvorschläge.</p> <p>Zu bevorzugen sind primär die Anregungen, welche dazu führen, dass die Windkraftnutzung – bei Einhaltung aller nötigen Beschränkungen inkl. des Anwohnerschutzes – möglichst wenig unnötig behindert wird. Dies sind die Anregungen 1, 2 3 und 4. Für den Fall, dass diesen Änderungsvorschlägen trotz aller nachstehenden gewichtigen Argumente nicht gefolgt werden sollte, werden nachstehend aber auch Alternativvorschläge gemacht:</p>

P127		P127.20	E 01	<p><u>Anregung 1: Sachgerechte Ausdifferenzierung der weichen Tabukriterien insb. zur angemessenen Berücksichtigung des Bestandes</u></p> <p>Der pauschale Abstand von 1.000 Metern als weiches Tabukriterium soll gestrichen werden und durch die folgenden beiden weichen, sich zum Teil überlagernden Tabukriterien ersetzt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • 500 Meter um Ortslagenflächen generell • 650 Meter um solche Ortslagenflächen, die außerhalb eines Puffers von 650 m liegen um <ul style="list-style-type: none"> o zum Stichtag 01.08.2014 als Vorranggebiete für die Windenergie im geltenden RROP oder o zum Stichtag 01.08.2014 in Flächennutzungsplänen als Windkraftzonen dargestellte Flächen (Bestandsbereiche). <p>(Alternative: nur beim zweiten Kriterium jeweils 1.000 Meter statt 650 m; d.h. partielle Fortexistenz des 1.000-Meter-Ansatzes des RROP-Entwurfs außerhalb der Bestandsbereiche)</p> <p><u>Raumordnerische Begründung</u></p> <p>Im Ergebnis kann man mit Umsetzung der obigen Anregung die Bestandsbereiche weiterhin im RROP darstellen (unter Einbeziehung der nachstehenden Anregungen zu Abständen zwischen Parks zumindest für Bestandsstandorte). Denn die Bestandsbereiche würden im Kern nicht mehr an einem weichen Tabu von 1.000 Metern scheitern und auf der Ebene der Potenzialflächenbewertung dürften sich angesichts der Vorbelastung und vorhandener Infrastruktur auch keinerlei belastbaren Argumente gegen den Fortbestand der Darstellung als Vorranggebiete finden.</p>
P127		P127.21	E 01	<p>Diese entsprechende den Bestand angemessene Bewertung auf der Ebene der Potenzialflächenbewertung wird hiermit gleich mit angeregt und damit auch die korrespondierende Darstellung aller Bestandsbereiche im RROP.</p>

P127		P127.22	E 01	<p>Falls die Regionalplanung bei der Konzeptionierung des RROP-Entwurfs, sachlicher Teilabschnitt Windenergie, angenommen haben sollte, dass im ganzen Planungsraum der gleiche Abstand anzuwenden ist, verkennt sie die aktuelle Rechtsprechung zu harten und weichen Tabuzonen.</p> <p>Zunächst sollen hier aber die Begrifflichkeiten dargelegt werden. Das BVerwG stellt zu den Begriffen der harten (1. Stufe des Prüfprozesses) und weichen Tabuzonen (2. Stufe) sowie der nach Anwendung der Tabuzonenkriterien weiter zu prüfenden Potenzialflächen (3. Stufe) im Urteil vom 11.04.2013 (4 CN 2.12) Folgendes fest:</p> <p>[es folgt ein Auszug aus dem Urteil, in dem die Unterscheidung zwischen harten und weichen Kriterien erklärt wird. Diese stimmt mit der im Entwurf des RROP dargelegten Erläuterung überein]</p> <p>Richtig ist zwar, dass einmal gewählte harte und weiche Kriterien im ganzen Planungsraum einheitlich angewendet werden müssen (vgl. BVerwG, Beschluss vom 15.09.2009, 4 BN 25/09). Das heißt, man darf nicht Bereiche zum Tabu erklären – sie quasi aussortieren – und dann auf der Ebene der Potenzialflächenbetrachtung dann doch noch einige (z.B. politisch „gewollte“) Standorte in genau diesen zuvor ausgeschlossenen Tabuzonen wieder in die Standortsuche aufnehmen.</p>
------	--	---------	------	--

P127		P127.23	E 01	<p>Man darf z.B. Vogelschutzgebiete nicht erst für den ganzen Planungsraum auf der 1. oder 2. Stufe des Abwägungsprozesses als Tabu definieren und die Bereiche damit generell ausschließen, dann in der 3. Stufe der Potenzialflächenbewertung aber z.B. einzelne ggf. politisch gewollte Standorte in Vogelschutzgebieten wieder aufnehmen.</p> <p>Dies bedeutet aber nicht, dass man die Kriterien nicht wie vorstehend in Anregung 1 vorgeschlagen von vornherein differenziert anhand abstrakter Kriterien festlegen kann, so dass man im Zuge des Auswahlprozesses gar nicht in vorher definierte Tabuzonen geht. Dies lässt das Raumordnungsrecht klar zu. Zum Beispiel darf man als weiches generelles und einheitliches Tabukriterium für Abgrabungskonzentrationszonen festlegen: Bereiche mit schützenswerten Böden, sofern dies keine Standort mit besonders hohen Rohstoffmächtigkeiten von über 20 Metern sind. Ganz im Gegenteil muss man diese differenzierte Kriterienfestlegung für eine sachgerechte Abwägung so vorsehen, wenn man – wie bei der anstehenden Überarbeitung des RROP Cuxhaven vorliegend – nur so raumordnerisch unterschiedlich zu beurteilenden räumlichen Konstellationen Rechnung tragen kann. Dabei sind insbesondere der Bestandsschutz und die Nutzung vorgeprägter Standorte von einem entsprechend hohem Gewicht.</p>
------	--	---------	------	---

P127		P127.24	E 01	<p>Dies ist in der Fachwelt und seitens der Gerichte auch breiter Konsens. Exemplarisch zu nennen ist hier z.B. die 51. Änderung des Regionalplans Düsseldorf. Hier wurden für neue Sondierungsbereiche für künftige Abgrabungsbereiche (BSAB) mit Konzentrationszonenwirkung) weniger harte Kriterien festgelegt, wenn es „Erweiterungen“ vorhandener Standorte waren, als für „Neuansätze“ ohne Anschluss alte Standorte. Auch wurden bestehende Abgrabungsbereiche (BSAB) bestätigt (d.h. erneut im Regionalplan als Vorranggebiete dargestellt), welche die härteren Kriterien rissen, die für neue Sondierungsbereiche für künftige, zusätzliche BSAB angewendet wurden. Gründe waren hier u.a. der Vertrauensschutz und die Sicherung lokaler Betriebe.</p> <p>Diesen Ansatz der 51. Änderung des Regionalplans Düsseldorf bewertete auch das OVG Münster im Urteil vom 26.09.2013, 16 A 1294/08 als überzeugend und schlüssig (BVerwG ließ später dagegen auch keine Revision zu):</p> <p><i>„Der Vorrangstatus der BSAB und die entsprechenden Regelungen in Ziel 1 des Kapitels 3.12 des Regionalplans sollten erhalten bleiben, d. h. diese sollten bestätigt werden, was bereits in den zurückliegenden Jahren im Wege von Abwägungsentscheidungen mehrfach erfolgt sei und nunmehr in die neuerliche Regionalplanänderung eingestellt werde. Damit wurde die Verlässlichkeit der bisherigen Regelungen und die Planungssicherheit für alle Betroffenen gewährleistet. Da mit den Zielen der Raumordnungspläne private Abbauvorhaben im Wege von Abgrabungskonzentrationszonen gesteuert werden, besteht eine Grundrechtsrelevanz im Hinblick auf die Berufsausübung von Vorhabenträgern nach Art. 12 Abs. 1 GG und auf die Eigentumsgarantie von Grundstückseigentümern nach Art. 14 Abs. 1 GG.“</i></p>
P127		P127.25	E 01	<p>Dieses Verfahren der 51. Änderung des Regionalplans Düsseldorf hielt in diversen Verfahren vor den Verwaltungsgerichten (u.a. OVG Münster, Urteil vom 07.12.2009, 20 A 628/05; OVG NRW, Beschluss vom 20.05.2014, Az: 11 A 2921/11; BVerwG, Beschluss vom 18.01.2011, BVerwG 7 B 19.10) stand. Dabei zum Teil (BVerwG, Beschluss vom 22.05.2014, Az.: 4 B 56/13; OVG Münster, Urteil vom 26.09.2013, 16 A 1294/08) auch unter breiter Thematisierung der Differenzierung in harte und weiche Tabuzonen. Man kann und muss Bestandsbereiche daher mit anderen, weniger harten Tabuzonenkriterien versehen, als man sie bei der Planung neuer Bereiche anwendet.</p>

P127		P127.26	E 01	In diesen Gerichtsverfahren zur 51. Änderung des Regionalplans Düsseldorf hielt im Übrigen auch eine Stichtagsregelung den rechtlichen Angriffen stand, die ähnlich konstruiert war, wie diejenige im obigen Vorschlag und die auch der raumordnungsrechtlich erforderlichen besonderen Berücksichtigung von Bestandsschutzinteressen dient (Ziel 1, Nr. 5 aus Kapitel 3.12 des Regionalplans Düsseldorf, GEP99).
P127		P127.27	E 01	Ergänzend sei aus dem Leitsatz 2 des Urteils des OVG Sachsen-Anhalt vom 29.11.2007, 2 L 220/05 zitiert: „2. Vorhandene Windparks, die auf bereits früher ausgewiesenen Eignungsgebieten errichtet wurden, zählen zu dem Tatsachenmaterial, das bei der Abwägung zu berücksichtigen ist. Die Abwägung kann dabei zwar auch von dem planerischen Willen getragen sein, solchen bereits vorhandenen Windparks einen gewissen Vorrang dergestalt einzuräumen, dass die entsprechenden Flächen nach Möglichkeit erneut als Konzentrationsflächen ausgewiesen werden und sich unter Berücksichtigung von Mindestabständen, die nach dem Willen des Plangebers zwischen Windparks eingehalten werden sollen, im Zweifel auch gegenüber sonstigen in Betracht kommenden Ausweisungsflächen durchsetzen sollen. Ein solcher Vorrang des Vorhandenen ist aber selbst ein Kriterium, das in die Abwägung einzubeziehen ist.“

P127		P127.28	E 01	<p>Das hohe raumordnungsrechtliche Gewicht des Interesses am Fortbestand vorhandener Vorranggebiete und des korrespondierenden Interesses am Ersatz kleiner dortiger Altanlagen durch neue, größere und leistungsfähigere Anlagen machen auch die nachstehenden Ausführungen des BVerwG im Beschluss 4 BN 65.09 vom 29.03.2010 (zeitlich im Übrigen lange nach Einführung des Prinzips der Unterteilung in harte in weiche Tabukriterien) deutlich:</p> <p>„In der Rechtsprechung des Senats ist geklärt, dass vorhandene Windenergieanlagen als Tatsachenmaterial bei der Abwägung zu berücksichtigen sind (Beschluss vom 23. Juli 2008 a.a.O. juris Rn. 7). Werden Grundstücke mit vorhandenen Windenergieanlagen beim Zuschnitt der Konzentrationsflächen nicht berücksichtigt, sind die Betreiber auf den Bestandsschutz für ihre Anlagen beschränkt. Der Planungsträger hat daher das Interesse der Betreiber, ältere Anlagen durch effizientere neue Anlagen zu ersetzen und diese dabei gegebenenfalls auch neu anzuordnen (Repowering), in der Abwägung zu berücksichtigen (Urteil vom 24. Januar 2008 a.a.O. Rn. 17). Die Beschränkung der Nutzungsmöglichkeiten eines Grundstücks muss vom Planungsträger als ein wichtiger Belang privater Eigentümerinteressen in der Abwägung der öffentlichen und der privaten Belange beachtet werden (vgl. auch zur gemeindlichen Bauleitplanung Urteil vom 31. August 2000 - BVerwG 4 CN 6.99 - BVerwGE 112, 41 <49>; Beschlüsse vom 26. August 2009 - BVerwG 4 BN 35.09 - BauR 2010, 54 und vom 16. Januar 1996 - BVerwG 4 NB 1.96 - Buchholz 406.11 § 1 BauGB Nr. 88 S. 38).“</p> <p>Das BVerwG bestätigt in der Entscheidung ferner mehr als deutlich, dass die Abwägung von dem planerischen Willen geleitet sein kann, <i>„bereits vorhandene Windenergieanlagen einen gewissen Vorrang dergestalt einzuräumen, dass diese Flächen wegen ihres Repowering-Potentials nach Möglichkeit erneut als Konzentrationsflächen ausgewiesen werden.“</i></p>
P127		P127.29	E 01	<p>Zusammenfassen lässt sich das Ganze wie folgt: Ein Planungsträger kann – und muss angesichts des entsprechenden Gewichts des Belangs – der Kraft des Faktischen dadurch Rechnung tragen, dass er bereits errichtete Anlagen und bestehende Plandarstellungen in sein Auswahlkonzept für neue Vorranggebiete mit einbezieht und die weichen Tabukriterien (ist eine Abwägungsfrage im Ermessen des Plangebers Kreistag; daher kein hartes Tabukriterium) entsprechend ausdifferenziert festlegt.</p>

P127		P127.30	E 01	<p>Allerdings müsste eigentlich unterstellt werden können, dass die untere Landesplanungsbehörde Cuxhaven weiß, dass eine Unterteilung, wie oben angeregt, in zwei verschiedene Werte auf der Ebene der Tabukriterien zulässig ist. Denn das eigene Konzept des sachlichen Teilabschnitts enthält bei anderen Themen diese Unterteilung. So wurden für die Abstände von Windparks untereinander folgende nach Raumsituationen und räumlich unterschiedlichen Gewicht der Belange differenzierte Abstände vorgesehen:</p> <p>[es folgt eine Aufzählung der unterschiedlichen Abstände der Windparks untereinander: 5km in der Oste-Niederung, 2km entlang der Grenze, 4 km sonstige Windparks]</p> <p>Diese räumliche Zonierung mit korrespondierenden unterschiedlichen Abstandsvorgaben wurde im Entwurf des RROP Cuxhaven mit dem standörtlich unterschiedlichen Gewicht entsprechender Belange begründet – ebenso wie es der obigen Anregung 1 immanent ist (wobei die Anregung 1 aus hiesiger Sicht raumordnerisch deutlich naheliegender und zwingender ist). Es dürfte also eigentlich unstrittig sein, dass man wie bei der Anregung 1 räumlich differenziert vorgehen kann.</p>
P127		P127.31	E 01	<p>Sollte hier die Behauptung aufgestellt werden, dass dies bei Parkabständen nur deswegen gehen würde, weil man auf der Ebene der Potenzialflächenbewertung agiere, so ist dazu zunächst zu sagen, dass dies nicht stimmt. Denn dies ist nach dem Vorstehenden (siehe u.a. die Verweise zur Rechtsprechung u.a. des BVerwG zu Planungen in NRW) auch auf der Ebene der Tabuflächenbewertung zulässig. Will man seitens der unteren Landesplanungsbehörde Cuxhaven dennoch an dieser etwaig bestehenden Auffassung festhalten, so ist auch dies kein Hinderungsgrund. Denn dann kann man schlicht wie in der weiter unten stehenden Alternative a zur Anregung 1 vorgehen.</p>

P127		P127.32	B 10	<p>Entschädigungen. Im Bauplanungsrecht sind nicht ohne Grund Entschädigungsregelungen zur Streichung bisher über die Bauleitplanung festgelegter Rechte vorgesehen. Für die Ebene der Raumordnung ist höchststrichterlich noch nicht entschieden, ob die Streichung von Vorranggebieten – wie im RROP-Entwurf vorgesehen Entschädigungsansprüche auslöst und inwieweit sich der Plangeber mit der Entschädigungsthematik befassen muss. Das BVerwG hatte hierzu 2013 die Revision per Beschluss vom 05.03.2013, 4C1/13 zugelassen.</p> <p>BVerwG-Beschluss vom 05.03.2013, 4 C1/13:</p> <p>„Die Revision ist nach § 132 Abs. 2 Nr. 1 VwGO zuzulassen, weil das Revisionsverfahren zur Klärung der Frage beitragen kann, ob im Falle der Aufhebung eines durch ein Regionales Raumordnungsprogramm festgesetzten Vorrangstandortes für Windenergie durch nachfolgende Änderungen dieses Raumordnungsprogramms Entschädigungsansprüche nach §§ 39 ff., insbesondere § 42 BauGB ausgelöst werden, die im Rahmen der Abwägungsentscheidung über die Änderungen zu berücksichtigen sind (vgl. zu dem entsprechenden Erfordernis im Rahmen der Abwägung bei einem Bebauungsplan: Beschluss vom 21. Februar 1991 - BVerwG 4 NB 16.90 – Buchholz 406.11 § 1 BauGB Nr. 51 = juris Rn. 5).“</p> <p>Siehe auch BVerwG, Beschluss vom 29.07.2013, 4 C 1.13</p> <p>„Insofern wird zu klären sein, ob im Falle der Aufhebung eines durch ein Regionales Raumordnungsprogramm festgesetzten Vorrangstandortes für Windenergie durch eine nachfolgende Änderung, für die der Antragsteller verantwortlich zeichnet, Entschädigungsansprüche nach §§ 39 ff. BauGB, insbesondere § 42 BauGB ausgelöst werden, die im Rahmen der vom Antragsteller zu treffenden Abwägungsentscheidung über die Änderung gegebenenfalls hätten berücksichtigt werden müssen, ob mithin die Änderung des Raumordnungsprogramms wirksam ist.“</p> <p>Es ist aber durch dieses Verfahren 4 C1/13 aufgrund einer Einstellung aus anderen Gründen im Sommer 2014 nicht zu einer höchststrichterlichen Klärung der Rechtsfrage durch ein Urteil des BVerwG gekommen, so dass die Entschädigungsfrage weiter offen ist.</p>
------	--	---------	------	--

P127		P127.33	B 10	<p>Wenn es bei solchen Fällen Entschädigungen geben muss, dann wird es den Kreis Cuxhaven finanziell in äußerst großem Umfang belasten, wenn der Entwurf des RROP unverändert die Streichung von Vorranggebieten vorsieht. Denn das RROP würde hierdurch wie dargelegt zur Gefährdung der Existenz bedeutender und umsatzstarker regionaler Unternehmen führen und auch hiesigen landwirtschaftlichen Betrieben die Grundlage für wichtige Pachteinahmen entziehen. Selbst für kommunale Haushälter der Städte und Gemeinden kann sich z.B. aufgrund entgangener Gewerbesteuererinnahmen die Frage der Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen gegen den Kreis Cuxhaven stellen.</p> <p>Bereits dies ist für jeden verantwortlich handelnden öffentlichen Haushälter auf Kreisebene ein gutes Argument dafür, Vorranggebiete nicht ohne Not – wie beim RROP-Entwurf Cuxhaven vorgesehen – zu streichen.</p>
P127		P127.34	B 10	<p>Auf die Klärung der Rechtsfragen zur Entschädigung kommt es aber letztlich für die Frage der richtigen regionalplanerischen Konzeption auch gar nicht an. Denn selbst wenn – je nach einer späteren gerichtlichen Klärung – nicht direkt sogar Entschädigungsansprüche gegen den Kreis Cuxhaven drohen sollten, so ändert dies nichts daran, dass die negativen Wirkungen auf vorhandene lokale Unternehmen, auf deren Besitzer, auf Grundstückseigentümer und nicht zuletzt auf die Steuereinnahmen der öffentlichen Hand ganz gravierende Belange sind (sonst wäre der Fall übrigens auch gar nicht erst zum BVerwG gelangt), die raumordnungsrechtlich in der Abwägung und vor allem bei der Plankonzeptionierung nicht so negiert werden dürfen, wie mit dem RROP-Entwurf Cuxhaven seitens der Regionalplanung vorgesehen. Hinzu kommen natürlich die Belange des Klimaschutzes durch den Ausbau erneuerbarer Energien, die bereits in § 2 ROG besonders betont werden.</p>

P127		P127.35	E 01	<p>Ganz im Gegensatz zur im RROP-Entwurf vorgesehenen weitgehenden Negierung muss die Raumordnung diesen gewichtigen Belangen mit dem Plankonzept besonders Rechnung tragen. Andernfalls liegt sogar der Fall eines Abwägungsausfalls, mindestens aber einer Abwägungsfehleinschätzung vor (unsachgemäße Gewichtung; Grund für „Kippen“ der Planung vor Gericht). Denn wenn die 1.000 m dem Anwohnerschutz dienen sollen – wobei 1.000 Meter dafür generell als überzogen anzusehen sind – so unterstellt der Entwurf des RROP sicherlich, dass dieses Gewicht des Anwohnerschutzes im Planungsraum überall gleich ist. Aufgabe der Raumordnung ist es aber, diese Belange dann mit standörtlich gegenläufigen Aspekten abzuwägen und diese sind im Raum keineswegs gleich verteilt. Vor allem bei im bisherigen RROP vorgesehenen Windenergievorranggebieten oder bei in Flächennutzungsplänen bisher für die Windkraftnutzung gesicherten Standorten sind die zum pauschalen Anwohnerschutz gegenläufigen Abwägungsgesichtspunkte massiv erhöht. Sie überwiegen dort in der Abwägung zumindest soweit, dass allenfalls pauschal 500 Meter auf der Stufe der weichen Tabuzonen angemessen sind.</p>
------	--	---------	------	--

P127		P127.36	E 01	<p>Die 1.000 Meter sollten zudem für neue Standorte (nicht die Bestandsbereiche) durch 650 m ersetzt werden. Denn bereits 650 Meter gehen in der Regel (je nach Standort- und Vorhabenskonstellation) über die ohnehin zu beachtenden Regelungen des Immissionsschutzes und die Regelungen zur optisch bedrängenden Wirkung weit hinaus. Mit 1.000 Metern werden die Anwohnerinteressen gegenüber den u.a. im ROG festgelegten raumordnerischen Vorgaben zum Ausbau Erneuerbarer Energien und zu den regionalökonomischen Interessen am Ausbau übergewichtet.</p> <p>Hier sollte man sich auch einmal an den Standards in anderen Regionen orientieren, denn Standards in Deutschland für die Festlegung komplett neuer Gebiete auf der Ebene der Raumordnung sind nach hiesigem Kenntnisstand eher 500-750 Meter (für die Übernahme vom Bestand noch geringere Werte). Man kann davon ausgehen, dass die hiesigen Anwohner nicht sensibler sind, als diejenigen aus anderen Regionen, so dass sich auch aus diesem Blickwinkel die Frage stellt, warum man deutlich überzogene 1.000 Meter festlegen sollte. Siehe hierzu den Sachlichen Teilplan Energie der Bezirksregierung Münster, Entwurf, Stand 30.06.2014, Seite 5:</p> <p>„Kriterien, die einer Abwägung zugänglich sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> - 600 m um ASB (Anm. des Autors: Allgemeine Siedlungsbereiche) und ASB-Z (Anm. des Autors: Allgemeine Siedlungsbereiche besonderer Zweckbestimmung) - 600 m um Siedlungsflächen von Ortsteilen und Splittersiedlungen“ <p>Siehe auch Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW, Teil 1 – Windenergie, LANUV Fachbericht 40, 2012, S. 50-51:28</p> <p>„5.1.1 Siedlung</p> <p>Im Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) sind Ausweisungen von Gebieten für die Windenergienutzung gemäß WEE 3.2.4.3 nicht zulässig. Aufgrund der Lärmimmission und der bedrängenden Wirkung von WEA werden daher die ASB inklusive eines 600 m-Pufferbereichs im Rahmen der Studie als Ausschlussbereich ausgeschlossen (vgl. Anhang 1). Die Datengrundlage wird den aktuellen Regionalplänen entnommen. (...). Für die Wohnnutzung im Außenbereich wurde ein 450 m-Puffer als Ausschlussbereich festgelegt.“</p>
------	--	---------	------	---

P127		P127.37	E 01	<p>der Rechtsprechung zur optisch bedrängenden Wirkung gehen ohnehin vor. Das heißt, sehr laute und sehr hohe Anlage sind auch dann nicht zulässig, wenn sie z.B. in 660 Metern Entfernung zu Wohnnutzungen und in einem Vorranggebiet realisiert werden sollen. Denn Vorranggebiete müssen nicht maximal ausschöpfbar sein – aber wirtschaftlich nutzbar sein (Stichwort unangemessene Höhenbegrenzung auf nur 100 Meter). Hier kann übertragend auf ein Urteil des OVG NRW zu Vorranggebieten für die Rohstoffgewinnung verwiesen werden (OVG NRW, Urteil vom 20.01.2009, 20 A 2034/06). Siehe daraus das folgende Zitat:</p> <p>„Substantiell kann für die Rohstoffgewinnung auch dann Gelegenheit gegeben sein, wenn nicht die Möglichkeit zu einer in jeder Hinsicht bestmöglichen Rohstoffgewinnung eröffnet wird, sei es, dass ein festgesetzter Abgrabungsbereich nicht in voller Fläche und ohne zeitliche Verzögerungen für die Rohstoffgewinnung genutzt werden kann, sei es, dass die Wirtschaftlichkeit der Rohstoffgewinnung aus sonstigen auf die örtlichen Gegebenheiten zurückgehenden Gründen geschmälert ist. Regelungen zum Schutz von Belangen, die vom Abbau der Bodenschätze betroffen waren, sind damit nicht schlechthin ausgeschlossen, sondern nur insoweit, als sie zur Folge haben, dass sie die Gewährleistung der Rohstoffgewinnung, folglich den substantiellen Kern eines auf Rohstoffgewinnung gerichteten Vorhabens, in Frage stellen. Dass Einschränkungen des Abbaus der Bodenschätze ihrerseits im Rahmen einer Planfeststellung für ein Abgrabungsvorhaben einer ordnungsgemäßen Abwägung bedürfen, ist nicht zweifelhaft, jedoch im vorliegenden Zusammenhang nicht entscheidend. Maßgeblich ist mit Blick auf den H. vielmehr, dass dem Abbau der Bodenschätze eine sonstiges verdrängende Ausschließlichkeit lediglich in dem Sinne beigelegt ist, dass keine Inanspruchnahme der Abgrabungsbereiche für andere Zwecke stattfinden darf, nicht jedoch in dem Sinne, dass auf andere Zwecke keine Rücksicht genommen werden muss. (...)</p> <p>Hierfür ist, wie ausgeführt, notwendig, aber auch ausreichend, dass die als Abgrabungsbereich festgesetzte Fläche für diesen Zweck nicht zuletzt auch wirtschaftlich geeignet bleibt.(...)</p>
------	--	---------	------	--

P127		P127.38	E 01	<p>In diesem Kontext ist anzumerken, dass dem Windenergiekonzept der Regionalplanung ein ganz gravierender Fehler bei der Trennung in harte und weiche Tabuzonen zugrunde liegt: Der Konzeptgeber nimmt 420 m als hartes Tabu an und leitet dies daraus ab, dass die höchste bekannte Anlage 210 Meter hoch sei (Begründung/Erläuterung, S. 7) und die optisch bedrängende Wirkung gemäß der Rechtsprechung des OVG NRW (Beschluss vom 24.06.2010, 8 A 2764/09) bei unter der zweifachen Anlagenhöhe zweifelsfrei gegeben sei. Harte Tabus können jedoch nach der Rechtsprechung des BVerwG nur angenommen werden, wenn tatsächliche oder rechtliche Gründe einer WEA-Errichtung oder -planung dort zwingend entgegen stehen. Der Konzeptgeber des RROP-Entwurfs sieht selber aber Regelungen für Anlagen bis 100 Metern vor und unterstellt somit, dass diese errichtbar und ggf. auch raumbedeutsam sind. Dann beträgt die für ein hartes Tabu anzunehmende zweifache Anlagenhöhe aber maximal 200 Meter (zweifache Höhe einer 100 m hohen Anlage) und keinesfalls 420 Meter. Selbst bei realistischeren mindestens 150 Metern für neue Anlagen käme man hier nur auf 300 Meter. Auch bundesweit zeigt die Genehmigungspraxis, dass Anlagen bei weit unter 420 Metern Abstand zu Wohnnutzungen im Außenbereich auch heute noch errichtet werden. Dieser eindeutige planungsrechtliche Fehler bezüglich der Ermittlung der harten Tabuzonen ist von den Flächenanteilen her sehr gravierend, so dass bereits deswegen eine erneute Planüberarbeitung und Verfahrens- und Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß ROG notwendig ist. Andernfalls ist mit einem Scheitern des RROP vor Gericht bereits aufgrund dieses Fehlers mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu rechnen.</p>
P127		P127.39	E 01	<p>Die Regionalplanung muss Abstände im Übrigen ohnehin nicht für den Worst-Case der Anlagenkonfiguration festlegen. Hier reicht das ganz normale Fachrecht – insb. das Immissionsschutzrecht vollkommen aus – das auch für andere Wirtschaftsbereiche angewendet wird.</p>

P127		P127.40	E 01	<p>Mit einer in dieser Stellungnahme vorgeschlagenen zweigeteilten Gewichtung mit den 500 und 650 Metern ist zudem der kommunalen Planungshoheit hinreichend Rechnung zu tragen. Diese angemessene Berücksichtigung der kommunalen Planungshoheit ist bei den pauschalen 1.000 Metern ganz offenkundig nicht der Fall. Denn die betreffenden Kommunen haben sich im Falle von FNP-Konzentrationszonen bewusst dafür entschieden, dass sich auf diese Flächen die Windkraftnutzung in ihrer Kommune entfalten soll. Dem gräbt die Regionalplanung mit dem RROP aber aufgrund der vorstehenden genannten Zusammenhänge (EEG reflektiert Anlagenentwicklung und Standorte, auf denen nur Anlagen von bis 100 Metern zulässig sind, haben mittelfristig voraussichtlich wenig bis keine Repowering-Perspektiven) mit einer unsachgemäßen Übergewichtung des Anwohnerschutzes das Wasser bzw. die raumordnerische Grundlage ab.</p>
------	--	---------	------	--

P127		P127.41	A	<p>Raumordnungsgesetz (ROG) verankerte Gegenstromprinzip missachtet: „Die Entwicklung, Ordnung und Sicherung der Teilräume soll sich in die Gegebenheiten und Erfordernisse des Gesamtraums einfügen; die Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Gesamtraums soll die Gegebenheiten und Erfordernisse seiner Teilräume berücksichtigen (Gegenstromprinzip).“ Siehe auch die nachfolgenden Ausführungen im Urteil des VGH Kassel vom 10.05.2012, 4 C 841/11.N:</p> <p>„Das Gegenstromprinzip ist ein raumordnerisches Prinzip, das die wechselseitige Beeinflussung von örtlicher und überörtlicher, von regionaler und überregionaler Planung kennzeichnet. Hiernach sollen sich die Planungen und Maßnahmen der Teilräume in die Gegebenheiten und Erfordernisse des Gesamtraums einfügen; umgekehrt soll der Gesamtraum bei seinen Planungen und Maßnahmen die Gegebenheiten und Erfordernisse seiner Teilräume berücksichtigen. Damit zeigt sich aber auch das Verhältnis der Planungsebenen zueinander. Während sich die unterstufige Planung in die höherstufige einfügen muss, ist die höherstufige Planung (nur) gehalten, die unterstufige Planung zu berücksichtigen; das Primat hat insoweit die höherstufige Planung (s. Dallhammer, in: Cholewa/Dyong/von der Heide/Arenz, Raumordnung in Bund und Ländern, Kommentar zum ROG 1998, Stand November 2011, Band 1, § 7 Rn 168). Der materielle Gehalt des Gegenstromprinzips in Form eines Rücksichtnahmegebots als grundlegendes Planungsprinzip, das bei Planungen und Maßnahmen auf der Ebene des Gesamtraumes Anwendung zu finden hat, besteht darin, dass grundsätzlich von der Eigenständigkeit der Planungen und Maßnahmen des Teilraumes auszugehen ist, so dass gegenüber den Teilräumen insbesondere die Unterrichts-, Mitteilungs-, Abstimmungs- und Beteiligungsrechte intensiv wahrgenommen, das heißt ernst genommen werden müssen. Es müssen vor allem deren Planungen und Maßnahmen im Zuge der Zusammenstellung des Abwägungsmaterials ermittelt und eingestellt werden. Allerdings erschöpft sich das Rücksichtnahmegebot hierin nicht allein. Da es das originäre Recht der Teilräume ist, ihre „Erfordernisse“ und „Gegebenheiten“ unter Beachtung des geltenden Rechts selbst zu regeln, folgt aus dem Gebot der Rücksichtnahme zwar kein Bestandsschutz, aber eine besonders</p>
------	--	---------	---	--

P127		P127.42	E 01	<p>Abschließend ist eines auch mit Blick auf die regionale und lokale Politik klar festzustellen: Die 1.000 Meter sind auf keinen Fall raumordnerisch in dieser Dimension zwingend festzulegende Werte. Der Kreistag als Plangeber kann hier ohne Weiteres deutlich geringere Werte ansetzen, als von der Verwaltung im Entwurf des RROP vorgeschlagen. Dies wird vermutlich auch die Kreisverwaltung als untere Landesplanungsbehörde nicht bestreiten. Der Kreistag muss nach hiesiger Rechtauffassung auch einen anderen Weg – eher den gemäß Anregung 1 – gehen, als denjenigen welchen die Kreisverwaltung derzeit im Entwurf konzipiert hat. Denn die 1.000 Meter sind nach dem vorstehend ausgeführten Sachverhalten als klare Abwägungsfehleinschätzung oder -disproportionalität zu werten – mindestens im Hinblick auf den Umgang mit Bestandsbereichen. Eine solche Abwägungsfehleinschätzung oder -disproportionalität würde dann ggf. auf gerichtlichem Wege zur erneuten Nichtigkeit des RROP führen (falls der Plan so überhaupt genehmigt wird).</p>
P127		P127.43	A	<p>Es ist zu hoffen, dass die untere Landesplanungsbehörde / die Kreisverwaltung von sich aus die erforderlichen Entwurfskorrekturen vornimmt und dem Kreistag als Plangeber vorschlägt. Anlass für die vorstehenden beiden Absätze ist jedoch, dass in der regionalen Presse bereits während (!) der laufenden Beteiligung „Gegenreden“ aus der Spitze des Kreishauses gegen einen angemesseneren Umgang mit den Bestandsgebieten zu lesen waren. Dabei ist es im Planungsrecht eigentlich eine der Grundregeln, dass der Gesamtabwägung nicht vorgegriffen werden darf. Erst müssen alle Argumente eingeholt werden und dann schlägt man einen angemessenen Umgang damit vor und ändert dabei den Plan dort, wo es sachgerecht ist. Anders ausgedrückt: Beteiligungsprozesse sind vom Gesetzgeber als Instrument zur Verbesserung der Planung gedacht. Es geht nicht darum, seinen Planentwurf gegen jede Änderungen zu verteidigen – und erst recht nicht während der Beteiligungszeiträume.</p>

P127		P127.44	E 01	<p><u>Regelungen auf a) der Ebene der weichen Tabukriterien und b) der Ebene der Potenzialflächenbewertung</u></p> <p>(Anregung ist alternativ zur Anregung 1 zu sehen – wobei Anregung 1 zu bevorzugen ist)</p> <p>Der pauschale Abstand von 1.000 Metern als weiches Tabu soll gestrichen werden und durch die folgenden beiden auf verschiedenen Stufen im Planungsprozess anzuwendenden Kriterien ersetzt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - 500 m um Ortslagenflächen auf der Ebene der Tabuflächenbewertung als weiches Tabukriterium im gesamten Planungsraum anwenden - 650 m um Ortslagenflächen auf der nachgelagerten Ebene der Potenzialflächenbewertung – d.h. erst nach Abzug der harten und weichen Tabuzonen – anwenden für alle Bereiche in mindestens 650 m Abstand zu Bereichen, die zum Stichtag 01.08.2014 als Vorranggebiete für die Windenergie im geltenden RROP oder in Flächennutzungsplänen als Windkraftzonen dargestellt waren (Bestandsbereiche). <p>(alternativ – wie oben – wieder jeweils 1.000 m bei diesem zweiten Kriterium)</p> <p>Raumordnerische Begründung</p> <p>Hier wird zunächst auf die vorstehenden Ausführungen zur Begründung der Anregung 1 verwiesen. Diese gelten übertragend.</p> <p>Falls die untere Landesplanungsbehörde oder der Kreistag jedoch – entgegen der in der Begründung zur Anregung 1 dargelegten Rechtslage – meinen, dass weiche Tabukriterien nicht räumlich differenziert angewendet werden dürfen, so steht dies einer Konzeptänderung mit gleichen Ergebnissen wie bei Anregung 1 dennoch nicht entgegen.</p> <p>Denn dann kann man gemäß der obigen Alternative a zur Anregung 1 schlicht eine Aufsplittung der Abstände zu Wohnbebauungen in Regelungen auf a) der Ebene der weichen Tabukriterien und b) der nachfolgenden Ebene der Potenzialflächenbewertung vorsehen. Auf der Ebene der weichen Tabukriterien wählt man dann ein weniger weitreichendes Kriterium (500 m), dass man daher sachgerecht im ganzen Planungsraum anwenden kann, ohne dass man dadurch in Teilräumen mit besonderen Abwägungsbedingungen – hier: Bestandsbereiche – zu große und nicht zu rechtfertigende Tabuflächen kreiert.</p>
------	--	---------	------	--

P127		P127.45	B 10	<p><u>Anregung 2: Keine Festlegung von vorhabensbezogenen Anlagenhöhen auf der Ebene der abstrakten und großmaßstäbigen Regionalplanung</u></p> <p>Nr. 10, Satz 4 aus Kapitel 4.2.2 des RROP Entwurfs ist zu streichen.</p> <p><u>Raumordnerische Begründung</u></p> <p>Nr. 10, Satz 4 aus Kapitel 4.2.2 des RROP Entwurfs gibt eine pauschale regionalplanerische Höhenbegrenzung vor. Dies ist auf der Ebene der Raumordnung nicht notwendig und unsachgemäß. Denn dies kann die Bauleitplanung autonom regeln und bereits aufgrund des Subsidiaritätsprinzips ist dies die angemessene Ebene.</p>
P127		P127.46	B 10	<p>Zudem laufen Höhenbegrenzungen tendenziell der Zielsetzung des § 2 ROG (Grundsatzvorgaben) entgegen, wonach die Grundlagen für den Ausbau der erneuerbaren Energien geschaffen werden sollen. Denn Höhenbeschränkungen mindern die Möglichkeiten der Ausnutzung erneuerbarer Energien.</p>
P127		P127.47	B 10	<p>Vor allem lassen sich Höhenbeschränkungen bereits gemäß der aktuellen Rechtsprechung ohnehin nicht pauschal, sondern allenfalls ortsbezogen unter Berücksichtigung der lokalen städtebaulichen Belange festlegen. Die Ebene dafür ist die kommunale Bauleitplanung der Städte und Gemeinden und nicht das RROP Cuxhaven. Das VG Stade hat dazu im Urteil vom 14.09.2011, 2 A 866/10 ausgeführt:</p> <p>(es erfolgt eine 4 1/2-seitige Zitierung aus dem benannten Urteil)</p>
P127		P127.48	B 10	<p>Selbst wenn man die abwegige gegenteilige Position vertreten würde, d.h. Höhenbegrenzungen der Art des RROP Cuxhaven für theoretisch zulässig erachten würde, ändert dies nichts daran, dass diese spätestens auf der Ebene der Abwägung nicht vorgesehen werden können, denn hier sprechen das Subsidiaritätsprinzip und die Vermeidung der Behinderung des Ausbaus erneuerbarer Energien vom Gewicht her zu klar dagegen.</p>

P127		P127.49	B 10	<p>Hinzu kommt, dass angesichts der – für die rechtlich maßgeblichen heutigen Verhältnisse –extrem geringen Höhe von 100 Metern im Entwurf des RROP Cuxhaven das Ende lokaler Betriebe (Windparks) droht, wenn ein Repowering durch effizientere hohe neue Großanlagen aufgrund des Endes der Laufzeit der Altanlagen ansteht. Hier ist noch einmal auf die Ausführungen bei Anregung 1 zu verweisen. Dem wird die Abwägung beim Entwurf des RROP Cuxhaven u.a. bezüglich der Nr. 10, Satz 4 aus Kapitel 4.2.2 des RROP Entwurfs raumordnungsrechtlich in keinster Weise gerecht.</p> <p>Das machen die kritischen Ausführungen des BVerwG im bereits bei Anregung 1 zitierten Beschluss 4 BN 65.09 des BVerwG vom 29.03.2010 deutlich, die auch auf dem Repowering klar entgegen stehende Höhenbegrenzungen übertragbar sind. Sie werden daher auch bei dieser Anregung 2 noch einmal zitiert:</p> <p>[es erfolgt die bereits in P127.25 dargestellte Zitierung aus dem Urteil]</p>
P127		P127.50	B 10	<p>In Bezug auf die notwendige hinreichende Eröffnung von Repowering-Potenzialen ist ferner die Grundrechtsrelevanz im Hinblick auf die Berufsausübung von Vorhabenträgern (hier Windparkbetreiber) nach Art. 12 Abs. 1 GG und die Eigentumsgarantie von Grundstückseigentümern nach Art. 14 Abs. 1 GG als gewichtiger Belang zu nennen. Hier können die korrespondierenden Ausführungen im Urteil des OVG Münster vom 26.09.2013, 16 A 1294/08 auf die Thematik Windenergie übertragen werden.</p>

P127		P127.51	B 10	<p>Nicht ohne Grund fährt die Regionalplanung Stade inzwischen eine im Vergleich zum Entwurf des RROP Cuxhaven gänzlich andere Linie und sieht Höhenbegrenzungen offenkundig allenfalls als ein Thema auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung und nicht der Regionalplanung. Siehe dazu Landkreis Stade - Regionales Raumordnungsprogramm, 2013, Abgrenzung der Vorranggebiete Windenergienutzung im Landkreis Stade, Dokumentation des Planungsprozesses, Stand: 18.03.2014, 2014, S. 49:32</p> <p>„5.2 Höhenbegrenzung</p> <p>In den Vorranggebieten wird keine allgemeine Höhenbegrenzung festgelegt. Die Ausrichtung auf Anlagenhöhen der 3 MW-Klasse eröffnet den Gemeinden / Samtgemeinden den Spielraum, aus städtebaulichen Gründen die Anlagenhöhe durch ihre Bauleitplanung standörtlich zu konkretisieren.“</p> <p>Der Landkreis Cuxhaven sollte hier dem Beispiel des Nachbarkreises folgen und auch den hiesigen Städten und Gemeinden diese Aufgabe überlassen.</p>
P127		P127.52	B 10	<p>Regionalplanungsträger gehen aber zum Teil noch weiter. So sieht der im Juni 2014 vom Regionalrat Düsseldorf mit breiter Mehrheit als Entwurf beschlossene Regionalplan nicht nur ebenfalls keine Maximalhöhenvorgaben vor, sondern in Kapitel 5.5.1 stattdessen folgende progressive Grundsatzvorgabe mit Zielrichtung kommunale Bauleitplanung, die u.a. der raumverträglichen Ausnutzung des Energiepotenzials dient:</p> <p>„(G2) Höhenbegrenzungen für Windkraftanlagen sollen höchstens auf Standorten vorgesehen werden, auf denen rechtliche Vorgaben oder besondere städtebauliche Gründe dies erfordern.“</p> <p>Das heißt, die dortige Regionalplanung sieht im Entwurf nicht nur – gänzlich anders, als beim Entwurf des RROP-Cuxhaven – selber keinerlei regionalplanerische Höhenbegrenzungen vor, sondern strebt ab, dass auch die Kommunen mit diesem Instrument in der kommunalen Bauleitplanung zurückhaltend umgehen (Raumeffiziente Nutzung der regionalen energetischen Potenziale). In den korrespondierenden Erläuterungen wird ausgeführt, dass der Grundsatz dazu beitragen soll, dass die räumlichen Möglichkeiten der Windkraftnutzung möglichst effizient und flächensparend genutzt werden.</p>

P127		P127.53	B 10	<p>Erneut sei hier auch aus dem geltenden Windenergieerlass NRW zitiert, der bereits im Jahr 2011 – inzwischen ist die Entwicklung der Anlagenhöhen noch weiter fortgeschritten – in Kapitel 4.4.3 folgende Aussage enthielt – und weiterhin enthält:</p> <p>[es folgt das in P127.6 benannte Zitat]</p>
P127		P127.54	B 10	<p>Wiederholt seien an dieser Stelle auch die einleitenden Ausführungen zur Erforderlichkeit hoher Anlagen:</p> <p>Die Anlagenentwicklung geht seit langem bundesweit in Richtung von Anlagen mit deutlich über 100 Metern Gesamthöhe, da dies Kosten senkt. Diese Markt- und Höhenentwicklung wird sukzessive über die Regelungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) nachvollzogen. Insoweit ist davon auszugehen, dass hiesige Bestandsstandorte mittelfristig bei einem – in der Fachwelt und Politik weit überwiegend gewünschten – Repowering keine auskömmliche Vergütung mehr bekommen, wenn dort nur Repowering-Anlagen bis 100 Metern Höhe errichtet werden können. Denn der Gesetzgeber unterstellt, dass Planungsträger in Wahrnehmung ihrer entsprechenden Verantwortung den Betrieben immer marktübliche effiziente und hohe Anlagen ermöglichen, soweit dies fachrechtlich möglich ist.</p> <p>Dabei hilft auch die hiesige relative Windgunst nicht, denn die Vergütungshöhe des EEG wird regional nach Windgunst differenziert, um Überförderungen zu vermeiden. Das heißt, in eher windstarken Regionen (wobei z.B. Ost- und Nordfriesland ohnehin viel windstärker sind, als das Cuxland) wird insgesamt schlechter vergütet. Man benötigt also auch hier die üblichen Anlagenhöhen, um wirtschaftlich arbeiten zu können.</p>

P127		P127.55	B 10	<p>Auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund macht in seiner Dokumentation Nummer 111 deutlich, dass Höhenbegrenzungen kritisch sind. Es wird danach klar, dass sie nicht so pauschalisierend festgelegt werden dürfen, wie im RROP-Entwurf und dass dies höchstens im standörtlich begründeten lokalen Einzelfall auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung unter Berücksichtigung der standörtlichen städtebaulichen Erfordernisse (z.B. angrenzende kulturhistorisch bedeutende Siedlung mit denkmalgeschützter Silhouette) angezeigt sein kann. Unter anderem heißt es hier:</p> <p>„Höhenbegrenzungen bedürfen sorgfältiger Prüfung und Abwägung: Unter Berücksichtigung der nachfolgend (C 3.3.2) dargelegten Gesichtspunkte kommen in vielen Fällen Höhenbegrenzungen für Windenergieanlagen nicht in Betracht oder es kann auf sie verzichtet werden, weil nachteilige Auswirkungen durch bestimmte Maßnahmen vermieden oder ausgeschlossen werden können. Die Festlegung von Höhenbegrenzungen bedarf daher besonderer Begründung und ist in der Begründung von Flächennutzungsplan und Bebauungsplan darzulegen (vgl. §§ 2 a, 5 Abs. 5 und § 9 Abs. 8 BauGB). (...)</p> <p>3.3.2 Zu den unterschiedlichen Aspekten zum Thema Höhenbegrenzungen Zu den Anforderungen moderner Windenergieanlagen an große Höhen: Die heutige Technik ermöglicht Windenergieanlagen mit Gesamthöhen von 140 bis 200 Metern. Windenergieanlagen mit großer Höhe produzieren an gleichen Standorten erheblich mehr Strom als kleinere Anlagen. Sie können auch an Standorten eingesetzt werden, die für kleinere Anlagen zu wenig windhöffig wären.</p> <p>Für die planerische Entscheidung sind daher von Bedeutung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - höhere Stromerzeugung als erhöhter Beitrag zur Nutzung erneuerbarer Energien, - höhere Wirtschaftlichkeit von Windenergieanlagen mit großer Höhe durch höhere Erträge, - effiziente Nutzung von Windenergie an den ausgewiesenen Standorten durch Windenergieanlagen mit großer Höhe, - im Rahmen des Repowering erhebliche Erhöhung der Stromerzeugung im Vergleich zu den ersetzten Altanlagen.(...)“
------	--	---------	------	--

P127		P127.56	B 10	Selbst wenn man dann standörtlich auf der Ebene der Bauleitplanung Höhenfestlegungen vornimmt, müssen diese auch mittel- und langfristig einen wirtschaftlichen Betrieb ermöglichen. Ansonsten fehlt planungsrechtlich das nötige „Erfordernis“ der Windenergieplanung, denn sie wäre nicht umsetzbar. 100 Meter sind daher angesichts der vorstehenden Ausführungen selbst bei standörtlich besonderen Gründen für Höhenbegrenzungen (z.B. Denkmalschutz) deutlich zu niedrig.
P127		P127.57	B 10	Hierzu sei auch aus der Veröffentlichung „Wirtschaftlichkeit von Standorten für die Windenergienutzung - Untersuchung der wesentlichen Einflussparameter“ vom April 2012 im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) zitiert: [es erfolgt ein drei-seitiger Auszug aus dem benannten Papier]
P127		P127.58	B 10	Dass die bisher im Entwurf vorgesehene Regelung in Nr. 10 Satz 4 aus Kapitel 4.2.2 des RROP-Entwurfs nicht sachgerecht und somit raumordnungsrechtlich nicht zu halten ist, verdeutlicht zudem folgendes Beispiel: In einem Abstand von 990 Metern zu Wohnbebauungen ist selbst eine nur 110 m hohe Anlage gemäß RROP-Entwurf unzulässig. Bei 1.000 Metern sind jedoch 210 Meter hohe Anlagen zulässig. Hier ist offensichtlich, dass die 210 Meter hohen Anlagen in einer Entfernung von 1.000 Metern für die Anwohner negativer zu bewerten sind, als die 110 Meter hohe Anlage in einer Entfernung von 990 Meter (wenngleich sicherlich ohne Weiteres die 210 und die 110 Meter Anlage beide raumordnerisch von der Höhe her regelmäßig verträglich sind). Diese bisher im RROP-Entwurf enthaltene Regelung dürfte den Regionalplan im Falle einer gerichtlichen Überprüfung erneut zum „Kippen“ bringen.

P127		P127.59	B 10	<p><u>Alternative a zur Anregung 2: Differenzierte Regelung zu Höhen in Kapitel 4.2.2, Nr. 10, die zumindest den Bestand angemessen berücksichtigt</u> (Anregung ist alternativ zur Anregung 2 zu sehen – wobei Anregung 2 zu bevorzugen ist)</p> <p>Nr. 10, Satz 4 aus Kapitel 4.2.2 des RROP Entwurfs ist durch den folgenden unmittelbar anschließenden Satz zu ergänzen.</p> <p>„⁵ Dies gilt nicht für Bereiche, die zum Stichtag 01.08.2014 als Vorranggebiete für die Windenergie im geltenden RROP oder in Flächennutzungsplänen als Windkraftzonen dargestellt waren (Bestandsbereiche).“</p> <p>Raumordnerische Begründung</p> <p>Hier wird zunächst auf die vorstehenden Ausführungen zur Begründung der Anregung 2 verwiesen. Diese gelten übertragend. Falls die untere Landesplanungsbehörde oder der Kreistag als Plangeber Höhenregelungen jedoch nicht gänzlich – wie eigentlich angemessen – den Kommunen überlassen will, wird hier zumindest für die Bestandsbereiche eine angemessenere Regelung getroffen. Diese ist gerechtfertigt durch die in der Begründung der Anregung 1 dargelegte besondere raumordnerische Relevanz des Bestandes. Es verbleiben aber generelle Bedenken gegen Höhenfestlegungen auf der Ebene der Regionalplanung gemäß den Darlegungen in der Begründung der Anregung 2.</p>
------	--	---------	------	---

P127		P127.60	B 10	<p><u>Alternative b zur Anregung 2: Differenzierte Regelung zu Höhen in Kapitel 4.2.2, Nr. 10, die zumindest den Bestand und die notwendigen Anlagenhöhen etwas angemessener berücksichtigt</u></p> <p>(Anregung ist alternativ zur Anregung 2 zu sehen – wobei Anregung 2 zu bevorzugen ist)</p> <p>Nr. 10, Satz 4 aus Kapitel 4.2.2 des RROP Entwurfs ist durch den folgenden unmittelbar anschließenden Satz zu ergänzen.</p> <p>„⁵ Dies gilt nicht für Bereiche, die zum Stichtag 01.08.2014 als Vorranggebiete für die Windenergie im geltenden RROP oder in Flächennutzungsplänen als Windkraftzonen dargestellt waren (Bestandsbereiche); in diesen Gebieten wird die Höhe auf maximal 150 Meter begrenzt.“</p> <p>(weitere Alternative: „⁵ Dies gilt nicht für Bereiche, die zum Stichtag 01.08.2014 als Vorranggebiete für die Windenergie im geltenden RROP oder in Flächennutzungsplänen als Windkraftzonen dargestellt waren (Bestandsbereiche); in diesen Gebieten wird die Höhe auf eine Nabenhöhe von maximal 100 Metern begrenzt.“)</p> <p><u>Raumordnerische Begründung</u></p> <p>Hier wird zunächst auf die vorstehenden Ausführungen zur Begründung der Anregungen 2 und Alternative a zur Anregung 2 verwiesen (u.a. Thema Bestandsschutz). Falls die untere Landesplanungsbehörde oder der Kreistag als Plangeber nicht so weit gehen will, wie in Anregung 2 vorgeschlagen, wird die Höhenbegrenzungen angesichts des besonderen Gewichtes des Bestandsschutzes jedoch zumindest auf eine Höhe von 150 Metern festgelegt, die der Anlagen und Höhenentwicklung und den wirtschaftlichen Erfordernissen stärker Rechnung trägt, als die inzwischen viel zu niedrigen 100 Meter (nötige Anpassung der Raumordnung an die Anlagen- und Höhenentwicklung). Es verbleiben aber generelle Bedenken gegen Höhenfestlegungen auf der Ebene der Regionalplanung gemäß den Darlegungen in der Begründung der Anregung 2.</p>
------	--	---------	------	---

P127		P127.61	B 10	<p><u>Alternative c zur Anregung 2: Generell geänderte Höhenvorgabe in Kapitel 4.2.2, Nr. 10, Satz 4, die der Anlagen- und Höhenentwicklung und den wirtschaftlichen Erfordernissen stärker Rechnung trägt</u></p> <p>(Anregung ist alternativ zur Anregung 2 zu sehen – wobei Anregung 2 zu bevorzugen ist)</p> <p>Die Höhe in Nr. 10, Satz 4 aus Kapitel 4.2.2 des RROP Entwurfs ist statt auf „100“ auf „150“ Meter festzulegen.</p> <p>(weitere Alternative: Änderung auf 100 m Nabenhöhe⁴¹, statt wie bisher auf 100 m Anlagenhöhe)</p> <p><u>Raumordnerische Begründung</u></p> <p>Hier wird zunächst auf die vorstehenden Ausführungen zur Begründung der Anregungen 2 und Alternative a zur Anregung 2 verwiesen. Falls die untere Landesplanungsbehörde oder der Kreistag als Plangeber nicht so weit gehen will, wie in Anregung 2 vorgeschlagen, wird zumindest eine Höhe festgelegt, die der Anlagen- und Höhenentwicklung und den wirtschaftlichen Erfordernissen stärker Rechnung trägt.</p> <p>Im Gegensatz zur Alternative C zur Anregung 2 wird hier eine generelle Anpassung vorgesehen, die nicht nur die Bestandsbereiche erfasst. Diese Alternative C ist im Vergleich zu B auch die sachgemäßere, weitreichendere Variante.</p> <p>Dabei ist anzumerken, dass die bisherige Höhenvorgabe von 100 Metern mindestens inzwischen nicht mehr wirtschaftlich ist und ihr eine hinreichende raumordnerische Begründung gänzlich fehlt. Denn bei einer solch geringen Höhe sind die Auswirkungen auf die einzelnen Standorte erst recht differenziert in die Abwägung einzustellen.</p> <p>Je stärker eine raumordnerische Vorgabe in Raumnutzungsmöglichkeiten eingreift, desto stärker ist sie zu hinterfragen und zu begründen. Daran scheitert die aktuelle Vorgabe im RROP-Entwurf klar.</p> <p>Es verbleiben aber generelle Bedenken gegen Höhenfestlegungen auf der Ebene der Regionalplanung gemäß den Darlegungen in der Begründung der Anregung 2.</p>
------	--	---------	------	--

P127		P127.62	B 10	<p><u>Alternative d zur Anregung 2: Räumlich differenziertere Höhenvorgabe, die der Anlagen und Höhenentwicklung und den wirtschaftlichen Erfordernissen stärker Rechnung trägt</u></p> <p>(Anregung ist alternativ zur Anregung 2 zu sehen – wobei Anregung 2 zu bevorzugen ist)</p> <p>Nr. 10, Satz 4 aus Kapitel 4.2.2 des RROP Entwurfs ist durch folgenden Satz zu ersetzen: „⁴ Je angefangener 100 Meter Abstand zu Ortslagen ist eine Anlagenhöhe von maximal 30 Metern zulässig.“</p> <p>In der Erläuterung ist dazu folgendes Rechenbeispiel aufzunehmen: „Satz 4 bedeutet, dass bei einer Entfernung von 610 Metern zu Ortslagen eine Anlagenhöhe von maximal 150 Metern zulässig ist (sechs Mal dreißig Meter = 150 Meter).“</p>
P127		P127.63	B 10	<p><u>Raumordnerische Begründung</u></p> <p>Hier wird zunächst auf die vorstehenden Ausführungen zur Begründung der Anregungen 2 und Alternative a und b zur Anregung 2 verwiesen. Falls die untere Landesplanungsbehörde oder der Kreistag als Plangeber nicht so weit gehen will, wie in Anregung 2 vorgeschlagen, wird eine differenzierte Abstandsregelung vorgesehen, die der Anlagen- und Höhenentwicklung und den wirtschaftlichen Erfordernissen stärker Rechnung trägt.</p> <p>Dabei geht die Vorgabe deutlich über die fachrechtlichen Erfordernisse hinaus. Denn die Rechtsprechung zur optisch bedrängenden Wirkung geht davon aus, dass von einer optisch bedrängenden Wirkung bei einem Abstand von unter der zweifachen Anlagengesamthöhe auszugehen ist, nicht aber bei einem Abstand von über der dreifachen Anlagengesamthöhe.</p> <p>Bei einer 150 Meter hohen WEA kann danach bei 300 Metern Abstand zu Wohnnutzungen nur eventuell (u.a. eine Frage der Ausrichtung von Wohnräumen), bei 450 Metern Abstand aber mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass der Abstand hinsichtlich der Frage der bedrängenden Wirkung ausreichend ist. Satz 4 würde jedoch bedeuten, dass für eine 150 Meter hohe Anlage mindestens 600 Meter Abstand einzuhalten sind.</p>

P127		P127.64	B 10	<p>Die von der konkreten Anlage und den Sonderbedingungen des Standortes abhängigen Abstandserfordernisse aufgrund der Immissionssituation (Lärm, Frage schallreduzierten Nachbetriebs etc.) bleiben ohnehin unberührt. Diese werden generell nicht durch raumordnerische Vorgaben eingeschränkt. Hier gilt z.B. die TA Lärm wie für jeden anderen Wirtschaftsbetrieb auch.</p> <p>Zur Lärmthematik ist dabei Folgendes an dieser Stelle relativierend anzumerken: „Normale“ Betriebe können die maßgeblichen Immissionswerte unmittelbar hinter dem „Gartenzaun“ der Nachbarn das ganze Jahr über für die Produktion ausschöpfen. Windenergieanlagen (WEA) erreichen die gleichen zulässigen Werte aber nur selten im Jahr. Denn dafür muss der Wind genau in die betreffende Richtungen mit einer ungünstigen Windgeschwindigkeit wehen. Insoweit ist die Lärmproblematik bei WEA deutlich reduziert.</p>
P127		P127.65	B 10	<p>Für Einzelhäuser im Außenbereich sind keine regionalplanerischen Höhen- bzw. Abstandsfestlegungen nötig. Hier regelt das Immissionsschutzrecht die erforderlichen Abstände (Immissionen, optisch bedrängende Wirkung etc.) hinreichend. Denn dies sind nur wenige Personen und die Rechtsprechung sieht für Wohnnutzungen im Außenbereich angesichts konkurrierender Nutzungsinteressen ohnehin einen geringeren Schutzanspruch als gegeben an.</p>
P127		P127.66	B 10	<p>Dabei ist auch hier anzumerken, dass die bisherige Höhengvorgabe von 100 Metern nicht (mehr) wirtschaftlich ist – weder für Repowering-Anlagen noch für ganz neue Anlagenstandorte – und ihr eine hinreichende raumordnerische Begründung gänzlich fehlt. Denn bei einer solch geringen Höhe sind die Auswirkungen auf die einzelnen Standorte erst recht differenziert in die Abwägung einzustellen.</p> <p>Je stärker eine raumordnerische Vorgabe in Raumnutzungsmöglichkeiten eingreift, desto stärker ist sie zu hinterfragen und zu begründen. Daran scheitert die aktuelle Vorgabe im RROP-Entwurf klar.</p>

P127		P127.67	B 10	<p>Da es bei der Alternative d zur Anregung 2 um eine differenzierte Regelung geht, ist hier noch einmal (siehe auch die Begründung zur Anregung 2) zu verdeutlichen, wie undifferenziert die bisher im Entwurf vorgesehene Regelung in Nr. 10 Satz 4 aus Kapitel 4.2.2 des RROP-Entwurfs ist: In einem Abstand von 990 Metern zu Wohnbebauungen ist selbst eine nur 110 m hohe Anlage danach unzulässig. Bei 1.000 Metern sind jedoch 210 Meter hohe Anlagen zulässig. Hier ist offensichtlich, dass die 210 Meter hohen Anlagen für die Anwohner negativer zu bewerten sind, als die 110 Meter hohe Anlage (wenngleich sicherlich ohne Weiteres die 210 m und die 110 m Anlage raumordnerisch regelmäßig verträglich sind). Diese Regelung dürfte den Regionalplan im Falle einer gerichtlichen Überprüfung zum Kippen bringen.</p> <p>Es verbleiben aber generelle Bedenken gegen Höhenfestlegungen auf der Ebene der Regionalplanung gemäß den Darlegungen in der Begründung der Anregung 2.</p>
------	--	---------	------	--

P127		P127.68	B 10	<p><u>Alternative e zur Anregung 2: Umwandlung von Nr. 10, Satz 4 aus Kapitel 4.2.2 des RROP Entwurfs in einen Grundsatz</u></p> <p>(Anregung ist alternativ zur Anregung 2 zu sehen – wobei Anregung 2 zu bevorzugen ist)</p> <p>Nr. 10, Satz 4 aus Kapitel 4.2.2 des RROP Entwurfs ist wie folgt in einen Grundsatz – statt eines Ziels – umzuwandeln.</p> <p>„⁴ In den Flächennutzungsplänen sollen Regelungen vorgesehen werden, die sicherstellen, dass von Anlagen mit über 100 Metern in der Regel ein Mindestabstand von 1.000 m zu Ortslagen und 500 m zu Einzelhäusern eingehalten wird; bei bestehenden FNP Darstellungen, aus Gründen der Wirtschaftlichkeit oder aus wichtigen städtebaulichen Gründen können jedoch abweichende Regelungen vorgesehen werden.“</p> <p><u>Raumordnerische Begründung</u></p> <p>Hier wird zunächst auf die vorstehenden Ausführungen zur Begründung der Anregungen 2 und Alternative a zur Anregung 2 verwiesen. Falls die untere Landesplanungsbehörde oder der Kreistag als Plangeber nicht so weit gehen will, wie in Anregung 2 vorgeschlagen, wird für die Höhenbegrenzungen angesichts des besonderen Gewichtes des Bestandsschutzes jedoch zumindest eine moderatere Regelung festgelegt, die als Grundsatz der Raumordnung im Sinne des § 3 ROG den Kommunen mehr Spielräume für eine sachgemäße Berücksichtigung der Anlagen und Höhenentwicklung und der wirtschaftlichen Erfordernisse lässt. Anregung 2 und – abgeschwächt – die Alternativen a-d zur Anregung 2 sind aber raumordnerisch deutlich angemessener als Alternative e zur Anregung 2.</p>
------	--	---------	------	---

P127		P127.69	E 01	<p><u>Anregung 3: Verzicht auf pauschale Abstände zwischen Windparks und stattdessen sachgerechte Einzelfallabwägung</u></p> <p>Die pauschalen Abstände zwischen Windparks sind komplett zu streichen und durch eine standörtliche Einzelfallbetrachtung auf der Ebene der Potenzialflächenbewertung zu ersetzen.</p> <p>Raumordnerische Begründung</p> <p>Der aktuelle Stand der Diskussion in der Fachwelt sieht pauschale Abstände zwischen Parks zu recht sehr kritisch. Hier sei exemplarisch Runge zitiert: „Die Vorschrift eines mit traditionell großen Vorsorgemargen versehenen Abstands zwischen Windparks (5 km) führt in den Kerngebieten der Windenergienutzung einerseits zu einer flächendeckenden Gleichverteilung und läuft so andererseits einer großräumigen Konzentration sowie der Freihaltung charakteristischer Landschaftsräume zuwider.</p> <p>•Aus gesamtplanerischer Sicht ist es wünschenswert, dass besonders charakteristische Landschaftsräume visuell unverstellt bleiben. Bei einem weiteren Ausbau der Windenergienutzung sollten daher Windparkabstände untereinander nicht größer als unbedingt notwendig gewählt werden.(...)</p> <p>Empfehlungen</p> <p>A) Entlastung des Landschaftsbilds durch Reduzierung der Anlagenzahl im Repowering</p> <p>B) Erweiterung der bestehenden Vorranggebiete, soweit unter Anlegung des Kriterienkatalogs möglich</p> <p>C) Ausweisung neuer Vorranggebiete; Mindestzwischenabstand in der Regionalplanung nur bei großen Gebieten und nicht oberhalb von 2 – 3 km festlegen</p> <p>D) Freihaltung besonders charakteristischer Landschaftsräume“</p> <p>Auf diese pauschalen Abstände zwischen Windparks sollte verzichtet werden zu Gunsten einer jeweils standortbezogenen Einzelfallbetrachtung im Rahmen der Potenzialflächenbewertung.</p>
------	--	---------	------	--

P127		P127.70	E 01	<p>Die Regelungen auf der Landesebene lassen dies rechtlich zu. Denn eine in eine andere Richtung gehende – unabgewogene und räumlich undifferenzierte – „Landesempfehlung“ kann die politischen Entscheider als freie Mandatsträger – sie sind nicht Teil der Verwaltung – nicht binden.</p> <p>Die untere Landesplanungsbehörde Cuxhaven räumt auf Seite 16 der Begründung / Erläuterung selber ein, dass die Landesempfehlung nicht zwingend ist.</p>
P127		P127.71	E 01	<p><u>Alternative a zur Anregung 3: Sachgerechter differenzierte Abstände zwischen Windparks</u></p> <p>Für Bereiche, die zum Stichtag 01.08.2014 als Vorranggebiete für die Windenergie im geltenden RROP oder in Flächennutzungsplänen als Windkraftzonen dargestellt waren (Bestandsbereiche) sind im Rahmen des Planungskonzeptes für die Vorranggebiete keine Mindestabstände vorzusehen.</p> <p><u>Raumordnerische Begründung</u></p> <p>Hier wird zunächst auf die vorstehenden Ausführungen zur Begründung der Anregungen 3 verwiesen.</p> <p>Falls die untere Landesplanungsbehörde oder der Kreistag als Plangeber nicht so weit gehen will, wird angesichts des besonderen Gewichtes der Vorbelastung des Landschaftsbildes und des Bestandsschutzes zumindest eine moderatere Regelung festgelegt.</p> <p>Denn die bestehende Regelung wird dem raumordnerischen Gewicht der Vorbelastung und des Bestandsschutzes in keinsten Weise rechtlich ausreichend gerecht. Man kann nicht bestehende Parks mit dem recht schwachen Argument der Freihaltung von – ohnehin nicht mehr bestehenden – Sichtachsen etc. ihrer Zukunftsperspektive durch die Streichung als Vorranggebiet berauben.</p>

P127		P127.72	E 01	<p>Gerade das Repowering bestehender Standorte durch hohe Anlagen ist besonders akzeptiert. In diesem Kontext sei noch einmal Runge zitiert: „Befragung von Touristen und Anwohnern zur Windenergie 2007 eigene Befragung zur Evaluation des Repoweringvorhabens „Ellhöft“ in einer maximal mit Windanlagen besetzten Region im Auftrag der Landesregierung Schleswig-Holstein. 77% der Befragten zeigten eine positive bzw. sehr positive Haltung zur Windenergie und nur 5% eine negative oder sehr negative Haltung. Lediglich 2% der Touristen zeigten sich auf die Windenergienutzung in der Region angesprochen in ihrer Urlaubsentscheidung beeinflussbar. (Ähnlich: NIT 2000, Benkenstein 2007).</p> <p>Der deutlich größte Teil der Befragten sprach sich für eine Konzentration der Windenergieanlagen in großen Windparks mit großen Anlagehöhen aus (42% bei 4 vorgeschlagenen Varianten).“</p>
P127		P127.73	E 01	<p>Eine entsprechende Differenzierung nach Bestand und Neuplanungen ist im Rahmen der Potenzialflächenbewertung nicht nur möglich, sondern zwingend erforderlich für eine sachgerechte Auswahlentscheidung (siehe auch Ausführungen zum Gewicht des Bestandes bei der Begründung der Anregungen 1 und 2). Ansonsten droht eine Abwägungsfehleinschätzung oder -disproportionalität, die zur Nichtigkeit des Planwerkes führt.</p>

P127		P127.74	E 01	<p><u>Alternative b zur Anregung 3: Teilräumlicher Verzicht auf Mindestabstände zwischen Windparks zur Ermöglichung des Schaufensters „Wind-Bahn Cuxhaven-Hamburg“</u></p> <p>Diese Alternative b zur Anregung 3 kann ggf. mit der Alternative a zur Anregung 3 kombiniert werden.</p> <p>Für Bereiche in einem Puffer von 3 km um die Bahntrasse Cuxhaven-Hamburg sind im Rahmen des Planungskonzeptes für die Vorranggebiete keine Mindestabstände vorzusehen, um das industriepolitische Leuchtturmprojekt „Wind-Bahn Cuxhaven- Hamburg“ zu ermöglichen.</p> <p><u>Raumordnerische Begründung</u></p> <p>Hier wird zunächst auf die vorstehenden Ausführungen zur Begründung der Anregungen 3 verwiesen. Darüber hinaus wird Folgendes ausgeführt:</p> <p>Die Windkraftindustrie ist eine der regionalen Schlüsselindustrien und die Industriestandorte Cuxhaven und Hamburg würden von einem erlebbaren Leuchtturmprojekt „Windbahn Cuxhaven-Hamburg“ in Form zahlreicher Windparks entlang der Bahntrasse Cuxhaven-Hamburg enorm profitieren. Es wäre quasi ein bundesweit – auch touristisch – vermarktbare Schaufenster der hiesigen industriellen Leistungsfähigkeit und des hiesigen Bekenntnisses zu dieser klimaschonenden Zukunftstechnologie.</p> <p>Hier kann mit dem RROP-Cuxhaven ein Anfang gemacht werden, der sich im RROP-Stade in Form von RROP-Änderungen fortsetzen kann.</p> <p>Die Bahntrasse Cuxhaven-Hamburg bietet sich hier besonders an, weil sie optimal zur vorherrschenden Windrichtung ausgerichtet ist und es entlang der Bahntrasse besonders viele raumordnerisch restriktionsarme Standorte gibt.</p>
P127		P127.75	E 01	<p>Außerdem spricht das raumordnerische Kernprinzip der Belastungsbündelung für eine Konzentration entlang der Bahn, denn hier gibt es bereits infrastrukturelle Vorbelastungen (zum Teil auch aufgrund der benachbarten B73). Dafür können andere Räume tendenziell stärker freigehalten werden.</p>
P127		P127.76	E 01	<p>Die Bahntrasse kann zudem etwaige zusätzlich erforderliche Stromleitungen aufnehmen – wobei man sich nicht wie sonst nötig mit vielen verschiedenen Grundstückseigentümern einigen muss, sondern nur mit der Bahn und wenigen Angrenzern. Ggf. kommt auch die Einspeisung des Stromertrags in das Bahnstromnetz in Frage.</p>

P127		P127.77	E 01	<p>Eine Barrierebildung oder örtliche visuelle Überlastung ist nicht zu befürchten, denn der Verzicht auf pauschale Abstände bedeutet nicht, dass man sich nicht im Einzelfall standörtlich mit den Wirkungen – einschließlich Barrierewirkungen und Landschaftsbild – auseinandersetzen muss. Im Vorschlag geht es nur darum, hier nicht pauschalisierend vorzugehen, um dieses industriepolitische Leuchtturmprojekt zu ermöglichen.</p> <p>Diese Idee der „Windbahn Cuxhaven-Hamburg“ greift im Übrigen teilweise Ideen aus der Anregung des verstorbenen Hermann Scheer für eine – bisher nicht realisierte – „Energieallee A7“ als „Leuchtturmprojekt einer neuen Raumordnung“ auf.</p>
P127		P127.78	E 01	<p><u>Alternative c zur Anregung 3: Angemessenere Reduzierung des Mindestabstandes auf 2 km und Ausnahmen für den Bestand.</u></p> <p>Der pauschale Mindestabstand zwischen Windparks ist auf 2 km zu reduzieren. Ggf. kann auf Basis einer Einzelfallbetrachtung dann je nach lokalen Erfordernissen auch ein größerer Abstand vorgesehen werden. Für Bereiche, die zum Stichtag 01.08.2014 als Vorranggebiete für die Windenergie im geltenden RROP oder in Flächennutzungsplänen als Windkraftzonen dargestellt waren (Bestandsbereiche), sind im Rahmen des Planungskonzeptes für die Vorranggebiete keine Mindestabstände vorzusehen.</p> <p>Raumordnerische Begründung</p> <p>Hier wird zunächst auf die Begründung zur Anregung 3 verwiesen und insb. die dort wiedergegebene Empfehlung von Runge, dass der Mindestzwischenabstand in der Regionalplanung nur bei großen Gebieten und nicht oberhalb von 2 – 3 km festgelegt werden soll.</p> <p>Darüber hinaus wird bezüglich der Bestandsbereiche auf die Begründung der Alternative a zur Anregung 3 verwiesen.</p>

P127		P127.79	E 01	<p><u>Anregung 4: Verzicht auf die regionalplanerische Konzentrationszonenwirkung – Kommunen regeln dies in eigener lokaler Verantwortung</u></p> <p>Auf eine Konzentrationszonenwirkung (Vorranggebiete mit der Wirkung von Eignungsgebieten) per Wahl entsprechender Gebietskategorien oder per textlichen Zielen wird verzichtet. Die Kommunen können dies in eigener lokaler Verantwortung regeln.</p> <p><u>Raumordnerische Begründung</u></p> <p>Eine Konzentrationszonenwirkung ist auf der Ebene der Regionalplanung nicht erforderlich. Sie hat sich in der Vergangenheit zu oft als Bremsschuh für die gesellschaftlich gewollte Energiewende erwiesen. Die Kommunen können Konzentrationszonenregelungen ohne Weiteres selber regeln. Es reicht aus, wenn die Regionalplanung Vorranggebiete darstellt. Außerhalb der Vorranggebiete weitere Windparks verhindern muss sie nicht. Sie kann und sollte daher auf die Wahl der zusätzlichen Konzentrationszonen bewirkenden Kategorie „Eignungsgebiete“ oder entsprechende textliche Regelungen (wie im RROP-Entwurf noch vorgesehen) verzichten.</p>
------	--	---------	------	--

P127		P127.80	E 01	<p>Räumliche Fehlentwicklungen sind nicht zu befürchten. Denn die Kommunen müssen Konzentrationszonenkonzepte ohnehin räumlich sachgerecht aufstellen, wenn sie wirksam steuern wollen.</p> <p>In anderen Regionen und Bundesländern hat man sich daher bereits generell für einen Verzicht auf die regionalplanerische Konzentrationszonenwirkung entschieden. Hier ist auf Planzeichen „2.ed) Windenergiebereiche (Vorranggebiete ohne die Wirkung von Eignungsgebieten)“ der geltenden Planzeichenerklärung für die Regionalplanung in NRW zu verweisen.</p> <p>Auch Baden-Württemberg ist als insoweit progressives Bundesland zu nennen: „Dafür ist das im Mai 2012 verabschiedete neue Landesplanungsgesetz ein entscheidender Schritt. Es beendet die alte „Schwarz-Weiß-Planung“ für Windkraftträder-Standorte. Die Regionalverbände können künftig nur noch „weiße“ Vorranggebiete für regional bedeutsame Windkraftanlagen festlegen – also Gebiete, in denen Windkraftanlagen zulässig sind. In allen anderen Gebieten können jetzt auch Städte oder Gemeinden selbstständig planen. Nicht mehr möglich sind „schwarze“ Ausschlussgebiete, in denen der Bau von Windkraftanlagen verboten ist. Das heißt: Anders als früher ist der Bau von Windrädern künftig grundsätzlich erlaubt und nicht mehr grundsätzlich verboten.“</p> <p>Dieser Ansatz in der Anregung 4 kommt auch dem Gebot der Beachtung der kommunalen Planungshoheit entgegen.</p>
------	--	---------	------	---

P127		P127.81	A	<p><u>Schlussbemerkungen</u></p> <p>Die vorstehenden Anregungen sind bewusst konstruktiv und konkret gehalten, um die sehr anspruchsvollen und komplexen Aufgaben der Regionalplanung in diesem Themenfeld nicht unnötig zu erschweren und zu sinnvollen Lösungen für unsere Region beizutragen.</p> <p>Es wird darum gebeten, diese Anregungen ebenso konstruktiv in Form einer grundlegenden Überarbeitung des Plankonzeptes umzusetzen. Wichtiger als ein schnelles Inkrafttreten der Neufassung des RROP sachlicher Teilabschnitt Windenergie sind dabei sachgerechte, raumverträgliche Lösungen, welche der für unsere Region wichtigen Windkraftnutzung insbesondere in etablierten Parks nicht ohne jegliche Notwendigkeit die Zukunftsperspektiven zunichtemacht.</p> <p>Ferner wird darum gebeten, diese Anregungen bzw. diese Stellungnahme dem Entscheidungsgremium Kreistag – so wie rechtlich ohnehin geboten – in vollem Umfang vorzulegen.</p>
P128		P128.01	SO 36	<p>Große Teile der bestehenden Sonderbaufläche sind aus dem jetzigen Entwurf (Stand: Juni 2014) als Vorranggebiet heraus genommen worden. Das entspricht nicht unseren Interessen als ausführendes Planungsbüro und Verwalter der Bestandsanlagen. Die Fläche ist zwar gemäß Ziffer 4.22 Absatz 10 im weiteren mit Windenergieanlagen bebaubar, aber in der Höhe durch die Bestandsanlagen (50 m Nabenhöhe, 72 m Gesamthöhe) beschränkt, was in keiner Weise mehr dem Stand der Technik entspricht. Unter diesen Bedingungen ist ein wirtschaftlicher Betrieb nicht möglich.</p>
P128		P128.02	SO 36	<p>Dabei waren im vorherigen Verfahren bereits Standorte für ein Repowering mit dem Landkreis (Herr Grotthoff) abgestimmt, bzw. Koordinaten festgelegt, die die Abstandsregelungen von 500 bzw. 1.000 m einbezogen hatten. Dass der Abstand nunmehr auf die Rotorspitzen der WEA bezogen wird, ist aus unserer Sicht fachlich nicht nachvollziehbar. Dies geht mit einem Verlust von nutzbaren Flächen einher, dem kein Gewinn z. B. im Immissionsschutz gegenübersteht.</p>

P128		P128.03	SO 36	Unsere Planungen hingegen wurden durch die Bestimmungen des BImSchG gelenkt und hier insbesondere durch die Grenzwerte der Geräuschemissionen an der umgebenden Wohnbebauung. Die Grenzwerte werden, wie die beigefügte Berechnung belegt unter Einbeziehung des Immissionseintrages der im Bau befindlichen Anlagen des südlichen Teilbereiches und selbst unter Einbeziehung einer Toleranz, ausnahmslos unterschritten.
P128		P128.04	SO 36	Wir haben daher durchaus die Absicht nach dem betrieblichen Ende der Bestandsanlagen eine Erneuerung des Windparks im weiter unten beschriebenen Umfang vorzunehmen. In diesem Zusammenhang sind bereits Anschlussverträge mit den Grundstückseigentümern geschlossen worden. Ebenso wurden Verhandlungen mit den Eigentümern der Bestandsanlagen über die Abgabe der Alten Standorte und eine Fortführung in neue Gesellschaften geführt. Ferner hat es vorbereitende Gespräche mit der Samtgemeinde hierzu gegeben.
P129		P129.1	SO 14	Bei der Planung von neuen Windkraftanlagen in Ahe, bitte ich sie einen Abstand von mindestens 1000m zur Wohnbebauung einzuhalten. Bei dem Ortsteil Ahe ist von einer Ortslage auszugehen und nicht von einer Einzelbebauung.
P129		P129.2	SO 14	Durch die vorhandene Biogasanlage (Geräusche der Generatoren, Verkehr) und des Windparks Holste-Hellingst OHZ (Geräusche bei entsprechender Windrichtung, 1400m) haben wir schon jetzt eine Beeinträchtigung an unserem Wohnort hinnehmen müssen. Wenn jetzt in einem Abstand von ca. 500m (Ortslage/Wohnhaus) Anlagen in einer Höhe von bis zu 200m errichtet werden sollen, kann ich mir nicht vorstellen, dass der Betrieb ohne Geräusch und vielleicht auch Schlagschatten durchgeführt werden kann.
P129		P129.3	SO 14	Ich fordere daher einen Abstand von mindestens 1000m zur Wohnbebauung und Abschaltung bei Geräusch und Schlagschatten.